

Gudrun Weber (Bearbeiterin)  
unter Mitarbeit von Bernd Florath

**»Nun falten Sie den Zettel ...«**

Wahlen in der DDR in der Überlieferung der Staatssicherheit  
(1949–1961)

Der Bundesbeauftragte  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Abteilung Bildung und Forschung  
10106 Berlin  
publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr: 5,00 €  
Berlin

ISBN 978-3-946572-23-7

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar:  
urn:nbn:de:0292-97839465722370



# Inhalt

<b>1. Vorbemerkung</b>		<b>7</b>
<b>2. Zur Edition</b>		<b>37</b>
<b>3. Ausgewählte Dokumente</b>		<b>39</b>
<b>1949</b>		<b>41</b>
Dokument 1	Delegiertenwahl zum 3. deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai 1949 (21. Mai 1949)	43
Dokument 2	Anweisung zu Personen, die im Zuge der Durchführung der Wahl zum 3. deutschen Volkskongress festgenommen wurden (30. Mai 1949)	62
<b>1950</b>		<b>65</b>
Dokument 3	Zusammengefasster Stimmungsbericht zu den Oktoberwahlen aus den Ländern der DDR (23. August 1950)	67
Dokument 4	Wahlinstruktion [ohne Datum]	73
Dokument 5	Oktoberwahl (12. Oktober 1950)	77
Dokument 6	Bericht über Instrukteurfahrt (14. Oktober 1950)	81
Dokument 7	Abschlussbericht über die Wahl am 15. Oktober 1950 (16. Oktober 1950)	85
Dokument 8	Abschlussbericht über die Volkswahl (17. Oktober 1950)	95
Dokument 9	Bericht über Durchführungsmaßnahmen zur Vorbereitung der Wahlen (17. Oktober 1950)	102
Dokument 10	Rücksprachen in stimmenmäßig am schlechtesten abgeschnitten [habenden] Orten (17. Oktober 1950)	106
Dokument 11	Bericht über die Tätigkeit des Verwaltungsapparates und der Parteien während der Durchführung und Vorbereitung der Oktoberwahl (17. Oktober 1950)	111
Dokument 12	Großer Bogen mit MfS-Ergebnis der Wahlen in Sachsen-Anhalt (17. Oktober 1950)	114
Dokument 13	Bericht vom Verlauf des Wahltages in Sachsen (18. Oktober 1950)	116
Dokument 14	Vermerk über Rücksprachen im Zusammenhang mit der Wahl in Mecklenburg [ohne Datum]	117

Dokument 15	Abschluss-Bericht zur Volkswahl am 16. Oktober 1950 in Mecklenburg (18. Oktober 1950)	118
Dokument 16	Bericht über die Durchführung der Volkswahl am 15. Oktober 1950 im Land Sachsen und Wahlanalyse (19. Oktober 1950)	132
<b>1954</b>		<b>139</b>
Dokument 17	Überprüfung der Kandidaten zur Volkskammer (6. September 1954)	141
Dokument 18	Instruktion [ohne Datum]	149
Dokument 19	Analyse der Volkswahl am 17. Oktober 1954 (21. Oktober 1954)	151
<b>1957</b>		<b>187</b>
Dokument 20	Information Nr. 85/57–Betrifft: Wahlen am 23. Juni 1957 (3. Bericht) (25. Mai 1957)	189
Dokument 21	Verhaftungen wegen Verbrechen gegen die Wahl am 23. Juni 1957 (Zusammenfassung) (18. Juni 1957)	201
Dokument 22	Information Nr. 96/57 – Betrifft: Wahlen am 23. Juni 1957 (6. Bericht) (20. Juni 1957)	203
Dokument 23	Vorläufige Einschätzung zu den Wahlergebnissen (24. Juni 1957)	214
Dokument 24	Information Nr. 98/57 – Betrifft: Hinweise auf Feindsätigkeit und besondere Vorkommnisse vor und während der Wahl am 23. Juni 1957 (24. Juni 1957)	223
Dokument 25	Schwerpunktmäßige Einschätzung der Wahlen im Bezirk Leipzig (24. Juni 1957)	232
Dokument 26	Vorläufige Einschätzung zu den Ergebnissen der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen (24. Juni 1957)	242
Dokument 27	Durchführung der Wahlen (Ergänzung zum Bericht vom 24.6.1957) (25. Juni 1957)	249
Dokument 28	Begleitschreiben zu den Wahlen von Honecker an Mielke (mit DDR-Karte zu den Wahlergebnissen) (23. Oktober 1957)	252
<b>1958</b>		<b>253</b>
Dokument 29	Wahlergebnisse vom 16. November 1958 – inoffiziell (16. November 1958)	255
Dokument 30	Bericht Nr. 145/58 über die Lage und Feindsätigkeit bei der Durchführung der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen am 16. November 1958 (17. November 1958)	298

Dokument 31	Bericht Nr. 146/58 – Abschlussbericht über die Lage und Feindtätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen 1958 (16.11.1958) (21. November 1958)	308
<b>1961</b>		<b>331</b>
Dokument 32	Abschlussanalyse über die Volkswahlen am 17. September 1961 (19. September 1961)	333
Dokument 33	Bericht Nr. 572/61 über die bei der Volkswahl 1961 aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte (21. September 1961)	356
Dokument 34	Bericht über im Zusammenhang mit der Wahl 1961 vom MfS Inhaftierte (21. September 1961)	365
<b>4. Anhang</b>		<b>367</b>
	Abkürzungsverzeichnis	368
	Literaturauswahl	371
	Ortsverzeichnis	374
	Personenverzeichnis	385



# 1. Vorbemerkung

»Wahlen ändern nichts, sonst wären sie ja verboten.« Dieses fälschlich Kurt Tucholsky zugeschriebene Bonmot trifft messerscharf die Rolle von Wahlen in Diktaturen. Die DDR-Führung verhielt sich entsprechend und verwandelte die Wahlen in der DDR in eine Farce. Und doch war es ausgerechnet eine Wahl, die am 7. Mai 1989, die das Fass zum Überlaufen brachte und den Untergang des Systems beschleunigte.

In Diktaturen werden Wahlen nicht vorrangig als normiertes Verfahren zur Ermittlung eines Amtsträgers verstanden. Wesentlich sind die rituellen und symbolischen Komponenten dieses Vorgangs. Indem die Wahlen hier vorrangig der Selbstvergewisserung des Anscheins von Stabilität und Integrität innerhalb dieser Gesellschaften dienen sollen, sind sie ein politisches Verfahren, das lediglich der Selbstlegitimierung und Bestätigung des herrschenden politischen Systems dient.

Um nach der Zerschlagung der NS-Diktatur den Forderungen nach freien und demokratischen Wahlen zu entsprechen, gestattete auch die sowjetische Besatzungsmacht 1946 deren Durchführung in den Ländern ihrer Besatzungszone. Als Teil der alliierten Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz war die nicht näher bestimmte Demokratisierung Deutschlands vorgesehen. Wahlen sollten legitimierte deutsche Verwaltungskörperschaften installieren, zugleich aber auch so durchgeführt werden, dass die politische Willensbildung gefiltert und steuerbar blieb. Der Chef der sowjetischen Besatzungsmacht Marschall Shukow organisierte die

»Neutralisierung der Bevölkerung« mit Hilfe der politischen Parteien, die »nicht als gleiche und nicht zum Nachteil der KPD [Kommunistische Partei Deutschlands]« zu behandeln waren. Im »Parteienblock« hatte die KPD als »Hauptstütze« der SMAD [Sowjetische Militäradministration in Deutschland] vielmehr vorrangig mit der SPD [Sozialdemokratische Partei Deutschlands] eng zusammenzuwirken.<sup>1</sup>

Die Wahlen zu den verfassungsgebenden Landtagen in den westlichen Besatzungszonen hatten den Rückstand der sowjetischen Besatzungsbehörden bei der demokratischen Legitimierung der deutschen Verwaltungen in ihrer Zone deutlich werden lassen. Nachdem mit der erzwungenen Verschmelzung

---

<sup>1</sup> Foitzik, Jan: Funktionale Aspekte der Organisation und der Tätigkeit der SMAD. In: Möller, Horst; Tschubarjan, Alexandr O. (Hrsg.): SMAD-Handbuch. Die sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. München 2009, S. 49.

der Sozialdemokratie und der Kommunisten zur Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 die Gefahr gebannt schien, dass der SPD die Stimmen der Mehrheit zufliegen würden, wurden für den September Wahlen auf kommunaler Ebene und im Oktober 1946 Landtagswahlen angesetzt. Damit versuchte die SMAD, die bereits etablierten Machtverhältnisse demokratisch zu legitimieren. Der Optimismus der Moskauer Führung hinsichtlich des Wahlausgangs war umso größer, je weiter die Akteure vom Ort des Geschehens entfernt waren.

Während in der Wahlkampagne die SED alle Unterstützung der Besatzungsbehörden genoss, wurden die konkurrierenden Parteien LDP (Liberal-Demokratische Partei) und CDU (Christlich Demokratische Union) u. a. bei der Zuteilung von Material und Versammlungsräumen benachteiligt und die Registrierung ihrer regionalen Organisationen zum Teil so lange verhindert, dass schon die Aufstellung von Kandidatenlisten nicht in allen Stimmbezirken möglich war. Die Wahlen folgten dem Verhältniswahlrecht. Sie waren somit die einzigen auf dem Gebiet der später gegründeten DDR, bei denen politische Parteien (und einige gesellschaftliche Organisationen) konkurrierend antraten. Trotz des Drucks der Besatzungsmacht konnte die SED in keinem der Länder der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die absolute Mehrheit erringen.<sup>2</sup> Die Wahlen in Berlin unterlagen weniger der Kontrolle der sowjetischen Behörden. Unter dem Schutz der westlichen Alliierten war es der SPD gelungen, sich trotz der forcierten Übernahme eines Teiles ihrer Mitglieder durch die Verschmelzung ihrer Partei mit der KPD zur SED in der Stadt Berlin als eigenständige Partei zu behaupten. Administrative Manipulationen waren zumindest in den Westsektoren kaum durchzusetzen. Die sowjetische Verwaltung beklagte die unzureichende Aktivität der SED, musste gar hinnehmen, dass SED-Mitglieder wieder zur SPD zurückgingen, und konstatierte im September, dass die SED seit April 20 000 Mitglieder verloren habe. Die Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung endete für die SED mit einem Desaster: Sie wurde hinter SPD und CDU nur die drittstärkste Kraft, während die hier eigenständig antretende SPD nahezu die Hälfte (48,7 %) der Stimmen auf sich vereinen konnte. Selbst im sowjetischen Sektor der Stadt erreichte die SPD 43,6 % gegen 29,9 % der SED.

Die Wahlen von 1946 verschafften der SED keineswegs die erhoffte demokratische Legitimation. Vielmehr erwiesen sich die Wahlen, je freier

---

<sup>2</sup> Vgl. zu den Wahlen von 1946: Hajna, Karl-Heinz: Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Frankfurt a. M. 2000 (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft; 18); Kreuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ. Weimar, Köln, Wien 1996 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung; 3), S. 44–110.

sie durchgeführt wurden, als gefährliche Chance für die Menschen, den Herrschenden ihr Misstrauen zu bekunden. Für die aus der Illegalität, den Konzentrationslagern oder dem Exil in die politische Öffentlichkeit zurückgekehrten Kommunisten verflog die Hoffnung, das von der Nazi Herrschaft befreite Volk würde mehr oder minder dort anknüpfen, wo es 1933 gestanden hatte. Gerade in den früheren kommunistischen Hochburgen erlitt die SED verheerende Niederlagen: in Eisleben, Halle und Merseburg.

Das Wahlsystem folgte im Wesentlichen dem in Deutschland bis 1933 praktizierten Verhältniswahlrecht. Vom sowjetischen Wahlsystem übernahmen die neuen Machthaber die Form der Wahlkampagnen, der Kandidatenaufstellung und die Massenmobilisierung der Gesellschaft. So wurden die von SED-Gremien nominierten Kandidaten formal durch Betriebskollektive bestätigt, aber nicht auf ihre eigentliche Eignung hin geprüft. Selbst bei Nichtbestätigung des Kandidaten blieb das Vorschlagsrecht weiterhin den SED-Parteiinstanzen vorbehalten. Das Mitspracherecht der Wähler und Wählerinnen reduzierte sich auf die Möglichkeit, Fragen zu formulieren und den Kandidaten »Wähleraufträge« zu erteilen. Dagegen verfielen unliebsame Kandidaten der konkurrierenden Blockparteien der Nichtbestätigung der Besatzungsmacht. Einige wurden noch vor den Wahlen verhaftet und verschwand über Jahre hinweg in Lagern.<sup>3</sup>

Die Wahlergebnisse von 1946 konnten in ihren Auswirkungen nur kompensiert werden, weil die enge Bindung von CDU und LDP unter der tonangebenden SED im Block der 1945 gegründeten Parteien fortgesetzt wurde. Aus dieser erzwungenen Allianz heraus wurden in den folgenden Jahren die Listen jener Kandidaten nominiert, die als Delegierte zu den Volkskongressen gewählt werden sollten. Der Widerstand von CDU und LDP gegen dieses Vorgehen wurde systematisch gebrochen, ihre Anhängerschaft durch die Gründung der beiden von der SED kontrollierten zusätzlichen Parteien NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) und DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) zerstreut.<sup>4</sup> Im Unterschied zu der 1946 regelmäßig verschleppten Registrierung der CDU- und LDP-Lokalorganisationen zu den Kommunalwahlen, die als Begründung für die Nichtzulassung ihrer Wahlvorschläge diente, diente der mangelnde organisatorische Aufbau der SED-Pfanzparteien DBD und NDP 1948 als vorgeschobenes Argument, die im Herbst fälligen Kommunalwahlen zu verschieben. Sie sollten nun erst

---

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Schaefer, Aloys: Lebensbericht. Landrat im Eichsfeld, Zeuge der Besatzungszeit. Zur Erinnerung für Gegenwart und Zukunft. 3., erw. Aufl. Heiligenstadt 1995.

<sup>4</sup> Von den 33 Vertretern der DBD und NDP hatten vor 1948 allein 13 der SED angehört.

mit den Landtagswahlen im Oktober 1949 stattfinden, wurden letztlich aber auf Oktober 1950 verschoben.

Im Mai 1949 gründete der vom 3. Volkskongress gebildete Volksrat die »Nationale Front des demokratischen Deutschland«, in der die verschiedenen im Volksrat vertretenen Parteien und Massenorganisationen vereint waren, und der für die Zukunft die Organisation der Wahlen anheimfallen sollte. Schon die Wahlen zum 3. Volkskongress am 15./16. Mai 1949 fanden auf der Basis von Einheitslisten statt, die von den Parteien des Blocks gemeinsam aufgestellt worden waren, und sie koppelten demagogisch die Forderung nach der Einheit Deutschlands und dem Abschluss eines »gerechten Friedensvertrages« mit der Zustimmung zur Einheitsliste. Doch selbst das Ergebnis dieser manipulierten Wahl erwies sich für die SED als ernüchternd: 95,3 % der Wahlberechtigten gingen zur Wahl; davon votierten nur 65,8 % mit »Ja«, mehr als ein Drittel mit »Nein«. Etwa eine Million Stimmzettel, auf denen zwar ablehnende Kommentare aber kein Nein-Kreuz zu erkennen waren, wurden auf Anweisung der Deutschen Verwaltung des Innern als Ja-Stimmen gezählt.<sup>5</sup>

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich der vom Volkskongress ernannte Volksrat als Provisorische Volkskammer, verabschiedete die Verfassung der DDR und bestellte deren Exekutive. Wahlen zu dieser Legislative hatten nicht stattgefunden. Ihre Zustimmung zur Staatsgründung hatten sich CDU und LDP nicht zuletzt durch personelle Zugeständnisse abkaufen lassen. Das Problem der Wahlen zur Legislative wurde vorerst vertagt, da einerseits die Ablehnung einer Listenwahl wie zum Volkskongress unter den Blockparteien zu groß war, andererseits die SED eine Wahl mit konkurrierenden Listen verhindern musste, um die sich abzeichnende Niederlage zu vermeiden, auf die CDU und LDP spekulierten. In einem gemeinsamen Beschluss vertagte der Volksrat am 5. Oktober 1949 die Gemeinde- und Landtagswahlen auf einen gemeinsamen Termin mit den ersten Wahlen zur Volkskammer auf Oktober 1950. Zwei Tage später konstituierte sich dieser Volksrat als Provisorische Volkskammer und etablierte eine Regierung nach dem zuvor ausgehandelten Tableau.

Als deutlich wurde, dass die SED beabsichtigte, diese Wahlen wie schon die zu den Volkskongressen als Abstimmung über eine von der Nationalen Front<sup>6</sup> aufgestellte einheitliche Kandidatenlisten durchführen zu lassen, regte

---

<sup>5</sup> Vgl. Suckut, Siegfried: Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1990. Leipzig 2018, S. 76 f.

<sup>6</sup> Wahlen wurden ab 1950 durch die Nationale Front organisiert. Ihr gehörte neben den Blockparteien eine Vielzahl von Verbänden und Massenorganisationen an. Sie stellte unter Anleitung der SED die Einheitsliste auf, bei der die prozentuale



sich vor allem in CDU und LDP Widerstand. Selbst für die bis dahin loyalen Politiker dieser Parteien war keine Notwendigkeit mehr ersichtlich, den antifaschistisch-demokratischen Konsens des Jahres 1945 in einer Zwangsgemeinschaft des Parteienblocks fortzuschreiben. Andererseits waren die Spitzenpolitiker dieser Parteien eng in die Regierungsbildung vom 7. Oktober 1949 eingebunden worden. In der provisorischen Regierung der DDR waren sie stärker vertreten als in der Deutschen Wirtschaftskommission, die zuvor faktisch die Verwaltung der Sowjetischen Zone dargestellt hatte. Diese Einbindung einerseits, aber andererseits auch der unverdeckte Terror gegen jene Politiker der LDP und CDU, die sich noch immer den Absichten der SED und der Besatzungsmacht entgegenstellten, ließen die Führungen der beiden Parteien Ende 1949/Anfang 1950 den Intentionen der SED folgen.

Mit windigen Argumenten lieferten sie selbst die Rechtfertigungen, die diese Kapitulation beschönigten: Auch wenn (noch) keine Mauer gebaut werden sollte, sei durch die Gründung der Bundesrepublik ein »nationaler Notstand« gegeben, wie der designierte Staatspräsident Wilhelm Pieck<sup>7</sup> in der Sitzung des Deutschen Volksrates am 5. Oktober formulierte. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Hugo Hickmann<sup>8</sup> versuchte noch vergeblich, der verfassungswidrigen Verschiebung der Landtagswahlen entgegenzusetzen, dass diese sich allenfalls durch eine von den sowjetischen Besatzungsbehörden ausgehende Zwangslage begründen ließe. Das SED-Politbüromitglied Helmut Lehmann<sup>9</sup>, wies diese Ausflucht zurück: »[...] in einem nationalen Notstand [...] müssen die Juristen schweigen«. Schrittweise kamen CDU

---

Verteilung der Mandate von vornherein festgelegt war. Die Vorherrschaft der SED wurde nicht allein durch deren Fraktion gesichert, sondern auch indem ein großer Teil der Mandatsträger der Massenorganisationen zugleich Mitglieder der SED waren. In Art. 52 der Verfassung der DDR wurde die Anzahl der Abgeordneten für die Volkskammer mit 400 Mitgliedern festgeschrieben.

<sup>7</sup> Wilhelm Pieck (1876–1960), 1919 Gründungsmitglied und Funktionär der KPD, in den zwanziger Jahren Abgeordneter im Preußischen Landtag, 1928 Reichstagsabgeordneter, ab 1935 Exil in Moskau, 1946 Mitgründer und erster Vorsitzender der SED, ab 1949 erster und einziger Präsident der DDR.

<sup>8</sup> Hugo Hickmann (1877–1955), Theologe, 1933–1945 Berufsverbot, 1945–1950 Mitbegründer der CDU und deren Landesvorsitzender in Sachsen, Oktober 1949 bis Januar 1950 Vizepräsident der Provisorischen Volkskammer, nach massivem öffentlichem Druck Rücktritt von allen Ämtern und Ausschluss aus der CDU.

<sup>9</sup> Helmut Lehmann (1882–1959), Zimmermann. SPD/SED, Verhaftung infolge des 20. Juli 1944, 1946–1949 Abgeordneter des Thüringer Landtags, ab 1948/49 des Deutschen Volksrats; 1949/50 Abgeordneter der (Provisorischen) Volkskammer und Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1950–1959 Vorsitzender des Zentralvorstands der Sozialversicherung.

und LDP der SED entgegen. Schon zum Beginn des Jahres 1950 erklärte der CDU-Generalsekretär Gerald Götting: »Ein Wahlkampf findet nicht statt, sondern die großen gemeinsamen Aufgaben der Nationalen Front werden als geistiges Überdach diese Wahlen bestimmen.« Am 28. März 1950 verständigten sich die Parteien auf ein gemeinsames Wahlprogramm. Der LDP-Vorsitzende Hermann Kastner<sup>10</sup> räumte die Möglichkeit gemeinsamer Wahlvorschläge des Blocks als lediglich taktische Frage bei dieser Gelegenheit bereits ein. Zentral war für ihn, Konsequenzen »aus den außerordentlich schlecht organisierten und wirklich außerordentlich schlecht ausgelaufenen Kongresswahlen« zu ziehen. »Wir dürfen auf keinen Fall erlauben, daß wir wieder so etwas erleben, wie wir es damals erlebt haben.« Die Kapitäne der Blockparteien Otto Nuschke<sup>11</sup>, Georg Dertinger<sup>12</sup>, Hermann Kastner und Karl Hamann<sup>13</sup> gaben in einer gemeinsamen Stellungnahme der Einheitsliste ihre Zustimmung, die am 16. Mai 1950 offiziell beschlossen wurde.<sup>14</sup>

---

<sup>10</sup> Hermann Kastner (1886–1957) war von 1949 bis 1950 LDP-Vorsitzender und stellvertretender Ministerpräsident der DDR. 1950 wurde er unter dem Vorwurf der Korruption abgelöst, 1951 jedoch rehabilitiert. 1956 floh er in den Westen. Vgl. Zeller, Johannes: Prof. Dr. Hermann Kastner – Politiker, Lebeamann, Agent. Eine Funktionärs-Biographie 1945 bis 1956. Hamburg 2016.

<sup>11</sup> Otto Nuschke (1883–1957), 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ. Nach der Entlassung des letzten frei gewählten CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser durch die SMAD im Dezember 1947 – der CDU-Vorstand unter Kaiser hatte die Teilnahme der CDU am Volkskongress abgelehnt – wurde Nuschke auf dem III. Parteitag der CDU im September 1948 zum Parteivorsitzenden bestimmt. Bis zu seinem Tod 1957 Abgeordneter der Volkskammer. Vgl. Wunnicke, Christoph: Die Blockparteien der DDR. Kontinuitäten und Transformation 1945–1990. Berlin 2014, S. 22–29.

<sup>12</sup> Georg Dertinger (1902–1968), Journalist, 1945 einer der Mitbegründer der CDU in der SBZ, 1949–1953 Abgeordneter der Volkskammer und erster Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Am 15.1.1953 wurde Dertinger vom MfS festgenommen und blieb über 16 Monate in Haft, bevor ein Geheimprozess vor dem Obersten Gericht der DDR stattfand. Entsprechend den Vorgaben des Politbüros der SED verurteilte das Oberste Gericht Dertinger zusammen mit weiteren Angeklagten, weil sie es sich zum Ziel gesetzt hätten, die DDR zu beseitigen. Vgl. Lapp, Peter Joachim: Georg Dertinger: Journalist – Außenminister – Staatsfeind. Freiburg u. a. 2005.

<sup>13</sup> Karl Otto Hamann (1903–1973) war von 1948 bis 1952 Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) sowie Minister für Handel und Versorgung der DDR. Im Dezember 1952 wurde er verhaftet und im Juni 1954 unter dem Vorwurf, die Versorgung der Bevölkerung »sabotiert« zu haben, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Opfer der eigenen Politik? Zu den Hintergründen der Verurteilung von Minister Karl Hamann (LDPD). In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 2004. Baden-Baden 2004, S. 221–271.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu Suckut, Siegfried: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die

Die Wahlen zur Volkskammer, den Landtagen und den Gemeindevertretungen, die am 15. Oktober 1950 in der DDR abgehalten wurden, entsprachen dem Buchstaben der gerade erst verabschiedeten Verfassung nur insofern, als sie dem Verhältniswahlrecht zu entsprechen behaupteten. Es gab nur einen Wahlvorschlag: den der in der Nationalen Front zusammengefasst und von der SED dirigierte Parteien und Massenorganisationen. Die Stimmen, die für diesen Wahlvorschlag abgegeben wurden, konnten zu nicht zu anderen Stimmen ins Verhältnis gesetzt werden, da es keine anderen Wahlvorschläge gab. Andere Wahlvorschläge hätten nach Artikel 13.2 der Verfassung nur Vereinigungen einreichen dürfen, »die nach ihrer Satzung die demokratische Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Republik erstreben und deren Organisation das ganze Staatsgebiet umfaßt«. Tatsächlich wäre jede Organisation, die nicht durch ihre Mitgliedschaft in der Nationalen Front diese Bedingung erfüllt hätte, augenblicklich verboten worden.

Die SED konnte durch die Einheitsliste eine Schlappe wie 1946 vermeiden, die sich 1950 absehbar zu einem politischen Desaster ausgewachsen hätte. Die »außerordentlich schlecht gelaufenen« Wahlen zum 3. Volkskongress im Mai 1949 hatten den Wählerinnen und Wählern immerhin noch die Möglichkeit gegeben, der Einheitsliste mit »Ja« oder »Nein« zuzustimmen oder sie abzulehnen, was sie mit 33,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen auch taten. Diese signifikante Ablehnung wollte nicht nur Kastner, sondern vor allem die SED nie wieder erleben müssen. Daher sollten alle künftigen Wahlen nach dem Modus von 1950 durchgeführt werden: mit einheitlichen Listen, ohne Auswahlmöglichkeit und unter dem hohen öffentlichen Druck, die Wahlzettel offen ohne Benutzung der Wahlkabine abzugeben. Dieses Verfahren versprach eine äußerst geringe Rate der Ablehnung und ließ kaum Möglichkeiten geheimer Gegenstimmen zu.

Bei den Wahlen, die mit großem propagandistischem Aufwand inszeniert wurden, hatten die Bürger nur die Möglichkeit, der Einheitsliste zuzustimmen, sie insgesamt abzulehnen oder einzelne Kandidaten zu streichen. Durch die Stimmabgabe konnten die prozentualen Anteile der beteiligten Parteien nicht verändert werden. Die SED legte großen Wert auf eine Zustimmung von 99 Prozent, da sie daraus ihren Alleinherrschaftsanspruch ableitete und so angeblich die Einheit von Regierung und Staatsvolk bestätigt wurde. Um diese Fassade zu wahren, wurden die Ergebnisse von 1950 bis zum Ende der DDR stets gefälscht: Vermutliche Nichtwähler wurden schon vorab aus

---

Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949.  
In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991) 1, S. 125–175, Zitate: S. 132–135.

den Wählerverzeichnissen gestrichen,<sup>15</sup> die Anzahl der Wahlberechtigten wurde an die tatsächlich am Wahltag erschienenen Wähler »angepasst« und ungültige oder Nein-Stimmen zu gültigen Stimmen erklärt.

### *Undemokratische Regeln*

Da es sehr schwierig war, die Vorherrschaft der Kommunisten allein mit dem Verhältniswahlrecht abzusichern, wurden Verfahren entwickelt, um die demokratischen Spielregeln zu unterlaufen oder ganz aufzuheben. Das zeigt sich u. a. bei der Ausarbeitung der Wahlordnungen, der Zusammensetzung, Arbeitsweise und Beschlussfassung der Wahlausschüsse sowie in der langfristig vorbereiteten Überwachung der Wahlen.

Zwischen 1950 und 1989 wurde die Wahlgesetzgebung in der DDR mehrfach verändert. Erstmals wurde die Durchführung der Wahl zur Volkskammer, den Land- und Kreistagen sowie Gemeindevertretungen des neugegründeten Staates im Wahlgesetz von 1950 geregelt. Getrennte Wahlgesetze für Volkskammerwahlen und Wahlen zu den Bezirkstagen wurden 1954 geschaffen. Nach den im Wahlgesetz von 1950 festgelegten Legislaturperioden hätten 1954 auch Kommunalwahlen durchgeführt werden müssen. Diese ließ die SED in jenem Jahr ausfallen. Mit der im »Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR« kodifizierten Verwaltungsreform von 1952 waren zuvor nämlich nicht nur die fünf Länder durch Verwaltungsbezirke ersetzt, sondern auch aus 132 alten Kreisen 217 neue gebildet worden, deren Verwaltungen im Sinne des »demokratischen Zentralismus« mehr schlecht als recht von oben eingesetzt worden waren. Erst 1957 ließ die SED ein allgemeines Gesetz für die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen verabschieden, um nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 wenigstens den Schein demokratischer Mitbestimmung aufzupolieren. 1958 wurde auch das Wahlgesetz für die Volkskammerwahlen wiederum geändert. Bis zu den Wahlen im Jahre 1963 wurden jeweils neue Gesetze erlassen, in denen aber formal das Verhältniswahlrecht als Grundsatz festgeschrieben blieb. Dieses faktisch seit 1950 ausgehöhlte Prinzip verschwand mit der Vereinheitlichung des Wahlrechts 1963 und wurde 1968 auch aus der DDR-Verfassung gestrichen. Bis zur Auflösung der Länder im Jahre 1952 hätten Wahlergebnisse theoretisch sogar vor Verwaltungsgerichten, wie sie in der ersten Verfassung

---

<sup>15</sup> Bereits im April 1989 waren der zentralen Wahlkommission die Namen von 82 560 Ausreisearbeitern, Oppositionellen und Nichtwählern aus vorherigen Wahlen bekannt, die angekündigt hatten, nicht zur Wahl zu gehen. Auch diese sind aus den Wählerlisten gestrichen worden. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. München 2015, S. 326.

der DDR für die Länder festgeschrieben worden waren, angefochten werden können. Allein: Verwaltungsgerichte sind in der DDR tatsächlich nie eingerichtet worden. Erst im vorletzten Jahr der DDR gab es einen kleinen Schritt in Richtung auf eine Verwaltungsgerichtsbarkeit, nämlich mit dem »Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen« vom 14. Dezember 1988, das erst am 1. Juli 1989 in Kraft trat. Dieses Instrument konnte jedoch zur Anfechtung der Wahlergebnisse vom 7. Mai 1989 nicht rückwirkend genutzt werden.

In der DDR tagte die Volkskammer in insgesamt zehn Wahlperioden, neun Mal wurde die Bevölkerung außerdem im Rahmen der Bezirkstagswahlen und zehn Mal zum Urnengang bei den Kommunalwahlen verpflichtet. Schaut man nur auf die Anzahl der Wahlen, könnte man davon ausgehen, dass das zweite D der DDR zu Recht für »demokratisch« gestanden habe. Die Wahlen wie auch die Verfassung und die scheinbare Parteienvielfalt waren indes nicht Ausdruck von demokratischen Bestrebungen, sondern bloße Camouflage eines diktatorischen Staates.

### *Soziale Ächtung*

Wie demokratische Verfahrensregeln bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen außer Kraft gesetzt wurden, zeigten die massiven Eingriffe in die Parteienlandschaft seit 1945. Zuerst wurden bürgerliche Parteien wie die CDU und die LDP,<sup>16</sup> aber auch die noch nicht mit der KPD vereinigte SPD von Personen gesäubert, die sich den kommunistischen Vorgaben verweigerten. Dem Vorsitzenden der CDU Jakob Kaiser<sup>17</sup> wurde Zusammenarbeit mit »imperialistischen Geheimdiensten« vorgeworfen, der erste Vorsitzende der LDP, Waldemar Koch, wurde bereits 1945 aus dem Amt gedrängt, der LDP-Generalsekretär Günther Stempel wurde am 5. August 1950 »wegen Ablehnung des Wahlgesetzes der DDR« zu 25 Jahren verurteilt.

Als die SED feststellte, auf welchen starken Rückhalt ihre politischen Konkurrenten in der Bevölkerung weiterhin bauen konnten, ging sie von

---

<sup>16</sup> Um ihre gesamtdeutsche Bedeutung hervorzuheben, nannte sich die LDP seit dem 27. Oktober 1951 Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD).

<sup>17</sup> Jakob Kaiser (1888–1961) gehörte zu den Mitbegründern der CDU in der sowjetischen Besatzungszone. Im Dezember 1947 wurden er und Ernst Lemmer als Vorsitzende der Ost-CDU von der Sowjetischen Militäradministration abgesetzt und er floh nach West-Berlin. Dort gründete er 1948 das Ostbüro der CDU, das sich der Unterstützung SED-kritischer Mitglieder der Ost-CDU, der Informationsbeschaffung und der Einschleusung von Informations- und Propagandamaterial in die SBZ/DDR widmete. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

politischer Diffamierung zu sozialer Ächtung und Justizterror über. In diesem Kontext muss man den in Vorbereitung der Wahlen 1950 durchgeführten ersten politischen Schauprozess sehen. Unter Vorsitz von Hilde Benjamin<sup>18</sup> fand er im April 1950 im Dessauer Landestheater statt. Angeklagt wurden Willi Brundert<sup>19</sup> stellvertretend für die Sozialdemokraten und Leo Herwegen<sup>20</sup> für die CDU – formal wegen Wirtschaftsverbrechen. Beide wurden zu je 15 Jahren Haft verurteilt. Schon im Oktober 1949 wurde Arno Esch<sup>21</sup>, Mitglied des LDP-Vorstandes und deren Landesjugendsprecher in Mecklenburg u. a. wegen seiner Kritik an der Negierung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Artikel 89 der DDR-Verfassung verhaftet. Er wurde im Juli 1950 zum Tode verurteilt und im folgenden Jahr in Moskau erschossen.<sup>22</sup> Im Januar 1950 wurde Hugo Hickmann, der aus seinen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Verschiebung der Wahlen und die Einheitsliste keinen Hehl gemacht hatte, so massiv unter Druck gesetzt, dass er den CDU-Landesvorsitz in Sachsen und sein Mandat in der Provisorischen Volkskammer aufgab.<sup>23</sup> Im Dezember 1952 wurde der LDPD-Kovorsitzende und Außenhandelsminister Karl Hamann als Sündenbock für Versorgungsmängel zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein halbes Jahr vor der Volkskammerwahl 1954 wurde eine Volks-

---

<sup>18</sup> Hilde Benjamin (1902–1989) war von 1949 bis 1953 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts und wurde in Nachfolge des als Staatsfeind im Zuge des Juniaufstandes verhafteten Max Fechner Ministerin für Justiz, was sie bis zum Erreichen des Rentenalters (1967) blieb. Bei einer Reihe von Schauprozessen hatte sie den Vorsitz und als Leiterin der Gesetzgebungskommission hatte sie wesentlichen Anteil an der Ausgestaltung der in der DDR geltenden Gesetze.

<sup>19</sup> Willi Brundert (1912–1970) war ein deutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und Politiker. Von 1946 bis 1949 hatte Brundert verschiedene wirtschaftswissenschaftliche und -politische Funktionen in der SBZ. Nach dem Schauprozess war er in der DDR inhaftiert und wurde 1957 nach Westdeutschland entlassen. Dort war er u. a. für die SPD-Landesregierung in Hessen von 1962 bis 1964 Staatssekretär und ab 1964 bis zu seinem Tod Oberbürgermeister von Frankfurt/Main.

<sup>20</sup> Leo Herwegen (1886–1972) war Landesminister in Sachsen-Anhalt. Bis 1958 war er inhaftiert und floh nach seiner Entlassung nach Westdeutschland.

<sup>21</sup> Arno Esch (1928–1951), Student, 1947 Landesjugendreferent Mecklenburg der LDP, 1949 Mitglied des Parteivorstandes der LDP, am 18.10.1949 Verhaftung durch die sowjetische Staatssicherheit, 1950 in Schwerin, 1951 noch einmal in Moskau zum Tode verurteilt und am 24.7.1951 dort erschossen.

<sup>22</sup> Vgl. Wiese, Friedrich-Franz: Arno Esch. In: Fricke, Karl-Wilhelm; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hrsg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. München 2002, S. 178 f.

<sup>23</sup> Vgl. Suckut: Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 132 f.



kammerabgeordnete der LDPD verhaftet und wegen angeblicher Spionage mit drei Jahren Zuchthaus bestraft. Sie war von Geheimen Mitarbeitern (GM) des MfS denunziert worden, als sie ihrer Fraktion mitteilte, dass sie mehrere Gesetzentwürfe nicht mittragen könne. So äußerte sie zu dem Gesetzentwurf zur »Nichtbenachrichtigung der Angehörigen von Inhaftierten«, dass dies »eine Gemeinheit am deutschen Volk« sei. Auch war dem MfS bekannt, dass sie ein Kind von einem wegen des 17. Juni 1953 Verurteilten erwartete, der nach der Haftentlassung nach West-Berlin geflüchtet war.<sup>24</sup>

Die »K 5«, die 1945 neu aufgebaute politische Polizei, nahm bis Anfang der fünfziger Jahre zahlreiche Verhaftungen von Vorsitzenden und Mitgliedern der CDU und LDP auf Kreis- und Ortsebene vor.<sup>25</sup> Damit wurde zunehmend ein Klima der Verunsicherung und Verängstigung geschaffen. Nach Durchführung der Wahlen von 1946 forderte der Parteivorstand der LDP vergeblich eine Amnestie, um die verhafteten Mitglieder freizubekommen.

War die Strategie der SED darauf ausgelegt, eine drohende Wahlniederlage mit allen Mitteln zu verhindern, so sollten zugleich die konkurrierenden Kräfte entweder eliminiert oder aber eingebunden und der SED untergeordnet werden. Die Verfassung der DDR sah eine Opposition im Parlament ohnehin nicht mehr vor.<sup>26</sup> Wie im Block der Parteien verpflichtete sie die im Parlament vertretenen Parteien zum gemeinsamen Regierungshandeln. In der Einleitung zur Verfassung der DDR erklärte Otto Grotewohl<sup>27</sup>, es dürfe

keine verantwortungslose Opposition im Parlament der neuen deutschen Demokratie geben, die ihre ganze Funktion nur darin sieht, Obstruktion zu treiben. Es darf sich keine Partei oder Organisation, wenn sie ihre Listen zur Parlamentswahl einreicht, vor der Mitarbeit oder Mitverantwortung in der Regierung drücken. Wer in das Parlament einzieht, der muss mitarbeiten.<sup>28</sup>

---

<sup>24</sup> BStU, MfS, BV Halle, AU 222/54.

<sup>25</sup> Schmeitzner, Mike: Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945–1952. In: Behring, Rainer; ders.: Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Köln, Weimar, Wien 2003, S. 201–267.

<sup>26</sup> Im Artikel 92 der Verfassung hieß es über die Regierung: »Alle Fraktionen, soweit sie mindestens 40 Mitglieder haben, sind im Verhältnis ihrer Stärke durch Minister oder Staatssekretäre vertreten.«

<sup>27</sup> Otto Grotewohl (1894–1964); 1920–1930 Abgeordneter der SPD im braunschweigischen Landtag. Er betrieb 1946 die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), deren erster Vorsitzender er gemeinsam mit Wilhelm Pieck wurde, 1949–1960 war er Ministerpräsident der DDR. Vgl. Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie. München 2009.

<sup>28</sup> Verfassung der DDR. Mit einer Einleitung von Otto Grotewohl. Berlin 1949, S. 6.

Die Politiker von LDP und CDU standen vor der Alternative, sich der SED zu unterwerfen oder aber vernichtet zu werden. Drei Tage vor der Staatsgründung 1949 sagte Gerhart Eisler<sup>29</sup>, Vorsitzender der Kommission für Massenagitation des ZK der SED: »Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.«<sup>30</sup>

Um die ersten Wahlen nach der Gründung der DDR zu einem Erfolg werden zu lassen, versuchten die Kommunisten, die Lebensbedingungen von Teilen der Bevölkerung erträglicher zu gestalten: So trat zum 1. September 1950 eine Erhöhung der Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten in volkseigenen Betrieben in Kraft. Am 3. September 1950 wurde zudem im SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« eine Preissenkung bei HO-Lebensmittelpreisen zwischen 7 und 55 %, bei Industrieerzeugnissen bis zu 40 % angekündigt. Ebenfalls bekannt gegeben wurde die Herabsetzung der Preise für Tabakwaren, Bier und Spirituosen sowie die Freigabe des Bezugs von Kartoffeln und die Erhöhung der Qualität des auf Karten zu beziehenden Brotes. Es folgten am 8. September 1950 das »Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR«, das »Gesetz über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern« sowie das »Gesetz über Erlass von Schulden und Auszahlung von Guthaben an alte und arbeitsunfähige Bürger der DDR«. Eine grundsätzliche Änderung der ablehnenden Haltung der Bevölkerung zum undemokratischen Wahlsystem bewirkten diese Maßnahmen jedoch nicht. Die Abhaltung wirklich freier Wahlen war so auch eine zentrale Forderung der Streikenden am 17. Juni 1953.

### *Wahlkabinen und Nichtwählerkarteien*

Das »Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen in der DDR am 15. Oktober« wurde am 9. August 1950 von Wilhelm Pieck unterzeichnet. In § 1 heißt es: »Die allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen wird am 15. Oktober 1950 nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts in einem Wahlakt durchgeführt.«<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Gerhart Eisler (1897–1968), 1949 Rückkehr nach Berlin, Mitarbeiter des Parteivorstandes der SED und Abgeordneter der Volkskammer, bis 1953 Lenkung der Presse und des Rundfunks. Weil er mit den Gegnern von Ulbricht vor und während des Aufstandes am 17. Juni 1953 sympathisierte, wurde er abgesetzt, aber 1955 rehabilitiert. Von 1956–1962 war Eisler stellvertretender Vorsitzender und danach bis zu seinem Tode Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR, seit 1967 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

<sup>30</sup> Zit. in Suckut, Siegfried: Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 160 f.

<sup>31</sup> Gesetzblatt der DDR Nr. 88/1950 vom 11.8.1950, S. 744.



Die hier festgelegte Form der geheimen Wahl implizierte, dass in einer Durchführungsbestimmung die Bereitstellung von Wahlkabinen festgelegt wurde, in denen »der Wähler die Stimmzettel unbeobachtet für die Abgabe vorbereiten kann«. <sup>32</sup> Doch das »Neue Deutschland« begann zugleich mit einer Propagandaschlacht, um die Wähler zur offenen Stimmabgabe zu bewegen. Mit der einfachen Formel »Wer für den Frieden ist, kann auch offen seine Stimme abgeben« wurde moralischer Druck aufgebaut, der das Betreten der Wahlkabine als eine gegen den Frieden gerichtete Handlung darstellte:

Trotz der zwei Tage vor der Wahl merkbar ansteigenden Tendenz und der von Betrieben, Vertretern einzelner Organisationen und Parteien ergangenen Aufrufe zur Ablegung eines offenen Bekenntnisses, waren in allen Wahllokalen die gesetzlich vorgeschriebenen Wahlkabinen vorhanden. <sup>33</sup>

Erleichtert wird in einem Bericht weiter festgestellt: »Die tatsächlich bis auf wenige Ausnahmen durchgeführte offene Abstimmung führte auch zu einer schnellen und reibungslosen Abwicklung des Wahlgeschäftes. Nur wenige Wähler benutzten die Kabine. Meistens waren es ältere Wähler, die aus alter Gewohnheit in die Wahlkabinen gingen, um dann ihre Stimme abzugeben. Das Betreten der Wahlkabine eines ganz geringen Prozentsatzes der Abstimmungsberechtigten kann man nicht als eine Opposition gegen die vor allem aus dem Kreis der Werktätigen und der jugendlichen Wähler geforderte offene Ablegung des Friedensbekenntnisses deuten.« <sup>34</sup> Aus Freiberg wurde dem CDU-Landesverband gemeldet, »dass in einigen Wahllokalen scheinbar übereifrige Funktionäre glaubten, die die Wahlkabinen betretenden Wähler irgend wie besonders vermerken zu müssen«. <sup>35</sup> Dass dies schon den Beginn der systematischen Registrierung von potenziellen Gegnern und Nichtwählern darstellte, belegen die durch das MfS angelegten Nichtwähler-Karteien sowie zahlreiche Berichte von GM bzw. IM (inoffizieller Mitarbeiter). So berichtete 1981 der im Wahllokal tätige GMS »Note«:

Bei den Wahlen [trat ein Magdeburger in Erscheinung], indem er in seinem Wahllokal die Wahlkabine aufsuchte und die Streichung aller für die Volkskammer und den Bezirkstag aufgestellten Kandidaten vornahm. GMS »Note«, konnte akustisch wahrnehmen, dass der A. jeden Kandidaten einzeln durchgestrichen hat und somit eine Gegenstimme zum Wahlvorschlag der Nationalen Front verursachte. Die operative Auswertung der Wahlunterlagen

---

<sup>32</sup> Ebenda, S. 751.

<sup>33</sup> Abschlussbericht zu den Wahlen des CDU-Landesverbandes Sachsen vom 19.10.1950; BStU, MfS, AS 637/67, S. 8. Vgl. Dokument 16.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Ebenda.

ergab die Feststellung einer Gegenstimme [...] Vom GMS wurden zwei Personen registriert, die die Wahlkabine aufsuchten, wobei nur A. längere Zeit dort verweilte und entsprechende Geräusche hinterließ. Die andere Person hielt sich nur kurzzeitig in der Kabine auf und hinterließ den Eindruck der Unkundigkeit des Wahlverlaufs (wahrscheinlich Erstwähler).<sup>36</sup>

### Wahlausschüsse

Bei der Besetzung der strategisch wichtigen Wahlausschüsse achtete die SED darauf, dass sie die Kontrolle über die Stimmabgabe sicherte. Im zentralen Wahlausschuss gab es folgende Verteilung der Mitglieder: 67 Vertreter der SED, 24 aus den Blockparteien und fünf Parteilose. Die Wahlausschüsse der Länder hatten laut Wahlgesetz § 13, Abs. 3 aus einem Wahlleiter als Vorsitzendem und mindestens sechs Beisitzern sowie einem nicht stimmberechtigten Schriftführer zu bestehen. Für die Beisitzer und den Schriftführer waren auch Vertreter zu bestellen. Die Funktion des Vorsitzenden der Wahlausschüsse der Länder nahm immer ein Mitglied der SED wahr. Bei Unstimmigkeiten bei der Wertung von Stimmzetteln lag die letzte Entscheidung immer beim Vorsitzenden.

Die Wahlausschüsse setzten sich 1950<sup>37</sup> folgendermaßen zusammen:

Land	Zusammensetzung des Wahlausschusses	Zusammensetzung des Stellvertreter-Ausschusses
Brandenburg, Sachsen-Anhalt	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 2 SED, 1 CDU, 1 LDP, 1 NDPD, 1 DBD; Schriftführer: SED	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 6 SED; Schriftführer: SED
Mecklenburg	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 8 SED, 1 CDU, 1 LDP, 1 NDPD, 1 DBD; Schriftführer: SED	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 8 SED, 1 CDU, 1 LDP, 1 NDPD, 1 DBD; Schriftführer: SED
Thüringen	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 4 SED, 1 CDU, 1 LDP, 1 NDPD, 1 DBD; Schriftführer: SED	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 4 SED; 4 Parteilose Schriftführer: SED
Sachsen	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 2 SED, 1 CDU, 1 LDP, 1 NDPD, 1 DBD; Schriftführer: parteilos	Vorsitzender: SED; Beisitzer: 6 SED; Schriftführer: SED

<sup>36</sup> Information der Kreisdienststelle Tangerhütte vom 28.7.1981; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Stendal 251, S. 72.

<sup>37</sup> Undatierte namentliche Aufstellung; BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 2, S. 286–290.

Auf der Kreisebene waren ursprünglich auch Wahlleiter der bürgerlichen Parteien vertreten, die im entscheidenden Moment kaltgestellt wurden, wie einem Bericht des CDU-Landesverbandes Sachsen vier Tage nach der Wahl zu entnehmen ist:

Es muss festgestellt werden, [...] dass man die zuerst offiziell als Wahlleiter berufenen Parteifreunde [...] von diesen Posten abrief und sie zu Stellvertretern machte und [...] dass bei vielen fortschrittlichen und bewährten Kräften unserer Partei kein Verständnis für die Handlungsweise verantwortlicher Kreiswahlleiter aufgebracht werden kann, dass man die Freunde, welche die gesamte Wahlvorbereitungsarbeit z. T. in ihrem Wahlbezirk entscheidend durchgeführt haben, nun in letzter Minute trotz vorheriger Berufung abgelöst und durch Funktionäre der SED besetzte. Das war zumindest sehr schlecht und ist deshalb in einzelnen Bezirken, allerdings nur in einzelnen Bezirken, wieder in letzter Minute revidiert worden.<sup>38</sup>

### *Druck auf die Kirchen*

Laut Statistischem Jahrbuch der DDR bekannten sich 1950 knapp 95 % der DDR-Bevölkerung zu einer Religion. Dabei stellten die Protestanten mit rund 14 Millionen die größte Gruppe. Nur 1,2 Millionen Bürger gaben an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören.<sup>39</sup> Dennoch musste die SED die offene Bekämpfung der Kirche zurückstellen, obwohl die Kirchen Vertreter eines Glaubens waren, der mit Nachdruck dem absoluten Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus entgegnetrat. Sie wollte nicht einen Großteil ihrer Wähler verprellen. Gern hätte man den missliebigen Pfarrern das Wahlrecht entzogen, so wie es bis 1936 in der Sowjetunion der Fall war.

Am 2. Oktober 1950 fand eine Pastorentagung des Landes Mecklenburg in Anwesenheit von Karl Mewis<sup>40</sup> (1. Sekretär der SED-Landesleitung von Mecklenburg) statt. Wegen der Furcht der SED vor schlechten Ergebnissen bei der bevorstehenden Wahl vermochten die anwesenden Pastoren auch Forderungen durchzusetzen.

---

<sup>38</sup> Bericht über die Durchführung der Volkswahl am 15. Oktober 1950 im Land Sachsen und Wahlanalyse; BStU, MfS, AS 637/67, S. 9 f. Siehe Dokument 16 im Dokumentenanhang.

<sup>39</sup> Statistisches Jahrbuch 1955. Berlin 1956, S. 33.

<sup>40</sup> Karl Mewis (1907–1987), 1950–1963 Abgeordneter der Volkskammer, setzte als Erster Sekretär der Landesleitung Mecklenburg bzw. Bezirksleitung Rostock der SED von 1950–1961 die Kollektivierung der Landwirtschaft durch. Vgl. Menges, Franz: »Mewis, Karl«. In: Neue deutsche Biographie 17 (1994), S. 283 f.

Pastor Riege, Grebbin<sup>41</sup>, brachte die Verhaftung von dem Amtsbruder Schmidt<sup>42</sup> aus Kladrum, Kreis Parchim, zur Sprache. Pastor R. führte u. a. aus, unter welchen Umständen Sch. verhaftet wurde und dass die Gemeinde sehr empört darüber ist. Es könnte Nachteile haben anlässlich der Wahl. Die Bevölkerung vertritt den Standpunkt, man solle Pastor Schmidt noch vor der Wahl freilassen, dann werden sie der Regierung am 15. Oktober durch ihre Stimme [ihre Loyalität] beweisen und dadurch ihre positive Stellung zur Oder-Neiße-Grenze zum Ausdruck bringen. [...]

Genosse Mewis [...] teilte den Anwesenden mit, dass der Amtsbruder Schmidt sich bei der Staatssicherheit befindet und dass von dieser eine genaue Prüfung in der Angelegenheit Schmidt vorgenommen werde. Dies sei notwendig [...]. Gen[osse] Mewis brachte zum Ausdruck, dass sich innerhalb von 2–3 Tagen entscheiden werde, ob der Pastor Schmidt freigelassen werden kann oder nicht.<sup>43</sup>

Drei Tage später kam er auf freien Fuß. Nur einen Monat nach der Wahl begann die SED eine breit angelegte Kampagne gegen die Jungen Gemeinden und die Studentengemeinden, die zu vielen Verhaftungen und auch zu Schauprozessen führte und erst kurz vor dem 17. Juni 1953 endete. Im Frühjahr 1954 begann die SED-Führung dann erneut den Kampf gegen die Kirchen zu forcieren.<sup>44</sup>

### *Kandidaten und Ergebnisse*

Das »Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen der DDR« vom 9. August 1950<sup>45</sup> regelte die Durchführung der Wahl. Der § 8, Abs. 1 bestimmte den Minister des Innern zum Wahlleiter der Republik. Das war seit 1949 Karl Steinhoff<sup>46</sup>. Ihm oblag laut Abs. 2 die Durchführung des Verfahrens der Einreichung von Wahl-

---

<sup>41</sup> Im Original: »Kreppin«.

<sup>42</sup> Otto Schmidt, Jg. 1908, war Pfarrer in Kladrum. Am Ende einer Versammlung der Nationalen Front am 18.9.1950 wurde eine Resolution zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verfasst, jedoch aufgrund seiner Intervention nicht angenommen. Am übernächsten Tag erfolgte seine Festnahme durch das MfS. Zum 1. Oktober 1957 wechselte er als Pfarrer an die Stadtkirche Ludwigslust. Vgl. Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Landeskirche Mecklenburgs Nr. 12, 1957, S. 71.

<sup>43</sup> Bericht vom 3.10.1950; BStU, MfS, AS 637/67, S. 34 f.

<sup>44</sup> Siehe auch: Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR. Bonn 2000.

<sup>45</sup> Gesetzblatt I, S. 743–749.

<sup>46</sup> Karl Steinhoff (1892–1981) SPD, ab 1946 SED war 1946–1949 der erste Ministerpräsident der Provinz Brandenburg bzw. danach des Landes Brandenburg sowie 1949–1952 der erste Minister des Inneren der DDR.

vorschlägen und die Vorprüfung und Feststellung des Wahlergebnisses zu den Wahlen der Volkskammer.

Ende Juli 1950 reichten die Parteien und Massenorganisationen ihre Kandidaten-Vorschläge beim von Walter Ulbricht<sup>47</sup> geleiteten Sekretariat des ZK der SED ein. Auf der Sekretariatssitzung am 16. August 1950 wurde beschlossen: »Die Listen sind der Kaderabteilung zur Überprüfung und Erstellung der Charakteristiken zuzustellen, ebenso den Genossen im Ministerium für Staatssicherheit.«<sup>48</sup> Die Personen auf den Listen wurden von den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit umfassend überprüft. Insgesamt wurden 533 Kandidaten<sup>49</sup> für die Volkskammer und für die Landtage einer Gesinnungsprüfung unterzogen. Von den 400 für die Volkskammer zur Wahl stehenden Kandidaten betraf dies ca. die Hälfte. Von den bürgerlichen Parteien (CDU und LDP) waren 156 und von Mitgliedern der SED 257 Personen betroffen, wobei bei Letzteren frühere SPD-Mitglieder möglichst ausgeschlossen bleiben sollten. In den folgenden Jahren wurden vor den Wahlen wesentlich weniger Kandidaten durch das MfS überprüft, da dies nicht mehr nötig erschien. Erst Mitte der achtziger Jahre wurde das MfS wieder aktiver. Es häuften sich Fälle, in denen Betriebskollektive nicht mehr bereit waren, die aufgestellten Kandidaten und durch verschiedene Parteigremien bereits geprüften Personen zu bestätigen. Das betraf 1989 »bis zum Wahltag insgesamt 4 071 Kandidaten, [die] zurückgezogen und durch neue ersetzt« wurden.<sup>50</sup> Kurzfristige Nachnominierungen mussten erfolgen. Nicht alle Eingereichten kamen durch. Wer nun letztlich dafür sorgte, dass eine Person auf die offizielle, im »Neuen Deutschland« publizierte Kandidatenliste gelangte, ist durch die Forschung noch nicht abschließend geklärt.

Bei den Vorschlägen für Sachsen-Anhalt ist 1950 der Kreisvorsitzende der LDP, Kreisrat für Handel und Versorgung, verzeichnet. Er soll hier beispielhaft für die Unterwanderung der Blockparteien durch die SED stehen. Im Bericht des MfS zu seiner Person steht:

---

<sup>47</sup> Walter Ulbricht (1893–1973), Tischler, war 1919 Mitbegründer und Funktionär der KPD, ab 1926 Abgeordneter im sächsischen Landtag, 1928–1933 Reichstagsabgeordneter, 1938 Exil in Moskau. Er organisierte nach 1945 die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der SBZ; ab 1950 Generalsekretär der SED, ab 1960 Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, 1971 Entmachtung durch seinen Nachfolger Erich Honecker.

<sup>48</sup> Protokoll der Sekretariatssitzung vom 16.8.1950; SAPMO-BA DY 30/J IV 2/3/131, S. 2.

<sup>49</sup> Die Überprüfung der Kandidaten ist in den Akten BStU, MfS, HA XX 1–6 enthalten.

<sup>50</sup> Kowalczuk: Endspiel, S. 322.

Nach Rücksprache mit den Genossen des Sekretariats [der SED – G. W.] wurde er Mitglied der LDP mit dem Auftrag, die fortschrittliche Linie innerhalb der Partei voranzutreiben, welche Aufgabe er bis zum heutigen Tage durchgeführt hat. Seine Einstellung zur DDR und zur SU ist positiv. Von den reaktionären Mitgliedern der LDP wird er als Edelkommunist bezeichnet. Seine Zusammenarbeit in der Blockpolitik ist als sehr gut zu bezeichnen und er versucht alles, um die reaktionären Kräfte aus seiner Partei auszuschließen, was ihm auch schon zum Teil gelungen ist.<sup>51</sup>

Eine weitere Taktik war die Verschleierung der SED-Mitgliedschaft. Viele Kandidaten der Massenorganisationen waren Mitglieder der Partei und unterstanden in allen ihren Handlungen der Parteidisziplin. So hatte die »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdgB) am 27. Juli 1950 fünf SED-Mitglieder als Wahlkandidaten eingereicht. Alle fanden sich auf der Kandidatenliste im »Neuen Deutschland«<sup>52</sup> wieder. Jedoch war nur Kurt Vieweg<sup>53</sup> als Generalsekretär des VdgB kenntlich gemacht. Die anderen Kandidaten wurden unter den Berufsbezeichnungen Bauer, Neubauer und Landwirt aufgeführt. Die Mitgliedschaft in der SED war bei keinem sichtbar.

Die direkten Beziehungen des MfS zu den zentralen Wahlinstanzen zeigt ein Bericht über eine Absprache zur Bildung zentraler Wahlkommissionen vom 25. September 1950 zwischen dem Staatssekretär des Ministeriums des Innern Hans Warnke<sup>54</sup>, stellvertretender Wahlleiter der Republik, und dem Inspekteur Richard Reuscher<sup>55</sup>, der zu diesem Zeitpunkt Leiter der für Parteien und Massenorganisationen zuständigen Abt. VI des Ministeriums für Staatssicherheit war. Warnke übergab die namentliche Aufstellung der Zusammensetzung der Wahlausschüsse. »Hierbei sprach der Staatssekretär Warnke den Wunsch aus, dass das Ministerium für Staatssicherheit sehr

---

<sup>51</sup> Charakteristik, MfS Dienststelle Salzwedel, 16. August 1950; BStU, MfS, HA XX 6, S. 31.

<sup>52</sup> ND vom 24.9.1950.

<sup>53</sup> Kurt Vieweg (1911–1976), Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED, Ausarbeitung eines »Neuen Agrarprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR« im Februar, das von der 30. Tagung des ZK der SED als revisionistisch zurückgewiesen wurde. März 1957 erzwungener Rücktritt von allen Ämtern bzw. Ausschluss von den Wahlfunktionen. Vgl. u. a. Scholz, Michael F.: Bauernopfer der deutschen Frage: der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997; Engelmann, Roger; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat: eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, S. 291.

<sup>54</sup> Hans (Johannes) Warnke (1896–1984), 1949–1952 Staatssekretär im Innenministerium der DDR und 1949–1963 Abgeordneter der Volkskammer.

<sup>55</sup> Richard Reuscher (1915–1974) war bis Ende 1953 der Leiter der Abt. VI des MfS.

große Hilfe leisten kann bei der Überwachung des Druckes der Stimmzettel sowie deren Transport und Verteilung.«<sup>56</sup> So kannte das MfS bereits vor der Wahl seine Ansprechpartner für das Auszählen der Stimmen in den zentralen Wahlausschüssen der Länder.

Auch für die sowjetische Besatzungsmacht übernahm das MfS Hilfsdienste, wenn auch der Hauptteil der repressiven Tätigkeit von den sowjetischen Diensten nach wie vor selbst verrichtet wurde. Am 17. Oktober 1950 verfasste der Stellvertreter Operativ der MfS-Verwaltung Sachsen-Anhalt Kurt Grünler<sup>57</sup> einen Bericht über die in Vorbereitung der Wahlen durchgeführten Maßnahmen: »In Sachsen-Anh[alt] wurde nach Absprache mit unseren Fr[euenden]<sup>58</sup> festgelegt das Ansprechen der Kreisstellen, welche besonders schwache und reaktionäre Zusammensetzung haben, besonders wo CDU- und LDP-Bürgermeist[er] oder Landräte führten.«

### *Inoffizielle Ergebnisse*

Laut Durchführungsbestimmung zum Wahlgesetz hatte die Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse öffentlich zu erfolgen. Trotzdem kam es dazu,

dass aus Hoyerswerda berichtet wird, dass unser Beisitzer im Kreisausschuss zur Auszählung der Ergebnisse einfach nicht hinzugezogen wurde, dass die Zusammenstellung der Wahlergebnisse der Kreiswahlleiter glaubte, ganz allein vornehmen zu müssen, um dann lediglich nachher von den anderen Beteiligten die Unterschriftleistung zu fordern, dann ist das wohl mit nichts begründet. Oder, wenn im Kreis Pirna unserem CDU-Freund erklärt wird, man brauche ihn bei der Auszählung nicht, er könne zu Haus bleiben, von ihm aber nachher die Unterschrift unter das Ergebnis der Auszählung verlangt wird, dann ist das schlecht! Aus Freiberg berichtet man uns, dass unser Mitglied in der Kreiswahlleitung um 23 Uhr höflich darauf hingewiesen wurde, dass er ruhig zu Bett gehen könne, obwohl feststand, dass noch gar nicht alle Ergebnisse vorlagen und deshalb das Endergebnis auch

---

<sup>56</sup> Bericht betreffs Zentrale Wahlkommission, Wahlkommission der Länder vom 25.9.1950; BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 2, S. 291.

<sup>57</sup> Kurt Grünler (1906–1985) als Spanienkämpfer in Frankreich interniert; ab 1940 bis April 1945 im KZ Buchenwald; Juni 1946 Leiter »K 5« in Magdeburg bis zum Eintritt in das MfS Juni 1949 (Verwaltung Mecklenburg); Januar 1950 Stellvertreter Operativ Verw. Sachsen-Anhalt bis zur Übernahme der Leitung der Bezirksverwaltung (BV) Frankfurt/O. im August 1952. Er wechselte wiederum als Leiter im März 1955 in die BV Suhl bis zu seiner Invalidisierung im März 1960.

<sup>58</sup> Der innerhalb des MfS gebrauchte Terminus für die Vorgesetzten bei den Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht.



noch nicht feststand. Der Kreisvorstand Freiberg meint, dass sie alle noch nie bei einer Wahl derart im ungewissen gelassen wurden hinsichtlich der Wahlbeteiligung und des Wahlergebnisses wie dieses Mal.<sup>59</sup>

Die Ungewissheit hatte ihren Grund. Die Ergebnisse der einzelnen Wahllokale wurden erst noch nach oben »korrigiert«, um die uneingeschränkte Macht der SED zu demonstrieren. Die realen Zahlen, im MfS-Sprachgebrauch auch »inoffizielle Zahlen« genannt, wurden nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt: dem Leiter der Kreis- bzw. Bezirksdienststelle des MfS sowie den Bevollmächtigten des Mdi-Staatssekretariats für Innere Angelegenheiten.

Fünf Tage nach der Wahl von 1954 meldete der kommissarische Dienststellenleiter der Kreisdienststelle des MfS in Wurzen:

Die schlechtesten Gemeinden sind: Kleinschepa 17,7 Prozent ungültige und Gegenstimmen; Frauwalde 10,2 Prozent und Altenbach 6,6 Prozent. Bei der Überprüfung der Stimmzettel für die Volkskammer und den Bezirkstag [wurden] sieben Stimmzettel mit provokatorischen Aufschriften gefunden. Die markantesten davon sind folgende: »Lumpen, Verbrecher, Betrüger und Gesindel«, »Grosse Scheisse«, »Leckt mich am Arsch, ihr Verbrecher«. Bei den übrigen Stimmzetteln wurde teilweise hinter den aufgestellten Kandidaten die Bemerkung »Adenauer«<sup>60</sup>, »Ollenhauer«<sup>61</sup> usw. angebracht. Die Aktion zur Feststellung des inoffiziellen Ergebnisses wurde heute Morgen um 6.00 Uhr beendet. Von dieser Aktion ist lediglich der Bevollmächtigte des Mdi-Staatssekretariats für Innere Angelegenheiten – Gen[osse] Geipel – unterrichtet. Gen[osse] Geipel wurde durch den Leiter der Kreisdienststelle Wurzen auf die Schweigepflicht hingewiesen.<sup>62</sup>

Die Kreisdienststellen Schmölln und Döbeln hatten eine besondere Meldepflicht, da dort Walter Ulbricht und der Minister für Staatssicherheit Ernst

---

<sup>59</sup> Bericht über die Durchführung der Volkswahl am 15. Oktober 1950, BStU, MfS, AS 637/67, S. 11.

<sup>60</sup> Konrad Adenauer (1876–1967), Jurist und Politiker der Zentrumspartei, 1917–1933 Oberbürgermeister von Köln, Amtsenthebung durch die Nazis und mehrere Verhaftungen zwischen 1933 und 1945, 1949–1963 erster Bundeskanzler, 1955–1966 Vorsitzender der CDU. Vgl. Koch, Peter; Körner, Klaus: Konrad Adenauer. Düsseldorf 2004.

<sup>61</sup> Erich Ollenhauer (1901–1963), war 1952–1963 SPD-Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag.

<sup>62</sup> Feststellung des inoffiziellen Ergebnisses der Volkswahl, Wurzen 22.10.1954; BStU, AS 77/54, Bd. 12 a, S. 2 f.



Wollweber<sup>63</sup> auf den Wählerlisten standen. In Schmölln wurde Ulbricht sechsmal und Wollweber einmal und in Döbeln Ulbricht 42-mal und Wollweber viermal gestrichen. Bei der Wahl von 1958 wurde Walter Ulbricht auf »gültigen Stimmzetteln« 304-mal als Einziger gestrichen.<sup>64</sup>

Getreu der seit 1949 geltenden mündlichen Anweisung zur Auszählung der Stimmen<sup>65</sup> wurden die Zahlen vermutlich von den Kreiswahlleitern den Vorgaben »angepasst« und an die zuständigen Bezirkswahlleiter weitergegeben. Diese so erzeugten Wahlergebnisse wurden den Mitarbeitern des MfS gemeinsam mit allen Stimmzetteln übergeben. Diese hielten die wirkliche Anzahl der Stimmzettel sowie die gültigen bzw. ungültigen und Gegenstimmen fest. Das Ministerium für Staatssicherheit ermittelte die tatsächlichen Wahlergebnisse, um intern das Ausmaß des tatsächlich vorhandenen Dissenses festzustellen.

In einer dieser Analysen stellte der Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt Oberstleutnant Gaida<sup>66</sup> fest, dass der Kreis Worbis im Bezirk Erfurt im Jahre 1954 eine Spitzenposition in der Kategorie Gegenstimmen einnahm. Der Durchschnittswert lag bei 8,5 %. Von 58 Orten liegt die Anzahl der Gegenstimmen bei drei Orten über 30 %, bei sechs Orten über 20 % und bei sieben Orten über 10 %, lediglich in drei Orten gibt es keine Gegenstimmen.<sup>67</sup> Einer Überblicksdarstellung ist zu entnehmen, dass es im gesamten Bezirk Erfurt durchschnittlich 3,5 % Gegenstimmen gab. Bei den im »Neuen Deutschland« abgedruckten amtlichen Endergebnissen des Landeswahlleiters wird der Prozentsatz mit 0,9 angegeben.

Um die Wirksamkeit der von der Bezirksverwaltung Schwerin im Vorfeld der Wahlen von 1954 ergriffenen Maßnahmen zur Sicherung eines hohen

---

<sup>63</sup> Ernst Wollweber (1898–1967), seit Juli 1953 als Nachfolger des ersten Ministers für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser, Chef des nach dem Volksaufstand zeitweilig zum Staatssekretariat degradierten MfS (zu dieser Zeit Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS)). 1956 geriet Wollweber im Zusammenhang mit den Aufständen in Polen und Ungarn sowie den Maßnahmen der Staatssicherheit gegen DDR-Oppositionelle im Herbst 1956 in Widerspruch zu SED-Parteichef Walter Ulbricht und wurde 1957 pensioniert.

<sup>64</sup> BStU, MfS, AS 77/54, Bd. 12 a, S. 6 und 16.

<sup>65</sup> Abgedruckt in: Judd, Matthias: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Berlin 1997, S. 67.

<sup>66</sup> Wilhelm Gaida (1902–1988) war seit 1950 in der Abteilung VI (Staatsapparat, Parteien) der Länderverwaltung Thüringen des MfS beschäftigt. 1952 wurde er Leiter der BV Erfurt und 1957 Leiter der HV B (Rückwärtige Dienste) bis zu seiner Berentung 1965.

<sup>67</sup> Bezirksverwaltung Erfurt, Betreff: Inoffizielle Auswertung der Volkswahl vom 22.10.1954; BStU, MfS, AS 77/54, Bd. 12, S. 49–51.

Wahlergebnisses für die Kandidaten der Nationalen Front zu belegen, wurden die inoffiziellen Ergebnisse nach oben »korrigiert«:

Zu den Abstimmungsergebnissen im Bezirk Schwerin ist zu bemerken, dass am 18.10.1954 gegen 1.00 Uhr das Ergebnis in den Gemeinden und Kreisen feststand. Für die Kandidaten der Nationalen Front: 99,95 Prozent; ungültige und Gegenstimmen: 0,05 Prozent. Dieses Ergebnis wurde dann von Berlin aus nicht anerkannt. Auf Anweisung folgte eine Aufstockung der ungültigen und Gegenstimmen für folgende Kreise [...].<sup>68</sup>

### *Sanktionen und Widerstand*

Die Nichtteilnahme an den Wahlen war riskant. Ein Verlust der Beschäftigung und Verbot des Arbeitens auf bestimmten Gebieten waren die Folgen, wenn das MfS aufmerksam wurde. Wollte man in einem Arbeitsfeld tätig werden, in dem eine Sicherheitsüberprüfung durch das MfS vorgeschrieben war (das war bei vielen Leitungsfunktionen der Fall), oder arbeitete dort bereits, wurde man seiner Funktion enthoben oder sie wurde unerreichbar.

Von Anfang an gab es »Widerstand gegen die Instrumentalisierung von Wahlen als sozialistisches Partizipationsritual in der DDR-Bevölkerung«.<sup>69</sup> Davon legen nicht nur die vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Dokumentationen »Wahlen in der Sowjetzone«,<sup>70</sup> »Unrecht als System«<sup>71</sup> sowie »Wahlen gegen Recht und Gesetz«,<sup>72</sup> sondern auch die in den Akten des MfS dokumentierten Fälle Zeugnis ab. Auch erhalten gebliebene Briefe, die 1954 an Volkskammerpräsidenten Dieckmann<sup>73</sup>

---

<sup>68</sup> Bezirksverwaltung Schwerin, Betreff: Auswertung der Abstimmungsergebnisse vom 22.10.1954; BStU, MfS, AS 77/54, Bd. 18 a, S. 14 f.

<sup>69</sup> Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen – die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000, S. 186.

<sup>70</sup> Die Wahlen in der Sowjetzone: Dokumente und Materialien. Bonn 1956, 1958, 1960, 1963, 1964.

<sup>71</sup> Unrecht als System: Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1952–1962.

<sup>72</sup> Wahlen gegen Recht und Gesetz: Die Gemeinde- und Kreistagswahlen in der Sowjetzone vom 23. Juni 1957. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Berlin 1957.

<sup>73</sup> Johannes Dieckmann (1893–1969) war Mitbegründer der späteren LDPD und 1948–1950 Minister für Justiz sowie stellvertretender Präsident des Landes Sachsen. Seit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war er der Präsident der damals noch provisorischen Volkskammer.

geschrieben wurden und über Willi Stoph<sup>74</sup> an Staatssicherheitschef Wollweber weitergeleitet wurden, belegen dies. In ihnen wird auf unterschiedliche Weise die Ablehnung der Wahl kundgetan. So schrieb eine Rentnerin aus Berlin-Weißensee z. B.: »Das war keine Wahl! Frecher Hohn und Lüge in einem Kulturstaat. Gibt es denn keine Menschen, die uns von Angst, Sorge und Schande erlösen?!« oder »Wenn wir könnten, wie wir wollten, dann würden wir euch Volksverräter nicht wählen!«<sup>75</sup>

Bis etwa zum Mauerbau 1961<sup>76</sup> besaß der Widerstand eine vergleichsweise breite Basis. Er war eng verbunden der bürgerlichen und sozialdemokratischen Regimekritik und zielte auf eine parlamentarisch-pluralistische Demokratie gegen die Machtansprüche der SED. Zu nennen sind hier auch exemplarisch für 1950 die bekannten Aktionen von Herman Josef Flade<sup>77</sup> und der 19 Werdauer Oberschüler,<sup>78</sup> die mit abschreckenden Strafmaßen von der Todesstrafe bis hin zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus geahndet wurden. Widerstand wurde von der SED mit allen Mitteln, einschließlich äußersten staatlichen Terrors, gebrochen.

---

<sup>74</sup> Willi Stoph (1914–1999), seit 1931 Mitglied der KPD. In der SBZ/DDR übte er zahlreiche hohe und höchste Funktionen aus: ab 1950 Mitglied des Zentralkomitees und ab 1953 des Politbüros der SED, ab 1950 Mitglied der Volkskammer, 1952 bis 1955 Innenminister, 1956 bis 1960 Verteidigungsminister im Rang eines Armeegenerals, seit 1963 Mitglied des Staatsrates, dessen Vorsitzender er zeitweise war.

<sup>75</sup> BStU, MfS, AS 77/54, Bd. 1, S. 8 u. 16..

<sup>76</sup> Vgl. die Ausführungen von Mitter, Armin: 25. Sitzung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 448.

<sup>77</sup> Oberschüler Hermann Josef Flade (1932–1980) wurde am Vorabend der Wahl beim Anbringen von selbstgedruckten Flugzetteln gegen die Volkskammer-Scheinwahlen in Olbernhau von der Polizei gestellt. Flade zog ein Taschenmesser, verletzte einen Polizisten leicht und floh. Zwei Tage später wurde er festgenommen. Am 10. Januar 1951 verhängt das Gericht das drakonische Urteil: Todesstrafe. Die Strafe wurde aufgrund von Protesten in der DDR und Westdeutschland drei Wochen später in 15 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Strafjustiz im Namen des Volkes? Die Prozesse gegen Hermann Flade, Hans-Joachim Schiebel, Elli Barczatis und Karl Laurenz. In: Haase, Norbert; Sack, Birgit (Hrsg.): Münchner Platz, Dresden: die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort. Leipzig 2001, S. 212 f.

<sup>78</sup> Die Fälle sind beschrieben in: Kowalczuk, Ilko-Sascha; Sello, Tom (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Berlin 2006, S. 30–33.

Als Höhepunkt der Auflehnung gegen die Entmündigung der Wählerinnen und Wähler darf der 17. Juni 1953<sup>79</sup> gelten. Die zuvor verkündete Erhöhung der Arbeitsnormen stellt die Kulmination der seit Jahren der Bevölkerung in der SBZ zugemuteten Demütigungen dar. Die angestaute Wut über die SED-Politik entlud sich. Die Streikenden forderten: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Wiedervereinigung, Freilassung aller politischen Gefangenen und Abzug der Besatzungstruppen sowie die Senkung der Arbeitsnormen. Die seit dem 16. Juni lodernden Aufstände schlugen in eine flächendeckende Revolution um. Mit der Niederschlagung der Volks- erhebung des 17. Juni durch sowjetische Truppen war auch die Wahlfrage zugunsten der »sozialistischen«, undemokratischen Variante entschieden – forciert durch Repression gegenüber offener bürgerlicher Opposition, durch Verurteilungen und aufgrund von Flucht nach Westdeutschland oder den Rückzug ins Private.

Mit der Auflösung der Länder und deren Ersetzung durch 14 Bezirke als Verwaltungseinheiten sowie der parallel durchgeführten Kreisreform, bei der aus 132 alten Kreisen 217 neue gebildet wurden, gerieten die gewählten Vertretungen des Jahres 1950 in einen desolaten Zustand. Die aus den Landtagsabgeordneten gebildeten Bezirkstage wurden durch ernannte Mitglieder ergänzt, Kreis- und Gemeindevertretungen mussten neu zugeschnitten werden. Wahlen zu den Bezirkstagen fanden erstmals 1954 statt. Erst am 23. Juni 1957 veranstaltete die SED wieder eine Kommunalwahl. Der Überwachung dieser Wahl gab das MfS den Decknamen »Einheit«. Die Ergebnisse der Wahlen vom 23. Juni 1957 wurden in einer Analyse des MfS in Beziehung zu den Ergebnissen der ein Jahr später anberaumten Wahl zur Volkskammer und den Bezirkstagen gesetzt. Wohl als Reaktion auf das Wahlverhalten wurden hier erstmals auch Nichtwähler und die Methoden der Wahlverweigerung eingeschätzt:<sup>80</sup>

Die soziale Struktur der Nichtwähler ist in den einzelnen Bezirken und Kreisen unterschiedlich, so wie es auch in den Altersstufen Differenzen gibt. Allgemein typisch ist dass in den Gebieten, wo die Kirche über großen Einfluss verfügt, die Mehrheit der Nichtwähler religiös gebundene Menschen sind. Dies trifft besonders in einigen Kreisen im Bezirk Halle, Erfurt, Gera, Cottbus, Potsdam, Magdeburg, Leipzig und Dresden (hierbei besonders in den sorbischen Gebieten) zu. Als zweite Kategorie sind bäuerliche Elemente, wie Groß-Bauern, starke Mittelbauern und auch z. T. Kleinbauern als Nichtwähler

---

<sup>79</sup> Vgl. z. B. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Der 17. Juni 1953, Volksaufstand in der DDR. Bremen 2003.

<sup>80</sup> Wahlergebnisse vom 16. November 1958, Volkskammer – Bezirkstag, inoffiziell; BStU, HA XX 6342, S. 17–26. Vgl. Dokument 29.

in Erscheinung getreten [...] Im Prinzip haben fast alle Anhänger der verbotenen Sekte »Zeugen Jehovas«<sup>81</sup> nicht an der Wahl teilgenommen [...]. Es gibt auch in allen Bezirken zahlreiche Beispiele, wo Personen die Wahlbeteiligung verweigerten, weil ihre Forderungen nach einer Wohnung und PM 12 a<sup>82</sup> u. dgl. nicht erfüllt wurden. Sie bilden jedoch keinesfalls Schwerpunkte [...] Andere Gründe und Ursachen der Wahlverweigerung sind im Wesentlichen nicht bekannt geworden.<sup>83</sup>

Ein weiterer Grund für Wahlverweigerung war die Auflösung der SPD. Der Zusammenschluss von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone 1946 kam einer feindlichen Übernahme gleich. Diese Zwangsvereinigung erfolgte gegen den Widerstand vieler Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten in der SBZ, die die Vereinigung zur SED nicht mitmachten, waren dann in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ohne politische Heimat: Ihnen blieb nur die Flucht nach Westen (was über hunderttausend taten) oder sich öffentlich dem Kommunismus anzupassen wie Grotewohl und andere Funktionäre. Das Schlimmste passierte denen, die weder das eine noch das andere wollten oder konnten. Gegen Tausende Sozialdemokraten

---

<sup>81</sup> Die Zeugen Jehovas sind eine Religionsgemeinschaft. Sie war in der DDR erheblichen Repressionen und Verfolgungen ausgesetzt. Die Zeugen Jehovas erkennen keine Autorität außer der göttlichen an. Aufgrund ihres Glaubens verweigert sich die Religionsgemeinschaft in jeder Staatsform jeglicher gesellschaftlichen Beteiligung, was die Ablehnung der Mitgliedschaft in Parteien und politischen Organisationen ebenso einschließt wie den Verzicht auf die Ausübung des Wahlrechts und die Verweigerung des Militärdienstes. In einem totalitären System, das auf die Vereinnahmung seiner Bürger in allen Lebensbereichen zielte, musste eine Religionsgruppe, deren Glaubensgrundsätze eine strenge politische Abstinenz vorsehen, zwangsläufig als staatsfeindlich eingeschätzt werden. Ihre Tätigkeit wurde als »politisch-ideologische Diversion« gewertet. Vgl. Schilling, Falko: Die Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945 bis 1951. Neuanfang, Behinderung und Verfolgung, Sachsen-Anhalt 2014.

<sup>82</sup> Die Polizeiliche Meldebescheinigung (PM) war ein vorläufiger Personalausweis für Personen. Um die Zahl der Westreisen zu reduzieren, modifiziert die Volkskammer im Dezember 1957 das Passgesetz. Es stellt das »Verlassen und Betreten des Gebietes der DDR ohne Genehmigung« unter Strafe. Gleiches gilt für das Abweichen von vorgeschriebenen Reisezielen, Reiserouten und Reisefristen. Wer die DDR ohne Genehmigung verließ, musste nun wegen Republikflucht mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Ein PM 12 a konnte für einen Verwandtenbesuch beantragt werden. Vgl. Schurig, Andreas: »Republikflucht« (§§ 213, 214 StGB/DDR): Gesetzgeberische Entwicklung, Einfluss des MfS und Gerichtspraxis am Beispiel von Sachsen. Berlin, Boston 2016.

<sup>83</sup> Wahlergebnisse vom 16. November 1958, Volkskammer – Bezirkstag, inoffiziell; BStU, HA XX 6342, S. 19. Vgl. Dokument 29.

in der SBZ/DDR wurden Repressalien angewandt, sie wurden verfolgt, in »Speziallager« und Zuchthäuser geworfen. Eine Form des Widerstandes ehemaliger SPD-Mitglieder war die Nichtteilnahme an Wahlen:

Eine nicht typische Erscheinung sind Fälle, wo die Arbeiter die Mehrheit der Nichtwähler sind. Zum Beispiel: [Im] Bezirk Potsdam, Kreis Rathenow sind von 360 Nichtwählern 288 Arbeiter, davon 170 bereits über 50 Jahre alt. Als Begründung wurde Verärgerung und ehemalige SPD-Hochburg [durch die Bezirksverwaltung des MfS in Potsdam] angeführt.<sup>84</sup>

Noch 1978 überarbeitete die Kreisdienststelle Berlin-Friedrichshain ihre Kartei zu ehemaligen SPD-Mitgliedern und stellte 203 im Stadtbezirk Wohnende fest.<sup>85</sup>

Um die Wahlbeteiligung zu »maximieren«, prüfte das MfS auch noch die letzten nicht kontrollierbaren Möglichkeiten, sich der Teilnahme an der Wahl zu verweigern:

Methoden sich der Wahlpflicht zu entziehen:

Im Allgemeinen wurden 3 wesentliche Methoden angewandt:

Am Tage der Wahl unternahmen die Wahlverweigerer Reisen nach auswärts, ohne sich einen Wahlschein besorgt zu haben. Einige erschienen nach dem Schließen der Wahllokale mit der Erklärung, sie glaubten, dass erst um 22 Uhr die Wahlhandlung beendet sei.

Ein Teil der Wahlberechtigten besorgte sich vorher Wahlscheine, um angeblich auswärts oder in Sonderwahllokalen ihre Stimme abzugeben. Diese Art der Wahlverweigerung ist nicht prüfbar.

Die durch Agitationseinsatz am Tage der Wahl angesprochenen Personen sagten ihr Erscheinen zu, erschienen dann jedoch nicht im Wahllokal.<sup>86</sup>

### *Resultat: Desinteresse*

Aus ihrer Erfahrung mit den vorherigen Wahlen brachte die Bevölkerung der Wahl vom November 1958 nur noch wenig Interesse entgegen. Das ging aus den seit Oktober durch das MfS erarbeiteten Hinweisen in Vorbereitung der Wahl hervor. Viele dieser Versammlungen mussten ausfallen, da die Beteiligung oft unter fünf Prozent der Wahlberechtigten lag. Das Desinteresse ging so weit, dass selbst die Kandidaten für diese Wahlen ihren »Wahlkampf« durch Nichterscheinen bei angesetzten Wählerversammlungen krönten.<sup>87</sup>

---

<sup>84</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>85</sup> Karteiüberarbeitung der ehemaligen SPD-Mitglieder des Stadtbezirkes Friedrichshain vom 13. April 1978; BStU, MfS, ASt Berlin, KD Friedrichshain 1954, S. 2.

<sup>86</sup> Wahlergebnisse vom 16. November 1958, Volkskammer – Bezirkstag, inoffiziell; BStU, HA XX 6342, S. 26. Vgl. Dokument 29.

<sup>87</sup> Abschlussbericht über die Lage und Feindtätigkeit bei der Vorbereitung und

Bei den durch das MfS angefertigten Wahlanalysen zeigte sich, dass weite Teile der Bevölkerung bei der Kommunalwahl am 17. September 1961 resigniert und sie die Wahlkomödie meistens schon bis zu den Mittagsstunden hinter sich gebracht hatten. Die Gesamtzahl der Nichtwähler, ungültigen und Gegenstimmen lag bei höchstens zwei Prozent. Davon abweichend wurden nur im Stadtkreis Jena 3,83 % festgestellt.

Bei der Analysierung und Einschätzung der Wahlergebnisse durch die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen wurde in vielen Fällen festgestellt, dass zwischen den offiziellen Ergebnissen und den durchgeführten Überprüfungen (inoffiziellen Ergebnissen) keinerlei Differenzen auftraten. Dies ist zugleich ein Ausdruck einer sorgfältigen und exakten Arbeit vieler Wahlvorstände.<sup>88</sup>

### *Proteste und Verhaftungen*

Nach den Kommunalwahlen vom 23. Juni 1957 wurde gegen 42 festgenommene Personen ein Strafverfahren in Zusammenhang mit der Wahl durchgeführt, bei den Wahlen 1958 betraf es schon 211 Personen. Wie kam es zu dieser drastischen Erhöhung der Anzahl von Verhaftungen bei Wahlprotesten? Auf dem 30. Plenum im Januar 1957 war die Justiz wegen ihrer »liberalistischen Tendenzen« eigentlich in Zusammenhang mit der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes und dessen Auswirkung in der DDR getadelt worden.

Erich Honecker<sup>89</sup> sagte, die Organe des MfS [wären] durch die Haltung von Staatsanwälten daran gehindert worden, Gesetzesverletzungen zu ahnden. Auf Geheiß des Politbüros musste Minister Wollweber im Frühjahr das Ruder wieder herumreißen: Es sei keine Entschuldigung für das MfS – sagte er auf einer Dienstkonferenz – dass es »in der Justiz Liberalisierungstendenzen« gebe. »Wenn wir eine Verhaftung für notwendig halten, müssen wir das vertreten, und wenn ein Haftbefehl abgelehnt wird, so tragen die die Verantwortung, die das unternahmen, und wir müssen dagegen auftre-

---

Durchführung der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen 1958 vom 21.11.1958; BStU, MfS, ZAIG 149, S. 104. Vgl. Dokument 31.

<sup>88</sup> Abschlussanalyse über die Volkswahlen am 17.9.1961; BStU, MfS, HA XX 6521 Teil 2, S. 46. Vgl. Dokument 32.

<sup>89</sup> Erich Honecker (1912–1994), Dachdeckerlehre in Neunkirchen (Saargebiet), Abbruch der Lehre ohne Abschluss, um sich ganz der politischen Arbeit zu widmen. Seit 1930 KPD, 1937 zu zehn Jahren Haft verurteilt; aus dem Zuchthaus Brandenburg durch die Rote Armee befreit. 1946–1955 Mitbegründer und erster Vorsitzender der FDJ, ab 1949 Mitglied des ZK der SED, Mitglied der (Provisorischen) Volkskammer 1949–1989, 1956 Sekretär der Sicherheitskommission.



ten«, lautet die implizite Aufforderung, wieder zu den alten Methoden der Druckausübung zurückzukehren.<sup>90</sup>

Erst das Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes am 1. Februar 1958 ermöglichte eine Verurteilung bei den politischen Straftatbeständen. Die §§ 19 »Staatsgefährdende Propaganda und Hetze« sowie 20 »Staatsverleumdung« wurden bei der Verurteilung im Zusammenhang mit der Wahl angewandt.

Trotzdem kam es weiterhin zu Protesthandlungen. 677 Vorkommnisse und 285 Festnahmen notierte ein MfS-Mitarbeiter im Verlauf der Wahlen vom 17. September 1961.<sup>91</sup> Einige Beispiele: In Zwickau wurden in der Nacht vom 15. zum 16. September 1961 selbstgefertigte Flugblätter gestreut, bis zum 17. September wurden ca. 1 000 Exemplare aufgefunden. Sie waren beiderseitig mit Buchstaben aus einem Druckkasten bedruckt und enthielten Forderungen nach »freien Wahlen«, nach »Menschenrechten«, riefen auf zum Widerstand und forderten, mit den »bestehenden Zuständen Schluss zu machen«. Am 16. September 1961 wurde in Meiningen ein 16-jähriger Schüler beim Auslegen selbstgefertigter Flugblätter gestellt. Er hatte bereits 30 verteilt und noch 50 Exemplare bei sich. Inhalt des Flugblattes: »Wer Ulbricht wählt, wählt den Untergang des Volkes!« An die Turnhalle der Goetheschule in Pritzwalk wurde mit Nitro-Farbe geschrieben: »Wir fordern freie Wahlen« und »Freiheit«. Ein 89 Jahre alter Bürger aus Niepars<sup>92</sup> (Bez. Rostock) äußerte, er würde sich eher erschießen lassen als zur Wahl zu gehen.

Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger fand sich jedoch mit dem »Zettelfalten« ab. Doch was bedeuteten diese der Bevölkerung abgerungenen »Siege« langfristig für die Partei- und Staatsführung? Es scheint, als habe die SED der selbstgenährten Illusion von einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung Glauben geschenkt. Warum war es so opportun, eine demokratische Ordnung zu imitieren? Warum machte diese »Diktatur des Proletariats« Gebrauch von Wahlen mit in Demokratien üblichen Elementen wie der Aufstellung von Kandidaten, Benutzen von Stimmzetteln, Wahlkabinen, Wahlurnen, öffentlicher Auszählung usw., obwohl sie diese Elemente nur als Ritual für das Inszenieren von angeblicher Zustimmung benötigte? In der DDR spielte die Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten eine wesentliche Rolle. Die Bevölkerung beider Staaten erwartete die Schaffung

---

<sup>90</sup> Engelmann, Roger: Staatssicherheitsjustiz im Aufbau. In: ders.; Vollnhals, Clemens: Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Berlin 1999, S. 156.

<sup>91</sup> Abschlussanalyse über die Volkswahlen am 17.9.1961; BStU, MfS, HA XX 6521 Teil 2, S. 85. Vgl. Dokument 32.

<sup>92</sup> Im Original: »Niepers«.



eines demokratischen Staates, da sie mit Diktatur und Unfreiheit nur bittere Erfahrungen verband. Mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Modell der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik konnte die ineffektive Planwirtschaft nicht konkurrieren. Mit solch einer geringen Rentabilität ließen sich die Vorzüge des Sozialismus zu keiner Zeit nachweisen. Auch das Wohnungsbauprogramm und das kostenfreie Gesundheitswesen in der DDR waren nicht in der Lage, das vorhandene Demokratiedefizit wettzumachen oder vergessen zu lassen. Eine Ersatzfunktion sollte da die publizierte hohe Wahlbeteiligung mit den legendären 99 % übernehmen, die die Überlegenheit des Sozialismus im »besseren« Deutschland beweisen sollte – lag doch die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik nie über 80 % und eine gewählte Partei benötigte auch nur 51 %, um allein regieren zu können.

Letztlich erwies sich aber die Alternativlosigkeit der demokratischen Legitimation politischer Herrschaft in politischen Systemen durch demokratische Wahlen. Auch die sozialistischen Staaten sowjetischer Prägung konnten sich diesem Anspruch nicht entziehen. Einlösbar war er von ihnen aber auch nicht. Der breite Widerstand gegen die Wahlfälschung vom 7. Mai 1989 in der DDR offenbarte schließlich die finale Krise des Systems.

Wahlen ändern nichts, sonst wären sie ja verboten? Hätte die DDR-Führung nur geahnt, dass eine Wahl zum Einsturz ihres Systems beitragen würde, sie hätte sie sicherlich verboten.



## 2. Zur Edition

### *Auswahl und Wiedergabe der Dokumente*

Ausgewählt wurden für die vorliegende Edition Dokumente, in denen die Aktivität des MfS bei der Überwachung, Sicherung und Analyse der Wahlen von der Staatsgründung bis zum Jahr 1961 sichtbar wird. Sie sind überwiegend den BStU-Archivbeständen Sekretariat des Ministers (SdM), Allgemeine Sachablage (AS), Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) sowie Hauptabteilung XX entnommen. In diesen Beständen sind die Akten zu Wahlen ohne erkennbare Lücken überliefert. Daher konnte auf zusätzliche Dokumente aus den Außenstellen der BStU verzichtet werden.

Die Edition erscheint parallel in einer digitalen Ausgabe als PDF, das kostenlos auf der Seite des BStU <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/publikationen> abgerufen werden kann. Diese elektronische Ausgabe ist um die in der Inhaltsangabe markierten zusätzlichen Dokumente vermehrt.

Die Dokumente werden vollständig inklusive Titel, Text, Datumsangabe, Vermerken und ggf. Anlagen ediert. Der Text der Dokumente und Anlagen wird weitestgehend im Originaltextfluss publiziert. Allerdings werden Seitenumbrüche ignoriert sowie inhaltslose bzw. -schwache Leerzeilen, Zeilenumbrüche und Trennungen getilgt. Bei der in wenigen Fällen erforderlichen Streichung von längeren Passagen werden diese in eckigen Klammern kurz paraphrasiert.

Bei den Ortsangaben wird die Nennung des Kreises, die in den Dokumenten meist ohne typografische Abtrennung nachgestellt ist, aus Gründen der Übersichtlichkeit in runde Klammern gesetzt. Durch Sperrung, Unterstreichung o. Ä. hervorgehobene Wörter werden kursiv wiedergegeben, Aufzählungen einheitlich durch vorangestellte Spiegelstriche gekennzeichnet. Handschriftliche Notizen am Blattrand sowie bedeutungstragende Unterstreichungen und Hervorhebungen werden in den Fußnoten dokumentiert.

Die Rechtschreibung und Interpunktion ist der heute gültigen angepasst. Einfache Tipp- bzw. Schreibfehler werden stillschweigend korrigiert. Stark abweichende fehlerhafte Schreibweisen werden in Fußnoten angezeigt. Von der Bearbeiterin vorgenommene Einfügungen und Auslassungen sind mit eckigen Klammern gekennzeichnet. Rechenfehler in den Tabellen wurden nicht berichtigt (vgl. z. B. Dokument 12 den Eintrag zu »Stendak«, wo als Summe von Spalte 3 und 4 fehlerhaft 76 229 eingetragen ist (eigentlich  $76\,144 + 84 = 76\,228$ )). Abkürzungen sind in einem Abkürzungsverzeichnis aufgelöst. Erschlossen wird der Band durch einen Personen- und Ortsindex im Anhang.

### *Dokumentenkopf und Dokumentenapparat*

Der Dokumentenkopf setzt sich aus Datum und Titel des Dokuments zusammen. Undatierte Dokumente sind in der Datumszeile durch den Zusatz [ohne Datum] kenntlich gemacht. Sofern Erklärungen zum Datum nötig waren, sind diese in der Rubrik »Datum« angemerkt. Dies gilt vor allem, wenn die Datierung fehlt oder unvollständig ist und durch die Herausgeberin festgelegt wurde (»Datierung durch die Herausgeberin«). Der Titel der Dokumente wird gleichlautend zum Original wiedergegeben.

Der Dokumentenapparat gliedert sich in folgende Unterpunkte: Quelle, Datum, Vermerke, Bemerkungen zu allen übrigen Fakten, Nachweis der Anlagen.

### *Kommentierung*

Die Kommentierung ist möglichst knapp gehalten. Sie soll den historischen Kontext verständlich machen und eine Orientierungshilfe für die Nutzung sein. Der Kommentar erläutert kurz Begriffe, Ereignisse und Sachverhalte, die aus dem Dokument nicht verständlich werden und ergänzt diese unter Umständen durch Hinweise auf einschlägige Forschungsliteratur. Personennamen werden generell erläutert, wobei die Kommentierung sich auf die Angabe der Lebensdaten sowie diejenigen Ämter und Funktionen beschränkt, die die betreffende Person in der behandelten Zeit innehatte. Weitere Angaben erfolgen nur, wenn sie für den historischen Kontext des jeweiligen Dokumentes von Belang sind. Fehlende biografische Angaben bei anderen Personen sind darauf zurückzuführen, dass sie sich nicht mit vertretbarem Aufwand ermitteln ließen.

### *Schutz personenbezogener Daten*

Nach dem »Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« (StUG) notwendige Anonymisierungen werden durch eckige Klammern kenntlich gemacht [Name 1] usw.

### **3. Ausgewählte Dokumente**



**1949**





## Delegiertenwahl zum 3. deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai 1949

Quelle: BStU, MfS, AS 233/66, Bl. 73–88.

Empfänger: Präsident der DVdI, Dr. Fischer.

Absender: Leiter der Abteilung K 5; Unterschrift Jamin Inspekteur.

Bemerkung: Text des Anschreibens vom 3.6.1949: »Anliegend wird zu obigem Sachbetreff ein Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.« – Handschriftlich unter dem vorletzten Absatz: »An Präs[ident] Dr. Fischer weitergeleitet (3.VII.49)« Unterschriftskürzel: »Hau«.

Anlagen: 4 (davon 2 im Vorgang überliefert, sämtlich nicht ediert).

Nach den bisher vorliegenden Meldungen der Landeskriminalpolizeiabteilungen, die bei der Abteilung K 5<sup>1</sup> eingegangen sind, ergibt sich über die gegnerische Propaganda sowie Störung und Beeinträchtigung der Wahlen zum 3. deutschen Volkskongress Folgendes:

### *I. Schwerpunktbildung in der SBZ*

Die Schwerpunkte stärkerer gegnerischer Aktivität in der SBZ befinden sich in den Verkehrs- und Industriezentren sowie in den Großstädten.

Die gegnerische Tätigkeit erstreckt sich fast gleichmäßig verteilt mit Schwerpunkten an wichtigen Verkehrsknotenpunkten in den Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Der Umfang der Propaganda in den vorgenannten Ländern weicht nicht wesentlich voneinander ab.

Im Lande Brandenburg bildete sich ein ausgesprochen starker Schwerpunktring um Berlin. Es ist hier offensichtlich, dass die Endstationen der S-Bahn, die in der SBZ liegen bzw. die nach dort verkehrenden S-Bahn-Züge der Ausgang der gegnerischen Propaganda waren.

Aus den Meldungen des LKPA Mecklenburg geht hervor, dass hier eine auffallend schwache gegnerische Aktivität, die vielfach an örtliche Vorkommnisse und Einzelpersonen anknüpfend, gegenüber den anderen Ländern zu verzeichnen ist.

---

<sup>1</sup> Das Referat K 5 der 1946 gegründeten Abteilung Kriminalpolizei der DVdI bearbeitete vorwiegend politische Vorgänge und war eine Vorläuferorganisation des MfS. Vgl. Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone. Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1998. Berlin 1998, S. 125–156.

## II. *Schwerpunktbildung in den Ländern*

### a) *Thüringen*

Der stärkste Schwerpunkt war in Erfurt (Ankleben gegnerischer Plakate, Verteilen von Flugblättern, Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten usw.).

In Altenburg war eine starke Betätigung im Ankleben gegnerischer Plakate sowie in der Verteilung von Flugblättern festzustellen.

Störungen der Wahlhandlungen waren in Weimar und Bleicherode (Kreis Nordhausen) zu verzeichnen.

Weitere, aber schwächere gegnerische Aktivität wird aus Meiningen, Sonneberg, Lauscha, Rudolstadt, Bad Köstritz, Neustadt a. d. Orla und Gera gemeldet, gleichfalls aus den Orten Nordhausen, Heiligenstadt, Mühlhausen, Gotha, Bad Salzungen, Zella-Mehlis, Ilmenau, Saalfeld, Hermsdorf usw.

### b) *Sachsen*

Schwerpunkte der gegnerischen Propaganda im Lande Sachsen waren die Großstädte Leipzig und Dresden (Ankleben gegnerischer Plakate, Verteilung gegnerischer Flugblätter, Abreißen, Beschädigen und Überkleben von Wahlplakaten, Bemalen von Straßen und Mauern usw.).

Zu Störungen der Wahltätigkeit kam es in Falkenstein (Kreis Auerbach) und Pöhl Kreis Aue.

Besonders bemerkenswert ist das Ankleben gegnerischen Propagandamaterials in der Linie Freital, Dippoldiswalde, Chemnitz, Burgstädt und Waldenburg sowie in Ost-Sachsen in Reichenbach (Krs. Niesky), Löbau und Görlitz.

Schwache gegnerische Tätigkeit durch Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten sowie Bemalen von Straßen und Mauern in Niesky, Kamenz, Königsbrück, Lampertswalde, Falkenberg, Grimma, Geringswalde (Krs. Rochlitz), Glauchau, Zwickau, Falkenstein (Krs. Auerbach) und Schöneck (Krs. Oelsnitz) sowie Markkleeberg (Krs. Leipzig).

### c) *Sachsen-Anhalt*

Starke Aktivität war in Magdeburg zu verzeichnen (gleichmäßige Betätigung im Ankleben von gegnerischen Plakaten, Überkleben, Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten sowie in der Verteilung gegnerischer Flugblätter).

Ein weiterer Schwerpunkt war in Stendal (überwiegend Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten sowie mehrfaches Ankleben gegnerischer Plakate und Bemalen von Straßen und Mauern) und in den Industriezentren Halle, Merseburg, Weißenfels, Delitzsch, Bitterfeld, Dessau sowie Gardelegen.

Am Nordrand des Harzes wurden in Königshütte, Quedlinburg, Halberstadt und Bernburg gegnerische Flugblätter verteilt.

#### d) *Brandenburg*

Die gegnerische Propaganda um Berlin trug offensichtlich organisierten Charakter. Besondere örtliche Schwerpunkte waren in Falkensee, Nauen, Velten, Hennigsdorf, Oranienburg, Bernau, Altlandsberg,<sup>2</sup> Schulzendorf und Mahlow.

Im Nordwesten von Berlin erstreckte sich die gegnerische Tätigkeit überwiegend auf das Ankleben von Plakaten sowie die Verteilung von Flugblättern und das Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten.

Im Nordosten und Osten von Berlin war eine starke Aktivität in der Anbringung von gegnerischen Plakaten in Rüdersdorf, Neuenhagen, Bernau und Biesenthal sowie in dem Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten und Verteilung von gegnerischen Flugblättern zu verzeichnen.

Im Süden Berlins Verteilung von Flugblättern und Abreißen sowie Beschädigen von Wahlplakaten. Über das Ankleben von gegnerischen Plakaten sind hier keine nennenswerten Meldungen eingegangen.

Störungen der Wahlhandlungen waren in Falkensee und Flatow zu verzeichnen.

Im Süden des Landes Brandenburg war ein auffallender Schwerpunkt in dem Gebiet um Kirchhain und Doberlug. In diesem Gebiet überwiegt um ca. das 6-fache das Anbringen von gegnerischen Plakaten gegenüber dem Überkleben und Verteilen von Flugblättern.

Im Gebiet um Spremberg war ein Schwerpunkt im Ankleben gegnerischer Plakate. In Luckau dagegen wurde ein mehrfaches Verteilen gegnerischer Flugblätter festgestellt.

Aus der Gegend südlich von Lübbenau wird Abreißen, Beschädigen und Überkleben von Wahlplakaten gemeldet.

Als isolierte, lokale Erscheinungen treten hervor:

- Perleberg (Bemalen von Straßen)
- Pritzwalk (Bemalen von Straßen und Beschädigen von Wahlplakaten)
- Wittstock (Ankleben gegnerischer Plakate)
- Havelberg (Verteilung gegnerischer Flugblätter der SPD Berlin).

Im Nordosten des Landes nur vereinzelt Ankleben gegnerischer Plakate.

#### e) *Mecklenburg*

Die Schwerpunkte im Lande Mecklenburg waren in Rostock, Schwerin, im Gebiet um Schönberg,<sup>3</sup> Goldberg und Anklam.

---

<sup>2</sup> Im Original: »Alt Landsberg«.

<sup>3</sup> Im Original: »Schöneberg«.

In den übrigen Teilen des Landes vereinzelte Tätigkeit in Hagenow, Stapel, Neustrelitz, Banzin und Roggendorf.

### III. Träger der gegnerischen Propaganda

Als Träger der gegnerischen Propaganda traten in Erscheinung:

- die SPD und ihre Jugendorganisation, die »Roten Falken«
- die Schwennecke<sup>4</sup>-Anhänger in der LDP
- die Kaiser-Anhänger in der CDU<sup>5</sup>
- die Zeugen Jehovas (Bibelforscher)
- die Umsiedler<sup>6</sup>
- und faschistische Kräfte.

Die Gegenpropaganda, insbesondere der CDU, hat [nach] den Berichten zufolge sich über die gesamte SBZ erstreckt. Das bekannte Flugblatt, welches

---

<sup>4</sup> Carl-Hubert Schwennicke (1906–1992) war seit August 1946 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) und seit Februar 1948 Vorsitzender des abgespaltenen LDP-Landesverbandes in den Westsektoren Berlins, ab Dezember 1948 Vorsitzender der FDP. In dieser Funktion hatte er einen Sitz im Bundespräsidium der FDP, 1948 Mitbegründer des Ostbüros der Berliner FDP und im selben Jahr Unterzeichner des Gründungsaufrufs der Freien Universität. Am 17. März 1955 verübte die Staatssicherheit der DDR ein Sprengstoffattentat auf ihn. Dabei wurde seine Sekretärin verletzt. Vgl. Breunig, Werner; Herbst, Andreas: Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946–1963. Berlin 2011, S. 249.

<sup>5</sup> Nachdem der letzte frei gewählte CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser von der Sowjetischen Militäradministration 1947 wegen seines Widerstands gegen die »Volkskongressbewegung« abgesetzt worden war, verließ er die SBZ. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 kandidierte Kaiser für ein Direktmandat und wurde ins Parlament gewählt. In der Zeit seiner von 1949 bis 1957 währenden Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag bekleidete er das Amt des Ministers für gesamtdeutsche Fragen. Er gehörte zu den führenden Köpfen des am 17. Juni 1954 gegründeten Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

<sup>6</sup> Offiziell seit Herbst 1945 in der SBZ/DDR gebrauchtes Wort für diejenigen Menschen, die durch die Auswirkungen des Krieges ihre eigentliche Heimat verlassen und sich irgendwo neu ansiedeln mussten. Im Gegensatz zu der ein Unrecht implizierenden bundesdeutschen Bezeichnung Vertriebene sollte diese Benennung die Akzeptanz der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa dokumentieren. Vgl. Schwartz, Michael: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. Oldenbourg 2004, S. 3–6.

die Wähler<sup>7</sup> auffordert, mit »Nein« zu stimmen (Verfasser Kaiser), wurde in allen Ländern aufgefunden.

Die Aktionen der SPD waren in dem Maße nicht einheitlich gelenkt.

#### IV. Bemerkenswerte Fälle

zu a) (Thüringen)

In der Nacht vom 10. zum 11.5.1949 sowie vom 12. zum 13.5.49 wurden im Stadtgebiet von Heiligenstadt in größeren Mengen handgeschriebene Flugzettel in der Größe 15 x 20 cm verteilt. Die Flugblätter wurden in den Straßen mit Reißzwecken an Wohnhäuser, Telegrafmasten usw. angebracht oder unter die Haustüren geschoben. Die Beschriftung lautet:

- »Jedes Nein ein Schlag gegen die SED«
- »Jedes Nein ein echter Demokrat«
- »Bleibt Kaiser treu<sup>8</sup>, wählt Nein«
- »Nur Dein Nein kann Deutschland retten« usw.

Trotz der verstärkten Streifen­tätigkeit der Volkspolizei nach dem ersten Auffinden der Flugblätter konnten verdächtige Personen nicht ausfindig gemacht werden.

In Altenburg wurden ebenfalls handgeschriebene Zettel in kleineren Mengen aufgefunden, welche folgenden Inhalt hatten:

- »Für Freiheit und Frieden, für die SED – Nein, darum wählt mit Nein«
- »Aus Protest gegen die SED schon Nein, darum wählt Nein« usw.

Am 16.5.49 gegen 22.00 Uhr wurden der Intendant des Landessenders Weimar sowie 3 weitere Angehörige des Landessenders wegen gemeinschaftlichen Wahllisten-Diebstahls aus dem Wahllokal des Hauses der VdgB<sup>9</sup> in Weimar festgenommen.

Auf dem Bahnhof Meiningen wurde am 13.5.49 bei der Kontrolle des von Erfurt kommenden Personenzuges gegen 12.30 Uhr eine Flugschrift der

---

<sup>7</sup> Im Original: »Weber«.

<sup>8</sup> Im Original: »Kaisertreu«.

<sup>9</sup> Die »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdgB) war eine Massenorganisation der Genossenschaftsbauern, Gärtner und Winzer in der DDR. Sie verstand sich selbst als sozialistische Massenorganisation unter der führenden Rolle der SED, deren Aufgabe darin bestehen sollte, die unterschiedlichen sozialen Gruppen auf dem Lande im Sinne der Partei und des Staates zu beeinflussen. Vgl. Kuntsche, Siegfried: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). In: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 560–592.

Kaiser-CDU mit der Überschrift: »Stimmt mit Nein« betitelt, aufgefunden (Text des Flugbl[atts] siehe Anlage 1).<sup>10</sup>

In Bleicherode versuchte das Mitglied der LDP und Mitglied des Wahlkomitees [Name 1] im Wahllokal eine Wählerin zu beeinflussen, indem er ihr sagte: »Wenn Sie keine Russin werden wollen, dann wählen Sie mit Nein«. [Name 1] wurde festgenommen.

In Emsdorf wurden 3 Zeugen Jehovas festgenommen, die in den umliegenden Dörfern antidemokratische Propaganda von Haus zu Haus trieben und die Wahlberechtigten aufforderten, sich der Stimme zu enthalten oder mit »Nein« zu stimmen.

Am 12.5.49 gegen 8.00 Uhr wurden im Stadtgebiet von Brotterode gegen 150 Flugzettel folgenden Inhalts aufgefunden:

- »Gegen Terror, KZ-Lager und Hunger am 15. und 16. Mai ›Nein««.
- »Gegen bolschewistischen Terror für Freiheit und Menschenrecht am 15. und 16. Mai ›Nein‹ ›Nein««!

Der bzw. die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

In der Gemeinde Burkhardtroda bei Marksuhl<sup>11</sup> wurden über 20 Wahlplakate beschädigt. Die Beschädigungen waren nur im unteren Ortsteil vorgenommen worden, der ausschließlich von Groß- und Mittelbauern bewohnt ist. Im oberen Ortsteil, wo Kleinbauern und Landarbeiter wohnen, ist keines dieser Plakate beschädigt worden. Die Ermittlungen nach dem oder den Tätern sind noch nicht abgeschlossen.

In Bad Köstritz wurden am 15.5.49 gegen 5.00 Uhr von einer Streife gegen 100 Stück handgeschriebene Flugzettel folgenden Inhalts aufgefunden: »Wollt Ihr Deutsche sein, so wählt nur mit ›Nein««. Die Ermittlungen führten noch nicht zur Feststellung der Verteiler.

Bei einem Streifengang der Volkspolizei am 14.5.49 gegen 0.30 Uhr wurden in Jena in der Passage ca. 80 gedruckte Flugzettel aufgefunden, deren Inhalt sich gegen die Volkskongresswahlen richtet. Die Flugblätter enthielten einen Aufruf des SPD-Landesverbandes von Groß-Berlin an den Ostsektor (Text des Flugblattes befindet sich in der Anlage unter Nr. 2).<sup>12</sup> Weitere Flugblätter wurden nicht aufgefunden. Es ist daher anzunehmen, dass die Flugblätter im Stadtgebiet verteilt werden sollten, aber durch das Auftauchen der Streife die betreffende Person sich entdeckt glaubte und unter Zurücklassung der Flugblätter flüchtete.

Erwähnenswert ist noch eine Großkundgebung, die am 14.5.49, gegen 20.00 Uhr bei Adelshausen (Krs. Hildburghausen) unmittelbar an der Zonen-

---

<sup>10</sup> Text des Flugblattes im Vorgang nicht überliefert.

<sup>11</sup> Im Original: »Burghardsroda bei Mark Suhl«.

<sup>12</sup> Abschrift des Flugblattes als Anlage AS 233/66, Bl. 90; nicht ediert.

grenze stattfand. Die Kundgebung war von ca. 5 000 Menschen besucht, davon etwa 2 000 aus dem Kreis Coburg<sup>13</sup> (Westzone). Es sprachen der Landrat des Kreises Hildburghausen, Vertreter der LDP, der DBP, der SED sowie der Betriebsratsvorsitzende vom Landratsamt Coburg und ein Vertreter der FDJ<sup>14</sup> aus Coburg. Die Kundgebung, die gegen 22.00 Uhr beendet war, verlief ohne jeden Zwischenfall und hinterließ bei den Teilnehmern einen tiefen Eindruck.

zu b) (Sachsen)

In Falkenstein (Krs. Auerbach) konnten aufgrund der ungenügenden Kontrolle bei der Erstellung der Wahllisten durch den Bürgermeister *Seidel*, Mitglied der CDU, über 1 % der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht nicht ausüben (126 Personen). Hierbei handelt es sich überwiegend um Werktätige und ein Teil SED-Mitglieder. Die öffentliche Auslegung der Stimmlisten erfolgte ebenfalls nicht termingemäß am 2.5., sondern erst am 4.5.1949. Für die Erstellung der Wahlkartei war[en] das Mitglied des Kreisvorstandes der LDP, [Name 2], sowie 10 ehrenamtliche Kräfte, die durchweg aus abgebautem Verwaltungspersonal bestanden, verantwortlich. Es hat den Anschein, dass der vorgenannte [Name 2] bewusst die Wahlkartei in Unordnung gebracht hat. Die Ermittlungen diesbezüglich sind noch nicht abgeschlossen.

In Markkleeberg (Krs. Leipzig) wurden in den Nachtstunden des 9. bzw. 10.5.49 etwa 140 Stück Flugblätter der »Deutschen Freiheitsbewegung«<sup>15</sup> in den Straßen verteilt aufgefunden (Text siehe Anlage 3).<sup>16</sup> Dieselben Flug-

---

<sup>13</sup> Im Original durchgehend: »Koburg«.

<sup>14</sup> Die »Freie Deutsche Jugend« (FDJ) war die unter maßgeblichen Einfluss der KPD 1945 gegründete ehemalige Jugendorganisation. Die Gründung als gesamtdeutsche Organisation »scheidete am Veto der westlichen Besatzungsmächte, vor allem weil die FDJ mithilfe der SED in der SBZ die einzige legal zugelassene Jugendorganisation blieb«. In Westdeutschland kam es 1945 auch zur Gründung der FDJ, die vorrangig die Wiederbewaffnung unter Adenauer bekämpfte. 1951 verbot die Bundesregierung die FDJ als verfassungswidrige Organisation. Vgl. Herms, Michael: »Freie Deutsche Jugend« (FDJ). In: Stephan, 2002, S. 485–499.

<sup>15</sup> Zwölf Jugendliche, meist Schüler, aus Leipzig bzw. Markkleeberg hatten über ein Jahr lang Flugblätter unter dem Namen »Deutsche Freiheitsbewegung« verteilt, bevor sie im Zeitraum vom 4. September bis 5. Oktober 1949 während einer Aktion verhaftet wurden. Am 16. Februar 1950 verurteilte ein sowjetisches Militärtribunal die gesamte Gruppe zu 10 bzw. 25 Jahren »Besserungs-Arbeitslager«. Siehe dazu: Gierth, Grit; Westfeld, Bettina: Zur Tätigkeit sowjetischer Militärtribunale in Sachsen. In: Hilger, Andreas [Hrsg.]: Sowjetische Militärtribunale. Bd. 2. Köln [u. a.] 2003, S. 539–570.

<sup>16</sup> Das Flugblatt ist im Vorgang nicht überliefert.



blätter wurden am 13.5.49 gegen 24.00 Uhr in dem Stadtgebiet von Leipzig aufgefunden (150 Stück). Die Flugblätter wurden auf einem Abziehapparat hergestellt. Ebenso wurden in Leipzig verschiedene Flugzettel, die mit einem sogenannten Kinderhanddruckkasten hergestellt waren, in verschiedenen Stadtgebieten vorgefunden. Nachfolgend der Text:

- »Nur Nein! Bist Du für Freiheit, Frieden und wahre Demokratie, so stimme mit Nein, wer Ja stimmt wählt Versklavung«
- »Gruppe VI Hunger«
- »Volksrat ist Volksbetrug, wählt nein«.

Ein Schüler konnte in dieser Angelegenheit als Hersteller ausfindig gemacht werden.

Am 12.5.49 wurden in Leipzig in der Handelshochschule vor Beginn der Vorlesung im Hörsaal 1 von Studenten 40 Flugblätter – das sogenannte Rundschreiben Nr. 140 und 141, das von der illegalen SPD-Betriebsgruppe der Universität Leipzig herausgegeben wird – vorgefunden. In diesen Rundschreiben wird aufgefordert, mit Nein zu stimmen, während in dem Rundschreiben Nr. 141 der Volksrat in Gedichtform lächerlich gemacht wird. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen.

Am 14.5.49 gegen 4.00 Uhr wurden in Dresden in den frühen Morgenstunden durch eine Polizeistreife auf dem Fetscher-Platz und in den umliegenden Straßen gegen 200 der bekannten Flugzettel »Widerstand, ein Wort an die Unterdrückten der Ostzone« mit dem Stempelaufdruck »Deutscher wähle mit Nein« und »Keine Stimme dem SED-Terror, wir wollen freie Wahlen, dem kommunistischen Volkskongress unser Nein«, sowie gegen 200 Flugblätter mit dem Stempelaufdruck »Deutscher wähle mit Nein« vorgefunden. Durch eine Polizeistreife wurde in einem anderen Stadtteil eine verdächtige Person angehalten. Bei der Durchsicht seiner [sic] Aktentasche wurden 200 der letztgenannten Flugblätter vorgefunden. Die weiteren Ermittlungen führten zur Festnahme von 6 Personen – überwiegend Jugendliche – die zum Teil Mitglieder der SED sind. Darunter 2 Studenten und eine Neulehrerin. Die weitere Bearbeitung dieser Angelegenheit übernahm die zuständige höhere Dienststelle.

Am 9.5.49 sprachen in verschiedenen Grundstücken 2 Frauen von den Zeugen Jehovas vor, die die Bewohner aufforderten, zur Wahl mit Nein zu stimmen. Am 14.5.49 fand eine Versammlung der Bibelforscher im Stadthaus Plauë statt, bei der der Referent [Name 3], Oberprediger und Kreisvorsitzender der Zeugen Jehovas, u. a. erklärte: »Der Krieg ist unvermeidlich, der Krieg ist notwendig, weil er nur die Guten am Leben lässt« usw. Gegen den Vorgenannten wurde ein Strafverfahren eingeleitet. In Pöhla äußerten am 14.5.49 zwei weibliche Personen, die den Zeugen Jehovas angehörten und eine Hausagitation durchführten, »die jetzigen Wahlen würden genau denselben Zweck verfolgen wie damals bei Hitler und nur auf einen Krieg hinsteuern«.



In Zwickau wurden am 14.5.49 versch[iedene] mit Schreibmaschine geschriebene Zettel mit folgendem Inhalt auf Wahlplakate geklebt:

Jeder Deutsche ist selbstverständlich für den Frieden und die Einheit Deutschlands, einschließlich der geraubten Ostgebiete, welche die SED den Polen zuerkennt, aber ein wirklicher Demokrat kann eine vorgesetzte Wahlliste, auf welcher das Stärkenverhältnis der Parteien bereits feststeht, nicht anerkennen. Gegen SED-Diktatur, Konzentrationslager und Sowjetisierung stimmt mit Nein.

Am 15.5.49 gegen 16.00 Uhr verteilte auf der Durchfahrt von Hof nach Berlin ein Interzonen-Lkw Apfelsinen an Passanten. Die Kraftfahrer erklärten bei der Verteilung den Passanten, dass sie diese Apfelsinen auch haben könnten, wenn die Ostzone sich dem Marshallplan<sup>17</sup> anschließen würde. Nach Aussagen der Kraftfahrer sollten gegen 60 derartige Fahrzeuge von Hof nach Berlin unterwegs sein. Es wurde festgestellt, dass nur dieses eine Fahrzeug eine derartige Propaganda trieb.

In Aue wurden in der Nacht vom 8. zum 9.5.49 an verschiedenen Stellen handgeschriebene Plakate »Tot [sic] oder Leben, Kommunismus oder Freiheit, wählt mit Nein zum Volkskongress, denkt an Eure Kinder, nochmals Knechtschaft oder endlich Freiheit? Zum Volkskongress Euer Nein« angeklebt.

In Plauen wurden in der Nacht vom 13. zum 14.5.49 an den Hauptverkehrspunkten Flugblätter, die mit Rot- und Blautift in Blockschrift geschrieben waren, verteilt. Der Inhalt lautete:

- »Wir wollen Demokratie und Einheit und frei von SED-Gnaden, deshalb stimmt mit Nein.«
- »Stimmt gegen den Russen hörigen SED-Rat, deshalb Euer Nein.«

In Reichenbach wurden in der Nacht vom 13. zum 14.5.49 eine größere Anzahl gummierte Klebezettel, die handschriftlich mit Rot- und Blautift beschriftet waren, verteilt. Diese Flugzettel wandten sich an die Umsiedler und trugen folgenden Inhalt:

---

<sup>17</sup> Im Original: »Marschal-Plan«. Der Marshallplan, offiziell European Recovery Program (kurz ERP) genannt, war ein großes Wirtschaftswiederaufbauprogramm der USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg dem an den Folgen des Krieges leidenden Westeuropa zugutekam. Es bestand aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren. Das 12,4-Milliarden-Dollar-Programm wurde am 3. April 1948 vom US-Kongress verabschiedet und am selben Tag von US-Präsident Harry S. Truman in Kraft gesetzt; es sollte vier Jahre dauern. Vgl. Herbst, Ludolf; Bühler, Werner; Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München u. a. 1990.

- »Wir wollen keinen Hass gegen den Westen, darum Nein und damit zur deutschen Einheit und einem gerechten Frieden«
- »Wir wollen unsere Freiheit nicht an eine Scheindemokratie verkaufen, darum stimmen wir mit Nein für Einheit, Frieden und Demokratie«

Im Stadtgebiet von Glauchau wurden in der Nacht zum 13.5.49 an versch[ie-  
denen] Stellen Zettel mit dem Text: »Wer Ja wählt, wählt Krieg, jeder Hei-  
matvertriebene wählt Nein« angebracht.

Im Bereich der Gemeinde Burgstädt wurden ca. 60 Flugblätter aufgefunden,  
welche mit Schreibmaschine geschrieben waren und folgenden Text trugen:  
»Wählt die Freiheit und stimmt mit Nein.«

In Meißen-Niederfähre wurden in den Nachtstunden des 15.5.49 mehrere  
Parolen auf die Straße mit Teerfarbe gemalt:

- »Die SPD stimmt mit Nein.«
- »Wer gegen den Kommunismus ist, stimmt mit Nein«, usw.

In Görlitz wurden in den Nachmittagsstunden des 13.5.49 in der Straßenbahn  
an der Endhaltestelle Biesnitz die bekannten Flugblätter: »Stimmt mit Nein«  
(herausgegeben von Jakob Kaiser) aufgefunden. Weitere Flugblätter wurden  
vor dem Gebäude der Vorstudienanstalt aufgefunden.

In der Nacht vom 12. zum 13.5.49 wurden an verschiedenen Stellen in  
der Stadt Görlitz Parolen (versch[iedene]) angebracht: »Umsiedler sagt Nein«  
und »Sagt Nein zur Oder-Neiße-Grenze«.

In Friedersdorf (Krs. Löbau) wurde eine amtliche Bekanntmachung  
des ev[angelischen] Pfarramtes Friedersdorf ausgehangen [sic]. In dieser  
Bekanntmachung wird gegen die Aufforderung des Superintendenten Busch,  
Bautzen, mit Ja zu stimmen, Stellung genommen. Text der Bekanntmachung:

In unserem Kirchengebiet sind Flugblätter und Plakate mit Kreuzzeichen  
erschieden. Unter der Überschrift, die ev[angelische] Kirche rufe die Gläubi-  
ger [sic] zum »Ja« am 15. und 16.5.49. Die Plakate und Flugblätter erwecken  
den Anschein, als sei diese Äußerung des Superintendenten Busch, Bautzen,  
die Stellungnahme der ev[angelischen] Kirche. Es steht fest, dass dies nicht  
der Fall ist, die ev[angelische] Kirche kann es nicht als ihre Aufgabe ansehen,  
die politische Frage »Ja« oder »Nein« bei der Wahl am 15. und 16.5.49 mit  
den Gründen des Wortes Gottes vieler ihrer Lieder für ihre Gläubiger ver-  
bindlicher zu entfalten. Sie erinnern ihre Gläubiger daran, dass ein Christ  
bei einer politischen Verantwortung auch in Wahrhaftigkeit und frei von  
Menschenfurcht wahrnehmen kann.

Unterschrift: Leiter der ev[angelischen] Kirche v. Schlesien gez. Hornig<sup>18</sup>  
Stempel der ev[angelischen] Kirche von Friedersdorf  
beglaubigt ev[angelisches] Pfarramt gez. [Name 4], Friedersdorf.

Bei einer Wahlversammlung in Bernstadt (Krs. Löbau) am 13.5.49 forderte in der Diskussion ein Umsiedler namens [Name 7] die Umsiedler auf, mit Nein zu stimmen. Er begründete seine Äußerung damit, dass die Umsiedler mit der Abgabe der Ja-Stimme die Oder-Neiße-Grenze anerkennen.

zu c) (Sachsen-Anhalt)

In den frühen Morgenstunden des 12.5.49 wurden im Zentrum von Halle eine größere Anzahl Flugblätter unterzeichnet mit »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit, Ortsverband Halle/Saale« aufgefunden. Die Flugblätter sind mit einem Vervielfältigungsapparat hergestellt worden.

Am 13.5.49, früh, lieferten 2 Studenten der med[izinischen] Fakultät Flugblätter ab, die im psychologischen Institut herumlagen bzw. am schwarzen Brett befestigt waren. Die Flugblätter sind mit Schreibmaschine vervielfältigt worden.

Der Vikar [Name 8] wurde beim Abreißen von Wahlplakaten angetroffen. [Name 8] wurde nicht inhaftiert. Der Vorgang wurde zur Strafverfolgung dem Amtsgericht übergeben.

Am 11. und 12.5.49 wurden im Stadtgebiet von Magdeburg eine größere Anzahl Flugblätter aufgefunden und eingezogen. Der Text lautet:

- »Wählt nein, Herr Reuter<sup>19</sup> haut uns frei, SED-Funktionäre lebt wohl, wir wählen nein.«
- »Warum Nein? Weil jedes Ja Anschluss an die UdSSR bedeutet. Darum Nein.«

In Staßfurt wurde in der Nacht vom 14. zum 15.5.49 von einer Polizeistreife eine Person gestellt, die die dort angeklebten Plakate mit schwarzer Farbe überschmierte. Der Beschuldigte gibt als Rechtfertigung an, er hätte diese Tat deshalb begangen, weil sein zukünftiger Schwiegervater, der ehem.

---

<sup>18</sup> Im Original: »Hornitz«. Ernst Hornig (1894–1976), 1947–1963 Bischof der Evangelischen Kirche von Schlesien mit Sitz in Görlitz.

<sup>19</sup> Ernst Reuter (1889–1953) war 1926 Berliner Stadtrat für Verkehr und wechselte 1931 nach Magdeburg in das Amt des Oberbürgermeisters dieser Stadt. Nach seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten und Konzentrationslager-Haft ging Reuter 1935 ins türkische Exil. Ende 1946 kehrte er nach Berlin zurück und war ab Juni 1947 Oberbürgermeister Berlins. Dieses Amt übte er bis zu seinem Tod aus. Vgl. Reuter, Ernst. In: Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2008, S. 727 f.

Betriebsleiter der Staßfurter Dichtungswerke Nora, wegen Wirtschaftsvergehen in Haft genommen worden ist.

In Wernigerode wurde am 15.5.49 ein gewisser [Name 9], Angehöriger der LDP, der dem Wahlausschuss angehörte, festgenommen, weil er versuchte, im Wahllokal verschiedene Wähler zu beeinflussen, dass sie mit einem Nein stimmen sollen. Er zwang eine Frau [Name 10] bei dem Ausfüllen des Stimmscheines mit Nein zu wählen.

In Stendal wurde am 14.5.49 gegen 17.15 Uhr Frau [Name 11] von einer Streife der Kriminalpolizei überrascht, als sie Wahlplakate abbriss. Die [Name 11] wurde vorläufig festgenommen und dem Amtsgericht Stendal zwecks Aburteilung im Schnellgerichtsverfahren zugeführt. Frau [Name 11] wurde noch am selben Tage zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten bei sofortigem Strafantritt verurteilt.

In den frühen Morgenstunden des 14.5.49 wurde der Rentner [Name 12], wohnhaft in Nahrstedt<sup>20</sup> (Krs. Stendal) beim Abreißen von Wahlplakaten gestellt. [Name 12] widersetzte sich bei der Personenfeststellung dem Volkspolizisten und griff ihn tätlich an. Im Schnellgerichtsverfahren erhielt [Name 12] 10 Monate Gefängnis wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Am 12.5.49 gegen 21.00 Uhr entfernte der [Name 13], wohnhaft Stendal, vorsätzlich Wahlplakate, die an seinem Hoftor angeklebt waren. [Name 13] wurde ebenfalls im beschleunigten Verfahren zu 8 Monaten Gefängnis bei sofortigem Strafantritt verurteilt.

Der VdgB-Vorsitzende [Name 14] aus Beelitz (Krs. Stendal), der in den Abendstunden des 14.5.49 die an seinem Hoftor angebrachten Wahlplakate abbriss und am Wahltage selbst eine singende Jugendgruppe der FDJ, die Wahlpropaganda trieb, von seinem Hof jagte und einen dieser Jugendlichen tätlich angriff, wurde nach Bekanntwerden seines Verhaltens ebenfalls festgenommen. [Name 14] ist Mitglied der LDP.

Am 12.5.49 hat der ev[angelische] Pfarrer [Name 15], wohnhaft Bad Dübren, vorsätzlich Volkskongressplakate, die am Eingang der Kirche angebracht waren, abgerissen. [Name 15] wurde daraufhin festgenommen. Nach dem Bekanntwerden der Festnahme des [Name 15] setzte sich der Kreisvorstand der SED [Name 16] bei dem zuständigen Kommandanten der Besatzungsmacht für die Freilassung desselben ein. [Name 15] wurde auf Veranlassung des verantwortlichen Offiziers am 16.5.49 wieder entlassen. Ein Strafverfahren gegen ihn durfte nicht eingeleitet werden.

In den Abendstunden des 11.5.49 wurde in Eilenburg in der Umgebung des Bahnhofs eine größere Menge Flugblätter vorgefunden mit dem Text:

---

<sup>20</sup> Im Original: »Nahstedt«.

Deutscher erwache. Willst Du, dass die Bonzen und Volksbetrüger weiter am Ruder bleiben? Lass Freiheit nicht durch die Parole Einheit und Frieden verblüffen[!], zeige am 15. und 16. Mai<sup>21</sup> der Bonzen- und Schieberregierung, dass Du ausgeschlafen hast. Darum als Antwort ein kräftiges Nein.

In Delitzsch wurden am 14.5.49 gegen 24.00 Uhr verschiedene Flugblätter im Stadtgebiet aufgefunden. Inhalt:

- »Ja, Hunger, Nein Frieden«
- »Weg mit dem SED-Spuck, Nein wählen«

In der Nacht zum 14.5.49 wurde in Parchau (Krs. Burg) ein großer Teil der Wahlplakate abgerissen. Als Täter konnte [Name 17], wohnhaft Parchau, festgenommen werden. Bei seiner Vernehmung gibt [Name 17] an, dass er von dem Vorsitzenden der CDU-Ortsgruppe Parchau, [Name 18] zu dieser Aktion bestimmt worden sei. [Name 18] hat sich selbst an dem Abreißen der Wahlplakate beteiligt. Bemerkenswert ist, dass [Name 18] Wahlleiter in der Gemeinde Parchau war. Er wurde ebenfalls festgenommen.

Im Bahngelände des Bahnhofs Köthen wurden 2 Kinder im Alter von 8 und 10 Jahren gestellt, die an die Reisenden die Kleinausgabe des »Telegraf«<sup>22</sup> verteilten. 15 Exemplare konnten den Kindern abgenommen werden. Die Kinder gaben an, dass sie die Zeitungen von einer unbekanntem männlichen Person gegen Entgelt zur Verteilung erhalten haben.

In der Gastwirtschaft Brewitz (Krs. Salzwedel)<sup>23</sup> wurde am 15.5.49 gegen 21.00 Uhr eine rote Fahne abgerissen und aus dem Fenster geworfen sowie sämtl[iche] im Haus und in der Umgebung befindlichen Wahlplakate abgerissen. Die Täter (4 Personen), darunter ein SED- und ein NDP-Mitglied, wurden festgenommen.

Die Flugblätter der »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit«, die in Halle aufgefunden wurden, sind auch in Quedlinburg, Wittenberg und Hoym (Krs. Ballenstedt) – nur mit der Unterschrift »Kreisverband Oschersleben« – in geringer Anzahl vorgefunden worden.

In Gernrode (Krs. Ballenstedt) wurden am 15.5.49 gegen 1.00 Uhr durch eine Polizeistreife 4 Exemplare des »Telegraf« (Kleinformat) auf der Hauptstraße aufgefunden.

---

<sup>21</sup> Gemeint ist die Wahl zum 3. deutschen Volkskongress am 15./16.5.1949.

<sup>22</sup> Der »Telegraf« war eine SPD-nahe Tageszeitung im Berlin der Nachkriegsjahre. Sie wurde 1946 gegründet. Ab 1949 wurde zusätzlich die wöchentliche Ausgabe »Der kleine Telegraf« (im DIN-A5-Format) mit eigenen illegalen Korrespondenten in Ost-Berlin und in der Sowjetzone herausgegeben, deren Auflage unter der Hand im Osten verteilt wurde. Vgl. Grebner, Susanne: Der Telegraf. Entstehung einer SPD-nahen Lizenzzeitung in Berlin 1946–1950. Berlin 2002.

<sup>23</sup> Im Original: »Salzwedel«.

Verschiedene Personen beobachteten, wie der ev[angelische] Pfarrer [Name 19] wohnhaft Osterweddingen (Krs. Wansleben), Wahlplakate von seinem Hoftor abriss. [Name 19] wurde festgenommen und dem Gericht zugeführt. Im Schnellgerichtsverfahren wurde [Name 19] zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem ist seine Amtsenthebung verfügt worden.

In Calbe leisteten die Angehörigen der Sekte »Jehovas Zeugen« passiven Widerstand bzw. forderten andere Personen auf, bei der Wahl mit »Nein« zu stimmen.

Der ev[angelische] Pfarrer der Stadt Kemberg, [Name 20], forderte seine Gläubigen während des Gottesdienstes am 15.5.49 auf, bei der Wahl mit »Nein« zu stimmen. [Name 20] wurde nach Rücksprache mit der höheren Dienststelle vorläufig nicht festgenommen.

In Halberstadt wurde am 15.5.49 die Telefonleitung, die zu dem Wahllokal führte, durchschnitten. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen waren bisher erfolglos.

zu d) (Brandenburg)

In Potsdam wurde am 13.5.49 in den frühen Morgenstunden in der 4. Mädchenschule, im Finanzamt, im Stadthaus Dortusstr. sowie in versch[iedenen] Straßen Flugblätter des SPD-Landesverbandes Groß-Berlin, die sich gegen die Wahl richteten, aufgefunden. (Text siehe Anlage 4)<sup>24</sup> Die angestellten Ermittlungen nach den Verteilern blieben erfolglos.

In Havelberg (Krs. Westprignitz) wurden in der Nacht vom 14. zum 15.5.49 in versch[iedenen] Straßen Flugblätter des SPD-Landesverbandes Groß-Berlin, die von einem Radfahrer gestreut wurden, aufgefunden. Die Fahndung nach diesem Radfahrer blieb bisher erfolglos. Es wurden gegen 800 Stück dieser Flugblätter aufgefunden. Der Text ist mit den in Potsdam aufgefundenen identisch.

In den späten Nachmittagstunden des 13.5.49 wurden in den S-Bahn-Pendelzügen zwischen Brandenburg und Oranienburg versch[iedentlich] in kleinerer Anzahl Flugblätter mit der Aufschrift: »Einheit mit Zwang hält nimmer lang« aufgefunden. Die Ermittlungen nach dem Täter verliefen bisher erfolglos bzw. wurde festgestellt, dass diese Propagandazettel auf der S-Bahn-Station Waidmannslust in den Zügen verteilt wurden.

In den in Potsdam endenden S-Bahn-Zügen wurden am 15.5.49 in den Abendstunden verschiedentlich Plakate, die sich gegen die Wahl richteten, festgestellt, (Format ca. 10 x 10 cm) die von Streifen der Bahnpolizei entfernt wurden.

---

<sup>24</sup> Abschrift des Flugblattes als Anlage AS 233/66, Bl. 90; nicht ediert.

Am 16.5.49 wurden in Bernau in dem letzten dort einlaufenden S-Bahn-Zug von der Bahnpolizei gegen 30 Flugblätter, die an die Bevölkerung der Ostzone gerichtet waren, aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, dass diese Flugblätter kurz vor der Abfahrt des Zuges in Berlin-Gesundbrunnen in die Abteile geworfen wurden. (Siehe Anlage 1).

Bei der Kontrolle des um 4.35 Uhr vom Bahnhof Mahlow nach Berlin abfahrenden S-Bahn-Zuges wurden in versch[iedenen] Abteilen gegen 35 Flugzettel mit einem Aufruf an die Ostzonen-Bevölkerung aufgefunden. Der Inhalt ist mit den auf der Strecke Bernau aufgefundenen identisch.

In Neuendorf (Krs. Teltow) wurden zwei Jugendliche beim Abreißen von Wahlplakaten angetroffen. Die Schülerin [Name 21] erklärte, dass sie zum Abreißen von Plakaten von ihrem Vater aufgefordert wurde, der ihr für jedes abgerissene Plakat 20 Pfennige versprochen habe.

Am 15.5.49 gegen 16.00 Uhr wurde in Priort (Krs. Osthavelland) die Wahlhandlung durch Personen in der Uniform der Besatzungsmacht gestört. Es wurden die Wahlplakate von den Wänden gerissen sowie die Wähler an der Ausübung ihres Wahlrechtes gehindert. Die sofort verständigte höhere Dienststelle in Nauen nahm 12 Personen fest.

In der Gemeinde Kotzen (Krs. Rathenow) wurde die Wahl am 15.5.49 um 20.00 Uhr durch den Wahlvorstand abgeschlossen, obwohl noch 21 Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hatten.

Die Neulehrerin [Name 22] von der Zentralschule Ludwigsfelde, wohnhaft Ludwigsfelde, wurde am 13.5.49 in den Abendstunden beim Abreißen eines Wahlplakates gestellt und festgenommen.

Der Postleiter [Name 23], ebenfalls in Ludwigsfelde wohnhaft, entfernte von dem Postgebäude die dort angebrachten Wahlplakate. Zur Rede gestellt äußerte [Name 23], dass das Anbringen von Wahlplakaten bzw. von Plakaten an öffentlichen Gebäuden »verboten« sei. Gegen [Name 23] wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

In Kirchhain und Doberlug wurden in der Nacht vom 12. zum 13.5.49 eine Reihe von Wahlplakaten mit dem Aufdruck »Wählt Nein« überklebt. Ebenso wurden Plakate folgenden Inhalts angebracht:

- »Die Freiheit kommt, wählt nein.«
- »Nieder mit der Diktatur, wählt nein.«
- »Seid freie Deutsche, wählt nein.«

In derselben Nacht wurden gegen 40 Flugblätter in den beiden Ortschaften gefunden, welche folgenden Text trugen:

- »Hunger, Westdeutschland lebt besser, der Volkskongress ist der Einheit Deutschlands im Wege, wer besser leben will, stimmt mit ›Nein‹.«



- »Flüchtlinge, wollt ihr eure Heimat wiedersehen? Der Volkskongress verzichtet auf eure Ostgebiete, wehrt euch, wählt mit Nein.«

Die angestellten Ermittlungen ergaben, dass die Plakate bzw. die Flugblätter von einem Motorrad-Fahrer mit Beiwagen, der die Ortschaften passierte, verteilt bzw. angeklebt worden sind.

In der Nacht vom 14. zum 15.5.49 wurde in Burg-Dorf<sup>25</sup> (Krs. Cottbus) eine Wahl-Propagandatafel entfernt und in das Mühlenfließ geworfen. Weiterhin wurde das Dach des Gemeindehauses, auf welchem Parolen für die Wahl angebracht waren, beschädigt. Die Täter konnten ausfindig gemacht und der Haftanstalt zugeführt werden.

In Lohme<sup>26</sup> wurden am 15.5.49 Wahlplakate abgerissen bzw. beschmiert. Als Täter wurde der ehem. SS-Mann [Name 24] festgestellt, überführt und festgenommen. [Name 24] konnte bei seiner Überführung in die Haftanstalt fliehen.

In Kleinmachnow wurde am 14.5.49 gegen 23.00 Uhr der Pressebericht-erstatte des Deutschen Pressedienstes, [Name 25], wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, nach Beendigung einer öffentlichen Kundgebung festgenommen. [Name 25] äußerte sich während der Kundgebung in besonders abfälliger Form gegen die demokratische Neuordnung. [Name 25] wurde der höheren Dienststelle zugeführt.

In Dahme/Mark wurden in den Morgenstunden des 14.5.49 die bekannten Aufrufe der CDU (siehe Anlage 1)<sup>27</sup> in kleinerer Zahl aufgefunden.

In der Nacht vom 13. zum 14.5.49 entfernte der Fotograf [Name 26], wohnhaft Lübben, die an seinem Haus angebrachten Plakate zur Wahl. [Name 26] war seit 1931 Mitglied der NSDAP. Gegen ihn ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Außerdem wurde er in Haft genommen.

In Rüdersdorf wurden am 12.5.49 gegnerische Wahlplakate folgenden Inhalts angeklebt: »Hitler kommt wieder« usw. Als Täter wurden zwei Jugendliche im Alter von 13 Jahren ermittelt.

In Luckenwalde wurden in den frühen Morgenstunden des 15.5.49 gegen 60 Klebestreifen folgenden Inhalts angebracht:

- »Macht euch frei von denen, die mit den Schuften Marx und Wilkan<sup>28</sup> halten.«

---

<sup>25</sup> Im Original: »Burgsdorf«.

<sup>26</sup> Im Original: »Loehme«.

<sup>27</sup> Hinweis auf Text des Flugblattes als Anlage.

<sup>28</sup> Seit Sommer 1948 hatte die SED ihre Kampagne gegen das Unternehmertum verstärkt und Ulbricht drängte selbst auf die Kriminalisierung von Privat-unternehmern. Als Statisten für einen Wirtschafts-Schauprozess in Brandenburg waren Ernest Wilkan, der Leiter der VEB Luckenwalde, und Walter



– »Wählt erst Montag, Sonntag Wahlbetrug.«

In Waldsiefersdorf entfernten am 14.5.49 Schüler der Oberschule Wahlplakate. Unter den Tätern befand sich auch der Sohn des Lehrers an der Oberschule [Name 27]. [Name 27] ist Funktionär der LDP.

In Brüssow (Krs. Prenzlau) wurden Plakate angebracht, die die Bevölkerung aufriefen, die Stimmzettel zur Wahl ungültig zu machen, da es erst eine freie Republik geben kann, wenn die Grenzen bis zur Memel gehen. Bei einer Haussuchung bei verdächtigen Personen konnten noch weitere, handschriftlich angefertigte Plakate vorgefunden werden. Zwei Personen wurden festgenommen. Sie gaben an, dass sie diese Parolen aus einer Sendung des »RIAS<sup>29</sup>-Senders« entnommen haben.

Der Pfarrer Brunnemann<sup>30</sup> aus Fredersdorf (Krs. Lebus) entfernte am 14.5.49 gegen 19.00 Uhr von der Kirche ein Wahlplakat mit der Aufschrift »Friede auf Erden, stimmt mit Ja«. B. äußerte zu Personen »er lässt die Kirche nicht verschänden wie einen Zirkuseingang«. Zu bemerken ist, dass B. Mitglied der VVN<sup>31</sup> ist.

---

Marx, Geschäftsführer des dortigen Revisions- und Wirtschaftsverbandes, ausgewählt worden. Im Februar 1949 platzte das Verfahren überraschend, da es dem Hauptangeklagten Marx gelungen war, aus dem Haftkrankenhaus zu fliehen. Weniger Glück hatte der Mitangeklagte Wilkan, der zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Vgl. Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955: Gleichschaltung und Anpassung. München u. a. 2001, S. 155 f.

<sup>29</sup> Der »Rundfunk im amerikanischen Sektor« Berlin wurde 1946 von der US-Militärverwaltung gegründet. Unter dem Motto »eine freie Stimme der freien Welt« sendete der RIAS bis 1993 zwei Rundfunkprogramme (später auch Fernsehen) aus Berlin-Schöneberg. Der Sender erfreute sich bei der DDR-Bevölkerung großer Beliebtheit. Für die SED war er einer der meist gehassten »Feindzentralen der Imperialisten«. Vgl. Kundler, Herbert: RIAS Berlin. Eine Radiostation in einer geteilten Stadt. Berlin 2002.

<sup>30</sup> Franz Brunnemann, Jg. 1900, Mitglied der CDU und der VVN, arbeitete im Kreisausschuss der Nationalen Front mit. Er galt als fortschrittlicher Pfarrer und wurde deshalb »zu bestimmten Konventen, auf denen politisch sensible Themen zur Beratung anstanden, von seinen Amtskollegen eingeladen«. Vor 1956 schied er vorzeitig aus. Vgl. Halbrock, Christian: Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945–1961. Amtsautonomie im vormundschaftlichen Staat? Berlin 2004, S. 211 u. 216.

<sup>31</sup> Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) entstand nach Ende des Nationalsozialismus. Sie verstand sich als überparteiliche Sammelorganisation von überlebenden Verfolgten und Gegnern des NS-Regimes. Vgl. Hansel, Detlef: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). In: Stephan, 2002, S. 593–615.

In dem volkseigenen Hüttenwerk Hennigsdorf verteilte der in Berlin-Pankow, Brehmestr. 18 wohnhafte [Name 28] Flugblätter, die er angeblich in Berlin-Pankow aufgefunden haben will. Der Text lautet:

Wählt am 15. und 16. Mai mit »Nein«, oder macht euren Stimmzettel ungültig. Ihr beweist damit Herrn Pieck und seinen Konsorten, wie wenig ihr mit ihrer verbrecherischen Politik zufrieden seid. Sagt Nein zu den freien Läden, die die zugrunde gerichtete Wirtschaft retten sollen. Sagt Nein zum Spitzeltum und Unfreiheit, wählt mit Nein und ihr wählt die Freiheit.

zu e) (Mecklenburg)

Im Wahllokal von Gramonshagen<sup>32</sup> (Krs. Schwerin) erschien am 15.5.49 der [Name 29], wohnhaft Schwerin, und erklärte dort, dass er eine Überprüfung der Wahlurne bzw. die Durchführung einer Zwischenzählung vornehmen müsse. Seinen Auftrag wollte er von einem Angestellten der SED-Kreisleitung Schwerin namens Switalla<sup>33</sup> erhalten haben. [Name 29] wurde in Haft genommen.

In den Nachtstunden des 14. und 15.5.49 wurden in Schwerin Flugzettel der »Deutschen Freiheitsbewegung« in geringer Anzahl aufgefunden. Die Ermittlungen sind z. Zt. noch im Gange.

In nachstehend genannten Städten und Gemeinden des Landes Mecklenburg wurden per Post an Mitglieder der CDU sowie an Ortsgruppen- und Kreisvorstände der CDU Briefe gesandt – Poststempel Berlin – welche die schon bekannten Wahlaufrufe von Kaiser enthielten: Schönberg, Neppermin (Krs. Usedom), Neustrelitz, Ducherow (Krs. Anklam). Im Stadtgebiet von Rostock, Blankensee, Wanska, Groß Schönfeld<sup>34</sup> (Krs. Neustrelitz) und Goldberg (Krs. Parchim) sind diese Aufrufe als Streuzettel in den Nachtstunden ebenfalls vorgefunden worden.

In Sternberg wurden in der Nacht vom 15. zum 16.5.49 an Häuserwänden verschiedentlich Hakenkreuze und das ehem. SS-Abzeichen mit Schlammkreide angemalt.

---

<sup>32</sup> Im Original: »Gramonshagen«.

<sup>33</sup> Eduard Switalla (1919–2004), 1946 Rückkehr aus Russland und Mitglied der SED, bis 1947 Instrukteur der SED-Kreisleitung in Schwerin und später Volkspolizei, bis 1949 Ausbildung an der Bezirksparteischule und Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg als Leiter der Abteilung Politikultur und Stellvertreter der Abteilung Operativ, ab Februar 1950 bei der Länderverwaltung Mecklenburg des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), nach Bildung der Bezirke in der DDR im August 1952 Leiter der Bezirksverwaltung Rostock.

<sup>34</sup> Im Original: »Groß-Schönfeld«.

In Rostock wurden am 15.5.49 in dem Gebäude des Hauptbahnhofs sowie in der Bornitzstr.<sup>35</sup> und Umgebung eine Anzahl Flugblätter der »Deutschen Freiheitsbewegung« aufgefunden. Der Text usw. ist mit den in Schwerin aufgefundenen Flugblättern identisch.

Besonders hervorzuheben ist die außerordentlich aktive Teilnahme der FDJ an den Wahlvorbereitungen bzw. bei der Wahlpropaganda in allen Ländern der SBZ.

---

<sup>35</sup> Im Original: »Borwitzstr.«.

## **Anweisung zu Personen, die im Zuge der Durchführung der Wahl zum 3. deutschen Volkskongress festgenommen wurden**

Quelle: BStU, MfS, ZAGG 932, Bl. 6.

Empfänger: Dezernate K 5 der SBZ.

Absender: Deutsche Verwaltung des Innern der Sowjetischen Besatzungszone,  
Karl Gertich.

Vermerk: Abschrift. – Durch Kurier. – Vertrauliche Verschlussache.

Gezeichnet durch den Leiter der Abteilung K 5 Inspekteur Jamin.

Um bei der Behandlung der im Zuge der Durchführung der Wahl festgenommenen Personen zu einem einheitlichen Verfahren für die gesamte Zone zu gelangen, wird folgende Anweisung gegeben:

1.) Handelt es sich dabei um Personen, die durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte in Wort oder Schrift die Durchführung der Wahl stören wollten, so ist eine Anklage gemäß Befehl 201,<sup>1</sup> Dir[ektive] 38, Art., A[bsatz] III<sup>2</sup> gegen die Betreffenden zu erheben. Dazu gehören auch die Personen, die Flugblätter westdeutscher Parteien, in denen der demokratische Aufbau der Ostzone<sup>3</sup> in Misskredit gebracht wurde, verbreitet haben.

---

<sup>1</sup> Befehl 201 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) ist die Richtlinie zur Anwendung der Kontrollrats-Direktiven 24 und 38.

<sup>2</sup> Die Kontrollrats-Direktive 38 vom 12.10.1946 sah die Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen sowie die Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vor. Der Artikel 3 regelte die Bestrafung von »Belasteten« bzw. »Aktivisten«. Wörtlich heißt es im Absatz III: »Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.«

<sup>3</sup> Sowjetische Besatzungszone (SBZ) oder Ostzone (umgangssprachlich auch Zone genannt): eine der vier Zonen, in die Deutschland 1945 entsprechend der Konferenz von Jalta von den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs aufgeteilt wurde. Zur SBZ gehörten die Länder Sachsen und Thüringen, die Provinz Sachsen-Anhalt, ein großer Teil der Provinz Brandenburg sowie Mecklenburg und Vorpommern.

2.) Personen, die durch einfaches Abreißen oder Beschädigen der von den Blockparteien<sup>4</sup> herausgegebenen Wahlaufrufe die Durchführung der Wahl zu stören versuchten, sind wegen groben Unfugs zur Anzeige zu bringen.

3.) Bei einzelnen Personen, die von sich aus ihre Meinung dahingehend äußerten, dass sie mit »Nein« stimmen werden, ohne dabei den Versuch zu unternehmen, dieses »Nein« durch hetzerische Reden zu begründen, ist von einer Anzeigerstattung oder der Einleitung eines Verfahrens nach A[rt.] 3, A III, Abstand zu nehmen.

Bei der Einleitung eines Verfahrens nach A[rt.] 3, A III oder der Anzeigerstattung wegen Unfug ist von Wichtigkeit, dass die politische Haltung des Täters, insbesondere in der Zeit nach 1945, untersucht wird, da durch [!] die Charakterisierung der Personen das Strafmaß entscheidend abhängig ist.

Richtschnur für die gesamte Behandlung der festgenommenen Personen muss eine energische und zielbewusste Strafverfolgung der politisch bewussten Gegner unserer Entwicklung und eine großzügige Haltung gegenüber den politisch unbewussten Tätern sein.

Der Leiter<sup>5</sup> der Abteilung K 5  
gez. Jamin  
Inspekteur

---

<sup>4</sup> Blockparteien sind politische Parteien, die neben der herrschenden Partei existieren und mit dieser in einem Parteienblock zusammengeschlossen sind. Diese Parteien waren in Parlamenten und Regierungen vertreten, ohne eigentliche Macht ausüben zu können. Blockparteien dienen dazu, den Anschein eines Parteienpluralismus zu erwecken und die Regierungspolitik den Regierten nahezubringen. Vgl. u. a. Jesse, Eckhard: Die Parteien in der SBZ/DDR 1945–1989–90. In: Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn 1997, S. 84–105.

<sup>5</sup> Im Original: »Der Leitung«.



**1950**





## Zusammengefasster Stimmungsbericht zu den Oktober-Wahlen aus den Ländern der DDR

Quelle: BStU, MfS, AS 223/66, Bl. 27–29.

Empfänger: Nicht ersichtlich, vermutlich an die MfS-Verwaltungen der Länder.

Absender: Nicht ersichtlich, vermutlich MfS, Abteilung VI, Abteilungsleiter Reuscher.

Der nachfolgende Bericht stellt einen Extrakt dar, der in Diskussionen aus der Bevölkerung, den Organisationen, den Parteien und den Betrieben mit unseren Gewährsmännern hervortritt. Hierbei ist zu beachten, dass die Vorbereitungen zur Wahl<sup>1</sup> propagandistischer Art noch sehr in den Anfängen stecken.

Aus dem Land *Mecklenburg* wird berichtet:

Einige Umsiedler sind der Meinung, so wie es der Landwirt [Name 1] aus Wismar charakterisiert. »Die Wahl legt die Oder-Neiße-Grenze fest, ein ›Ja‹ würde ein Verrat an der Heimat sein.« Besonders kam diese Meinung in durchgeführten Hausgemeinschaften, in denen ungefähr hundert Personen teilnahmen, zum Ausdruck.

Vertreter der bürgerlichen Parteien, der NDP,<sup>2</sup> DBD<sup>3</sup> sowie der LDP, insbesondere Funktionäre, wandten sich gegen eine einheitliche Liste. So meint [Name 2], Mitglied der NDP, »alle Parteien müssten Listen aufstellen«. »Ich bin gegen eine Einheitswahlliste. Ebenso bin ich gegen einen einheitlichen freien Gewerkschaftsbund. Es müsste mehrere Gewerkschaften geben, nur

---

<sup>1</sup> Das erste DDR-Wahlgesetz »Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Oktober 1950« war vom 9. August 1950 und wurde im Gesetzblatt I, S. 743–773 veröffentlicht. Es regelte lediglich die erstmalige Wahl der Vertretungskörperschaften aller Ebenen zusammenfassend.

<sup>2</sup> Die »National-Demokratische Partei Deutschlands« war eine Blockpartei in der DDR und wurde 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet. Neben alten NSDAP-Mitgliedern sollten auch ehemalige Offiziere und Vertriebene von der neuen Partei aufgefangen werden. Erster Vorsitzender der NDPD wurde Lothar Bolz (1903–1986), der seit 1928 KPD-Mitglied war.

<sup>3</sup> Die »Demokratische Bauernpartei Deutschlands« war eine Blockpartei in der DDR. Ihre Gründung erfolgte auf Weisung der Sowjetischen Militäradministration, um dadurch die Ost-CDU und die LDPD als bürgerliche Parteien zu schwächen. Den Auftrag zur Gründung erhielt das SED-Mitglied Ernst Goldenbaum (1898–1990), der ihr 1. Vorsitzender wurde und es bis 1982 blieb.

dann könne wahre Demokratie gedeihen.« Oder [Name 3], Geschäftsführer der NDP, früher Gauredner der NSDAP: »Ich bin nicht damit einverstanden, dass die NDP nur 71/2 % der Mandate bekommt. Sie müsste einen größeren Anteil haben.«

Selbst in den Reihen der SED sind Funktionäre, die die kommenden Wahlen sehr pessimistisch betrachten. So erklärt unter anderem der Bürgermeister [Name 4], Mitglied der SED, »ich bin der Meinung, dass in unserer Gemeinde 55 % der Bevölkerung mit ›Nein‹ wählen«, während [Name 5], Mitglied der SED, Landwirt, öffentlich erklärt: »Ich kümmere mich nur um meine Landwirtschaft, alles andere interessiert mich nicht. Wenn euch das nicht passt, schließt mich aus der Partei aus.«

#### *Land Sachsen-Anhalt:*

Besonders die LDP tritt in den einzelnen Kreisen in Erscheinung. Sie äußert sich negativ zu den Wahlen. Auch hier sind es vornehmlich die Funktionäre, die als Sprachrohr auftreten, um in den Reihen ihrer Mitglieder sowie auch unter der Bevölkerung Unschlüssigkeit und Schwankungen in dem Bewusstsein der Einzelnen zur Wahl hervorrufen, ja sogar offen gegen die Wahl auftreten. So vertritt [Name 6] von der LDP die Meinung: »Ich würde niemals meine Zustimmung zu einer gemeinsamen Wahlliste geben. Ich kann nicht mit einer Partei zusammengehen, welche meine Heimat verschachert und die Politik der SU [Sowjetunion] anerkennt.« Durch die rege Propaganda im Ort selbst steht die Bevölkerung augenblicklich der Wahl sehr ablehnend gegenüber.

[Name 7], Mitglied der LDP, Vorsitzender des Ortsausschusses der Nationalen Front aus Weddendorf (Krs. Gardelegen), propagiert seine Meinung folgendermaßen:

Ich bin gegen das gemeinsame Wahlprogramm. Diese gemeinsame Wahl ist ungerecht und ist nur zum Schaden der LDP. Mir ist es gleich, ob ich aus meiner Partei ausgeschlossen werde oder nicht. Die LDP wird noch erfahren müssen, dass die Zustimmung zum gemeinsamen Wahlprogramm ein großer Fehler ist.

Alle Versammlungsteilnehmer der Mitgliederversammlung der LDP im Kreis Bernburg haben sich gegen das gemeinsame Wahlprogramm ausgesprochen, nachdem der Vorsitzende [Name 8] erklärte: »Wir wollen kein gemeinsames Wahlprogramm, wir wollen eine freie demokratische Wahl.«

Die Unschlüssigkeit in der Einstellung zur Wahl macht sich auch bei Herrn [Name 9] als Vertreter des Kreisausschusses der Nationalen Front bemerkbar, indem er erklärt:

Fragen könnt ihr mich ja, aber antworten kann ich nicht, ich bin kein politisch ausgerichteter Mensch. Die Wahl im Oktober darf nicht mehr als höchstens 40 % »Ja-Stimmen« erbringen. Wenn die Mehrheit erreicht wird, wird uns die Sowjetunion keinerlei Unterstützung mehr gewähren.

Eine besondere Gefahr der Einheitsliste<sup>4</sup> zur Wahl stellen die religiösen Sekten, besonders die »Zeugen Jehovas« dar. Dafür sind folgende Aussprüche charakterisierend: Pfarrer [Name 10], aus Kemberg meint, »die Gefahr des Krieges ist solange nicht beseitigt, solange die Gefahr des Kommunismus besteht«, während [Name 11], Kreis Weißenfels, als »Zeuge Jehovas« überzeugend bei den Anhängern der Kirche propagiert: »Wir Zeugen Jehovas und Adventisten haben von unserer Leitung den Befehl erhalten, nicht zur Wahl zu gehen. Die jetzige Regierung erkennen wir nicht an, sondern unsere Regierung ist Gott.« In ähnlicher Weise sind die Zeugen Jehovas, verkündet durch [Name 12] und Frau im Kreis Stendal, der Meinung: »Die Wahlen seien keine Bestimmung von Gott, und wir wollen uns nicht der Bestrafung Gottes aussetzen. Die Unterschrift zur Ächtung der Atomwaffe unterzeichnen wir nicht, denn wir Zeugen Jehovas werden nicht von Atombomben getroffen.«

Eine RIAS-Meldung soll angeblich der Grund sein, dass in Weißenfels ältere Leute der Meinung sind, dass die Wahlen mit einem Wahlzettel durchgeführt werden, der so eingerichtet ist, dass nur ein »Ja« herauskommt.

#### *Land Thüringen:*

Im Land Thüringen tritt ebenfalls die Meinung der Mitglieder der LDP stark in den Vordergrund und zwar derart, dass, damit die »Roten« nicht zu stark werden, neue Ortsgruppen gegründet werden. Das Mitglied der LDP [Name 13] aus Meiningen setzt sich für die hier zu leistenden Vorarbeiten stark ein. Ebenfalls der Kreisvorsitzende der LDP in Impfershausen. So geht aus dem Bericht anlässlich der Kreissekretärstagung am 11.8.1950 in Erfurt hervor: Für den Kreisblock hätten die LDP und CDU konkrete Schlüssel für die Wahllisten herausgegeben, nach welchen die Massenorganisationen

---

<sup>4</sup> Die »Einheitsliste der Nationalen Front« war die offizielle Bezeichnung für die Liste, auf der die Namen sämtlicher Kandidaten standen, die von den in der Nationalen Front zusammengefassten Parteien und Massenorganisationen in einem Wahlgebiet nominiert worden waren. Die Kandidaten wurden, nachdem sie sich einer kritischen Befragung durch Kollegen am Arbeitsplatz und auf Wahlveranstaltungen stellen mussten, mit 99-prozentiger Sicherheit gewählt. Es war keine Wahl zwischen einzelnen Kandidaten und damit zwischen Parteien zu treffen, sondern alle Kandidaten wurden im Block gewählt. Vgl. Buckow, Anjana: Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955. Stuttgart 2003, S. 215 f.

überhaupt nicht in Erscheinung traten. Die CDU hätte ihre Anweisung von Berlin und die LDP von Minister Loch.<sup>5</sup> Erst nach mehreren Verhandlungen konnte auch im Kreise Eisenach entsprechend dem Blockbeschluss von Berlin verfahren werden.

#### *Berlin:*

In der Hauptstadt wurden besonders die Stimmungen einzelner Betriebsarbeiter sowie Aktivisten und Direktoren eingeholt. Die hier wiedergegebenen Meinungen bilden nicht das Gros sondern werden mehr im »Flüsterton« ausgesprochen. So diskutierten einige Arbeitskollegen des Drehers [Name 14], der Aktivist<sup>6</sup> ist:

Die Wahlen werden unfrei stattfinden, ohne Kabinen unter Aufsicht, die SED-Mitglieder möchten ja wohl auch anders wählen, aber auf ihnen lastet der Zwang. Dass die Jugendlichen mit 18 Jahren wählen können, ist nur aus Propaganda-Zwecken, damit die Jugendlichen aus Dankbarkeit das bestehende Regime bestätigen. Denn die Jugend ist leicht zu begeistern.

Auch der Werkdirektor aus dem Kabelwerk Oberspree, [Name 15], ist der Meinung, die stattfindenden Wahlen sind keine freien Wahlen, da die Bevölkerung nicht in der Lage sein wird, die Partei zu wählen, die sie wählen möchte. Man soll jedem Menschen nach seinen eigenen Wünschen leben lassen und es ist nicht richtig, dass ein gewisser Druck ausgeübt wird.

#### *Land Sachsen:*

Die bürgerlichen Parteien stehen auch hier im Vordergrund in der Propaganda gegen die Einheitsliste. Vorwiegend besteht die Meinung, dass die LDP in der Verteilung der Mandate zu wenig berücksichtigt wurde. So erklärt der Böttchermeister [Name 16] aus Riesa öffentlich:

---

<sup>5</sup> Hans Loch (1898–1960), Mitbegründer der LDPD 1945, ab 1949 Abgeordneter der (Provisorischen) Volkskammer, ab 1950 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates bzw. stellvertretender Ministerpräsident der DDR und ab 1954 Mitglied des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, seit Oktober 1949 bis Ende 1955 Minister der Finanzen.

<sup>6</sup> Der Titel »Aktivist der sozialistischen Arbeit« war eine Auszeichnung im Rahmen des sogenannten sozialistischen Wettbewerbs um Erfüllung und Übererfüllung der Arbeitsnormen. Nach dem Vorbild des sowjetischen Aktivisten Alexei Stachanow (1905–1977) wurde der Bergmann Adolf Hennecke (1905–1975) von der SED-Führung zum Vorbild für die Aktivistenbewegung aufgebaut. Er erfüllte 1948 in einer gut vorbereiteten Schicht die Arbeitsnorm mit 387 %.

Ich kann nicht verstehen, dass die LDP, die 1946 25 % der Stimmen hatte, heute mit 15 %<sup>7</sup> beteiligt sein soll. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass man Professor Kastner<sup>8</sup> das Misstrauen ausgesprochen und ihn als Vorsitzenden der LDP abgelöst hat. Das wäre zwar noch nicht offiziell, den LDP-Mitgliedern aber doch bekannt.

Im Kreis Hoyerswerda ist die DBD die stärkste Blockpartei. Sie zählt hier 640 Mitglieder. Das Mitglied der DBD, [Name 17], ist deshalb der Meinung:

Mit der Aufschlüsselung der Mandate bin ich nicht zufrieden, ich wünsche, dass die Mandate derjenigen Blockpartei, welche in einem Ort nicht vertreten ist, nicht auf die Massenorganisationen fallen, sondern den übrigen Parteien zugesprochen werden.

Eine sehr negative, man kann sagen gegnerische Haltung, zeigte der Kreissekretär [Name 18], der in Rachlau (Krs. Bautzen) folgendermaßen referierte:

Mit unserer Besatzungsmacht haben wir ein schlechtes Los gezogen, bei den kommenden Wahlen müsst ihr die DBD wählen und nicht gemeinsame Kandidatenlisten. Wir werden dann die stärkste Partei werden, denn wir treten für das Privateigentum ein und sind keine sozialistische Partei wie die SED und CDU, in deren Programm die Enteignung des Bauern steht.

Besonders bemerkenswert ist, dass in Görlitz in den letzten 4 Monaten rund 400 Austritte bzw. Ausschlüsse aus der LDP festgestellt wurden. Es ist offensichtlich, dass hier eine Teilung der LDP in fortschrittliche und reaktionäre Menschen zum Ausdruck kommt.

#### *Land Brandenburg:*

Eine Beteiligung der in der Nationalen Front arbeitenden bürgerlichen Parteien ist als sehr schwach anzusehen. So ist festgestellt, dass in 85 Versammlungen von den Blockparteien folgendermaßen Referenten gestellt wurden: SED 46, CDU 6, LDP 4, NDP 5, DBD 12, parteilos 5. Diese Versammlungen in Prenzlau durchgeführt zeigen klar, dass die LDP sich bewusst an den Vorbereitungen zur Wahl in den Hintergrund stellt, in der Propaganda aber sich reaktionär verhalten [sic] und sogar gegen die Wahl auftreten [sic]. So wird

---

<sup>7</sup> Da eine Entscheidung zwischen konkurrierenden Parteien als Kriterium für die Sitzverteilung durch die Einheitsliste entfiel, erfolgte die Vergabe von Mandaten für die Volksvertretungen der DDR nach einem de facto von der SED festgelegten Verteilerschlüssel. Die Sitzverteilung stand so bereits vor dem Wahlakt fest. Vgl. Die Wahlen in der Sowjetzone. Dokumente und Materialien/ Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Berlin 1956 und Bonn 1964.

<sup>8</sup> Das ist Hermann Kastner (1886–1957), vgl. Fußnote in der »Vorbemerkung«.

aus Nauen gemeldet, dass von 800 Mitgliedern der LDP 400 ausgetreten sind. Ein großer Teil der verbliebenen 400 ist gegen die Wahl eingestellt.

Im Kreis Angermünde hat es die CDU verstanden, dass alle Massenorganisationen [sic], parteilose Kandidaten aufstellten, um eine SED-Mehrheit zu verhindern. Hier ist festzustellen, dass in einigen Fällen die Arbeit der SED sehr schwach war, sogar den Anforderungen der CDU nachgegeben hat, sodass die Aufteilung der Kandidaten nicht den vom Block herausgegebenen Richtlinien entspricht<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Im Original: » verspricht«.

## Wahlinstruktion

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 25–28.

Empfänger: Landes- und Kreiswahlleiter.

Absender: Staatssekretär Hans Warnke.

Datum: Datierung durch die Bearbeiterin: vor 29.9.1950 (Einladung vom 29.9.1950 zur mündlichen Information über die Wahlinstruktion am 2.10.1950 in: BStU, MfS, AS 363/66, Bl. 1.)

Vermerk: »Abl[age] Erf[assung] u[nd] Stat[istik]«. – Streng vertraulich. – Anweisung über dem Text: Die Wahlvorsteher aller Wahlbezirke sind von folgender Wahlinstruktion in Kenntnis zu setzen.

### *Ordnung im Wahllokal<sup>1</sup>*

1) Zutritt zum Wahllokal haben während des Wahlaktes nur die in diesem Wahlbezirk Wahlberechtigten und solche mit Wahlscheinen. Andere Personen haben nur dann Zutritt, wenn sie mit einem Ausweis des Wahlleiters der Republik, des Wahlleiters des Landes oder des Wahlleiters des Kreises versehen sind.

Eltern können ihre Kinder mit in das Wahllokal nehmen.

2) Da die Wahlscheine, die vom Ministerium des Innern des Landes ausgegeben wurden, möglicherweise nicht in alle Orte gekommen sind, sind auch die Wahlscheine gültig, die von den örtlichen Wahlleitern ausgegeben sind.

Die Wahllokale müssen bis 20 Uhr geöffnet bleiben.<sup>2</sup>

### *Stimmzettel*

3) Als Stimmzettel gelten nur die auf Anweisung des Ministeriums des Innern gedruckten Stimmzettel nach dem amtlich festgesetzten Muster. Gefälschte Stimmzettel werden bei der Stimmenzählung überhaupt nicht mitgerechnet.

---

<sup>1</sup> Vor diesem Dokument liegt der Durchschlag eines Entwurfs dieser Instruktion mit handschriftlichen Bearbeitungsvermerken durch das MfS. Dieser Entwurf ist überschrieben mit: »Es wird gebeten, die Wahlvorsteher aller Wahlbezirke von folgender Wahlinstruktion in Kenntnis zu setzen.« Alle dort befindlichen handschriftlichen Korrekturen sind in das Dokument 4 eingefügt worden. Vgl. BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 21–24.

<sup>2</sup> Vertikale Randmarkierungen an den Punkten 2, 3, 4 und 6 am Entwurf. Der Wortlaut von Punkt 2 des Entwurfs entspricht dem Punkt 4 des edierten Dokuments.

Der Wahlvorsteher hat dafür Sorge zu tragen, dass jeder Stimmzettel vor Ausgabe an den Wähler auf der Rückseite in der Mitte der oberen und unteren Hälfte abgestempelt wird. Die Stempel hierfür werden dem Wahlvorsteher für jeden Wahlbezirk zusammen mit den amtlichen Stimmzetteln ausgehändigt. Stempelkissen sind von den Wahlvorstehern selbst zu beschaffen.<sup>3</sup>

4) Gültig sind alle Stimmzettel mit Ausnahme derjenigen, die vollständig zerrissen sind oder Aufschriften enthalten, die sich gegen die Bestimmungen der Verfassung richten, (Schimpfworte).<sup>4</sup>

5) Stimmzettel mit Aufschrift, welche Vorschläge, kritische Bemerkungen oder Forderungen des Wählers zum Ausdruck bringen oder auf denen einzelne Kandidaten durchgestrichen sind, gelten als gültige Stimmzettel für die Kandidatenlisten der Nationalen Front.

Wenn hinter oder vor einigen Namen das Wort »Nein« geschrieben steht, so bezieht sich diese Ablehnung nur auf den oder die betreffenden Kandidaten und nicht auf die ganze Liste. Der Zettel ist also gültig.

---

<sup>3</sup> Im Entwurf entsprach der Wortlaut dem Punkt 5 im abgedruckten Dokument.

<sup>4</sup> Die Punkte 4–6 sind als geheime Anweisung »für die Auszählung der Stimmzettel« mündlich an die Wahlvorsteher übergeben worden. Eine weitere überlieferte und im Jahre 1998 publizierte »Instruktion für Wahlvorsteher« ist vom 15. Juni 1957. Sie war der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung bis zum Ende der DDR nicht bekannt. Aus Punkt 4 wurde Punkt 3 mit folgendem Wortlaut: »Als ungültige sind Stimmzettel anzusehen, die a) nicht amtlich hergestellt sind; b) die Aufschrift »ungültig« enthalten; c) die staatsfeindliche Äußerungen enthalten.« Aus Punkt 5 wurde Punkt 2: »Der Stimmzettel ist gültig und gilt als Vorschlag für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegeben, wenn folgende Änderungen vorgenommen wurden: a) wenn Kandidaten und Nachfolgekandidaten auf dem Stimmzettel gestrichen sind; b) wenn auf dem Stimmzettel Zustimmungserklärungen für die Kandidaten und Nachfolgekandidaten enthalten sind, wie ja, einverstanden, Frieden u. a.; c) wenn sich ein Kreuz hinter dem Namen eines Kandidaten oder Nachfolgekandidaten befindet oder die Namen einzelner Kandidaten oder Nachfolgekandidaten einzeln unterstrichen sind.« Aus Punkt 6 wurde Punkt 4: »Als Stimmen gegen den Vorschlag der Nationalen Front sind zu betrachten: a) Stimmzettel auf denen alle Kandidaten und Nachfolgekandidaten einzeln gestrichen sind; b) Stimmzettel, auf denen ein Kreuz quer über dem gesamten Stimmzettel angebracht ist; c) Stimmzettel, auf denen Äußerungen des Wählers aufgezeichnet sind, die seine Gegenstimme klar zum Ausdruck bringen.« Abgedruckt in: Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998, S. 67 f.



6) Stimmzettel, wo *alle* Kandidaten durchgestrichen sind oder wo der Wähler durch seine Aufschrift zum Ausdruck gebracht hat, dass er gegen die Kandidaten der Nationalen Front stimmt, zählen als *Gegenstimmen*.<sup>5</sup>

#### *Feststellung des Ergebnisses der Abstimmung*

7) Die Zahl der wahlberechtigten Personen in jedem Wahlbezirk ergibt sich aus der Zahl der in der Wählerliste eingetragenen Personen, abzüglich derjenigen, die einen Wahlschein bekommen haben. Dazu werden die abgegebenen Wahlscheine gezählt.

8) Die Anzahl der abgegebenen Stimmen wird bestimmt durch die Anzahl der Wahlurne entnommenen Stimmzettel. Gefälschte Stimmzettel sind vorher auszusondern. Der Prozentsatz der Wahlbeteiligung wird bestimmt durch das Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Anzahl der Wahlberechtigten (zu denen auch die Zahl der Wähler gehört, die auf Wahlschein gewählt haben).

9) Der Prozentsatz der Stimmen, die für die Kandidaten abgegeben wurden oder die gegen die Kandidaten abgegeben wurden, wird durch das Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen errechnet.

10) Über das Ergebnis der Wahl wird vom Wahlvorstand des Wahlbezirkes ein Protokoll angefertigt und dem Wahlleiter der Gemeinde bzw. der Stadt übermittelt, wo das Gesamtergebnis für die Gemeinde bzw. Stadt zusammengerechnet wird.

Das Wahlergebnis der Gemeinde bzw. Stadt geht an den Wahlleiter des Kreises, wo das Ergebnis für den Kreis zusammengerechnet wird und [wird] von dort weitergegeben an den Wahlleiter des Landes.

11) Für Protokoll und Niederschrift ist das vom Ministerium des Innern herausgegebene neue Formular zu verwenden, das links oben das Wort »Neu« trägt. In den Wahlbezirken, wo das neue Formular noch nicht vorliegt, ist in dem alten Protokollformular folgende Änderung vorzunehmen: Am Ende der Rubrik »Zahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel« ist einzufügen »Zahl der Stimmzettel für die Kandidatenlisten der Nationalen Front« und darunter: »Prozentsatz im Verhältnis zu den gültigen Stimmzetteln«.

Unter dieser Rubrik ist einzufügen »Zahl der Gegenstimmen und Prozentsatz dieser Stimmen zu der Zahl der gültigen Stimmen«.

---

<sup>5</sup> Wortlaut entspricht dem Punkt 4 des Entwurfs.

12) Die Veröffentlichung der Wahlergebnisse der Kreise und Gemeinden kann nur nach Zustimmung des Ministers des Innern des Landes erfolgen. Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses für die Volkskammer und für die Landtage erfolgt durch den Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik.<sup>6</sup>

13) Die vom Innenminister des Landes genehmigte Presseveröffentlichung hat in folgender Form zu erfolgen:

*Mitteilung des Wahlergebnisses für (Gemeinde, Stadt, Kreis, Land)*

Die am 15. Oktober 1950 durchgeführten Volkswahlen haben folgendes Ergebnis:

Gesamtzahl der Wahlberechtigten ...

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ...

abgegebene gültige Stimmzettel ...

das sind ...%

*für* die Kandidaten der Nationalen Front ...

das sind ...%

*gegen* die Kandidaten der Nationalen Front ...

das sind ...%

ungültige Stimmzettel ...

das sind ...%

Aufgrund dieses Wahlergebnisses wurden folgende Bürger als Abgeordnete (bzw. Gemeindevertreter, bzw. Stadtverordnete, bzw. Kreistagsabgeordnete) gewählt:

Familienname	Vorname	Beruf
--------------	---------	-------

(Ort) (Datum)

(Unterschrift des Wahlleiters des betreffenden Landes bzw. Kreises, der Stadt oder des Ortes)

Der Wahlleiter der Deutschen Demokratischen Republik

i.V.

gez. *Warnke*

Staatssekretär

---

<sup>6</sup> Wortlaut entspricht dem Punkt 6 des Entwurfs.

## Oktoberwahl

Quelle: BStU, MfS, AS 221/66, Bd. 1, Bl. 18–20.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung VI.

Absender: Leiter der Verwaltung für Staatssicherheit, Land Mecklenburg, Schwerin, Chefinspektor Last.

Bemerkungen: Text des Anschreibens vom 12.10.1950: »In der Anlage überreichen wir einen Abschlussbericht über die Oktoberwahl.«

*Betreff: Oktoberwahl*

Aus allen Kreisen wird berichtet, dass die Wahlvorbereitungen, die im Lande sehr schwerfällig bei Beginn der Wahlkampagne anliefen, doch heute erreicht haben, das Bewusstsein der Menschen progressiv für die Wahl zu beeinflussen.

Die ideologische Kampagne ist im Wesentlichen abgeschlossen, und unsere Partei ist nach Analyse der noch vorhandenen Schwerpunkte (die vor allem in ländlichen Gemeinden und auch in Großbetrieben liegen) dabei, hier noch einmal vorzustoßen.

Auch werden die letzten Tage noch benutzt, um in Betrieben und Wohngemeinschaften zu Entschließungen zu kommen, geschlossen zur Wahl zu gehen und offen die Wahl durchzuführen.

Im Kreise *Wismar* auf der Volkswerft wurde allerdings der Fehler gemacht, dass man Listen zur Einzeichnung vorlegte und damit die Stimmung erzeugte, wir haben schon gewählt. In der Ingenieur-Schule Wismar wurde von reaktionären Schülern argumentiert, offene Wahlen sind keine geheimen Wahlen. In beiden Fällen wird nach Rücksprache mit der Partei noch einmal ideologisch gearbeitet werden.

Für die schwache Arbeit unserer Partei ist kennzeichnend, dass gerade in unseren Großbetrieben (Neptun-Werft Rostock, Derutra<sup>1</sup> Rostock, Volkswerft Wismar, Volkswerft Stralsund, Elbwerft Boizenburg, Plattenfabrik Boizenburg) nicht die positive Stimmung zu verzeichnen ist, die wir am 15. Oktober brauchen.

Die anarchische Schuhverteilung trägt auch ein Teil Schuld an dieser Stimmung, den Hauptanteil aber die vergangene politische Arbeit unserer Parteileitungen.

---

<sup>1</sup> Die »Deutsch-Russische Transport-Aktiengesellschaft« wurde am 31.1.1954 in das Eigentum der DDR übergeben. Vgl. ND vom 13.7.1963, Beilage S. 3.

Andererseits haben wir eine Anzahl von Resolutionen aus Betrieben und Häuserblocks, gemeinsam zur Wahl zu gehen, und auch Beschlüsse, bis zu einer bestimmten Zeit der Wahlpflicht zu genügen. Wie schon erwähnt, wird diese Arbeit fortgesetzt.

Im Kreis *Grevesmühlen* allerdings ist von dieser positiven Einstellung von Betrieben usw. bisher nichts festzustellen.

Alle verantwortlichen Leitungen sind jetzt bemüht, organisatorisch alles für den technischen Wahlablauf vorzubereiten.

Alle Sicherungsmaßnahmen bei der Aufbewahrung der Stimmzettel in den Kreisverwaltungen sind getroffen, und stehen unter unserer Kontrolle.

Nach Absprache mit der Partei und Volkspolizei ist der Transportplan für die Überbringung der Stimmzettel am Sonnabend in die Wahlbezirke erstellt, und der Transport auch nach der Wahl gesichert. Verstärkte Sicherungsmaßnahmen während der letzten Nächte werden durchgeführt. Unter Hinzuziehung von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären erfolgt erhöhte Sicherung der Betriebe und öffentlichen Einrichtungen. Für die Wahllokale und Wahllisten sind durch die Volkspolizei und Partei ebenfalls Sicherungsmaßnahmen getroffen. Die Kontrolle wird durch uns ausgeübt. Für die störungsfreie Durchführung der Wahl und Berichterstattung über alle Vorkommnisse sind von uns die notwendigen Maßnahmen eingeleitet und in der Durchführung.

Die Schwerpunktgemeinden werden von uns kontrolliert und alle Personen, die irgendwie negative Tendenzen gezeigt haben und über Einfluss in der Bevölkerung verfügen, wurden von uns verwarnt und für die gute Durchführung der Wahl verantwortlich gemacht.

#### *Betr.: Kandidaten*

Nach endgültiger Zusammenstellung waren im Lande Mecklenburg 1 020 *Veränderungen*<sup>2</sup> der Kandidaten nach der ersten Aufstellung notwendig.

Es wurden abgelehnt:

- 297 SED-Kandidaten
- 185 CDU-Kandidaten
- 109 LDP-Kandidaten
- 41 NDP-Kandidaten
- 66 DBD-Kandidaten
- 312 Kandidaten d[er] Massenorganisat[i]onen]

---

<sup>2</sup> In der Summe der folgenden Einzelaufzählung der Kandidaten ergeben sich 1 010 Veränderungen.

Da die Kandidaten der Massenorganisationen in der Mehrheit der SED angehörten, ergibt sich die Tatsache, dass ca. 600 Kandidaten der SED abgelehnt wurden. Wenn auch einige durch Orts- u. Kreisblock-Beschlüsse zurückgezogen wurden, so allerdings die Mehrzahl durch die Bevölkerung bei der Vorstellung.

### *Ursache*

Die Ursache liegt darin, weil unsere Kreisleitungen Kandidaten aufgestellt haben, deren Qualifikation und Vergangenheit sie nicht kannten. Dies ist eine der Schwächen, die sich hier im Lande gezeigt haben.

Die schlechte Nominierung der Kandidaten hatte zur Folge, dass in 2 Gemeinden des Kreises *Rügen* alle Kandidaten von der Bevölkerung abgelehnt wurden, und durch progressive und moralisch einwandfreie Genossen ersetzt werden mussten.

Aufgrund unserer Arbeit wurden 43 Kandidaten zurückgezogen. Davon:

- SED: 12 Kandidaten
- CDU: 9 Kandidaten
- LDP: 10 Kandidaten
- NDP: 4 Kandidaten
- DBD: 3 Kandidaten
- KB:<sup>3</sup> 1 Kandidat
- VDGB: 1 Kandidat
- FDGB:<sup>4</sup> 1 Kandidat
- Parteilos: 2 Kandidaten

---

<sup>3</sup> Der »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« wurde am 8. August 1945 von Johannes R. Becher (1891–1958) und anderen Intellektuellen mit Genehmigung der SMAD gegründet. Zunächst war er eine interzonale, pluralistische und überparteiliche Sammlungsbewegung für intellektuell Interessierte aller Art auf der Basis von Antifaschismus und Humanismus, schwenkte jedoch zwischen 1946 und 1948 auf die Linie der SED ein und diente dann der Staatspartei SED zur Schaffung einer sozialistischen Kultur in der Gesellschaft. Seit den Wahlen 1950 war der Kulturbund mit einer eigenen Fraktion in der Volkskammer vertreten, die überwiegend aus SED-Mitgliedern bestand. Vgl. Dietrich, Gerd: Kulturbund. In: Stephan, 2002, S. 530–559.

<sup>4</sup> Der »Freie Deutsche Gewerkschaftsbund« (FDGB) war der Dachverband der etwa 15 Einzelgewerkschaften in der DDR. Der Gewerkschaftsapparat war Bestandteil und Instrument des politisch-ideologischen Machtgefüges der SED und wie alle anderen Massenorganisationen der DDR zentralistisch und hierarchisch organisiert. Er war die 1945 durch Befehl Nr. 2 der SMAD in Deutschland zugelassene Einheitsgewerkschaft in der DDR. Vgl. Werum, Stefan Paul: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB). In: Stephan, 2002, S. 449–481.

Von diesen waren:

- 14 wegen negativer Einstellung zur Friedensgrenze
- 12 aktive Faschisten
- 13 wegen Vorstrafen
- 4 wegen operativer Bearbeitung = 43 [Summe]

Zu größeren Provokationen ist es in den letzten Tagen im Lande nicht gekommen.

Durch die Post wurden Tausende von Briefen mit Hetzschriften (Absender Frankfurt/Main) verschickt, die von uns restlos beschlagnahmt wurden. Maßnahmen für verstärkte Postüberwachung sind durchgeführt.

Zugkontrollen ergaben, dass Besucher aus der DDR, die die Industrie-Ausstellung in Westberlin besucht haben, mit Hetzmaterial vom »RIAS« und der »Hildebrandgruppe<sup>5</sup>« versehen waren. Entsprechende Maßnahmen wurden durchgeführt.

Kluth<sup>6</sup>

Kommandeur.

---

<sup>5</sup> Gemeint ist hier die von Rainer Hildebrandt (1914–2004) im Jahre 1949 gegründete »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU). Sie war eine antikommunistische Organisation, die von West-Berlin aus in die DDR hineinwirkte. Vgl. Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München: Oldenbourg, 1987, sowie Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

<sup>6</sup> Anselm Kluth (1909–1975), seit 1949 Mitarbeiter der K 5 in Schwerin, ab September 1949 stellvertretender Leiter der Abteilung Personal der Landesverwaltung Mecklenburg, 1950 bis Juli 1953 Leiter der Abteilung VI, anschließend für ein Jahr Leiter der Abteilung Personenschutz der Bezirksverwaltung (BV) Schwerin; von April 1954 bis Februar 1957 hauptamtlicher Parteisekretär der BV; Versetzung in die BV Gera bis 1966, anschließend bis 1969 Leiter der BV Schwerin.

## Bericht über Instrukteurfahrt

Quelle: BStU, MfS, AS 221/66, Bd. 1, Bl. 413–415.

Vermerk: 3 Ausfertigungen.

Unterzeichnung am Ende.

Bemerkung: Bericht wurde zum mündlichen Vortrag beim 1. Sekretär, der Landesleitung der Partei und dem Innenminister erstellt (vgl. Bl. 406 der Akte).

Auf Veranlassung des Herrn Staatssekretärs wurde am 10.10.1950 die Instrukteurfahrt durch die Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen angetreten.

Zweck und Sinn der Fahrt war, die durch die eingegangenen Berichte über die Wahlvorbereitungen aufgetretenen Schwierigkeiten zu überprüfen bzw. Mängel, die in den einzelnen Ländern aufgezeigt wurden, abzustellen.

### *Land Brandenburg*

In der Aussprache mit der Abteilung VI<sup>1</sup> ergab sich, dass entsprechend des zusammengefassten Berichtes eine sehr schlechte Zusammenarbeit in den bürgerlichen Parteien sowie gegnerische Tätigkeit der Kirche vorherrscht. Schwerpunkte in dieser Frage sind: Mulkwitz<sup>2</sup>, Teltow, Oberbarnim, Fürstenwalde und Senftenberg.

Zur Tätigkeit der Kirche wurde veranlasst, dass die besonders stark auftretenden reaktionären Kräfte der Kirchenvertretungen durch uns energisch zurückgewiesen werden, jedoch darf es hierbei zu keiner Inhaftierung kommen. Infrage kommen hierbei der Pfarrer *Grenz*<sup>3</sup>, ein ehemaliges Mitglied der

---

<sup>1</sup> Die Abteilung VI war bis Ende 1953 zuständig für die Überwachung des Staatsapparates. Die bürgerlichen Parteien bzw. die auf Veranlassung der SED gebildeten Parteien und Massenorganisationen, die Kirchen und Sekten wurden von ihr bearbeitet und die Erzeugnisse der Verlage wurden auf Druckfehler u. Ä. überprüft. Sie hatte den Auftrag, die Stimmungen in den Gliederungen von Parteien und Massenorganisationen und zu grundlegenden Fragen und Maßnahmen zu ermitteln. Ende 1953 wurde die Abteilung VI mit der Abteilung V zur HA V vereinigt.

<sup>2</sup> Mulkwitz liegt heute in Sachsen.

<sup>3</sup> Ernst Grenz aus Mulkwitz war 1949 durch die sowjetischen Behörden anstelle seiner zwei flüchtigen Söhne, die sich der Inhaftierung im letzten Moment hatten entziehen können, in Sippenhaft genommen worden. Die Entlassung sollte erfolgen, wenn die sich in West-Berlin aufhaltenden Söhne freiwillig der sowjetischen Militäradministration stellen würden. Vgl. Halbrock, 2004, S. 415.

Zeugen Jehovas, [Name 1], sowie kleiner Prediger, die den Einfluss der Kirche auf die Bevölkerung dazu ausnutzen, diese von ihrem Wahlrecht abzuhalten.

Zur Tätigkeit der bürgerlichen Parteien wurden dahingehend Anleitungen gegeben, dass für die letzten besonders für eine Zusammenarbeit aufgefordert werden [sic], dass sie sich aktiv bei der Durchführung des Wahlaktes beteiligen, dass sie propagandistisch für die Einheitsliste werben und dass sie Wahlhelferdienste leisten. Besondere Beachtung muss dem Kreis Teltow hierbei geschenkt werden, um auch in diesem Kreis die Aufklärung innerhalb der Bevölkerung vorwärtszutreiben.

Zur Frage der Lohnerhöhung wurden große Mängel, die bis zur Sabotage [ge]reichen, aufgezeigt. Danach ist in dem Kreis Spremberg und Frankfurt/Oder eine Differenz zwischen Häuer und Schlepper zutage getreten, obwohl der Arbeitsgang beider Kategorien gleich schwer ist. Es muss hier unsere Angelegenheit sein, die Sachlage schnellstens zu überprüfen und alles daran zu setzen, noch vor der Wahl eine Befriedigung der Arbeiter herbeizuführen. Im gleichen Sinne ist eine Korrektur bei den Wald- und Ziegeleiarbeitern in den Kreisen Fürstenwalde und Templin vorzunehmen. Die auftretenden Sabotageakte müssen mit aller Härte und Schärfe geahndet werden.

#### *Land Sachsen-Anhalt*

Nach den vorliegenden Berichten ist die Bevölkerung stark interessiert an Diskussionen. Hier tritt eine große Schwäche hervor, da die Aufklärer der Nationalen Front oftmals nicht politisch stark genug sind, um entsprechend zu argumentieren.

Besonders die Frage der Friedensgrenze für die Umsiedler ist Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Auch die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien lässt viel zu wünschen übrig. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, dass die Merkmale ähnlich wie in Brandenburg liegen und deshalb die Vorbeugungs- als auch Verhinderungsmaßnahmen aufgezeigt. Danach sind in Magdeburg, in Merseburg, in Querfurt und Weißenfels die bürgerlichen Parteien zu einer aktiveren Mitarbeit heranzuziehen. Es muss über die Arbeit der Blockparteien in der Nationalen Front geschehen.

Die Bevölkerung ist dahingehend aufzuklären, dass alles darangesetzt wird, dass<sup>4</sup> die schlechte Aufschlüsselung der Schuhverteilung nicht im Sinne der Regierung liegt. Hier ist aufzuzeigen, dass die Bemühungen der Regierung zu dem großen Erfolg der Handelsbeziehungen führten.

Ein besonderes Merkmal ist die Tätigkeit der Zeugen Jehovas, die trotz Verbot noch illegal existieren und durch das Verbot sich gegen die Wahl

---

<sup>4</sup> Im Original: »um«.



richten.<sup>5</sup> Hier ist notwendig, das hat der Prozess<sup>6</sup> bewiesen, dass mit aller Schärfe gegen Vertreter dieser Sekte vorgegangen wird. Sollten sich irgendwelche Anzeichen bemerkbar machen, so sind die Täter umgehend nach hier zu melden.

Aus einigen Kreisen wird sogar gemeldet, dass Sabotageakte sich nicht nur auf die<sup>7</sup> Propaganda beschränken, sondern sogar auf bewährte fortschrittliche Menschen angewendet werden, die zu schweren Körperverletzungen führen.

### *Land Thüringen*

Bei den Wahlvorbereitungen ist als Schwerpunkt die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien zu betrachten. Danach sind in den Kreisen Weimar, Erfurt und Jena die CDU und LDP dazu übergegangen, Ortsgruppen der NDP als auch der DBD und LDP ins Leben zu rufen. Der Zweck ist, gegen die SED vorzugehen. Die Initiatoren dieser Gründungen haben sich oftmals als Werkzeuge von dunklen Hintermännern entpuppt und müssen deshalb stark überwacht werden. Die Frage der Kirche wurde genauso in der Anweisung behandelt wie sie aus dem Land Brandenburg bekannt sind. Besonders wurde nochmals auf die Lohnerhöhungen hingewiesen, die, wenn sie richtig propagiert werden, ein gutes Argument für die Wahl sind.

### *Land Sachsen*

Zu den Wahlvorbereitungen im Land Sachsen ist ein Moment herauszuheben, wonach der Kreisvorstand der SED nicht stark genug war und dadurch in vielen Kreisen bei der Vorbereitung der Wahlvorstände eine bürgerliche Mehrheit zustande kam. Dieser Zustand wurde durch eine konkrete Anweisung der Partei geändert. Jedoch wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, dass diese Maßnahme [hätte, G. W.] vermieden werden können<sup>8</sup>, wenn eine gute Parteiarbeit durchgeführt worden wäre. Hieraus ergibt sich die

---

<sup>5</sup> Die Glaubensgemeinschaft wurde am 31. August 1950 vom damaligen Innenminister Dr. Karl Steinhoff von der Liste der erlaubten Religionsgemeinschaften in der DDR gestrichen und somit verboten.

<sup>6</sup> Hier wird Bezug genommen auf den Schauprozess vom 3.10.1950 gegen die Zeugen Jehovas, in dessen Verlauf ein politisches Grundsatzurteil gefällt wurde. Die Anklageerhebung wurde durch den Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer (1897–1960) persönlich übernommen. Vgl. Hirsch, Waldemar: Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas während der SED-Diktatur. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Observierung und Unterdrückung durch das Ministerium für Staatssicherheit. Frankfurt am Main 2003, S. 101.

<sup>7</sup> Im Original: »von der«.

<sup>8</sup> Im Original: »konntek«.

Notwendigkeit, dass alle Genossen sich selbst qualifizieren, um politisch stark zu sein, politische Fehlerquellen erkennen zu können, um dann vorzubeugen. Als schlechte Kreise sind anzusprechen Leipzig, Zittau, Plauen, Oelsnitz und Niesky. In diesen Kreisen wird eine starke Propaganda des Gegners entfaltet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Bevölkerung mit heranzuziehen, um Gegner der DDR zu entlarven. Auch hier ist erforderlich, dass unser Organ als auch alle Genossen durch vorbildliche Haltung sich das Vertrauen der Bevölkerung erobern.

Im Allgemeinen gelten ebenfalls wie im Land Brandenburg in den einzelnen Bezirken für die Kirche, die Parteien, die durch Inaktivität, man kann sagen Passivität hervortreten, dieselben Anweisungen. Es gilt in der Anweisung, das wurde in der Aussprache hervorgehoben, das Gleiche wie im Land Brandenburg.

Für alle 5 Länder ist ausschlaggebend, dass die Bevölkerung mit ihren Organisationen und fortschrittlichen Parteien gemeinsam den Kampf gegen die Wahlgegner aufnimmt. Die Aussprache ist so geführt worden, [dass]<sup>9</sup> bei allen Dienststellenleitern eine eindeutige Klarheit besteht und sie alles daran setzen werden, die Wahl zum Siege zu führen.

Weiterhin kam zum Ausdruck bei den Aussprachen in den Ländern der Abteilung VI, dass sie es begrüßen und merken, dass Berlin sich bemüht, eine enge Verbindung mit den Ländern zu halten. So empfinden<sup>10</sup> sie auch den Besuch des Herrn Staatssekretärs, der ihnen das Gefühl gibt, dass sie durch das Ministerium Berlin angeleitet werden.

(Reuscher)

---

<sup>9</sup> Im Original: »um«.

<sup>10</sup> Im Original: »empfangen«.

## Abschlussbericht über die Wahl am 15. Oktober 1950

Quelle: BStU, MfS, AS 221/66, Bd. 1, Bl. 440–446.

Empfänger: Handschriftlich: Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung VI.

Absender: Heinz Glaser, 2. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen, Dresden, den 16.10.1950.

Datum: Eingangsstempel des Ministeriums für Staatssicherheit vom 17. Oktober 1950.

Vermerk: Handschriftliche Bemerkungen von Joseph Gutsche und Heinz Glaser. Anlagen 6; ediert nur die 1. Anlage zum Bericht.

Als Gesamteindruck über den Ausgang der Wahl kann gesagt werden:

1. dass dieser Wahlerfolg auch unsere Parteileitungen überrascht hat, wenn in Betracht gezogen wird, dass noch beachtliche Teile unseres Volkes infolge ihrer Unklarheit und mangelnden Einblicks in die ökonomischen und politischen Zusammenhänge manchen Vorgängen und Schwierigkeiten in unserer DDR ablehnend gegenüberstehen. Ohne Zweifel hat unsere Partei ein gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit in den Wochen vor der Wahl geleistet. Viele Unklarheiten und Zweifel wurden zerstreut. Dabei ist gleichzeitig in unserer Partei eine große Anzahl von Genossinnen und Genossen aktiviert worden. Durch die Vielseitigkeit, in der die Wahlvorbereitungen erfolgten, wurden alle Schichten der Bevölkerung angesprochen. Unsere zentrale Losung »Erhaltung des Friedens und die Einheit Deutschlands« hat durch unsere in vielen Orten sehr gute Sichtwerbung (Ansprechen der Frau, Herausstellen der Sorge um unsere Kinder, Ausstellung in den Schulen, Gegenüberstellung von Krieg und Frieden usw.) bestimmt starken Eindruck<sup>1</sup> auf die Bevölkerung gemacht, insbesondere sind durch die starken Friedenslosungen die Frauen angesprochen worden.

Durch unsere Aufklärungsgruppen, die zum Teil mit aufopferndem Einsatz viele Tausende Menschen angesprochen haben, wurde der Boden gut

---

<sup>1</sup> Im Typoskript: »Einfluss«. Handschriftlich durch Gutsche geändert in: »Eindruck«. Joseph Gutsche (1895–1964), 1949/50 Leiter der Abteilung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsens (ab Februar 1950 Verwaltung für Staatssicherheit Sachsen); 1952 Leiter der Bezirksverwaltung Dresden des MfS; ab 1953 Leiter des Informationsbüros beim Minister für Staatssicherheit bzw. der Abteilung zur besonderen Verwendung (Untergrundaktionen in der Bundesrepublik) und 1955 Leiter der Kontrollinspektion.

aufgelockert. Die feindliche Argumentation war gegenüber unserer überzeugten Friedenspropaganda in einer sehr ungünstigen Lage. Der RIAS hat mit seiner Argumentation infolge seines häufigen Wechsels in Bezug auf Ratschläge, die Wahlenhaltung betreffend, die Gegner und die RIAS-Beeinflussten irritiert, sodass durch den von uns im letzten Zeitpunkt bekannt gegebenen Wahlmodus seine Propaganda wenig wirksam werden konnte, und auch ein bestimmter Teil aus diesen Kreisen praktisch den Wahlausgang positiv beeinflussten, wenn sie sich nicht entlarven wollten. Von solcher Entlarvung sind eine Reihe Einzelfälle bekannt geworden, die in einem weiteren Bericht aufgeführt sind.

Außer Flugblattverbreitung in kleinen Mengen in verschiedenen Orten Sachsens und Anbringung von Losungen sowie Abreißen von Plakaten kann in den letzten Tagen vor der Wahl<sup>2</sup> von keiner besonderen Aktivität gesprochen werden.

Ein besonderer Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 14. zum 15.10. im Kreis Marienberg, in dem ein Volkspolizist, der eine verdächtige Person stellte, von dieser angegriffen und schwer durch Messerstiche verletzt wurde. (Näheres s[iehe] im Bericht über Untergrund.)<sup>3</sup> Unsere Partei hat während dieser letzten Tage vor der Wahl einen Sicherheitsdienst eingesetzt, der sehr wahrscheinlich mit dazu beigetragen hat, dass der Gegner sich vorsichtig benahm.

2. Für alle Kreise kann gemeldet werden, dass die Wahlbeteiligung früh 8.00 Uhr außerordentlich stark war und den ganzen Vormittag anhielt, sodass bereits nachmittags gegen 14.00 Uhr über 144 Gemeinden die 100 %ige Wahlbeteiligung gemeldet hatten. Von vielen Stellen wird gemeldet, dass der Schleppdienst<sup>4</sup> gar nicht oder sehr begrenzt notwendig war. Dagegen muss als für die meisten Wahllokale zutreffend gesagt werden, dass bei der Stimmenauszählung kein besonderes Interesse seitens der Wähler gezeigt

---

<sup>2</sup> Handschriftliche Einfügung durch Glaser: »in den letzten Tagen vor der Wahl«. Heinz Glaser (1920–1978) war von 1950 bis 1952 2. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen und anschließend bis 1953 Leiter der Abteilung »Leitende Organe im ZK der SED«. Vgl. Niemann, Mario; Herbst, Andreas (Hg.): SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989. Paderborn 2010, S. 203 ff.

<sup>3</sup> Hier wird auf den Vorfall mit Hermann Josef Flade Bezug genommen, der in der »Vorbemerkung« kurz dargestellt ist.

<sup>4</sup> Wahlschlepper suchten mit »fliegenden Wahlurnen«, die kranken und gebrechlichen Wählern den Weg zum Wahllokal ersparen sollten, Bürger zu Hause auf und nötigten sie zur Stimmabgabe. Am Nachmittag wurden allerdings auch jene aufgesucht, die bis dahin nicht im Wahllokal erschienen waren. Dadurch wurde die Zahl der Ja-Stimmen gesteigert.

wurde. Unsere Genossen und die FDJ waren im Wesentlichen die Zuschauer. Wesentliche Störungen beim Auszählen der Stimmen sind keine bekannt geworden.

3. Als allgemeingültig und sehr gut kann das Auftreten der FDJ und Jungen Pioniere vor den Wahllokalen bezeichnet werden. Durch dieses Auftreten hat die Wahl den Charakter eines Volksfestes erhalten. Sehr gut in der Wirkung waren auch die Ausstellungen, die besonders in Dresden in den Schulen, welche gleichzeitig Wahllokale waren, von der Arbeit der Schulkinder Kenntnis ablegten. Insbesondere dadurch, dass sie in Bild und Schrift die Eltern aufforderten, für den Frieden zu stimmen. Aus Dresden wird weiter gemeldet, dass viele Frauen ihre Kinder mit zur Wahl genommen haben.

4. Der Wahlmodus, wie er von unserer Partei zur Anwendung gebracht wurde, hat mit dazu beigetragen, das Wahlergebnis zu erreichen. Die Bekanntgabe dieses Modus ist auch in der Partei nicht von allen Partei-Funktionären und Mitgliedern verstanden worden. Wenn auch keine offenen Diskussionen in den Sitzungen bekannt geworden sind, so wird doch von den vortragenden Genossen gemeldet, dass sie den Eindruck haben, dass eine Reihe Genossen diese Anweisungen nur als disziplinierte Genossen übernahmen und nicht die politische Notwendigkeit und Richtigkeit erfassten. Dies zeigt sich auch bei den Wahlvorständen, die sehr oft ehem. SPD-Genossen waren. Die zwar ihre Wahlanweisungen einhielten, aber da sie selber nicht genügend klar waren, Wählern gegenüber, die über den Stimmzettel und den Wahlmodus sich nicht ganz klar wurden, nicht die erklärenden Worte gaben.

Die Wähler selbst waren in vielen Fällen überrascht über diesen Wahlablauf und das wohl eben deshalb, weil ihnen vonseiten der Wahlvorstände nicht in genügend elastischer Weise der Ablauf der Wahlhandlung erklärt wurde. Der neue Wahlmodus und die mangelnde Fähigkeit unserer Wahlvorstände, diese Dinge zu erklären, lösten nach dem Vollzug der Stimmabgabe vor vielen Wahllokalen Diskussionen aus. Alle diese Diskussionen wurden ohne größere Störungen durch den Einsatz von Aufklärungsgruppen zu Ende geführt. Es erscheint notwendig, dass insbesondere in den Betrieben nachgestoßen werden muss, dass die Aufklärung über das, was den Wahlmodus betrifft, seinen Grund darin hat, dass unsere Parlamente durch den Block beraten und in der Kandidatenvorstellung durchdiskutiert gesunde Vertreter des Volkes sind und dass das Programm dieser Menschen der Frieden ist und die Verbesserung unseres Lebens durch den 5-Jahrplan, sodass auch die Wahlentscheidung klar und offen steht, im Gegensatz zu früher, wo soundso viel Parteien die Wähler hinter das Licht führten. Diese ideologische Seite muss unseres Erachtens noch starke Beachtung finden. Man sollte also noch

genügend Aufklärungsgruppen und Aufklärungslokale beibehalten und sie mit den neuen Fragen, die in den Vordergrund rücken, verbinden und mit den breiten Massen diskutieren.

5. Einige Beispiele über Mängel in den Verwaltungen (Wahlleitungen) werden im Anhang mit angeführt. Insbesondere Leipzig und Dresden.<sup>5</sup>

(Glaser)

## **Anhang 1**

Positive und negative Erscheinungen zur Wahl und die Stimmungen aus den Kreisen der Bevölkerung

*Annaberg:*

*Positive Erscheinungen:* Am Vorabend des Wahltages wurden überall Kulturveranstaltungen durchgeführt, die sehr gut waren und als wahre Volksfeste bezeichnet werden können. Zum Beispiel nahmen in Oberwiesenthal-Waltersdorf von 1000 Einwohnern 500 an der Kulturveranstaltung teil.

*Negative Erscheinungen:* In Annaberg streute man das Gerücht aus, dass die Wahl um 12.00 Uhr beendet sei. Ebenfalls wurde als Gerücht verbreitet, dass diejenigen, die nicht zur Wahl gehen oder bei der Wahl die Kabine benutzen, zur Verantwortung gezogen würden.

*Stimmung positiv:* Die Wahlhandlung wird von Arbeiterkreisen gutgeheißen. Ebenfalls wird diese Wahlhandlung von bürgerlichen Kreisen befürwortet.

*Aue:*

*Positive Erscheinungen:* In Grünhain, im Wahllokal I, ging die Wahl gut vonstatten, den ganzen Vormittag stand bis weit in den Flur eine große Menschenglange, die bis in den späten Tag hinein nicht abbrach. Überall wurden fast zu 100 % offen die Stimmzettel in die Urne gesteckt.

---

<sup>5</sup> Handschriftlich unter dem letzten Absatz von Gutsche verfasst: »Anhang: 1. Positive und negative Erscheinungen und Stimmungsberichte; 2. Bericht über die Wahl in 2 VP[Volkspolizei]-Bereitschaften; 3. Bericht über das Verhalten einiger Pfarrer; 4. Mängel seitens der Verwaltung und Wahlleitung; 5. SED + bürgerliche Parteien; 6. Berichte über Untergrund und Sabotage«. Hierbei handelt es sich um die Aufzählung der diesem Bericht beigefügten Einzelberichte. Bericht 1 bis 5 wurden durch Glaser erstellt. Der sechste Bericht ist durch die MfS-Abteilung V zusammengestellt worden und mit »Schmidt« unterzeichnet. In dieser Dokumentensammlung wird nur der erste dieser Anhänge abgedruckt.

*Stimmung positiv:* Der Bürgermeister [Name 1], CDU, Schwarzenberg, erklärte: »Ich war davon überzeugt, dass die Einwohner meiner Stadt für die Wahl der Kandidaten der Nationalen Front eingenommen waren, aber dass wir dieses hohe Wahlergebnis erreichen konnten, hätte ich bald selbst nicht geglaubt.« [Name 2], Bockau, erklärte: »Ich gebe mit meinen Angehörigen gern die Stimme für den Frieden«. [Name 2] war bisher immer sehr konservativ eingestellt. Drei Frauen aus den Arbeiterkreisen in Bernbach gaben zur Antwort als sie gefragt wurden, wie denn eigentlich der Wahlgang vor sich geht:

»Es ist nicht viel zu machen dort im Wahllokal, man nimmt einfach seinen Schein und steckt ihn in die Wahlurne. Es ist eigentlich lächerlich erst in die Kabine zu gehen, denn es lag nicht einmal ein Bleistift in der Kabine. Aber wenn Sie für den Frieden sind, dann können Sie ja auch gleich so wählen.«

Mit einem Lächeln fügten sie beim Gehen hinzu: »Es sei denn, sie wollen Krieg.«

*Auerbach:*

*Positive Erscheinungen:* In Falkenstein gingen die ehemaligen Umsiedler, besonders die aus Ungarn, in ihren Trachten direkt freudig zur Wahl. Die Wahlkabine wurde fast nicht in Gebrauch genommen. Viele Hausgemeinschaften sind bei dem Wahlakt durch ihr gemeinsames Kommen positiv in Erscheinung getreten. Während ein Teil der Zeugen Jehovas dem Wahlakt fernblieb, sind andere zur Wahl gegangen und haben offen ihre Stimme abgegeben. In Dorfstadt sind die Mitglieder des Bundes »Evangelisch freikirchlicher Gemeinde[n]« unmittelbar nach dem Gottesdienst gemeinsam in das Wahllokal gegangen und haben offen abgestimmt.

*Stimmungen negativ:* Stimmen wurden laut, die das Ergebnis als nichts Überraschendes ansehen. Solche Meinungen fanden [sich] auch [bei] SED-Genossen. Diese Bemerkungen sind im negativen Sinne zu betrachten, das heißt, man zog indirekt ohne es auszusprechen Vergleiche zwischen der Zeit von 1933 bis 1945.

*Bautzen:*

*Negative Erscheinungen:* [Name 3], theoretischer Leiter der Zeugen Jehovas Kreis Bautzen, richtete ein Schreiben an den Wahlvorstand Bautzen mit folgenden Inhalt: »Wundern Sie sich nicht, dass unsere Namen in Ihrer Liste offen bleiben. Wir können nicht wählen, wir haben noch nie an einer Wahl teilgenommen. Wir haben gewählt und zwar nur Jesus Christus, dem wir auch dienen.«

*Stimmung negativ:* Allgemeine Auffassung der Bevölkerung, auch eines großen Teiles von Mitgliedern bürgerlicher Parteien war, dass dies keine

Wahl im Sinne einer Wahl gewesen ist, sondern eine Abstimmung für den Frieden gegen den Krieg. Ein großer Teil der Wähler glaubte, dass auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz zu entscheiden ist.

*Borna:*

*Positive Erscheinungen:* Im Kombinat Espenhain lag die Wahlbeteiligung bis 12.00 Uhr bei 60 %. Kabinen wurden nicht benutzt, Stimmen offen abgegeben. Die Sportgemeinschaft des Betriebes erschien im Dress und gab offen ihre Stimme ab. Die Insassen des Altersheimes in Wolfstitz<sup>6</sup> erfüllten ihre Wahlpflicht bis 11.00 Uhr in offener Abstimmung 100 %ig. Bettlägerige Kranke richteten an verschiedene Wahllokale Schreiben, dass sie gern ihre Stimme abgeben möchten, daraufhin wurden fliegende Wahlkommissionen eingesetzt. Weiterhin wurde festgestellt, dass ein Teil ehemaliger Zeugen Jehovas offen ihre Stimme abgegeben haben.

*Stimmung positiv:* [Name 4] und [Name 5] (beide Arbeiter), brachten zum Ausdruck, dass es [eine] Selbstverständlichkeit sei, ihrer Wahlpflicht zu genügen und eine offene Wahl keine Gewissensfrage sei. [Name 6], Arbeiter im Kraftwerk Böhlen, erklärte: »Sich für den Frieden zu bekennen sei eine selbstverständliche Pflicht, dazu brauche man keine Kabine.« [Name 7] aus Borna ist der Meinung, dass er sein langjähriges Studium und seine erworbenen Kenntnisse einer friedlichen Entwicklung geben will. Auch seine Frau, welche Lehrerin ist, erzieht die Kinder im fortschrittlichen Geist. Beide erklärten, dass sie deshalb ihre Stimme offen für den Frieden abgeben.

*Chemnitz:*

*Positive Erscheinungen:* Besonderer Höhepunkt der Wahlstimmung war zu verzeichnen durch den Straßenzug Gornsdorfer Weg in Chemnitz, der geschlossen mit Musik zum Wahllokal zog. Auch eine ganze Reihe weiterer Hausfriedens-Komitees<sup>7</sup> kamen geschlossen zur Wahl und gaben offen ihre Stimme ab. Auch das Volksgut Euba wählte geschlossen. Der frühere Zeuge Jehovas, Friseurmeister [Name 8], wohnhaft Limbach, [Straße], bekannte sich offen zur Wahl. Das Hausfriedens-Komitee Adorf, Hauptstr. 88, wählte geschlossen und erklärte: »Wir werden alles für unsere DDR tun.« Sie legten ihrem schriftlichem Gelöbnis einen Betrag von 10,- DM für das Wahl-Komitee bei.

---

<sup>6</sup> Im Original: »Wolfstitz«.

<sup>7</sup> Die Nationale Front organisierte seit 1950 Hausfriedenskomitees und seit Anfang 1952 Hauskomitees für das Nationale Aufbauwerk (NAW). Diese waren u. a. für den gemeinsamen Gang zur Wahl oder das Beflaggen aller Wohnungen zum 1. Mai und zum 7. Oktober zuständig.



*Negative Erscheinungen:* An der Stimmen-Auszählung nahmen wenige Kreise der Bevölkerung teil, was auch in andern Lokalen festgestellt wurde. *Stimmung positiv:* In einem Wahllokal wurde durch einen Arbeiter erklärt: »Die Wahl ist demokratisch.« »Warum sollen wir uns wie früher die Köpfe einschlagen, wenn uns die Trümmer daran erinnern, wohin das geführt hat.«

*Stimmung negativ:* Vor dem Wahllokal 143 wurde erklärt: »Das war eine Überraschung, die Wahl ist schon fertig.« Herr [Name 9] erklärte auf der Dimitroffstr. vor versammelten Leuten: »Über die heutige Wahl lache ich ja nur. Erkennt man doch daran zu deutlich, dass die Regierung ganz genau weiß, welche Pleite sie mit einer richtigen Wahl erlebt hätte.«

#### *Dippoldiswalde:*

In verschiedenen Gemeinden des Kreises wurde die Wahl mit umfangreichen Kulturveranstaltungen eingeleitet, die zum größten Teil einen guten Besuch aufwiesen. In Schmiedeberg gab ein SED-Funktionär namens [Name 10] sein Parteibuch mit der Bemerkung ab: »Die Wahl würde genauso ausgeführt wie bei Hitler.«

Die [Name 11], aus Elend, äußerte, dass diese Wahl ein Volksbetrug sei. Der Kantor [Name 12], aus Dippoldiswalde, warf zusätzlich zum Stimmzettel einen anderen Zettel [in die Urne, G. W.] mit der Aufschrift: »Es hat noch nie einen solchen Wahlbetrug gegeben.«

#### *Döbeln:*

Wahllokal »Stadt Dresden«: Von über 1 800 Wählern wählte kein einziger in der Kabine.

In der »Wartburg« wählte von 1 390 Wählern kein einziger in der Kabine. Zur Wahl wurde geäußert, durch [Name 13], Döbeln, [Straße, Hausnummer], (SED-Straßengruppenleiterin), das sei doch keine Wahl, durch [Name 14], im Bezirk Ostrau, Neubauer, wurde ebenfalls geäußert, das ist ja eine komische Wahl. Sonst ist die Stimmung gut.

#### *Dresden:*

In Coschütz<sup>8</sup> ging eine Gruppe junger Menschen, die das Kreuz der »Jungen Gemeinde«<sup>9</sup> anstecken hatten, mit dem Gesang von FDJ-Liedern zum

---

<sup>8</sup> Im Original: »Koschütz«.

<sup>9</sup> Dieses Kreuz war ein versilberter Anstecker, der ein Kreuz auf einer Weltkugel zeigte. Ihn zu tragen war ein Bekenntnis der Zugehörigkeit zur »Jungen Gemeinde«. Bei ihr handelte es sich nicht um eine offizielle Organisation, sondern um eine Form der evangelischen Gemeindefarbeit. Eine eigenständige christliche Jugendorganisation wäre in der SBZ bzw. DDR nicht zugelassen worden.

Wahllokal und gaben einmütig offen ihre Stimme ab. In Bannewitz gingen die Bauern gemeinsam mit den Häuslern<sup>10</sup> zur Wahlurne und gaben ihre Stimme ab. Im Stadtbezirk 9, dem dortigen Wahllokal des Wahlbezirkes 106, versuchte ein Student, das Wahllokal von innen zu fotografieren, als niemand an der Wahlurne stand. Der Film wurde von der Polizei sichergestellt und der Name des Betreffenden ermittelt. Weitere 4 Studenten versuchten durch Zwischenrufe, den Wahlvorstand bei der Festlegung der Gültigkeit der Stimmzettel zu stören. Nachdem sie gemerkt haben, dass wenig ungültige Stimmen abgegeben wurden, verließen sie das Wahllokal. Im 268. Wahlbezirk Bühlau kam ein gewisser [Name 15], wohnhaft [Straße, Hausnummer], Mitglied der LDP und FDJ, in das Wahllokal, bekam einen Stimmschein und wollte dann verschwinden. Er wurde aufmerksam gemacht, dass er vergessen hat, seinen Stimmschein abzugeben, danach zerriss er den Stimmschein an der Wahlurne und erklärte dem Wahlvorsitzenden: »Er habe keine andere Möglichkeit kenntlich zu machen, dass er nicht einverstanden sei.« Im 21. Stadtbezirk zerriss der [Name 16], geb. am [Tag, Monat] 1932, wohnhaft Schlömilchstr., den Stimmzettel mit den Worten, »das sei doch keine Wahl, sondern ein Schwindel«. Die Schnipsel des zerrissenen Stimmzettels behielt er und sagte, dass er sie im eigenen Ofen verbrennen wolle. In Freital war [Name 17], wohnhaft Müllersweg, mit der Art der Wahl nicht einverstanden. Er würde in 2 Tagen nach Berlin fahren und dort diese Art der Wahl vortragen. [Name 17] hat aber gewählt. [Name 18], angeblich FDJ-Gruppenleiter bei der Post-Reparatur-Werkstatt, lehnte ab zu wählen. Er wünschte sich eine demokratische Wahl. Hat aber nach eingehender Diskussion seine Stimme abgegeben.

Im 19. Stadtbezirk forderte ein Herr [Name 19] zur Benutzung der Wahlzelle auf, denn die offene Wahl sei ein Verstoß gegen die von uns gemachten Wahlgesetze. In Schullwitz wurden in der vergangenen Nacht vom 14. zum 15.10. dem Bürgermeister (SED) die Fenster eingeschlagen.

#### *Flöha:*

In einer Rentner-Versammlung in Kunnersdorf erklärte eine Frau, ihr Sohn habe bisher immer regelmäßig aus dem Westen geschrieben. Jetzt habe sie nach längerer Pause einen Brief ohne Marke erhalten und Nachporto bezahlen müssen. Der Sohn habe geschrieben, sie solle ihm Briefpapier und Umschläge schicken, da er sonst immer ohne Marke schreiben müsste, denn er sei als Arbeitsloser ausgesteuert und habe nun kein Geld mehr. Auch in diesem Kreis trat das Gerücht auf, dass die Wähler, die die Wahlkabine

---

<sup>10</sup> Kleinstbauern mit eigenem Haus, aber geringem Grundbesitz.

aufsuchen, zur Verantwortung gezogen würden. In Flöha und Oederan<sup>11</sup> wurden 12 Briefe des Präsidenten Wilhelm Pieck in die Briefkästen mit dem Bemerkten geworfen: »An den Absender des Schwindels zurück« oder »Hau ab nach Russland«.

Der SED-Genosse [Name 20] in Oederan bezeichnete die Wahl als großen Mist und Betrug.

*Freiberg:*

Ausschmückung der Wahllokale im Kreisgebiet ist als gut zu bezeichnen. Mit Beginn der Wahlhandlung setzte bereits in den ersten Morgenstunden ein reger anhaltender Wahlbetrieb bis in die Mittagstunden ein. Stimmung der Bevölkerung zu der offenen Wahl in den meisten Wahlbezirken positiv.

*Glauchau:*

Bemerkenswert ist im Kreis, dass sich Zeugen Jehovas sowie ein großer Teil Pfarrer an der offenen Wahlhandlung beteiligten.

*Görlitz:*

Bei Beginn der Wahlhandlung machte sich unter der Bevölkerung eine Verärgerung bemerkbar, da die Wahllokale mit reichlicher Verspätung eröffnet wurden. Weiterhin konnten ganze Hausgemeinschaften nicht wählen, da die Hauskartei fehlte, worüber sich diese verwunderten. 156 Hausgemeinschaften der Stadt Görlitz gingen geschlossen zur Wahlurne.

Gegen 18.00 Uhr wurde die Familie [Name 21], wohnhaft Görlitz, Salomonstr. 24, durch die FDJ aufgefordert zur Wahl zu kommen. Familie [Name 21] erklärte: »Wir machen den Schwindel nicht mit, aber für den Frieden sind wir.« 18.30 Uhr wurden sie ein zweites Mal aufgefordert zur Wahl zu kommen, sie gaben folgende Antwort: »Wir machen das Theater nicht mit, wir bleiben neutral.«

*Grimma:*

In der Zellstofffabrik Trebsen erklärten in einer Belegschaftsversammlung ehemalige Mitglieder der NSDAP, dass eine Entschließung gefasst werden solle, in der die offene Abstimmung gefordert wird. Als Begründung führten sie an, dass bei einem schlechten Wahlergebnis die ehemaligen Nazis für schuldig betrachtet würden. In Bockwitz gaben einige Umsiedlerfrauen als erste ihre Stimme offen für die Kandidaten der Nationalen Front ab und erklärten, dass sie niemals wieder einen Krieg wollen und deshalb für den Frieden stimmen. In Kleinbardau war unter der Bauernschaft das Gerücht

---

<sup>11</sup> Im Original: »öderan«.

im Umlauf, dass es nach der Wahl zu einer Kollektivierung kommen würde. Durch den Einsatz guter Agitatorengruppen konnte diese Argumentation zerstreut werden. Der LDP-Bürgermeister von Etzoldshain<sup>12</sup> bestand unbedingt auf einen Bleistift in der Wahlkabine.

*Großenhain:*

Keine besonderen Vorkommnisse, Stimmung wie in anderen Kreisen.

*Hoyerswerda:*

In Frauendorf erschien der Landwirt [Name 22], geb. [Tag] [18]98 mit Frau und Tochter im Wahllokal, empfing die Stimmzettel und warf sie wieder auf den Tisch mit dem Bemerkten: »Das wäre keine Wahl.« Dieselben Erscheinungen treten auch in den Kreisen Löbau, Kamenz, Niesky, Oschatz, Pirna, Rochlitz und Zwickau auf.

---

<sup>12</sup> Im Original: »Etzholdsheim«.

## Abschlussbericht über die Volkswahl

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 31-35.

Empfänger: Vermutlich Ministerium des Innern.

Erstellt durch: Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung VI.

Vermerk: 3 Ausfertigungen.

Anlagen: 1 (nicht ediert: Vorkommnisse in den Ländern am Wahlsonntag, veranlasst von VP-Angehörigen).

In den letzten Tagen vor der Wahl verstärkte sich die Gegenpropaganda. Nicht nur in Berlin, sondern hauptsächlich in der DDR. In erster Linie versuchte man, durch Flugblattabwurf in belebten Straßen die Bevölkerung von dem Willen, sich an der Wahl zu beteiligen, abzuhalten. Man bediente sich der Flugblattraketen. Außerdem belegte man die Verkehrsmittel. Diese Gegenpropaganda hatte zur Folge, dass die politisch bewussten Schichten der Bevölkerung in erhöhtem Maße wachsam waren. Auch die Sicherheitsorgane schalteten sich ein, um Agenten und Täter von ihren Aktionen fernzuhalten.

Diese Tatsache war dafür ausschlaggebend, dass der Gegner am Vortage der Wahl seine Aktionen nicht konzentriert führte, sondern sich auf Einzelaktionen beschränkte. Aus den nachfolgenden Berichten der Länder ist zu ersehen, dass im Wesentlichen wenig ernste Vorkommnisse sich zeigten. Trotz Gegenpropaganda, Verleumdung, trotz RIAS und einzelner Sabotageakte ist in der Allgemeinheit gesehen die Bevölkerung sehr frühzeitig zur Wahl gegangen. In den Orten, wo die Wahlausschüsse aktiv arbeiteten, war auch ein offenes Bekenntnis für die Wahl und somit für den Frieden seitens der Bevölkerung zu beobachten. Einen vornehmlichen Anteil zum Gelingen einer ordnungsmäßigen Durchführung der Wahl tragen die Kulturgruppen der FDJ und der Jungen Pioniere. Dass die ersten Wähler von Pionieren mit Blumensträußen begrüßt wurden, wurde von der Bevölkerung sehr positiv diskutiert. Außerdem ist durch das offene Wählen eine Massenbewegung für den Frieden zu erkennen. Dadurch ist auch der hohe Prozentsatz der Wahlbeteiligung zu erklären.

Konkrete Einzelheiten über den Ablauf des Wahltages selbst berichten die Länder wie folgt:

## *Mecklenburg*

Aus allen Kreisen wird<sup>1</sup> schon morgens eine rege Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung gemeldet. Bis auf einige kleine Vorfälle, die in keiner Weise die Wahlhandlung beeinträchtigen, liegen keine Berichte über Störungen der Wahl vor.

Im Kreis Neustrelitz erklärten die Wahlberechtigten FDJler der Ortsgruppe 4: »Wir wählen frei und offen die Kandidaten der Nationalen Front.« Eine 70-jährige Frau in der Bezirksstadt Wesenberg<sup>2</sup> Kreis Neustrelitz die nicht mehr gehen konnte, sagte zu den FDJlern: »Bitte seid mir behilflich, denn ich will meine Stimme frei und offen für den Frieden geben.« Frau [Name 1], Schwerin, äußerte, nachdem sie ihre Stimme abgegeben hatte:

Ich halte es nicht für richtig, dass man den Menschen keine Gelegenheit gibt, sich näher mit dem Stimmzettel zu beschäftigen. Wer die versteckten Wahlkabinen aufsucht, gerät in den Verdacht, gegen die Kandidaten der Nationalen Front zu stimmen, und das braucht doch nicht immer der Fall zu sein.

Die Beteiligung der bürgerlichen Parteien wird allgemein als zufriedenstellend, teilweise sogar als gut geschildert. Aus dem Kreis Malchin wird jedoch berichtet, dass einzelne Vertreter der CDU erst in den Abendstunden zur Wahl gingen. Von einer Reihe von Wählern wurde bemängelt, dass [sich] die Wahlkabinen in dem Wahllokal nicht in unmittelbarer Nähe der Stimmzettelausgabe und der Wahlurne befanden.

## *Brandenburg*

In den letzten 24 Stunden vor der Wahl war eine verstärkte gegnerische Tätigkeit zu bemerken, indem Flugblätter und Hetzschriften in großen Mengen, sogar bündelweise, gefunden wurden. In mehreren Fällen konnten in Kreisen die gefälschten Anweisungen von Staatssekretär Warnke in Beziehung der Unterschriftenleistung festgestellt werden. Der Aufgabeort war Berlin. In der Landeshauptstadt Potsdam wurden vor allem Flugblätter mit der Aufschrift: »Einlasskarte – Ostberliner! Wir laden euch ein. Kommt am Sonntag, den 15.10.1950 in das Olympiastadion<sup>3</sup> zum Zeichen eures großen Protestes gegen die Scheinwahlen in der Sowjetzone«, vorgefunden. Außer den vorstehend angeführten gegnerischen Tätigkeiten liegen keine wesentlichen Meldungen über Störungen der Wahl vor. Die Beteiligung der Bevölkerung an der Wahl ließ diese zu einem Erfolg werden. Von der Verwaltung Brandenburg liegt

---

<sup>1</sup> Im Original: »werden«.

<sup>2</sup> Im Original: »Wagenberg«.

<sup>3</sup> Das Olympiastadion Berlin befindet sich im Ortsteil Westend, also in der Zeit der Teilung in der britischen Zone im westlichen Teil Berlins.

trotz mehrmaliger Anmahnung, auch durch Fernschreiben am 16.10.1950, kein Abschlussbericht über die Wahl vor, sodass weiter keine konkreten Einzelheiten aufgezeigt werden können.

### *Sachsen*

Für alle Kreise Sachsens kann gemeldet werden, dass die Wahlbeteiligung bereits in den frühen Morgenstunden außerordentlich stark war, sodass bereits am Nachmittag über 144 Gemeinden eine hundertprozentige Wahlbeteiligung melden konnten. Dagegen muss als für die meisten Wahllokale zutreffend gesagt werden, dass bei der Stimmenauszählung kein besonderes Interesse seitens der Wähler gezeigt wurde. Wesentliche Störungen beim Auszählen der Stimmen sind nicht bekannt geworden. Der Wahlmodus, wie er von der Partei zur Anwendung gebracht wurde, hat mit dazu beigetragen, das Wahlergebnis zu erreichen. Die Wähler selbst waren in vielen Fällen überrascht über diesen Wahlablauf und das wohl eben deshalb, weil ihnen vonseiten der Wahlvorstände in nicht genügender Weise der Ablauf der Wahlhandlung erklärt wurde. Es kam aus diesem Grunde nach dem Vollzug der Stimmabgabe vor vielen Wahllokalen zu Diskussionen.

Aus verschiedenen Kreisen wird gemeldet, dass die Wahlvorsteher als nicht ganz geeignet angesprochen werden konnten. So wird zum Beispiel aus Borna gemeldet, dass viele Personen nach Empfang des Stimmzettels nicht mehr wussten, was nun weiter zu tun sei. Die Wahlbeisitzer, befragt, erklärten: »Nun falten Sie den Zettel zusammen und stecken Sie ihn in die Wahlurne.« Eine erforderliche Aufklärung erfolgte in den seltensten Fällen.

Weiter wurde festgestellt, dass auch bei der Durchgabe der Wahlergebnisse ein Teil der Wahlvorsteher sich sehr disziplinos verhielt, indem sie bereits nach dem Abschluss der Wahl einfach das Wahllokal verließen.

In vielen Wahllokalen der Stadt Leipzig trafen die Wahlzettel und Wahllisten mit 45 bis 70 Minuten Verspätung ein, sodass der Wahlakt in den betreffenden Wahllokalen erst nach 9.00 Uhr beginnen konnte. Dies war auf die schlechte Organisation im Wahl- und Listenamt der Stadt Leipzig zurückzuführen.

Über die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien wird berichtet, dass dieselben sich nur soweit an der technischen Durchführung der Wahl beteiligten, wie es ihre Pflichten in den Wahlkommissionen unbedingt vorschrieben. Sie haben sich an der Klärung von Fragen, die durch Wähler während der Stimmabgabe gestellt wurden, nicht beteiligt. Nur in der Stadt Schwarzenberg haben sich die bürgerlichen Parteien, hauptsächlich CDU und NDP, aktiv eingesetzt und eine gute Initiative entwickelt. In den Reihen der LDP und CDU sind Missfallens-Äußerung[en] über die Form der offenen Wahl festgestellt worden.

Besonders konnte festgestellt werden, dass auch am Tage der Wahl die Flugblatttätigkeit sehr stark war. Eine Reihe von Provokateuren konnte festgestellt und festgenommen werden.

Aus Dresden wird berichtet, dass in verstärktem Maße anonyme Telefonanrufe auf den Polizeibehörden getätigt wurden, die den Zweck hatten, Unruhe zu stiften. Besondere Vorkommnisse von weittragender Bedeutung konnten nicht festgestellt werden.

#### *Sachsen-Anhalt:*

Schon am Vortage der Wahl zeigte sich in der Bevölkerung eine gewisse freudige Stimmung. Vielfach wurde nicht verstanden, dass keine Fackelzüge stattfinden durften.

Bereits in den frühen Morgenstunden sammelten sich in Halle ab 7.00 Uhr die Menschen vor den Wahllokalen und waren in einer Stimmung, wie sie noch nie vorher bei Wahlen zu verzeichnen war<sup>4</sup>. Die ersten Wähler wurden in vielen Kreisen von der FDJ mit Blumen empfangen und die in den Schlangen stehenden Menschen diskutierten überaus positiv. Trotz des Menschenandranges war eine ausgezeichnete Disziplin, sodass es nirgends zu wesentlichen Störungen kam. Die Wahlkabinen wurden in den seltensten Fällen benutzt.

Bemerkenswert ist, dass in denjenigen Kreisen, wo die Kirche einen dominierenden Einfluss hat, wie z. B. Liebenwerda, das gleiche günstige Wahlergebnis zu verzeichnen ist, wie<sup>5</sup> in anderen Kreisen. In vielen Orten erschien der Pfarrer als erster zur Wahl und gab seine Stimme offen ab. Auch in den Gebieten, wo der Einfluss der Bibelforscher stark war, zeigt [sich] dieselbe Tendenz. Am Wahltage selbst waren in Sachsen-Anhalt keine wesentlichen Vorkommnisse zu verzeichnen.

Als die ersten Ergebnisse der Wahl vorlagen, zeigte es sich schon, dass die gesamte Bevölkerung einmütig und geschlossen hinter der Liste der Nationalen Front stand. Sieben Gemeinden meldeten als erste hundertprozentige Beteiligung und alle Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front. Die Bevölkerung ging in vielen Kreisen zu spontanen Demonstrationen über und errichtete Freudenfeuer. Der große Erfolg bei der Wahl ist zweifellos nicht nur eine Folge der erlassenen fortschrittlichen Gesetze, sondern auch das Ergebnis einer guten Aufklärungsarbeit. Durch gute organisierte Zusammenarbeit aller Parteien und Organisationen, vor allem der Nationalen Front mit ihrer Vielzahl von Aufklärungsgruppen und Aufklärungslokalen konnte in Verbindung mit der Verwaltung dieser große Wahlsieg errungen werden.

---

<sup>4</sup> Im Original: »waren«.

<sup>5</sup> Im Original: »als«.



Einige negative Erscheinungen am Wahltag: Der Wahlleiter [Name 2] von Aderstedt<sup>6</sup> (Kreis Bernburg) musste am Wahltag, morgens 8.30 Uhr festgenommen werden, da er total betrunken war und die Wahleröffnung dadurch verzögert wurde. Aus dem gleichen Kreise wird um 10.10 Uhr gemeldet, dass die Eröffnung der Wahl im Ort Bebitz um 15 Minuten verzögert wurde, da der Instrukteur die Stempel mit den Losungen verloren hatte.

### *Thüringen*

Auch in Thüringen zeigte die Bevölkerung für die Wahl starkes Interesse. Schon in aller Früh kamen die ersten Wähler. In den meisten Wahllokalen war ein Andrang zu verzeichnen, schon um 10.00 Uhr vormittags waren durchschnittlich 25 % zur Wahl gekommen. Störversuche während des Wahltages traten in größerem Umfange nicht in Erscheinung. Sie beschränkten sich in der Hauptsache auf die letzten Tage<sup>7</sup> vor der Wahl. So meldet Kreis Gera, dass in der Nacht zum 14.10.1950 der Bürgermeister [Name 3] der Gemeinde Falka überfallen und niedergeschlagen wurde. Ein ihn begleitender Funktionär der SED wurde ebenfalls angefallen. Ein Täter wurde verhaftet, die übrigen drei entkamen. Mit diesem Überfall sollte die Durchführung der Wahl gestört werden, da die Bürgermeister verantwortlich für den geordneten Ablauf des Wahlaktes waren.

In der Gemeinde Remptendorf (Kreis Schleiz) wurde ein Transparent mit 7 Hitlerbildern sowie einer Regierungserklärung des ehemaligen 3. Reiches gegen den Bolschewismus angebracht. In der Gemeinde Heldburg (Kreis Hildburghausen) wurden Instrukteure von einer Gruppe Jugendlicher mit Steinen beworfen. Einige dieser Jugendlichen wurden festgenommen. Ernstere Fälle als vorgenannte sind nicht gemeldet worden. Demgegenüber wird mitgeteilt, dass die Stimmung der Wähler aufgeschlossen und zuversichtlich war. Die von Schulkindern veranstalteten Ausstellungen in den Vorräumen der Wahllokale, die auf die Bedeutung des Tages hinwiesen, fanden starke Beachtung bei den Wählern. Gruppen der FDJ und der Jungen Pioniere demonstrierten mit Fahnen und Transparenten durch die Straßen der Stadt Eisenach und forderten mit ihren Sprechchören die Bevölkerung auf, ihrer Wahlpflicht zu genügen und ihre Stimmen offen den Kandidaten der Nationalen Front zu geben. In sämtlichen Wahllokalen Eisenachs lehnten es die Wähler ab, die Wahlkabinen zu benutzen. Viele Betriebe der verschiedenen Städte gingen geschlossen mit Musik zu den Wahllokalen. Die Studenten des Studentenheimes Weimar holten eine Viertelstunde vor Wahlbeginn

---

<sup>6</sup> Im Original: »Aderstädt«.

<sup>7</sup> Im Original: »in den letzten Tagen«.

Landtagspräsident Frölich<sup>8</sup> und Ministerpräsident Eggerath<sup>9</sup> aus ihren Wohnungen ab und gingen mit ihnen gemeinsam mit Gesang zum Wahllokal. Allgemein gesehen ist der Verlauf des Wahltages selbst diszipliniert und geordnet durchgeführt worden.

Die Anhänger der Kirche haben entgegen den direkten Anweisungen verschiedener Mitglieder der Kirchenleitungen offen ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front abgegeben. Es liegen wenige Meldungen vor, wonach sich Kirchengemeinden gegen die Wahl ausgesprochen haben. Einige Gruppen der noch illegal existierenden Zeugen Jehovas traten in Erscheinung und lehnten die Beteiligung an der Wahl ab. So in Liebenwerda und Bernburg aus Sachsen-Anhalt. Als positive Merkmale werden mitgeteilt: Aus dem Land Brandenburg in Neustadt (Krs. Ruppín) wird berichtet, dass 350 Nonnen aus dem dortigen Kloster ihrer Wahlpflicht genügten.

In Sachsen in den Gemeinden Rosenthal und Ralbitz<sup>10</sup> waren der Dekan und der Pfarrer die ersten Wähler. In Wanzeritz ist der Dekan mit den Nonnen des Klosters Marienstamm gemeinsam zur Wahl gegangen. Sie haben durch öffentliche Stimmabgabe sich für die Friedenskandidaten ausgesprochen. Es handelt sich um ca. 80 Personen. Der Pfarrer der Gemeinde Mehlhorn<sup>11</sup>, Thüringen, wählte mit seiner Frau offen und legte vor der Wahlurne in wenigen Sätzen ein Bekenntnis zur Friedenspolitik in der DDR ab. In Wingerode (Krs. Heiligenstadt) forderte der Pfarrer in seiner Messe die Gläubigen auf, ihrer Wahlpflicht nachzukommen. Dort selbst erschien um 9.00 Uhr der Probst mit dem gesamten Nonnengefolge an der Wahlurne und wählte offen. Auch der [Name 4] in Frohburg<sup>12</sup> gab offen seine Stimme ab und forderte in der Kirche die Kirchgänger auf, ihrer Wahlpflicht nachzukommen. Auch die Pfarrer der Kirchengemeinden Klotzsche und Klein-Zschachwitz haben in ihrer Sonntagspredigt ein Gebet auf die Deutsche Demokratische Republik

---

<sup>8</sup> August Frölich (1877–1966), SPD/SED, war seit November 1946 bis zur Auflösung der Länder der DDR im Juli 1952 Landtagspräsident in Thüringen. Er war Mitglied des Zweiten Deutschen Volksrates, Mitglied der Provisorischen Volksskammer der DDR und weiter bis 1958 auch deren Mitglied. Vgl. Bienert, Michael C.: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die »bürgerlichen« Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952). Düsseldorf 2016.

<sup>9</sup> Werner Eggerath (1900–1977), KPD/SED, war von 1947 bis 1952 Regierungspräsident (Ministerpräsident) des Landes Thüringen. Daneben war er 1948/49 Mitglied des Deutschen Volksrates und bis 1954 Abgeordneter der Volksskammer. Vgl. Bienert, 2016.

<sup>10</sup> Im Original: »Ralditz«.

<sup>11</sup> Im Original: »Mehldorn«.

<sup>12</sup> Im Original: »Frohburg«.

und ihre Regierung ausgesprochen. In Jauernick<sup>13</sup> (Krs. Buschbach) Kreis Grimma ging die Kirchgemeinde nach dem Gottesdienst geschlossen zur Wahl. Dasselbe erreichte der Pfarrer [Name 5] in Gablenz.

Solch positives Verhalten von Pfarrern liegt noch aus einigen Gemeinden vor. In gleicher Weise wird aber auch berichtet, dass ein großer Teil der Pfarrer sich drückt, [um] eine klare Stellungnahme zur Wahl den Gläubigen zu geben. Dass einige Pfarrer die Wahlkabinen benutzten, konnte die Bevölkerung nicht abhalten, ihre Stimme offen abzugeben.

Zusammenfassend in der Einschätzung zum Ablauf der Wahl muss festgestellt werden, dass das Wahlergebnis ein[en] Erfolg für die gesamte DDR darstellt. Erwähnenswert ist, dass die Nachrichtenübermittlung ohne Tadel funktionierte. Das bedeutet, dass die Vorsichtsmaßnahmen, die mit dem Nachrichtendienst nach einem Plan durchgesprochen wurden, eingehalten und in die Tat umgesetzt wurden. Trotzdem haben sich organisatorische Fehler und Mängel gezeigt, die bei dem Ablauf sich hemmend in den Weg stellten. Sie sollen die Lehre dafür sein, den gesamten Nachrichtenapparat besser durchzuorganisieren. Eine erste Aussprache mit den Abteilungsleitern der Länder soll dazu dienen, bessere Wege in der Koordinierung der Arbeit zu finden. Wenn auch die Wahl für uns ein Erfolg darstellt, so heißt das nicht, dass wir nun ausruhen können, sondern reicher an Erfahrung mit neuer Kraft an die Aufgaben heranzugehen, die uns von unserer Partei gestellt werden.

---

<sup>13</sup> Im Original: »Jauernik«. Jauernick wurde 1936 mit Buschbach vereinigt und gehörte ab 1950 zum Landkreis Niesky.

## Bericht über Durchführungsmaßnahmen zur Vorbereitung der Wahlen

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 2, Bl. 277-283.

Empfänger: Vermutlich Ministerium des Innern.

Handschriftlich erstellt und unterzeichnet durch VP-Inspektor Grünler in Halle an der Saale.

In Sachsen-Anh[alt] wurde nach Absprache mit unseren Fr[eunden] festgelegt das Ansprechen der Kreisstellen, welche besonders schwache und reaktionäre Zusammensetzung haben, besonders wo CDU- und LDP-Bürgermeist[er] oder -Landräte führten.

Zu diesen wurde festgestellt aus den im Laufe des Jahres angefallenen Unterlagen sowie aus den Instruktorsberichten der Partei, welche Gemeinden in jedem Kreis da besonders infrage kommen. Von den 34 Kreisen wurden solcher Art 23 Stück angesprochen. Ich wählte dazu das Beispiel von B[er]l[i]n mit einigen besonderen Hinweisen, nachdem ich festgestellt hatte, dass die zu besuchenden Personen einen hinreichend großen Einfluss auf einen bestimmten Personenkreis hatten, gab ich gleichzeitig den Rat später nochmals vorzusprechen; ebenfalls den Einzel- oder Gruppenposten der VP des Dorfes durch geschicktes Ansprechen auf die besuchten Personen aufmerksam zu machen, sodass unsere Mitarbeiter gestützt auf die Wahrnehmungen der VP u[nd] ihrer sonstigen Auskunftspersonen bei dem zweiten Besuch noch entschiedener auftreten konnten; es wurden solcher Art 124 Personen angesprochen.

Darunter zirka 20 Bürgermeister, 18 Pfarrer, 42 CDU- u[nd] LDP-Vorsitzende u[nd] Gutsbesitzer, ebenfalls eine Reihe Umsiedler, welche in einigen Gemeinden, wo starke Umsiedlergruppen untergebracht sind, eine Rolle spielten, dann noch Frauen und Betriebsleiter einiger privater Unternehmen.

Nach allen mir zugegangenen Berichten sowie aus den Feststellungen anlässlich des Wahlaktes steht fest, dass in allen Fällen das Ansprechen zum Erfolg geführt hat mit einigen Ausnahmen in Bezug auf die Pfarrer, wo nicht in allen Punkten Erfolg erzielt wurde, in Bezug auf die Person des Pfarrers aber doch erreicht wurde, dass er seine Gläubigen nicht von der Wahl abgehalten hat.

Weiter wurde festgelegt nach Absprache mit dem Innenminister Josef Hegen<sup>1</sup> und Chefinspektor Markert<sup>2</sup> und mir, dass bei einem ungünstigen Wahlergebnis wir eine Veränderung des Abstimmungsergebnisses oben, dass heißt bei der Stelle zu korrigieren, wo die Zusammenzählung erfolgt, dieses wurde vorbereitet in der Form, dass theoretisch alles besprochen wurde unter meiner Leitung, Hegen war einverstanden und so wurden alle Vorbereitungen dazu getroffen.

In der Zeit vom 7.10. bis 11.10. führte ich die Besprechungen unter vier Augen mit den Dienststellenleitern durch. Magdeburg, Genthin, Stendal, Osterburg, Salzwedel, Gardelegen, Haldensleben,<sup>3</sup> Wolmirstedt, Wernigerode, Erxleben, Quedlinburg, Liebenwerda, Herzberg, Torgau, Marienfels, Merseburg, Bitterfeld, Wanzleben, Wittenberg, Sangerhausen, Schönebeck, Bernburg und Delitzsch. Ich verpflichtete unsere Leute zum Schweigen und nur persönlich das Ansprechen durchzuführen. Am Sonnabend erhielt ich Bescheid, dass in den Kreisen die Absprachen durchgeführt waren.

Am 13.10. sowie am 14.10. fand dann nochmals die genaue Absprache mit Innenminister Hegen statt, wobei genau alles festgelegt wurde. Wir hatten vorgesehen, die Kreise,<sup>4</sup> die jeweils als schwache und schlechte Kreise bekannt waren, zu je 9 Kreisen in einem Zimmer des Innenministeriums zusammenzulegen, sodass ungefähr 6 Zimmer infrage kommen, besetzt mit unseren Leuten, dazu im Rechnungszimmer 2 Leute mit der elektrischen Rechenmaschine, welche das Endresultat der Kreise zusammenrechnen, dieses auch unsere Leute, den 2 Verbindungsleuten sowie dem Leiter der Abt. VI<sup>5</sup> als direkter Verantwortlicher mit dem Innenminister, sodass wir immer die Möglichkeit hatten, ohne Wissen der Zähler, in den angeblichen Empfangszimmern das Endresultat zu korrigieren. Unsere Leute, welche den Empfang leiteten, konnten nie die Gesamtkontrolle haben, da die Mel-

---

<sup>1</sup> Josef Hegen (1907–1969), KPČ/SED, Dezember 1948 bis März 1950 Chefinspekteur der Deutschen Volkspolizei im Land Sachsen-Anhalt. Danach bis zur Auflösung des Landes Innenminister von Sachsen-Anhalt. Vgl. Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (1983) 2, S. 328 u. a.

<sup>2</sup> Rolf Markert (1914–1995) leitete seit Oktober 1949 die Abteilung VII a (VP-Bereitschaften) der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, 1951 Leiter der brandenburgischen Länderverwaltung des MfS, 1952 Leiter der Abteilung IV (Spionageabwehr) des MfS Berlin sowie 1953 Leiter der Bezirksverwaltung Dresden.

<sup>3</sup> Im Original: »Haldensleben«.

<sup>4</sup> Im Original: statt »die Kreise« »dass«.

<sup>5</sup> Die Abteilung VI war bis Ende 1953 zuständig für die Überwachung des Staatsapparates.

dungen sofort weitergegeben wurden und bei der Rechenmaschine in den Gesamtzahlen mit untergingen, sodass faktisch nur der Leiter Hoske<sup>6</sup>, Hegen und allenfalls die Verbindungsleute zu den Zimmern eine genaue Kontrolle hatten. Außerdem waren alle Zähler und Aufnehmer verpflichtet, über die Ergebnisse zu schweigen. Außer diesen Maßnahmen hatten wir in dem gesamten Gebiet von Sachsen-Anh[alt] über 70 % der Wahlvorstände als Gewährsleute und 28 % als V-L[eu]te<sup>7</sup>, sodass auch hier in letzter Minute noch eine Möglichkeit der Hilfe bestand in Bezug auf die Protokolle und Berichte.

Aufgrund der guten Beteiligung bei der Wahl waren die letzteren Maßnahmen nicht notwendig, aber es wäre durchgeführt worden, wenn das Resultat ein schwaches gewesen wäre.

Einige Schwächen hatten sich herausgestellt, indem die Instruktion in Bezug der gültigen und ungültigen Stimmen zu stur gehandhabt wurde, wo in den meisten Fällen unsere Leute Schuld tragen, welche sich an die Anweisung hielten, dass alle Stimmzettel als gültig zu erklären sind, wo nur die leiseste Möglichkeit dafür vorhanden war, das heißt alle rechneten mit einer schlechten oder nur knappen Zahl der Zustimmung und hatten vergessen, dass die Wahlbeteiligung u[nd] das offene Abstimmen, welches in fast allen Gemeinden durchgeführt wurde, eine andere Situation schuf. Hier zeigte es sich wieder, dass wir unsere Agitatoren und den Einsatz der Instruktoren sowie Aufklärungsgruppen unterschätzt hatten, nicht zuletzt die Reden und Kundgebungen, welche durchgeführt wurden, sondern auch die merkliche Besserung der Lebenshaltung hat diesen Umschwung mit bewirkt.

Bis zum 17.10.50, 24.00 Uhr waren insgesamt 724 Berichte von den V-L[eu]ten u[nd] Gewährsleuten angefallen, weitere kommen noch am 18.10. und 19.10. dazu, da es nicht möglich war, in der Zeit von Sonntag bis Dienstag die ganze Zahl der Verpflichteten zu treffen.

Über die Schwächen und Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der VP u[nd] Kripo liegen einige beachtliche Vorkommnisse vor, welche ich aber nochmals überprüfen muss, da nicht ausgeschlossen ist, dass unsere Leute eine Teilschuld mit tragen, da sie immer noch nicht begriffen haben, dass man nicht so sehr die Dienststelle in den Vordergrund stellt, sondern es auf eine gute Zusammenarbeit auf der Basis der Vertrauensleute innerhalb der

---

<sup>6</sup> Heinz Hoske, Jg. 1908, war bis September 1950 Abteilungsleiter in der BV Halle, bis Oktober 1951 Leiter der Abteilung »W« (Wismut).

<sup>7</sup> Eine Verbindungs- oder Vertrauensperson, die als ständiger Informant eines Nachrichtendienstes, des Zolls oder der Polizei arbeitet. Dabei agiert sie unerkannt. Das MfS verwendete dafür später bewusst die Begriffe inoffizieller Mitarbeiter bzw. geheimer Informator, um sich vom im NS-Staat verwendeten deutschen Polizeivokabular und dem Begriff V-Mann abzusetzen.

VP und der eignen Qualitäten im Umgang mit den Leitern der VP-Dienststellen ankommt.

In den meisten Kreisen ist die Zusammenarbeit gut, nur dort, wo wir zum Teil Leute von dem VPKA [Volkspolizeikreisamt] in unseren Dienststellen haben, die am Ort geblieben sind, macht sich ein Gegeneinanderarbeiten bemerkbar.

Ein krasser Fall von Unverständnis kam zum Beispiel in Bernburg vor. Dort forderte der Leiter der Abt[eilung] K[riminalpolizei], dass die in unserem Kreisgebiet befindlichen Wahlleiter i[hne]n stündlichen Berichten zugegeben haben über den Stand der Wahl, was mit dem Hinweis abgelehnt wurde, dass die Anweisung des Innenministers eine andere Form vorsieht. Worauf der Leiter K. sehr ausfallend wurde, sodass unser Leiter i[h]n zurechtweisen musste, da erklärte der Leiter K, was sich die Staatssicherheit bloß einbildet, da hat ja die SKK<sup>8</sup> der Stasi eine schöne Sache angedreht, dass sie über der VP der Kreise steht. So und ähnlich liegen noch einige Beispiele vor.<sup>9</sup>

## Grünler

---

<sup>8</sup> Die »Sowjetische Kontrollkommission« war eine Überwachungs- und Leitungsinstitution der sowjetischen Besatzungsmacht über die Führung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie bestand vom 10. Oktober 1949 bis zum 28. Mai 1953. Vgl. Foitzik, 2014.

<sup>9</sup> Ein Bericht der MfS-Verwaltung Thüringen vom 17. Oktober 1950 zeigt gleiches Vorgehen: »Bis zum Wahltag haben wir mit insgesamt 1 695 Funktionären der Partei, V-Leuten, Informatoren, Funktionären der FDJ und Funktionären aus den verschiedenen Verwaltungen persönliche Rücksprachen gehabt hinsichtlich der Aufwärtsentwicklung und Propaganda zur bevorstehenden Volkswahl. Es handelte sich jeweils um konkrete Fragen im Einzelfalle. Beispielsweise mangelnde Sichtwerbung in dem einen oder anderen Dorf, mangelnde Wachsamkeit unseren Losungen, Transparenten und Plakaten gegenüber, Organisierung von Streifentätigkeit; Ausschmückung der Wahllokale, Ausschmückung der Aufklärungslokale; Aufstellen von Straßenpatrouillen; Organisieren und Zusammenhalten der Friedenswacht; Organisieren einer ununterbrochenen Verbindung zu unseren Dienststellen; Schutz der volkseigenen Betriebe; Instruktionen an die V-Leute hinsichtlich Diversion; Kampagne gegen die Wahlkabinen usw. In der überwiegenden Mehrzahl unserer Rücksprachen wurde erreicht, dass von uns gegebene Hinweise verfolgt wurden, um Mängel zur Vorbereitung der Wahl abzustellen. In der Mehrzahl der Kreise war die Verbindung von V-Leuten, Informatoren und vieler anderer loyaler Elemente außerordentlich gut. Für die letzten 10 Tage vor der Wahl kann man sagen, dass sich unsere Dienststellen tags wie nachts in laufender Verbindung mit dem vorgenannten Personenkreis befunden haben. Unsere Hinweise, unser Rat und unsere Hilfe wurden in so vielen Fällen und Einzelheiten gesucht, dass unsere Mitarbeiter dienstlich überbeansprucht gewesen sind.« BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 83 f.

## Rücksprachen in stimmenmäßig am schlechtesten abgeschnitten [habenden] Orten

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 85–88.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Staatssekretär Mielke<sup>1</sup> Berlin.

Absender: Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Thüringen.

Betreff: Besondere Rücksprachen. – Unterschrift Menzel<sup>2</sup>, Chefinspekteur der Volkspolizei.

Anhand der Wahlergebnisse der Volkskongresswahl wurden die stimmenmäßig am schlechtesten abgeschnittenen [sic] Orte herausgesucht.

Diejenige Person, von der man wusste oder die man ermittelte, die die reaktionäre Kraft im Orte darstellt und die reaktionären Elemente um sich schart, sie zusammenhält und inspiriert, wurde zum jeweiligen VP-Gruppenposten bestellt. Solche Rücksprachen fanden mit 267 Personen statt.

*Erfurt:* – Mit 47 Personen in 44 Orten gesprochen –

*Beispiele:*

Der Unternehmer [Name 1], Inhaber eines Dampfleihpfluges in Sömmerda, bot von sich aus nach der Rücksprache 2 000 DM für den Wahlfonds an, als sichtbaren Beweis, wie er sich ausdrückte, seiner durchaus demokratischen Gesinnung. Bei der Rücksprache mit ihm wurde der Apotheker aus Sömmerda mit angetippt. [Name 1] hat den Apotheker am nächsten Tage aufgesucht und mit ihm gesprochen. Der Apotheker, der bis zu diesem Zeitpunkt an seinem Gartenzaun und Haus weder ein Plakat noch einen Klebezettel angebracht hatte, fing an, sein Haus geradezu mit Transparenten und Losungen zu illuminieren.

---

<sup>1</sup> Erich Mielke (1907–2000), Juni 1945 Rückkehr aus dem Exil in der Sowjetunion, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Internierung in Belgien und Frankreich, nach anschließender Illegalität nach Berlin zurück, übernahm leitende Funktionen im Bereich der Polizei. Mit Gründung des MfS wurde Mielke Staatssekretär, mit der Unterstellung des MfS unter das MdI stellvertretender Staatssekretär und schließlich nach Wiederherstellung der Eigenständigkeit des MfS dessen stellvertretender Minister. Nachdem sein Vorgänger Ernst Wollweber im November 1957 in den vorzeitigen Ruhestand ausschied, wurde Mielke Minister und blieb es bis zur Revolution 1989.

<sup>2</sup> Rudolf Menzel (1910–1974) war seit 1950 stellvertretender Minister für Staatssicherheit.



Der CDU-Vorsitzende von Rockhausen erschien zeitig im Wahllokal und forderte von sich aus die jeweils eintretenden Wähler auf, ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front offen abzugeben.

*Arnstadt:*

- Mit miesen Figuren wurde gesprochen aus den Orten Hausen, Roda, Ellichleben, Wipfra, Dienstedt, Wümbach und Großhettstedt. In Hausen, Roda, Ellichleben und Großhettstedt war das Wahlergebnis zur Volkskongresswahl unter 50 %. Diesmal wählten diese Orte geschlossen 100 %.

Der Bürgermeister von Ellichleben erklärte, wenn sein Dorf am Sonntag nicht 100 % wähle, setze er sich am Abend aufs Motorrad und führe auf Nimmerwiedersehen nach dem Westen. Er brauchte nicht zu fahren, sein Dorf wählte 100 %. Auch gab er sich größte Mühe, sein Dorf propagandistisch herauszustellen. Bürgermeister ist bereit, mit der Polizei gegen reaktionäre Kräfte zusammenzuarbeiten.

Der CDU-Bürgermeister von Wipfra beteiligte sich am Wahlsonntag als Wahlschlepper. Er war sehr aktiv und wollte unter Beweis stellen, dass sein Dorf für den Frieden wählt.

*Jena:* – Verhandelt mit 53 solcher Elemente –

Der Großbauer [Name 2], 35 ha, aus Camburg, erklärte nach der Rücksprache, er werde am Sonntag geschlossen mit seiner Familie einschließlich enger Verwandtschaft zur Wahl gehen und offen für die Kandidaten der Nationalen Front stimmen, damit sich das Dorf an ihm ein Beispiel nehmen könne.

*Gera:* – Es wurde mit 9 Elementen gesprochen –

Pfarrer [Name 3] aus Köstritz hat am Sonntag früh von der Kanzel herab als Schlusssatz gesagt: »Und nun, meine liebe Hörergemeinde, begeben wir uns gemeinsam zur Wahl, um für den Frieden zu stimmen.« An der Spitze seiner Gläubigen, mit der Bibel in der Hand, bewegten sie sich zum Wahllokal und stimmten offen ab.

*Ein Gegenbeispiel:* Die Diakonissen des Heimes in Neustadt/Orla haben ihren Wahlzettel in Empfang genommen und denselben vor der Tür des Wahllokales zerrissen.

*Mühlhausen:* – Mit 26 Personen gesprochen –

Ein Beispiel dafür, wo wir trotz einer solchen Rücksprache nicht weiter kommen:

Pfarrer [Name 4] aus Zimmern erklärte, »ob Ihr den ersten oder zweiten Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik feiert, ist mir vollkommen

gleichgültig. Ich bin auch für den Frieden, aber niemals für einen russischen Frieden«. Bei dieser Erklärung stampfte er mit dem FuÙe auf.

*Gotha:* – Mit 14 Personen gesprochen –

Freiweg<sup>3</sup> gute Ergebnisse. Besonderes Beispiel: Pfarrer [Name 5] aus Leina protestierte in einem Schreiben an den Gemeinderat und forderte dabei, dass während der Kirche keine Wahlversammlungen stattfinden dürfen. Pfarrer [Name 5] wurde geladen. In der Rücksprache mit ihm gab er an, seinen Fehler voll einzusehen und bat um Propagandamaterial zum Anschlagen. Er ließ Wahlplakate an der Kirche anbringen und hat in einer öffentlichen Versammlung am Freitag vor der Wahl offen zu seiner Handlungsweise, indem er den Brief an den Gemeinderat schrieb, Stellung genommen und erklärt, dass seine Handlungsweise eine falsche war. Am Sonntag wählte er zusammen mit seiner Frau offen!

*Eisenach:* – Mit 10 Personen verhandelt –

Der Pfarrer aus Melborn legte mit einer ganz kurzen Ansprache an der Wahlurne ein offenes Bekenntnis für den Frieden ab. Er erklärte, dass er restlos für die Kandidaten der Nationalen Front stimme, da sie für den Frieden und die Einheit Deutschlands kämpfen. Seine Erklärung wurde über den Eisenacher Stadtfunk popularisiert.

*Nordhausen:* – Mit 10 Personen gesprochen –

*Greiz:* – Mit 12 Personen verhandelt –

Bürgermeister [Name 6] von Dobia, Mitglied der CDU, hatte bis wenige Tage vor der Wahl in seinem Ort ein geradezu saumäßiges Lokal und im Orte fast keine Sichtwerbung. Er wurde geladen mit dem Erfolg, dass er das Wahllokal ordentlich herrichtete und für seinen Ort Propagandamaterial von der Nationalen Front anforderte.

*Meiningen:* – Mit 3 Personen verhandelt –

Mühlenbesitzer [Name 7], Mitglied der LDP, und [der] ehem. aktive SA-Truppführer [Name 8]<sup>4</sup> wurden geladen und auf die reaktionären Verhältnisse in ihrem Ort hingewiesen. Beide kommen als V-Kandidaten<sup>5</sup> infrage.

---

<sup>3</sup> Gemeint ist »durchweg«.

<sup>4</sup> Während der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 war in der Sturmabteilung (SA) der Truppführer ein paramilitärischer Rang, der dem Feldwebel der Wehrmacht entsprach.

<sup>5</sup> Gemeint ist die Werbung einer Verbindungs- oder Vertrauensperson. Das MfS

*Sondershausen:* – 12 Personen gesprochen –

In Kirchengel wurde der Großbauer [Name 9] (80 ha) geladen und für sein Dorf dafür verantwortlich gemacht, dass reaktionären und sabotierenden Elementen das Handwerk zu legen ist. Dieser Großbauer [Name 9] erklärte die Sorge dafür zu übernehmen, dass sein Dorf sich nach der Wahl wird »sehen lassen« können.

*Weimar:* – Mit 3 Personen verhandelt –

In den Orten Reisdorf, Bad Sulza und Rohrbach hieß es am Donnerstag vor der Wahl, dass dort CDU-Kandidaten am Sonnabend demonstrativ zurücktreten wollen. Alle 3 Bürgermeister wurden vorgeladen und auf die unmöglichen Verhältnisse in ihrem Orte hingewiesen. Die erklärten, die Unstimmigkeiten seien dadurch veranlasst worden, dass die SED in den 3 Orten verlangt habe, dass der CDU-Vertreter aus dem Wahlausschuss zu verschwinden habe. Der CDU-Bürgermeister [Name 10] von Bad Sulza, dem die anderen beiden Bürgermeister bezirksmäßig mit unterstehen, übernahm nach der Rücksprache die Verantwortung dafür, dass sich solcherlei Wahlstörungen nicht zutragen werden. Dem ist auch so geschehen. Der CDU-Bürgermeister von Bad Sulza kommt als ernsthafter Informator für uns infrage.

*Bad Salzungen:* – Mit 4 Personen verhandelt –

Der Pfarrer [Name 11] ergab sich in antidemokratischen Hetzreden und sonstigen Flegeleien. Er wurde daraufhin in Haft genommen. Er erklärte sich bereit, öffentlich zu seinen antidemokratischen Redereien Stellung zu nehmen. Das geschah in einer Versammlung mit ca. 700 Personen, wo er gegen sich selbst Stellung nahm und die gesamte Bevölkerung in einer längeren Rede aufforderte, den Kandidaten der Nationalen Front die Stimme zu geben.

– *Altenburg:* Mit 3 Personen verhandelt

– *Hildburghausen:* Mit 8 Personen verhandelt

---

verwendete dafür später bewusst die Begriffe inoffizieller Mitarbeiter bzw. geheimer Informator, um sich vom im NS-Staat verwendeten deutschen Polizeivokabular und dem Begriff V-Mann abzusetzen. Die Anwerbung von ehemaligen Nationalsozialisten gehörte seit den Anfängen des MfS zu einer der wesentlichen Strategien beim Ausbau des Informantennetzes innerhalb der DDR wie auch im Rahmen der Spionage und Spionageabwehr gegen die Bundesrepublik. Schon vor den einschlägigen Formulierungen der IM-Richtlinie Nr. 21 (Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten, 20.11.1952) waren damit Praktiken der sowjetischen Geheimpolizei übernommen worden. Vgl. Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2005, S. 196 ff.

- *Rudolstadt*: Mit 16 Personen gesprochen
- *Saalfeld*: Mit 12 Personen verhandelt
- *Schleiz*: Mit 15 Personen verhandelt
- *Sonneberg*: Mit 12 Personen verhandelt
- *Suhl*: Mit 14 Personen verhandelt<sup>6</sup>

Über alle diese Rücksprachen liegen schriftliche Aufzeichnungen vor, die aber infolge der kurzen Zeit für uns noch nicht ausgewertet sind.

(Menzel)  
Chefinspekteur der Volkspolizei

---

<sup>6</sup> Handschriftliche Bemerkung neben dieser Aufstellung: »In den Wahlkommissionen waren wir mit 1 177 V.-Leuten vorhanden.«

## Bericht über die Tätigkeit des Verwaltungsapparates und der Parteien während der Durchführung und Vorbereitung der Oktoberwahl

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 2, Bl. 89–91.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Dienststelle Dresden.

Absender: Ministerium für Staatssicherheit, Dienststelle Meißen.

Gezeichnet durch Krenkel.

Anlagen: 1 (nicht ediert: Bericht über die evangelische und katholische Kirche und deren Verbände).

Vonseiten des Kreisratsamtes wurde für die Oktoberwahlen eine gute Arbeit geleistet. Die Anweisungen und Anleitungen an die Wahlleiter und Wahlvorsteher wurden bis in den letzten Wahlbezirk durchgeführt. Der Landrat Genosse [Name 1] und der Stellvertretende Wahlleiter [Name 2] haben sich bei auftretenden Schwierigkeiten sofort eingeschaltet. Es muss besonders hervorgehoben werden, dass Genosse [Name 2], nachdem festgestellt wurde, dass in mehreren Wahlausschüssen und Wahlvorständen die SED in der Minderheit war, sofort die Initiative ergriffen [hat] und dieses an Ort und Stelle nach Rücksprache mit dem betreffenden Bürgermeister korrigierte. Bei der Einreichung der Kandidatenlisten für die Gemeindevertretung wurden ebenfalls vonseiten des stellvertretenden Kreiswahlleiters Änderungen festgestellt, wo in mehreren Gemeinden die SED-Ortsgruppen ohne Verbindung mit der Kreisleitung durch personelle Veränderungen die Minderheit organisierten.

Am Sonnabend, den 14. Oktober wurden alle Wahlvorsteher über die Durchführungen der Wahlhandlung und der näheren Einzelheiten unterrichtet. Es wurde dabei so verfahren, dass die Wahlvorsteher der bürgerlichen Parteien diese Anweisung erst am Sonntagmorgen erhielten, um jede Möglichkeit einer Verletzung der Geheimhaltung zu unterbinden. Nur in einem Fall gab es Differenzen bei der Durchführung der letzten Anweisung an die Wahlvorsteher. Der Bürgermeister ([Name 3], ehem. SPD) gab dem Angestellten bei der Stadtverwaltung [Name 4], SED, den Auftrag, die Stempel an die Wahlvorsteher auszugeben. Hierbei wurde von [Name 4] den Wahlvorstehern gesagt, dass die Stimmzettel nicht *bei Beginn, sondern nach Abschluss der Wahl* abzustempeln sind. Diese falsche Anweisung wurde jedoch durch die Wachsamkeit einiger Wahlvorsteher, die sich mit dem Parteisekretär in Verbindung setzten, sofort richtiggestellt. [Name 3] bestreitet jetzt, [Name 4] eine solche Anweisung gegeben zu haben. [Name 4] wiederum behauptet, dass

ihn [Name 3] in der oben geschilderten Form informiert hat. Abschließend kann gesagt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und unserer Dienststelle als gut bezeichnet werden kann.

*Betr.:* Tätigkeit der bürgerlichen Parteien für die Wahlvorbereitung.  
Die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien muss als völlig ungenügend bezeichnet werden. In allen Besprechungen des Blocks wurde vonseiten der bürgerlichen Vertreter die Mitarbeit zugesagt, praktisch [aber, G. W.] nur einige Spitzenfunktionäre der CDU, LDP und NDP als Referenten für die Nationale Front<sup>1</sup> eingesetzt. Eine aktive Tätigkeit der einzelnen Parteien und [von, G. W.] deren Mitglieder[n] für die Wahl war nicht festzustellen. Die gesamte Arbeit wurde hauptsächlich von der SED geleistet.

*Betr.:* Tätigkeit der SED

Vonseiten der SED-Kreisleitung Meißen wurden alle Anstrengungen gemacht und die gesamten Parteigruppen für den Wahlkampf mobilisiert. Der Organisationsplan über die Durchführung von Mitgliederversammlungen der SED und das Einsetzen von Instruktoren war gut, jedoch war die Unterstützung vonseiten der Kreisleitung sowie der Instruktoren für die Grundeinheiten ungenügend. Das kam vor allem zum Ausdruck bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, wo es zum Teil an Unterstützung fehlte und demzufolge einige Ortsgruppen die Minderheit der Kandidaten organisierten. Desgleichen wurde festgestellt, dass bei der Benennung der Wahlvorsteher in vielen Fällen Genossen eingesetzt worden sind, die in keiner Weise in politischer Hinsicht für diese Aufgabe geeignet waren. Die Kreisleitung hat hier den Parteieinheiten die Einsetzung der Wahlvorsteher überlassen, ohne vorher eine Überprüfung der betreffenden Genossen vorzunehmen. Es wurde festgestellt, dass ein großer Teil alter Genossen, die bereits schon in der Weimarer Republik als Wahlvorsteher tätig waren und sehr stark mit Gedankengängen des Sozialdemokratismus behaftet sind, zur Verwendung kamen. Es ist unmöglich mit solchen Genossen irgendwelche vertraulichen Aktionen durchzuführen, da diese die Durchführung einer Wahl vom Standpunkt der früheren Gepflogenheiten betrachten. Als gut muss bezeichnet werden die Arbeit der Agitationsgruppen der Betriebe und Verwaltungen.

---

<sup>1</sup> Die konstituierende Sitzung fand am 7. Januar 1950 statt. Im Februar 1950 wurde der Nationalrat der Nationalen Front ernannt. Eine wichtige Funktion übernahm diese bei den Wahlen am 15. Oktober 1950. Nur die Kandidaten der Nationalen Front auf den Einheitslisten waren bei der »Wahl« zugelassen. Vgl. Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000, S. 77 ff.

Die Tätigkeit der Aufklärungslokale der Nationalen Front ist gleich Null. Hier hat die Partei diese Arbeit zu wenig kontrolliert. In der Mehrzahl waren für diese Aufklärungslokale Genossen eingesetzt, die ideologisch zu schwach waren und für diese Aufgabe sich nicht eigneten.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die Spitzenfunktionäre der Kreisleitung noch zu wenig operativ arbeiten und immer noch zu sehr am Schreibtisch kleben.

Eine gute Arbeit wurde vonseiten des Genossen Hamann, Instrukteur des Zentralkomitees geleistet. Die Anleitung der führenden Genossen der Massenorganisationen und Verwaltungen durch den 1. Kreissekretär war ebenfalls ungenügend.

gez. Krenkel

## Großer Bogen mit MfS-Ergebnis der Wahlen in Sachsen-Anhalt

Quelle: BStU, MfS, AS 223/66, Bl. 498–499.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Berlin.

Absender: Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Sachsen-Anhalt, VP-Insp[ektor] Grünler.

Text des Anschreibens vom 17.10.1950: »Anliegend übersenden wir wunschgemäß den großen Bogen mit allen Eintragungen sowie Berichte über den Verlauf der Wahlen in Sachsen-Anhalt.« Unterschrift Grünler, VP-Insp[ektor]

Anlagen: 1 Bogen, 2 Mappen (nicht ediert).

Dienststelle [Kreis]	Wahlbe- rechtigte	1 gültig	2 ungültig	3 nein	4 gesamt	5 Wahlbe- teiligung
Bernburg	138 354	137 405	22	17	137 388	137 427
Bitterfeld	125 061	123 571	29	21	123 550	123 600
Burg	73 112	72 781	26	95	72 686	72 807
Delitzsch	70 863	69 003	122	32	68 971	69 125
Eisleben	113 103	110 983	16	22	110 961	110 999
Gardelegen	56 582	55 616	492	1 319	54 297	56 108
Genthin	60 098	60 140	69	153	59 987	60 209
Haldensleben	70 812	69 701	233	244	69 457	69 934
Herzberg	37 618	37 538	60	439	37 099	37 598
Kölleda	41 088	40 491	83	110	40 381	40 574
Köthen	92 218	90 702	20	45	90 657	90 722
Liebenwerda	77 658	76 153	119	113	76 040	76 272
Merseburg	122 821	121 682	54	20	121 662	121 736
Oschersleben	68 146	67 494	77	105	67 389	67 571
Osterburg	42 787	42 316	265	228	42 088	42 581
Quedlinburg	131 674	131 695	54	55	131 640	131 749
Querfurt	55 761	55 392	13	19	55 373	55 405
Saalkreis	74 745	73 779	15	32	73 747	73 794
Salzwedel	54 580	54 457	82	474	53 983	54 539
Sangerhausen	80 769	80 264	124	114	80 150	80 388



Dienststelle [Kreis]	Wahlbe- rechtigte	1 gültig	2 ungültig	3 nein	4 gesamt	5 Wahlbe- teiligung
Schönebeck	80 713	78 849	23	16	78 833	78 852
Stendal	77 224	76 229	122	84	76 144	76 350
Torgau	57 528	57 950	62	72	57 878	58 012
Wanzleben	64 517	63 719	4	8	63 711	63 723
Weißenfels	136 865	135 188	62	37	135 151	135 250
Wernigerode	80 545	80 926	205	80	80 846	81 131
Wittenberg	86 873	85 923	38	52	85 871	85 961
Wolmirstedt	52 567	51 344	128	101	51 243	51 472
Zeitz	97 519	96 222	50	147	96 075	96 272
Zerbst	60 193	60 129	23	225	59 904	60 152
Dessau	64 281	62 820	13	37	62 783	62 833
Halberstadt	32 875	32 089	4	69	32 020	32 093
Halle	215 188	209 964	185	73	209 891	210 149
Magdeburg	189 415	180 738	178	150	180 588	180 916
Gesamt	2 884 153	2 843 253	3 072	4 808	2 838 444	2 846 325
<b>Vorläufiges Ergebnis im ND</b>	2 882 845	2 843 014	3 036	4 808	2 838 206	2 846 050
<b>Differenz zum MfS-Ergebnis</b>	-1 308	-239	-36	0	-238	-275
<b>Endergebnis im ND</b>	2 874 286	2 842 964	2 670	4 280	2 838 684	2 845 634
<b>Differenz zum MfS-Ergebnis</b>	-9 867	-289	-402	-528	+240	-691

Anm. der Bearbeiterin: Ergebnis der Wahlen vom 15. Oktober 1950 für das Land Sachsen-Anhalt zusammengestellt durch das MfS. Die Originalliste weist weitere fünf Spalten auf, in die zu verschiedenen Uhrzeiten Teilergebnisse eingetragen worden sind, sowie eine Spalte, in der die Wahlbeteiligung in Prozent angegeben wurde. Die Originallisten enthalten keine Zeilen mit der Gesamtsumme. Die Gesamtsumme, die Daten aus dem ND und die Differenz zwischen ND- und MfS-Zahlen sind von der Bearbeiterin hinzugefügt worden. Das vorläufige Ergebnis findet sich im ND vom 17.10.1950, das Endergebnis im ND vom 29.10.1950.

## Bericht vom Verlauf des Wahltages in Sachsen

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 51.

Empfänger: Vermutlich Staatssekretär Mielke (siehe Anschreiben Bl. 61).

Handschriftlich erstellt durch VP-Inspektor Gutsche.

- Vorsitzende der Wahlvorstände schriftl[ich] verpflichtet	1 327
- Landräte zur Verbesserung der Protokolle verpflichtet	21
- Die Oberbürgermeister von Leipzig, Dresden zur Protokoll- verbesserung verpflichtet, ebenso den Stellvertreter des Ober- bürgermeisters von Chemnitz	3
- Reaktionäre Bürgermeister u[nd] Gemeindevorsteher bestellt u[nd] ernsthaft gesprochen	116
- Auf von mir besorgte Wahlscheine, bei denen Abbestellung nicht mehr möglich war, in Aue eingeworfene Stimmen	150
- Ebenso in Dresden eingeworfene Stimmzettel	701
- In Freital durch Vorsteher der Bezirkswahlkommission im Protokoll hinzugefügt	999

18.X.1950

Gutsche

## Vermerk über Rücksprachen im Zusammenhang mit der Wahl in Mecklenburg

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 1, Bl. 60.

Empfänger: Vermutlich Staatssekretär Mielke.

Datum: Datierung durch die Bearbeiterin: 18.10.1950 (siehe Anschreiben Bl. 61).

Handschriftlich erstellt durch VP-Inspektor Last.

### *Mecklenburg*

Gesprochen wurde mit 2 Abt[eilun]gsleitern und 2 Stellvertretern, den 4 besten pol[itisch], stärksten Gen[ossen] der Verwaltung außerdem *mit* 18 Dienststellenleitern.

Die 4 Dienststellenleiter hatten jeder 4 Kreise laufend zu bearbeiten und zu *kontrollieren*.

Es wurden 430 Mitgl[ieder] der Wahlvorstände bearbeitet. Alles gute, zuverlässige Genossen.

Des Weiteren wurde uns von den Kreisvorständen eine Liste von guten Genossen überreicht. Von uns überprüft, aber nicht mehr gesprochen, da die Dienststellenleiter die Anweisung hatten, erst am Vorabend der Wahl mit diesen Gen[ossen] zu sprechen.

Am Wahltage selbst wurden die den einzelnen Mitgl[iedern] der Wahlkom[missionen] gemachten Hinweise gegen Mittag zurückgezogen.

Last<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Otto Last (1906–1990), 1949 Einstellung bei der VP, dann Leiter der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft (ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS), ab 1951 stellvertretender Minister für Staatssicherheit, sein Anleitungsbereich umfasste die Bereiche Volkswirtschaft und Verkehr.

## **Abschluss-Bericht zur Volkswahl am 16. Oktober 1950 in Mecklenburg**

Quelle: BStU, MfS, AS 11/51, Bd. 2, Bl. 113–124.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Berlin.

Absender: Verwaltung für Staatssicherheit, Land Mecklenburg, Schwerin, VP-Inspektor Last.

Vermerk: Unterschriftskürzel VP-Kommandeur Anselm Kluth.

Bemerkungen: Text des Anschreibens vom 18.10.1950: »In der Anlage übersenden wir den Abschluss-Bericht zur Volkswahl am 15.10.1950.«

Anlagen: 2 identische Berichte.

### *Bericht über die Vorbereitung der Oktoberwahl*

Mit der Nominierung der Kandidaten zur Volkskammer und zum Landtag des Landes Mecklenburg durch den Block der Parteien begann praktisch erst die Vorbereitung zur Wahl. Hierbei zeigten sich bereits Schwächen der Arbeit unserer Partei, die es nicht verstand, alle Kräfte für die Vorbereitungen der Wahl einzuspannen. Es zeigte sich, dass die Kandidaten ohne Mitarbeit der Kreise aufgestellt wurden, wobei bei der Überprüfung ihrer politischen Vergangenheit die Feststellung gemacht wurde, dass einige reaktionäre Kräfte als Kandidaten nominiert waren. Es mussten im Lande Mecklenburg nach Überprüfung bzw. auf Beschluss der Wähler in den Versammlungen 1 020 Kandidaten ausgewechselt werden. Hierbei ist zu verzeichnen, dass die Mehrzahl davon, ca. 600 Kandidaten, der SED angehörten. Die Ursache lag darin, dass von unserer Partei Kandidaten aufgestellt wurden, die moralisch nicht einwandfrei waren und kein Vertrauen in der Bevölkerung hatten.

Ebenfalls wurde der Zusammensetzung der Kandidaten wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zum Beispiel im Kreis Ueckermünde, wo die Kreistagskandidaten aus 34 Angestellten, 13 Arbeitern, 3 Altbauern und 1 Neubauern bestanden. In Pasewalk ist das Reichsbahnausbesserungswerk mit 2 500 Mann Belegschaft durch keinen Kandidaten im Kreistag vertreten. Im Kreis Waren wurden vom Parteisekretär Charakteristiken über Kandidaten ohne jede Unterlage ausgeschrieben, nur um die Termine einzuhalten. Im Kreis Ludwigslust gab es einen Kandidaten der SED, der sich bei der Vorstellung auf Meldungen des RIAS berief. Im Kreis Demmin wurden erst auf Einschreiten unseres Organs schlechte Charakteristiken, die von der Polizei gegeben wurden, von der Partei beachtet.

In der Gemeinde Schaprode auf Rügen wurden sämtliche Kandidaten bei der Vorstellung von den Versammlungs-Teilnehmern abgelehnt. Ebenso wurde in den Kreisen Stralsund, Wismar und Rostock die technische Intelligenz in den Kreistagen zu wenig berücksichtigt. Die Ursache dieser Mängel liegt zum Großteil in der mangelnden kollektiven Zusammenarbeit innerhalb der Kreissekretariate der Partei. Die ungenügende Überprüfung der aufgestellten Kandidaten vonseiten der Kreissekretariate und auch der Landesleitung waren die Ursache, dass bis zur letzten Minute zur Übergabe der Kandidaten-Listen an die Wahlleiter Veränderungen der Kandidaten, auch für den Landtag und für die Volkskammer, durchgeführt werden mussten.

In der Organisation der Wahlarbeit und in der Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen zeigten sich in fast allen Kreisen und auch in der Landesleitung erhebliche Schwächen dahingehend, dass die Partei nicht entscheidend genug die Funktionäre dieser Organisationen zusammenfasste und dass sie gemeinsam die Vorbereitungen zur Wahl getroffen hätten. Es wurde allgemein festgestellt, dass die Kreise die Bedeutung der Nationalen Front nicht klar erkannten. Außerdem muss Folgendes festgestellt werden, dass in der Bloßstellung und Entlarvung von reaktionären Kräfte in der CDU und LDP gute Ansätze vorhanden waren, aber nicht planmäßig durchgeführt wurden und dass der Rolle der Kirche zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Zu den vorstehend gemachten Ausführungen bringen wir jetzt Beispiele aus den einzelnen Kreisen.

### *Rostock*

Wie wenig zum Beispiel der 1. Sekretär [der SED] in Rostock<sup>1</sup> die Schwerpunkte im Kreise erkannte und wie wenig das Sekretariat des Kreises Rostock sich mit den Fragen der Arbeiter in den Betrieben befasste, zeigt uns eine Wählerversammlung in der Neptun-Werft, auf der sich Kandidaten der Volkskammer und Kandidaten der Stadt Rostock vorstellen wollten, wo von der 6000 Mann starken Belegschaft der Werft nur 30 anwesend waren. Der Kreisvorstand hat zu dem größten Betrieb von Mecklenburg schlechte Bindung. Der Sekretär [Name 1] selbst wird von der Belegschaft abgelehnt. In diesem Betrieb sind antisowjetische Tendenzen vorhanden, hineingetragen von dem ehemaligen Kultur-Direktor [Name 2], der aufgrund dieser Tendenzen seines Postens enthoben wurde und unverständlicherweise in einer Sekretariatssitzung der Landesleitung der SED, obgleich seine antidemokratische Einstellung von allen Sekretariats-Mitgliedern klar herausgestellt wurde, wieder als Kultur-Leiter der MAS<sup>2</sup>-Station des Kreises Rügen eingesetzt wurde. Der Sekretär

---

<sup>1</sup> Karl Mewis (1907–1987), siehe Fußnote in der »Vorbemerkung«.

<sup>2</sup> Die »Maschinen-Ausleih-Stationen« (MAS) waren seit 1946 in Schwerpunkts-

[Name 1] genießt innerhalb der Bevölkerung aufgrund seiner Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit kein Vertrauen. Außerdem wird er von unserer dortigen Dienststelle operativ bearbeitet aufgrund von Aussagen Stettiner Genossen, die ihn bezichtigen nach 1933 für die Gestapo gearbeitet zu haben.

### *Demmin*

Im Kreise Demmin wurde vom Kreisvorstand besonders die Arbeit in der Nationalen Front vernachlässigt. Der 1. Sekretär des Kreisvorstandes, Genosse [Name 3], der gleichzeitig auch Vorsitzender der Nationalen Front ist, hat die Arbeit in der Nationalen Front als etwas Nebensächliches betrachtet, da Versammlungen der Nationalen Front, die angesetzt waren, nicht durchgeführt wurden und keinen Wagen zur Verfügung stellte [sic]. Schwerpunkte im Kreise wurden nicht bearbeitet trotz Hinweise[n]. Versammlungen in den Betrieben wurden mangelhaft durchgeführt. Wegen angeblicher Arbeitsüberlastung mussten Versammlungen ausfallen. In der Gemeinde Siedenbrünzow<sup>3</sup> legte der Vorsitzende der SED am 14.10.1950 seine Kandidatur sowie sämtliche Ämter nieder aufgrund einiger Angriffe des LDP-Mitgliedes [Name 4]. Vom Sekretariat des Kreisvorstandes wurde hier nicht eingeschritten.

### *Bergen*

Durch den dortigen Kreissekretär wurde keine konkrete Anleitung gegeben. Es bestanden kein Arbeitsplan und auch keine Konzentration auf die Schwerpunkte. Die ideologische Schwäche des Kreissekretariats kommt klar zum Ausdruck darin, dass es ihm nicht gelang, die bürgerlichen Parteien zur Mitarbeit heranzuziehen. In der Kreisstadt Bergen haben während der ganzen Kampagne nur 6 CDU- und LDP-Mitglieder mitgearbeitet. Aber gleichzeitig führte unsere Parteileitung mit den bürgerlichen Parteien Verhandlungen betr. der Neubesetzung der Positionen nach der Wahl.

Der Kontakt zur Nationalen Front war ebenfalls sehr schlecht, was<sup>4</sup> zum großen Teil auf persönliche Differenzen des Kreissekretärs und dem Vorsitzenden der Nationalen Front beruht.

---

gebieten der Landwirtschaft gegründete Stützpunkte, die an Neubauern und andere kleine Bauern Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen ausliehen. Die MAS hatte auch den politischen Auftrag, als Stützpunkt der SED auf dem Lande zu wirken. Vgl. Humm, Antonia Maria: Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR von 1952 bis 1969 mit vergleichenden Aspekten zur Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1999, S. 81 ff.

<sup>3</sup> Im Original: »Sieden-Brünzrow«.

<sup>4</sup> Im Original: »der«.

Wie die Anleitung unter den Massenorganisationen aussah, beweist am besten, dass die VdgB noch am Vortage der Wahl dazu überging, in den Gemeinden Bauernversammlungen durchzuführen, ohne Kenntnis unserer Partei. Das Verhältnis zur Verwaltung war ein sehr schlechtes. Nur durch das Einschreiten unserer Dienststelle wurde verhindert, dass die Kreisverwaltung ihre Absicht, die noch rückständigen Steuern der Bauern einzuziehen und die schon ausgefertigten Pfändungsbefehle in Anwendung zu bringen [ , umsetzte, G. W.].

Der Landrat des Kreises stellte in Verbindung mit dem Kreissekretär der Nationalen Front, ohne Wissen der Partei, einen Versammlungsplan auf, der an alle Kreisgruppen geschickt wurde und die gesamte Wahlarbeit stark beeinträchtigte. Dieses Nebeneinanderarbeiten wurde ebenfalls erst durch Einschreiten unserer Dienststelle bereinigt.

Das Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien beweis[en] am besten einige Beispiele. Der Kreisvorsitzende der NDP in Bergen erklärte am Vortage der Wahl selbst, wenn er gewusst hätte, dass so gewählt würde, hätte er niemals hauptamtlich in der NDP gearbeitet. In Sellin traten die CDU-Kandidaten zurück, weil sie eine Mitarbeit in der Nationalen Front ablehnten. Ebenfalls ist in Thiessow eine CDU-Kandidatin zurückgetreten, weil sie gegen [die] Wahlfront<sup>5</sup> war. Der 2. CDU-Vorsitzende in Sassnitz verlangte noch in den letzten Tagen eine Änderung der Wahlvorstände, und der Kreisvorsitzende der LDP stellte dieselbe Forderung, da er sonst eine Mitarbeit an der Wahlarbeit ablehne. Diese wenigen Beispiele zeigen die Schwäche unseres dortigen Kreisvorstandes und es ist tatsächlich nicht gelungen, dieselbe bis zur Wahl zu beheben.

### *Grevesmühlen*

Aufgrund der schlechten Parteiarbeit in der Vergangenheit ist eine neue Besetzung des Kreissekretariats notwendig. Es war nicht möglich eine Führung und gute Anleitung in der ganzen Wahlkampagne durchzuführen. Dies zeigte sich vor allem in der schlechten Organisierung der Versammlungen und der ungenügenden Schulung der Aufklärungs-Funktionäre. Vor allem waren die eingesetzten Referenten den auftauchenden Problemen in den Versammlungen nicht gewachsen. Es zeigte sich vor allem, dass die Nationale Front keine Anleitung durch unsere Partei bekam. Die Funktionäre der Massenorganisationen wurden zu wichtigen Besprechungen nicht herangezogen, sodass sie über die Beschlüsse der Partei nicht informiert und daher nicht in der Lage waren, die notwendige Arbeit in den Betrieben durchzuführen.

---

<sup>5</sup> Gemeint ist wohl die »Einheitswahl«.

Zur Polizei bestand gar kein Kontakt in der ersten Zeit, weil man den Leiter der Polizei in Unkenntnis über die durchzuführenden Maßnahmen ließ. Erst nachdem wir auf diesen Zustand hingewiesen haben, hat sich das Verhältnis in den letzten Tagen gebessert.

Wie die Verbindung zur Verwaltung war, charakterisiert am besten Folgendes: Die Wahlleiter des gesamten Kreises wurden von der Kreisverwaltung ohne Rücksprache mit der Partei aufgestellt. Der stellvertretende Wahlleiter, Kreisrat [Name 5], der dann auf Anforderung der Partei die Listen der Wahlleiter zur Einsichtnahme übergab, wobei die Partei einige Korrekturen durchführen musste, hat dann diese Listen durch seine Sorglosigkeit in die Hände der CDU gespielt, die dann in der nächsten Blocksitzung eine sehr aggressive Stellung einnahm. [Name 5], der mit dem ehemaligen geflüchteten Landrat der CDU [Name 6] befreundet war, von sehr vielen Genossen als Schumacher<sup>6</sup>-Mann bezeichnet wurde, über den selbst schon seit Jahren belastendes Material im Landesvorstand vorliegt, hat als verantwortlicher Funktionär der Partei in der Verwaltung keinerlei Bindung zur Partei und seine Arbeit wurde vom Sekretariat des Kreisvorstandes wenig kontrolliert.

### *Güstrow*

Vom Sekretär des Kreisvorstandes wurde die Rolle der Nationalen Front vollständig verkannt. Als Vorsitzender der Nationalen Front wurde der Gen[osse] [Name 7], ehemaliger Berufssoldat, Träger des Verdienstkreuzes in Gold, der sich wegen seines herrischen Wesens sehr unbeliebt in der Bevölkerung machte, als Mitglied des Kreisvorstandes nicht mehr tragbar, ausscheiden musste vom Kreisvorstand, eingebaut wurde [sic].

Vonseiten der Partei wurde in den Betrieben eine mangelhafte Aufklärungsarbeit durchgeführt. So z. B. im Volksbau, im größten VEB<sup>7</sup>-Betrieb des Kreises (1 300 Mann Belegschaft) besteht eine SED-Betriebsgruppe von 28 Genossen. Die hier durchgeführte Betriebsversammlung anlässlich der Wahl wurde mit einem Referenten beschickt, der in keiner Weise auf Fragen der Arbeiter antworten konnte. Eine Reihe Versammlungen wurden angesetzt, aber die Referenten sind nicht erschienen. Der 1. Sekretär des Kreisvorstandes, der Gen[osse] [Name 8], hat während der ganzen Vorbereitung der Wahl vollständig versagt, überließ die Arbeit dem 2. Sekretär, der wiederum seiner Aufgabe keinesfalls gewachsen war. Der Kreis Güstrow wurde von der Landesleitung als Schwerpunkt behandelt. Der Landesleitung sind die schlechten, charakterlichen Eigenschaften und sein unmoralisches Verhalten seit Langem bekannt. Aufgrund dieser schlechten Eigenschaften wurde er

---

<sup>6</sup> Kurt Schumacher (1895–1952), 1946–1952 Parteivorsitzender der SPD.

<sup>7</sup> Der Volkseigene Betrieb (VEB) war die überwiegende Betriebsform in der DDR.



als 1. Sekretär aus dem Kreise Demmin abgezogen. Es ist bekannt, dass der größte Teil unserer Genossen im Kreise Güstrow die Zusammenarbeit mit dem Gen[ossen] [Name 8] ablehn[t].

Vonseiten der Landesleitung wurde die Frage der Ablösung mehrmals aufgeworfen, aber man wollte mit der Ablösung warten bis nach den Wahlen. Die schlechte Personalpolitik des Kreisvorstandes wirkte sich in der Vorbereitung der Wahl nachteilig aus. Genossen, die in der Verwaltungsarbeit nicht mehr tragbar waren, wurden in andere Funktionen wieder entscheidend eingebaut. Es wurde z. B., um nur einen Fall herauszugreifen, der aus der Partei ausgeschlossene [Name 9] [...] <sup>8</sup> in einer verantwortlichen Funktion im Konsum <sup>9</sup> wieder eingebaut. Der Personal-Leiter der Stadtverwaltung [Name 9] musste wegen Fragebogenfälschung entlassen werden. Sein Bruder war in Westberlin Angehöriger der Stumm-Polizei <sup>10</sup> und ehemaliger Gestapo-Angestellter <sup>11</sup>. [Name 9] wurde im Konsum eingebaut. [Name 10] als VP-Oberrätin und VP-K-Leiterin der VPKA als untragbar entlassen, wurde als Hauptabt[eilungs]-Leiterin im Konsum eingebaut. Es lassen sich hier noch eine Reihe weiterer konkreter Vorfälle ähnlicher Art aufzeigen.

Der Bürgermeister [Name 11], ehemalig SPD, stellte am Abend des 14.10.1950 seine Funktion zur Verfügung, weil er angeblich zur Vorbereitung der Wahl nicht fertig wurde. In Güstrow sind ohne Zweifel eine Reihe Mitglieder unserer Partei vorhanden, die in direkter Verbindung [stehen, G. W.] mit dem ehemaligen 1. Kreissekretär [Name 12], der sich vor ca. 1½ Jahren nach Westberlin absetzte und von dort aus eine feindliche Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik ausübt.

---

<sup>8</sup> Im Original: »wurde«.

<sup>9</sup> Der »Verband Deutscher Konsumgenossenschaften« (VDK) war eine der größten Massenorganisationen der DDR. Der Verband hatte die Aufgabe, mithilfe von verschiedenen Versorgungseinrichtungen die Versorgung der Bevölkerung zu unterstützen und dabei günstige Einkaufspreise zu bieten. In fast jedem Dorf gab es einen »Dorf-Konsum«, außerdem hatten viele Betriebe eine kleinere Konsum-Verkaufsstelle für die Grundversorgung mit Lebensmitteln im Werk. Vgl. Kaminsky, Annette: Verband Deutscher Konsumgenossenschaften (VDK). In: Stephan, 2002, S. 719–740.

<sup>10</sup> Bezeichnung für die West-Berliner Polizisten im Osten, nachdem es zur Spaltung der Berliner Polizei gekommen war. Johannes Stumm (1897–1978) stand zwischen 1948 und 1962 als Präsident an der Spitze der West-Berliner Polizei.

<sup>11</sup> Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) war die Politische Polizei während der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945.

### *Pasewalk*

Im Kreis Pasewalk wurde von der Partei die Bedeutung der Nationalen Front unterschätzt. Es zeigte sich dies darin, dass man den für das Kreissekretariat der Partei nicht mehr tragbaren Genossen [Name 13] (ehemaliges Mitglied der NSDAP) in die Leitung der Nat[ionalen] Front schickte und dadurch die Arbeit dort verstärken wollte. Die Kreisleitung war am Wahltage noch nicht in der Lage, die hinzugekommenen Gebiete aus Brandenburg richtig einzuschätzen. Dort angesetzte Versammlungen mussten häufig ausfallen, weil die vorgesehenen Referenten nicht entsandt wurden. Teilweise wurden örtliche Referenten als Ersatz eingeschoben.

Die Partei verstand es nicht, in den ersten Versammlungen die Arbeiter zu mobilisieren. Es erschienen z. B. im Guss-Torgelow<sup>12</sup> von 1000 Arbeitern nur 125 zu Versammlungen.

### *Wismar*

Im Kreis Wismar zeigten sich vor allen Dingen die Schwächen in der Aufstellung der Kandidaten. Die mangelnde Überprüfung derselben machte eine dauernde Auswechslung notwendig, sodass nicht nur Proteste der bürgerlichen Parteien, sondern auch unsere Ortsgruppen gegen diese Art Stellung nahmen. Die Schwäche unserer Partei zeigte sich insofern, dass man die politische Situation in den Orten nicht beachtete, zum Teil aufgrund der schlechten Berichterstattung nicht in der Lage war, die Analyse zu ziehen. Außerdem vertraten führende Funktionäre der Partei die Meinung, dass ein Versammlungsbesuch von 10 % der Bevölkerung ausreichend wäre und den Erfolg der Wahl garantiere. Sehr stark trat in Erscheinung die ungenügende Vorbereitung der Wählerlisten, die am Wahltage in der Stadt Wismar in verschiedenen Wahllokalen zu Protesten der Wähler führte und als Sabotage bezeichnet wurde.

Auch in diesem Kreis ist festzustellen, dass vonseiten der CDU und LDP keine Mitarbeit geleistet wurde. Für die Einstellung des Oberbürgermeisters der Stadt Wismar ist bezeichnend, dass er bei Beginn der Wahlkampagne sich krankmeldete bis kurz vor der Wahl und dann allen Anordnungen und Hinweisen der Partei nicht Glauben schenkte, sondern in jedem Falle das Innenministerium anrief und sich von demselben die Richtigkeit der Anweisung bestätigen ließ.

### *Neubrandenburg*

Im Kreise Neubrandenburg wurde ebenfalls die politische Bedeutung der Nationalen Front nicht erkannt. Die Aufstellung der Kandidaten lag nicht in

---

<sup>12</sup> Im Original: »Progelow«.

den Händen der Partei, sodass die Partei von unserer Dienststelle und dem Landrat verlangte, die aufgestellten Kandidaten in den einzelnen Gemeinden namhaft zu machen. Bei der Vorstellung der Kandidaten wurde der 1. Kreissekretär, der Genosse [Name 14], von einem großen Teil auch unserer Genossen abgelehnt, und wurde nur mit Mühe anerkannt. [Name 14] war Feldwebel, in westlicher Gefangenschaft und früher in der Weimarer Zeit Polizist.

Die Zusammenarbeit mit den Organisationen und der Partei im Rahmen der Nationalen Front war mangelhaft. Aufklärungsgruppen traten weder in der Stadt noch auf dem Lande in Tätigkeit; teilweise wurden zu den Versammlungen zu schwache Referenten entsandt, die Diskussionen abbrachen. So z. B. in Schönbeck, Rattey<sup>13</sup>, Brohm<sup>14</sup> und Kölpin. Schwerpunkte wurden ebenfalls mangelhaft bearbeitet. In den Privat-Betrieben »Lythall«, Neubrandenburg, wo von 130 Belegschaftsmitgliedern nur 4 Genossen sind, wurde vor der Wahl keine Aufklärungsarbeit geleistet.

### *Neustrelitz*

Hier wurden in der ersten Hälfte der Wahlvorbereitungen viele Beschlüsse gefasst, die nicht realisiert wurden. Ebenfalls wurde die Arbeit der Nationalen Front dadurch, dass der 2. Sekretär der SED Vorsitzender der Nationalen Front ist, zu viel auf die Genossen der SED verlegt. Dadurch wurden die Funktionäre überlastet. Die Aufklärungsarbeit überließ man den Betriebsgruppen selbst, sodass hier in der fehlenden, mangelnden Anleitung des Kreissekretariats folgende Mängel zu verzeichnen waren:

In der landwirtschaftlichen Genossenschaft Feldberg konnte die negative Einstellung zur Sowjetunion, Oder-Neiße-Grenze<sup>15</sup> nicht beseitigt werden.

Auf der Staatswerft Rechlin wurde der antisowjetischen Einstellung, trotzdem dies dem Kreissekretariat bekannt war, nicht entgegengetreten. Dieser Betrieb beschäftigt 18 Arbeitskräfte, davon mehr als 20 % ehema-

---

<sup>13</sup> Im Original: »Radey«.

<sup>14</sup> Im Original: »Bron«.

<sup>15</sup> Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von den drei Alliierten im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 der Grenzverlauf am Fluss Oder bzw. Neiße zwischen Deutschland und der Republik Polen festgelegt. Eine verbindliche Festlegung sollte erst in einer noch bevorstehenden Friedensregelung getroffen werden. Hierdurch sollte etwa ein Viertel des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937 unter vorläufige polnische beziehungsweise sowjetische Verwaltung gestellt werden. Bis 1950 waren etwa 90 % der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete geflüchtet bzw. vertrieben worden, d. h. diese Bevölkerungsgruppe musste ihren bisherigen Lebensraum verlassen. Die Schuld an ihrem Los schrieben viele Umsiedler der Sowjetunion zu.

lige Spezialisten der Wehrmacht und des Flugplatzes. Eine Parteiarbeit auf dieser Werft machte sich nicht bemerkbar. In dem Sägewerk Düsterförde hatte sich die SED nicht eingeschaltet, sodass die NDP eine starke Betriebsgruppe errichten konnte und man dort die Meinung vertritt, dass die NDP die Arbeiterpartei ist.

Es ließen sich noch eine Reihe weiterer Beispiele von Schwächen und Mängeln aus den Kreisen neben vieler guter Arbeit anführen, aber bemerkenswert ist, dass die Mitarbeit und Hinzuziehung der Jugend erst sehr spät durch die Partei erfolgte.

Der großen Massenorganisation, dem FDGB, wurde durch die Partei keine Beachtung geschenkt, sodass das Sekretariat des FDGB bis zum 3.9. keine Stellung zur Wahl nahm. Dadurch blieb die Arbeit in den Betrieben der Kreise ohne jede Anleitung. Erst von diesem Zeitpunkt an wurde, und in den letzten Wochen tatsächlich, eine gute Arbeit geleistet. Das Gesetz der Lohnerhöhung<sup>16</sup> in den VEB-Betrieben wurde vom FDGB überhaupt nicht beachtet.

Als wir am 16.9. den FDGB für die Realisierung verantwortlich machten, erklärte er, dieses Gesetz würde sich von selbst in den Betrieben realisieren. Bis zum 21.9. war dieses nicht geschehen und auch heute zeigen sich im Land noch Erscheinungen, dass die Durchführung dieses Gesetzes nicht in allen Betrieben zur Anwendung gekommen ist. Der FDGB hat das politische Moment bei der Einschaltung zur Durchführung dieses Gesetzes in den Betrieben vollkommen verkannt. Ebenso hat die Schuhverteilung in den Betrieben starke Missstimmung hervorgerufen und bis heute hat z. B. die Neptun-Werft ihr Kontingent noch nicht erhalten, da dasselbe in der Werft in Wismar bis zur Klärung zurückgehalten wird. In der Volkswerft Stralsund war die Situation so, dass 160 Angestellte 2 Tage die Betriebsleitung belagerten und die Schuhe forderten.

Von den Verwaltungen ist Folgendes zu sagen: Auch das Sozialministerium unseres Landes hat der gesetzlichen Lohnerhöhung zu wenig Beachtung geschenkt und bis in die 3. Septemberwoche die Situation im Lande nicht kontrolliert. Auch bei der Auszahlung der Renten habe eine ganze Menge bürokratischer Maßnahmen Verzögerung hervorgerufen und Missstimmung in die Bevölkerung getragen. Das Handwerks-Gesetz<sup>17</sup> wurde ebenfalls von

---

<sup>16</sup> Zum 1.9.1950 trat eine am 17. August beschlossene »Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben« in Kraft. Vgl. Gesetzblatt der DDR Nr. 93/1950 vom 17.8.1950, S. 839 ff.

<sup>17</sup> Zum 1.9.1950 trat ein am 9. August beschlossenes »Gesetz zur Förderung des Handwerks« in Kraft. Vgl. Gesetzblatt der DDR Nr. 91/1950 vom 9.8.1950, S. 827 ff.

der Finanzdirektion Schwerin nicht nach den gegebenen Anweisungen der Regierung realisiert, sondern erst auf energisches Eingreifen des Innenministers zur Anwendung gebracht.

In der Stadt Stralsund war die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett bis vor wenigen Wochen vor der Wahl unregelmäßig und unzureichend. Mit Einschaltung unserer Dienststelle wurde die Versorgung der Bevölkerung geregelt.

Das Landeswohnungsamt hat ebenfalls in den letzten Tagen in der Gemeinde Tarnowitz<sup>18</sup> im Kreis Grevesmühlen eine Wohnungsbesichtigung durchführen lassen, wodurch das Gerücht entstand, die besichtigten Wohnungen müssten für die See-Polizei geräumt werden. Dadurch zeigte sich eine starke Beunruhigung der Bevölkerung.

Im Kreis Anklam wurden durch den Landrat in Verbindung mit der Staatsanwaltschaft (allerdings mit dem Einverständnis des Kreissekretärs unserer Partei) 238 Bauern, die ihrer Pflichtablieferung nicht nachgekommen waren, vorgeladen, um sie zur Verantwortung zu ziehen. Dieses wurde durch das Eingreifen unserer Dienststelle verhindert. Gleichzeitig wurden 8 Neubauern wegen Nichterfüllung ihres Solls angeklagt. Auch hier wurde von uns eingegriffen und die Angelegenheit bereinigt.

Durch das Finanzamt dieses Kreises wurden rückständige Steuern von den Bauern in Anklam und Greifswald eingetrieben. Auch die SVK<sup>19</sup> hat kurz vor der Wahl rückständige Beträge von den Bauern einkassiert und mit Finanzbefehlen gearbeitet. Die Anweisung des Landrats wenige Tage vor der Wahl, 1000 Festmeter Langholz zu fahren, wurde auf Veranlassung unserer Verwaltung bis nach der Wahl zurückgestellt, da durch diesen Transport die Teilnahme an der Wahl infrage gestellt war. Im Kreis Waren hat die Abt. Bodenreform-Bau-Programm am 27. Sept[ember] 1950 ein Rundschreiben an die Neubauern versandt, in dem aufmerksam gemacht wurde, dass jene, die bis zum 5. Okt[ober] 1950 ihren Bau nicht durchziehen, durch Beschluss der Kreisbodenkommission den Bauplatz und das darauf befindliche Gebäude entzogen bekommen. Dieses Rundschreiben hat eine heftige Empörung bei den Neubauern ausgelöst. Auf unsere Veranlassung wurde das Rundschreiben für nichtig erklärt. Der betr[effende] Kreisrat (CDU) wird zur Verantwortung gezogen.

---

<sup>18</sup> Im Original: »Tarnowitz«.

<sup>19</sup> Die Sozialversicherungskasse verfügte über mehrere Polikliniken, Ambulatorien und Bergarbeiterkrankenhäuser sowie Kureinrichtungen ausschließlich für bei der Wismut Tätige. Vgl. Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Die Wismut – eine populäre Geschichte. Berlin 2007.

Abschließend ist zu sagen, dass in der Arbeit der Landesleitung unserer Partei eine Reihe von Mängeln und Schwächen aufzuzeigen sind. Abgesehen davon, dass in der letzten Zeit eine Reihe von Funktionären aus dem Land abgezogen wurden, ist festgestellt, dass bei der Auswahl der 60 eingesetzten Funktionäre die nötige Sorgfalt nicht gewahrt wurde.

Es hat z. B. der Oberstaatsanwalt [Name 15], der im Kreis Usedom als Instrukteur eingesetzt war, sich weniger um die politische Arbeit gekümmert, hat aber dafür mit fragwürdigen Personen in Kneipen gesessen und gezecht. So hat Oberstaatsanwalt [Name 15] während dieser Zeit in diesem Zusammenhang seinen Parteauftrag so durchgeführt, indem er in Ahlbeck veranlasste, dass ein Provokateur namens [Name 16] (Gastwirt), der von der Volkspolizei festgesetzt war, wieder aus der Haft entlassen [wurde]. Diese Haftentlassung erfolgte am Biertisch in Anwesenheit der Frau des [Name 16]. Unsere allgemeinen Feststellungen in den einzelnen Kreisen ergaben, dass [die] Selbstgefälligkeit einiger Kreissekretäre den Erfolg des Ausganges der Wahl als ihren Erfolg verbucht[en].

Diese Tendenz besteht auch bei einigen Genossen der Landesleitung. Als Gradmesser kann man die Unterhaltung unserer beiden Landessekretäre betrachten. Der Genosse [Name 17] sah den Sieg der Wahl nur in der guten Arbeit der Partei. Er erklärte in dieser Unterredung: »Trotz der Kritik eines Genossen (gemeint war der Genosse Mewis) war dieser große Erfolg zu verbuchen« und ließ die Einwände des Genossen Mewis, dass gerade die Kritik entscheidend war zur Mobilisierung usw. nicht gelten. Außerdem berücksichtigte Genosse [Name 17] nicht die besonderen Maßnahmen zur Durchführung der Wahl. Zweifellos ist diese Meinung des Genossen [Name 18] im Landesvorstand bekannt und wirkt sich auf die Genossen nicht gut aus, sondern wirkt einschläfernd auf die Wachsamkeit und zeigt eine falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses.

### *Schwerpunkte der gegnerischen Tätigkeit*

Vor den Wahlen wurde in Güstrow eine Untergrund-Bewegung, die vorwiegend Hetze gegen die Wahl betrieb, unschädlich gemacht. 6 Oberschüler aus Güstrow<sup>20</sup> und 2 Angestellte des Amtes für Arbeit in Güstrow, alles Mitglieder der LDP, wurden zu hohen Zuchthausstrafen in Anwesenheit weiter Teile der Bevölkerung, Betriebsdelegationen usw. verurteilt.

---

<sup>20</sup> Die Schüler wurden in der Nacht vor der Wahl beim Verteilen von Flugblättern gegen die Einheitslistenwahl auf dem Marktplatz von Güstrow verhaftet und 12 Tage später in einem Schauprozess zu 5–15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Moeller, Peter: ... sie waren noch Schüler. Repressalien, Widerstand, Verfolgung an der John-Brinckman-Schule in Güstrow 1945–1955. Rostock 2000.

In Ludwigslust wurden 3 Jugendliche festgenommen, die Hetze gegen die Wahlen betrieben sowie sich der Spionagetätigkeit schuldig machten. In Lübz<sup>21</sup> (Kreis Güstrow) wurde der 1. Sekretär der Ortsgruppe der SED anlässlich eines Erntefestes, wo er in kurzen Worten auf die Wahl hinwies, von drei Personen niedergeschlagen. Die Personen wurden festgenommen und der Bestrafung zugeführt.

Im Kreise Hagenow wurden weitere 3 Personen festgenommen, die den SED-Vorsitzenden überfielen und misshandelten. (SED-Vorsitzende der Gemeinde Perdöhl). Weitere 3 Personen im Kreise Hagenow wurden festgenommen, weil sie in der Gemeinde Vockfey bewusst Wahlplakate abgerissen haben und als Gruppe in der Störung von Versammlungen der FDJ auftraten.

Im Kreis Waren wurden 3 Personen festgenommen und zu 2, 3 und 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wegen Hetze gegen die SU und DDR und gegen die Wahlen. Außerdem wurden kurz vor den Wahlen weitere 4 Jugendliche festgenommen, die gegen die Wahl agitierten und außerdem im Besitz von Schusswaffen waren.

In Strasburg (Kreis Pasewalk) wurde der Terrorist [Name 18], der mit dem nach Westberlin geflüchteten [Name 19] einen Referenten der Nationalen Front niederschlug, verurteilt. In der Gemeinde Niepars (Kreis Stralsund) wurden 3 Personen festgenommen, die einen fortschrittlichen Bauern, der für die Wahl und für die 100 % Sollerfüllung eintrat, niederschlugen.

Pfarrer Schmidt wurde 10 Tage vor der Wahl aus der Haft entlassen. Die Gemeinde, die von ihm stark beeinflusst war, hat 100 % gewählt.

Ein Angehöriger der CDU namens [Name 20] wurde in Potentitz festgenommen betr. seiner gegnerischen Tätigkeit gegen die Wahl der DDR.

In Rostock wurden 4 Personen, die einer Untergrund-Bewegung angehörten und 14 Tage vor den Wahlen eine rege Tätigkeit in der Verbreitung von Flugblättern gegen die Wahl entfalteten, festgenommen.

In Grevesmühlen wurde ein gewisser [Name 21], ehemaliger Offizier, seit 1946 Mitglied der SED, festgenommen wegen Verbreitung hetzerischer Schriften gegen die Wahl sowie Spionagetätigkeit.

In der Gemeinde Glienicke wurden die Bauern [Name 22] und [Name 23] wegen antidemokratischer und antisowjetischer Hetze in Verbindung [mit] hetzerischer Tätigkeit gegen die Wahl festgenommen.

In Schwerin wurde eine Frau [Name 24], die angebl[iche]<sup>22</sup> Gräueltaten der Roten Armee verbreitete, festgenommen.

In Neukalen<sup>23</sup> (Kreis Malchin) wurde das Mitglied der LDP, der Stadt-

---

<sup>21</sup> Im Original: »Lübze«.

<sup>22</sup> Im Original handschriftlich hinzugefügt: »angebl.«.

<sup>23</sup> Im Original: »Neu-Kahlen«.



verordnete [Name 25], aufgrund seines provokatorischen Auftretens in der Verhinderung der Ansprache des Referenten der Nationalen Front festgenommen.

Diese Fälle lassen sich beliebig erweitern. Es wurden insgesamt im Lande Mecklenburg in der Zeit vom 1.8.1950 bis 15.10.1950 361 Personen festgenommen. Davon waren 130 Personen »Zeugen Jehovas«. Es wurden bis heute 57 Personen von der großen Strafkammer Schwerin zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Ein weiterer Teil wurde der Staatsanwaltschaft zur Aburteilung übergeben.

In Suckow-Marienhof<sup>24</sup> (Kreis Malchin) hat der 2. Vorsitzende der CDU, [Name 26], in einer Wahlversammlung sich gegen die DDR geäußert und die Umsiedler aufgefordert, ihre Heimat zu lieben.

Der Vorsitzende der CDU in Röbel (Kreis Waren) erklärte bei der Kandidatenvorstellung »ob Hugenberg<sup>25</sup> oder Adenauer, am besten war es bei Zeiten des Großherzogs<sup>26</sup>«.

#### *Provokationen vonseiten der Kirche.*

In Kladrum (Kreis Parchim) wurde der Pastor Schmidt am 21.9.1950 festgenommen, weil er in einer Wahlversammlung nach der Annahme einer Resolution die Anwesenden aufforderte, diese Resolution nicht anzunehmen und gegen die Oder-Neiße-Grenze Stellung nahm. Nach Bekanntwerden dieser Festnahme haben eine Reihe Pfarrer hierzu Stellung genommen und durch die Festnahme dieses Pfarrers war im weiten Maße ein Nachlassen der provokatorischen Haltung anderer Pfarrer zu verzeichnen. Pfarrer Schmidt wurde 10 Tage vor der Wahl aus der Haft entlassen.<sup>27</sup> Die Gemeinde, die von ihm stark beeinflusst war, hat 100 % gewählt.

Im ganzen Lande war zu verzeichnen, dass die Pfarrer teils von der Kanzel, teils in öffentlichen Versammlungen, teils in ihren Hausbesuchen öffentlich

---

<sup>24</sup> Im Original: »Mariendorf«. Suchow-Mariendorf gehörte nach der Gebietsreform vom 25.7.1952 zum Landkreis Teterow.

<sup>25</sup> Alfred Hugenberg (1865–1951), 1918 Mitbegründer der nationalistischen DNVP im November, deren Ziele die Beseitigung der Weimarer Republik und die Wiedereinführung der Monarchie war. Vgl. Hoepke, Klaus-Peter: Hugenberg, Alfred. In: NDB, 1974, Bd. 10, S. 10–13.

<sup>26</sup> Gemeint ist die Zeit des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin bis 1918.

<sup>27</sup> Dem war am 2. Oktober ein Gespräch in Anwesenheit von Karl Mewis auf der Pastorentagung des Landes Mecklenburg vorausgegangen. Der Pfarrer aus Krepin drohte: »Es könnte Nachteile haben anlässlich der Wahl. Die Bevölkerung vertritt den Standpunkt, man solle den Pastor noch vor der Wahl freilassen.« Bericht vom 3.10.1950; BStU, MfS, AS 637/67, Bl. 35 f. Drei Tage später wurde Pfarrer Schmidt freigelassen.



gegen die Wahl Stellung genommen haben. 20 Pastoren wurden aus diesen Gründen mit Erfolg verwarnt. Es wurde weiterhin festgestellt, dass sie am Wahltage von der Kanzel die Bevölkerung aufforderten, zur Wahl zu gehen, und Einzelne verpflichteten sich, als erste zur Wahl zu gehen.

Des Weiteren wurden ob ihres provokatorischen Verhaltens 10 Funktionäre der LDP, 9 Funktionäre der CDU, 25 Bürgermeister, 30 Altbauern, 8 Neubauern, 15 Geschäftsleute, 7 Vorsitzende der Nationalen Front, 10 Sekten-Angehörige, 7 Betriebsleiter und 40 sonstige Personen verwarnt.

#### *Nachtrag*

Außerdem wurde in allen Kreisen ein erheblicher Teil Vorsitzender der Wahlausschüsse bzw. Wahlleiter bearbeitet, ca. 400. Die Zahl kann nicht genau angegeben werden.

In der Überprüfung der Postsendungen sind ca. 20 000 Sendungen verschiedenen gegnerischen Inhalts sichergestellt. Außerdem wurde am 13.10.1950 der gesamte Briefverkehr bis zum Abschluss der Wahl gestoppt. Nach der Wahl wurden bis jetzt 75 Briefsendungen Wilhelm Piecks mit hetzerischen Bemerkungen zurückgesandt und abgefangen.

Kluth  
VP-Kommandeur

## **Bericht über die Durchführung der Volkswahl am 15. Oktober 1950 im Land Sachsen und Wahlanalyse**

Quelle: BStU, MfS, AS 637/67, Bl. 8–14.

Verfasser: Christlich Demokratische Union Deutschlands Landesverband Sachsen, Referat Nationale Front, gez. Zillig, Landesreferent.

Bemerkungen: Abschrift erstellt durch: MfS, Schumann, 24.10.50.

### *1.) Durchführung der Wahl*

Die Vorbereitungen zur Wahldurchführung sind überall einwandfrei nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes und der dazu erlassenen Durchführungsverordnung erfolgt. Man konnte allgemein feststellen, dass die Wahllokale ordnungsgemäß ausgestaltet und alles zur einwandfreien Durchführung der Wahl eingeleitet war. Trotz der 2 Tage vor der Wahl merkbar ansteigenden Tendenz und der von Betrieben, Vertretern einzelner Organisationen und Parteien ergangenen Aufrufe zur Ablegung eines offenen Bekenntnisses waren in allen Wahllokalen die gesetzlich vorgeschriebenen Wahlkabinen vorhanden. Am Wahltag selbst konnte man, wie auch aus den vielen Berichten hervorgeht, ein sehr bewegtes Bild, vor allen Dingen in den Städten, feststellen. Schon in den frühen Morgenstunden setzte eine starke Bewegung zu den Wahllokalen hin ein, sodass bis in die Mittagsstunden an allen Plätzen bereits eine erhebliche Wahlbeteiligung festgestellt werden konnte. So lagen Meldungen zum Beispiel aus dem Kreise Aue-Schwarzenberg vor, wonach bis 13 Uhr bereits 68 %, in Borna bereits 70 %, in Kamenz 72 % der Bevölkerung ihre Stimme abgegeben hatten. Hoyerswerda meldete bereits um 11 Uhr, dass 66 % Wähler erschienen waren und in Kamenz waren es bereits um 10 Uhr 68 %. Man konnte also feststellen, dass der Ruf, der an die Bevölkerung ergangen war, möglichst in den Morgenstunden an die Wahlurne zu kommen, überall befolgt wurde und dadurch das Wahlgeschäft wesentlich erleichtert war. Die tatsächlich bis auf wenige Ausnahmen durchgeführte offene Abstimmung führte auch zu einer schnellen und reibungslosen Abwicklung des Wahlgeschäftes. Nur wenige Wähler benutzten die Kabine. Meistens waren es ältere Wähler, die aus alter Gewohnheit in die Wahlkabine gingen, um dann ihre Stimme abzugeben. Das Betreten der Wahlkabine eines ganz geringen Prozentsatzes der Abstimmungsberechtigten kann man nicht als eine Opposition gegen die vor allem aus dem Kreis der Werktätigen und der jugendlichen Wähler geforderte offene Ablegung des Friedensbekenntnisses deuten.

## 2.) *Das Wahlergebnis*

Das Gesamtergebnis für das Land Sachsen mit 98,8 % abgegebenen Stimmen ist bekannt. Bemerkenswert für Sachsen ist die geringe Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen mit 3 746 und der gegen die Kandidaten der Nationalen Front abgegebenen Stimmen mit 9 266. Weiter wurde festgestellt, dass es sich bei den Stimmen, die die Kandidaten ablehnten, vielfach um solche aus kleinen und kleinsten Gemeinden handelt, sodass man annehmen kann, dass hier meistens persönliche Gründe zur Ablehnung von Kandidaten führten. Das ist mit darauf zurückzuführen, dass schon bei der Nominierung der Kandidaten gerade für die Gemeindeparlamente in den kleinen Gemeinden vielfach Schwierigkeiten auftauchten, für die Begründungen mehr persönlicher Natur vorliegen. Bei Vergleichung des Wahlergebnisses der einzelnen Kreise mit dem Gesamtergebnis des Landes Sachsen ist bemerkenswert, dass keine Wahlkreise vorhanden sind, die etwa wesentlich unter dem Durchschnittsergebnis des Landes liegen. Vor allen Dingen ist zu beachten, dass die Wahlkreise mit besonders schlechten Ergebnissen anlässlich der Volkskongresswahlen im Mai 1949, wie z. B. Plauen-Stadt, Auerbach, Plauen-Land, Oelsnitz, Glauchau auch dieses Mal gut an den Landesdurchschnitt herangekommen sind. Das war schon anhand der Zwischenmeldungen zu beobachten, die laufend an uns gelangt sind. So haben z. B. im Kreis Glauchau bereits um 13 Uhr durchschnittlich 65 % der Wähler ihre Stimme abgegeben. Aus dem Kreis Auerbach meldete der Ort Falkenstein bereits um 15 Uhr ein Ergebnis von 88 %. Es kann also festgestellt werden, dass die besondere Bearbeitung der Schwerpunktkreise in der Vorbereitungszeit für die Wahl einen durchschlagenden Erfolg hatte.

## 3.) *Die Mitarbeit der CDU bei der Wahldurchführung*

So wie die CDU Sachsens in der Wahlvorbereitung mit einer außerordentlich großen Kraftentfaltung mitgewirkt hat, war auch die CDU an der Wahldurchführung entscheidend beteiligt. Es muss festgestellt werden, dass unsere Mitglieder, trotz vielerlei noch in letzter Stunde aufgekommener Hemmungen, die herbeigeführt waren erstens durch die Tatsache, dass man die zuerst offiziell als Wahlleiter berufenen Parteifreunde, welche sich in der Vorbereitungsarbeit bewährt hatten, von diesen Posten abrief und sie zu Stellvertretern machte und zweitens durch die Sache, dass der Gedanke der offenen Abstimmung erst in den letzten 2 Tagen durch Aufrufe und Entschließungen Einzelner an die Wählermasse herangetragen wurde. Es muss hier festgestellt werden, dass bei vielen fortschrittlichen und bewährten Kräften unserer Partei kein Verständnis für die Handlungsweise verantwortlicher Kreiswahlleiter aufgebracht werden kann, dass man die Freunde, welche die gesamte Wahlvorbereitungsarbeit z. T. in ihrem Wahlbezirk entschei-

dend durchgeführt haben, nun in letzter Minute trotz vorheriger Berufung ablöste und durch Funktionäre der SED besetzte. Das war zumindest sehr schlecht und ist deshalb in einzelnen Bezirken, *allerdings nur in einzelnen Bezirken*, wieder in letzter Minute revidiert worden. Trotzdem, dass muss eindeutig festgestellt werden, haben sich unsere Freunde nicht beeinflussen lassen und haben bewusst an der offenen Abstimmung mitgewirkt, weil sie sich über die ganze Verantwortung klar waren. Der zahlenmäßige Einsatz unserer CDU-Freunde bei der Wahldurchführung ist nicht ohne Weiteres festzustellen, wenn man nicht fiktive Zahlen nennen will, die keine reale Grundlage haben. Fest steht jedoch, dass in allen Wahlbezirksausschüssen der Gemeinden und Städte, wo die CDU überhaupt vertreten ist, unsere CDU-Freunde an der Durchführung der Wahl mitgewirkt haben. Fest steht auch, dass die gesamten Aufklärungsgruppen für den Schlepper-Dienst usw. eingesetzt waren und sich keiner an diesem Tag der Mitarbeit entzogen hat.

Unsere Instrukteure hatten die Anweisung, sich am Wahltag in ihrem Kreisgebiet aufzuhalten und dort nach dem Rechten zu sehen und einzugreifen, falls irgendwie Hemmungen bei Freunden unserer Partei auftreten sollten. Vorliegende Berichte zeigen, dass die Mitarbeit unserer CDU-Freunde zahlenmäßig noch erheblich höher war, als unsere Kreisverbände dies in der Vorbereitungsarbeit uns gemeldet haben. Die Kreissekretäre der Partei hatten den Auftrag, am Wahltag die Büros besetzt zu halten und, soweit das möglich ist, den Wahlgang zu beobachten und mit dem Kreisgebiet weitgehendst während des Wahltages Verbindung zu halten. Das hatte zur Folge, dass das Landessekretariat, welches ebenfalls mit einigen Kräften am Wahltag besetzt war, laufend Zwischenergebnisse aus den Kreisverbänden und Sonderberichte erhielt. Wir waren dadurch in der Lage, die gesamte Wahldurchführung des Landes Sachsen von Dresden aus laufend zu beobachten und die Entwicklung der Wahlergebnisse festzustellen. Der Landesvorsitzende Magnus Dedek<sup>1</sup> bereiste mit einem kleinen Stab die Kreise Westsachsens, während der stell[vertretende] Landesvorsitzende Pfarrer Mehnert<sup>2</sup> Ostsachsen durchfuhr,

---

<sup>1</sup> Magnus Dedek (1917–1955) wurde im September 1950 als Nachfolger des nach West-Berlin geflüchteten Josef Rambo zum geschäftsführenden Landesvorsitzenden der CDU Sachsen und Präsidenten des Landesverwaltungsgerichtes Sachsen bestimmt. Er war Abgeordneter der Volkskammer und des Sächsischen Landtags. Vgl. Richter, Michel: Die Ost-CDU 1948–1952 zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf 1991, S. 408 f.

<sup>2</sup> Helmut Mehnert, Jg. 1910, wurde auf dem Landesparteitag der sächsischen CDU 1950 zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Auf dem 5. Parteitag der CDU im September 1950 wurde er für den Hauptvorstand der CDU und gleichzeitig als Kandidat seiner Partei für die Volkskammer aufgestellt

um an Ort und Stelle die Durchführung der Wahl und den Einsatz unserer Parteifreunde zu beobachten.

So darf festgestellt werden, dass die CDU in Sachsen einen entscheidenden Beitrag zur ordnungsgemäßen und erfolgreichen Wahldurchführung geleistet hat. Schlecht ist, dass trotz dieses großen Einsatzes unserer Partei bei den Wahlvorbereitungsarbeiten und bei der Wahldurchführung selbst und der damit bewiesenen wirklich fortschrittlichen Gesinnung unserer Parteifreunde diese immer noch von einer gewissen Seite, und das besonders in der niederen Ebene der Kreise und Gemeinden, mit einem nicht mehr ganz verständlichen Misstrauen begegnet wird. Oft erscheint dieses Misstrauen hervorgerufen durch ein bestimmtes eigenes Schwächegefühl oder gar durch den Mangel eigenen Glaubens an die gute Sache, zu der der größte Teil unserer Parteifreunde heute aus innerer Überzeugung steh[t].

Wenn z. B. aus Hoyerswerda berichtet wird, dass unser Beisitzer im Kreisausschuss zur Auszählung der Ergebnisse einfach nicht hinzugezogen wurde, dass die Zusammenstellung der Wahlergebnisse der Kreiswahlleiter glaubte, ganz allein vornehmen zu müssen, um dann lediglich nachher von den anderen Beteiligten die Unterschriftleistung zu fordern, dann ist das wohl mit nichts begründet. Oder wenn im Kreis Pirna unseren CDU-Freunden erklärt wird, man brauche ihn [sic] bei der Auszählung nicht, er könne zu Haus bleiben, von ihm aber nachher die Unterschrift unter das Ergebnis der Auszählung verlangt wird, dann ist das schlecht! Aus Freiberg berichtet man uns, dass unser Mitglied in der Kreiswahlleitung um 23 Uhr höflich darauf hingewiesen wurde, dass er ruhig zu Bett gehen könne, obwohl feststand, dass noch gar nicht alle Ergebnisse vorlagen und deshalb das Endergebnis auch noch nicht feststand. Der Kreisvorstand Freiberg meint, dass sie alle noch nie bei einer Wahl derart im Ungewissen gelassen wurden hinsichtlich der Wahlbeteiligung und des Wahlergebnisses wie dieses Mal. Welche Gründe dafür vorlagen, ist schlecht zu sagen. Wir jedenfalls waren uns aufgrund der intensiven Aufklärungsarbeit, die von uns im entscheidenden Maße mitgeleistet wurde und der Beobachtungen, die wir selbst in täglicher Berührung

---

und im Oktober 1950 gewählt. Allerdings stand Mehnert der Parteiführung zunehmend kritisch gegenüber. Dies gipfelte in einem Beschluss des Hauptvorstandes im Frühjahr 1951, der ihm bis zum Abschluss einer parteiinternen Untersuchung Abstinenz in der parteipolitischen Betätigung auferlegte. Da er diesem Beschluss nicht nachkam, wurde ihm zunächst im April 1951 das Amt des stellvertretenden sächsischen Landesvorsitzenden entzogen, im Herbst 1951 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, und es wurde beantragt, ihm sein Volkskammermandat zu entziehen. Dies gelang der Partei wegen der Geschäftsordnung der Volkskammer zunächst jedoch nicht. Vgl. Richter, 1990, S. 251 f.

mit den Wählern vor der Wahl gemacht haben, nicht bange um den Ausgang dieser Wahl! Das Ergebnis hat uns auch Recht gegeben!

#### 4.) *Wahlanalyse*

Wenn man nun dieses Wahlergebnis einmal etwas genauer analysiert, dann muss man ohne Weiteres feststellen, dass wir mit einem Überraschungsergebnis, wie es vorliegt, nicht gerechnet haben. Die Beteiligungsziffern, die schon während des ganzen Tages aus den verschiedensten Kreisen gemeldet wurden und vor allen Dingen auch aus den Gebieten, die wir als Schwerpunkte hinsichtlich der Vorbereitung zur Wahl angesehen haben, brachten eine Menge Überraschungen. Man kann feststellen, dass unsere Menschen hier im Raum der DDR doch zu einem erheblichen Teil in der Aufklärungsarbeit der letzten Wochen gut angesprochen wurden und aufgeschlossen den Notwendigkeiten in unserem politischen Handeln gegenüber stehen. Vor allem war in den letzten Wochen, und das drückt sich auch im Wahlergebnis aus, festzustellen, dass viele Kreise des sogenannten alten Bürgertums sich der eindeutigen Parole, für den Frieden mitzuarbeiten, um den Frieden durch eine neue und bessere Ordnung sichern zu helfen, nicht entziehen konnten. Eine Reihe von Beispielen beweisen, dass die Freunde der Union und darüber hinaus viele Christen, die unserer Partei und unserem Mitwirken an dem demokratischen Neuaufbau mit großer Skepsis gegenüber standen, am Wahltag doch sehr eindeutig und klar ihr Bekenntnis ablegten. Es bedeutet sehr viel, feststellen zu können, dass z. B. der Bischof von Bautzen, Petrus Legge<sup>3</sup>, ganz offiziell mit seinem Mitarbeiterstab im Kloster Marienthal bei Ostritz schon frühzeitig eindeutig und offen sein Bekenntnis an der Wahlurne ablegte oder dass im Kreise Kamenz und Hoyerswerda eine Reihe von Gemeinden mit sehr starkem religiösen Einschlag schon in den Mittagsstunden ein hundertprozentiges Wahlergebnis zu verzeichnen hatten. Es ist für uns erfreulich, dass Meldungen kamen, gerade aus den vorgenannten beiden Kreisen u. a. aus der Gemeinde Lichtenberg, in der unser Landesvorsitzender, Freund Dedek, vor wenigen Tagen eine Einwohnerversammlung durchführte, wonach bereits um 16.30 Uhr von 800 Wahlberechtigten 798 abgestimmt hatten und der Vorsitzende des Ortsausschusses meldete, dass er dieses für seine Gemeinde überraschend gute Ergebnis vornehmlich auf den Referenteneinsatz des Landesvorsitzenden der CDU zurückführe. Im Kreisverband Zwickau hat die Gemeinde Cunnersdorf, die als starke CDU-Gemeinde anzusehen ist, bereits um 13.00 Uhr 100 % gewählt. Aus einzelnen Kreisen wird berichtet, dass Pfarrer nach dem Gottesdienst mit

---

<sup>3</sup> Petrus Legge (1882–1951) war katholischer Geistlicher und von 1932 bis 1951 Bischof von Meißen.

ihren Gläubigen gemeinsam an die Wahlurne geschritten sind, um dort ihre Stimme für den Frieden abzugeben. Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass noch bei einem erheblichen Teil unserer Menschen eine innere Umwandlung vor sich gegangen ist, die dann auch das Wahlergebnis entscheidend beeinflussten. Es wäre allerdings falsch, wollte man behaupten, dass alle Wähler aus innerer Überzeugung ihre Stimme abgeben haben.

Es ist bereits festgestellt, dass das Betreten der Wahlkabine nur vereinzelt erfolgt ist und dann von Menschen, die es aus alter Gewohnheit taten. Nur wenige sind bewusst oder etwa aus Opposition gegen die von der Mehrheit des Volkes gewünschte offene Abstimmung in die Wahlkabine getreten. Aus vielen Rücksprachen mit Beobachtern der Wahlvorgänge in den einzelnen Kreisen kann man zusammenfassen, dass wohl etwa 70 % der Abstimmungsberechtigten, und das sind im entscheidenden Maße die im Arbeits- und Wirtschaftsleben stehenden, bewusst und mit voller Überzeugung offen abgestimmt haben. Ein kleiner Teil haftete an dem Formalen des Wahlgesetzes und glaubte, diese Formalität unbedingt aufrechterhalten zu müssen oder aber, weil er den Mut nicht dazu fand, zu seiner Auffassung zu stehen, der Wahl überhaupt fernzubleiben. Ein anderer Teil, der sich rekrutierte aus Wählern verschiedenster Berufsgruppen, hat offen nicht abgestimmt, aus Angst, wenn sie es nicht tun würden, irgendwelche Folgerungen hinsichtlich ihrer künftigen Existenz gewärtigen zu müssen. Darunter sind ein Teil Unbelehrbare, aber auch ein Teil der Menschen, die sehr sorgfältig die<sup>4</sup> Äußerungen mancher Funktionäre dieser oder jener Partei registrierten, welche es nicht lassen können, mit völlig unangebrachten Formulierungen den unpolitischen Menschen eine gewisse Angst einzuflößen. Unterredungen mit Wählern in der Straßenbahn nach Durchführung der Abstimmung und bei vielen anderen Gelegenheiten zeigen auf, dass diese Menschen noch nicht von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen sind, aber offen mit abgestimmt haben, weil sie sich sagen, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt und sie sich nicht in Gegensatz zu der heutigen Strömung setzen wollen. In Freiberg ist dies in Gesprächen mit einer Reihe von Wählern festgestellt worden, im Hinblick darauf, dass in einigen Wahllokalen scheinbar übereifrige Funktionäre glaubten, die die Wahlkabine betretenden Wähler irgendwie besonders vermerken zu müssen. Auch aus dem Kreis Pirna wurde das im persönlichen Gespräch berichtet. Es wird Aufgabe der Parteien in Zusammenarbeit mit der NF sein, sich dieser Wähler in der kommenden Zeit besonders anzunehmen und sie von der Richtigkeit unseres Weges in der DDR zu überzeugen.

---

<sup>4</sup> Im Original: » , wie«.

Festgestellt werden muss, dass auch noch in einzelnen Fällen religiöse Motive zur völligen Ablehnung einer Beteiligung an dieser Wahl führten. So hat der ev[angelische] Pfarrer von Hermsdorf, jetzt in Geierswalde tätig, eine Wahlbeteiligung abgelehnt mit der Begründung, dass er nicht den Krieg wolle. Auch im Kreis Rochlitz haben eine Reihe von Bibelforschern die Wahlbeteiligung grundsätzlich abgelehnt. In Arnsdorf (Krs. Hoyerswerda) waren 5 Angehörige der Zeugen Jehovas ohne Wahlschein verweist. Andererseits liegen aber Berichte vor, dass auch ein Teil der Bibelforscher ohne Weiteres sich an der offenen Abstimmung beteiligten.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Volkswahlen am 15. Oktober 1950 ein wirklich eindeutiger Beweis dafür sind, dass ein großer Teil der Wählerschaft in der DDR durch die gute Zusammenarbeit aller Parteien und Organisationen in der Nationalen Front überzeugt ist von der Richtigkeit unseres Weges.

gez. Zillig  
Landesreferent

F d. R. d. A.  
Schumann  
24.10.50



**1954**



## Überprüfung der Kandidaten zur Volkskammer

Quelle: BStU, MfS, AS 39/55, Bd. 1, Bl. 2–21.

Empfänger: Hermann Matern, Mitglied des Politbüros des ZK der SED Berlin.

Absender: Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke.

Bemerkung: Die Datierung der Überprüfungsergebnisse ist unterschiedlich und wurde nicht dokumentiert. – Text des Anschreibens vom 6.9.1954: »Beiliegend erhältst Du Unterlagen über einige Personen, die als Kandidaten der bürgerlichen Blockparteien LDP und CDU zur Wiederwahl der Volkskammer am 17. Oktober 1954<sup>1</sup> vonseiten dieser Parteien vorgeschlagen werden. Ich bitte, die Sicherheitskommission zu verständigen, dass das SFS<sup>2</sup> der Ansicht ist, dass diese Kandidaten von uns weiterhin bearbeitet werden müssen und deshalb diese Unterlagen bei der Nominierung der Kandidaten nicht berücksichtigt werden sollten. Nach Kenntnisnahme bitte ich um Rücksendung der Unterlagen.« (Unterschriftskürzel Erich Mielke)

Anlagen: 1. Personen, die für eine Wiederwahl nicht geeignet sind, 2. Personen, deren Wiederwahl nicht zu verhindern ist und 3. Namensliste aller zu Überprüfenden (nicht ediert).

*Betr.*: Dr. Margarethe Dyck<sup>3</sup>, LDPD.

Die Dyck weicht einer klaren politischen Haltung aus. Sie gab am 17.7.53 Anweisung an den Parteiangestellten [Name 1] vom Bezirksverband der LDPD Dresden, keine Parteifreunde an die zentrale Parteileitung zu melden, die sich am faschistischen Putsch beteiligt hatten. Außerdem wies sie an, nur einen allgemeinen Stimmungsbericht einzusenden.

---

<sup>1</sup> Der Überprüfung war die Verabschiedung des »Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 17. Oktober 1954« vom 4. August 1954 (GBl. I, S. 667) und weiterer Gesetze und Durchführungsbestimmungen vorausgegangen.

<sup>2</sup> Das Staatssekretariat für Staatssicherheit war zu dieser Zeit formell dem Ministerium des Innern unterstellt. Am 24. November 1955 beschloss der Ministerrat, das Staatssekretariat in ein Ministerium umzuwandeln. In: Gesetzblatt der DDR vom 4.1.1956 (Nr. 1), S. 1.

<sup>3</sup> Margarethe Dyck (1887–1956), Pädagogin, LDPD, 1949–1956 Abgeordnete der Volkskammer. Sie gehörte 1947 zu den Gründerinnen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) im Land Sachsen, seit 1952 dem Bezirksausschuss Dresden der Nationalen Front und seit Februar 1954 dem Präsidialrat des Kulturbundes an. Vgl. Handbuch der Sowjetzonen-Volkskammer. Legislaturperiode 2 (1954–1958). Informationsbüro West, Berlin-Schlachtensee 1955, S. 130.

*Betr.:* Ruth Fabisch<sup>4</sup>, Staatssekretär im Ministerium für Lebensmittelindustrie, LDPD.

Im Sommer 1951 ließ sich die Fabisch durch ihren Fahrer [Name 2] Geld der Deutschen Notenbank in Westmark umtauschen. Im Sommer 1951 besuchte sie eine Ausstellung in Westberlin, die sie nach ihrer Rückkehr verherrlichte und wo sie zum Ausdruck brachte, dass dort anständige Sachen gezeigt würden und eine Ausstellung in Westberlin ein wirklicher Genuss sei. Um die gleiche Zeit schickte sie den Fahrer und ihre Sekretärin zu einer Kundgebung nach Westberlin, um festzustellen, ob der Gegner etwas über ihre Person sagt. Weiter erhielt ihr persönlicher Referent von ihr den Auftrag, das ehem. Mitglied des Parteivorstandes der LDPD, [Name 3], wohnt in Westberlin, über den Verlauf des Eisenacher Parteitages der LDP zu informieren. Es ist bekannt, dass die Fabisch 1953 beim Bischof von Meißen Wienken<sup>5</sup> war und um »Beistand in ihrer seelischen Not« gebeten hätte. Sie brachte dabei zum Ausdruck, dass sie immer eine gute Katholikin gewesen sei und es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren könne, innerhalb der Regierung der DDR zu arbeiten. Wienken steht in Verdacht, Leiter einer Spionageorganisation zu sein. Seit ihrer Tätigkeit im Ministerium für Lebensmittelindustrie versucht sie, Mitglieder der LDP ins Ministerium zu ziehen.

*Betr.:* Prof. Dr. Laux, Karl<sup>6</sup>, Kandidat der Volkskammer, Direktor der Hochschule für Musik in Dresden.

Laux unterhält Verbindungen zum RIAS.

---

<sup>4</sup> Ruth Fabisch (1903–1990), Volkswirtin, war seit 1945 Mitglied der LDPD, von 1949 bis 1957 war Fabisch außerdem stellvertretende Vorsitzende des Zentralvorstands der LDPD. Sie war seit 1949 Abgeordnete der Volkskammer, seit 1954 Staatssekretärin und von 1954 bis 1956 stellvertretende Ministerin für Lebensmittelindustrie. Vgl. Baumgartner, Gabriele; Hebig, Dieter (Hg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Bd. 1, München u. a. 1996, S. 169.

<sup>5</sup> Heinrich Wienken (1883–1961), 1951–1957 Bischof von Meißen.

<sup>6</sup> Karl Laux (1896–1978), Musikwissenschaftler, von 1952 bis 1963 wirkte er als Rektor an der Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden. Von 1958 bis 1963 war er Abgeordneter der Volkskammer.

*Betr.:* Lorenz, Ernst<sup>7</sup>, stell[ertretender] Vorsitzender des Rates des Kreises Magdeburg.

L[orenz] führt einen unmoralischen Lebenswandel (Paragraph 175<sup>8</sup>) und hat trotz seines hohen Gehaltes immer wenig Geld. Es ist bekannt, dass L. bei seinen Besuchen in Berlin seinen Fahrer mit Fahrzeug im demokratischen Sektor stehen lässt und sich nach Westberlin begibt. In der Vergangenheit war sein Verhalten undurchsichtig. Z[ur] Z[ei]t verhält er sich fortschrittlich. L[orenz] wird von uns bearbeitet.

*Betr.:* Josef Wujciak,<sup>9</sup> Mitglied der Volkskammer und Vorsitzender des Bezirksverbandes der CDU, Halle.

W. hat kurz nach dem faschistischen Putsch<sup>10</sup> im politischen Ausschuss der CDU Gerüchte verbreitet, wonach Häftlinge der Staatssicherheit von den »Demonstranten« befreit worden seien, die bis zum Bauch in stinkendem Wasser gestanden hätten. Außerdem wären Autos der Staatssicherheit des Nachts unterwegs, die Teilnehmer an der Streikdemonstration abholen würden. Im Vorgang Dertinger wird W[ujciak] beschuldigt, von den Plänen Dertingers gewusst und angeblich auch Spionageberichte an Dertinger geliefert zu haben.

---

<sup>7</sup> Ernst Lorenz (1906–1963), Kaufmann, 1945 trat er der LDP bei, von November 1950 bis 1952 Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt und auch Abgeordneter des Landtages von Sachsen-Anhalt sowie Mitglied des Landesauschusses der Nationalen Front; anschließend von 1952 bis 1954 stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Magdeburg, Abgeordneter des Deutschen Volksrates bzw. der Volkskammer von 1949 bis 1958. Vgl. Broszat, Martin u. a. (Hg.): SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Oldenbourg 1993, S. 969.

<sup>8</sup> Gemeint ist hier der Paragraph 175 des Reichsstrafgesetzbuches. Er stellte sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe.

<sup>9</sup> Josef Wujciak (1901–1977), Bergmann, ab 1948 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Eisleben und Mitglied des CDU-Landesauschusses Sachsen-Anhalt. Von 1950 bis Juli 1952 fungierte er als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Wujciak wurde im Mai 1949 Mitglied des 2. Volksrates der SBZ und bei der Gründung der DDR im Oktober 1949 Abgeordneter der Volkskammer, der er bis 1958 angehörte. Vgl. Handbuch der Volkskammer der DDR, 2. Wahlperiode. Berlin 1957, S. 382.

<sup>10</sup> Im offiziellen Sprachgebrauch in der DDR wurde so der Aufstand vom 17. Juni 1953 gedeutet. Damit wurde suggeriert, dass es sich um einen vom Westen aus geplanten Umsturzversuch gehandelt hat.

*Betr.:* Luitpold Steidle.<sup>11</sup>

Dertinger sagt aus, dass Luitpold Steidle von 1948 bis zu Dertingers Verhaftung ihm laufend Spionageinformationen auf politischem und militärischem Gebiete für den amerikanischen Geheimdienst geliefert hat. Dertinger stand mit dem amerikanischen Geheimdienst durch [Name 4] in Verbindung und hat Steidle Anfang 1948 als amerikanischen Spion angeworben.

*Betr.:* Dr. Toeplitz, Heinrich,<sup>12</sup> Mitglied der Volkskammer, Staatssekretär im Min[isterium] f[ür] Justiz, Mitglied des Politischen Ausschusses der CDU, geb. 5.6.1914 in Berlin, wohnh[aft]: B[er]l[i]n-Pankow, Crusemarkstr. 24.

Dr. Toeplitz gehörte nach Aussagen des abgeurteilten Agenten Dertinger mit zu dessen Vertrauten, der die gleiche politische Linie vertrat, nämlich ein einheitliches Deutschland auf bürgerlich-kapitalistischer Grundlage zu errichten. Die Aussagen wurden von der Ehefrau des Dertinger bestätigt. Toeplitz bemühte sich in seiner politischen Tätigkeit nach außen nicht oder nur wenig in Erscheinung zu treten und dann nur in positivem Sinne. Er hat es bisher verstanden, sein wahres Gesicht zu verbergen. Seine Sekretärin erzählte, dass Toeplitz aufgrund ihrer streng katholischen Erziehung großes Vertrauen zu ihr habe. Er äußerte sich ihr gegenüber, dass er trotz seines und seiner Frau verhältnismäßig großen Einkommens seine früheren Lebensgewohnheiten beibehalte und zurückgezogen und bescheiden lebe. Er wisse nicht, wie lange es im Osten noch gut geht und dann wäre es aus mit dem Staatssekretär. Ihr würde also die Umstellung nicht schwer fallen und er könnte dann seine Rechtsanwaltstätigkeit wieder ausüben. Weiter ist bekannt, dass vor dem Hause des T[oeplitz] in der Crusemarkstr. im Jahre 1952 verschiedentlich ein Pkw der US Forces in Germany mit dem Kennzeichen – gelbe Schrift auf grünem Grund Nr. 2 A 3612 – geparkt hat. Nach weiteren Informationen soll am 7.11.1951 ein gewisser [Name 5] im Auftrage des Agenten [Name 6] bei T[oeplitz] gewesen sein, um mit diesem einen Treff zu vereinbaren. Der nach Westberlin geflüchtete ehem. Presse-Referent Dertingers, [Name 7] gehörte zu den näheren Bekannten des T[oeplitz].

---

<sup>11</sup> Luitpold Steidle (1898–1984), Offizier, 1946 trat der Katholik der CDU bei. Zwischen 1948 und 1949 stellvertretender Vorsitz in der Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ, 1949 Wahl in die Provisorische Volkskammer, 1949 bis 1950 Minister für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR, danach bis 1958 Minister für Gesundheit, von 1950 bis 1971 Abgeordneter der Volkskammer.

<sup>12</sup> Heinrich Toeplitz (1914–1998), Jurist, 1949 Beitritt zur CDU, 1950 stellvertretender Generalsekretär der CDU, ab 1950 bis 1960 Staatssekretär im Ministerium für Justiz der DDR und anschließend 1986 Präsident des Obersten Gerichts der DDR, 1951 bis 1989 Abgeordneter der Volkskammer der DDR.

*Betr.:* Götting, Gerald,<sup>13</sup> geb. 9.6.1923, Mitglied der Volkskammer und des Nationalrates, Vizepräsident der Volkskammer.

Götting entstammt einer bürgerlichen Familie. Er trat nach 1945 der CDU bei und ist seit der Regierungsbildung Generalsekretär der CDU. Bis zum 17. Juni 1953 bemühte er sich, eine fortschrittliche Haltung zu zeigen – z. B. in der Frage der »Jungen Gemeinde«, weshalb er unter der Mitgliedschaft stark an Vertrauen verlor – um seine reaktionäre Einstellung nicht offen zum Vorschein kommen zu lassen. Nach dem faschistischen Putsch stärkte er die reaktionären Kräfte innerhalb der CDU durch seine nunmehr offenen feindlichen Diskussionen in fast allen Bezirksverbänden der CDU. Seine wichtigsten diesbezüglichen Äußerungen waren:

Die Frage der »politischen Gefangenen« bedarf einer dringenden Klärung, und in Zukunft haben Festnahmen »unter geradezu menschenunwürdigen Verhältnissen« zu unterbleiben, um die Rechtssicherheit zu stärken.

Die CDU dürfe keine Diffamierung der Regierungspolitik dulden und muss schärfstens gegen die SED auftreten, wenn sich diese als Hemmnis des Fortschritts zeigt. Die SED-Bürokratie weise einen geradezu traurigen Zustand auf. Es ist eine Lüge, wenn man glauben machen will, dass der 17. Juni nur durch Provokateure hervorgerufen worden sei. Es war falsch, die Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen, die nationalen Streitkräfte und eine Staatsreserve für Kriegszwecke zu schaffen. Man könne den Sozialismus nicht in einem Lande aufbauen, das künstlich getrennt ist. In dieser Frage hat die SED keine Überzeugungsarbeit geleistet, sondern eine sture Holzhammerpolitik betrieben. Jetzt mache die SED die gleichen Fehler wie vorher, und zwar bei der Abfassung von rosigen Berichten. So wurde über einen Besuch Walter Ulbrichts in den Leuna-Werken im ND<sup>14</sup> nur positiv berichtet. Die negative Seite, dass die Belegschaft in einen 5-stündigen Streik getreten ist, hat man verschwiegen.

---

<sup>13</sup> Gerald Götting (1923–2015), 1946 Beitritt zur CDU, von 1947 bis 1949 Studium der Philologie, Germanistik und Geschichte ohne akademischen Abschluss an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1949 bis 1966 als Nachfolger von Georg Dertinger Generalsekretär der CDU, von 1949 bis März 1990 Abgeordneter der Volkskammer. Vgl. Lapp, Peter Joachim: Gerald Götting. CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie. Aachen 2011.

<sup>14</sup> Von 1946 bis 1989 war die Zeitung »Neues Deutschland« (ND) in der DDR das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Das ND gab in seinen Kommentaren die Auffassung der Parteiführung unmittelbar wieder und war deshalb für alle Funktionäre die tägliche, verbindliche politische Orientierung. Vgl. Ciesla, Burghard; Külow, Dirk: Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung »Neues Deutschland«. Berlin 2009.

Die Frau Göttings wurde von ihrem Onkel in Westberlin monatlich mit Westgeld unterstützt. Außerdem arbeitet eine Schwester der Frau Götting in Westdeutschland bei einer englischen Dienststelle. Götting war mit seiner Frau oft in Westberlin, um sich Filme anzusehen. Seine Frau sagt, dass im »Ostsektor« nur »Russenfilme« gezeigt würden.

Götting ist ein Intrigant, der zu Erreichung seiner Ziele alle Mittel anwendet und vor allem versucht, Mitarbeiter der Parteileitung gegeneinander auszuspielen. Götting prahlt mit seinen Verbindungen zur Staatssicherheit, was nur Bluff und Angeberei ist, da Götting seine Verbindung zur Staatssicherheit als ein lästiges Übel ansieht, weshalb die Verbindung zu ihm abgebrochen wurde.

Der verurteilte Dertinger sagte aus, dass er im Frühjahr 1952 von Götting gewarnt wurde, die Verbindung zu [Name 8] abzubrechen, da er (Götting) von seinem Verbindungsmann zur Sicherheit erfahren habe, dass [Name 8] verdächtig wird.

*Betr.:* Nuschke, Otto, 1. Vorsitzender der CDU, stellv[ertretender] Ministerpräsident.

Nuschke versuchte in seiner Eigenschaft als stellv[ertretender] Ministerpräsident stets, seine Ziele, d. h. eine Politik der Förderung des Privatkapitals durchzusetzen. Besonders nach dem 17. Juni 1953 rechnete er stark damit, eine Regierung unter seiner Leitung zu bilden, ohne jedoch »solche Leute wie Ulbricht« mit in die Regierung hineinzunehmen. Nuschke richtet seine Angriffe vorwiegend gegen die SED und vor allem gegen den Genossen Walter Ulbricht, während er mit der SKK<sup>15</sup> in einem guten Verhältnis stehen will. In der Sitzung des politischen Ausschusses der CDU am 7.9.53 äußerte Nuschke, dass die SED jetzt Schuldige für den 17. Juni suche. Ein erster Angriff hätte sich gegen die NDPD gerichtet, indem Bolz<sup>16</sup> beschuldigt wurde, durch nicht genügende Schulung auf den Baustellen der Stalinallee zu dem bekannten Ablauf der Juni-Ereignisse beigetragen zu haben. Weiter erklärte Nuschke:

---

<sup>15</sup> Die »Sowjetische Kontrollkommission« (SKK) überwachte als Leitungsinstitution der sowjetischen Besatzungsmacht die Führung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie bestand vom 10. Oktober 1949 bis zum 28. Mai 1953. Vgl. Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente. Berlin u. a. 2014.

<sup>16</sup> Lothar Bolz (1903–1983), Dr. jur., KPD, war Mitbegründer und seit 1948 Vorsitzender der NDPD, von 1949 bis 1953 Minister für Aufbau, daran anschließend bis 1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Der (Provisorischen) Volkskammer gehörte er von 1949 bis 1982 an.



Die SED hat aus den Ereignissen des 17. Juni nichts gelernt, denn sie wolle weiter alles allein machen. Ulbricht würde Rache nehmen und aus Schwäche [sei] seine Politik der SED von CDU-Kreisen vielfach unterstützt worden. Mit Butterzuteilungen und Fahrpreisermäßigungen ist nicht alles getan. Walter Ulbricht habe den Westen längst abgeschrieben und arbeite jetzt an der Wiederfestmachung der DDR, ähnlich einer Rüstung.

In einer Besprechung mit den CDU-Chefredakteuren erklärte Nuschke, dass mit SED-Schlagworten nichts anzufangen sei. Dies habe er schon oft Otto Grotewohl gesagt, denn Walter Ulbricht könne er es nicht sagen, weil für diesen die Welt nur aus Kommunisten und Saboteuren bestehe.

Nuschke distanziert sich von Wahlen des demokratischen Blocks, indem er u. a. die bei der Antwort Walter Ulbrichts an Außenminister Dulles<sup>17</sup> gebrauchte Formulierung über eine zukünftige Blockbildung<sup>18</sup> für [eine] Veröffentlichung in der CDU-Presse ablehnte. Dass Nuschke auch heute noch gegen die Einheitswahlen ist, geht daraus hervor, dass er am 6. Juli 1954, als er sich mit der Einschätzung der Volksbefragung beschäftigte, u. a. Folgendes äußerte: Auf jeden Fall habe die Volksbefragung nun Klarheit geschaffen für die Wahlen im Herbst. Um die Einheitsliste kämen sie (die CDU) nicht herum. Dabei müsse man auch bedenken, dass dafür die SED bei den Wahlen zu einer Nationalversammlung das Wahlrecht der Weimarer Republik akzeptieren werde.

Nuschke unterhält Verbindung zu Freiherr von Richthofen<sup>19</sup> in Westberlin, der ihn des Öfteren in der Parteileitung der CDU aufsucht.

Die nachstehend genannten Personen sind nach unserer Meinung für eine Wiederwahl in die Volksskammer der Deutschen Demokratischen Republik *nicht geeignet*:

---

<sup>17</sup> John Foster Dulles (1888–1959), 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten. Er war bekannt für seine kompromisslose Haltung gegenüber der Sowjetunion. Vgl. Felken, Detlef: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959. Bonn u. a. 1993.

<sup>18</sup> Wörtlich sagte Ulbricht: »Wir sind überzeugt, dass auch bei gesamtdeutschen demokratischen Wahlen die antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen einen Block bilden werden, um den amerikanischen und westdeutschen Militaristen eine Niederlage beizubringen.« Vgl. ND v. 4.2.1954, S. 2.

<sup>19</sup> Hartmann Freiherr von Richthofen (1878–1953), Diplomat. 1919 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei, 1924–1928 Reichstagsabgeordneter, verzogen von Westdeutschland 1950 nach West-Berlin, führte regelmäßig informelle politische Gespräch mit Otto Nuschke. Vgl. Nur ein Cognac. Ost-West-Gespräch. In: Der Spiegel v. 17.1.1951, S. 5.

- Prof. Möller, Otto , Leiter der Hauptverwaltung Wasserwirtschaft NDPD<sup>20</sup>
- Ruth Fabisch, Staatssekretär
- Hans Gorzynski, CDU-Weimar
- Lorenz, Ernst, LDP, Stellvertreter Bezirksrat<sup>21</sup>
- Riegg, Werner, SED<sup>22</sup>
- Dr. Margarethe Dyck

Die nachstehenden Personen werden dem Sicherheitsausschuss der Partei, trotzdem die Wiederwahl dieser Personen in der Volkskammer wahrscheinlich zurzeit nicht zu verhindern sein wird, deshalb genannt, da sie belastet und zu dem Kreis äußerst unzuverlässiger Abgeordneter gezählt werden müssen.

- Götting, Gerald, Mitglied der Volkskammer und des Nationalrates, Vizepräsident der Volkskammer
- Nuschke, Otto
- Bach, August,<sup>23</sup> Chefredakteur des »Thüringer Tageblattes«, Mitglied des Politischen Ausschusses der CDU, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Volkskammer
- Wujciak, Josef, Vorsitzender des Bezirksverbandes der CDU Halle
- Dr. Toeplitz, Staatssekretär im Min[inisteriums] f[ür] Justiz
- Agsten, Rudolf<sup>24</sup>, Sekretär der Parteileitung der LDPD
- Laux, Prof. Dr. Karl, Dresden, Hochschule für Musik, Kulturbund<sup>25</sup>
- Steidle, Luitpold, CDU<sup>26</sup>

---

<sup>20</sup> Funktion handschriftlich eingetragen.

<sup>21</sup> Funktion und Parteizugehörigkeit handschriftlich eingetragen.

<sup>22</sup> Parteizugehörigkeit handschriftlich eingetragen.

<sup>23</sup> August Bach (1897–1966), Journalist, im März 1948 Mitglied des 1. Volksrates der SBZ und bei Gründung der DDR im Oktober 1949 Mitglied der Provisorischen Volkskammer bzw. der Volkskammer, von 1949 bis 1955 der Vorsitzende der CDU-Fraktion, von 1955 bis 1958 Abgeordneter und Präsident der Länderkammer der DDR. Vgl. Wunnicke: 2014, S. 29–33.

<sup>24</sup> Rudolf Agsten (1926–2008), Journalist, 1954–1989 Mitglied der Volkskammer.

<sup>25</sup> Funktion handschriftlich eingetragen.

<sup>26</sup> Parteizugehörigkeit handschriftlich eingetragen.

## Instruktion

Quelle: BStU, MfS, BdL-Dok 243, Bl. 1-2.

Empfänger: Leiter der Bezirksverwaltung, Verwaltung und »Wismut«.

Absender: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit.

Datum: Datierung durch die Bearbeiterin: 14.10.1954 (anhand der Angaben in der Dokumentenablage).

Vermerk: Handschriftlicher Vermerk mit Rot auf Bl. 1: »per[sönlich] mit Gen[osse] [Name nicht lesbar]«.

Bemerkung: Betreff: Aktion »Bastion«<sup>1</sup>. – Dokument enthält viele handschriftliche Unterstreichungen. – Handschriftlich gezeichnet Mielke, Generalleutnant.

Der Leiter der Bezirksverwaltung sichert, dass er am 15.10.1954, 8.00 Uhr, vom Vorsitzenden des Rates des Bezirkes empfangen wird und dass der Vorsitzende des Rates des Bezirkes veranlasst, dass die Wahlleiter der Kreise am 15.10.1954, 9.00 Uhr, beim Wahlleiter des Bezirkes sich einfinden.

Der Leiter der Bezirksverwaltung überreicht am 15.10.1954, 8.00 Uhr, die ihm in der Anlage übergebenen Anweisungen über die Volkswahlen. Diese Anweisungen sind bestimmt: ein Exemplar für den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes,<sup>2</sup> die entsprechende Anzahl für die Wahlleiter der Kreise.<sup>3</sup>

Dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes ist persönlich mitzuteilen, dass diese Anweisungen die endgültigen Anweisungen des Wahlleiters der Republik, Genossen Minister Stoph, sind.

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes übergibt die beigefügten Anweisungen an die Wahlleiter der Kreise und veranlasst<sup>4</sup>, dass die Wahlleiter der

---

<sup>1</sup> Um seine wahre Tätigkeit zu verschleiern, vergab das Ministerium Decknamen. Für alle im Zusammenhang mit der Wahl am 17. Oktober 1954 stehenden Maßnahmen wurde der Name »Bastion« mit Bedacht gewählt, sah sich doch das Ministerium als ein Bollwerk gegen alle »feindlichen« Angriffe, besonders aus der Bundesrepublik. Dass die DDR der »bessere deutsche Staat« war und seine Bürger hinter ihr standen, sollten die Wahl-Ergebnisse bestätigen.

<sup>2</sup> Im Original wurde vor diese Zeile handschriftlich mit blauer Farbe die römische Ziffer I eingefügt und die Zeile unterstrichen.

<sup>3</sup> Im Original wurde vor diese Zeile handschriftlich mit blauer Farbe die römische Ziffer II eingefügt und die Zeile unterstrichen.

<sup>4</sup> Im Original von: »dass diese Anweisung« aus dem vorhergehenden Absatz bis »veranlasst« rot unterstrichen.

Kreise am Sonnabend, dem 16.10.1954, 8.00 Uhr,<sup>5</sup> die Wahlleiter der Gemeinden und Städte zusammenrufen und ihnen den Inhalt der Anweisungen mündlich bekannt geben. Die Wahlleiter der Städte haben am 16.10.1954, 18.00 Uhr, die Wahlvorstände aus den einzelnen Abstimmungsbezirken zusammenzurufen<sup>6</sup> und den Inhalt der Anweisungen mündlich zu übermitteln. Eine Rückfrage über die Anweisung hat in keinem Falle zu erfolgen.

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes ist besonders darauf aufmerksam zu machen, dass er allen Wahlleitern den Hinweis gibt, dass die Schlussprotokolle geändert werden in der Spalte »ungültige Stimmen« zur neuen Spalte »ungültige und Gegenstimmen«.<sup>7</sup>

Die Übermittlung dieser Anweisungen an die Wahlleiter der Kreise und Städte hat auch an Genossen, die Stellvertreter oder Mitglieder des Wahlvorstandes sind, zu erfolgen, da nicht jeder Wahlvorsteher Genosse<sup>8</sup> ist. In den einzelnen Abstimmungsvorständen der Wahllokale sind neben dem Wahlvorsteher ebenfalls die Genossen zu informieren. Die Übermittlung dieser Information hat in der Form wie bereits bei der Aktion »Sommer«<sup>9</sup> zu erfolgen.

Ebenfalls müssen die Anweisungen, wie bei der Aktion »Sommer«, sofort nach Beendigung der Wahl wieder eingezogen und mir persönlich zurückgegeben werden.<sup>10</sup>

Mielke

Generalleutnant

---

<sup>5</sup> Im Original sind Datum und Uhrzeit rot unterstrichen.

<sup>6</sup> Im Original ist der Satz bis »zusammen« rot unterstrichen.

<sup>7</sup> Im Original ist der Absatz rot unterstrichen.

<sup>8</sup> Mitglied der SED; Mitglieder der Blockparteien bezeichneten sich untereinander nicht als Genossen, sondern als »Parteifreunde«.

<sup>9</sup> Unter der Maßgabe, das Streben des deutschen Volkes nach Einheit und Frieden fördern zu wollen, fand in der Zeit vom 27.6. bis 29.6.1954 eine Volksbefragung statt. Alle Maßnahmen des MfS in diesem Zusammenhang erhielten den Decknamen »Sommer«.

<sup>10</sup> Im Original von: »wie bei der Aktion« bis zum Satzende rot unterstrichen.

## Analyse der Volkswahl am 17. Oktober 1954

Quelle: BStU, MfS, BV Rostock, Abt. BdL 183, Bl. 1–49.

Empfänger: Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Stellvertreter des Staatssekretärs Mielke.

Absender: Staatssekretariat für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Rostock, Leitung.

Bezug: Dienstanweisung vom 18.10.1954 (Dieses Schreiben wurde vom Stellvertreter des Staatssekretärs Erich Mielke veranlasst und regelt die Berichterstattung zur Auswertung der Volkswahlen am 17.10.1954.)

Bemerkung: Aufgrund des Umfangs des Dokuments wird es nicht komplett abgedruckt. Auslassungen sind kenntlich gemacht.

### *Allgemeine Einschätzung*

Die Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen am 17.10.54 waren im Bezirk Rostock ein großer Sieg der Friedenskräfte und ein eindeutiger Beweis des festen Vertrauens der Bevölkerung zur Politik unserer Regierung. Dies drückt sich nicht nur in dem Wahlergebnis von 99,3 % für die Kandidaten der Nationalen Front und 98,4 % Wahlbeteiligung aus, sondern auch in den lebhaften Diskussionen auf den Wählerversammlungen, wo die Teilnehmer ihr Vertrauen zur Regierung kundgaben. Ebenfalls in den vielen Produktionsverpflichtungen in der Industrie und Landwirtschaft.

Die Arbeit der Verwaltungen, der Nationalen Front, Parteien und Massenorganisationen war im Vergleich zur Volksbefragung wesentlich besser. Die während der Volksbefragung festgestellten Fehler und Mängel wurden bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahl im Wesentlichen überwunden. In vereinzelt Fällen zeigten sich jedoch noch dieselben Mängel und Schwächen, die sich aber nicht bestimmend auf das Wahlresultat auswirkten. Das Gleiche gilt für die Organisation. Sowohl die Wählerlisten als auch die Durchführung der Versammlungen und die Tätigkeit der Nationalen Front wiesen im Vergleich zur Volksbefragung nicht so starke Schwächen auf.

Besonders günstig auf das gute Wahlresultat wirkten die Kandidatenvorstellungen, Wähleraufträge<sup>1</sup> sowie die offen zutage getretenen Erfolge des

---

<sup>1</sup> Auftrag, der einem künftigen Abgeordneten besonders auf einer Wahlveranstaltung von Wählern erteilt wurde. Der Abgeordnete, der diesen Auftrag an seine Volksvertretung weiterleitet, die ihrerseits über dessen Annahme oder Ablehnung zu befinden hatte, war den Wählern auskunftspflichtig. Gegenstand

»Neuen Kurses«<sup>2</sup> der Regierung sowie die durchgeführte Preissenkung<sup>3</sup>. Auf dem Lande wirkte sich besonders günstig der aktive Einsatz zur Erntehilfe<sup>4</sup> aus.

Eine feindliche Tätigkeit zur Störung der Wahlen ist in organisierter Form nicht in Erscheinung getreten. Die Provokationen, die sich größtenteils auf Abreißen von Wahlplakaten beschränkten, wirkten sich nicht negativ auf das Wahlergebnis aus.

Die wirtschaftliche Lage im Bezirk Rostock war während der ganzen Zeit der Vorbereitung der Wahlen normal. Sabotage und Diversionsfälle sind, außer einigen kleineren Vorfällen, nicht zu verzeichnen. Die Flugblatt-Tätigkeit war im Verhältnis zur Volksbefragung gering.

Die Stimmung der Bevölkerung ist unterschiedlich. Der größte Teil der Stimmen unterstützt die Kandidatenlisten der Nationalen Front. Es gab aber auch Stimmen, die eine solche Liste ablehnen und eine Parteiwahl verlangten.

---

des Wählerauftrages konnte nur ein konkretes Anliegen (z. B. Erneuerung der Wasserleitung in einer Gemeinde) sein, während die politischen Aufträge allein durch den Mandatsträger (die Partei bzw. die das Mandat stellende Massenorganisation) erteilt wurden. Vgl. Schneider, Siegfried: Der Wählerauftrag in der DDR. In: Staat und Recht, 6/1956, S. 578 ff.

<sup>2</sup> Der Ministerratsbeschluss zum »Neuen Kurs« vom 11.6.1953 basiert auf einem Beschluss des SED-Politbüros vom 9.6.1953, der der SED wiederum von der sowjetischen Führung oktroyiert worden war. Im Kern ging es um die Rücknahme des seit der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 geltenden harten politischen Kurses. So sollten u. a. die durch einseitige Investitionen in die Grundstoffindustrie verursachten Engpässe in der Lebensmittel- und Wohnraumversorgung gemildert und damit die Arbeiter wieder stärker motiviert und auch politischen Forderungen nach mehr Rechtssicherheit und wahrheitsgemäßer Presseberichterstattung entgegengekommen werden. In der Folgezeit erwies sich der »Neue Kurs« als taktisches Manöver im Rahmen einer ansonsten unveränderten Strategie. Vgl. Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR. Frankfurt am Main 1996, S. 120–126.

<sup>3</sup> Gemeint ist hier die knapp einen Monat vor der Wahl am 5. September 1954 im »Neuen Deutschland« auf Seite 1 verkündete: »[n]eue umfangreiche Preissenkung [...] für Lebensmittel, Genussmittel und Gebrauchsgüter, sowie eine Senkung der Post- und Telegrafengebühren.« Es wurde angekündigt, dass z. B. die Preise für Schuhe, Margarine, Rotwein oder auch Rasierklingen um 30% gesenkt werden.

<sup>4</sup> Viele Höfe wurden von ihren Besitzern aufgrund von politischen Pressionen und ökonomischer Diskriminierung im Zusammenhang mit der Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) verlassen. Die Bauern verließen nicht nur ihre Höfe, sondern gleich ganz die DDR. Die Ernte konnte nicht ohne Hilfe von anderer Seite eingebracht werden.

Eine negative Stimmung nach der Wahl ist in der Form zu verzeichnen, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung darüber beschwert, dass keine Gelegenheit geben wurde, in den Kabinen zu wählen, d. h. dass die Kabinen oftmals ungünstig standen und in den Kabinen keine Bleistifte auslagen. Stimmen wie »Das war keine demokratisch Wahl« sind nicht selten.

Es wird die Auffassung vertreten, dass es nicht notwendig war, solche Methoden anzuwenden, da der überwiegend große Teil der Bevölkerung die Liste der Nationalen Front unterstützt.

Eine feindliche Tätigkeit der Kirche, Sekten und bürgerlichen Parteien sowie der anderen Bevölkerungsschichten ist nicht zu verzeichnen gewesen.

Die bei der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkte traten bei der Volkswahl am 17. Oktober 1954 nicht mehr in Erscheinung. Ursachen liegen in der Verbesserung der Arbeit der Partei, der Nationalen Front und des Blockes der demokratischen Parteien.

Abschließend wird unsererseits festgestellt, dass das Wahlergebnis im Bezirk Rostock mit 99,4 % für die Kandidaten der Nationalen Front nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen darf. Feinde und Teile der negativ beeinflussten Bevölkerung haben es nicht gewagt, offen aufzutreten, die Wahlkabinen zu benutzen, um gegen die Kandidaten der Nationalen Front zu stimmen.

### *I. Feindtätigkeit*

Über die Feindtätigkeit im Bezirk Rostock in der Zeit der Vorbereitung und während der Volkswahl am 17. Oktober 1954 kann gesagt werden, dass eine planmäßige und schwerpunktmäßige Arbeit des Gegners nicht erfolgt ist.

Das Einschleusen von Flugblättern, Hetzschriften und Fälschungen, die Durchführung von Provokationen sowie Terrorfälle tragen den Charakter von Einzelhandlungen.

#### *1. Einschleusen von Hetzschriften*

In der Zeit vom 24.9. bis 15.10.1954 wurden insgesamt 43 000 Flugblätter der NTS<sup>5</sup> durch Ballons mit Zündvorrichtung in den Bezirk Rostock ein-

---

<sup>5</sup> Bei der »Narodno-Trudowoj Sojus« (NTS) (deutsch: Volksarbeitsbund) handelt es sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Vgl. Schломann,

geschleust. Diese Flugblätter wurden in den Kreisen Rostock, Wismar und Wolgast gefunden. Brände bzw. Unglücksfälle sind durch die Ballone nicht entstanden.

Der Inhalt dieser Flugblätter sowie deren Charakter befasst sich ausschließlich mit den Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Vonseiten des *Ostbüros der SPD* wurden insgesamt 246 Flugblätter in den Kreisgebieten Stralsund, Ribnitz, Wolgast und Greifswald gefunden. Der Fundort lag hauptsächlich in ländlichen Gebieten. Die Art der Verbreitung konnte nicht festgestellt werden. Dieselben hatten zum Inhalt eine Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik sowie gegen die Volkswahl am 17. Oktober 1954.

[...]<sup>6</sup>

#### b) Abreißen von Plakaten und Losungen

Wahlplakate sowie Losungen wurden im Bezirk Rostock in folgenden Orten abgerissen:

- Am 5.10.1954 in *Kröpelin* und Neubukow (Krs. Doberan). In *Kröpelin* waren die Täter Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Die 6 Jugendlichen haben aus Unsinn gehandelt. Der 18-Jährige ist geistig unnormal. Die Eltern sind Arbeiter, politische Motive lagen nicht vor. Die Jugendlichen wurden nach Rücksprache mit den Eltern wieder entlassen. In Neubukow wurden die Täter nicht ermittelt.
- Am 6.10.1954 wurden in *Kühlungsborn* (Krs. Doberan) Losungen abgerissen und daraus ein Hakenkreuz gefertigt und angeklebt. Die Täter sind unbekannt.
- Am 9.10.1954 wurden Wahlplakate in den Nachtstunden vom Postgebäude in *Stralsund* heruntergerissen. Die Täter sind unbekannt.
- Am 12.10.1954 wurden in der Gemeinde *Damm* (Krs. Rostock) Wahlplakate durch unbekannte Täter abgerissen.
- Am 14.10.1954 wurden insgesamt in sieben Fällen in den Ortschaften *Kavelsdorf* (Krs. Rostock), *Velgast*, *Karnin*, *Negast* (Krs. Stralsund), *Kart-*

---

Friedrich-Wilhelm: NTS (Narodno Trudowoj Sojus) – die russische Widerstandsbewegung in der SBZ/DDR. In: Deutschland-Archiv 32 (1999) 6, S. 969–975.

<sup>6</sup> Die Auslassung betrifft die Seiten 4–6 und enthält weitere Ausführungen zu »Hetzschriften« im Stadtgebiet Rostock, Kreisgebiet Ribnitz und zur Verbreitung von »Fälschungen« sowie den Punkt 2 a: »Überprüfte Tatsachen der durchgeführten Provokationen, a) Abreißen von Fahnen.«



zitz<sup>7</sup>, Zirmoisel<sup>8</sup>, Tribbevitz<sup>9</sup> (Krs. Bergen) Wahlplakate beschädigt und abgerissen. Die Täter sind unbekannt.

- Am 16.10.1954 wurden in Lassan (Krs. Wolgast) in der Gemeinde Ehmendorf (Krs. Rostock) Wahlplakate durch unbekannte Täter abgerissen.
- Am 17.10.1954 wurden an mehreren Stellen in Rostock, so u. a. in der Liskowstr., in Klütz (Krs. Grevesmühlen) 4 Wahlplakate, in Malchow 1 Transparent, in Greifswald mehrere Wahlplakate, in Putbus mehrere Wahlplakate von unbek[anntem] Tätern abgerissen.

*c) Anbringen faschistischer Losungen und Beschmierung von Wahllosungen und Plakaten.*

*Kreis Rostock:*

- In der Gemeinde Buchholz wurde auf einem Wahlplakat, worauf Bilder von Kandidaten des Bezirkstages abgebildet waren, unter dem Bild der Genossenschaftsbäuerin [Name 1], eine Hetzlosung mit folgendem Inhalt angebracht: »Das ist doch alles gelogen, so eine Hure wählen wir nicht.« Die Ermittlungen der Abteilung K verliefen ergebnislos.
- In der Gemeinde Lambrechtshagen<sup>10</sup> wurde an einer Scheune die Hetzlosung »Wählt Adenauer« angeschmiert.
- In der Warnow-Werft wurde in der Schiffsschlosserei am 1.10.1954 ein Hetzzettel mit der Beschriftung »Facharbeiter der Halle 104 stimmt gegen die Macht von Pankow, jede Stimme gegen die Kommunisten ist ein Beitrag zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands« angebracht. Auf der gleichen Werft wurde am 7.10.1954 auf dem Objekt »Nachimow«<sup>11</sup> mit Kreide die Losung »Wählt am 17. Oktober mit Nein« angeschmiert.
- Am 11.10.1954 wurde in der Toilette des Wohnlagers der Bau-Union Rostock angeschmiert »50 Mann schießen durch diese Brille, das ist Walter Ulbrichts Wille.«

---

<sup>7</sup> Im Original: »Kartsitz«.

<sup>8</sup> Im Original: »Ziermoisel«.

<sup>9</sup> Im Original: »Trippevitz«.

<sup>10</sup> Im Original: »Lamprechtshagen«.

<sup>11</sup> Die »Admiral Nachimow« war ein ursprünglich deutsches, später sowjetisches Passagierschiff. Das Schiff wurde 1925 vom Norddeutschen Lloyd unter dem Namen »Berlin« in Dienst gestellt und auf dem Nordatlantik und für Kreuzfahrten eingesetzt. Es diente im Zweiten Weltkrieg als Lazarettschiff und sank 1945 vor Swinemünde. In der DDR bis 1957 wiederhergerichtet wurde das nunmehr »Admiral Nachimow« benannte und unter sowjetischer Flagge fahrende Schiff im Schwarzen Meer eingesetzt. Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Admiral\\_Nachimow\\_\(Schiff,\\_1925\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Admiral_Nachimow_(Schiff,_1925)) (letzter Zugriff: 2.4.2019).

- Am 13.10.1954 wurde auf der Toilette der Schlosserei der Neptunwerft die Losung angeschmiert »Gemeinsame Liste – nie.«

#### *Kreis Bad Doberan*

- Am 15.10.1954 gegen 12.00 Uhr wurden in Kühlungsborn 10 aus Papier geschnittene Hakenkreuze in der Puschkin- und Leninallee gefunden. Die Täter sind unbekannt.
- In Kröpelin<sup>12</sup> wurde auf einem Brett durch unbekannte Täter »Fort mit der SED« geschmiert.

#### *Kreis Stralsund*

- In Stralsund wurde am 7.10.1954 auf der Volkswerft an eine Sektion am Gefrierschiff ein Hakenkreuz Größe 25 cm mit Kreide gemalt. Täter unbekannt.
- In Tribsees<sup>13</sup> wurde am 11.10.1954 unter den Wahlplakaten Dr. Dieckmanns sowie Dr. Lochs die Beschriftung »Die sind dof« und »die Verbrecher« geschrieben. Die Täter sind unbekannt.
- Am 11.10.1954 wurde auf der Taktstrasse<sup>14</sup> der Volkswerft ein Schmierzettel folgenden Inhalts gefunden: »Siehe, Ihr seid nichts, Euer Tun ist nichts und Euch wählen ist ein Greuel – Jessier 41, Vers 28.«<sup>15</sup> Herkunft vermutlich von einem »Zeugen Jehovas«. Täter unbekannt.

#### *Kreis Ribnitz*

- In der Gemeinde Frauendorf wurden auf der LPG an Traktoren, Anhängern usw. 20 Hakenkreuze, Größe 50 x 50 geschmiert. Die Täter sind bisher unbekannt. Operative Maßnahmen werden eingeleitet.
- In der Gemeinde Divitz wurden ebenfalls in der gleichen Nacht am ehemaligen Gutshaus Hakenkreuze geschmiert.
- In Barth wurden Briefmarken an der Hauswand eines Schuhgeschäftes, die den Hitlerkopf tragen, geklebt.

#### *Kreis Wolgast*

- In der Gemeinde Pulow wurde an einer Stallmauer mit Kreide die Losung geschrieben: »Wir wollen Adenauer – weg mit Spitzbart.« Die Täter sind unbekannt.

---

<sup>12</sup> Im Original: »Kröplein«.

<sup>13</sup> Im Original: »Triebsees«.

<sup>14</sup> Auf der »Taktstraße« erfolgte die Fließbandfertigung.

<sup>15</sup> Gemeint ist Jesaja 41, Vers. 24.

### *Kreis Greifswald*

- In der Toilette der Tischlerei der Örtlichen Industrie Greifswald wurde am Morgen des 15.10.1954 folgende Hetzlosung bemerkt: »Der Krieg ist in Gefahr, wählt nicht die Kandidaten der Nationalen Front, macht den 17. Oktober zu einem 17. Juni.« Die Hetzlosung wurde mit Bleistift geschrieben. Die Ermittlungen werden von der VP in Verbindung mit der Kreisdienststelle durchgeführt.

### *d) Zerstören von Transparenten, Schaukästen, Anschlagtafeln und Einrichtungen von Wahllokalen:*

#### *Kreis Stralsund*

- In Negast wurde am Freitag den 15.10.1954 ein Transparent in der Größe 2 x 3 m entfernt und in den Feuerlöschteich geworfen. Im Verlauf der Untersuchungen wurden durch die VP die beiden Täter ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um: 1. [Name 2], geb. am [Tag] 1932 in Elbing, Landarbeiter, beschäftigt ÖLB Negast, wohnhaft in Negast. 2. [Name 3], geb. am [Tag] [19]34 in Negast, selbst[ständiger] Landwirt, wohnhaft in Negast. Der Vorgang wurde von der Kreisdienststelle Stralsund übernommen. Zurzeit laufen noch die Untersuchungen über den vermutlichen Anstifter zur Tat. Die Angelegenheit wird noch bearbeitet. Haftbefehl wurde bereits von der VP erwirkt.

#### *Kreis Bergen*

- In der Gemeinde Mattchow wurde am Wahltag gegen Abend ein Transparent vom Wahllokal abgerissen. Von der VP wurden als Täter 2 Landarbeiter festgenommen. Beide waren betrunken und haben gleichzeitig eine Bierflasche gegen das Fensterkreuz des Gemeindebüros geworfen. Die Untersuchungen in der Angelegenheit werden durch die VP noch geführt. Zurzeit wird noch überprüft, ob wir diese Sache übernehmen, wenn entsprechend politische Motive festgestellt werden.

### *3. Terrorfälle und Überfälle auf fortschrittliche Kräfte:*

Im Bezirk Rostock wurde nach bisheriger Meldung nur ein Fall bekannt, wo fortschrittliche Kräfte angegriffen wurden.

#### *Kreis Rostock*

- Am 26.9.1954 wurde der FDJ-Sekretär von Wendfeld<sup>16</sup>, [Name 4], überfallen und niedergeschlagen. Als Täter wurde ermittelt und festgestellt

---

<sup>16</sup> Im Original durchgängig: »Wenfeld«.

[Name 5], geb. am [Tag] 1934, wohnhaft in Wendfeld<sup>17</sup> und [Name 6], geb. am [Tag] 1936 in Wendfeld. Bei dem Täter handelt es sich um den früheren abgelösten FDJ-Sekretär, der in der Gemeinde die FDJ-Mitglieder terrorisiert. Bei der durchgeführten Hausdurchsuchung wurde ein Flugblatt der NTS gefunden. Beide Personen wurden von der Kreisdienststelle Rostock festgenommen. Haftbefehl wurde erwirkt. Weitere Bearbeitung erfolgt durch die Abteilung IX.

#### 4. Vorkommnisse bei Auszeichnungen, Prämierungen und Aktivistenfeiern:

Zu diesem Punkt sind in der Richtung der Bezirksverwaltung Rostock keine Vorkommnisse bekanntgeworden.

#### 5. Fälle von Sabotage, Diversion, Anlegen von Bränden und Desorganisationen:

- Am 7.10.1954 wurde um 12.00 Uhr auf dem Objekt »Sow[jetski] Sojus« der Warnow-Werft Warnemünde festgestellt, dass in die Fäkalienpumpenstation 9 Wasser eingedrungen war und die Station überflutete. Das Wasser konnte in den Raum eindringen, weil die Schrauben eines Flansches gelöst waren. Der entstandene Schaden beträgt ca. 500 bis 600 DM. Die Täter sind bisher unbekannt, es ist auch noch nicht klar erwiesen, ob eine Schädlingstätigkeit vorliegt.

#### *Kreis Wismar:*

- Am 9.10.1954 brannte in der LPG Barnekow auf freiem Felde eine Strohmiete mit 800 Z[en]t[ne]r nieder. Der Schaden beträgt 2 400 DM. Als Brandursache wurde festgestellt, dass der Brand durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, entstand. Die geführten Ermittlungen ergaben keine Feindtätigkeit.
- Als Schädlingstätigkeit ist im VEB Seehafen Wismar zu verzeichnen, dass man während der Vorbereitung zur Volkswahl aus dem Getriebe eines Turmdrehkranes Öl abgelassen hat. Schaden ist nicht entstanden. Zur Aufklärung und zur Feststellung des Täters wurde die Agentur<sup>18</sup> angesetzt.

#### *Kreis Rostock:*

- In den späten Nachmittagsstunden des 17.10.1954 wurde in Groß Klein bei Warnemünde durch zwei Jungen im Alter von 12 bis 14 Jahren im Tank eines Pkw der Tbc-Heilstätte, welcher für die Nationale Front eingesetzt war, Zucker gestreut, und dadurch betriebsunfähig gemacht. Eingeleitete Untersuchungen ergaben bisher nicht den Beweis einer Feindtätigkeit.

---

<sup>17</sup> Im Original durchgängig: »Wenfeld«.

<sup>18</sup> »Agentur« ist die Bezeichnung für einen inoffiziellen Mitarbeiter.

Über die Eltern der Kinder werden noch Ermittlungen geführt. Die Kinder haben in der Chemiestunde in der Schule experimentiert und dabei die Wirkung des Zuckers auf Benzin ausprobiert.

## *II. Tätigkeit der Kirchen und Sekten*

Während der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahl wurde eine feindliche Tätigkeit der Funktionäre der Kirchen und Sektoren nicht festgestellt.

Die Kirchenleitungen der evangelischen Kirche von Vorpommern und Mecklenburg instruierte[n] während der Vorbereitung der Volkswahl ihre Pastoren in der Form, dass den Pastoren mitgeteilt wurde, dass sich jeder verhalten solle, wie er es vor seinem Gewissen verantworten kann. Von einer Kontaktperson wurde noch bekannt, dass vonseiten der evangelischen Kirchenleitung Mecklenburgs außerdem noch die Weisung erteilt wurde, dass die Pastoren sich nicht auf die Veröffentlichung ihrer Stellungnahme bei Aussprachen bei Vertretern der Nationalen Front einlassen sollen.

Die beiden evangelischen Kirchenleitungen des Bezirkes Rostock verhielten sich sowohl bei der Volksbefragung als auch jetzt bei der Volkswahl relativ loyal zur DDR, vor allem die evangelische Kirchenleitung von Vorpommern.

Während der Vorbereitung der Volkswahl ist die Nationale Front im Bezirk Rostock dazu übergegangen, vor allem die Pastoren für die Mitarbeit in der Nationalen Front zu gewinnen bzw. zumindestens mit den Pastoren Aussprachen durchzuführen mit dem Ziel, Stellungnahmen von Pastoren für die Presse zu erhalten.

Ein Teil der Pastoren lehnte die Aussprachen mit den Vertretern der Nationalen Front ab. Trotzdem gelang es, einige positive Stellungnahmen zu erhalten bzw. einige Pastoren von der Richtigkeit der Politik der Regierung zu überzeugen. So fanden z. B. während der Vorbereitung der Volkswahl Versammlungen in den einzelnen Kreisen statt, an denen sich Pastoren beteiligten, ebenfalls beteiligten sich einige Pastoren an der Delegiertenkonferenz der Wähler und zwar u. a. der Rostocker Studentenfarrer Scharnweber<sup>19</sup>, der Rostocker Pastor Helwig<sup>20</sup>, der Pastor Wicklert<sup>21</sup> aus Bergen, der Pastor Lucas<sup>22</sup> aus Usedom (Krs. Wolgast) und andere.

---

<sup>19</sup> Gustav Scharnweber (1910–1981) war 1951 zum ersten hauptamtlichen Studentenfarrer berufen worden. Vgl. <http://purl.uni-rostock.de/matrikel/200028752> (letzter Zugriff: 24.4.2019).

<sup>20</sup> Im Original: »Hellwig«. Friedrich Helwig (1903–1978) war von 1950–1971 Pfarrer in St. Marien Rostock.

<sup>21</sup> Im Original durchgängig: »Wickler«. Johannes Wicklert (1907–1962) war Pfarrer in St. Marien in Bergen. Vgl. Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg 9/1962, S. 96.

<sup>22</sup> Nicht ermittelt.

Während der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahl traten folgende Pastoren positiv in Erscheinung:

- Diakon [Name 7] aus Gützkow (Krs. Greifswald),
- Pastor Schulz<sup>23</sup> aus Doberan,
- Pastor Wicklert aus Bergen,
- Pastor Jetter<sup>24</sup> aus Damshagen (Krs. Grevesmühlen),
- Pastor Rettig<sup>25</sup> aus (Krs. Ribnitz),
- Pastor Lucas aus Usedom (Krs. Wolgast),
- Pastor Knor<sup>26</sup> aus Ummanz (Krs. Bergen),
- Pastor Liermann<sup>27</sup> aus Gingst (Krs. Bergen),
- Pastor Knop<sup>28</sup> aus Schaprode (Krs. Bergen).

Die obigen Pastoren forderten in den Gottesdiensten bzw. Aussprachen der Nationalen Front die Bevölkerung auf, sich an der Wahl zu beteiligen und für die Kandidaten der Nationalen Front zu stimmen. Einige Pastoren, die von der Nationalen Front angesprochen waren, lehnten eine Stellungnahme ab und erklärten, dass sie nur seelsorgerisch arbeiten und für politische Arbeit keine Zeit hätten bzw. dieses mit ihrer eigentlichen Arbeit nicht in Einklang stehe.

Folgende Pastoren waren nicht für die Friedensbewegung trotz mehrmaliger Aufforderung zu bewegen, zum Beispiel:

- Pastor Wenzlaff<sup>29</sup> aus Greifswald,
- Pastor Drefers<sup>30</sup> aus Kühlungsborn,

---

<sup>23</sup> Nicht ermittelt.

<sup>24</sup> Im Original: »Jedder«. Wilhem Jetter (1885–1975) war 1948–1957 Hauptprediger bzw. Pastor in Damshagen. Vgl. Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg 3/1948, S. 15 u. Nr. 11, 1957, S.65.

<sup>25</sup> Nicht ermittelt.

<sup>26</sup> Identisch mit Willy Knop.

<sup>27</sup> Kurt Liermann (1914–1996), Pfarrer in St. Jacob in Gingst, später Landespfarrer für das evangelische Männerwerk. Vgl. Amtsblatt der Pommerschen Evangelischen Kirche Nr. 1–2, 1997, S. 2.

<sup>28</sup> Willy Knop (1904–1995) war Pastor in der St.-Johannes-Kirche Schaprode bis 1974. Vgl. Amtsblatt der Evangelischen Landeskirche Greifswald Nr. 10/1974, S. 99.

<sup>29</sup> Im Original: »Wenzlaf«. Johannes Wenzlaff (1898–2000) war Pastor in der St.-Jacobi-Kirche in Greifswald.

<sup>30</sup> Im Original: »Drews«. Hermann Drefers (1909–1984) war seit 1946 Pastor in Kühlungsborn und wurde 1974 in den Ruhestand versetzt. Vgl. Beltz, Johannes; Romberg, Bruno; Siegert, Astrid: Die Pfarrer des Kirchenkreises Rostock-Land von 1933 bis 1980. Schwerin 1983, S. 25.

- Pastor Radtke<sup>31</sup> aus Weitenhagen (Krs. Greifswald),
- kath[olische] Pastor Kiering<sup>32</sup> aus Doberan,
- Pastor Türk<sup>33</sup> aus Biestow<sup>34</sup> (Krs. Rostock) u. a.

Einige Pastoren lehnten die Beteiligung an der Volkswahl konsequent ab und haben auch nicht gewählt, z. B.

- Pastor Steffen<sup>35</sup> aus Biendorf (Krs. Bad Doberan)
- Pastor Naß<sup>36</sup> aus Ahrenshagen (Krs. Ribnitz),
- Pastor Mielke<sup>37</sup> aus Rostock-Gehlsdorf,
- der Pastor aus Buchholz (Krs. Rostock-Land),
- Pastor Bengs<sup>38</sup> aus Stralsund u. a.

Der Pastor Braun<sup>39</sup> aus Behrenhoff<sup>40</sup> (Krs. Greifswald), der bereits während der Vorbereitung der Volkswahl mit den Aufklärern der Nationalen Front sehr negativ diskutierte, begab sich am 17.10.1954 in sein zuständiges Wahllokal, zerriss die Stimmzettel und ging wieder nach Hause.

Während der Vorbereitung der Volkswahl wurde bekannt, dass der Pastor Meier-Buchtin<sup>41</sup> aus Schönberg (Krs. Grevesmühlen) in einer seiner Predigten

<sup>31</sup> Ein Pastor Radtke konnte nicht ermittelt werden. Laut Karl Schultz war Dr. Rolf Berg (1891–1969) seit 1939 Gemeindepfarrer in Weitenhagen. Auch das Kirchliche Amtsblatt vermerkt bei der Todesmeldung: »zuletzt Pfarrer in Weitenhagen und Superintendent des Kirchenkreises Greifswald-Land«. Vgl. Schultz, Karl: Heimatgeschichte von Weitenhagen – Eine Chronik. Norderstedt 2014, S. 115 und Amtsblatt des Evangelischen Konsistoriums Greifswald Nr. 2, 1970, S. 6.

<sup>32</sup> Nicht ermittelt.

<sup>33</sup> Otto Türk (1909–1995) war Pastor in Biestow von 1948 bis zur Erreichung der Altersgrenze 1975. Vgl. Kirchliches Amtsblatt Nr. 4/5, 1975, S. 32.

<sup>34</sup> Im Original: »Bistow«.

<sup>35</sup> Hans Albrecht Steffen, Jg. 1913, war Hilfsprediger der Gemeinde. Vgl. Kirchliches Amtsblatt Nr. 4, 1955, S. 15.

<sup>36</sup> Hans Naß (1902–1978) war Pfarrer der Gemeinde Ahrenshagen bis 1967. Vgl. Amtsblatt des Konsistoriums in Greifswald 1/1967, S. 5.

<sup>37</sup> Roland Mielke war Pfarrer an der St. Michaelgemeinde in Rostock-Gehlsdorf. Im Oktober 1955 wurde die Pfarrstelle zur Verwaltung von Dr. Erwin Lange übernommen. Vgl. Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg, Nr. 6, 1951, S. 26 u. Nr. 3, 1955, S. 55.

<sup>38</sup> Johannes Bengs (1910–1999) war Pfarrer der Friedenskirche Stralsund bis 1975. Vgl. Amtsblatt der Evangelischen Landeskirche Greifswald 6/1975, S. 61.

<sup>39</sup> Werner Braun, Jg. 1907, war bis 1962 Pfarrer in Behrenhoff. Vgl. Amtsblatt des Evangelischen Konsistoriums Greifswald 5/1962, S. 57.

<sup>40</sup> Im Original: »Behrendorf«.

<sup>41</sup> Hans Meier-Buchtin war 1947–1961 Pfarrer in Schönberg. Vgl. Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg 7/1947, S. 40.

über die Lage der Altbauern gesprochen, für die Gefangenen gebetet und weltanschauliche Probleme behandelt hatte. Seine Predigt war mehr oder weniger eine versteckte Hetze gegen die Politik der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Nationale Front rief zur Auswertung der Predigt des Pastors 19 Vertreter der Blockparteien und Massenorganisationen zu einer Sitzung zusammen. Hier musste der Pastor Rechenschaft ablegen und wurde beauftragt, innerhalb von 10 Tagen eine schriftliche Stellungnahme für die Presse vorzulegen und musste sich außerdem verpflichten, dass er seine Gemeinde in der nächsten Predigt mitteilen wird, dass er sich in Zukunft bei der Behandlung politischer Probleme klarer ausdrücken werde. Zwei Tage nach dieser Blocksitzung wurde der Pastor republikflüchtig.

Sekten:

Die Sekten, mit Ausnahme der »Zeugen Jehovas«, traten nicht besonders in Erscheinung. Die »Zeugen Jehovas« lehnten, wie bisher immer, die Teilnahme an der Volkswahl ab. Teilweise sind diese Personen bekannt und werden operativ bearbeitet.

[...] <sup>42</sup>

#### *V. Über die führende Rolle der Partei.*

Die führende Rolle der Partei kam klar zum Ausdruck in der aktiven Anleitung und Unterstützung der Funktionäre der Partei, die in der Nationalen Front und als Aufklärer tätig waren. Die Fehler der Nationalen Front, die anfangs im großen Maße auftraten, konnten durch die Instrukteure der Partei größtenteils behoben werden, sodass die Nationale Front ihre Aufgaben erfüllen konnte. Die Partei hatte ihre Instrukteure in jedem Kreis eingesetzt und stellte Schwächen sofort fest, sodass diese ohne größeren Schaden anzurichten, abgestellt wurden.

Besonders günstig wirkte sich der Einsatz der Parteischüler in den Kreisen Grimmen und Bad Doberan aus. Die Schüler nahmen die Aufklärungsarbeit sehr ernst und diskutierten mit der Bevölkerung über alle politischen und wirtschaftlichen Probleme.

---

<sup>42</sup> Die Auslassung betrifft die Punkte III und IV: »über die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien (CDU, LDPD, NDPD, DBD)« sowie die »Tätigkeit der Nationalen Front« (S. 16–24).



Die Volkswahlen haben im ganzen Bezirk gezeigt, dass die Partei sich gestärkt hat gegenüber der Volksbefragung<sup>43</sup>, wo noch viele Schwächen auftraten und die führende Rolle ausübt.

#### *VI. Schwächen, Mängel und Unzulänglichkeiten und deren Auswirkung auf die Durchführung der Volkswahlen*

Fehler und Mängel traten, wie schon angeführt, trotz des großen Erfolges, in einzelnen Fällen im gesamten Bezirk auf. Eine negative Auswirkung ist jedoch nicht zu verzeichnen, da die Fehler meistens gleich nach Bekanntwerden durch die Parteiorganisationen abgestellt wurden. Wenngleich einige Verärgerungen erfolgten durch mangelhafte Organisation, so wirkten sie sich auf das Wahlergebnis nicht aus. Die meisten Mängel traten bei der Durchführung der Versammlungen und Kandidatenvorstellungen auf. Die Kandidatin[en] Kackstein und Schuster aus Berlin, die auf VEG in den Kreisen Grevesmühlen und Wismar sprechen sollten, waren nicht erschienen. Ebenfalls der Kandidat Knoll aus Rostock, der in Samtens (Krs. Putbus) sprechen sollte, war nicht erschienen.

In der Schulung der Wahlvorsteher am 4.10.1954 in Rostock war der Genosse Kallek, Sekretär beim Rat der Stadt Rostock, nicht erschienen. Die Wahlvorsteher mussten unverrichteter Dinge nach Hause gehen.

In Rostock wurde eine Versammlung von Zahnärzten organisiert, wo der Kollege Koppe von der Gewerkschaft der Zahnärzte aus Berlin über die Wahl sprechen sollte. Er ist nicht erschienen und so wurden nur fachliche Fragen in dieser Versammlung behandelt und an der Versammlung nahmen 60 Zahnärzte teil.

Auch eine Überschneidung bei der Organisierung von Versammlungen war verschiedentlich zu verzeichnen. So fand fast täglich im Postamt Rostock eine Versammlung statt, einmal von der Nationalen Front, einmal vom DfD<sup>44</sup>,

---

<sup>43</sup> Vom 27.-29. Juni 1954 wurde in der DDR eine Volksbefragung durchgeführt, bei der die Bevölkerung »für einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen« oder »für EVG, Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre« votieren sollte. Nach offiziellen Zahlen entschieden sich 93,5 % der Wahlberechtigten für den Friedensvertrag.

<sup>44</sup> Der »Demokratischer Frauenbund Deutschlands« war eine 1947 gegründete Frauenorganisation in der DDR und verstand sich als Erbe der Frauenbewegung. Die zunächst antifaschistische, demokratische, parteipolitisch und religiös unabhängige Organisation entwickelte sich schnell zu einer Massenorganisation im Gefolge der SED. Der DFD war im Demokratischen Block der Nationalen Front eingegliedert und stellte anteilmäßig Abgeordnete für die Volkskammer und ab 1952 auch in den Bezirks- und Kreistagen. Dem Auftrag nach sollte sich der

FDJ, Friedenskomitee usw., sodass eine Versammlungsmüdigkeit eintrat. In Doberan wurde eine Versammlung im Lindenhof angesetzt; diese war so schlecht organisiert, dass kein Schlüssel für die Räume vorhanden war. Die Teilnehmer, die draußen warteten, drückten ihre Missbilligung aus und gingen nach Hause.

In Barnstorf (Krs. Grevesmühlen) wurden ebenfalls zwei Versammlungen an einem Abend organisiert. Eine Versammlung vom DFD und eine von der Nationalen Front. Beide Versammlungen waren schlecht besucht und die Teilnehmer sprachen ihre Missbilligung darüber aus.

Eine große Schwäche war[en] wiederum die Differenzen in den Wählerlisten. Wenngleich kein Verhältnis zu den Fehlern der Wählerlisten bei der Volksbefragung besteht, so sind doch noch zu viele Personen in den Listen enthalten, die gestorben waren, oder es waren polizeilich gemeldete Personen nicht in den Listen.

Im Kreis Grevesmühlen wurden eine ganze Reihe Veränderungen vorgenommen. Nach Vergleich der Listen mit der Meldekartei der VP mussten noch am Vortage der Wahl 100 Personen gestrichen werden, die bereits verstorben, verzogen oder geflüchtet sind.

In Binz (Krs. Putbus) waren etwa 30 Personen nicht in den Listen enthalten. Es handelte sich hierbei um Angestellte des Theaters Putbus, die in Binz in Hotels wohnen und nicht polizeilich gemeldet sind, sondern sich nur jeweils beim Bürgermeister anmelden, obwohl sie in ihrem Wohnort abgemeldet sind. Gleichfalls liegt die Ursache darin, dass einige Arbeiter der Bauunion sich nicht ordnungsmäßig an- und abmelden und somit nicht in den Listen enthalten waren. Solche Fehler traten in allen Kreisen auf, wurden aber zum größten Teil rechtzeitig abgestellt.

Eine große Unzulänglichkeit zeigte sich in Rostock-Stadt, wo nach der Auszählung, um die Prozentzahl der Wahlbeteiligung zu erhöhen, einfach, ohne Überprüfung, Wähler gestrichen wurden, die nicht erschienen sind. So wurden im Stimmbezirk 30 Rostock-West 200 Personen gestrichen. Bei der Errechnung des realen Wahlergebnisses durch unsere Dienststelle wurde dieser Mangel festgestellt. Nach dem amtlichen Ergebnis haben sich 98,3 % an der Wahl beteiligt, nach unserem Überprüfen aber nur 85,0 %. Die Streichung erfolgte im Einverständnis der Mitglieder des Wahlausschusses.

Das Gleiche ist im Wahlbezirk 22 Rostock-West der Fall. Hier, wo ein CDU-Mitglied Wahlvorsteher war, wurden 22 Pers[onen] einfach gestrichen.

---

DFD gemäß der Verfassung für die Gleichberechtigung der Frau einsetzen. Der Bund wurde allerdings schon zu DDR-Zeiten als Strick- und Häkelverein bzw. staatstragendes Organ der SED verspottet. Vgl. Schröter, Ursula; Rohmann, Eva: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD). In: Stephan, 2002, S. 500–529.

Eine weitere Unzulänglichkeit passierte in den Kreisen Putbus und Wolgast. In Zinnowitz (Krs. Wolgast) sowie auch in Sellin und anderen Orten des Kreises Putbus wurden die Wählerlisten in den Zimmern der Verwaltung ausgelegt, in denen die Lebensmittelkarten ausgegeben wurden. Bei der Lebensmittelkartenausgabe fragten die Aufklärer jeden Bürger, ob sie schon Einsicht genommen haben und falls dies nicht der Fall war, wurde es an Ort und Stelle nachgeholt. Dadurch ist der Eindruck entstanden, dass die Ausgabe der Lebensmittelkarten von der Einsichtnahme in die Wählerlisten abhängig gemacht wurde. Dieser Fehler wurde auch nach einigen Tagen, nachdem er bekannt wurde, abgestellt. Hierdurch ist es jedoch zu einer Provokation des Pastors Neumann<sup>45</sup> aus Sellin gekommen. Als dieser seine Stimmzettel offen in die Urne geworfen hatte, verlangte er eine Bescheinigung, dass er gewählt hat, »damit er seine Lebensmittelkarte weiter bekommt«.

Bei der Verteilung der Stimmzettel vom Bezirk in die Kreise ergab sich eine größere Differenz bei der Nachzählung der Stimmzettel. So fehlten in Doberan 227 und in Rostock 100 Stimmzettel für die Volkskammer. Die Pakete waren in Berlin verpackt und seitdem nicht geöffnet [worden]. Das Fehlen der Stimmzettel ist in Berlin bei der Verpackung zu suchen.

Unzulänglichkeiten waren auch bei einigen Bürgermeistern zu verzeichnen, die ihre Aufgabe nicht ernst nahmen und mit allen empfangenen Unterlagen betrunken in der Gegend umherfuhren. Dieses war in Groß Kordshagen<sup>46</sup> (Krs. Grimmen), in der Gemeinde Rosenhagen (Krs. Doberan) und in Barendorf (Krs. Rostock) der Fall. Die Kreiswahlleiter haben in allen Fällen die Bürgermeister sofort als Wahlleiter abberufen und andere eingesetzt.

Heftige Diskussionen unter den Arbeitern der Warnow-Werft Rostock löste die Anweisung der Betriebsleitung aus, ab 17.10.1954 eine verstärkte Nachtschicht einzuführen und die Spätschicht aus Gründen der Einschränkung des Stromverbrauchs auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Gleich nach Bekanntwerden dieser Anweisung wurde im Büro der Stadtleitung der Partei der Beschluss gefasst, diese Anweisung sofort rückgängig zu machen. Hierdurch konnte eine unausbleibliche, negative Auswirkung auf die Wahlen vermieden werden.

Sehr negativ wirkte sich die Tatsache aus, dass in keinem Wahllokal in den Kabinen Bleistifte auslagen. Der Agronom der MTS<sup>47</sup> Zurow (Krs.

---

<sup>45</sup> Nicht ermittelt.

<sup>46</sup> Im Original: » Groß-Kortshagen«.

<sup>47</sup> Die »Maschinen-Traktoren-Stationen« waren in sozialistischen Ländern Einrichtungen, in denen die Bauern landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren zur Nutzung ausleihen konnten. Die Maschinen und Traktoren wurden kein Eigentum der Bauern, sondern blieben in der Hand des sozialistischen Staates. 1952 mussten die Stationen politische Abteilungen einrichten, die durch

Wismar) sagte zu den Mitgliedern des Wahlausschusses, ein Genosse aus Wismar hätte angeordnet, dass keine Bleistifte ausgelegt werden sollten. In den Stimmungsberichten, die am Wahltage und nachher eingegangen sind, wird gerade die Frage der Bleistifte stark kritisiert.

[...] <sup>48</sup>

*VIII. Analyse des Wahlergebnisses der Volkswahl v[om] 17.10.1954*  
(mündliche Anweisung an die Chefs der Bezirksverwaltungen v. 14.10.1954)

Bei einer Gegenüberstellung des Ergebnisses der Volksbefragung v[om] 27. bis 29.6.1954 und des Ergebnisses der Volkswahl v[om] 17.10.1954 ergibt sich für den Bezirk Rostock folgendes Bild:

1) *Volksbefragung* (Erwachsene)

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] Fried[ens-] vertrag</b>	<b>für EVG</b>	<b>ungültig</b>
amtliches Ergebnis	595 684	548 574	34 116	15 617
überprüftes Ergebnis	596 545	505 650	34 887	55 999
zusammen für EVG und ungültig =			90 886	

2) *Volkswahl* (17.10.1954)

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] die Kandi- daten d[er] NF</b>	<b>ungültige und Gegenstimmen</b>
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	557 071	553 424	3 657
überprüftes Ergebnis	557 071	548 724	8 347
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	559 303	555 654	3 649
überprüftes Ergebnis	559 303	551 089	8 214

[...] <sup>49</sup>

---

Schulungen die Traktoristen auf den »richtigen« ideologischen Kurs bringen sollten. Vgl. Humm, 1999, S. 93 f.

<sup>48</sup> Die Auslassung betrifft die Seiten 28–29: »VII. Auswertung der Berichterstattung anderer Organe – wie Volkspolizei, Partei, Staatsorgane usw.«.

<sup>49</sup> Wiederholung des überprüften Ergebnisses ausgelassen.

*Aufteilung der ungültigen Stimmen zur Volksbefragung war wie folgt:*

a) weißer Stimmzettel	33 919
b) beide Kreise angekreuzt	11 140
c) alles durchgestrichen	6 308
d) beschriftete Zettel	2 488

*Aufteilung der ungültigen und Gegenstimmen zur Volkswahl am 17.10.1954:*

<b>Stimmzettel</b>	<b>für Volkskammer</b>	<b>für Bezirkstag</b>
a. mit »Nein« beschriftet	1 052	901
b. durchkreuzt	7 089	7 123
c. mit Hetzlosungen beschrift[et]	206	190

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer erfolgten insgesamt: 347

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag erfolgten insgesamt: 283

Diese Streichungen wurden unsererseits nicht als ungültige Stimmen gewertet, es sind sowohl Spitzenkandidaten der SED; als auch der anderen Parteien gestrichen worden.

Die Differenz zwischen dem von den Wahlkommissionen festgestellten Ergebnis und dem Ergebnis, welches von unserem Apparat erfolgte, beruht darauf, dass von den Wahlvorständen Stimmzettel für gültig und für die Volkskammer erklärt wurden, die eindeutig als Gegenstimmen zu werten sind.

*Im Einzelnen sind die Ergebnisse wie folgt festgestellt worden:*

*Kreis Rostock-Stadt*

Ergebnis zur Volksbefragung

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] Fried[ens-] vertrag</b>	<b>für EVG</b>	<b>ungültig</b>
amtliches Ergebnis	102 809	97 245	4 085	1 479
überprüftes Ergebnis	102 809	89 690	4 069	9 040

## Ergebnis zur Volkswahl

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] die Kandida- ten d[er] NF</b>	<b>ungültige und Gegenstimmen</b>
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	100 661	100 456	205
überprüftes Ergebnis	100 661	98 741	1 120
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	101 866	101 677	189
überprüftes Ergebnis	101 866	99 971	1 895

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 167

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 128

Die ungültigen und Gegenstimmen gliedern sich wie folgt:

Volkskammer:

- a) Stimmzettel mit »Nein« 208
- b) Stimmzettel durchkreuzt 1 681
- c) Stimmzettel mit Hetzlos[ung] 31

Bezirkstag:

- a) Stimmzettel mit »Nein« 167
- b) Stimmzettel durchkreuzt 1 702
- c) Stimmzettel mit Hetzlos[ung] 26

Die bei der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkte traten diesmal bei der Volkswahl nicht in Erscheinung.

Als schlechtestes Wahlergebnis der Stadt Rostock im Stimmbezirk Süd, Abstimmungslokal 1 gilt folgende Zahl:

- abgegebene Stimmen 776
- Ungül[tige] u[nd] Gegenstimmen 45

Da der Wahlbezirk 1 mitten in der Stadt gelegen ist, kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden, worin die Ursachen dieses Ergebnisses zu suchen ist. Die einzige Möglichkeit ist darin zu suchen, dass hier vorwiegend Geschäftsleute und Gewerbetreibende wohnen.

## Rostock-Land

### Ergebnis zur Volksbefragung

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] Fried[ens-] vertrag</b>	<b>für EVG</b>	<b>ungültig</b>
amtliches Ergebnis	28 970	26 393	1 975	602
überprüftes Ergebnis	28 970	22 821	1 999	4 150

### Ergebnis zur Volkswahl

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] die Kandida- ten d[er] NF</b>	<b>ungültige und Gegenstimmen</b>
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	27 819	27 706	113
überprüftes Ergebnis	27 819	27 472	347
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	27 822	27 696	126
überprüftes Ergebnis	27 822	27 452	370

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 18

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 11

*Die ungültigen und Gegenstimmen gliedern sich wie folgt:*

<b>Stimmzettel</b>	<b>für Volkskammer</b>	<b>für Bezirkstag</b>
a) mit »Nein« beschriftet	39	43
b) durchkreuzt	295	313
c) mit Hetzlosungen	13	14

Die in der Volksbefragung aufgetretenen Schwerpunkte sind auch im Landkreis Rostock nicht wieder in Erscheinung getreten bei der Durchführung der Volkswahlen.

Schlechtestes Ergebnis ist die Gemeinde Tessin von insgesamt 2 704 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der Nat[ionalen] Front für die Volkskammer 2 666 Stimmen. Insgesamt waren 46 ungültige bzw. Gegenstimmen von dieser Gemeinde zu verzeichnen. Tessin ist eine Kleinstadt mit stark bürgerlichem Einfluss und besondere[r] Aktivität der Kirche.

## Kreis Grevesmühlen

### Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	36 361	33 714	1 901	746
überprüftes Ergebnis	36 361	29 773	2 138	4 450

### Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten d[er] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	35 653	35 442	211
überprüftes Ergebnis	35 653	35 214	439
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	35 651	35 438	213
überprüftes Ergebnis	35 651	35 208	443

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 6

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 5

Die ungültigen und Gegenstimmen gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	32	27
b) durchkreuzt	399	395
c) mit Hetzlosungen	8	21

Besondere Schwerpunkte während der Volksbefragung konnten damals nicht erarbeitet werden, da die Abstimmungsscheine nicht mehr gemeinde- und abstimmungsbezirksmäßig vorhanden waren.

Als besonders schlechtes Wahlergebnis ist im Kreis Grevesmühlen der Stimmbezirk 2 in der Gemeinde Hanshagen [zu verzeichnen]. Von insgesamt 86 abgegebenen Stimmen stimmten 27 gegen die Liste der Nat[ionale] Front.

Zur Charakterisierung der Gemeinde Hanshagen ist zu sagen, dass es sich hier um ein Altbauerndorf handelt; die näheren Umstände des schlechten Abstimmungsergebnisses sind noch nicht erarbeitet worden.

Als weiterer Schwerpunkt im Kreis Grevesmühlen ist die Gemeinde Kl[ein] Voigtshagen zu verzeichnen, wo von 163 abgegebenen Stimmen 14 gegen die Liste der Nationalen Front stimmten. Kl[ein] Voigtshagen ist vorwiegend eine Großbauerngemeinde.



## Kreis Wismar-Stadt

### Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	35 115	33 068	1 165	882
überprüftes Ergebnis	35 115	30 773	1 165	3 177

### Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten d[er] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	34 968	34 602	366
überprüftes Ergebnis	34 968	34 555	413
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	34 958	34 597	361
überprüftes Ergebnis	34 958	34 519	409

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 28

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 30

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	35	36
b) durchkreuzt	359	354
c) mit Hetzlosungen	19	19

Besondere Schwerpunkte aufgrund des Ergebnisses der Volksbefragung wurden damals nicht erarbeitet, weil die Stimmzettel der einzelnen Stimmbezirke bereits zusammengelegt waren, sodass keine Übersicht über die einzelnen Stimmbezirke bestand.

Besonders schlechte Wahlergebnisse zeigten sich am 17.10.1954 in folgenden Wahlbezirken:

### *Wahlbezirk 15 Redentin:*

In diesem Wahlbezirk war eine Beteiligung von 98,4 % von insg[esamt] 247 abgegebenen Stimmen stimmten nach inoff[izieller] Überprüfung 219 für die Kand[idaten] der Nationalen Front. Es stimmten also 28 gegen die Kandidaten der Nat[ionalen] Front bzw. machten ihre Stimmzettel ungültig. Zwischen den ungültigen Stimmzetteln befinden sich 8 mit Hetzlosungen wie »Adenauer, EVG, wir wollen freie Wahlen«.

Redentin ist ein Außenbezirk der Stadt Wismar. Die wirtschaftliche Lage dieses Bezirkes ist sehr schlecht, so gibt es zum Beispiel in diesem Ort keinen Fleischerladen und auch keine anderen Geschäfte, sodass die Bevölkerung nach Wismar fahren muss, um ihre Einkäufe zu tätigen, wobei es oft vorkommt, dass die Busse ausfallen und die Bevölkerung zu Fuß 6–7 km gehen muss. Außerdem war die Arbeit der Nationalen Front in dieser Gemeinde bisher sehr mangelhaft.

So bestehen in diesem Ortsteil Schwierigkeiten in der Wasserversorgung. Die Bevölkerung muss teilweise über 100 m nach den Pumpen laufen, um Wasser für Haushalt und Vieh zu beschaffen. Auch die Wohnverhältnisse sind in dieser Gemeinde sehr schlecht.

### *Wahlbezirk II c – Stadtmitte*

In diesem Bezirk stimmten von 1 117 abgegebenen Stimmen nach unserer Überprüfung 56 gegen die Kand[idaten] der Nat[ionalen] Front. Von den ungültigen Stimmzetteln waren 56 ganz durchkreuzt. Bei diesem Stadtteil handelt es sich um ein Gebiet, welches zur Altstadt gehört, wo vorwiegend Handwerker, Geschäftsleute und Hauseigentümer wohnhaft sind.

### *Wismar-Land*

#### Ergebnis zur Volksbefragung

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] Fried[ens-] vertrag</b>	<b>für EVG</b>	<b>ungültig</b>
amtliches Ergebnis	25 218	21 941	1 910	1 367
überprüftes Ergebnis	25 218	19 578	1 910	3 730

## Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	für die Kandidaten der NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	25 174	24 524	650
überprüftes Ergebnis	25 174	24 260	914
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	25 175	24 521	654
überprüftes Ergebnis	25 175	24 246	929

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 28

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 30

*Die ungültigen und Gegenstimmen gliedern sich wie folgt:*

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	55	56
b) durchkreuzt	831	849
c) mit Hetzlosungen	28	24

Die Schwerpunktgemeinden der Volksbefragung Robertsdorf, Perniek<sup>50</sup> und Dorf Mecklenburg sind bei der Volkswahl nicht mehr als Schwerpunkt zu bezeichnen. Dagegen die Gemeinde Hohen Viecheln, die bei der Volksbefragung nur 67 % Friedensstimmen hat, ist wiederum Schwerpunkt. Von 631 abgegebenen Stimmen stimmten 71 gegen die Kandidaten der Nationalen Front. Hohen Viecheln ist eine gemischte Gemeinde, wo ein Teil ostpreußischer Großbauern heute als Mittelbauern sind. Diese herrschen mit den Altbauern in der Gemeinde vor. Die Sekte Baptisten ist in diesem Dorf äußerst rege.

Im Ortsteil Schimm stimmten von insgesamt 98 abgegebenen Stimmen 25 gegen die Kand[idaten] der Nationalen Front. Der Ortsteil Schimm setzt sich aus Altbauern zusammen, deren wirtschaftliche Lage bis auf 3 Bauern aufgrund schlechter Bodenverhältnisse als schlecht zu bezeichnen ist. Hinzu kommt, dass der größte Teil der Bauern ältere Leute sind, die ihre Wirtschaft nicht mehr intensiv bearbeiten können.

In der Ablieferung steht der Ortsteil Schimm mit an letzter Stelle, was zur Folge hat, dass hier vonseiten der Verwaltungen bezüglich der Ablieferung Druck ausgeübt wird.

---

<sup>50</sup> Im Original: »Pernik«.

## Kreis Doberan

### Ergebnis zur Volksbefragung

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] Fried[ens-] vertrag</b>	<b>für EVG</b>	<b>ungültig</b>
amtliches Ergebnis	42 814	38 976	2 576	1 262
überprüftes Ergebnis	42 814	35 430	2 629	4 756

### Ergebnis zur Volkswahl

	<b>Beteiligung</b>	<b>für die Kandidaten der NF</b>	<b>ungültige und Gegenstimmen</b>
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	38 009	37 800	209
überprüftes Ergebnis	38 009	37 522	487
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	38 004	37 791	213
überprüftes Ergebnis	38 004	37 545	459

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: –

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: –

*Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:*

<b>Stimmzettel</b>	<b>für Volkskammer</b>	<b>für Bezirkstag</b>
a) mit »Nein« beschriftet	21	10
b) durchkreuzt	459	445
c) mit Hetzlosungen	7	4

Die aufgrund des Ergebnisses der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkte traten bei Durchführung und im Ergebnis der Volkswahl nicht in Erscheinung.

Besonders schlechte Wahlergebnisse waren bei der Volkswahl in Kühlungsborn, Wahlbezirk 1; von insgesamt 4 801 abgegebenen Stimmen stimmten 80 gegen die Liste der Nat[ionalen] Front. In diesem Stimmbezirk wohnen größtenteils Pensionsinhaber, die besonders während der Aktion »Rose« betroffen wurden.<sup>51</sup>

---

<sup>51</sup> Die Aktion »Rose« war eine Maßnahme der DDR-Regierung zur Verstaatlichung von Hotels, Erholungsheimen, Taxi- und Dienstleistungsunternehmen im Februar 1953. Der Schwerpunkt lag auf den Badeorten der Ostseeküste, insbe-

In Doberan, Wahlbezirk 3, stimmten von 1 237 abgegebenen Stimmen 37 gegen die Liste der Nat[ionalen] Front. In diesem Stimmbezirk wohnen außer einigen wenigen Bündnern vorwiegend Arbeiter. Die Ursache der Gegenstimmen ist darauf zurückzuführen, dass in diesen Straßen z. B. Baumstraße, Marktstr. usw. die Wohnverhältnisse sehr schlecht sind.

In der Gemeinde Pustohl wurden insgesamt 13 Gegenstimmen abgegeben. Die Gemeinde Pustohl setzt sich zusammen aus vorwiegend Umsiedlern. Die werkt[ätigen] Bauern stehen sich wirtsch[aftlich] schlecht aufgrund der schlechten Bodenverhältnisse.

### Kreis Ribnitz

#### Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	56 384	50 445	4 035	1 904
überprüftes Ergebnis	56 384	45 995	4 056	6 333

#### Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten d[er] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	50 951	50 796	155
überprüftes Ergebnis	50 951	50 531	420
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	50 930	50 784	146
überprüftes Ergebnis	50 930	50 523	407

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: –

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: –

---

sondere Rügen. Wegen angeblicher Verstöße gegen das »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums« (VESchG) kamen über 400 Unternehmer in Haft. Vgl. Müller, Klaus: Die Lenkung der Strafjustiz durch die SED-Staats- und Parteiführung der DDR am Beispiel der Aktion Rose. Frankfurt/M. u. a. 1995.

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	42	38
b) durchkreuzt	363	360
c) mit Hetzlosungen	15	9

Besondere Schwerpunkte bei der Volksbefragung wurden damals nicht festgestellt. Bei der jetzigen Überprüfung des Wahlergebnisses v. 17.10.1954 wurden folgende Gemeinden mit dem schlechten Ergebnis festgestellt:

- In der Gemeinde Gresenhorst wurden insgesamt 5 % Gegenstimmen abgegeben. Als Ursache ist mangelhafte politische Arbeit sowie mangelhafte Unterstützung der werktätigen Bauern [anzusehen]. In dieser Gemeinde liegt die Führung der Gemeinde in Händen von negativen Elementen, welche zum Teil bei der dortigen BHG<sup>52</sup> sich eine gefestigte Position geschaffen haben. Unter diesen negativen Elementen befinden sich einige ehemalige Großbauern, welche in dieser Gemeinde jetzt als Neubauern arbeiten.
- In der Gemeinde Saatel weist das Ergebnis zur Volkswahl 3,3 % Gegenstimmen auf. Ursache ist die Vernachlässigung der Gemeinde in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht durch den Staatsapparat. So hat zum Beispiel die Gemeinde Saatel in der Unterstützung bei der Einbringung der Ernte keine Hilfe trotz Anforderung beim Rat des Kreises erhalten. Die Gemeinde Saatel liegt in der Ablieferung an letzter Stelle.

### Kreis Stralsund-Stadt

Ergebnis zur Volksbefragung:

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	43 081	40 027	1 683	1 371
überprüftes Ergebnis	43 081	38 649	1 683	2 749

<sup>52</sup> Die »Bäuerliche Handelsgenossenschaft« (BHG) war seit 1950 die landwirtschaftliche Genossenschaft in der DDR. Aufgabe und Förderungszweck der BHG bestand in der Versorgung vorrangig der Landbevölkerung und der landwirtschaftlichen Betriebe mit Produktionsmitteln und Waren des ländlichen und gärtnerischen Bedarfs. Vgl. Broszat, 1993, S. 761.

Ergebnis zur Volkswahl:

	Beteiligung	für die Kandidaten d[er] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	41 830	41 715	115
überprüftes Ergebnis	41 830	41 323	507
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	41 371	42 267	104
überprüftes Ergebnis	41 371	41 907	464

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 5

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 5

*Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:*

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	86	55
b) durchkreuzt	416	406
c) mit Hetzlosungen	5	3

Die bei der Volksbefragung im Stadtbezirk festgestellten Schwerpunkte traten im Ergebnis der Überprüfung der Volkswahl nicht mehr in Erscheinung. Als schlechtestes Wahlergebnis im Stadtkreis Stralsund bei der Volkswahl sind die Wahlbezirke 23 und 15. Im Wahlbezirk 15 liegt folgendes Ergebnis vor: Von 1 177 abgegebenen Stimmen, stimmten 49 gegen die Liste der Nat[ionalen] Front. Im Stimmbezirk 23 wurden von insgesamt 794 abgegebenen Stimmen 40 Stimmen gegen die Liste der Nat[ionalen] Front gezählt.

In beiden Stimmbezirken handelt es sich um ausgesprochene bürgerliche Viertel, in denen<sup>53</sup> sehr viele Hausbesitzer wohnhaft [sind]. Außerdem befindet sich in diesem Stimmbezirk ein ev[angelisches] Diakonissenheim und eine Fachschule für Krankenpflege.

---

<sup>53</sup> Im Original: »indem«.

## Stralsund-Land

### Ergebnis zur Volksbefragung

	<b>Beteiligung</b>	<b>für Fried[ens-] vertrag</b>	<b>für EVG</b>	<b>ungültig</b>
amtliches Ergebnis	22 634	20 435	1 817	395
überprüftes Ergebnis	22 634	17 836	1 824	2 974

### Ergebnis zur Volkswahl

	<b>Beteiligung</b>	<b>f[ür] die Kandida- ten d[er] NF</b>	<b>ungültige und Gegenstimmen</b>
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	23 005	22 975	30
überprüftes Ergebnis	23 005	22 841	162
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	23 008	22 974	34
überprüftes Ergebnis	23 008	22 847	161

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 16

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 4

*Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:*

<b>Stimmzettel</b>	<b>für Volkskammer</b>	<b>für Bezirkstag</b>
a) mit »Nein« beschriftet	28	21
b) durchkreuzt	122	130
c) mit Hetzlosungen	12	10

Von den in der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkten taucht im Vergleich zu dem Ergebnis der Volkswahlen am 17.10.1954 die Gemeinde Gremersdorf<sup>54</sup> auf. In dieser Gemeinde wurden in der Volksbefragung

- 337 Stimmen für Friedensvertrag,
- 132 Stimmen für EV[G]
- 139 ungültige Stimmen

gezählt. Das Ergebnis der Volkswahl am 17.10.1954 zeigt in dieser Gemeinde folgendes Ergebnis:

- 309 abgegebene Stimmen
- davon 37 gegen die Liste der Nat[ionalen] Front.

---

<sup>54</sup> Im Original durchgängig: »Kremersdorf«.



Die Gemeinde Gremersdorf setzt sich zusammen aus 4 Großbauern, 1 Mittelbauern und 11 Kleinbauern sowie einem volkseigenem Gut. Weiterhin ist in der Gemeinde Gremersdorf die CDU stark vertreten. Es konnte bei der Überprüfung des Wahlergebnisses festgestellt werden, dass in dieser Gemeinde die meisten Stimm Scheine mit Hetze versehen waren u. a. 7 Stimm Scheine mit Hakenkreuz, 4 Stimm Scheine mit Aufschrift »Adenauer, komm«.

Weitere in der Volksbefragung festgestellte Schwerpunkte treten bei der Volkswahl nicht in Erscheinung.

### Kreis Bergen

#### Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	34 024	31 183	1 772	1 069
überprüftes Ergebnis	34 026	29 275	1 791	2 960

#### Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten d[er] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	32 250	31 682	568
überprüftes Ergebnis	32 250	31 517	733
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	32 700	32 142	558
überprüftes Ergebnis	32 700	31 988	712

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 10

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 11

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	81	65
b) durchkreuzt	641	637
c) mit Hetzlosungen	11	10

Von den in der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkten trat im Ergebnis der Auswertung der Volkswahl wiederum die Gemeinde Karow in Erscheinung. Während der Volksbefragung gaben von 186 stimmberechtig-

ten Personen 118 ihre Stimme für den Friedensvertrag, 38 stimmten für EVG-Vertrag = 20,4 % und 30 Stimmen waren ungültig.

Das Wahlergebnis zur Volkswahl am 17.10.1954 in dieser Gemeinde zeigt folgendes Ergebnis:

- Wahlberechtigte: 187
- abgegebene Stimmen: 187
- für die Kand[idaten] der NF: 129
- gegen die Kand[idaten] der NF: 58

Über die Gemeinde Karow wurde durch die Kreisdienststelle eine Analyse erarbeitet. Diese Analyse besagt, dass hier keine Parteiarbeit, keine Arbeit der Massenorg[anisation] und auch keine Arbeit des Gemeindeparlaments zu verzeichnen ist. Außerdem gibt es in dieser Gemeinde starke Kritiken an der Arbeit des Staatsapparates, so gibt es z. B. in dem Ortsteil Trips<sup>55</sup> bis heute noch kein elektrisches Licht. Wiederholt sind dort von Vertretern des Staatsapparates Versprechungen gemacht worden, die dann nicht eingehalten wurden, des Weiteren sind starke Diskussionen über die Wohnraumfrage und Stallungen vorhanden. Außer diesen Dingen ist aber auch zu sagen, dass in Karow hauptsächlich Altbauern vorhanden sind. Es gibt dort 2 Großbauern, welche 62 bzw. 36 ha Land besitzen, des Weiteren 20 Mittelbauern, welche ca. 20 ha Land besitzen und 27 Neubauern, die Land aus der Bodenreform<sup>56</sup> erhalten haben.

Es gibt auch reaktionäre Elemente; der Mittelbauer [Name 8] tritt häufig sehr negativ in Diskussionen auf. In einer Wählerversammlung hetzte er gegen die Regierung der DDR und gegen den stellvertr[etenden] Ministerpräsidenten Walter Ulbricht.

Als weiterer Schwerpunkt ist die Gemeinde Lohme, Wahllokal 2, Ortsteil Nipmerow [anzusehen]. Von insgesamt 115 abgegebenen Stimmen wurden

---

<sup>55</sup> Im Original: »Tips«.

<sup>56</sup> In den Jahren 1945/1946 wurde in der SBZ eine Bodenreform durchgeführt. Die »Demokratische Bodenreform« hatte politische und soziale Ziele. Mit der Verteilung des Grundbesitzes sollte auch die ländliche Sozialstruktur grundlegend verändert werden. Daher wurden Großgrundbesitzer mit über 100 Hektar entgegen rechtsstaatlicher Prinzipien entschädigungslos und vollständig enteignet und noch dazu ab Herbst 1945 aus ihren Wohnorten vertrieben. Durch die Neuverteilung wurde vor allem landarmen oder -losen Bauern, Kleinpächtern und Vertriebenen ein eigenes Auskommen gegeben sowie die Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessert. Vgl. Bauerkämper, Arnd (Hg.): Junkerland in Bauernhand? Stuttgart 1996.

96 Stimmen den Kand[idaten] der Nat[ionalen] Front gegeben, 19 Stimmen wurden als Gegen- bzw. ungültige Stimmen gezählt. Bei der Volksbefragung gab es in Lohme 5,4 % EVG-Stimmen. In diesem Stimmbezirk machte sich der negative Einfluss der CDU, der Kirche und der »Zeugen Jehovas« bemerkbar. In der Nähe von Lohme befindet sich ein Kirchengut und gleichzeitig ein Heim.

In Lohme selbst gibt es bei den Bürgerlichen und selbst bei einigen Mitgliedern unserer Partei Kritiken an der Arbeit der Gemeindeverwaltung, außerdem wird der Parteisekretär unserer Partei beschuldigt, dass er sich während der Aktion bereichert habe.

Im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis in Bergen wird festgestellt, dass dort, wo besonders von den Wahlkabinen Gebrauch gemacht wurde, die schlechteren Ergebnisse erzielt bzw. zu verzeichnen sind.

### Kreis Putbus

#### Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	30 216	27 210	1 781	1 225
überprüftes Ergebnis	30 216	26 243	1 678	2 295

#### Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten d[er] NF	ungültige bzw. Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	24 234	24 035	199
überprüftes Ergebnis	24 234	23 987	247
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	24 235	24 043	192
überprüftes Ergebnis	24 235	24 002	233

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 6

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 7

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	27	20
b) durchkreuzt	215	208
c) mit Hetzlosungen	5	5

Von den in der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkten erscheint im Ergebnis der Überprüfung der Volkswahl die *Gemeinde Swantow*<sup>57</sup>. Von 425 Wahlberechtigten stimmten bei der Volksbefragung 78 für EVG, weitere 55 Stimmen waren ungültig. Im Ergebnis der Volkswahl wurden 38 Stimmen = 7,5 % gegen die Kandidaten der Nationalen Front abgegeben.

Swantow ist eine Gemeinde, die größtenteils aus Altbauern besteht. Der Einfluss der Kirche ist hier bedeutend. Es besteht hier wohl eine Grundorganisation unserer Partei, welche aber überhaupt keine politische Arbeit leistet. Die Mehrzahl der Mitglieder der SED sind alt, betätigen sich überhaupt nicht mehr und es macht sich bei einem Teil starke sozialdemokratische Tendenz[en] bemerkbar. Obwohl sie sich wirtschaftlich gut stehen, zeigt sich gegenüber unserer Entwicklung eine ablehnende Haltung.

Als weiterer Schwerpunkt in der Volkswahl wurde die Gemeinde Middelhagen<sup>58</sup> festgestellt. Hier wurde insg[esamt] 162 Stimmen abgegeben. 27 Stimmen waren gegen die Kandidaten der Nationalen Front zu verzeichnen. In Middelhagen befindet sich ein großer Prozentsatz Umsiedler, die heute hier als Neubauern tätig sind. Hier machte es sich schon in der Vergangenheit bemerkbar, dass diese Neubauern sehr unzufrieden waren. Diese Unzufriedenheit ist darauf zurückzuführen, dass im Zuge der Bodenreform keine richtigen Landvermessungen durchgeführt wurden und die Bauern dadurch höher veranlagt wurden. Des Weiteren ist zu verzeichnen, dass ein sehr leichter Boden vorhanden ist, aber die Bauern in weit höhere Bodenklassen eingestuft wurden. Vom Rat des Kreises Putbus wurde zu wenig unternommen und die Bauern haben zum Teil das Vertrauen verloren. Hinzu kommt, dass in dieser kleinen Gemeinde innerhalb kürzester Zeit dreimal der Bürgermeister gewechselt wurde und z. Zt. überhaupt kein Bürgermeister vorhanden ist. Es sind vier Mitglieder unserer Partei in der Gemeinde, die aber alt und unbeweglich sind und keinen Einfluss innerhalb der Gemeinde im Sinne unserer Partei ausüben.

<sup>57</sup> Im Original durchgängig: »Zwantow«.

<sup>58</sup> Im Original durchgängig: »Mittelhagen«.

Kreis Greifswald

Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amtliches Ergebnis	51 611	47 390	3 390	741
überprüftes Ergebnis	51 611	45 712	3 744	2 155

Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten [der] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amtliches Ergebnis	52 757	53 260	497
überprüftes Ergebnis	52 757	51 694	1 063
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	52 752	52 248	504
überprüftes Ergebnis	52 752	51 712	1 040

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 36

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 32

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	237	197
b) durchkreuzt	793	813
c) mit Hetzlosungen	33	30

Die bei der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkte traten bei der Auswertung des Ergebnisses zur Volkswahl nicht in Erscheinung. Als schlechte Gemeinde in der Volkswahl tritt die Gemeinde *Lodmannshagen* in Erscheinung. Von 282 abgegebenen Stimmen gab es 21 Gegenstimmen. In dieser Gemeinde, die zum Teil aus Großbauern besteht, gibt es teilweise noch negative Stimmungen und Einstellungen gegenüber unserer Regierung.

In der *Gemeinde Schlagtow* wurden von 182 abgegebenen Stimmen 20 Gegenstimmen gezählt. In der *Gemeinde Oldenburg* wurden von 81 abgegebenen Stimmen 12 Gegenstimmen gezählt. In der amtlichen Auszählung erscheint diese Gemeinde ohne Gegenstimmen. Dasselbe trifft auch zu auf die Gemeinde *Schlagtow*, wo ebenfalls in der amtlichen Auszählung keine Gegenstimme gezählt wurde.

Über die Ursachen der Verhältnisse der schlechten Abstimmungsergebnisse in diesen Gemeinden kann zurzeit noch keine Analyse gezogen werden, da über diese Gemeinden keine Unterlagen bei der Bezirksverwaltung vorliegen.

### Kreis Wolgast

#### Ergebnis der Volksbefragung

	Beteiligung	für Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amt[liches] Erg[ebnis]	61 514	56 321	3 932	1 261
überpr[üftes] Erg[ebnis]	62 320	53 552	4 082	4 686

#### Ergebnis der Volkswahl

	Beteiligung	f[ür] die Kandida- ten [der] NF	ungültige und Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amt[liches] Erg[ebnis]	44 679	44 593	86
überpr[üftes] Erg[ebnis]	44 679	44 235	444
<b>b) Bezirkstag</b>			
amt[liches] Ergebnis	44 754	44 664	90
überpr[üftes] Ergebnis	44 754	44 326	428

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 25

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 17

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	127	126
b) durchkreuzt	308	295
c) mit Hetzlosungen	9	7

Die in der Volksbefragung festgestellten alten Schwerpunkte traten bei der Volkswahl nicht mehr in Erscheinung. Neu festgestellte Schwerpunkte sind:

- *Gemeinde Liepe*: Von 311 abgegebenen Stimmen wurden 35 Gegenstimmen festgestellt. Das Dorf Liepe besteht vorwiegend aus Großbauern, Einfluss der CDU u[nd] Kirche ist stark vorhanden. Die Ursachen der Gegenstimmen sind in Feindsätigkeit zu suchen, da vermutlich von dort aus Verbindungen zum Ostbüro der CDU bestehen. Bestimmte Personen werden in dieser Gemeinde in diesem Zusammenhang operativ bearbeitet.

- In der *Gemeinde Krummin/Neeberg* haben von 244 abgegebenen Stimmen 37 gegen die Kand[idaten] der Nat[ionalen] Front gestimmt. In Krummin und Neeberg wohnen ausschließlich Groß- und Altbauern, die größtenteils früher der NSDAP angehört haben. Eine der Ursachen der schlechten Abstimmung in Neeberg kann die schlechte Stimmung auf den Staatsapparat sein, die dort vorhanden ist. So wurde schon seit längerer Zeit ein Antrag betreffs der Änderung mit den Grünflächen eingereicht, welcher aber bis heute noch unberücksichtigt blieb.
- In der *Gemeinde Mölschow* wurden von insgesamt 435 abgegebenen Stimmen 65 Stimmen gegen die Kandidaten der Nat[ionalen] Front gezählt. Eine genaue politische und wirtschaftliche Analyse und über die negativen Erscheinungen dieser Gemeinde liegen zurzeit bei der Bezirksverwaltung noch nicht vor, um entsprechende Schlussfolgerungen aus diesem schlechten Wahlergebnis ziehen zu können.

### Kreis Grimmen

#### Ergebnis zur Volksbefragung

	Beteiligung	f[ür] Fried[ens-] vertrag	für EVG	ungültig
amt[l]iches Erg[ebnis]	24 933	21 526	2 094	1 313
überpr[üftes] Erg[ebnis]	24 986	20 323	2 119	2 544

#### Ergebnis zur Volkswahl

	Beteiligung	für die Kand[ida- ten der] NF	ungültige u[nd] Gegenstimmen
<b>a) Volkskammer</b>			
amt[l]iches Erg[ebnis]	25 081	24 828	253
überpr[üftes] Erg[ebnis]	25 081	24 830	251
<b>b) Bezirkstag</b>			
amtliches Ergebnis	25 077	24 812	265
überprüftes Ergebnis	25 077	24 813	264

Streichungen von Spitzenkandidaten für die Volkskammer: 2

Streichungen von Spitzenkandidaten für den Bezirkstag: 1

Die ungültigen und Gegenstimmung gliedern sich wie folgt:

Stimmzettel	für Volkskammer	für Bezirkstag
a) mit »Nein« beschriftet	34	40
b) durchkreuzt	207	216
c) mit Hetzlosungen	10	8

Die in der Volksbefragung in Erscheinung getretenen Schwerpunkte traten in der Volkswahl nicht hervor. Als Schlusslicht in dem Abstimmungsergebnis des Kreises liegt die Gemeinde *Rakow, Ortsteil Grischow*, wo von 148 Stimmen 14 Stimmen gegen die Kand[iden]ten der Nat[ionalen] Front gezählt wurden. Über die Ursachen dieses verhältnismäßig schlechten Wahlergebnisses liegen keine genauen Anhaltspunkte zurzeit vor. Weitere Schwerpunkte in Bezug auf die Volkswahl sind im Kreise Grimmen nicht in Erscheinung getreten.

#### Schlussbemerkung zur Analyse über das Wahlergebnis

Bei der Überprüfung der Wahlergebnisse wurden teilweise eine Reihe von Gemeinden und Stimmbezirke festgestellt, die laut amtlichem Wahlergebnis eine 100%ige Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front zu verzeichnen haben. Unsere Überprüfung erbrachte jedoch den Nachweis, dass in diesen Gemeinden, wenn auch nicht viel, so doch immerhin einige ungültige und Gegenstimmen vorhanden waren.

Im Allgemeinen verweisen wir auf die anfangs gegebene Einschätzung im Abschnitt »allgemeine Einschätzung« hin, dass das Wahlergebnis im Bezirk Rostock mit 99,4 % für die Kandidaten der Nationalen Front nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen darf. Nach unserer Auffassung haben Feinde und Teile der negativ beeinflussten Bevölkerung es nicht gewagt, offen aufzutreten, die Wahlkabinen zu benutzen, um gegen die Kandidaten der Nationalen Front zu stimmen.

Die Bezirksverwaltung Rostock wird deshalb die in der Volksbefragung festgestellten Schwerpunkte und die sich aus der Volkswahl neu ergebenden Schwerpunkte beachten und die notwendigen Schlussfolgerungen für eine operative Bearbeitung dieser Schwerpunkte ziehen.

Leiter der Bezirksverwaltung  
Müller<sup>59</sup>

---

<sup>59</sup> Wilhelm Müller (1904–1970), 1945 Polizei Mecklenburg; 1947 Leiter Dezernat D der Polizei; 1951 Leiter der Abteilung V (Untergrund) der Länderverwaltung Mecklenburg; 1952 Stellvertreter Operativ, dann Leiter der BV Rostock; Ende 1954 Leiter der BV Schwerin; 1955 Versetzung zu den Inneren Truppen des MfS.



**1957**



## Information Nr. 85/57–Betrifft: Wahlen am 23. Juni 1957 (3. Bericht)

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 47, Bl. 40–55.

Bemerkungen: Der 1. Bericht vom 11.5.1957 beschreibt den angeblichen negativen Einfluss der Kirchen auf die Vorbereitung der Wahl. Die Information 80/57 vom 23.5.1957 ist der 2. Bericht in Vorbereitung auf die Wahl. Vgl. ebenda, Bl. 1–15 bzw. 18–33.

### I. *Einschätzung:*

In dieser Berichtsperiode sind entsprechend des weiteren Verlaufes der Wahlvorbereitungen folgende Erscheinungen bemerkenswert:

#### *Feindtätigkeit:*

Die Feindtätigkeit ist gegenüber der letzten Berichtsperiode nach vorliegenden Beispielen etwas stärker angestiegen. Schwergewicht bildet nach wie vor die Flugblattverbreitung durch westliche Agentenzentralen. Größeren Umfang als bisher nehmen jetzt ein:

- Wahlplakate werden entfernt, beschmiert, beschädigt oder beschmutzt,
- Anschlagkästen werden zerschlagen,
- Anonyme Briefe werden versandt,
- selbstgefertigte Hetzschriften bzw. Hetzschriften von westlichen Agentenzentralen werden befestigt bzw. in Briefkästen geworfen,
- Bürger erhalten Briefe aus Westdeutschland mit der Aufforderung, nicht zur Wahl zu gehen.
- Weiterhin wird von Personen versucht, in provokatorischer Form in Versammlungen aufzutreten und gegen führende Funktionäre zu hetzen (etwas stärker als bisher). Diese Personen wurden zum großen Teil festgenommen.

Der *Inhalt* dieser Hetzschriften, anonymen Briefe usw. ist vor allem eine Aufforderung der Bürger der DDR

- nicht zur Wahl zu gehen,
- die Stimmzettel ungültig zu machen,
- sich von der Wahlvorbereitung fernzuhalten,
- sich gegen die SED, die Regierung der DDR und gegen die Kandidaten zu stellen,
- die Wahlen als Rummel und Bluff anzusehen.

### *Besondere Erscheinungen bei den Vorbereitungen zu den Wahlen*

Auch hier sind – entsprechend des weiteren Verlaufes der Wahlvorbereitung – neben den in den letzten Berichten typischen Erscheinungen in der Haltung der bürgerlichen Parteien, der Kirche usw. folgende Momente etwas stärker in den Vordergrund getreten:

- die bürgerlichen Parteien versuchen weiterhin – vor allem auf dem Lande – ihren Einfluss zu stärken, deshalb z[um] T[eil] die provokatorischen Forderungen nach mehr Mandaten,
- es werden negative Personen, besonders auch Großbauern, als Kandidaten aufgestellt (vor allem DBD und CDU),
- Bürger wollen nicht zur Wahl gehen, wenn nicht bestimmte Kandidaten von der Wählerliste gestrichen werden. Oder verschiedene Bürger wollen aus persönlichen Verärgerungen nicht zur Wahl gehen (z. B. Wohnraumfragen, Reisepässe nach Westdeutschland<sup>1</sup> oder umgekehrt, Materialbelieferung usw.),
- einige Beispiele sind bekannt geworden, wo Bürger ihre Mandate zurückgeben, weil sie nicht damit einverstanden sind, Fragebogen auszufüllen.

Aus den Bezirken Frankfurt/O., Dresden und dem Wismut<sup>2</sup>-Gebiet wurde noch bekannt, dass es einzelne Orte gibt, wo Bürger gegen die Wohnobjekte der Roten Armee auftreten und eine Rückgabe fordern.

---

<sup>1</sup> Zum Überschreiten der innerdeutschen Grenze benötigten die Reisenden den sogenannten Interzonenpass, der 30 Tage gültig war und Reisen innerhalb Deutschlands ermöglichte. Dieser wurde 1953 abgeschafft. DDR-Bewohner mussten nun Ausreisegenehmigungen beantragen, wenn sie die innerdeutsche Grenze passieren wollten. Etwa 4 % der mit Genehmigung in den Westen gereisten DDR-Bürger kamen nicht wieder zurück. Um die steigenden Flüchtlingszahlen einzudämmen, »dichtete« die DDR ihre Westgrenze 1952 ab. Seit August 1956 war für jeden Grenzübertritt ein im Pass eingetragenes Visum erforderlich. Um die Zahl der Westreisen zu reduzieren, modifizierte die Volkskammer im Dezember 1957 das Passgesetz, womit das »Verlassen und Betreten des Gebietes der DDR ohne Genehmigung« unter Strafe gestellt wurde. Gleiches galt für das Abweichen von vorgeschriebenen Reisezielen, Reiserouten und Reisefristen. Wer die DDR ohne Genehmigung verließ, musste nun wegen Republikflucht mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Vgl. Schurig, Andreas: »Republikflucht« (§§ 213, 214 StGB/DDR): gesetzgeberische Entwicklung, Einfluss des MfS und Gerichtspraxis am Beispiel von Sachsen. Berlin u. a. 2016.

<sup>2</sup> Die Sowjetische Aktiengesellschaft Wismut war ein Bergbauunternehmen, das sich zwischen 1946 und 1990 in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR an Standorten in Sachsen und Thüringen befand und Uran förderte und aufbereitete. Uran war die Rohstoffbasis der sowjetischen Atomindustrie.

## II. Feindtätigkeit

*Berlin:* Im Stadtbezirk Mitte, Wirkungsbereich 37, versuchen Mitglieder der SPD, durch Kleider- und Lebensmittelspenden besonders bei älteren Personen Einfluss zu gewinnen. (wird op[erativ] bearbeitet)

*Rostock:*

- Krs. Bad Doberan: In den letzten Tagen erhielten drei Ärzte Briefe aus Westdeutschland. *Inhalt:* Aufforderung, ihre Stimmzettel zu durchkreuzen und mit einem deutlichen »Nein« ungültig zu machen. Es wurden eine Anzahl Flugblätter der KgU gefunden. *Inhalt:* Hetze gegen die Wahl.
- Greifswald: Auf einer Rechenschaftslegung, wo 19 Handwerker anwesend waren, wurde der Redner von diesen Personen ständig mit Zwischenrufen wie »Lauter Lügen«, »Quasselei« und »stimmt nicht« unterbrochen. Die Personen waren z[um] T[eil] in angetrunkenem Zustand. Wird op[erativ] bearbeitet, eine Person davon festgenommen.

*Frankfurt/O.:*

- Bernau: In der vergangenen Woche wurde die Geschäftsstelle der CDU telefonisch aufgefordert, sofort die Namen der Kandidaten der CDU aufgeschlüsselt nach sozialer Herkunft, insbesondere die der Intelligenz, zu geben. Die Person meldete sich mit »Zentraler Parteileitung Berlin«. Da die Person ihren Namen nicht sagte, wurde die Auskunft verweigert (wird nicht operativ bearbeitet).
- Frankfurt/O.: Als Antwort auf eine Protestresolution gegen die Stationierung von Atomwaffen an die Bonner Regierung erhielt die Haus- und Hofgemeinschaft in der Lessingstr. einen Brief, abgestempelt in Frankf[urt]/O., worin die Haus- und Hofgemeinschaft aufgefordert wird, solche Protestresolutionen in Zukunft zu unterlassen (Fachabteilung hat Kenntnis).
- Fürstenberg/West: Durch eine inoffizielle Quelle wurde bekannt, dass ein Kaufmann dieser gegenüber Folgendes äußerte: Wie lange willst Du denn noch mitmachen? Wie denkst Du über den 17. Juni? Kommt so etwas noch einmal, so stehe ich aber auf der anderen Seite. Zu den Wahlen werdet Ihr aber einen Reinflall erleben. Wenn die Wahlbeteiligung hoch ist, dann höchstens 80 %. Außerdem äußerte er, dass die Kommunisten alles Lumpen seien und dass er morgen schon von seinen Kollegen Dresche bekäme, weil er mit einem Kommunisten an einem Tische sitze. Festnahme erfolgte, die weitere op[erative] Bearbeitung übernimmt die KD<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> KD (Kreisdienststellen) waren territorial zuständige Dienststellen des MfS/SfS.

### *Neubrandenburg*

- Waren: Von der VP wurde eine Person festgenommen, die am 4.4.1957 in mehreren HO-Geschäften<sup>4</sup> provokatorisch Mangelware verlangte und damit drohte, »dass man bei der Wahl am 23.6.57 was erleben könnte«.
- Waren: Am 20.5.57 wurde von der VP ein Rentner festgenommen, der ein Hakenkreuz anschmierte.
- Weggun/Prenzlau: In der Nacht zum 16.5.57 wurde ein Wahlplakat von der Gemeinde entfernt. (Ermittlungen werden durch VP und die KD geführt).
- Krakow/Pasewalk: In der Nacht zum 17.5.57 wurde ein Wahlplakat von der Anschlagtafel abgerissen. (Ermittlungen durch VP)

### *Cottbus:*

- Kölsa/Herzberg: Die an der Gemeindetafel angebrachten Wahlbekanntmachungen wurden von unbekanntem Tätern beschädigt. Einen Tag später (17.5.57) wurden die Wahlbekanntmachungen gänzlich entfernt. (wird operativ bearbeitet)
- Birkenwerder/Oranienburg: In einer Gaststätte wurde am 8.5.57 ein Kreis tagsabgeordneter von einem Jugendlichen aus Birkenwerder beschimpft und beleidigt. Festnahme erfolgte. Bearbeitung VP.
- Vehlefanz/Oranienburg: Bei der Rechenschaftslegung am 28.4.57 störten 5–6 Jugendliche durch Unterhaltung und lautes Lachen den Verhandlungsablauf. Diese Jugendliche[n] sind mit dem ehem. Bürgermeister gut bekannt, der seiner Funktion enthoben und aus der SED ausgeschlossen wurde. Diese Person beleidigte in der Diskussion die Abgeordneten, worauf die o[ben] a[ngegebenen] Jugendlichen ihren Beifall zum Ausdruck brachten. Der ehem. Bürgermeister wurde festgenommen. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die VP.

---

<sup>4</sup> Die HO (Handelsorganisation) wurde 1948 als zentrales volkseigenes und größtes staatliches Handelsunternehmen für den Einzelhandel und das Hotel- und Gaststättenwesen gegründet und bot zur Verbesserung der regulären Versorgung der Bevölkerung anfangs bevorzugt lang entbehrte Gebrauchsgüter und Lebensmittel ohne Lebensmittelmarken an. Es bestand ein Preisunterschied zwischen dem Preis rationierter Waren und dem HO-Preis. Vgl. Marcel Boldorf: Planungswirtschaft, Ordnungs- und Preispolitik. In: Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, Werner Abelshäuser u. a. (Hg.): Oldenbourg 2016, Bd. 3. Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR: Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, S. 164.

*Potsdam:*

- Brandenburg: Der Leiter eines Betriebschores erhielt einen Brief. Inhalt: Aufforderung an die Chöre sich von den Wahlvorbereitungen fernzuhalten. Im Kreis Eberswalde würden das die Chöre so machen. (operativ bearbeitet)
- Schmachtenhagen/Oranienburg: In der Nacht zum 17.5.57 wurden die Bekanntmachungstafeln und die daran angebrachten Wahlbekanntmachungen mit Dung beschmutzt. (Ermittlung führt VP)
- Wünsdorf/Zossen: Am 21.5.57 wurden in versch[iedenen] Räumen der Gemeindeverwaltung 6 Stimmzettel gefunden. Inhalt: 50 Kandidaten für den Stimmenkreis 7 Land Brandenburg zum 3. deutschen Volkskongress. (Ermittlungen führt die KD)
- Krangen<sup>5</sup>/Neuruppin: In der Nacht zum 23.5.57 wurden 2 Wahlplakate abgerissen. (Ermittlungen führen KD und VP)
- Königs Wusterhausen: Es wurden insgesamt ca. 9 000 Hetzschriften von der KgU, der SPD und ZOPE [Zentrale Organisation politischer Emigranten aus der UdSSR] gefunden.
- Krs. Zossen: Der Sektionsleiter einer Sportgemeinschaft erhielt einen Brief. Inhalt: »Die Sportler sollen sich von den Wahlvorbereitungen fernhalten.« Unterzeichnet: [Name 1], HSG [Hochschulsportgemeinschaft] Wissenschaft Babelsberg
- Wildberg/Neuruppin: Nach einer Wahlversammlung wurde ein Kandidat (NDPD) mit Sand beworfen. (Ermittlungen führt VP)
- Gömnigk<sup>6</sup>/Belzig: Am 17.5.57 wurden 2 Wahlplakate abgerissen. (Ermittlungen führt VP und KD)
- Treuenbrietzen<sup>7</sup>/Jüterbog: Am 19.5.57 wurde eine Person aus Babelsberg festgenommen, weil sie randaliert und Wahlplakate abgerissen hatte.
- Koppenbrück/Kyritz: Am 19.5.57 wurde die Kandidatenliste, die an der Gemeindetafel angebracht war, mit einer Hetzlosung aus Zeitungsbuchstaben folgenden Inhalts überklebt: »Gebt's diesen Kandidaten wie dem Arbeiterfunktionär Hagedorn<sup>8</sup> aus Rathenow, Ihr helft Euch selbst.«

---

<sup>5</sup> Im Original: »Krage«.

<sup>6</sup> Im Original: »Goenick«.

<sup>7</sup> Im Original: »Treuenbriezen«.

<sup>8</sup> Wilhelm Hagedorn (1894–1953) war nach 1945 drei Jahre lang bei der politischen Leitung der Polizei angestellt. Danach ließ er sich aus Altersgründen aus der Polizei entlassen und wurde Leiter des Betriebsschutzes der HO-Läden in Rathenow. Hagedorn hatte sich 1951 in einer Gaststätte damit gebrüstet, er habe an die 300 »Faschisten« und »Agenten« entlarvt und einsperren lassen. Das machte ihn in Rathenow verhasst, und auch der West-Berliner Rundfunksender RIAS

(Hagedorn wurde am 17.6.53 ermordet, Ermittlungen führten die VP und die KD.)

- Potsdam: Der Oberbürgermeister erhielt einen Brief mit Westzeitungen und einer handschriftlichen Aufforderung, diese an andere Personen weiterzuleiten.
- Semlin/Rathenow: Auf einem Waldwege wurde am 15.5.57 eine handgeschriebene Hetzlosung gefunden. Inhalt: Hetze gegen die Aufstellung des Bürgermeisters als Kandidat. (Ermittlung führt KD)
- Lehnitz/Oranienburg: Am 26.4.57 wurden die Scheiben des Anschlagkastens der SED zerschlagen und die darin befindlichen Wahlplakate entfernt. (Ermittlungen führt VP)

#### *Magdeburg:*

- Seehausen: Die Redaktion der »Volksstimme« erhielt einen anonymen Brief. Inhalt: Hetze gegen die Wahl. Abgestempelt war der Brief in der Gemeinde Drüsedau/Seehausen. (Ermittlungen führen KD und VP)
- Salzwedel: Das Kreiswahlbüro erhielt einen anonymen Brief. Inhalt: faschistische Hetze. (Ermittlungen führen VP und KD)
- Nedlitz/Zerbst: Am 13.5.57 wurden Einladungen zu Wählervertreterkonferenzen abgerissen. (Ermittlungen VP)
- Oebisfelde<sup>9</sup>/Klötze: Die SED-Ortsleitung erhielt am 19.5.57 einen anonymen Brief. Inhalt: Gegen die SED und Kandidaten zu den Wahlen. (Ermittlungen führt die VP)
- Wegenstedt/Haldensleben: Auf dem Bahnhofsgelände wurde durch einen Minderjährigen die Losung: »Arbeitet in den Aktivs und Kommissionen« in »Arbeitet nicht in den ...« umgewandelt. (Überprüfung, ob Anstiftung vorliegt erfolgt durch die VP)
- Schönebeck: Vom Ortsvorsitzenden der DBD wurden Versuche unternommen, die Wahlvorbereitungen zu stören. Er hatte erreicht, Mitglieder aus der LPG zum Austritt aus der SED und Eintritt in die DBD zu bewegen. In der Gemeinde agitiert er, dass die DBD die stärkste Partei werden müsse und den Bürgermeister stellen wird. (op[erative] Bearbeitung durch KD)
- Wahrenberg/Seehausen: In den Wahlversammlungen stellten Großbauern verschiedene Forderungen. Sie hetzten besonders gegen die Durch-

---

hatte namentlich vor Hagedorn gewarnt. So kam es beim Aufstand des 17. Juni 1953 im Anschluss an die Demonstration in Rathenow dazu, dass Hagedorn von einigen Teilnehmern erkannt, gejagt und misshandelt wurde. Er verstarb an den Folgen. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR: Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 188–190.

<sup>9</sup> Im Original: »Öbisfelde«.



führung der Wahlen, gegen die DDR und LPG. Das aggressive Auftreten wurde von dem Ortsvorsitzenden der VdgB unterstützt. (op. Bearbeitung durch KD)

#### *Halle:*

- Delitzsch<sup>10</sup>/Merseburg: In der Bauernversammlung am 29.4.57, auf der auch die Kandidaten für die Wahl zur Vorlesung gebracht wurden, äußerte sich ein werktätiger Bauer in sehr abfälliger Weise über dieselben und beleidigte die Versammlungsleitung mit groben Schimpfworten. Er ist Vorstandsmitglied der VdgB. Schnellverfahren wurde eingeleitet.
- Wiederstedt<sup>11</sup>/Hettstedt: Nach der Rechenschaftslegung in der Gemeinde äußerte sich der Gastwirt: »Ich bin bald im Westen. Wirtschaftlich kann ich nicht mehr weiter. Die Steuern sind zu hoch und nicht mehr aufzubringen. Bevor ich aber nach dem Westen gehe, werde ich mein Grundstück anbrennen, damit niemand mehr Nutzen davon hat.« Wird op[erativ] bearbeitet.
- Ammendorf: Am 8.5.57 haben unbekannte Täter vier Plakate, auf den[en] Wahlbezirke benannt waren, abgerissen.

#### *Leipzig:*

- Gröppendorf<sup>12</sup>/Oschatz: Am 11.5.57 wurden durch drei unbekannte Täter zwei Bekanntmachungen über die Wahl und eine »Rundschau« entfernt und in unmittelbarer Nähe verbrannt. (wird op[erativ] bearbeitet)
- Krs. Döbeln: Von der KgU wurden in der letzten Zeit ca. 3 000 Hetzschriften »und das nennt Ulbricht Wahlen« gefunden.
- Limmritz/Döbeln: In der Nähe des Bahnhofes wurden drei Wahlbekanntmachungen von unbekanntem Tätern entfernt. (wird op[erativ] bearbeitet)
- Wurzen: Im Café des Friedens wurde eine handgefertigte Hetzlosung abgelegt. Inhalt: »Wahlen am 23.6.57 seien ein großer Rummel – wo ist die SPD.« Kurze Zeit später wurde dort ein Flugblatt der SPD gefunden. Inhalt: »Volksarmee gegen Volk.« (wird op[erativ] bearbeitet)
- Frohburg<sup>13</sup>/Geithain: Im Flur des Rathauses wurde am 15.5.57 ein handgeschriebener Hetzzettel angebracht. Inhalt: »Wahl – Bluff<sup>14</sup> – Schwindel.« (wird op[erativ] bearbeitet)

---

<sup>10</sup> Im Original: »Delitz«.

<sup>11</sup> Im Original: »Wiederstedt«.

<sup>12</sup> Im Original: »Groppendorf«.

<sup>13</sup> Im Original: »Frohberg«.

<sup>14</sup> Im Original: »Pluff«.

### *Karl-Marx-Stadt:*

- Grumbach/Annaberg: Am 11.5.57 wurde die Kandidatenliste, die an der Anschlagtafel angebracht war, beschädigt. (wird op[erativ] bearbeitet)
- Mittweida/Hainichen: Am 9.5.57 wurden an einer Anschlagtafel ein Revolver und ein Karabiner angemalt und darunter die Worte – »Freitag Versammlung« geschmiert. Am 10.5.57 fand die Wählerkonferenz statt. (wird op[erativ] bearbeitet)
- Ebmath/Oelsnitz: Am 16.5.57 wurden am Wartehäuschen der Bus-Haltestelle ein Wahlplakat abgerissen und eines beschädigt. (Täter wurde festgenommen)
- Glauchau: Während der Ausschusssitzung der Nationalen Front im Bahnhofs-Hotel wurden die Anwesenden, meist SED-Mitglieder, von zwei Jugendlichen, die in der Gaststätte saßen, aufs Gröblichste beschimpft und beleidigt. Als die Ausschussmitglieder das Lokal verließen, betrieben die Jugendlichen Mordhetze und griffen diese Personen tätlich an. Beide Jugendliche wurden von der VP festgenommen.

### *Dresden:*

- Lohmen/Sebnitz: Am 10.5.57 wurden zwei handgeschriebene Hetzschriften gefunden (Hetze gegen die Wahl). (Ermittlungen führt die VP)
- Ottenhain/Löbau<sup>15</sup>: Am 26.4.57 war an der Autobushaltestelle ein Zettel angebracht. Inhalt: »Gegen den Bürgermeister und Aufforderung, dass er weichen soll, wenn der Straßenbau nicht vorangetrieben wird.«
- Klotzsche/Dresden: Auf dem Flugplatz, Objekt 23, wurden am 29.4.57 mehrere Hetzschriften zusammengelegt gefunden.
- Schönbach/Löbau: Eine Einwohnerin erhielt aus Idstein im Taunus einen Brief, indem sie aufgefordert wurde, an der Einweihung des Denkmals für die in diesem Gebiet Gefallenen des 2. Weltkrieges am 23.6.57 teilzunehmen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, falls ihr weitere Personen im Gebiet der DDR bekannt seien, deren Angehörige dort ebenfalls gefallen sind, diese auch einzuladen.

### *Erfurt:*

- Krs. Worbis: Von der KgU wurden ca. 2 000 Flugblätter sichergestellt. Inhalt: »Und das nennt Ulbricht Wahlen.«
- Krs. Apolda: Vom SPD-Ostbüro<sup>16</sup> wurden ca. 300 Flugblätter sichergestellt.

---

<sup>15</sup> Im Original: »Löbau«.

<sup>16</sup> Nach der Gleichschaltung der Parteien und Gewerkschaften in der SBZ wurden Ostbüros der SPD, CDU, FDP und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in West-Berlin und Westdeutschland gegründet. Wesentliche Aufgaben der

- Inhalt: »Wir sagen nein zu den Betrugswahlen.«
- Erfurt: In Stadtmittle wurden am 18.5.57 ca. 20 selbstgefertigte Hetzschriften in öffentliche Briefkästen geworfen. Inhalt: »Gebt Euch keine Mühe mit Eurer aufdringlichen Wahlpropaganda, wir wählen zusammen mit einem vereinigten Deutschland.« (wird op[erativ] bearbeitet)
- Am 15.5.57 wurde am Stadtrand eine Glasröhre gefunden, in der eine selbstgefertigte Hetzschrift war. Inhalt: »Nicht für den Frieden, sondern für den Krieg stimmen, die DDR sei abgewirtschaftet.« (wird op[erativ] bearbeitet)
- Durch die Post wurde an zehn Bürger ein handgeschriebener Hetzbrief versandt. Inhalt: »Aufforderung nicht zur Wahl zu gehen.« Poststempel: Wuppertal – Barmen. (wird op[erativ] bearbeitet)
- In einem Privatbetrieb (Stanzmesser und Schmittebau) mit einer Belegschaftsstärke von 60 Personen sind ca. 20% ehem. SPD-Mitglieder. Dieser Personenkreis nimmt eine abwartende bzw. feindliche Haltung zu den Wahlen ein. Das äußert sich in der Form, dass sie die Einheitslisten ablehnen und darüber hinaus die Forderung erheben, dass die SPD als Partei wieder zugelassen wird. (op[erative] Bearbeitung erfolgt)

*Suhl:*

- Zella-Mehlis: Auf ein Sportplakat wurde geschmiert: »Wählt Hitler und sein Gefolge.«
- Schmalkalden: Der Ausschuss der Nat[ionalen] Front erhielt eine anonyme Karte. Inhalt: Gegen die Kandidatur eines LDPD-Angehörigen. Würde dieser nicht abgesetzt, wollte der größte Teil der Bürger von Breitungern nicht zur Wahl gehen.
- Sonneberg: Im VEB Stern-Radio wurde einer Arbeiterin (SED) in die Handtasche ein Zettel gesteckt. Inhalt: »Kennt Ihr den? Deine Stimme niemals den Kandidaten der Nat[ionalen] Front.« (Maßnahmen eingeleitet)
- Suhl: In der Gaststätte »Grüner Kranz« diskutierten vorwiegend ehem. SPD-Mitglieder über die Einheitslisten. Zum Beispiel, dass es in der DDR

---

Ostbüros waren: die Koordination der Widerstandsarbeit gegen undemokratische Maßnahmen und Menschenrechtsverletzungen in der SBZ bzw. DDR, die Betreuung der aufgrund ihrer politischen Meinung bzw. Betätigung zu Haftstrafen verurteilten Mitglieder und ihrer Angehörigen, Fortführung der politischen bzw. gewerkschaftlichen Betätigung auch nach der Vereinnahmung (SPD, DGB) bzw. dem Verlust der politischen Selbstständigkeit (CDU, LDPD) im Osten, Öffentlichkeitsarbeit im Westen und der Versuch der Herstellung einer Gegenöffentlichkeit im Osten, die Betreuung der Flüchtlinge aus der DDR. Vgl. Buschfort, 2000.

keine richtigen Wahlen gäbe und es auch keine demokratischen Wahlen seien. (op[erative] Bearbeitung durch Abt. V/2)

In der Wahlvorbereitung treten die »Zeugen Jehovas« aktiv in Erscheinung, in dem sie Mitglieder für ihre Sekte werben und diese beeinflussen, nicht zur Wahl zu gehen. Außerdem werden Einladungen vergeben, an einem Treffen der »Zeugen Jehovas« am 18. und 18. Juli [sic] in Westberlin teilzunehmen. (op[erative] Bearbeitung durch die BV [Bezirksverwaltung])

- Hildburghausen: Von einem Oberschüler dieser Oberschule wurde Folgendes zum Ausdruck gebracht: »Keiner braucht zu denken, dass von der Oberschule Jugendliche zur Wahl gehen, die 18 Jahre sind. Lieber gehen wir noch vor dem Abschluss einen anderen Weg, nämlich nach Westdeutschland.« (wird op[erativ] bearbeitet)
- Schmiedefeld/Ilmenau: Der Besitzer eines privaten Quarzbetriebes forderte den 2. Bürgermeister (DBD) auf, sein Mandat niederzulegen und bei ihm zu arbeiten. Er würde 800 DM verdienen und hätte 15.15 Uhr Feierabend. Als stellv[ertretender] Bürgermeister hätte er nur 500 DM und müsste auch abends noch zu Sitzungen und Versammlungen gehen. (wird op[erativ] bearbeitet)

### III. Besondere Erscheinungen zur Wahl

*Berlin:* Die landeskirchliche Gemeinde Berlin C 2, Georgenkirchstr. 47 fährt am 23. Juni 1957, 8.00 Uhr, mit einem Sonderdampfer nach Krampenburg. Anzahl der Fahrgäste: 128 Personen. In den Abteilungsversammlungen der SPD in Friedrichshain und Prenzlauer Berg wurde beschlossen, dass die Mitglieder an den Wahlen am 23. Juni nicht teilnahmen.

*Frankfurt:*

- Gersdorf/Freienwalde: In der Gemeindevertreterversammlung am 26.4.57 versuchten vier Personen, den ABV<sup>17</sup> durch negative Äußerungen herauszufordern. Außerdem wurden zwei Angehörige der Sowjetarmee, die dort in diesem Lokal anwesend waren, belästigt. Eine von diesen Personen wurde festgenommen und wird nach Paragraph 110<sup>18</sup> abgeurteilt. Die anderen drei Personen sind unbelastet und werden nicht bearbeitet.

---

<sup>17</sup> ABV ist die Kurzform für »Abschnittsbevollmächtigter«, ein Angehöriger der Volkspolizei, der für Sicherheit und Ordnung in einem bestimmten Gebiet zuständig war. Er war erster Ansprechpartner des SfS bzw. MfS, wenn es um Personeninformationen ging.

<sup>18</sup> § 110 des damals noch geltenden Reichsstrafgesetzbuchs (RStGB) regelt in seinem VI. Abschnitt den Straftatbestand »Widerstand gegen die Staatsgewalt«.

### *Neubrandenburg:*

- Gevezin: Bei einer Aussprache mit den Kandidaten für die Gemeindevertretung forderten Mitglieder der DBD statt 12 20 Mandate. Sie erklärten, sie wären sonst mit der Wahl nicht einverstanden. Als dies nicht gestattet wurde, zogen sämtliche Mitglieder der DBD ihre Mandate zurück. Die KD nahm mit der Leitung der SED Rücksprache, um Maßnahmen einzuleiten. Weiterhin soll mit dem Kreissekretär der DBD gesprochen werden.

*Cottbus:* Im zweisprachigen Gebiet, vor allem in den Randgebieten, wird von Teilen der sorbischen Bevölkerung der sorbische Unterricht an den Schulen abgelehnt. Auch will man nicht wie in den Gemeinden Naundorf/Calau und Hornow/Guben zur Wahl gehen, wenn zweisprachige Wahllisten herausgegeben werden. In der Stadt Vetschau/Calau sind z. B. die zweisprachigen Wählerlisten dem Wahlbüro des Kreises ohne Kommentar zurückgeschickt worden.

### *Potsdam:*

- Luckenwalde: Aus diesem Kreis wurde bekannt, dass sich die »Zeugen Jehovas« darüber einig wären, dass sie am 23.6.57 nicht zur Wahl gehen. Inoffiziell wurde bekannt, dass die CDU des Bezirkes Potsdam eine inoffizielle Erhebung der bürgerlichen Mandate (CDU – NDPD, LDPD außer DBD) durchgeführt hat. Dabei wird erklärt, dass die o[ben] a[ngegebenen] Parteien ca. 40 Mandate zu wenig haben, die sich aber die SED genommen hätte. Die Blockarbeit sei bisher in den vergangenen Jahren gut gewesen, aber jetzt würden dadurch die ersten Auseinandersetzungen kommen.

### *Magdeburg:*

- Klötze: In diesem Kreis mussten in den letzten drei Wochen 3 Versammlungen zur Vorbereitung der Wahlen ausfallen, weil die Beteiligung zu gering war und die Landbevölkerung sich an den Kirchenstunden beteiligte.

### *Leipzig:*

- Geithain: Inoffiziell wurde bekannt, dass in diesem Kreis die Vorschläge für 2 Großbauern aus der Vdgb und je einer der anderen kleinbürgerlichen Parteien gemacht wurden.
- Trages<sup>19</sup>/Borna: In dieser Gemeinde kamen vier Großbauern in Vorschlag.
- Leipzig: Diese Beispiele lassen sich in diesem Bezirk noch erweitern und die inoffizielle Person sagte einschätzend, dass in diesem Bezirk fast an

---

<sup>19</sup> Im Original: »Draages«.

die 50 Großbauern als Kandidaten für die Gemeindevertretung in Vorschlag gebracht wurden.

*Karl-Marx-Stadt:*

- Reichenbach/Vogtl[and]: In diesem Ort will der Jugendpfarrer von der Ev[angelischen] Kirche mit einer Delegation der Jungen Gemeinde ca. 40 Personen nach Moers/Westdeutschland<sup>20</sup> fahren. Der Pfarrer der Methodistengemeinde will ebenfalls mit einer Delegation von 30 Personen am 23.6.57 nach Westdeutschland fahren. Von der Abt. Inneres des Kreises wurden Maßnahmen eingeleitet.

*Dresden:*

- Weißbach<sup>21</sup>/Königsbrück: In dieser Gemeinde wird von einer Reihe von Einwohnern die Forderung gestellt, dass die zehn Häuser, welche von den Freunden besetzt sind, freigestellt werden sollen. Diese Forderung, die schon Jahre anhält, wurde in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Rates des Kreises gestellt und dabei mit den Wahlen in Abhängigkeit gebracht. In diesem Schreiben steht u. a.: »Wenn Ihnen daran liegt, dass wir am 23.6.57 zur Wahl gehen, dann schaffen Sie in dieser Angelegenheit nach zwölf Jahren Klarheit.« Vom Rat des Kreises wurden bereits Verhandlungen mit den sowj[etischen] Freunden aufgenommen, jedoch bis jetzt ohne Erfolg.

---

<sup>20</sup> Im Original: »Mörs«.

<sup>21</sup> Im Original: »Weissbach«.

## Verhaftungen wegen Verbrechen gegen die Wahl am 23. Juni 1957 (Zusammenfassung)

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 3840, Bl. 1–11 [ediert wurde Bl. 1 f.]

Empfänger: Vermutlich Sekretär für Sicherheit im Zentralkomitee der SED, Erich Honecker.

Absender: Ministerium für Staatssicherheit, Berlin, Erich Mielke.

Vermerk: Gefertigt: 6 Exemplare, 1. Exemplar; Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!

Bemerkung: Am Beginn des Dokuments Unterschrift von Erich Mielke und das Unterschriftskürzel »EH« von Erich Honecker.

I.

1.) Zurzeit werden von den Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit *Untersuchungen gegen 24 verhaftete Personen*<sup>1</sup> geführt, die Verbrechen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Volkswahlen begangen haben.

MfS	Verhaftung(en)
Verwaltung Groß-Berlin	3
Objektverwaltung »W«	–
Cottbus	2
Dresden	–
Erfurt	3
Frankfurt	3
Gera	1
Halle	9
Karl-Marx-Stadt	–
Leipzig	3
Magdeburg	–
Neubrandenburg	–
Potsdam	–
Rostock	–
Schwerin	–
Suhl	–

<sup>1</sup> Kursive Passage im Original unterstrichen und zusätzlich handschriftlich angestrichen.

2.) *Delikte der verhafteten Personen:*

Boykotthetze					
	mit Gewalt- androhung	in Wahlver- samml[ung]	sonst[ige] i[n] d[er] Öffent- l[ich]k[eit]	Flugbl[att] Plakate	insge- s[amt]
Verw. Gr[oß] B[er]l[in]	1	1	–	1	3
Cottbus	–	2	–	–	2
Erfurt	–	–	2	1	3
Frankfurt	1	–	1	1	3
Gera	–	1	–	–	1
Halle	2	–	6	1	9
Leipzig	1	1	1	–	3
insgesamt	5	5	10	4	24

3.) *Soziale Stellung der Verhafteten*

Arbeiter		11 <sup>a</sup>
in Privatbetrieben	4	
in VEB	7	
Angestellte		6
in VEB	6	
LPG-Arbeiter		1
selbstständige Gewerbetreibende		3
Studenten		1
Hausfrauen		2

a Im Original wurde diese Zahl von Erich Honecker unterstrichen.

[Im Original schließt sich eine mehrseitige Auflistung der durch das MfS eröffneten Untersuchungsvorgänge gegen die 24 Verhafteten mit Begründung an. Vgl. BStU, MfS, ZAIG 3840, Bl. 3–11.]



## Information Nr. 96/57 – Betrifft: Wahlen am 23. Juni 1957 (6. Bericht)

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 47, Bl. 124–140.

Bemerkung: Drei Tage vor der Wahl endet die Berichtsreihe zur Feindsätigkeit in Vorbereitung der Wahlen mit diesem 6. Bericht. Der 4. Bericht vom 6.6.1957 ist als Information 88/57 verzeichnet. Der 5. Bericht ist mit Information 91/57 überschrieben und auf den 8.6.1957 datiert. Vgl. ebenda, Bl. 66–82 bzw. 85–96. Zu den Berichten 1–3 siehe Bemerkung Dokument 20. – Anzahl der Exemplare: 10.

In dieser Berichtsperiode wird von verschiedenen Bezirken eingeschätzt, dass die Feindsätigkeit entsprechend dem Fortschreiten der Wahlvorbereitungen weiter zugenommen hat. Ihre Formen sind dieselben geblieben: Flugblattverbreitung, Abreißen von Wahlplakaten, wobei besonders auch Listen, auf denen die Kandidaten vorgestellt werden, beschmiert oder beschädigt werden, Verschicken von anonymen Briefen, Verbreitung von handgeschriebenen Hetzschriften, Drohbriefe.

In verschiedenen Fällen wurden wiederum Personen inhaftiert, weil sie in provokatorischer Art gegen die Wahlen oder führende Funktionäre hetzten.

Besonders aktiv bei der Wahlvorbereitung ist weiterhin die *Kirche*, die versucht, die Wahlen zu sabotieren, indem sie nach Westberlin oder Westdeutschland zu Tagungen, Veranstaltungen einlädt oder in der DDR selbst Ausflüge, Veranstaltungen u. a. plant. Ebenso werden von Pfarrern oder anderen kirchlichen Personen Hausbesuche oder Vorträge durchgeführt.

### I. Feindsätigkeit

#### *Berlin:*

Wahlplakate wurden in der Zeit vom 5. bis 11.6.57 in 7 Stadtbezirken beschädigt. Hetzlosungen wurden in Treptow, Köpenick, Friedrichshain angebracht.

Inhalt:

- Hetze gegen Wilhelm Pieck und SED
- Forderung nach Streikrecht (VEB Berlin-Chemie)
- »Dein Ja zum Volksaufstand«

In 4 Fällen wurden im Stadtbezirk Pankow Fernsprechleitungen (Verbindungen zwischen Wahlstützpunkt und Auslegestellen) zerschnitten. (Bearbeitung durch VP)

Provokationen wurden in Mitte, Treptow, Köpenick und Friedrichshain bekannt. Diese Provokationen wurden jeweils nur von einer Person durchgeführt. Inhalt der Provokationen: gegen Regierung und deren Politik gegen SED und bevorstehende Wahlen, fasch[istische] Äußerungen.

*Potsdam:*

Im Bezirk Potsdam wurden in der 1. Junihälfte insgesamt 28 Fälle von Beschädigungen von Wahlplakaten, 9 Fälle von Hetze gegen die Wahl, 3 Fälle von Schmierereien und 4 Fälle von Tätlichkeiten bekannt. (Kreise Wittstock, Belzig, Pritzwalk, Brandenburg, Königs Wusterhausen, Potsdam-Land und Nauen)

- Zeesen/Körbiskrug/Königs Wusterh[ausen]: Ein Plakat, auf welchem die Kandidaten aufgeführt waren, wurde mit weißer Farbe beschmiert und durch[ge]kreuzt. Einen Tag später wurden von der Bekanntmachungstafel alle Plakate und Bekanntmachungen entfernt (Täter sind in diesem Falle vermutl[ich] Jugendliche) (Bearbeitung durch KD).
- Hohenseefeld/Jüterbog: Am 21.5.57 fand in der Kirche ein Vortrag der »Jungen Gemeinde« statt, an dem sich ca. 125 Personen, vorwiegend Jugendliche, beteiligten. Ein Pfarrer führte hier aus, dass er sich freuen würde, die anwesenden Personen am 23.6.57 so zahlreich nach Westberlin zur Waldbühne zu führen, um an dem dort stattfindenden Jugendtreffen teilzunehmen.
- Potsdam: Studenten der Päd[agogischen] Hochschule übergaben 8 Briefe mit Hetzschriften der KgU. Überschrift: »Verfassung außer Kraft«.
- Falkensee/Nauen: 5 Wahlplakate wurden beschädigt (Erm[itteilungen] durch VP). Weiterhin wurden 18 Wahlplakate mit Kreide beschmiert oder zerrissen. Ein Jugendlicher wurde ermittelt. Er gab an, von einer Westberliner Person den Auftrag erhalten zu haben, Plakate abzureißen, was er jedoch nicht getan hätte. (Erm[itteilungen] durch VP)
- Eichwalde/Königs Wusterh[ausen]: 3 Personen wurden gegen einen ABV tätlich, u. a. beschimpften sie ihn und erklärten, »am 23.6.57 werdet ihr die Antwort auf eure Demokratie bekommen«. 2 Personen wurden festgenommen. (Erm[itteilungen] VP)
- Ziesar/Brandenburg: Es wurden 2 Personen gestellt, als diese FDJ-Fahnen herunterreißen wollten. Es handelt sich um einen westdeutschen Bürger und einen Rossschlächter aus Ziesar. (Erm[itteilungen] durch VP)
- Weseram<sup>1</sup>/Brandenburg: Ein Bauer hetzte gegen die aufgestellten Kandidaten. Er wurde zur Geldstrafe verurteilt.
- Meyenburg<sup>2</sup>/Pritzwalk: Ein Dachdecker wurde festgenommen, weil er

---

<sup>1</sup> Im Original: »Weserau«.

<sup>2</sup> Im Original: »Myenburg«.

- gegen Funktionäre Mordhetze trieb. (Ermittlungen KD und VP)
- Görzke<sup>3</sup>/Belzig: Eine Person wurde zu 4 Monaten Haft verurteilt, weil sie gegen die DDR und die VP gehetzt hatte.
- Neuruppin: Vor einem Gartengrundstück in Neuruppin wurde eine Hetzlosung angebracht. Neben der Hetzlosung befanden sich zwei Werke von Lenin.<sup>4</sup> Op[erative] Bearbeitung.

#### *Rostock:*

- Boltenhagen<sup>5</sup>/Grimmen: Es wurden mehrere Male Wahlplakate abgerissen. Im Verdacht steht eine Gruppe Jugendlicher.
- Krs. Rostock: Es wurden ca. 1 000 Flugblätter (Sozialdemokrat Nr. 7) sichergestellt. Inhalt: »Aufforderung, die Stimmzettel mit ›Ungültig‹ zu beschriften.«
- Greifswald: Die Molkerei erhielt einen Brief mit gefälschtem Kopf GHK [Großhandelskontor] Wismar, indem sie angewiesen wurde, die Bestände an Camembert-Käse für die III. Dekade Juni auf die I. Dekade Juni vorzuziehen. Vom Rat des Bezirkes wurde so eine Anweisung nicht erlassen.

#### *Schwerin:*

- Diestelow<sup>6</sup>/Lübz: Von unbekanntem Tätern wurden 9 Plakate abgerissen (Bearbeitung durch KD).
- Luckwitz/Hagenow und Tramm/Schwerin: Es wurde die Hetzschrift »Das Nein der Wähler« angebracht (Bearbeitung durch KD).
- Bresegard<sup>7</sup>/Ludwigslust: Es wurden 2 Wahlplakate abgerissen (Bearbeitung durch KD).
- Parchim: Es wurden an mehreren Plakaten die Fotos von Kandidaten durchgestrichen (Bearbeitung durch KD).
- Neustadt/Glewe und Schiefenberg<sup>8</sup>/Güstrow: Es wurden Plakate abgerissen (Bearbeitung durch KD).

---

<sup>3</sup> Im Original: »Goerske«.

<sup>4</sup> Lenin, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow (1870–1924), war ein russischer kommunistischer Politiker und Revolutionär sowie marxistischer Theoretiker, Vorsitzender der Bolschewiki-Partei und der aus ihr hervorgegangenen Kommunistischen Partei Russlands (1912–1924), Regierungschef der Russischen SFSR (1917–1924) und danach der Sowjetunion (1922–1924), als deren Begründer er gilt. Vgl. Service, Robert: Lenin. Eine Biographie. München 2000.

<sup>5</sup> Im Original: »Holtenhagen«.

<sup>6</sup> Im Original: »Distelow«.

<sup>7</sup> Im Original: »Pressegard«.

<sup>8</sup> Ortsangabe nicht ermittelt.

*Cottbus:*

- Spremberg/Kochsdorf: Es wurden 4 Wahlplakate abgerissen (Ermittlungen führt VP).
- Maasdorf<sup>9</sup>/Liebenwerda: Von Jugendlichen wurden 3 Wahlplakate abgerissen. Mit den Jugendlichen wurde eine Aussprache durchgeführt.
- Saspow/Cottbus: Am 11.6.57 fuhren nachts ca. 15 Radfahrer und ein Pkw durch den Ort und sangen in der Nähe der Wohnung des Vorsitzenden der NF auf Kommando das Horst-Wessel-Lied<sup>10</sup>. Beteiligte Personen konnten nicht erkannt werden (op[erative] Bearbeitung durch Abt. V der BV). Weiterhin wurden in dieser Gemeinde von unbekanntem Tätern 2 Fahnen abgerissen (Bearbeitung durch VP).
- Forst: Auf ein Wahlplakat wurde ein Klebestreifen mit Inhalt »Wir Umsiedler sollen nach der alten Heimat wieder« angebracht (Ermittlungen führt KD).
- Herzberg: In der Nacht zum 15.6.57 wurden 3 Plakate (35 x 55 cm), die gegen die Wahl gerichtet sind, angebracht. Zur Ermittlung der Täter wurde eine Ermittlungsgruppe gebildet.
- Fürstenwalde: Der 1. Sekretär der Kreisleitung (SED) sowie ein Ang[ehöriger] der VP wurden von Personen beschimpft. Die Personen wollten tätlich werden. Sie wurden von einer VP-Streife festgenommen und wurden im Schnellgericht abgeurteilt.
- Lübben: Es kursiert das Gerücht, dass am Wahlsonntag der Wechselkurs in Westberlin 1 : 1 betrage, sodass die Bevölkerung der DDR die Möglichkeit hätte, dort einzukaufen (Ermittlungen führt die KD).

*Frankfurt/Oder:* Im Bezirk Frankfurt/Oder wurden folgende Plakate bzw. Transparente abgerissen:

- Krs. Bernau: 5 Wahlplakate
- Freienwalde: 1 Transparent
- Fürstenberg: mehrere Wahlplakate
- Eberswalde: 1 Transparent.

Ermittlungen werden geführt.

Fürstenwalde: Im VEB Reifenwerk wurde an eine Milchglasscheibe die Hetzlosung »Freie Wahlen – USA« geschmiert (Ermittlungen KD und VP).

---

<sup>9</sup> Im Original: »Massdorf«.

<sup>10</sup> Horst Wessel (1907–1930), Sturmführer der SA, der paramilitärischen Kampforganisation der NSDAP. Das Lied war ein Kampflied der SA und avancierte zur Partei hymne der NSDAP. Nach der Machtübernahme der NSDAP fungierte das Lied de facto als zweite deutsche Nationalhymne. Vgl. Behrenbeck, Sabine: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945. Vierow bei Greifswald 1996.

*Magdeburg:* Im Bezirk Magdeburg wurden folgende Feindtätigkeiten bekannt:

- Magdeburg: 1 Wahlplakat beschädigt, 17 Einladungen abgerissen;
- Krs. Seehausen: 5 Wahlplakate entfernt, 3 Wahlplakate beschädigt;
- Krs. Burg: 1 Wahlplakat entfernt.

*Dresden:* Im Bezirk Dresden wurde nach Einschätzung der BV verstärkt Plakate abgerissen.

- In Dresden: 4 Fälle, Meißen 1 Fall, Kamenz 1 Fall, Freital 1 Fall, Pirna 2 Fälle (Bearbeitung durch VP).
- Skätschen<sup>11</sup>/Großenhain: Ein Pfarrer versuchte, einen Kandidaten der CDU von der Kandidatur abzubringen und negativ zu beeinflussen, indem er diesen aufforderte, bei den Wahlen nicht so in den Vordergrund zu treten und es besser wäre [sic], wenn er der bevorstehenden Gesellschaftsordnung den Rücken kehren würde (wird op[erativ] bearbeitet).
- Niesky: Die DVA<sup>12</sup>-Zweigstelle erhielt einen anon[y]men Brief. Inhalt: Warum werden Bauersfrauen nicht mit in die Versicherung aufgenommen und Drohung, deshalb nicht zur Wahl zu gehen (Maßnahmen wurden eingeleitet).

*Leipzig:* Wahlplakate wurden im Bezirk Leipzig im Kreis Prießnitz<sup>13</sup> 1, Geithain 3, Altenburg 1 abgerissen.

- Wurzen: In der HO-Gaststätte »Café des Friedens« in Wurzen wurde eine Hetzlosung angebracht. Inhalt: »Wahlen seien Schwindel« (wird op[erativ] bearbeitet).
- Meuselwitz/Altenburg: An der Anschlagtafel in Meuselwitz wurde ein Zettel mit einer Hetzlosung gegen die SED angebracht (wird op[erativ] bearbeitet).
- Espenhain/Borna: Im VEB Kombinat Espenhain wurde auf die Rückseite eines Thälmannbildes<sup>14</sup> ein Hakenkreuz (13 x 15 cm) angeschmiert. Täter zu 400 DM Geldstrafe verurteilt.
- Leipzig-Plagwitz: Auf dem Güterbahnhof in Leipzig-Plagwitz wurde zwischen 2 Gleisen eine Hetzlosung mit Formsand gelegt. Inhalt: Am 23. Juni die Freiheit wählen (wird op[erativ] bearbeitet).

---

<sup>11</sup> Im Original: »Skätschen«.

<sup>12</sup> Die Deutsche Versicherungsanstalt (DVA) bestand ab 1952 und wurde 1969 in Staatliche Versicherung der DDR umbenannt.

<sup>13</sup> Im Original: »Priesnitz«.

<sup>14</sup> Ernst Thälmann (1886–1944), 1925 bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo im Jahre 1933 Parteivorsitzender der KPD. Im August 1944, nach über elf Jahren Einzelhaft, wurde er auf direktem Befehl Adolf Hitlers erschossen. Vgl. Thälmann, Ernst. In: Weber, 2008, S. 925 ff.

- Zinna/Torgau: Vor einer Wählerversammlung in Zinna wurden Zettel angeklebt, dass ein gewisser Kandidat von der Wahlliste gestrichen werden soll (ehe[maliger] Pol[it]-Offizier der NVA). Einige Jugendliche stellten sich dann auch gegen ihn.

*Halle:*

In der Zeit vom 1. Mai bis 15. Juni 1957 wurden nach Einschätzung der BV Halle 355 aktive feindliche Handlungen registriert, davon 68 Hetzschmierereien, 22 selbstgef[ertigte] Hetzschriften, 22 ausgelegte Flugblätter, 123 hetzerische Äußerungen, 33 indiv[idueller] Terror, in 87 Fällen Fahnen, Plakate, Transparente beschädigt oder abgerissen.

- Goseck/Weißenfels: Im Briefkasten des Bürgermeisters wurden 12 selbstgef[ertigte] Hetzzettel gefunden. Inhalt: »Wählt am 23.6.57 Adenauer, es ist keine richtige, sondern eine Zwangswahl.«
- Spora/Zeit: Im Gemeindebriefkasten wurden 2 selbstgefertigte Hetzzettel gefunden.

*Karl-Marx-Stadt:*

- Auerbach/Vogtl[and]: Ein Eisdielenbesitzer trat in provokatorischer Form gegen unseren Staat und die NVA auf. (Er wurde verhaftet.)
- Zschopau/u[nd] Flöha: Die VPKA erhielten je einen anon[ymen] Brief. Inhalt: Hetze gegen Partei und Regierung sowie gegen führende Staatsfunktionäre (Bearbeitung durch VP und KD).
- Klingenthal: Von der Direktion der Goethe-Schule wurde ein kleines Päckchen mit handgeschriebenen Hetzzetteln übergeben. Inhalt: Hetze gegen Staat und Regierung (Bearbeitung der KD).
- K[arl]-M[arx]-St[adt]: Bei der Post wurde ein Brief abgegeben, der an den Ausschuss der Nat[ionalen] Front gerichtet war. Inhalt: 6 Flugblätter der Nat[ionalen] Front, die mit Hetzlosungen beschmiert waren (Bearbeitung durch die KD).
- Lengenfeld/Reichenbach: In den Briefkasten des Gruppenpostens wurden 3 Einladungen zu einer Wählerkonferenz geworfen, auf denen »Wir gehen nicht zur Wahl« geschrieben stand (Bearbeitung durch die KD).
- Hohenstein: Am 14.5.57 fand eine Versammlung der Bäcker statt, an der ca. 50 Bäcker teilnahmen. Der Bezirksoberrmeister trat in negativer Form auf, indem er u. a. die Erhöhung der Brotpreise um 3 Pfennige pro Kilo verlangte. Er erklärte, dass sie es auch so machen könnten wie die Bäcker in Frankreich und Wien, nämlich streiken. Das Bäckerhandwerk würde in der DDR ruiniert. Die anwesenden Bäcker vertraten einstimmig dieselbe Meinung (Maßnahmen wurden eingeleitet).
- Neustadt/Auerbach: In einem Bauernforum trat ein Großbauer in nega-

- tiver Form gegen die LPG auf und forderte u. a. die »freie Wirtschaft« (wird operativ bearbeitet).
- Altmittweida/Hainichen: Der Gemeinde wurde ein Hetzbrief zugestellt. Inhalt: Aufforderung an die Kandidaten, gegen jede Kernforschung sowie gegen die Oder-Neiße-Linie aufzutreten (KD ermittelte die Absender, Bearbeitung erfolgt).
  - Freiberg: Es wurden 86 mit Handdruckkasten hergestellte Hetzschriften gefunden. Davon 59 in öffentlichen Briefkästen. Inhalt: »Wer Grotewohl und Ulbricht wählt, wählt den Krieg, Not und Hunger. Es lebe die Freiheit.« (Bearbeitung durch KD).
  - Mülsen/St. Nicklas<sup>15</sup>/Zwickau: An einer Bank der Kirche wurde eine Hetzlosung angeschmiert. Inhalt: »USA unsere Befreier – SED Ihr Lumpen« (Bearbeitung durch VP).
  - Oelsnitz:<sup>16</sup> Ein Lehrer der Oberschule erhielt eine anon[yyme] Postkarte. Inhalt: Morddrohung gegen den Lehrer (Bearbeitung durch KD).
  - Aue: In einigen Schächten in Aue wurden vereinzelt Flugblätter des Ostbüros der SPD ausgelegt. Die Flugblätter wurden vor einigen Tagen durch Ballon abgeworfen. Maßnahmen eingeleitet.

#### *Erfurt:*

- Krakendorf/Weimar: Der Bürgermeister der Gemeinde Krakendorf (SED) lehnte ab, Plakate für Einladungen zur Kandidatenvorstellung im Ort anzubringen. Begründung: »Er will sich nicht steinigen lassen.«
- Catterfeld<sup>17</sup>/Gotha: In Catterfeld sind 4 Wählerlisten verschwunden. Die Wählerlisten werden nachts nicht eingeschlossen, sondern liegen im Wahllokal. Des Weiteren war das Wahllokal oft unbesetzt. Ermittlungen waren bisher erfolglos.
- Ballstedt/Weimar: In Ballstedt kam es in einer Wahlversammlung zu einer organisierten Störung durch einen Einzelbauern und einen Vorsitzenden der VdGB, die ihre Sitze geschickt im ganzen Saal verteilt hatten. Forderung: »Wir wollen keine Rechenschaftslegung, wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit, wir wollen die »freie Wirtschaft.«
- Berlstedt/Weimar: In Berlstedt wurden Hetzlosungen (Schreibmaschine) mit folgendem Inhalt angebracht: »Achtung, Berlstedter Kandidaten, leset in der Bibel Jesaja Kap. 41, Vers 24. Wie ihr seid aus nichts und euer Tun ist auch nichts und euer Wählen ist auch nichts als Gräuel« (op[erative] Maßnahmen eingeleitet).

---

<sup>15</sup> Im Original: »St. Niklas«.

<sup>16</sup> Im Original: »Oelssnitz«.

<sup>17</sup> Im Original: »Cattersfeld«.

- Friedrichroda/Gotha: 2 selbstgef[ertigte] Flugblätter wurden in Friedrichroda<sup>18</sup> festgestellt. Inhalt: Es wird aufgefordert, die NDPD zu wählen, da diese die Partei der Arbeiter und des Mittelstandes ist und gegen Staatskapitalismus und Ausbeutung durch das Ausland ist.

*Gera:*

- Frössen, Gräfenwarth u[nd] Schleiz: Es wurden 12 Wahlplakate abgerissen.
- Stadtroda: An Parteifunktionäre wurden handgedruckte Hetzschriften von der KgU vorwiegend an Funktionäre verschickt. Inhalt: Hetze gegen die Wahl.
- Sitzendorf u[nd] Stollsdorf/Rudolstadt: 3 Wahlplakate wurden abgerissen.
- Walpernhain/Eisenberg: Bei einem Bauer wurden 3 Hetzschriften abgelegt und eine Fensterscheibe eingeschlagen.
- Schleiz: Die SED- und DFD-Kreisleitungen erhielten je einen anon[ymen] Brief, in denen eine Kandidatin des DFD abgelehnt wurde.

*Suhl:*

- Meuselbach/Neuhaus: Es wurden 43 Wahlplakate abgerissen (Ermittlungen KD und VP).
- Bad Salzungen: Circa 1 000 Flugblätter vom SPD-Ostbüro mit Inhalt gegen die Wahl wurden sichergestellt.
- Krs. Hildburghausen: An Bewohner wurden in 5 Fällen Hetzschriften zugeschickt. Herausgeber KgU. Inhalt: »Warum so wenig Wohnungen, so viel Steuern, warum schlechte Kaufkraft.«
- Neustadt/Ilmenau: Der stell[vertretende] Bürgermeister erhielt eine Postkarte, auf der ein Galgen und eine erhängte Person dargestellt war[en]. Darunter stand »Du wirst einmal ...«
- Herschdorf/Ilmenau: Es wurden zwei selbstgef[ertigte] Hetzplakate gefunden. Inhalt: Wahlen seien nicht demokratisch, »Schlagt der SED die Waffe aus der Hand, wählt ungültig.« (Bearbeitung durch Abt. IX, Täter wurde ermittelt und festgenommen).

II. *Besondere Erscheinungen bei der Vorbereitung zur Wahl*

*Berlin:* Zum Thema »politische Tagesfragen« sprach auf einer Mitgliederversammlung der Abt. 16 der Kreisvorsitzende von Lichtenberg, Rudi Müller.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Im Original: »Friedrichsroda«.

<sup>19</sup> Rudolf Müller (1910–1961), deutscher SPD-Politiker. 1946 Kreissekretär und ab 1949 erster Kreisvorsitzender der SPD Lichtenberg. 1951 bis zu seinem Tod war er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Vgl. Breunig, 2011, S. 195.



Er gab den SPD-Mitgliedern Verhaltensmaßregeln bei Agitationseinsätzen durch. Er erklärte, dass zur Verblüffung der Agitatoren das Vorzeigen des Personalausweises verlangt werden sollte, um Namen und Wohnadressen festzustellen. Falls die Agitatoren dieser Aufforderung nicht nachkämen, sollte man gar nicht mit ihnen verhandeln. SPD-Mitglieder aus dem Bezirk Prenzlauer Berg, Lichtenberg und Bohnsdorf wollen am 23.6.57 nicht zur Wahl gehen.

*Neubrandenburg:* Schwiessel (Krs. Teterow): Inoffiziell wurde bekannt, dass in Schwiessel Kräfte am Werk sind, die alle Kandidaten der SED aus der örtlichen Volksvertretung entfernen wollen. Es besteht die Tendenz, eine öffentliche Versammlung einzuberufen und daraus die Kandidaten zu wählen. Unabhängig von Parteien und Organisationen, damit die SED nicht die Mehrheit erhält. Rücksprache mit Kreisleitung der SED und Rat des Kreises (op[erativ] bearbeitet).

- Demmin: Im Kreis Demmin gibt es eine ganze Reihe Personen, die ihre Teilnahme an der Wahl davon abhängig machen, eine Wohnung zu erhalten.

*Potsdam:*

- Lohm/Kyritz: Durch den VdGB-Vorsitzenden wurde unter den Altbauern eine Sammlung durchgeführt, um der ehem. Gutsbesitzerin Geburtstagsgeschenke zu überbringen. Alle beteiligten Personen sind Faschisten, die eine negative Stellung zur Wahl einnehmen. In letzter Zeit wurden in der Gemeinde auch mehrfach fasch[istische] Embleme angeschmiert. Außerdem mehren sich in Kyritz die Fälle, wo ehemalige Gutsbesitzer von WD [Westdeutschland] aus briefliche Verbindung zu den Bewohnern aufnehmen, diese besuchen und negativ beeinflussen.
- Dabendorf u[nd] Brandenburg: In dem dortigen Funk- bzw. Traktorenwerk wurde besonders von Jugendlichen in verschiedenen Versammlungen hauptsächlich darüber gesprochen, wie man einen Stimmzettel ungültig machen könnte.
- Jüterbog: Fast alle Pfarrer dieses Kreises haben die Mitglieder der »Jungen Gemeinde« und deren Eltern zur Teilnahme am 23.6.57 an einer Veranstaltung der »Jungen Gemeinde« in Westberlin aufgefordert. Außerdem soll ein Kirchenwandertag am 23.6.57 stattfinden.

*Cottbus:*

- Naundorf<sup>20</sup> u[nd] Fleißdorf/Calau: In beiden Gemeinden wird ein Stimmzettel in sorbischer und deutscher Sprache abgelehnt. Sie wünschen nicht als Sorben angesprochen zu werden. Bei der Kandidatenvorstellung in der Gemeinde Fleißdorf verließen alle anwesenden Jugendlichen den Versammlungsraum, als das Problem der Sorben besprochen wurde. Durch Pfiffe vor dem Versammlungsraum wurde der Referent am Weitersprechen gehindert.
- Jannowitz<sup>21</sup>/Senftenberg: Aus diesem Ort sind 14 Personen (alles ehem. Umsiedler) nach Westdeutschland gefahren und wollen erst nach der Wahl zurückkommen. Als Grund führten alle 14 Personen die Teilnahme an einer Hochzeit an.

*Frankfurt/Oder:*

- Cunnersdorf/Freienwalde: Aufgrund der Verhaftung eines Einwohners dieser Gemeinde durch die Sicherheitsorgane will ein großer Teil der Einwohner nicht zur Wahl gehen, da ihnen der Grund der Verhaftung nicht bekannt ist.

*Karl-Marx-Stadt:*

- Breitenbrunn: Die »Junge Gemeinde« hat für den 23.6.57 zwei Autobusse bei der Wismut Johanngeorgenst[adt] bestellt für eine Fahrt nach Meißen. Ähnlich ist es in Schneeberg und Zschorlau.

*Dresden:*

- Gersdorf<sup>22</sup>/Görlitz: Diese Kirchengemeinde führt am 23.6.57 ihre Kirchenvorstandswahlen durch. Die gleiche Absicht besteht in der Gemeinde Eberswalde. (Maßnahmen sind eingeleitet).
- Senitz<sup>23</sup>: In diesem Kreis ist ein großer Teil (mit 95 % angegeben) der LDPD nicht mit der Politik ihres Zentralvorstandes und der Liste der Nationalen Front einverstanden. Gegenwärtig unterhalten sich die Mitglieder von Mann zu Mann, wie am besten die Stimmzettel ungültig gemacht werden können.
- Kottmannsdorf<sup>24</sup>/Löbau: Bei den älteren Einwohnern hat ein Artikel in der »Sächsischen Zeitung« Empörung ausgelöst, in dem über den ehem.

---

<sup>20</sup> Im Original: »Nauendorf«.

<sup>21</sup> Im Original: »Janniewitz«.

<sup>22</sup> Im Original: »Gessdorf«.

<sup>23</sup> Ein Ort namens »Senitz« ließ sich im Bezirk Dresden nicht verifizieren. Eventuell handelt es sich hier um die Stadt Sebnitz im ehemaligen Bezirk Dresden.

<sup>24</sup> Im Original: »Kottmarsdorf«.

- Rittergutsbesitzer geschrieben wurde, er habe seine Landarbeiter täglich mit der Peitsche geschlagen. Es wurde gefordert, den Artikel zurückzunehmen, anderenfalls wollen einige Einwohner nicht zur Wahl gehen.
- Dresden: Im 8. Bezirkmeldeamt der VP wurde festgestellt, dass auffallend viele Bürger dieses Bezirkes (ca. 3 000 Personen) ihre Reisebescheinigungen nach Westdeutschland über die Zeit vom 23.6. hinaus ausstellen lassen.

*Halle:*

- Göhrendorf/Querfurt: Ein nach Westdeutschland geflüchteter Großbauer weilte am 10.5.57 in dieser Gemeinde zu Besuch und traf sich noch mit mehreren Großbauern beim Pfarrer in Neuendorf (wird op[erativ] bearbeitet).

*Erfurt:*

- Worbis: Im Kino der Stadt Worbis wurden nach dem Augenzeugen 3 Tonbandreportagen (Dauer 30 Minuten, Inhalt: Wahlen am 23.6.57) abgespielt. Nach ungefähr 15 Minuten (3. Reportage) setzte ein Pfeifkonzert – hauptsächlich von Jugendlichen – ein.
- Wolferschwenda<sup>25</sup>/Sondershausen: In Wolferschwenda verlangte ein Schuhmacher in der Kandidatenvorstellung mehr Kandidaten für die VdgB. Als diese Forderung abgelehnt wurde, sammelte er 8 Unterschriften gegen die Wahl (ist angeblich republikflüchtig, wird noch überprüft).
- Sömmerda: Eine ehe[malige] werkt[ätige] Einzelbäuerin im Kreisgebiet Sömmerda (SED) erklärte, dass sie und ihr ganzer Anhang (Fa[milie] besteht aus 7 Personen) unter keinen Umständen zur Wahl gehen (Ursache: Zwangsräumung).
- Ballstedt<sup>26</sup>/Weimar: Ein werk[tätiger] Einzelbauer aus Ballstedt erhielt einen anon[ymen] Brief, in dem er als Verräter bezeichnet wird, wenn er am 23.6.57 die Kandidaten der NF wählt. Weiterhin wird er aufgefordert, sich nicht als Kandidat für die Gemeindevertretung vorzustellen.

*Suhl:*

- Springstille/Schmalkalden: In einer Wahlversammlung in Springstille (Krs. Schmalkalden) schlug der ehem. fasch[istische] Bürgermeister und stellv[ertretende] Ortsgruppenleiter den »Wählerauftrag« an die Gemeindevertretung vor, die Enteignung, die im Jahre 1945 aufgrund seiner faschistischen Tätigkeit erfolgte, zu annullieren.

---

<sup>25</sup> Im Original: »Wolfersschwenda«.

<sup>26</sup> Im Original durchgehend: »Ballenstedt«.

## Vorläufige Einschätzung zu den Wahlergebnissen

Quelle: BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 482–492.

Bemerkung: Ob es sich bei diesem Bericht um eine Anlage zum Dokument 28 handelt oder der Bericht durch eine ZK Abteilung erstellt wurde, konnte nicht geklärt werden. – Kursiv gesetzte Textstellen, die keine Ortsangaben sind, sind im Original handschriftlich rot unterstrichen.

Anlage: 1 (Die angehängte Tabelle ist nur als Durchschlag überliefert. Das Deckblatt zu diesen Durchschlägen ist nicht aufgefunden worden. Das Original wurde eventuell von Erich Honecker übersandt. Die Zahlen weisen große Unterschiede zu dem am 25. Juni 1957 im »Neuen Deutschland« publizierten vorläufigen Gesamtergebnis der Gemeinde- und Kreistagswahlen auf. Ob es sich bei ihnen um die der im Anschreiben als »endgültigen Analyse« bezeichneten handelt, konnte nicht geklärt werden. BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 531 f.)

Nach dem Stand der uns vorliegenden *offiziellen* Ergebnisse gibt es in der DDR 22 Kreise, die über 5 % negative Stimmen aufweisen. Diese von uns errechneten vorläufigen Ergebnisse wurden aus

- nicht an der Wahl beteiligten Personen,
- Zahl der ungültigen Stimmen
- und Zahl der Gegenstimmen<sup>1</sup> festgestellt (siehe Anlage 1).

Die angeführten 22 Kreise setzen sich wie folgt zusammen:

- |                         |   |                      |
|-------------------------|---|----------------------|
| – Erfurt                | = | 6 Kreise             |
| – Dresden               | = | 6 Kreise             |
| – Cottbus               | = | 6 Kreise             |
| – K[arl]-M[arx]-St[adt] | = | 3 Kreise             |
| – Potsdam               | = | 1 Kreis              |
| – Berlin                | = | 1 Kreis <sup>2</sup> |

Besonders schlechte Ergebnisse sowie Beteiligung an der Wahl werden, soweit sie überhaupt von den Bezirksverwaltungen gemeldet wurden, in dem Bericht über die einzelnen Bezirksverwaltungen aufgeführt.

Zu den uns von den Bezirksverwaltungen gemeldeten Wahlergebnissen ist zu sagen, dass diese *im Wesentlichen mit den vom Zentralen Wahlbüro gemeldeten Ergebnissen übereinstimmen*.

<sup>1</sup> Vertikale rote Randmarkierung an der Aufzählung.

<sup>2</sup> Vertikale blaue Randmarkierung an der Bezirksaufstellung.

*Bezirk Rostock:*

- Im Kreis Rügen, Gemeinde Garz, forderte das Mitglied der NDPD, [Name 1], die Wähler auf, die Kandidaten zu streichen, mit denen sie nicht einverstanden sind und dazu die Kabine zu benutzen.  
Der Bericht der BV Rostock enthält keine konkreten Hinweise auf Schwerpunkte.

*Bezirk Potsdam:*

- Im Kreis Brandenburg, Gemeinde Ziesar<sup>3</sup>, entschied der Wahlvorstand, dass 12 Stimm Scheine mit dem Vermerk »Nein« oder »ungültig« als gültig bewertet wurden.
- Im Kreis Wittstock ergab das inoffizielle Ergebnis zu den Wahlen zum Kreistag, dass 70 Stimmzettel für Kreistagsabgeordnete für gültig erklärt wurden. Ebenso 88 Stimmzettel für die Gemeindevertretungen. Es haben 142 Personen die Wahlkabinen aufgesucht.
- *Kreis Belzig, Gemeinde Mörz*<sup>4</sup>: 20 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr suchten die Wahlkabinen auf. Bei der Auszählung wurden 20 Stimmzettel mit dem Vermerk »ungültig« festgestellt. Der Wahlausschuss erklärte jedoch nur 6 davon als ungültig.

*Bezirk Frankfurt/Oder:*

- Kreis Angermünde, Gemeinde Rosow: Mit 94 % Wahlbeteiligung ist diese Gemeinde die schlechteste im Kreis. Hier ist eine Konzentration von Groß- und Altbauern sowie starke Sektentätigkeit zu verzeichnen.
- *Kreis Eberswalde*: Schwerpunkte sind:
  - Gemeinde *Bölkendorf* mit 17 Gegenstimmen (Konzentration von Mittel- und Großbauern sowie Umsiedlern),
  - Gemeinde *Chorin* mit 14 Gegenstimmen (starker Einfluss der Kirche, hohe Mitgliederzahl der CDU). Chorin war bereits bei den Wahlen im Jahre 1954 Schwerpunkt,
  - Gemeinde *Lichterfelde* mit 19 Gegen- und 3 ungültigen Stimmen. In dieser Gemeinde wohnen überwiegend Arbeiter und Angestellte aus dem EKM [Energie- und Kraftmaschinenbau] und Walzwerk Finow.
- *Kreis Bernau*: In Werneuchen wurden in der Nacht vom 23.6. Hetzschriften des »Ostbüros der SPD« verteilt. Dort waren am Tage der Wahl 36 ungültige und Gegenstimmen zu verzeichnen.

---

<sup>3</sup> Im Original: »Ziesa«.

<sup>4</sup> Im Original: »Möritz«.

- In Willmersdorf<sup>5</sup>, welches ein ausgesprochenes Nazi- und Großbauerndorf ist, haben demgegenüber nur 5 Personen gegen die Kandidaten der NF gestimmt. Ein Stimmzettel war ungültig.
- *Kreis Strausberg: Die Gemeinden*
  - Hönow 61,9 %
  - Petershagen 94,3 %
  - Herzfelde 94,4 %
  - Fredersdorf 94,8 %
  - Strausberg 95,0 %
  - Neuenhagen 95,1 %

sind die *schlechtesten Gemeinden* in Bezug auf die Wahlbeteiligung. Diese Gemeinden liegen *unmittelbar am Randgebiet von Berlin bzw. entlang der S-Bahn*. Sie sind seit längerer Zeit Schwerpunkte sowohl in der politischen als auch in der operativen Arbeit.

### Frankfurt/Oder

- Im Wahlkreis 19 haben 69 Bürger nicht gewählt. In diesem Wahlkreis befindet sich das Wichernheim sowie Stöckerhaus. Beides sind Einrichtungen der ev[angelischen] Kirche. Aus diesen Objekten haben ebenfalls eine Reihe von Personen nicht gewählt.
- Im Wahlbezirk 10 haben 76 Bürger nicht gewählt. Es handelt sich hier um ein Arbeiterviertel. Die Ursache dieses schlechten Beispiels wird zurzeit noch überprüft.
- *Kreis Beeskow, Gemeinde Görzig und Sauen*: Im Ergebnis der Kreistagswahlen sind 13,4 % *ungültige Stimmen* festgestellt worden. 30 % der Wahlberechtigten suchten die Kabinen auf. Mehrere Stimmscheine sind mit »ungültig« versehen. *Dieses Ergebnis ist schlechter als bei der Volkswahl 1954*. Als Ursache wird der Einfluss des als negativ bekannten Pfarrers Schlegel<sup>6</sup> angeführt.
- *Frankfurt/Oder*: Der Superintendent Wachholz<sup>7</sup> aus Frankfurt/O. hetzte am Wahltag von der Kanzel. An einer Stelle seiner Predigt sagte er: »Viele

---

<sup>5</sup> Im Original: »Wilmersdorf«.

<sup>6</sup> Pfarrer Heinz Schlegel hatte sich 1953 für einen Kirchenneubau in der Gemeinde Neubrück eingesetzt, die schließlich 1955 geweiht wurde. Vgl. »Märkische Oderzeitung« v. 20.2.2017.

<sup>7</sup> Richard Wachholz war eine »charismatische und durchsetzungsfähige Persönlichkeit, die sich bei staatlichen Behörden wiederholt für politisch bedrängte Pfarrer« eingesetzt hat. Von der SED-Kreisleitung wurde daraufhin beschlossen, »die Bevölkerung zu mobilisieren um [...] seine Abberufung zu fordern«. Vgl. Halbrock, 2004, S. 176 u. S. 279.

gehen nur zur Wahl, weil es um ihre Existenz geht. Mit ihrem Gewissen können sie das aber nicht vereinbaren.«

- Der Pfarrer *Meier*,<sup>8</sup> der für das Wichernhaus und andere kirchliche Institutionen verantwortlich ist, beteiligte sich nicht an der Wahl. Mehrere seiner Angestellten folgten diesem Beispiel.
- *Kreis Freienwalde, Gemeinde Alt-Wriezen*: 11 Personen beteiligten sich nicht an der Wahl. 9 davon sind Zeugen Jehovas.

#### *Bezirk Cottbus:*

- *Kreis Lübben, Gemeinde Kuschkow*: Von den Mitgliedern der Ortsgruppe der CDU wurde eine geschlossene Beteiligung an der Wahl abgelehnt. Als Grund dafür wird angegeben, dass ein von der CDU vorgeschlagener Kandidat nicht als ordentlicher, sondern nur als Nachfolgekandidat aufgestellt wurde.
- *In der Gemeinde Krugau*<sup>9</sup> erschien ein Teil der dortigen Großbauern nicht zur Wahl. Sie hielten außerdem ihre Höfe verschlossen, damit die Agitatoren sie nicht besuchen konnten.<sup>10</sup>  
Genauere Zahlenangaben liegen nicht vor.
- *Kreis Finsterwalde, Doberlug-Kirchhain*<sup>11</sup>: Im Wahlbezirk 3 beschimpfte der Bierfahrer [Name 2] während der Auszählung der Stimm­scheine die Mitglieder des Wahlausschusses. [Name 2] war betrunken.

#### *Bezirk Neubrandenburg:*

- *Kreis Waren, Gemeinde Ave*: Diese Gemeinde gilt als Schwerpunkt im Kreis. Hier haben von 124 Wahlbeteiligten 20 gegen die Kandidaten der NF gestimmt, das sind 15,3 %.
- Im Kreis Anklam wurden 11 feindliche Flugblätter von den insgesamt 22 im gesamten Bezirk in Wahlurnen gefundenen Flugblättern festgestellt.
- *Kreis Röbel, Gemeinde Fincken*<sup>12</sup>: Diese Gemeinde gilt als Schwerpunkt. Von den 283 Wahlbeteiligten wurden 50 % Wahlscheine mit provokatorischen Losungen oder Kreuzen versehen. 21 Stimm­scheine waren mit Hetzlosungen gegen Partei und Regierung sowie Verherrlichung des Adenauer-Regimes versehen.

---

<sup>8</sup> Nicht ermittelt.

<sup>9</sup> Im Original: »Krudau«.

<sup>10</sup> Vertikale Randmarkierung an diesem Absatz.

<sup>11</sup> Im Original: »Doberlug-Kirchhain«.

<sup>12</sup> Im Original: »Finken«.

- *Kreis Pasewalk, Gemeinde Zerrenthin*<sup>13</sup>: Hier wurden 40 Stimm­scheine vor­ge­fun­den, auf denen fast alle Mit­glie­der der SED – bis auf 2 – gestrichen wurden. Diese Gemein­de galt bisher auch als Schwer­punkt.
- *Kreis Waren, Ortsteil Deven*: Es wurden 25 Stimm­scheine vor­ge­fun­den, die mit einem großen »F« (*Freiheit*)<sup>14</sup> be­zeich­net waren.<sup>15</sup>

*Bezirk Erfurt*: Zahlenangaben über die Ergebnisse liegen von der BV nur über einzelne Schwer­punkt­ge­meinden vor:

- *Kreis Weimar, Gemeinde Meina*: 19,1 %
- *Kreis Apolda, Gemeinde Kleinrömstedt*: 18,2 %
- *Kreis Arnstadt, Gemeinde Bösleben*: 17,6 %

Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf *Nichtbeteiligung* an der Wahl.

Über die Tätigkeit der Kirchen und Sekten wird berichtet:

- *Kreis Mühlhausen, Gemeinde Dörna*: Hier brachte der Pfarrer zum Aus­druck, nachdem er aufge­for­dert wurde, seiner Wahl­pflicht nach­zu­kom­men, dass er nicht zur Wahl ginge. Er hätte keine Angst und ginge deshalb seinen geraden Weg. Der größte Teil der Wähler ginge nur aus Angst zur Wahl.
- *Kreis Eisenach, Gemeinde Unkeroda*<sup>16</sup>: Die Angehörigen der *Neuapostoli­schen Gemeinde* gaben vor ihrem *Gottesdienst* ihre Stimme offen ab.
- *Kreis Weimar, Gemeinde Vieselbach*: Angehörige der Sekte Zeugen Jehovas erschienen trotz Aufforderung nicht zur Wahl. Teilweise waren sie am Wahl­tag ver­reist.

*Bezirk Gera*: Die im Jahre 1954 vorhandenen Schwer­punkte an­läs­sig der Volks­kam­mer­wahlen sind jetzt nicht mehr in Erscheinung getreten. Aus allen Kreisen wird berichtet, dass einzelne Pfarrer nicht zur Wahl gingen.

- *Kreis Eisenberg, Gemeinde Lindau*: Der Pfarrer von Lindau erschien trotz mehr­maliger Aufforderung nicht zur Wahl. Er begründete dies damit, dass von den auf­ge­stell­ten Kandidaten zu viele Mit­glie­der der SED seien.
- *Kreis Saalfeld*: Es wird berichtet, dass sich am Tage der Wahl ein Teil der Pfarrer nicht in seinem Wohnort aufgehalten und sich so der Teil­nahme an der Wahl ent­zo­gen haben.

---

<sup>13</sup> Im Original: »Zerrenthin«.

<sup>14</sup> »F« steht für Freiheit: 1949 begann die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit mit ihrer F-Kampagne. Der Buchstabe sollte überall in der sowjetischen Zone an Häuserwände geschrieben oder auf Flugblättern verbreitet werden.

<sup>15</sup> Vertikale Randmarkierung an diesem Absatz.

<sup>16</sup> Im Original: »Unkerode«.



- *Kreis Lobenstein:*
  - In der Gemeinde Schlegel benutzten ca. 60 % der Wähler die Wahlkabinen, wobei es sich vorwiegend um Genossen der SED handelte. Das Ergebnis ist 99,3 % für die Kandidaten der NF und 0,7 Gegenstimmen.
  - In Liebengrün waren es hauptsächlich Jugendliche, die die Wahlkabinen aufsuchten.
- *Kreis Greiz, Stadt Elsterberg:* Hier zeigte sich, dass fast alle selbstständigen Handwerker und Geschäftsleute die Wahlkabinen aufsuchten. Ebenso die »Siebenten-Tags-Adventisten«.<sup>17</sup>
- *Kreis Gera, Gemeinde Zedlitz:* Bei 263 Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 98,5 % für den Kreistag wurden 48 Gegenstimmen und 21 ungültige Stimmen abgegeben. Für die Gemeindevertretung wurden 33 Gegenstimmen und 16 ungültige Stimmen abgegeben. Bei der Volksabstimmung über EVG<sup>18</sup> im Jahre 1954 waren 13,5 % Gegenstimmen. Nach dem vorliegenden Material handelt es sich bei dieser Wahlgemeinde um die schlechteste im gesamten Bezirk.
- *Kreis Jena, Gemeinde Milda:* Hier wurden 24,5 % Gegenstimmen abgegeben. (Näheres Zahlenmaterial liegt bisher noch nicht vor.) Bei der Abstimmung über EVG waren in dieser Gemeinde 6,8 % Gegenstimmen. Auch in Milda dürften rein örtliche Ursachen der Anlass für das schlechte Wahlergebnis sein.<sup>19</sup>

*Bezirksverwaltung Leipzig:* Änderungen im Abstimmungsergebnis zu den bisher vorliegenden offiziellen Zahlen sind in nennenswertem Umfang nicht bekannt. In den folgenden Schwerpunkten von 16 Gemeinden ergibt sich eine Verschiebung der abgegebenen ungültigen und Gegenstimmen von 330 auf 704 insgesamt.

- *Kreis Altenburg, Gemeinde Göhren:* Bei 565 Wahlberechtigten insgesamt 39 ungültige bzw. Gegenstimmen. Gegenüber den Volkswahlen 1954 stellt dieses Ergebnis eine Verbesserung zu Gunsten unseres Staates dar.
- *Kreis Borna, Gemeinde Großstorkwitz<sup>20</sup>:* Von 180 Wahlberechtigten insgesamt 31 Gegenstimmen bzw. ungültige Stimmen.

---

<sup>17</sup> Im Original: »Siebentageatventisten«.

<sup>18</sup> Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) von 1952 sollte eine europäische Armee schaffen und damit auch eine weitere westeuropäische Einigung fördern. Das Projekt scheiterte 1954. Im Jahr darauf wurde die westdeutsche Wiederbewaffnung statt durch die EVG durch den NATO-Beitritt der Bundesrepublik ermöglicht.

<sup>19</sup> Vertikale Randmarkierung an diesem Absatz.

<sup>20</sup> Im Original: »Gross-Storkewitz«.

- *Gemeinde Pötzschau*: Von 420 Wahlberechtigten insgesamt 44 ungültige bzw. Gegenstimmen. Beide Gemeinde[n] sind als Schwerpunkte von Großbauern bekannt.
- *Kreis Delitzsch, Gemeinde Krostitz*: Von 1 728 Wahlberechtigten insgesamt 10 ungültige bzw. Gegenstimmen. Die Gemeinde war 1953 noch Schwerpunkt des Gegners.
- *Kreis Döbeln, Gemeinde Limmritz*<sup>21</sup>: Von 376 Wahlberechtigten insgesamt 51 ungültige bzw. Gegenstimmen. Die Gemeinde gilt als Schwerpunkt in der Feindtätigkeit.
- *Gemeinde Mochau*: Bei der Auszählung wurden 13 Wahlscheine gefunden, die mit einem Klebestreifen, der einen Stempelaufdruck »Ungültig« trug, versehen waren. Das lässt auf eine feindliche Gruppe schließen.
- *Kreis Eilenburg, Gemeinde Authausen*: Von 494 Wahlberechtigten insgesamt 16 ungültige bzw. Gegenstimmen. Auf 35 Wahlscheinen wurde jeweils der gleiche Kreis von 5 Genossen durchgestrichen. Nach den bisherigen Feststellungen, gibt es in der Parteiorganisation Differenzen.
- *Kreis Gaithein, Gemeinde Hopfgarten*: Von 393 Wahlberechtigten insgesamt 33 ungültige bzw. Gegenstimmen.
- *Gemeinde Tautenhain*: Von 558 Wahlberechtigten insgesamt 58 ungültige bzw. Gegenstimmen. Beide Gemeinden sind in der Vergangenheit schon als Feindtätigkeit bekannt.
- *Kreis Grimma, Gemeinde Schönbach*: Von 625 Wahlberechtigten insgesamt 64 ungültige bzw. Gegenstimmen.
- *Gemeinde Zschoppach*: Von 648 Wahlberechtigten insgesamt 78 ungültige bzw. Gegenstimmen. Beide Gemeinden sind schon 1954 als Schwerpunkte in Erscheinung getreten. Es dominieren dort Großbauern und Zeugen Jehovas.
- *Kreis Oschatz, Gemeinde Lampertswalde*<sup>22</sup>: Von 589 Wahlberechtigten insgesamt 48 ungültige bzw. Gegenstimmen. 4 Wahlscheine waren mit einem »F« versehen, was auf Ostbürotätigkeit schließen lässt.
- *Gemeinde Laß*<sup>23</sup>: Von 463 Wahlberechtigten insgesamt 72 ungültige bzw. Gegenstimmen. In dieser Gemeinde wurden während der Wahlvorbereitungen 2 Jugendliche inhaftiert, sodass das schlechte Stimmergebnis auf die Haltung der Jugendlichen zurückzuführen sein dürfte.
- *Kreis Schmölln, Gemeinde Ponitz*: Von 1 794 Wahlberechtigten insgesamt 20 ungültige bzw. Gegenstimmen. Dort gibt es noch einen starken SPD-Einfluss und eine Anzahl von Großbauern, die einen negativen Einfluss ausüben.

---

<sup>21</sup> Im Original: »Limritz«.

<sup>22</sup> Im Original: »Lampertswalde«.

<sup>23</sup> Im Original: »Lass«.

- *Gemeinde Heukewalde*: Von 224 Wahlberechtigten insgesamt 13 ungültige bzw. Gegenstimmen. Hier gab es ebenfalls SPD-Einflüsse und negative Tätigkeit durch Großbauern.
- *Kreis Torgau, Gemeinde Mahitzschen*: Von 352 Wahlberechtigten insgesamt 71 ungültige bzw. Gegenstimmen. 5 Wahlscheine waren mit einem »F« versehen, das auf Ostbürotätigkeit schließen lässt.<sup>24</sup> Ein wesentlicher Grund dürften Differenzen mit dem Rat des Kreises sein, der sich um die Instandsetzung der Elbfähre nicht kümmerte, sodass die Bauern bis zu 40 km Umweg fahren mussten.
- *Kreis Wurzen, Gemeinde Altenbach*: Von 787 Wahlberechtigten insgesamt 64 ungültige bzw. Gegenstimmen. In der Vergangenheit wurde Feindsätigkeit im besonderen Umfange nicht festgestellt.
- *Kreis Leipzig-Land, Gemeinde Großdalzig*<sup>25</sup>: Bei einer Wahlbeteiligung von 98 % stimmten nur 90,1 % für die Kandidaten. Der Kandidat *Schleehahn (SED)* wurde insgesamt 94-mal als einziger Kandidat auf den Wahlscheinen gestrichen.

Im Übrigen berichtet die Bezirksverwaltung, dass die aus den früheren Wahlen bekannten weiteren Schwerpunkte diesmal nicht durch schlechte Abstimmungsergebnisse in Erscheinung traten.

---

<sup>24</sup> Vertikale Randmarkierung an diesen zwei Sätzen.

<sup>25</sup> Im Original: »Grosstallzig«.

Anlage 1 (Kursiv gesetzte Zahlen sind handschriftlich rot unterstrichen)

Bezirk]	Wahlkreis	Wahlbe- rechtigte	Nicht- wähler %	Ungültige	%	Gegen- stimmen	%	gesamt]
Dresden	Dresden Stadt	353 628	5,31	3 008	0,82	3 892	1,07	7,20
Dresden	Dresden L[an]dkrs.	95 596	5,16	642	0,68	1 020	1,09	6,93
Dresden	Bautzen	92 228	4,78	389	0,40	1 895	2,00	7,18
Dresden	Löbau	81 519	4,27	275	0,34	783	0,98	5,59
Dresden	Dippoldisw[al]d[e]l	37 033	3,27	353	0,96	361	0,99	5,22
Dresden	Görlitz Stadtkrs.	67 674	5,02	170	0,25	136	0,20	5,47
Cottbus	Cottbus Stadtkrs.	46 178	5,75	141	0,29	171	0,35	6,39
Cottbus	Forst	33 743	4,89	92	0,27	198	0,57	5,73
Cottbus	Lübben	24 680	3,49	94	0,39	304	1,25	5,13
Cottbus	Herzberg	29 052	3,50	239	1,19	313	1,11	5,80
Cottbus	Bl[ai]d Liebenwerda	42 442	3,58	261	0,62	350	0,84	5,04
Cottbus	Cottbus L[an]dkrs.	39 276	4,02	220	0,58	256	0,67	5,27
Erfurt	Erfurt Stadtkreis	127 608	4,85	655	0,50	1 489	1,13	6,48
Erfurt	Weimar	43 070	4,02	212	0,48	574	1,31	5,81
Erfurt	Weimar Landkreis	32 576	2,84	234	0,73	471	1,48	5,05
Erfurt	Apolda	39 608	4,46	296	0,76	610	1,57	6,79
Erfurt	Sömmerda	46 005	3,16	442	0,98	451	1,00	5,14
Karl-Marx-Stadt	Brand-Erbisd[or]f	28 600	4,93	324	1,17	190	0,69	6,79
Karl-Marx-Stadt	Flöha	46 162	4,85	342	0,76	212	0,47	6,08
Karl-Marx-Stadt	Hainichen	58 319	3,39	433	0,72	885	1,47	5,58
Gera	Jena Landkrs.	50 301	3,25	251	0,92	462	1,71	5,88
Potsdam	Potsdam Stadt	79 067	5,30	191	0,23	314	0,38	5,91
Groß-Berlin	Prenzlauer Berg	167 348	5,46	999	0,58	1 340	0,78	6,82*

\* Im ND vom 25. Juni 1957 wurden für den Stadtbezirk Prenzlauer Berg folgende Angaben gemacht: Wahlberechtigte: 183 288; Wahlbeteiligung: 173 373; ungültige Stimmen: 0,58 %; gültige Stimmen: 99,42 %; für die gemeinsame Liste: 99,22 %; Gegenstimmen: 0,78 %.

## Information Nr. 98/57 – Betrifft: Hinweise auf Feindtätigkeit und besondere Vorkommnisse vor und während der Wahl am 23. Juni 1957

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 47, Bl. 144–155.

Vermerk: Handschriftlicher Vermerk: »Gen[osse] Filin zurück.«

Bemerkung: Die Information gliedert sich in: I. Vorkommnisse, die faschistischen Charakter tragen oder auf die Tätigkeit faschistischer Elemente schließen lassen; II. a) Vernichtung von Wahlplakaten und anderer Sichtagitation, b) Anschmieren von Hetzlosungen, c) Verbreitung selbst gefertigter Hetzschriften; III. Auftreten provokatorischer Elemente; IV. Tätigkeit der Kirche; V. Andere Feindtätigkeit: a) Fernschreiben feindlichen Inhaltes, Brände; VI. Festnahmen. – Anzahl der Exemplare: 30.

Obwohl der Gegner eine Reihe von Störungsmaßnahmen geplant hatte, sind Vorbereitung und Durchführung der Wahl ohne ein *wesentliches* Ansteigen der Feindtätigkeit mit Erfolg beendet worden. Sensationelle Vorkommnisse und groß angelegte »Widerstandsaktionen« sind ausgeblieben. Jedoch traten – wie immer bei Ereignissen von politischer Bedeutung – bestimmte Konzentrationen der Untergrundtätigkeit stärker zu Tage, die zu einem beachtlichen Teil fasch[istischen] Charakter hatten. Ehem. Mitglieder der Nazipartei wagten sich wieder etwas mehr hervor. Verhältnismäßig hoch ist aber daneben der Anteil der jugendlichen Täter (bis 25 Jahre), die häufig offen gegen die Wahlen auftraten und bei der Vernichtung von Sichtagitation oder Beseitigung von Fahnen *von der VP* auf frischer Tat ergriffen wurden. Beachtlich ist auch der Anteil jugendlicher Provokateure bei Gewalttaten gegen Partei- und Staatsfunktionäre.<sup>1</sup> Unter den vom MfS verhafteten Personen befinden sich daher kaum Jugendliche, dagegen aber eine Anzahl (7) ehem. Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen.<sup>2</sup>

Nachstehend sind im Einzelnen bestimmte typische Erscheinungen der aufgetretenen Feindaktionen wiedergegeben, die sich auf das Wesentliche der Feindtätigkeit beschränken und einige örtliche Schwerpunkte hervorheben. Die Tätigkeit der Kirche wird nur kurz gestreift, weil aus den vorliegenden Berichten ersichtlich ist, dass die überwiegende Zahl der Pfarrer und Gläubigen den staatsfeindlichen Parolen nicht folgte – *sondern teilweise sogar zum*

<sup>1</sup> Satz ist im Original handschriftlich in Klammern gesetzt und mit zwei Fragezeichen versehen worden.

<sup>2</sup> Satz ist im Original handschriftlich durchgestrichen.

*Erfolg der Wahlen beitrug.*<sup>3</sup> Die angeführten Meldungen über vermutliche Brandstiftungen beruhen auf noch nicht abgeschlossene[n] Untersuchungen. Es laufen auch noch Ermittlungen über besondere Vorkommnisse – Republikflucht von Kandidaten, Entwendung einer Wahlurne, Zerstörungen an Wahllokalen und falsch gedruckte[n] Stimm­scheine[n].

*I. Vorkommnisse, die faschistischen Charakter tragen oder auf die Tätigkeit faschistischer Elemente schließen lassen*

In den letzten Tagen wurden mehrere Fälle von Feindsätigkeit mit offensichtlich faschistischem Charakter bekannt. Dabei trat besonders der Bezirk Leipzig in Erscheinung:

- Im Stadtgebiet Leipzig wurden an der Peterskirche 5 Hakenkreuze sowie an 3 weiteren Stellen die Losungen: »Wir wählen am 23. Juni – Hitler«, »Wählt Adenauer«, »Wählt Hitler« angeschmiert.
- Im VEB Getriebewerk Böhlitz-Ehrenberg/Leipzig wurden an verschiedenen Tagen Losungen wie »Heil Hitler« und Hakenkreuze angeschmiert.
- In Meuselwitz/Altenburg war an einer Mauer »Wir wählen Hakenkreuz« (170 x 30 cm) angebracht. Weiter waren an 2 anderen Stellen Hakenkreuze angeschmiert.
- In den Gemeinden Geeck<sup>4</sup> und Gorlosen<sup>5</sup>/Ludwigslust/Schwerin wurden am 21.6.1957 9 Hakenkreuze an Begrenzungspfählen festgestellt.
- In Aue wurden am Wahllokal am Ernst-Thälmann-Platz mit weißer Ölkreide 4 Hakenkreuze angeschmiert.
- In Bittkau/Tangerhütte wurden an 10 verschiedenen Stellen faschistische Schmierereien festgestellt. Dabei handelte es sich um Hakenkreuze sowie die Losung »Wählt Freiheit«. Ähnliche Schmierereien wurden auch aus dem Bezirk Suhl bekannt.
- Im Schacht 66 des Objektes 09 Wismut wurden auf Sohle 240 fasch[istische] Losungen und ein Hitlerbild angebracht.<sup>6</sup>

*II. a) Vernichtung von Wahlplakaten und anderer Sichtagitation*

In der Vorbereitung der Wahlen wurden in großer Anzahl Wahlplakate abgerissen, beschädigt und verbrannt.

---

<sup>3</sup> Der kursiv gesetzte Teil des Satzes wurde im Original handschriftlich gestrichen.

<sup>4</sup> Ein Ort namens »Geeck« ließ sich im Bezirk Schwerin nicht verifizieren. Eventuell handelt es sich hierbei um die im Landkreis Ludwigslust gelegene Gemeinde »Grebs«.

<sup>5</sup> Im Original: »Görlosen«.

<sup>6</sup> Satz ist im Original vertikal angestrichen und kommentiert: »siehe S. 9 [d. i. VI. Festnahmen] gehört zusammen«.

- Aus dem Bezirk Potsdam sind 150 Fälle gemeldet – davon allein in den Kreisen Kyritz 10, Neuruppin 12, Oranienburg 17, Pritzwalk 29 (Gemeinde Kehrberg 15), Rathenow 10, Babelsberg 26 und in Falkensee/Nauen 25.
- Im Stadtgebiet Halle wurden allein vom 21. zum 22.6.1957 28 Wahlplakate abgerissen bzw. beschädigt und selbstgefertigte Klebestreifen mit staatsfeindlichen Losungen angebracht.
- Im geringen Maße wurde diese Art der Störung der Wahlen in den anderen Bezirken bekannt (Leipzig 44 Fälle, davon 26 in der Stadt Eilenburg; Frankfurt 32 – davon 25 im Kreis Seelow; Schwerin 26 – davon 15 im Kreis Ludwigslust; Magdeburg 25 – darunter die Hälfte aller Plakate in Lübars, Loburg und sämtliche Plakate der Gemeinde Silstedt<sup>7</sup>/Wernigerode, Karl-Marx-Stadt 13 – davon 10 in Oelsnitz; in Gera 20 und Dresden 10). Bei der Beschädigung von Wahlplakaten handelt es sich hauptsächlich um Beschmieren mit Farbe bzw. um das Streichen von Kandidaten.

#### b) *Anschmierungen von Hetzlosungen*

Außerdem traten in einer Reihe von Bezirken Schmierereien auf, die sich gegen die Wahldurchführung und gegen die SED richteten und die Aufforderung: »Am 23. Juni Adenauer zu wählen« oder »Die Wahlscheine durch ein Kreuz ungültig zu machen« enthielten.

- Losungen dieser Art wurden in den Bezirken Leipzig – besonders in der Stadt Leipzig, in den Kreisen Wurzen, Altenburg und Geithain (21), Magdeburg (8), Potsdam (6), Karl-Marx-Stadt (14) und Gera (7) festgestellt.
- In den letzten Tagen wurden verstärkt Fahnen abgerissen – u. a. in den Bezirken Potsdam (9), Magdeburg (15 – davon in Unseburg, Staßfurt 8 Fahnen).

#### c) *Verbreitung selbst gefertigter Hetzschriften*

- Selbstgefertigte Hetzschriften mit Hetze gegen die Wahlen, die Regierung und der Aufforderung »Am 23. Juni Adenauer zu wählen« wurden im Bezirk Halle (13 Fälle) davon in Goseck/Weißenfels allein 12 Stück, in Karl-Marx-Stadt in 2 Fällen, in der Jugendhaftanstalt Ichtershausen/Erfurt 2 Stück und in Briefkästen in Erfurt 18 Stück festgestellt.
- In Mosel/Zwickau wurden beispielsweise 25 selbst gefertigte Hetzschriften folgenden Inhaltes angeklebt:

Am 17. Juni waren es 4 Jahre her, dass Berliner Arbeiter zum Kampf gegen die Tyrannei und für die Freiheit antraten. Leider ist der Tag für uns in der Sowjetzone noch nicht gekommen, an dem wir auch offiziell dieser toten

---

<sup>7</sup> Im Original: »Sillstedt«.

Helden gedenken können. Aber die Zeit ist nicht mehr fern, in der in ganz Deutschland der Tag der Freiheit gefeiert werden kann. Wenn Ihr in wenigen Tagen zur Wahl geht, seid mutig, lasset Euch nicht durch die verlogenen Reden verführen ...

Darum bleibt fern der Wahl – beteiligt Euch nicht beim Wahlbetrug. Komitee Freies Deutschland.

- In Erfurt wurden SED-Mitgliedern selbst gefertigte Hetzschriften in die Briefkästen gesteckt. Diese trugen den Absender »Widerstandskomitee der Stadt Erfurt«.

### III. Auftreten provokatorischer Elemente

Im Verlauf der Vorbereitungen der Wahl trat in den Bezirken Berlin, Rostock, Karl-Marx-Stadt, Frankfurt und Potsdam vereinzelt in Erscheinung, dass Bürger der DDR – besonders Mitglieder der SED und VP-Angehörige – beschimpft und tätlich angegriffen wurden (häufig jugendliche Täter). Charakteristisch dafür sind nachstehende Beispiele:

- Am Bahnhof Friedrichstraße/Berlin wurden 4 Mitglieder der SED aufgrund ihres Abzeichens von einer größeren Anzahl Jugendlicher angepöbelt und bedroht. Dabei brüsteten sie sich mit den Ereignissen am 17. Juni 1953.
- In der Nacht zum 21.6. wurden in Werder/Potsdam-Land 2 VP-Angehörige von 2 Jugendlichen provoziert und beschimpft.
- In Eilenburg/Leipzig schlugen 2 Jugendliche einen aktiven Genossen mit einer Bierflasche nieder und verletzten ihn dabei schwer.
- Vereinzelt wurden auch bei Kandidaten die Fenster eingeschlagen. Derartige Beispiele wurden aus den Orten Spahl/Suhl und Lindenberg/Potsdam bekannt.
- Zu Störungen von Wahlversammlungen kam es in den Bezirken Neubrandenburg, Potsdam, Karl-Marx-Stadt und Gera, wo sich neben Jugendlichen besonders auch Groß- und Mittelbauern beteiligten. Dort wurden provokatorische Reden gehalten (Viewegsche<sup>8</sup> Theorie – freie Wirtschaft) bzw. faschistische Lieder gesungen.

---

<sup>8</sup> Im Original: »Viehweg«. Kurt Vieweg (1911–1976), Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED, sein »Neues Agrarprogramm für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR« im Februar 1957 wurde von der 30. Tagung des ZK der SED als revisionistisch zurückgewiesen; März 1957 erzwungener Rücktritt von allen Ämtern bzw. Ausschluss von den Wahlfunktionen. Vgl. u. a.: Engelmann, Roger; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat: eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953. Göttingen 2005, S. 291.



#### IV. Tätigkeit der Kirche

Die bekannte – von reaktionären Kreisen der ev[angelischen] Kirchenleitung Magdeburg erarbeitete – am 28.5.1957 auf der Ostkirchenkonferenz in Westberlin verbreitete, juristische Stellungnahme, die – neben Hetze gegen die DDR – indirekt zur Nichtbeteiligung an der Wahl aufforderte, hat nach bisher vorliegenden Berichten bei dem größten Teil von Geistlichen der DDR keine Resonanz gefunden. Trotz der Tatsache, dass einige Gliedkirchen diese Stellungnahme mündlich (z. B. Sachsen) bzw. schriftlich (Magdeburg, Berlin, Brandenburg) an die Superintendenten verbreiteten, wurde diese am 16.6.1957 nicht in den Kirchen verlesen.

Dass auch ein Teil der Pfarrer davon Kenntnis erhielt, kam verschiedentlich – besonders in Brandenburg und Sachsen – in Predigten durch Äußerungen (wie die Wahlen seien nicht demokratisch, sie seien nicht frei, auf die Zusammensetzung der Kandidaten könnte kein Einfluss genommen werden und Ähnlichem) zum Ausdruck.

- Im Bezirk Magdeburg zeigte sich, bei den vom Rat des Bezirkes bzw. der Kreise durchgeführten Aussprachen mit den Superintendenten, dass von 10 befragten Superintendenten 5 zum Ausdruck brachten, dass sie den Inhalt dieser Stellungnahme nicht weiter verbreiten bzw. nicht gegen die Wahlen Stellung nehmen.
- 2 weitere wollten nur auf Anfragen ihrer Kirchgemeinde sinngemäß antworten, die Stellungnahme jedoch nicht verlesen.
- Dass sich ein Teil der Pfarrer davon ebenfalls distanzierte, fand seinen Ausdruck bei der Wahl selbst. Im Kreis Burg z. B. wählten der ev[angelische] Pfarrer bereits um 6.30 Uhr und der kath[olische] Pfarrer und dessen Vikar um 7.30 Uhr offen die Kandidaten der Nationalen Front.
- In Wolmirstedt ging der ev[angelische] Pfarrer geschlossen mit den Angestellten des Kirchenamtes [am] Vormittag zur Wahl und stimmte offen ab.
- Desgleichen geschah auch in den Gemeinden Hohenlepte und Dornburg/Zerbst/Magdeburg. Ähnliche Beispiele liegen auch aus fast allen Bezirken bisher vor.
- Bemerkenswert ist, dass Bischof *Vogt* aus Herrnhut/Löbau<sup>9</sup> mit seiner Frau bereits vor dem Kirchgang um 7.00 Uhr wählte. In ihrer Begleitung befand sich der westdeutsche Bischof *Modell*.<sup>10</sup> Bischof *Vogt* benutzte die Wahlkabine, während seine Frau offen wählte, möglicherweise, um den westdeutschen Bischof von der Möglichkeit einer geheimen Stimmabgabe zu überzeugen.

---

<sup>9</sup> Im Original »Herrnhut«. Bischof Johannes Vogt (Lebensdaten nicht ermittelbar). Vgl. Richter, Hedwig: Pietismus im Sozialismus: Die Herrnhuter Brüdergemeine in der DDR. Göttingen 2011, S. 125 ff.

<sup>10</sup> Nicht ermittelt.

Bereits im Verlaufe der Wahlvorbereitungen zeigten sich in starkem Maße Bestrebungen ev[angelischer] und kath[olischer] Pfarrer, die Wahlveranstaltungen und die Wahl selbst zu stören, indem Gegenveranstaltungen – wie Kirchentreffen, Vorträge, Fronleichnamsfest, Wanderungen u. ä. – organisiert und durchgeführt wurden.

- Der Pfarrer aus Reichenbach/K[arl]-M[arx]-St[adt] hatte für den Zeitpunkt der Rechenschaftslegung – nach Bekanntwerden der Termine – gleichlaufend eine Kirchenversammlung durchgeführt.
- Der Pfarrer der Gemeinde Ilmersdorf<sup>11</sup>/Landeskirche B[er]l[i]n-Brandenburg forderte die Mitglieder der »Jungen Gemeinde« auf, am 23.6.1957 am Treffen der »Jungen Gemeinde« im Olympiastadion in Westberlin teilzunehmen.
- Die kath[olische] Kirche hat in verschiedenen Bezirken die Fronleichnamfeste auf den 23.6.57 verlegt. Gleiche und ähnliche Beispiele wurden aus allen Bezirken bekannt.

Obwohl diese Bestrebungen vorhanden waren, ist aus vorliegenden Berichten ersichtlich, dass in einer Vielzahl von Beispielen die ev[angelischen] und kath[olischen] Geistlichen ihren Wahlverpflichtungen gemeinsam mit ihrer Gemeinde nachgekommen sind.

- So z. B. hat ein kath[olischer] Geistlicher seine an der Kommunion teilnehmende Gemeinde aufgerufen, am 23.6.1957, um 7.00 Uhr ihre Stimme abzugeben. Der kath[olische] Geistliche aus Lübz/Schwerin hat ebenfalls in der Frühmesse alle Gläubigen für die Teilnahme an der Wahl aufgerufen und als Erster seine Stimme abgegeben.

#### V. Andere Feindseligkeit:

##### a) Fernschreiben feindlichen Inhaltes

Am 21.6.1957 ging im Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg ein Fernschreiben ein, worin aufgefordert wurde, den Stimmzettel ungültig zu machen und die Wahlkabinen zu benutzen.

Unterschrift: »Eure SPD in Bonn«.

Genauer Absender: Maschinenbau SA. [Name 1], Bonn

Ein gleiches Fernschreiben erhielten auch die Kamerawerke Dresden am 21.6.57.

##### b) Brände

Von der Vielzahl der Brände wurden nur nachgenannte als vermutliche Brandstiftung bekannt.

---

<sup>11</sup> Im Original: »Ilmensdorf«.

- Am 17.6.57 entstand bei der Ortschaft Briesen/Fürstenwalde/Frankfurt an der Autobahn Berlin – Frankfurt ein Waldbrand, wo ca. 35–40 Hektar Wald vernichtet wurden. An der Brandstelle wurden 3 Blechkapseln gefunden, bei denen es sich möglicherweise um Brandsätze handelt (vermutlich westdeutsches Fabrikat), Schaden ca. 18 000 DM.
- Weitere Waldbrände, die auf vermutliche Brandstiftung zurückzuführen sind, entstanden am 17.6.57 am Kleinen Zschirnstein<sup>12</sup> bei Klein-Gießhübel/Pirna/Dresden. 20 ha 40-jähriger Fichtenbestand. Schaden 400 000,- DM.
- 17.6.57 in Klittern/Niesky/Dresden.
- 16.6.57 in der Redliner Heide/Herzberg/Cottbus.
- 21.6.57 in Greineburg<sup>13</sup>/Bad Salzungen/Suhl.
- Am 21.6.57 wurde im Wismut-Schacht des Objektes 09 Aue auf Sohle 240 ein im Entstehen befindlicher Brand festgestellt und gelöscht. Am Tatort wurden ein mit Öl getränkter Lappen und zwei abgebrannte Streichhölzer sichergestellt. Als wahrscheinliche Täter wurden 6 Personen festgenommen.<sup>14</sup>
- In einer Lagerhalle des Großhandelskontors Obst und Gemüse in Wismar/Rostock wurde am 22.6.57 an mehreren Stellen ein Brand angelegt. (Verdächtig ist ein finnischer Matrose – wurde festgenommen – Schaden ca. 100 000 DM).

#### VI. Festnahmen<sup>15</sup>

Insgesamt werden zurzeit von den Untersuchungsabteilungen der Bezirksverwaltungen des MfS gegen 42 verhaftete Personen Strafverfahren im Zusammenhang mit der Wahl durchgeführt. Nachfolgend werden nur Personen erwähnt, gegen die der Haftbefehl bereits erlassen wurde und die direkt von Organen des MfS bearbeitet werden (24 Verhaftungen sind im Bericht vom 18.6.57 und in der Statistik enthalten). Nicht aufgeführt sind Vorgänge, die bei der VP unter Mitarbeit des MfS geführt werden oder deren Übergabe von der VP an das MfS noch nicht entschieden ist.

---

<sup>12</sup> Im Original: »Zirnstern«.

<sup>13</sup> Ortsangabe nicht ermittelt.

<sup>14</sup> Im Original Absatz vertikal angestrichen und kommentiert: »siehe S. 2 gehört zusammen«.

<sup>15</sup> Punkt VI. a) und b) sind Original handschriftlich durchgestrichen.

a) Delikte der verhafteten Personen

	Boykotthetze				
	m[it] Gewalt- anwend[ung] oder Gewalt- androhung	in Wahl- Versamm- l[ung]	sonst i[n] d[er] Öff- fentl[i]ch keit	Flugbl[att-] Verbr[eitung], Schmierereien	insge- samt
Verw[altung] Gr[oß] B[er]l[i]n	1	1	-	1	3
Rostock	-	-	1	-	1
Schwerin	-	-	2	-	2
Potsdam	-	-	2	-	2
Cottbus	-	2	-	-	2
Frankfurt/O.	1	-	1	1	3
Leipzig	1	1	4	-	6
Dresden	-	-	2	1	3
Halle	2	-	9	2	13
Erfurt	-	-	2	2	4
Gera	-	1	1	-	2
Suhl	-	-	-	1	1
insgesamt	5	5	24	8	42

b) Soziale Stellung der Verhafteten

Arbeiter	23
- in Privatbetrieben	6
- in VEB	10
Angestellte	7
- VEB	7
LPG-Arb[eiter]/Angestellte	2
Selbst[ständige] Gewerbetreibende, Bauern	5
Studenten	1
Künstler	1
Hausfrauen	3

Von den Verhafteten waren 7 ehemals Mitglieder der NSDAP, davon sind 5 jetzt Arbeiter bzw. Angestellte in einem VEB.

b) *Einige vorläufig festgenommene Personen, die von Organen des MfS – zum Teil in Verbindung mit der VP – bearbeitet werden*

- Am 22.6.57 wurden 7<sup>16</sup> *Studenten aus Weimar* von der VP festgenommen, als sie dabei waren, Wahlplakate abzureißen. Die Studenten kamen von einem Trinkgelage bei einem Jugendpfarrer. Die Bezirksverwaltung des MfS Erfurt hat die weitere Untersuchung übernommen.
- 7 *Studenten* der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Halle wurden am 22.6.1957 von der VP auf frischer Tat festgenommen, als sie Fahnen und Wahlplakate abrissen. Sie hatten zuvor das bestandene Doktorexamen gefeiert. Bearbeitung erfolgt gemeinsam mit der VP. Nach Aussprache beim Staatsanwalt ist für den 27.6.1957 ein Schnellverfahren mit bedingter Verurteilung vorgesehen worden.
- Im Stadtgebiet Magdeburg wurden mehrere Festnahmen durchgeführt. Die betreffenden Personen hatten Fahnen heruntergerissen.
- Im Bezirk Leipzig wurden 5 *Jugendliche* festgenommen, die Straßensperren anlegten, offene Hetze trieben, Wahlplakate heruntergerissen und einen Genossen niedergeschlagen haben.

---

<sup>16</sup> Im Original Zahl handschriftlich verbessert auf »6«.

## Schwerpunktmäßige Einschätzung der Wahlen im Bezirk Leipzig

Quelle: BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 513–521.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Berlin.

Absender: Bezirksverwaltung Leipzig, Einsatzstab.

Unterschrift Oberst Rümmler<sup>1</sup>, Leiter der Bezirksverwaltung.

Bemerkung: Kursiv gesetzte Textstellen, die keine Ortsangaben sind, sind im Original handschriftlich rot unterstrichen

*Kreis Altenburg:*

	Wahlbeteiligung	f[ür] NF abgegeben	ungültig	dagegen
Gemeinden	97,60 %	99,72 %	0,28 %	0,28 %
Kreis	97,66 %	99,72 %	0,28 %	0,28 %

Die *Überprüfung* ergab, dass die inoffiziell festgestellten Zahlen nur *wenig von den offiziellen Feststellungen abweichen*, wenn ungültige und Gegenstimmen addiert werden.

Eine *Ausnahme macht der Ort Göhren*:<sup>2</sup>

Wahlberechtigte:	577		
Beteiligung:	565		
offiziell[e] ungültig:	8	=	21 = etwa 4 %
offiziell[e] Gegenstimmen:	13		
durch Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	18		3 %
insgesamt:	39		7 %

Die Ungültigmachung bzw. die Gegenstimmen erfolgten etwa zu 80 % durch Streichen der Kandidaten. In den *meisten Fällen stand »nein«* oder eine sinngemäße Ablehnung. Im Vergleich zu den Volkswahlen 1954 hat sich das

<sup>1</sup> Kurt Rümmler (1911–1958), seit 1931 Mitglied der KPD, 1935 Haft wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 1947 Einstellung bei der Polizei und 1950 beim MfS als Leiter der KD Rochlitz, 1951 Wechsel als Leiter der KD Oelsnitz und 1952 zur KD Leipzig, dann Leiter der BV Leipzig.

<sup>2</sup> Die Zahl »21« sowie die Prozentangaben sind handschriftlich hinzugefügt. Der Absatz weist eine vertikale Randmarkierung auf.

Verhältnis der Wähler, welche die Kandidaten der Nationalen Front wählten, erheblich zugunsten unseres Staates verbessert.

*Im Ort Ziegelheim stimmten 1954 18,2 % für EVG, heute bei 760 Wahlberechtigten nur 4 Gegenstimmen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in anderen Orten.*

*Kreis Borna:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	96,64 %	99,64 %	0,36 %	0,31 %
Kreis	96,13 %	99,68 %	0,36 %	0,32 %

*Eine Anzahl von Gemeinden, die als Schwerpunkte bisher galten, sind bei diesen Wahlen nicht als Schwerpunkt in Erscheinung getreten im Hinblick auf die Volkswahlen 1954 und des Vorhandenseins [einer großen Anzahl]<sup>3</sup> von Großbauern und kirchlichen Einflüssen.*

Die Überprüfung ergab, dass eine Konzentration von ungültigen Stimmen und Gegenstimmen bzw. Nichtbeteiligung oder feindliche Äußerungen auf Wahlzetteln nicht vorhanden sind.

Lediglich in 5 Einzelfällen wurden Wahlzettel mit Losungen beschmiert, wie: »Freie Wahlen«, »Adenauer«, »Nein« und »Verbrecher«.

Die übrigen ungültigen Stimmen sind zum großen Teil durchkreuzt und teilweise mit dem Wort »ungültig« überschrieben worden. Besonders sind zu erwähnen die Gemeinden Großstorkwitz<sup>4</sup> und Pötzschau, die als Schwerpunkte hinsichtlich des Vorhandenseins von Großbauern bekannt sind.

In der Gemeinde Großstorkwitz gibt es:

Wahlberechtigte:	180
Wahlbeteiligung:	175 = 96,5 %
offiziell ungültige Stimmen und Gegenstimmen:	19
durch Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	12
insgesamt:	31

<sup>3</sup> Im Original durchgestrichen.

<sup>4</sup> Im Original durchgehend: »Großstorkewitz«.

Gemeinde Pötzschau:<sup>5</sup>

Wahlberechtigte:	420		
Wahlbeteiligung:	414	=	98,6 %
offiziell ungültige Stimmen und Gegenstimmen:	28	=	rd. 7 %
durch Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	16		
insgesamt:	44	=	rd. 11 %

*Kreis Delitzsch:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	98,05 %	99,87 %	0,11 %	0,13 %
Kreis	97,90 %	99,85 %	0,13 %	0,15 %

Auch im *Kreis Delitzsch* ergab sich, dass *die Gemeinden*, die seither als Schwerpunkte in der Feindarbeit bekannt sind, zur jetzigen Wahl im Wahlergebnis *nicht als Schwerpunkt* in Erscheinung getreten sind.

Die Gemeinde Krostitz, in der eine Anzahl Großbauern vorhanden sind und am 17.6.1953 verschiedene Jugendliche als Provokateure entlarvt wurden, erreichte folgendes Wahlergebnis:

Wahlberechtigte:	1728		
Wahlbeteiligung:	1705	=	98,5 %
für die Kand[idaten] der NF:			99,8 %
offizielle Gegenstimmen und ungültige Stimmen:	3		
durch Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	7		
insgesamt:	10		

*Kreis Döbeln:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	97,40 %	99,81 %	0,61 %	0,90 %
Kreis	97,44 %	99,80 %	0,61 %	0,19 %

In den Städten Döbeln, Roßwein und Waldheim, in denen sich in der Vergangenheit verschiedentlich Schwerpunkte der Feindtätigkeit bildeten, weicht das offizielle Wahlergebnis nicht wesentlich von dem inoffiziellen ab. Es kann durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

---

<sup>5</sup> »7 %« und »11 %« handschriftlich eingefügt, Absatz vertikal am Rand markiert.



In der Vorbereitung der Wahl zeigte sich besonders die Gemeinde *Limritz*<sup>6</sup> als Schwerpunkt der Feindschaft. Das jetzige Wahlergebnis aus diesem Ort gibt dafür die Bestätigung. In dieser Gemeinde sind:<sup>7</sup>

Wahlberechtigte:	376
Wahlbeteiligung:	370
offiziell ungültige und Gegenstimmen:	9
durch Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	42
insgesamt:	51

In der Gemeinde Mochau trat in Erscheinung, dass jeweils 13 Wahlscheine mit einem Klebestreifen versehen waren mit der Aufschrift »ungültig«. Diese Aufschrift wurde mit einem Stempel (Galvano-Ätzung) aufgedruckt, was darauf schließen lässt, dass in dem Ort eine feindliche Gruppe vorhanden ist.<sup>8</sup>

*Kreis Eilenburg:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	98,16 %	99,77 %	0,26 %	0,23 %
Kreis	98,18 %	99,79 %	0,25 %	0,21 %

Im Kreis Eilenburg trat von den als Schwerpunkten bezeichneten Gemeinden nur eine als solche in Erscheinung. Hier handelt es sich um die Gemeinde Authausen.

Wahlberechtigte:	494
Wahlbeteiligung:	97,8 %
offizielle ungültige und Gegenstimmen:	6
durch Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	10
insgesamt:	16

Jedoch war hier festzustellen, dass auf 35 Wahlscheinen ständig ein Kreis von 5 Genossen des Ortes durchgestrichen wurde. Die Ursachen hierfür liegen nach den bisherigen Feststellungen darin, dass es zwischen diesen Genossen Differenzen gibt, die dem Ort bekannt sind und ihre Auswirkungen hatten. Näheres muss noch festgestellt werden.

<sup>6</sup> Im Original: »Limritz«.

<sup>7</sup> Die Tabelle weist eine vertikale Randmarkierung auf.

<sup>8</sup> Absatz mit vertikaler Randmarkierung und handschriftlichem Vermerk »II d)«.

*Kreis Geithain:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	96,87 %	99,40 %	0,59 %	0,60 %
Kreis	96,88 %	99,34 %	0,58 %	0,66 %

Im *Kreis Geithain* sind ein Teil der *Schwerpunktgemeinden* auch wieder bei der jetzigen Wahl als solche aufgetreten. Diese Dörfer sind in der Vergangenheit verschiedentlich durch Feindschaft bekannt geworden. Besonders die Gemeinden Hopfgarten und Tautenhain.

In Hopfgarten gibt es:

Wahlberechtigte:	293	
Wahlbeteiligung:	283	= 96,5 %
für die Kand[idaten] der NF:	251	= 94,7 %
offizielle ungültige und Gegenstimmen:	32	
durch unsere Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	1	
insgesamt:	33	

In der Gemeinde Tautenhain gibt es:

Wahlberechtigte:	558	
Wahlbeteiligung:	549	= 98,39 %
für die Kand[idaten] der NF:	501	= 99,30 %
offizielle ungültige und Gegenstimmen:	48	
durch unsere Überprüfung festgestellte Gegenstimmen und ungültige:	10	
insgesamt:	58	

*Kreis Grimma:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	96,95 %	99,63 %	0,89 %	0,37 %
Kreis	97,36 %	99,61 %	0,89 %	0,39 %

Im *Kreis Grimma* traten besonders zwei Gemeinden bei den Wahlen in Erscheinung, und zwar die Gemeinden Schönbach und Zschoppach. Beide Gemeinden traten, besonders bei der Volkswahl 1954 durch ein schlechtes Wahlergebnis in Erscheinung. Charakteristisch für beide Orte ist, dass dort verschiedene Großbauern dominieren und im Dorf Schönbach die Zeugen Jehovas Einfluss ausübten.

In der Gemeinde Schönbach gibt es:

Wahlberechtigte:	625
Wahlbeteiligung:	604
für die Kand[idaten] der NF:	566
offizielle ungültige und Gegenstimmen:	38
durch unsere Überprüfung festgestellte ungültige und Gegenstimmen:	26
insgesamt:	64 <sup>9</sup>

In der Gemeinde Zschoppach gibt es:

Wahlberechtigte:	648
Wahlbeteiligung:	638
für die Kand[idaten] der NF:	613
offizielle Gegenstimmen und ungültige:	25
durch unsere Überprüfung festgestellte ungültige und Gegenstimmen:	53
insgesamt:	78

*Kreis Oschatz:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	97,76 %	99,93 %	0,57 %	0,67 %
Kreis	97,17 %	99,95 %	0,56 %	0,05 %

Von den im Kreis Oschatz festgestellten Schwerpunkten hinsichtlich der Volkswahlen 1954 und der Vorbereitung der Wahlen 1957 wurden im Wesentlichen festgestellt, dass die Schwerpunkte bis auf zwei Gemeinden bei den jetzigen Wahlen nicht in Erscheinung getreten sind. Bei diesen in Erscheinung getretenen Orten handelt es sich um Lampertswalde und Laaß.<sup>10</sup>

In Lampertswalde gibt es:<sup>11</sup>

Wahlberechtigte:	589
Wahlbeteiligung:	580
für die Kand[idaten] der NF:	577 = 99,5 %
offizielle ungültige und Gegenstimmen:	3
durch unsere Überprüfung festgestellte ungültige und Gegenstimmen:	45
insgesamt:	48

<sup>9</sup> Tabelle ist vertikal am Rand markiert.

<sup>10</sup> Im Original: »Laß«.

<sup>11</sup> Tabelle ist vertikal am Rand markiert.

Dabei trat in Erscheinung, dass vier Wahlscheine mit einem »F« versehen waren, was auf die Tätigkeit des Ostbüros der SPD schließen lässt.

In der Gemeinde Laaß gibt es:

Wahlberechtigte:	463	
Wahlbeteiligung:	441	
für die Kand[idaten] der NF:	410	= 93,0 %
offizielle ungültige und Gegenstimmen:	38	
durch unsere Überprüfung festgestellte ungültige und Gegenstimmen:	34	
insgesamt:	72	

Auch in dieser Gemeinde war ein Wahlschein mit einem »F« versehen.

Die Ursachen der hohen Zahl der Nichtbeteiligung und Gegenstimmen ist in höchster Wahrscheinlichkeit darin zu suchen, dass sich diese Stimmen gegen die Inhaftierung von zwei Jugendlichen, die in der Vorbereitung der Wahlen festgenommen wurden, richteten. Hierunter ist ein bestimmter Teil Jugendlicher als treibende Kraft bekannt. Wird bearbeitet.

*Kreis Schmölln:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	97,39 %	99,86 %	0,11 %	0,14 %
Kreis	97,41 %	99,87 %	0,15 %	0,13 %

Im Kreis Schmölln wurde festgestellt, dass sich im Vergleich zu den Wahlen von 1954 eine wesentlich stärkere Wahlbeteiligung ergeben hat und der größte Teil der Bevölkerung, ca. 98 %, ihre Stimmen offen abgaben, darunter befanden sich Mittel- und Großbauern sowie ein Pfarrer, der seine Gemeinde in der Kirche aufrief sofort zur Wahl zu gehen und sich für den Frieden zu entscheiden.

Von den bisher als Schwerpunktgemeinden bekannten Orten traten nur zwei wieder wesentlich in Erscheinung. In diesen Fällen handelt es sich um die Gemeinden Ponitz (in diesem Ort dominierte in der Vergangenheit die SPD, deren Einfluss noch heute wirksam ist) und Heukewalde (eine Reihe Großbauern üben einen negativen Einfluss auf die Gemeinde aus).

In der Gemeinde Ponitz gibt es:<sup>12</sup>

Wahlberechtigte:	1 794
Wahlbeteiligung:	1 753

---

<sup>12</sup> Tabelle ist vertikal am Rand markiert.

für die Kand[daten] der NF: 1 747  
 offizielle ungültige und Gegenstimmen: 6  
 durch unsere Überprüfung festgestellte  
 ungültige und Gegenstimmen: 14  
 insgesamt: 20

In der Gemeinde Heukewalde gibt es:  
 Wahlberechtigte: 224  
 Wahlbeteiligung: 223  
 für die Kand[daten] der NF: 216  
 offizielle ungültige und Gegenstimmen: 7  
 durch unsere Überprüfung festgestellte  
 ungültige und Gegenstimmen: 6  
 insgesamt: 13

*Kreis Torgau:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	97,42 %	99,69 %	0,52 %	0,31 %
Kreis	97,44 %	99,68 %	0,56 %	0,32 %

Im Kreis *Torgau* trat besonders die *Gemeinde Mahitzschen* in Erscheinung, wo festgestellt wurde, dass 5 Wahlscheine mit einem »F« versehen waren, was auf die Tätigkeit des Ostbüros der SPD schließen lässt.<sup>13</sup>

Des Weiteren wurden 71 Stimm Scheine ungültig gemacht. In diesem Dorf traten in der Vergangenheit bei einer Reihe von Großbauern Unzufriedenheiten auf. Es handelt sich hier im Wesentlichen *um Differenzen mit dem Rat des Kreises Torgau*.<sup>14</sup> Die *Felder* der Bauern liegen westlich der Elbe, die *Gehöfte* befinden sich *östlich der Elbe*. Die *Fähre* ist seit einigen Monaten *nicht benutzbar*, sodass die Bauern, um auf ihre *Felder* zu gelangen, *bis zu 40 km umfahren müssen*. Der *Rat des Kreises* hat bisher keine *Abhilfe* geschaffen.

In der Gemeinde Mahitzschen gibt es:  
 Wahlberechtigte: 352  
 Wahlbeteiligung: 325 = 92,3 %  
 für die Kand[daten] der NF: 283  
 offizielle ungültige und Gegenstimmen: 42

<sup>13</sup> Im Original: »was darauf schließen lässt, auf die Tätigkeit des Ostbüros der SPD«.

<sup>14</sup> Bis zu dieser Stelle ist der Absatz vertikal markiert.

durch unsere Überprüfung festgestellte  
ungültige und Gegenstimmen: 29  
insgesamt: 71<sup>15</sup>

In der Gemeinde Kaisa-Lausa<sup>16</sup> wurde festgestellt, dass drei Wahlscheine mit einem »F« versehen waren und in der Gemeinde Rosenfeld ein Wahlschein mit einem »F« versehen war.

*Kreis Wurzen:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	97,84 %	99,68 %	0,18 %	0,32 %
Kreis	97,86 %	99,67 %	0,18 %	0,33 %

Im Kreis Wurzen zeigte sich, dass die vorher bekannten Schwerpunkte bei den Wahlen im Wesentlichen nicht in Erscheinung getreten sind. Im Kreis Wurzen trat besonders die Gemeinde Altenbach, die in der Vergangenheit hinsichtlich der Feindtätigkeit nicht in Erscheinung trat, hervor.

In der Gemeinde *Altenbach* gibt es:

Wahlberechtigte: 787  
Wahlbeteiligung: [k. A.]  
für die Kand[idaten] der NF: 774  
offizielle ungültige und Gegenstimmen: 13  
durch unsere Überprüfung festgestellte  
ungültige und Gegenstimmen: 51  
insgesamt: 64

Die Gemeinde Altenbach liegt in der Nähe des sowjetischen Flugplatzes.

*Leipzig-Land:*

	<b>Wahlbeteiligung</b>	<b>f[ür] NF abgegeben</b>	<b>ungültig</b>	<b>dagegen</b>
Gemeinden	97,39 %	99,84 %	0,33 %	0,16 %
Kreis	97,36 %	99,84 %	0,88 %	0,16 %

Die während der Volkswahl 1954 aufgetretenen Schwerpunktgemeinden sind bei der jetzigen Wahl als solche nicht hervorgetreten. Als neuer Schwerpunkt hat sich die Gemeinde Großdalzig<sup>17</sup> herausgestellt. Hier wurde bei einer Wahlbeteiligung von 98 % nur zu 90,1 % für die Kandidaten der Nationalen Front

<sup>15</sup> Tabelle ist vertikal am Rand markiert.

<sup>16</sup> Im Original: »Kayse-Lausa«.

<sup>17</sup> Im Original: »Groß-Tallzig«.

gestimmt. Weiterhin ist zu erwähnen, dass 53 ungültige und Gegenstimmen festgestellt wurden. Herauszustellen ist noch, dass der Kandidat *Schleehahn* (SED) insgesamt 94-mal als einziger Kandidat auf den Wahlscheinen gestrichen wurde.<sup>18</sup>

Leipzig-Stadt: Die Wahlergebnisse in der Stadt Leipzig konnten nicht überprüft werden, da die Auszählung der Stimmen infolge aufgetretener *Differenzen bei der Auszählung bis 24.6.1957*, um 12.00 Uhr noch nicht vorlagen.

(Rümmler)

Oberst

Leiter der Bezirksverwaltung

---

<sup>18</sup> Absatz vertikal markiert und handschriftlicher Randvermerk »II d.«.

## Vorläufige Einschätzung zu den Ergebnissen der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen

Quelle: BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 522–525.

Bemerkungen: Wer diese Einschätzung erstellt hat, ist nicht ersichtlich. – Ablageort: Sekretariat des Ministers des MfS. Anlage: 2 (davon ediert BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 529 f.)

Die bisher in einigen Bezirken durchgeführte *Überprüfung*<sup>1</sup> der *offiziellen Ergebnisse* der Gemeinde- und Kreistagswahlen zeigt, dass die inoffiziell festgestellten Zahlen *nicht erheblich von dem offiziellen Ergebnis abweichen*. Die Gründe dafür sind in erster Linie darin zu suchen, dass der größte Teil der Wähler die Stimmenabgabe offen durchführte. Außer in einigen kleinen Gemeinden festgestellten erheblichen Unterschieden wird im Allgemeinen der nur geringe Unterschied durch die Überprüfung in den Bezirken Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Schwerin bestätigt.

*Beispiele:*

Kr. Salzwedel/Magdeburg – Gemeinde Altensalzwedel

Wahlberechtigte:	282		
abgegebene Stimmen:	272		
gültige Stimmen:	268	=	98,50 %
ungültige Stimmen:	2	=	0,75 %
Gegenstimmen:	2	=	0,75 %
Nichtwähler:	10		
insgesamt:	25	=	9,00 % festgestellte inoffizielle feindliche und Gegenstimmen

---

<sup>1</sup> Kursiv gesetzte Textstellen, die keine Ortsangaben sind, sind handschriftlich rot unterstrichen.



Krs. Tangerhütte/Magdeburg – Gemeinde Dolle

Wahlberechtigte:	622	
abgegebene Stimmen:	586	
gültige Stimmen:	545	= 93,50 %
ungültige Stimmen:	38	= 5,90 %
Gegenstimmen:	3	= 0,60 %
Nichtwähler:	36	
insgesamt:	58	= 10,00 % festgestellte inoffizielle feindliche und Gegenstimmen

Zu diesen Ergebnissen im Bezirk Magdeburg ist zu bemerken, dass es sich hier um die krassesten Beispiele handelt.

*Beispiele aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt*

Krs. Zschopau

Wahlberechtigte:	44 922	
abgegebene Stimmen:	43 647	
gültige Stimmen:	43 450	= 99,55 %
ungültige Stimmen:	197	= 0,45 %
Gegenstimmen:	259	= 0,60 %
inoffiziell festgestellte Gegenstimmen:	508	= 1,62 %
die Erhöhung beträgt:		1,00 %

Die Nichtwähler sind hierbei nicht angegeben.

Bei allen im Bezirk Karl-Marx-Stadt überprüften inoffiziellen Ergebnissen der Gegenstimmen *ist die Erhöhung gegenüber dem offiziellen Ergebnis der Gegenstimmen nur um etwa 0,75–1 %.*

*Beispiele aus dem Bezirk Leipzig:*

Aus dem Bezirk Leipzig wird berichtet, dass durch die Überprüfungen festgestellt wurde, dass in *kleinen* Gemeinden bis etwa 1 000 Wahlberechtigte die *inoffiziellen Ergebnisse bis 10 % von den offiziellen Gegenstimmen abweichen.* Es handelt sich hierbei jedoch nur um einzelne Gemeinden.

Krs. Wurzen – Gemeinde Altenbach		
Wahlberechtigte:	787	
für die Kand[idaten] der NF:	774	
offizielle ungült[ige]		
u[nd] Gegenstimmen:	13	
durch unsere Überp[rüfung] festgest[ellte]		
ungült[ige] und Gegenstimmen:	51	
insgesamt:	64	ungültige und Gegenstimmen

Kr. Borna – Gemeinde Großstorkwitz <sup>2</sup>		
Wahlberechtigte:	180	
Wahlbeteiligung:	175 =	96,5 %
offizielle ungült[ige]		
u[nd] Gegenstimmen:	19	
durch Überprüfung festgestellt:	12	
insgesamt:	31	ungültige u[nd] Gegenstimmen

*Beispiele aus dem Bezirk Halle:*

Die Überprüfung im Bezirk Halle zwischen den offiziell angegebenen ungültigen Stimmen und den von uns festgestellten inoffiziellen ungültigen Stimmen weisen im vorläufigen Bezirksdurchschnitt eine Steigerung von:

- bei den Wahlen zu den Kreistagen um 290 %
- zu den Gemeindevertretungen um 317 %

auf. Auffällig sind dabei die Kreise:

*Wittenberg*

abgegebene Stimmen	69 183
offiziell ungült[ige] Stimmen	358
inoff[iziell] ungült[ige] Stimmen	1 376

*Naumburg*

abgegebene Stimmen	47 339
offiziell ungült[ige] Stimmen	258
inoff[iziell] ungült[ige] Stimmen	736

---

<sup>2</sup> Im Original: »Groß-Storkewitz«.

Selbst bei dieser festgestellten Erhöhung der inoffiziellen Stimmen wird dabei das insgesamte Ergebnis von feindlichen Stimmen, d. h. ungültige und Gegenstimmen in den Kreisen nicht wesentlich erhöht. Die Erhöhung beträgt, wie bereits zu Karl-Marx-Stadt gesagt, im *Höchstfall 1 %*.

Wird zu den von uns festgestellten inoffiziellen Ergebnissen noch der Prozentsatz der an der Wahl nicht beteiligten Personen hinzugerechnet, so ist nach den vorläufigen Ergebnissen in den Kreismaßstäben *insgesamt noch zusätzlich mit 2–3 % zu rechnen*. Somit kann nach den bisherigen Ergebnissen gesagt werden, dass *nur in den schlechtesten Kreisen mit etwa 7 % feindlicher Stimmen, die sich aus ungültigen, Gegenstimmen und Nichtwählern zusammensetzen, zu rechnen ist*.

#### *Beispiele aus dem Bezirk Magdeburg*

Krs. Haldensleben – Gemeinde Bartensleben<sup>3</sup>

Wahlberechtigte:	502	
ungültige Stimmen:	24	= 4,9 % offiziell
Gegenstimmen:	4	= 0,9 % offiziell
insgesamt:	28	= 6,7 % inoffiziell

Krs. Seehausen – Gemeinde Deutsch

Wahlberechtigte:	150	
ungültige Stimmen:	7	= 4,8 % offiziell
Gegenstimmen:	–	
insgesamt:	26	= 17,3 % inoffiziell

Gemeinde Wendemark<sup>4</sup>

Wahlberechtigte:	380	
ungültige Stimmen:	7	= 1,9 % offiziell
Gegenstimmen:	–	
insgesamt:	36	= 9,7 % inoffiziell

Krs. Klötze – Gemeinde Neuendorf

Wahlberechtigte:	462	
ungültige Stimmen:	42	= 10,1 % offiziell
Gegenstimmen:	7	= 1,8 % offiziell
insgesamt:	69	= 16,9 % inoffiziell

---

<sup>3</sup> Im Original: »Bartenleben«.

<sup>4</sup> Im Original »Wendenmark«.

Krs. Salzwedel – Gemeinde Fleetmark

Wahlberechtigte: 617

ungültige Stimmen: 6 = 1,0 % offiziell

Gegenstimmen: –

insgesamt: 26 = 4,4 % inoffiziell

Anlage 1 (Kursivierte Zahlen sind handschriftlich rot unterstrichen)

Vorläufiges Ergebnis der Wahlen zu den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der Stadtkreise\*

Kreis	Wahlberechtigte	abgegeben[ene] Stimmen	off[i]z[iell] gült[ige] St[immen]	off[i]z[iell] ungült[i]ge Stim[men]	inoffi-[ziell] ungült[ige] Stim[men]	inoffi-[ziell] gültige Stimmen
Artern	43 750	42 963	42 926	37	149	42 749
Aschersleben	56 490	55 607	55 472	53	135	55 472
Bernburg	69 125	67 259	67 179	80	197	66 982
Bitterfeld	100 602	98 668	98 529	139	326	98 203
Eisleben	71 145	69 801	69 747	54	133	69 614
Gräfenhainich[en]	29 508	28 876	28 835	37	175	28 701
Hettstedt	44 573	44 141	44 130	11	42	44 088
Hohenmölsen	29 880	29 365	29 323	42	124	29 199
Dessau nur Stadtkr[eis]	68 241	66 896	66 847	49	227	66 669
Köthen	67 652	66 597	66 530	67	239	66 358
Merseburg	103 910	101 199	101 014	185	444	100 796
Naumburg	49 004	47 339	47 081	258	736	46 345
Nebra	23 311	22 847	22 765	82	97	22 668
Quedlinburg	72 470	70 825	70 759	66	92	70 667
Querfurt	27 455	26 983	26 904	14	79	26 904
Roßlau	31 464	30 884	30 854	30	70	30 814
Sangerhausen	53 357	52 359	52 328	31	239	52 089
Weißenfels	60 068	58 692	58 543	149	149	58 394
<i>Wittenberg</i>	<i>71 066</i>	<i>69 183</i>	<i>68 825</i>	<i>358</i>	<i>1 376</i>	<i>67 449</i>
Zeitz	74 005	72 112	72 047	65	342	71 705
Saalkreis	63 260	62 896	61 893	168		
Stadt Halle	207 711	200 405	199 794	611		
	1 418 053	1 385 062	1 382 473	2 586 -779 1 807	5 371	1 115 866

\* Die letzten beiden Tabellenspalten mit der inoffiziellen Zählung sind mit rotem Farbband geschrieben.

## Anlage 2

Vorläufiges Ergebnis der Wahlen zu den Stadtbezirks-, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen 1957\*

Kreis	Wahlberechtigte	abgegeben[ene] Stim[m(en)]	off[i]z[iell] gült[i]ge Stim[m(en)]	off[i]z[iell] ungült[i]ge Stim[m(en)]	inoff[i-]z[iell] ungült[i]ge Stimmen	inoff[i-]z[iell] gültige Stimmen
Artern	43 380	42 589	42 546	43	189	42 357
Aschersleben	55 301	54 424	54 219	72	205	54 219
Bernburg	68 491	66 802	66 722	80	199	66 523
Bitterfeld	98 960	96 984	96 852	132	334	96 518
Eisleben	70 253	68 937	68 892	45	119	68 773
Gräfenhain[ichen]	29 207	28 743	28 711	31	229	28 482
Hettstedt	44 023	43 592	43 579	13	38	43 541
Hohenmölsen	29 309	28 799	28 820	44	129	28 700
Köthen	66 997	65 938	65 877	61	245	65 632
Merseburg	101 999	99 291	99 115	176	513	98 602
Naumburg	48 705	47 036	46 782	254	749	46 033
Nebra	23 088	22 627	22 543	84	113	22 430
Quedlinburg	71 899	70 264	70 200	64	201	69 999
Querfurt	27 172	26 719	26 700	19		
Roßlau	31 264	30 681	30 657	24	64	30 617
Sangerhausen	52 803	51 805	51 776	29	273	51 503
Weißenfels	59 570	58 188	58 033	155	155	57 878
Wittenberg	70 397	68 503	68 160	343	1 393	66 767
Zeitz	73 279	71 392	71 313	79	346	70 967
Saalkreis	62 687	61 747	61 344	139		
Stadt Halle	207 752	201 115	200 549	566		
	1 336 436	1 305 912	1 303 458	2 453 - 724 1 729	5 485	1 009 541

\* Die letzten beiden Tabellenspalten mit der inoffiziellen Zählung sind mit rotem Farbband geschrieben.

## Durchführung der Wahlen (Ergänzung zum Bericht vom 24.6.1957)

Quelle: BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 526–527.

Empfänger: Ministerium für Staatssicherheit, Berlin.

Absender: Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Groß-Berlin, Leitung.

Bemerkung: Kursiv gesetzte Textstellen im gesamten Dokument sind handschriftlich rot unterstrichen. – Unterschrift: Im Original: »Kohrt, Oberstleutnant« durchgestrichen und mit »Weikert«<sup>1</sup> unterschrieben.

Anlage: 2 (ediert BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 529–530).

In der Anlage wird eine Gegenüberstellung des offiziellen und inoffiziellen Wahlergebnisses des demokratischen Sektors von Groß-Berlin übersandt. In dieser Aufstellung sind die Kreise Mitte und Köpenick nicht enthalten, da von dort noch keine Zahlen vorliegen. Zu der beiliegenden Aufstellung ist fernerhin zu bemerken, dass von der KD Weißensee nur die Gesamtzahl der negativen Stimmen erfasst worden sind. Die Differenz im Kreise Pankow zwischen der offiziellen und inoffiziellen Wertung bei den abgegebenen Stimmen (7 584) rührt daher, dass von der KD Pankow der Stimmbezirk 58 und 2 Sonderwahllokale<sup>2</sup> bei der inoffiziellen Wertung nicht mit erfasst werden konnten.

Hinsichtlich der Anzahl von bestimmten feindlichen Losungen besteht zurzeit im Berliner Maßstab noch kein genauer Überblick, sodass als Ergänzung zu den bereits gemeldeten Losungen nur einige Beispiele angeführt werden können.

Im Kreis Weißensee waren insgesamt 24 feindliche Losungen zu verzeichnen; sie lauteten wie folgt:

---

<sup>1</sup> Martin Weikert (1914–1997), seit 1935 Mitglied der KPC, 1946 Einstellung bei der Polizei in Sachsen, 1946 Leiter der K 5, 1953 Stellvertreter des Ministers, 1955 kommissarischer Leiter der HA I (KVP) und Leiter der BV Berlin, Ende 1957 bis zu seiner Entlassung 1982 Leiter der BV Erfurt.

<sup>2</sup> Wahllokal, in dem die Stimmberechtigten schon Tage vor der eigentlichen Wahl ihre Stimme abgeben konnten. Eine gern in Anspruch genommene Möglichkeit, weil man sich so den Wahlsonntag freihalten oder den als lächerlich empfundenen Wahlakt anonymer hinter sich bringen konnte. Entgegen den gesetzlichen Vorschriften wurden die hier abgegebenen Stimmen nicht öffentlich ausgezählt und die Ergebnisse heimlich nachgebessert.

- »Ob das alles stimmt, nennt sich das freie Wahl?«
- »Alles Schei...« (2mal)
- »Keine Wahl«
- »Niemals Kommunismus«
- »Das ist keine Wahl, sondern eine Schweinerei gegen die Verfassung«<sup>3</sup>
- »Ich vertrete die Ansicht Albert Einsteins«<sup>4</sup>
- »Ich wünsche Änderungen im Wohnungsamt«
- »Irrt Euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten«
- »Deutsch-national«
- »Nein, so nicht«
- »Einigkeit, Recht, Freiheit« (Sowjetstern gemalt)
- »Ihr Verbrecher«
- »Gesamtdeutsche Wahl, kann mich leider nicht mit dem Wahlsystem solidarisch erklären«
- »Alles Schwindel«
- »Es ist noch alles zu teuer, ich bin für den Frieden, sonst nichts«
- »Ich wähle Gott«
- »Ich bin Christ und für die Kirche«
- »Hat man nicht aus schlechten Erfahrungen gelernt?«
- »Freie Wahl« (mehrere Male)

Bei der Überprüfung der einzelnen Stimmbezirke konnte festgestellt werden, dass die meisten Gegenstimmen aus den WB kamen, wo Konzentrationen von SPD, ehemaligen Nazis und Hausbesitzern zu verzeichnen sind.

Bei den 46 feindlichen Losungen im Kreis Prenzlauer Berg ist zu verzeichnen, dass knapp 30 einen solchen Inhalt haben, der erkennen lässt, dass ihr Ursprung bei der SPD liegt.

---

<sup>3</sup> Gemeint ist hier die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949.

<sup>4</sup> Der Schreiber bezieht sich vermutlich auf die Albert Einstein in den Mund gelegten Worte: »Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.«



Offiziell*						
Bezirk	Wahl- berechtigte	abgegebene Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	für Kandi- daten	gegen Kandi- daten
Lichtenberg	127 357	123 184	422	122 759	121 582	1 177
Pankow	112 357	109 187	528	108 659	107 834	825
Prenzl[auer] Berg	183 380	173 373	999	172 374	171 094	1 340
Weißensee	62 268	60 603	236	60 367	60 065	302
Treptow	90 737	87 710	408	87 302	86 786	516
Friedrichshain	134 991	130 324	391	129 933	129 474	459
[gesamt]	710 890	684 378	2 984	681 394	676 775	4 619

abgegebene Stimmen = 100,00 %  
ungültige und Gegenstimmen = 1,11 %

Inoffiziell									
Bezirk	abgegebene Stimmen	durchgestrichen durchgekennzeichnet »nein«	zerrissen/ eingerissen	feindliche Losungen	einzel[n] von Hand gestrichen	Kand[daten] [hin]zugesetzt	sonstige	insgesamt	
Lichtenberg	123 184	2193	22	52	1067	20	390	3743	= (3,03 %)
Pankow	101 603	1 891	9	29	353	3	26	2 301	= (2,26 %)
Prenzl[auer] Berg	173 373	2 974	46	46	550	-	28	3 644	= (2,10 %)
Weißensee	60 609	?	?	(24)	?	?	?	851	= (1,40 %)
Treptow	87 710	1 025	-	108	249	-10	-	1 392	= (1,50 %)
Friedrichshain	130 924	583	-	70	101	-	391	1 945	= (0,88 %)
	676 794	8 656	77	304	2 320	33	835	13 076	

abgegebene Stimmen = 100,00 %  
negative Stimmen = 1,93 %

\* Nur die Tabellenköpfe maschinenschriftlich, sonst handschriftlich.

## Begleitschreiben zu den Wahlen von Honecker an Mielke (mit DDR-Karte zu den Wahlergebnissen)

Quelle: BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 478.

Empfänger: Genossen Generalleutnant Mielke, Ministerium für Staatssicherheit.

Absender: Erich Honecker

Bemerkung: Handschriftlich gezeichnet: E[rich] Honecker. – Dokumentenkopf: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zentralkomitee, Kandidat des Politbüros.

Anlagen: 1 Karte ediert<sup>1</sup> (BStU, MfS, SdM 1896, Teil 2, Bl. 480. DDR-Karte mit eingezeichneten »negativen Stimmen« (Nichtwähler, ungültige Stimmen, Gegenstimmen).

Werter Genosse Mielke!

In der Anlage übermittle ich Dir die Materialien über die letzten Wahlen, die sich bis jetzt im Besitz des Genossen *Neumann*<sup>2</sup> befanden.

Es wäre gut, wenn man die Karte entsprechend der endgültigen Analyse ergänzen würde, da die sich dabei ergebenden Schwerpunkte von großer Bedeutung für die laufende politische Arbeit sind.

Mit sozialistischem Gruß

(E. Honecker)

Anlagen

---

<sup>1</sup> Im Original weist die Karte die Maße 120 x 80 cm auf.

<sup>2</sup> Alfred Neumann (1909–2001), Tischler, KPD, war von 1951 bis 1953 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin, von 1953 bis 1957 1. Sekretär der SED-BL Berlin, von 1949 bis 1990 Abgeordneter der Volkskammer.

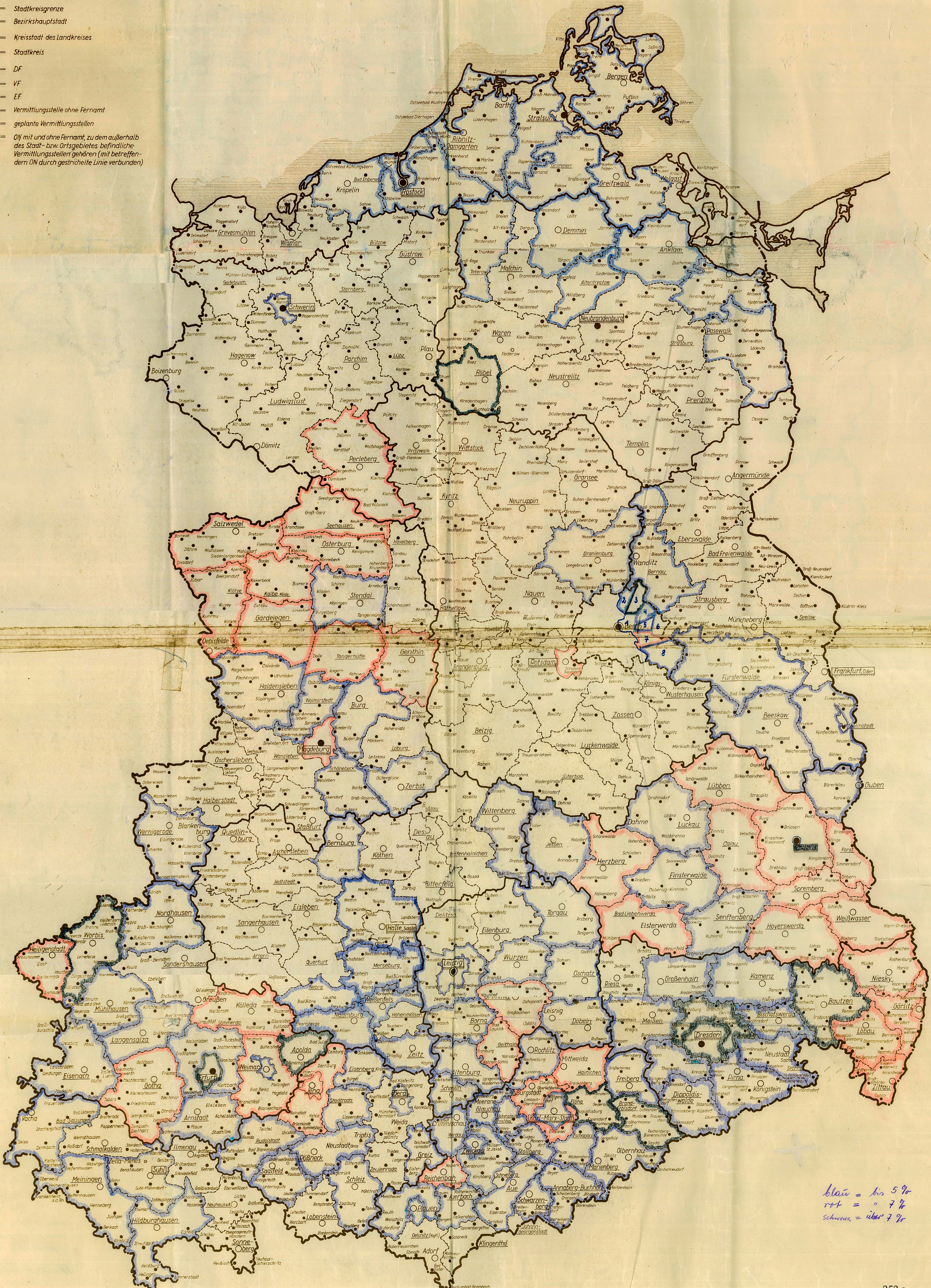


Maßstab 1:500000

Zeichenerklärung

O S T S E E

- — — — — = Grenze der DDR
- — — — — = Grenze der Verwaltungsbezirke
- — — — — = Grenze der Kreise
- — — — — = Stadtkreisgrenze
- Ortsname = Bezirkshauptstadt
- Ortsname = Kreisstadt des Landkreises
- Ortsname = Stadtkreis
- = DF
- = VF
- = EF
- = Vermittlungsstelle ohne Fernamt
- = geplante Vermittlungsstellen
- Ortsname = ON mit und ohne Fernamt, zu dem außerhalb des Stadt- bzw. Ortsgebietes befindliche Vermittlungsstellen gehören (mit betreffendem UN durch gestrichelte Linie verbunden)



blau = bis 5%  
rot = " 7%  
schwarz = über 7%





**1958**



## Wahlergebnisse vom 16. November 1958 – inoffiziell

Quelle: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 2–140.

Dokument wurde vom MfS erstellt.

Bemerkung: Aufgrund des Umfangs des Originaldokuments werden nur folgende Blätter ediert: 2–11, 14–29, 34–36, 41–44, 48, 53, 56–57, 66–72, 78–80, 85–86, 91–92, 101–103, 113–116, 121–122, 130–133.

### Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsübersicht für Gesamteinschätzung	Blatt 1 <sup>1</sup>
2. Gesamtergebnis – inoffiziell	Blatt 2
3. Gesamtergebnis/Wahlkreis – inoffiziell	Blatt 3
4. Gesamtergebnis/Bezirkstag – inoffiziell	Blatt 4
5. Gegenüberstellung des offiziellen zum inoffiziellen Ergebnis	Blatt 5
6. Gegenüberstellung offiziell – inoffiziell	Blatt 6
7. Hauptsächliche Richtung der feindlichen Beeinflussung	Blatt 7
8. Gesamtzahl der Gemeinden mit mehr als 5 % Negative (Tabelle)	Blatt 8
9. Einfluss feindlicher Losungen	Blatt 9–11
10. Einschätzung und Analysierung der Nichtwähler	Blatt 12–20
11. Methoden der Wahlverweigerung	Blatt 21
12. Überspitzungen	Blatt 22
13. Deckblatt für Bezirkseinschätzung	Blatt 23
14. Bezirk Rostock	Blatt 24–30
15. Bezirk Schwerin	Blatt 31–38
16. Bezirk Neubrandenburg	Blatt 39–43
17. Bezirk Potsdam	Blatt 44–47
18. Bezirk Frankfurt/Oder	Blatt 48–51
19. Bezirk Cottbus	Blatt 52–66
20. Bezirk Magdeburg	Blatt 67–74
21. Bezirk Halle	Blatt 75–80
22. Bezirk Leipzig	Blatt 81–86
23. Bezirk Dresden	Blatt 87–97
24. Bezirk Karl-Marx-Stadt	Blatt 98–110
25. Bezirk Gera	Blatt 111–116
26. Bezirk Erfurt	Blatt 117–127
27. Bezirk Suhl	Blatt 128–131
28. Groß-Berlin	Blatt 132–135

---

<sup>1</sup> Die Blattzählung des Dokuments entspricht nicht der Blattzählung des Archivs.

## **Gesamteinschätzung**

1. Gesamtergebnisse
  - a. bezirksweise/Volkskammerwahl
  - b. wahlkreisweise/Volkskammerwahl
  - c. bezirksweise/Bezirkstagswahl
- I. Gegenüberstellung des offiziellen zum inoffiziellen Ergebnis
- II. Hauptsächliche Richtung der feindlichen Beeinflussung
- III. Einfluss feindlicher Losungen
- IV. Einschätzung und Analysierung der Nichtwähler
- V. Überspitzungen



## Gesamtergebnis/inoffiziell

Bezirk	Wahlberechtigte]	Nichtwähler]	%	Ungültige] Stimmen	%	Gegenstimmen	%	Insgesamt] Negative	%	1957 %
Rostock	581 790	7 398	1,26	462	0,08	2 321	0,46	10 181	1,75	3,56
Schwerin	426 009	3 485	0,80	547	0,12	1 549	0,36	5 581	1,30	-
Neubrandenburg	436 100	3 435	0,79	464	0,11	1 626	0,35	5 525	1,27	3,10
Potsdam	839 394	8 857	1,05	455	0,05	856	0,10	10 168	1,21	3,40
Frankfurt	473 662	4 348	0,91	245	0,05	989	0,20	5 582	1,17	2,90
Cottbus	578 085	7 414	1,28	1 140	0,19	2 703	0,46	11 257	1,94	5,51
Magdeburg	969 721	11 494	1,19	705	0,07	2 244	0,23	14 443	1,48	4,10
Halle	1 420 601	12 202	0,82	689	0,05	1 563	0,11	14 454	1,01	2,91
Leipzig	1 146 665	14 015	1,22	805	0,07	2 754	0,25	17 564	1,53	4,30
Dresden	1 406 348	21 200	1,52	1 634	0,11	5 626	0,40	28 407	2,02	5,78
Karl-Marx-Stadt	1 612 152	25 631	1,58	1 738	0,10	5 394	0,33	32 763	2,26	4,36
Gera	541 610	5 107	0,94	454	0,08	1 384	0,26	6 945	1,28	4,06
Erfurt	914 207	10 650	1,16	1 506	0,16	5 237	0,56	17 393	1,90	5,32
Suhl	399 634	3 379	0,85	181	0,05	1 165	0,29	4 725	1,18	3,10
Gesamtergebnis	11 745 978	138 605	1,18	1 1025	0,09	35 411	0,30	184 988	1,57	4,24
Groß-Berlin	873 842	20 960	2,40	1 036	0,12	5 062	0,58	27 058	3,10	4,92

## Gesamtergebnis/inoffiziell

Bezirk	Wahl- ber[echtigte]	Nichtw[ähler]	%	Ung[ültige] Stimmen	%	Gegen- stimmen	%	Insges[amt] Negative	%	Wahlkreis
Rostock	581 790	7 398	1,26	462	0,08	2 321	0,46	10 181	1,75	1
Schwerin	426 009	3 485	0,80	547	1,12	1 549	0,36	5 581	1,30	2
Neubran- denburg	436 100	3 435	0,79	464	0,11	1 626	0,35	5 525	1,27	3
Potsdam	465 661	4 791	1,00	238	0,05	524	0,10	5 553	1,20	4
Neuruppin	373 733	4 066	1,09	217	0,06	332	0,09	4 615	1,20	5
Frankfurt	473 662	4 348	0,91	245	0,05	989	0,20	5 582	1,17	6
Cottbus	578 085	7 414	1,28	1 140	0,19	2 703	0,46	11 257	1,90	7
Magde- burg	505 573	6 595	1,30	299	0,06	1 111	0,22	8 005	1,58	8
Magde- burg	464 148	4 899	1,06	406	0,09	1 133	0,25	6 438	1,39	9
Halle	591 406	6 418	1,08	484	0,08	1 026	0,17	7 928	1,34	10
Halle	390 427	2 337	0,60	64	0,02	192	0,05	2 593	0,68	11
Halle	438 768	3 447	0,79	141	0,03	345	0,08	3 933	0,90	12
Leipzig	607 040	8 878	1,46	456	0,07	1 707	0,28	11 041	1,81	13
Leipzig	539 625	5 127	0,95	349	0,06	1 047	0,19	6 523	1,20	14
Dresden	480 175	9 279	1,91	526	0,10	2 376	0,49	12 181	2,72	15
Freital	442 922	5 260	1,19	613	0,14	1 077	0,24	6 897	1,59	16
Bautzen	483 251	6 661	1,37	495	0,10	2 173	0,44	9 329	1,93	17
Karl-Marx- Stadt	618 939	10 962	1,80	908	0,10	2 701	0,40	14 571	2,40	18
Karl-Marx- Stadt	641 471	9 648	1,50	614	0,10	1 932	0,30	12 194	1,90	19
Karl-Marx- Stadt	351 742	5 021	1,40	216	0,06	761	0,20	5 998	1,70	20
Gera	541 610	5 107	0,94	454	0,08	1 384	0,26	6 945	1,28	21
Erfurt	547 353	7 462	1,36	745	0,14	2 745	0,50	10 952	2,00	22
Erfurt	366 854	3 188	0,87	761	0,21	2 492	1,68	6 441	1,76	23
Suhl	399 634	3 379	0,85	181	0,05	1 165	0,29	4 725	1,18	24

## Gesamtergebnis–Bezirkstag/inoffiziell

Bezirk	Wahl-ber[echtigte]	Nichtw[ähler]	%	Ungültige[stimm]en	%	Gegen- stimm]en	%	Insges[amt] Negative	%
Rostock	578 513	7 403	1,20	444	0,07	2 183	0,38	10 030	1,73
Schwerin	424 396	3 475	0,80	572	0,10	1 498	0,40	5 545	1,30
Neubranden- burg	425 418	3 400	0,80	516	0,12	1 531	0,64	5 443	1,27
Potsdam	837 461	8 793	1,50	408	0,05	829	0,10	10 030	1,20
Frankfurt	472 056	4 358	0,92	232	0,04	958	0,20	5 548	1,17
Cottbus	573 924	7 477	1,30	1 147	0,19	2 681	0,46	11 305	1,96
Magdeburg	968 244	11 500	1,19	718	0,08	2 208	0,23	14 486	1,50
Halle	1 415 007	12 176	0,86	632	0,06	1 447	0,10	14 255	1,00
Leipzig	1 143 499	14 379	1,25	739	0,06	2 683	0,24	17 801	1,55
Dresden	1 409 835	21 130	1,28	1 576	0,12	5 457	0,37	28 167	1,81
K[arl]-M[arx]- Stadt	1 608 734	25 634	1,60	1 757	0,10	5 300	0,30	32 691	2,00
Gera	539 990	5 122	0,95	463	0,09	1 368	0,25	6 953	1,29
Erfurt	909 634	10 646	1,20	1 459	0,20	4 976	0,50	17 081	1,90
Suhl	397 889	3 377	0,85	140	0,04	1 096	0,28	4 613	1,16
Insgesamt:	11 704 600	138 870	1,18	10 847	0,09	34 215	0,29	183 948	1,59

### I. Gegenüberstellung des offiziellen zum inoffiziellen Ergebnis

Im Allgemeinen weichen die inoffiziellen Zahlen nur unwesentlich von den offiziellen ab. Dies ist aus der aufgezeigten Differenz der beigefügten Tabelle ersichtlich.

Diese Differenz ergibt sich aus der Gegenüberstellung zwischen ungültige und Gegenstimmen aus dem offiziellen und ungültige und Gegenstimmen des inoffiziellen Ergebnisses.

Im Allgemeinen ist ersichtlich, dass beim inoffiziellen Ergebnis die Zahl der ungültigen Stimmen in fast allen Bezirken geringer ist und dafür die Gegenstimmen ansteigen.

In den meisten Fällen sind die Gegenstimmen auf das Doppelte, in den Bezirken Leipzig, Dresden, Gera und Erfurt fast auf das Dreifache und in Cottbus auf das Vierfache bei gleichzeitigem Ansteigen auch der ungültigen Stimmen angestiegen.

Die höchste Differenz ergibt sich für den Bezirk Cottbus, wo 0,38 % gegenüber den Wahlberechtigten festgestellt werden konnte.

Die Volkskammerergebnisse weichen nicht wesentlich von den Ergebnissen zu den Bezirkstagswahlen ab. Die wenigen Ausnahmen sind bedeutungslos.

Der Hauptanteil der Negativen insgesamt ist nach wie vor der Prozentsatz der Nichtwähler.

Gegenüber den Kreistagswahlen im Jahre 1957 ist im Allgemeinen eine Verbesserung auch in den sogenannten schlechten Gemeinden zu verzeichnen. Es gibt nur geringe Ausnahmen, wo in einigen Bezirken der Anteil der Negativen gegenüber 1957 höher liegt. Dies ist aus einer beigefügten Tabelle ersichtlich.

## Gegenüberstellung – offiziell und inoffiziell

Bezirk	Wahlberechtigte offiziell	Ungültige Stimmen			Gegenstimmen				Insgesamt Zahl	Differenz %	
		offiz[iel- le] Zahl	%	inoffi- zielle] Zahl	%	offiz[ielle] Zahl	%	inoffi- zielle] Zahl			%
Rostock	581790	711	0,12	462	0,08	1233	0,21	2321	0,46	839	0,21
Schwerin	427093	633	0,15	547	0,12	915	0,22	1.549	0,36	548	0,11
Neubrandenburg	456658	538	0,12	464	0,11	689	0,15	1626	0,35	863	0,19
Potsdam	854889	446	0,05	455	0,05	428	0,05	856	0,10	437	0,05
Frankfurt	477474	391	0,08	245	0,05	445	0,09	989	0,20	398	0,08
Cottbus	590278	910	0,16	1.140	0,19	619	0,11	2.703	0,46	2.314	0,38
Magdeburg	987503	953	0,10	705	0,07	965	0,10	2.244	0,23	1.031	0,10
Halle	1.419.654	687	0,05	689	0,05	703	0,05	1.563	0,11	862	0,06
Leipzig	1.151.106	1.125	0,10	805	0,07	976	0,09	2.754	0,25	1.458	0,12
Dresden	1.428.366	2.469	0,17	1.634	0,11	2.202	0,11	5.626	0,40	2.589	0,18
K.-M.- Stadt	1.614.377	2.438	0,15	1.738	0,10	2.646	0,17	5.394	0,33	2.048	0,11
Gera	542.401	412	0,08	454	0,08	544	0,10	1.384	0,26	882	0,16
Erfurt	914.229	1.949	0,22	1.506	0,16	1.896	0,21	5.237	0,56	2.898	0,29
Suhl	402.784	333	0,08	181	0,05	586	0,15	1.165	0,29	427	0,11
Insgesamt	11.848.602	13.995	0,12	11.025	0,09	14.847	0,13	35.411	0,29	16.694	0,15

## II. Hauptsächliche Richtung der feindlichen Beeinflussung

Aus dem Wahlergebnis bzw. Einschätzung der Personenkreise, welche nicht an der Wahl teilnahmen bzw. ihren Stimmzettel ungültig machten oder eine Gegenstimme abgaben, ist zu entnehmen, dass die hauptsächlichste Richtung der feindlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Beeinflussung der reaktionären Kirche, Anhänger der verbotenen Sekte »Zeugen Jehovas« (vor allem unter den Nichtwählern) und vereinzelte Konzentrationen bäuerlicher Elemente, vorwiegend Groß-Bauern und starker Mittelbauern, zu suchen sind.

In der Betrachtung der einzelnen Bezirke gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, je nach Struktur und Zusammensetzung der Bevölkerung. Die charakteristischsten Beispiele aus den einzelnen Bezirken werden der Übersichtstabelle der einzelnen Bezirke bzw. Kreise beigelegt.

In 2 Fällen kann man von einer organisierten Aktion sprechen, indem die Stimmzettel einheitlich ungültig bzw. einheitlich dagegen gestimmt wurde.

Bezirk Erfurt:

Erfurt-Stadt, Wahlbezirk 54

In diesem Wahlbezirk befindet sich ein kath[olisches] Priesterseminar<sup>2</sup>, wo 200 Studenten als Wahlberechtigte erfasst wurden. Alle Gegenstimmen waren einheitlich gekennzeichnet. Dieser Wahlbezirk war schon immer Schwerpunkt:

- 1954 = 9,3 %
- 1957 = 11,1 %
- 1958 = 20,5 %

Gemeinde Lenterode (Krs. Heiligenstadt)

In diesem Ort gibt es eine starke Ortsgruppe der CDU. Diese will die führende Partei werden. Der ehemalige LPG-Vorsitzende trat nach dem Katholikentag

---

<sup>2</sup> Das Priesterseminar Erfurt war eine Ausbildungsstätte für Priesteramtskandidaten aus den Diözesen Ostdeutschlands. Nach harten Verhandlungen mit dem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR Walter Ulbricht wurde schließlich erreicht, dass er 1952 eine vorläufige Erlaubnis zur Eröffnung einer Katholisch-theologischen Akademie in Erfurt unterschrieb. Um der Gefahr einer möglichen Einflussnahme des Staates auf die Ausbildung der Katholisch-theologischen Akademie zu entgehen, verzichtete der Berliner Bischof Wilhelm Weskamm im Juli 1952 auf den Status einer staatlich anerkannten Akademie zu Gunsten einer rein kirchlichen Institution. Ministerpräsident Otto Grotewohl gab am 13. August 1952 schließlich seine endgültige Zustimmung zur Gründung des Katholischen Priesterseminars für ein Philosophisch-theologisches Studium.

1958 in Berlin<sup>3</sup> aus der LPG aus. Der Einfluss der CDU ist besonders stark unter den Groß- und Mittelbauern. Alle ungültig gemachten Stimmzettel waren einheitlich gekennzeichnet. Diese Gemeinde war schon immer Schwerpunkt:

- 1954 = 11,0 %
- 1957 = 22,0 %
- 1958 = 26,3 %

### Gesamtzahl der Gemeinden mit über 5 % Negative

Bezirk	Gemeinden über				Bemerkungen
	5 %	10 %	15 %	25 %	
Rostock	30	5	3	2	Rostock-Stadt WB 77 a = 43,4 % Rostock-Stadt WB 7 a = 26,21 %
Schwerin	22	8	8	-	
Neubrandenburg	17	3	-	-	
Potsdam	10	-	-	-	
Frankfurt	10	2	2	-	
Cottbus	88	20	9	-	
Magdeburg	27	9	1	-	
Halle	3	-	1	-	
Leipzig	17	1	-	-	
Dresden	64	11	8	1	Krs. Kamenz Gem[einde] Rosenthal = 43,14 %
K[arl]-M[arx]-Stadt	73	19	7	1	Krs. Gem[einde] Eulendorf = 29,87 %
Gera	30	3	4	-	
Erfurt	59	12	2	1	Krs. Heiligenstadt Gemeinde Lenterode = 26,3 %
Suhl	7	2	2	-	
Groß-Berlin	41	6	1	-	

[...]⁴

<sup>3</sup> Der 78. Deutsche Katholikentag fand vom 13. bis 17. August 1958 in der Berliner Waldbühne statt.

<sup>4</sup> Die Auslassung betrifft eine DDR-Karte mit handschriftlichen Eintragungen der »Anzahl der Gemeinden mit über 5%, 10%, 15%, 25%« negativen, gegen den

### III. Einfluss feindlicher Losungen

Bis auf einen Fall gibt es keine konzentrierten Erscheinungen feindlicher Losungen. Die festgestellten Hetzlosungen brachten in erster Linie die

- Ideologie der Agentenzentrale des SPD-Ostbüros
- Ideologie der reaktionären Kirchenleitungen
- faschistische Propaganda

zum Ausdruck.

Nicht alle Bezirke haben über die Erscheinungen von Hetzlosungen berichtet und es gibt auch hier nur unterschiedliche Merkmale der aufgetretenen Fälle.

Zum Beispiel:

- *Bezirk Rostock* – 73 Losungen  
vorwiegend »Freie Wahlen« (SPD-Ostbüro)  
»für Adenauer« (reaktionäre Kirche)  
6 Stimmenscheine mit Hakenkreuz versehen
- *Bezirk Neubrandenburg* – 67 Losungen  
vorwiegend »für Adenauer«; »Atheismus – nein« (reakt[ionäre] Kirche);  
»Freiheit« und »Freie Wahlen« (SPD-Ostbüro)
- *Bezirk Potsdam* – 28 Losungen  
8 des SPD-Ostbüros  
6 faschistische Losungen  
14 verschiedene mit provokatorischem Inhalt wie Passgesetzänderung u. a.
- *Bezirk Frankfurt* – 12 Losungen  
alles reaktionäre Kirche
- *Bezirk Magdeburg* – 16 Losungen  
alles reaktionäre Kirche
- *Bezirk Halle* – 13 Losungen  
»Freie Wahlen« (SPD-Ostbüro)  
2 Hakenkreuze  
»Für Adenauer«  
Militaristische Propaganda
- *[Bezirk] Leipzig* – 42 Losungen  
SPD-Ostbüro und reakt[ionäre] Kirche
- *Bezirk Schwerin* – 62 Losungen  
verschiedene feindliche Richtungen, vorwiegend reakt[ionäre] Kirche
- *Bezirk Suhl* – 43 Losungen  
Alle 43 Losungen waren in einem Ort – Brunnhartshausen<sup>5</sup> (Krs. Bad Salzungen) – aufgetreten.

---

Staat gerichteten Stimmen.« Vgl. BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 12 f.

<sup>5</sup> Im Original: »Brunhardshausen«.



Die übrigen Bezirke haben keine feindlichen Losungen gemeldet.

Ebenfalls wurden nur in geringen Fällen Kandidaten auf den gültigen Stimmzetteln gestrichen. Auffallend war:

- *Im Bezirk Leipzig* wurde in 304 Fällen der Gen[osse] Walter Ulbricht auf gültigen Stimmzetteln einzeln gestrichen und in 10 Fällen der Genosse Paul Fröhlich<sup>6</sup>.
- *Im Bezirk Dresden* wurden auf gültigen Stimmzetteln
  - 86-mal die Kandidaten der SED
  - 25-mal die Kandidaten der CDU
  - 17-mal die Kandidaten der LDP
  - 113-mal die Kandidaten der NDPD
  - 8-mal die Kandidaten der DBD
  - 14-mal die Kandidaten der Massenorganisationen gestrichen.
  - 93-mal wurde der Kandidat *Adam*<sup>7</sup> – ehem[aliger] Oberst der faschistischen Wehrmacht einzeln gestrichen.
- *Im Bezirk Neubrandenburg* wurde in der Gemeinde Wendorf/Waren der Kandidat *Sieg*<sup>8</sup> 83-mal gestrichen.
- *Im Bezirk Frankfurt* wurde der Gen[osse] *Springer* 15-mal gestrichen. Gen[osse] *Springer*<sup>9</sup> war als Spitzenkandidat für den Bezirk Frankfurt aufgestellt.
- *Im Bezirk Magdeburg* wurde der Kandidat *Paul Schulze* 31-mal gestrichen.

---

<sup>6</sup> Paul Fröhlich (1913–1970) war seit 1952 der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig.

<sup>7</sup> Wilhelm Adam (1893–1978) war 1941 1. Adjutant des späteren Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus, 1948 Rückkehr nach Deutschland und Mitbegründer der NDPD; 1949–1952 Vorsitzender des Landesvorstands Sachsen; 1949–1963 Abgeordneter der [Provisorischen] Volkskammer; 1950–1952 sächsischer Minister für Finanzen; 1952 Oberst der KVP bzw. NVA, 1953–1956 Kommandeur der Hochschule für Offiziere; 1958 Ruhestand; 1960–1963 stellvertretender Vorsitzender des NDPD, Bezirksverband Dresden.

<sup>8</sup> Ewald Sieg (Jg. 1913); Einzelbauer, seit 1951 Mitglied der DBD; 1954–1956 1. Vorsitzender des Kreisverbands Waren des DBD; nur für die 2. Wahlperiode (1954–1958) als Abgeordneter vermerkt; vgl. Handbuch der Volkskammer 1957, S. 368.

<sup>9</sup> Günter Springer (1922–2013), Buchdrucker, KPD, 1946 SED; ab 1949 persönlicher Referent des brandenburgischen Innenministers; 1949–1951 Kreisrat; 1952–1955 Sekretär des Rats des Bezirks Frankfurt/Oder und Abgeordneter des Bezirkstags; 1955/1956 amtierender Vorsitzender, 1956–1960 Vorsitzender des Rats des Bezirks Frankfurt/Oder. Vgl. Niemann 2010, S. 465 f.

- *Im Bezirk Schwerin* wurden die Kandidaten
  - Mückenberger, Erich<sup>10</sup> 17-mal
  - Goldenbaum, Ernst 17-mal
  - Badke<sup>11</sup>, Walter 10-mal
  - Pingel, Erwin<sup>12</sup> 10-mal
  - Quandt, Bernhard<sup>13</sup> 17-mal
  - Löhr, Jonny<sup>14</sup> 12-mal
  - Anclam, Kurt<sup>15</sup> 14-mal

gestrichen.

Im Verhältnis zur großen Zahl der Wahlbeteiligten in den einzelnen Bezirken sind die Zahlen geringfügig, doch traten sie in einigen Fällen in bestimmten Wahlgemeinden bzw. Bezirken konzentriert in Erscheinung. Einige typische Beispiele von Hetzlosungen:

---

<sup>10</sup> Erich Mückenberger (1910–1998), 1950–1989 Abgeordneter der Volkskammer; 1958 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED; leitete seit 1971 als Vorsitzender die Zentrale Parteikontrollkommission der SED.

<sup>11</sup> Im Original: »Badtke«. Walter Badke (1937–2012), MTS-Jugendbrigadier im Kreis Güstrow und mit 22 Jahren jüngster Volkskammerabgeordneter der DDR. Die biographischen Angaben stammen von der Rückseite eines ADN-Fotos (BArch Bild 183-65392-0002). Er ist in keinem der Handbücher über die Abgeordneten der Volkskammer aufgeführt.

<sup>12</sup> Erwin Pingel (1924–2015), 1949 DBD; 1957 Vorsitzender der LPG Dargelütz im Bezirk Schwerin; 1954 Mitglied der Volkskammer für den Bezirk Schwerin. Vgl. Handbuch der Sowjetzonen-Volkskammer 1955, S. 236.

<sup>13</sup> Bernhard Quandt (1903–1999), ab 1948 Landwirtschaftsminister von Mecklenburg und 1951/1952 Ministerpräsident des Landes. Nach der Auflösung der Länder in der DDR 1952 war er bis 1974 Erster Sekretär der SED im Bezirk Schwerin. 1953/1954 und ab 1958 Mitglied der SED-Volkskammerfraktion.

<sup>14</sup> Jonny Löhr (1899–1967), 1922 KPD; Juni 1948 im sowjetischen Auftrag Mitbegründer der NDPD. In der Provisorischen Volkskammer von Oktober 1949 bis zu seiner Berufung als Gesandter und Chef der diplomatischen Mission in Rumänien im Frühjahr 1950 als einer der drei Stellvertreter des Präsidenten der Provisorischen Volkskammer Präsidiumsmitglied. Im März 1951 nach gut 10 Monaten wegen »Verletzung der Wachsamkeit« auf rumänischen Wunsch abberufen. Ab der 2. Wahlperiode 1954 vertrat Löhr bis zu seinem Tod 1967 seine Partei erneut als Abgeordneter in der Volkskammer.

<sup>15</sup> Kurt Anclam (Jg. 1918), 1948 Mitglied der LDPD; 1950–1954 Abgeordneter im Kreistag Schwerin-Land; 1952–1954 auch Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises Schwerin-Land und Kreisrat für Handel und Versorgung. In diesem Zeitraum war er Abgeordneter des Bezirkstages Schwerin und 1954–1963 Abgeordneter der Volkskammer.

- *Richtung SPD:*
  - »Für freie Wahlen«
  - »Freie und geheime Wahlen«
  - »Das ist keine Wahl«
  - »DDR – Sozialismus – nein ! Marxismus – ja!«
  - »Fort mit Ulbricht«
  - »Gegen Bolschewismus und Parteiterror«
  - »Gegen Einheitsliste«
  - »Ollenhauer«
  - »Keine Diktatur«
  - »Für Frieden ohne SED«
  - »SPD-Freiheit«
  - »Kein Kommunismus«
  - »Diese Regierung muss weg, sie ist unerwünscht«
  - »Sowas nennt sich Wahl, schämt Euch«
  
- *Richtung reaktionäre Kirche:*
  - »Ich kann nicht heucheln, erst muss die Kirchenfrage geklärt werden!«
  - »Bitte erst die Jugendweihe<sup>16</sup> abschaffen«
  - »Adenauer ist unser Kanzler«
  - »Atheismus – nein«
  - »Für Adenauer«
  - »Artikel 41 der Verfassung«<sup>17</sup>
  - »Gegen Gottlostum«
  - »Nur wer den christlichen Glauben respektiert«

---

<sup>16</sup> Die Jugendweihe war eine festliche Veranstaltung, bei der Kinder der achten Klasse in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufgenommen wurden. Die auf Betreiben der SED wiederbelebte Tradition der atheistischen Arbeiterbewegung, Jugendweihe als Äquivalent zu vergleichbaren kirchlichen Zeremonien durchzuführen, wurde nicht nur durch die staatliche Förderung populär. Die Teilnahme an der Jugendweihe war offiziell freiwillig, jedoch wurde Nichtteilnehmern und ihren Familien oft mangelnde Staatstreue unterstellt; dies konnte den weiteren Bildungsweg erheblich erschweren.

<sup>17</sup> Der Artikel 41 der Verfassung der DDR lautete: »(1) Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik. (2) Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke missbraucht werden. Jedoch bleibt das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten.« Vgl. Gesetzblatt der DDR Nr. 1 vom 8.10.1949, S. 5–16.

- »Ich bin für Sozialismus, aber gegen Atheismus«
- »Gott lebt« - »Gott vergebe Euch«
- »Du sollst Gott fürchten« - »Gott ist der Herr«
- »Freiheit der Kirche«
  
- *Richtungen verschiedener Art:*
  - »Passänderungsgesetz muss weg«
  - »Die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber«
  - »Gegen Reisebeschränkung«
  - »Für diese nicht«
  - »Nieder mit Euch«

#### IV. Einschätzung und Analyse der Nichtwähler

Durch Teilüberprüfungen wurde festgestellt, dass die tatsächliche Zahl der Nichtwähler niedriger liegt als die im offiziellen Ergebnis festgestellte Zahl.

Aus den Berichten der Bezirksverwaltungen sind zahlreiche Beispiele ersichtlich, wo durch organisatorische Mängel viele Personen in den Wählerlisten standen, die bereits verzogen, verstorben usw. waren und dadurch als Nichtwähler in Erscheinung traten. Eine genaue Differenz für jeden Bezirk lässt sich jedoch aus dem vorliegenden Material nicht erarbeiten.

Der Unterschied im Stand der Wahlberechtigten fast aller Bezirke zwischen offiziell und inoffiziell ergibt sich aus der Tatsache, dass im offiziellen Ergebnis alle Sondereinheiten wie Armee usw. mit erfasst wurden, während im inoffiziellen Ergebnis nur der zivile Sektor berücksichtigt wurde. Einige Beispiele aus dem zahlreichen Material:

##### *Bezirk Rostock*

offiziell: 7 398 = 1,26 %  
 inoffiziell: 5 864 = 1,00 %  
 Differenz: 1 534 Personen

Kreis	offiziell	inoffiziell	Differenz
Rostock-Stadt	1 823	1 737	86
Rostock-Land	332	323	9
Rügen	448	425	23
Grimmen	329	230	99
Ribnitz	491	488	3
Grevesmühlen	195	173	22
Greifswald	851	506	345
Stralsund-Stadt	1 130	676	454
Stralsund-Land	140	121	19

Kreis	offiziell	inoffiziell	Differenz
Wolgast	650	524	126
Doberan	399	245	154
Wismar-Stadt	547	353	194
Wismar-Land	63	63	–
insgesamt	7 398	5 864	1 534

#### *Leipzig–Stadtbezirk Südwest*

offiziell = 901

inoffiziell = 534

Differenz = 367 Personen

Hier wurden folgende Personen mit in die Wählerlisten aufgenommen:

- 30 Republikflüchtige
- 15 Geistesgestörte
- 77 verzogene Personen
- 15 Todesfälle
- 12 Inhaftierte
- 32 Krankenhauspatienten
- 139 Angehörige der bewaffneten Streitkräfte

*Im Bezirk Erfurt* wurden im Kreis Eisenach von 1 024 angebl[ichen] Nichtwählern nur 768 Nichtwähler festgestellt. 256 waren sogen[annte] »tote Seelen«.<sup>18</sup>

*Im Bezirk Gera* wurden im Kreis Pößneck 55 sogen[annte] »tote Seelen« und im Kreis Jena 450 sogen[annte] »tote Seelen« festgestellt.

*Im Bezirk Dresden* haben von den 21 225 inoffiziell gemeldeten Nichtwählern in Wirklichkeit nur 16 186 Personen bewusst nicht an der Wahl teilgenommen.

*Im Bezirk Neubrandenburg* konnte in Pasewalk festgestellt werden, dass von den 369 Nichtwählern ca. 200 Personen nicht in die Wählerliste aufgenommen werden durften.

#### *Soziale Zusammensetzung und Altersstufen der Nichtwähler*

Die soziale Struktur der Nichtwähler ist in den einzelnen Bezirken und Kreisen unterschiedlich, so wie es auch in den Altersstufen Differenzen gibt.

Allgemein typisch ist, dass in den Gebieten, wo die reaktionäre Kirche über großen Einfluss verfügt, die Mehrheit der Nichtwähler religiös gebundene

---

<sup>18</sup> Personen, die offiziell in einem Ort wohnen und registriert sind, in Wahrheit aber andernorts leben und arbeiten.

Menschen sind. Dies trifft besonders in einigen Kreisen im Bezirk Halle, Erfurt, Gera, Cottbus, Potsdam, Magdeburg, Leipzig und Dresden (hierbei besonders in den sorbischen Gebieten) zu.

Als zweite Kategorie sind bäuerliche Elemente wie Groß-Bauern, starke Mittelbauern und auch z. T. Kleinbauern als Nichtwähler in Erscheinung getreten. Dies trifft besonders für die Bezirke Leipzig, Cottbus, Erfurt, Magdeburg, Neubrandenburg und Karl-Marx-Stadt zu.

Im Prinzip haben fast alle Anhänger der verbotenen Sekte »Zeugen Jehovas« nicht an der Wahl teilgenommen. Sie machen besonders in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Frankfurt, Dresden, Halle und Gera einen wesentlichen Teil der Nichtwähler aus.

Es gibt auch in allen Bezirken zahlreiche Beispiele, wo Personen die Wahlbeteiligung verweigerten, weil ihre Forderungen nach einer Wohnung und PM 12 a u[nd] d[er]gl[eichen] nicht erfüllt wurden. Sie bilden jedoch keinesfalls Schwerpunkte. Die bekanntesten Beispiele sind:

Wegen PM 12a

- Kreis Eisleben            65 Nichtwähler
- Kreis Köthen            43 Nichtwähler
- Kreis Quedlinburg    30 Nichtwähler

Andere Gründe und Ursachen der Wahlverweigerung sind im Wesentlichen nicht bekannt geworden.

a) Beispiele der Beeinflussung durch die reaktionäre Kirche:

- *Halle – Wahlkreis 6*  
52 Nichtwähler vorwiegend Theologiestudenten und Beschäftigte des katholischen Krankenhauses
- *Halle – Wahlkreis 17*  
50 Nichtwähler aus dem Diakonissenhaus
- *Halle – Wahlkreis 37*  
56 Nichtwähler – Ordensschwwestern
- *Halle – Gemeinde Eisleben*  
32 Nichtwähler – Angehörige der evangelischen Kirche  
56 Nichtwähler – Angehörige der katholischen Kirche
- *Halle – Hettstedt*  
sind 14 Pfarrer nicht zur Wahl gegangen
- *Halle – Quedlinburg*  
36 evangelische Pfarrer  
90 Personen aus Kirchenräten

- *Halle – Querfurt*  
43 % aller Nichtwähler gehörten den reakt[ionären] Kirchenkreisen an
- *Berlin – Köpenick*  
haben sich alle ansässigen 20 Pfarrer nicht an der Wahl beteiligt
- *Berlin – Mitte*  
1 Pfarrer und 54 Schwestern aus dem Schwesternseminar
- *Schwerin – Kreis Perleberg*  
von der Landeskirche Brandenburg sind von  
28 evan[gelischen] Pfarrern 19 nicht zur Wahl gegangen und von  
6 kath[olischen] Pfarrern 5
- *Schwerin – Ludwigslust*  
Krankenhaus Bethlehem sind 43 Diakonissenschwestern Nichtwähler
- *Karl-Marx-Stadt – Zschopau*  
sind von 660 Nichtwählern 400 »Zeugen Jehovas« und 100 Kirchenan-  
gehörige. Außerdem 10 Pfarrer der evang[elischen] Kirche, 1 Pfarrer der  
kath[olischen] Kirche und 1 Diakon
- *Karl-Marx-Stadt – Cranzahl<sup>19</sup>/Annaberg*  
sind von 54 Nichtwählern 20 aus dem Kirchenvorstand und 16 aktive  
Kirchengänger

b) Beispiele der Nichtwähler unter den bäuerlichen Elementen

- *Potsdam – Neuruppin*  
von 425 Nichtwählern 39 Einzelbauern
- *Cottbus – Drewitz<sup>20</sup>/Guben*  
27 Nichtwähler, Kleinbauern sorbischer Herkunft
- *Cottbus – Stradow/Spremberg*  
von 20 Nichtwählern 7 Einzelbauern
- *Neubrandenburg – MTS-Bereich Anklam*  
von 51 Nichtwählern 17 Bauern, 5 Hausfrauen, 18 Rentner und 9 Arbeiter  
Politische Zusammensetzung: 1 SED, 1 CDU, 1 DBD und die übrigen sind  
parteilos, 5 Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas«
- *Frankfurt – Herzberg/Beeskow*  
Von 29 Nichtwählern sind 25 trotz wiederholten Ansprechens nicht zur  
Wahl erschienen, 16 Bauern (Groß- und Mittelbauern), 1 Landarbeiter,  
4 Bauern waren verreist.
- *Karl-Marx-Stadt – Grumbach/Annaberg*  
von 36 Nichtwählern waren 16 Bauern

---

<sup>19</sup> Im Original: »Cronzahl«.

<sup>20</sup> Im Original: »Dreswitz«.



- *Karl-Marx-Stadt – Arnsfeld/Annaberg*  
machen 60 % der Nichtwähler Bauern aus – 25 Kleinbauern
  - *Karl-Marx-Stadt – Schönerstedt/Flöha*  
Von 41 landwirtschaftlichen Betrieben waren 21 Bauern nicht wählen.
  - *Karl-Marx-Stadt – Oberbohnitzsch<sup>21</sup>/Freiberg*  
waren von 37 Nichtwählern 24 Groß- und Mittelbauern
- c) Beispiele der Wahlverweigerer der Anhänger der Sekte »Z[euge][ehovas]«
- *Bezirk Halle*  
in 13 Kreisen insgesamt 854 Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas«
  - *Bezirk Dresden*  
insgesamt 2 754 Anhänger der Sekte
  - *Bezirk Karl-Marx-Stadt*  
insgesamt 1 247 Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas«
    - *im Kreis Zschopau*  
von 600 Nichtwählern 400 Anhänger der Sekte
    - *im Kreis Schwarzenberg, Gemeinde Beierfeld*  
von 48 Nichtwählern 33 Zeugen Jehovas
    - *im Kreis Schwarzenberg, Gemeinde Grünhain*  
von 37 Nichtwähler[n] 33 Zeugen Jehovas
    - *im Kreis Glauchau, Gemeinde Wernsdorf<sup>22</sup>*  
von 61 Nichtwählern 40 Zeugen Jehovas
    - *im Kreis Reichenbach*  
von 987 Nichtwählern 270 Zeugen Jehovas
    - *im Kreis Reichenbach, Gemeinde Schwidobach<sup>23</sup>*  
von 40 Nichtwählern 35 Zeugen Jehovas
    - *im Stadtgebiet Zwickau*  
von 822 Nichtwähler 436 Zeugen Jehovas
  - *Bezirk Potsdam*
    - *im Kreis Belzig*  
von 147 Nichtwähler[n] 45 Zeugen Jehovas
  - *Bezirk Cottbus*
    - *im Kreis Lübben, Gemeinde Kuschkow*  
waren 12 Nichtwähler Zeugen Jehovas

---

<sup>21</sup> »Oberbohnitzsch« ließ sich im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt nicht verifizieren, gemeint ist eventuell »Oberbobritzsch« im heutigen Landkreis Mittelsachsen.

<sup>22</sup> Im Original: »Warnsdorf«.

<sup>23</sup> »Schwidobach« ließ sich im Kreis Reichenbach nicht verifizieren, eventuell gemeint ist »Schneidenbach«, heute ein Ortsteil von Reichenbach.

Eine nicht typische Erscheinung sind Fälle, wo die Arbeiter die Mehrheit der Nichtwähler sind. Zum Beispiel:

*Bezirk Potsdam, Kreis Rathenow* sind von 360 Nichtwähler[n] 288 Arbeiter, davon 170 bereits über 50 Jahre alt. Als Begründung wurde Verärgerung und ehemalige SPD-Hochburg angeführt.

Beispiele, wo der Anteil der Arbeiter bei den Nichtwählern sehr hoch ist:

Zeitze = 136, Weißenfels = 220, Hohenmölsen<sup>24</sup> = 92, Sangerhausen = 75 und Wittenberg sogar 40 % aller Nichtwähler.

### *Bezirk Rostock*

In den Wohnbaracken und Wohnlagern der Städte Rostock und Wismar<sup>25</sup> trat ein sehr hoher Anteil von Arbeitern als Nichtwähler auf. Dieses ist auf organisatorische Mängel zurückzuführen, da in diesen Wohnlagern die Volkswahl nicht genügend politisch vorbereitet wurde. Die Wählerlisten wurden nicht rechtzeitig abgestimmt, sodass ein großer Teil der Arbeiter am Sonntag in ihre Heimatorte fuhr, ohne sich vorher Stimmscheine zu besorgen.

Die Altersstufen sind ebenfalls sehr unterschiedlich. Typisch ist jedoch für alle Bezirke, dass es vorwiegend Personen über 50 Jahre sind, ca. 30–50 %. Jungwähler (18–20 Jahre) machen ca. 10–25 % aus.

Der verhältnismäßig hohe Prozentsatz der Jugendlichen in vielen Bezirken ist zu beachten. Dieses ist auf die teilweise noch bestehende politische Uninteressiertheit der Jugendlichen, den noch nicht befriedigenden Einfluss des Jugendverbandes FDJ und das stellenweise auftretende Rowdytum zurückzuführen.

Der Einfluss der »Jungen Gemeinde« macht sich besonders in kirchlich stark beeinflussten Gemeinden bemerkbar.

Von den Bezirken Dresden und Rostock wird als Beispiel für die soziale und altersmäßige Struktur eine statistische Übersicht beigefügt, die jedoch nicht für alle Bezirke angefertigt werden konnte. Dazu noch einige andere Beispiele:

---

<sup>24</sup> Im Original: »Höhenmölsen«.

<sup>25</sup> Um diese Zeit war mit dem Neubau des »Überseehafens« in Rostock und dem Ausbau des Hafens in Wismar begonnen worden. Zu diesem Zweck waren Arbeitskräfte aus der ganzen Republik mit Hilfe der Zahlung von Sondertarifen angeworben worden. Es wurden Häftlinge aus Haftanstalten eingesetzt. Vgl. Halbrock, Christian: »Freiheit heißt, die Angst verlieren«: Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock. Göttingen 2015, S. 47 ff.

- *Groß-Berlin:*
  - Jungwähler (18–20 Jahre) 25 %
  - über 60 Jahre 20 %
- *Bezirk Potsdam*
  - Luckenwalde von 132 Nichtwähler[n] = 82 über 50 Jahre
  - Zossen von 422 Nichtwähler[n] = 119 über 50 Jahre
- *Bezirk Cottbus*
  - Schleife/Weißwasser: 62 Nichtwähler alle von 18–25 Jahre
- *Bezirk Suhl*
  - Krs. Bad Salzungen über 60 Jahre = 35 %
- *Bezirk Halle*
  - Roßlau von 274 Nichtwählern = 95 Jungwähler
  - Eisleben = 89 Jungwähler
  - Weißenfels von 516 = 138 Jungwähler
  - Wittenberg = 28 % Jungwähler
- *Bezirk Karl-Marx-Stadt – Reichenbach*
  - 18–30 Jahre 8 %
  - 30–40 Jahre 5 %
  - 40–60 Jahre 30 %
  - 60–80 Jahre 37 %
- *Bezirk Erfurt*
  - Der prozentuale Anteil der Nichtwähler liegt in den Städten im Alter von
  - 18–25 Jahre 28 %
  - 26–65 Jahren 50 %
  - über 65 Jahren 22 %
  - auf dem Lande:
  - 18–25 Jahre 20 %
  - 26–65 Jahre 53 %
  - über 65 Jahre 27 %

#### *Analyse der Nichtwähler im Bezirk Dresden*

Wahlberechtigte	1 406 348	= 100,000 %
Nichtwähler	16 186	= 1,140 %
Davon:		
Angestellte	1 591	= 0,110 %
Arbeiter	4 786	= 0,330 %
Intelligenz	126	= 0,008 %
Ärzte	23	= 0,001 %
Geschäftsleute, Handwerker	733	= 0,050 %
Pastoren	374	= 0,025 %
Hausfrauen und Rentner	6 417	= 0,450 %

Ehem. NSDAP-Mitglieder	668	=	0,040 %
Zeugen Jehovas	2 754	=	0,190 %
Rückkehrer und Zugezogene	257	=	0,017 %
Umsiedler	1 016	=	0,068 %
Bauern	1 400	=	0,100 %
Studenten	234	=	0,016 %

*Aufgliederung der Nichtwähler nach Altersgruppen*

18-20 Jahre	1 424	=	0,101 %
20-30 Jahre	3 502	=	0,250 %
30-45 Jahre	3 263	=	0,230 %
45-60 Jahre	4 895	=	0,350 %
über 60 Jahre	5 101	=	0,460 %

*Analyse der Nichtwähler im Bezirk Rostock*

Wahlberechtigte	580 256	=	100,0 %
Nichtwähler	5 864	=	1,0 %
davon wurden überprüft	4 522		

*Zusammensetzung*

Arbeiter	1 145	=	0,190 %
Angestellte	427	=	0,080 %
Hausfrauen	591	=	0,100 %
Rentner	811	=	0,130 %
Intelligenz	126	=	0,020 %
Geistliche	23	=	0,003 %
Einzelbauern	191	=	0,039 %
LPG-Bauern	19	=	0,003 %
Studenten	74	=	0,012 %
sonstige Berufe	136	=	0,020 %
unbekannte Berufe	807	=	0,130 %

*Altersmäßige Zusammensetzung:*

*Überprüfte Personen 4 718*

18-25 Jahre	1 608	=	0,27 %
26-40 Jahre	1 151	=	0,20 %
41-50 Jahre	705	=	0,12 %
51-60 Jahre	512	=	0,09 %
61 und mehr	760	=	0,12 %

*Methoden, sich der Wahlpflicht zu entziehen:*

Im Allgemeinen wurden 3 wesentliche Methoden angewandt:

a) Am Tage der Wahl unternahmen die Wahlverweigerer Reisen nach auswärts, ohne sich einen Wahlschein besorgt zu haben. Einige erschienen nach dem Schließen der Wahllokale mit der Erklärung, sie glaubten, dass erst um 22.00 Uhr die Wahlhandlung beendet sei.

b) Ein Teil der Wahlberechtigten besorgten sich vorher Wahlscheine, um angeblich auswärts oder in Sonderwahllokalen ihre Stimme abzugeben. Diese Art der Wahlverweigerung ist nicht überprüfbar.

c) Die durch Agitationseinsatz am Tage der Wahl angesprochenen Personen sagten ihr Erscheinen zu, erschienen dann jedoch nicht im Wahllokal.

## V. Überspitzungen

Bis auf die zum Teil großen Mängel in den Wählerlisten gibt es nur wenige Beispiele der Verletzung der gegebenen Instruktion von Partei und Regierung, die keinen Einfluss auf das Ergebnis hatten.

### – In Berlin-Lichtenberg

Wahlkreis II, Wahllokal »Zur weißen Taube« wurde nach der Stimmenauszählung durch den Wahlleiter eine 100%ige Stimmenabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front verkündet. 1 anwesender Wähler, vermutlich SPD-Mitglied, erklärte darauf, dass die Wahl Betrug sei, da er und seine Ehefrau dagegen gestimmt haben. Beide Personen wurden republikflüchtig und haben in der Westpresse eine Erklärung abgegeben, die am 4.12. im »Telegraf« und »Die Welt« veröffentlicht wurde. Eine Überprüfung ergab, dass in diesem Wahlbezirk mehrere ungültige und Gegenstimmen vorhanden waren.

– Im Bezirk Karl-Marx-Stadt – Krs. Annaberg, Gemeinde Geyer wurden seitens des Wahlausschusses bürgerliche und finanzkräftige Personen gebeten, Geldspenden für die Wahlhelfer zu geben. Es sei in diesem Ort schon immer so üblich gewesen, dass nach der Wahl ein Essen und Trinkgelage durchgeführt wird.

– Im Bezirk Suhl – Geisenhöhn/Gottfriedsberg<sup>26</sup> wurde eine 100%ige Stimmenabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front gemeldet. Eine Überprüfung ergab jedoch, dass 10 Stimmscheine eindeutig als Gegenstimmen gewertet werden mussten.

– Im Bezirk Suhl – Hildburghausen kam es vor, dass eine Frau [Name 1], die als 1. Wählerin im Wahllokal IV mit einem Blumenstrauß geehrt wurde, am Abend nochmals aufgefordert wurde, zur Wahl zu erscheinen. Diese Frau war zweimal in der Wahlliste aufgeführt.

---

<sup>26</sup> Im Original: »Geißenhöhn«.

- *Im Bezirk Frankfurt – Kreis Angermünde* konnte das inoffizielle Wahlergebnis nicht ermittelt werden, da sämtliche Wahlunterlagen und Stimmzettel bereits am 20.11. vom Rat des Kreises, ohne Wissen des Bezirkswahlleiters, vernichtet wurden. Das Gleiche trifft zu für den Kreis Lobenstein im Bezirk Gera.

Einschätzung der Bezirke bzw. Wahlkreise geordnet von 1-24

- a) Übersichtstabellen für den gesamten Bezirk bzw. Wahlkreis
- b) Übersichtstabellen für die Gemeinden mit über 5 % Negative
- c) Charakteristische Einschätzung der Gemeinden mit über 10 % Negative<sup>27</sup>

*Bezirk Rostock*

[...] <sup>28</sup>

Einschätzung der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkte im *Bezirk Rostock*

Rostock Stadt

Stimmbezirk 7 a	26,21 %
Stimmbezirk 73 a	17,98 %
Stimmbezirk 77 a	43,40 %
Stimmbezirk 84 a	19,00 %

Wismar Stadt

Stimmbezirk 29	10,60 %
----------------	---------

Die hohen Prozentsätze der negativen Stimmen in den Stimmbezirken der Städte Rostock und Wismar sind darauf zurückzuführen, dass in den Stimmbezirken Arbeiter-Wohnlager liegen. In diesen Wohnlagern wurde die Volkswahl nicht genügend politisch vorbereitet und die Wählerlisten nicht rechtzeitig abgestimmt, sodass ein großer Teil der Arbeiter am Sonntag in ihre Heimatorte fuhr, ohne sich vorher Stimmscheine zu besorgen.

---

<sup>27</sup> Die unter a) und b) benannten Tabellen existieren in der Akte für jeden ehemaligen Bezirk der DDR. Sie werden aus Gründen der Übersichtlichkeit ausgelassen. Die Auslassungen sind im Dokument markiert. Vollständig abgedruckt wird im Folgenden jeweils der Punkt c.

<sup>28</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Rostock: BStU, MfS, HA XX, 6342, Bl. 30-33.

- Kreis Rostock-Land
  - Gemeinde Lieblingshof 17,0 %  
Die Gemeinde setzt sich vorwiegend aus Personen zusammen, die aus Westfalen zugezogen sind. Einzelbauern. Streng katholisch und lehnen unsere Entwicklung ab. Personenkreis wird operativ bearbeitet.
- Kreis Greifswald
  - Gemeinde Klein-Zastrow 13,8 %  
Altbauerndorf mit Familienwirtschaften. Bürgermeister ist Genosse, gehört aber zu den Altbauern und unterstützt sie. Die bestehende LPG Typ I<sup>29</sup> wird abgelehnt. Weiterhin herrscht rege Sektentätigkeit der apostolischen Gemeinde. In der Vergangenheit wurde in dieser Gemeinde Feindtätigkeit in Form von anonymen Karten und Briefen festgestellt.
- Kreis Grevesmühlen
  - Gemeinde Mallentin III 15,0 %  
Die 15,0 % negative[n] Stimmen kommen aus den Ortsteil Roxin<sup>30</sup>, der von wirtschaftlich starken Mittelbauern und einigen Großbauern bewohnt wird.
  - Gemeinde Kalkhorst III 10,3 %  
Die 10,3 % negative[n] Stimmen kommen aus den Ortsteil Dönkendorf. Dieser Ortsteil ist ein ausgesprochenes Neubauerndorf. Hier besteht schon seit Jahren eine LPG Typ III. Noch nicht genügend wirtschaftlich gefestigt. Flächenmäßig große LPG, mangelt an Arbeitskräften. Seit 1945 wurde nicht mehr gebaut.
  - Gemeinde Bössow I  
Starkes Mittelbauerndorf mit einigen Großbauern. Bisher kein Schwerpunkt gewesen.

### *Bezirk Schwerin*

[...]<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Die SED beschloss auf der 2. Parteikonferenz in Ost-Berlin vom 9. bis 12. Juli 1952 die Maßnahmen zur Bildung von Genossenschaften. Damit wurden landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) zugelassen. Es wurden zunächst drei verschiedene Typen von LPG gebildet (Typ I, Typ II und Typ III). Je nach Typ wurden von den Bauern dabei ihr Boden (I), dazu ihre Maschinen (II) und dazu der gesamte landwirtschaftliche Betrieb mit Vieh, Maschinen und Gebäuden (III) in die Genossenschaft eingebracht. Die Bauern mussten darüber hinaus Bargeld einbringen. Vgl. Humm, 1999, S. 88 ff.

<sup>30</sup> Im Original: »Rexin«.

<sup>31</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Schwerin: BStU, MfS, HA XX, 6342, Bl.



Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk *Schwerin*

- Kreis Bützow
  - Gemeinde Göltenitz 10,1 %  
Negative Diskussionen über die ungenügende Arbeitsweise der MTS gegenüber den Einzelbauern. Starke CDU-Gruppe. LPG Typ III die z[ur] Z[ei]t mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.
- Kreis Güstrow
  - Gemeinde Pölitz<sup>32</sup> 11,1 %  
Das Land der Gemeinde wurde im Zuge der Bodenreform 1945 aufgeteilt. 50 % Neubauern – Gutsarbeiter, 50 % Umsiedler aus den polnischen Gebieten, die dort gute Groß- und Mittelbauernstellen gehabt haben. Bisher haben 27 Einzelbauern den Getreidedrusch noch nicht durchgeführt.
- Kreis Hagenow
  - Gemeinde Benz/Briest<sup>33</sup> 16,5 %  
Starker kirchlicher Einfluss. Die Gemeinde wird durch den Probst Winkelmann<sup>34</sup> aus Alt Jabel angeleitet. Die gesellschaftliche Tätigkeit im Ort wird von der CDU geführt. Im VdGB-Vorstand wird von 2 Kirchenratsmitgliedern die Politik Winkelmanns durchgesetzt.
  - Gemeinde Harst 10,2 %  
Die Bevölkerung der Gemeinde steht unter Druck des ehemaligen Gutspächters, der 1958 legal nach Westdeutschland verzog. 50 % der Bewohner sind Umsiedler. Lehnen die Bildung einer LPG ab.
- Kreis Ludwigslust
  - Gemeinde Hornkaten 11,6 %  
Altbauerngemeinde. OPO [Ortspartei – Organisation der SED] 3 Mitglieder, CDU 5 Mitglieder. Bürgermeister CDU. Hat keine ideologische Klarheit. Weiterhin 17 Umsiedler. Bisher noch nicht operativ in Erscheinung getreten.
- Kreis Perleberg
  - Gemeinde Gr[oß] Buchholz 14,7 %  
Bestehen einer schwachen LPG, deren ehem. Vorsitzender im Aug[ust]

---

37–40.

<sup>32</sup> Im Original: »Plölitze«.

<sup>33</sup> Im Original: »Priest«.

<sup>34</sup> Probst Heinrich Winkelmann (1906–1994) war Pfarrer in Alt Jabel, ab 1955 Probst für den Kreis Dömitz. Vgl. Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg Nr. 3/1948, S. 12, Nr. 4/1955, S. 38 und Nr. 4–5/1994, S. 39.

1958 wegen Schädlingstätigkeit festgenommen wurde.

Ein Mittelbauer der Gemeinde organisiert Westfernsehsendungen<sup>35</sup>.

- Gemeinde Schönfeld 18,7 %  
Schlechte Wirtschaftsführung in der bestehenden LPG. Bürgermeister weigert sich in die LPG einzutreten. Als Mitglied der SED vertritt er die Viewegtheorie. Ein Teil der Umsiedler ist der Auffassung, dass sie wieder in ihre Heimat zurückkehren könne[n].
- Gemeinde Dargardt 19,9 %  
Altbauerngemeinde bestehend aus 58 Mittelbauern, 3 Großbauern und einer LPG. Starker Einfluss durch die CDU im Ort. Kirchenveranstaltungen werden in der Gaststätte des Dorfes durchgeführt. Die Wahlkabine wurde zu 40 % benutzt. Wenig Anleitung durch die Kreisleitung der Partei.
- Gemeinde Milow 17,2 %  
Altbauerngemeinde. CDU vorherrschend. Bürgermeister, der als Industriearbeiter aufs Land kam, verließ 1958 im Sept[ember] die Gemeinde. Z[ur] Z[eit] führt ein CDU-Mitglied die Aufgaben des Bürgermeisters. Dieser gab 1957 seine Stimme gegen die NF ab.
- Gemeinde Kribbe 15,3 %  
Die Gemeinde besteht aus 3 Ortsteilen. Vor 1945 war in dieser Gemeinde der Landarbeiterverband sehr stark vertreten und ein Teil gehörte der SPD an. Der Bürgermeister trat im Sept[ember] 1958 offen gegen den Genossen Walter Ulbricht auf. Viele Mittelbauern kamen 1936 aufgrund der sogenannten Reichssiedlung<sup>36</sup> nach Mecklenburg.
- Gemeinde Reetz 11,1 %  
Altbauerngemeinde. Führende Kraft in der Gemeinde ist die VdGB deren Leiter ein ehem. Offizier ist. Falsches Auftreten durch den Vorsitzenden

---

<sup>35</sup> Mit Westfernsehen wurden alltagssprachlich im Sprachgebrauch in der DDR die Fernsehprogramme aus der Bundesrepublik bezeichnet, die während der deutschen Teilung neben dem DDR-Fernsehen zu empfangen waren. Zum Empfang des Westfernsehens mussten sich interessierte DDR-Bürger häufig in Eigeninitiative geeignete Antennen, Filter, Verstärker und Konverter beschaffen. 1958 waren nur 5,1% der Haushalte mit einem Fernsehempfänger ausgestattet. Gerade in kleineren Orten war es üblich, dass »der« Fernsehbesitzer seine Freunde zum gemeinsamen Schauen einlud.

<sup>36</sup> Es handelte sich hier um eine nationalsozialistische Modellsiedlung, die der NS-Ideologie von der Volksgemeinschaft entsprach. Innerhalb der Siedlungsbewohner sollte es keine sozialen Unterschiede geben. Aufgenommen wurden »arische«, politisch zuverlässige und kinderreiche Familien. Vgl. Hechelhammer, Bodo; Meinl, Susanne: Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur BND-Zentrale. Berlin 2014.

- des Rates des Kreises. Bezeichnete die Großbauern als Spekulanten.
- Gemeinde Steinberg 24,4 %  
Altbauerngemeinde. Starke Beeinflussung durch die Kirche. Bürgermeister ist der einzige Genosse der Gemeinde.
- Gemeinde Baek 12,9 %  
Altbauerngemeinde. Keine Dorfparteiorganisation. Diskussionen über die Veränderung der Bodenwertungs zahlen und das<sup>37</sup> Passgesetz.
- Gemeinde Kl[ein] Lüben 16,4 %  
Altbauerngemeinde, deren Einwohner vorwiegend Mitglied des Stahlhelms<sup>38</sup> waren.

### *Bezirk Neubrandenburg*

[...] <sup>39</sup>

Einschätzung der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative im Bezirk *Neubrandenburg*

#### 1. Kreis Strasburg

- Gemeinde Neu-Käbelich 13,04 [%] Negative  
Bestrebungen gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Kirchlicher Einfluss. Hier befindet sich die Sekte »Bund der freikirchlichen Gemeinde[n]<sup>40</sup>«. Am Wahltag fanden 3 kirchliche Veranstaltungen statt.

#### 2. Kreis Teterow

- Gemeinde Groß-Wüstenfelde 1958 – 11,93 [%] Negative  
1957 – 10,40 [%] Negative

---

<sup>37</sup> Im Original: »dem«.

<sup>38</sup> Der 1918 gegründete »Stahlhelm« verstand sich als Organisation, in der das Wirken aller Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges Anerkennung finden sollte und stand in eindeutiger Opposition zum politischen System der Weimarer Republik. Im »Stahlhelm« herrschte eine Weltanschauung vor, die sich stark an der Kaiserzeit orientierte. Nach der Machtübernahme der NSDAP unterstellte der »Stahlhelm«-Gründer Franz Seldte die Organisation als »geschlossene soldatische Einheit dem Führer« und wurde im Kabinett Hitler Reichsarbeitsminister.

<sup>39</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Neubrandenburg: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 45–47.

<sup>40</sup> Es handelt sich hier um Baptistengemeinden. Im Glauben und Leben von Baptisten ist die Bibel alleinige Richtschnur. Wie alle Baptisten sehen die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der Evangelisation die vordringlichste Aufgabe. Baptisten treten weltweit für Glaubens- und Gewissensfreiheit des Menschen ein. Staat und Kirche sind zu trennen.

Bei der Gemeinde handelt es sich um eine katholische Altbauerngemeinde mit einer starken Konzentration von Großbauern. Schon in der Wahlvorbereitung wurden Diskussionen über eine Nichtbeteiligung an der Wahl geführt, falls das Passgesetz nicht geändert wird.

- Gemeinde Matgendorf<sup>41</sup> 10,01 [%] Negative  
Katholische Altbauerngemeinde mit einer Konzentration von Großbauern. Katholische Kirche übt großen Einfluss aus. Pfarrer und Katechetin spielen eine besondere Rolle. Beide beteiligten sich nicht an der Wahl.

[...] <sup>42</sup>

### *Bezirk Frankfurt/Oder*

[...] <sup>43</sup>

Einschätzung der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkte im Bezirk Frankfurt/Oder

#### Kreis Beeskow

- Gemeinde Plattkow 18,51 %
- Gemeinde Reudnitz 20,00 %
- Gemeinde Werder 11,70 %

Bei den betreffenden Gemeinden handelt es sich um Orte ländlichen Charakters mit alteingesessenen und wirtschaftlich gut dastehenden Mittelbauern und Großbauern. Im Gegensatz dazu sind die dort bestehenden LPGs wirtschaftlich noch schwach und haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einfluss der Kirche.

### *Bezirk Cottbus*

[...] <sup>44</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkte im Bezirk Cottbus

- Kreis Cottbus-Land
  - Gemeinde Dissen 1957 = 23,6 %
  - 1958 = 15,6 %

---

<sup>41</sup> Im Original: »Mattgendorf«.

<sup>42</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Potsdam: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 49–52.

<sup>43</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Frankfurt/Oder: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 54–55.

<sup>44</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Cottbus: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 58–65.

Großer Einfluss durch den Pfarrer und den CDU-Vorsitzenden, die beide nicht an der Wahl teilgenommen haben. Außerdem befinden sich unter den Nichtwählern 20 Einzelbauern mit ihren Angehörigen. Von diesen wurde zum Ausdruck gebracht, wenn sie wählen gehen, wählen sie die LPG und das läge nicht in ihrem Interesse.

- Gemeinde Sielow 1957 = 12,28 %  
1958 = 11,00 %

Die hohe Zahl der Nichtwähler 139 = 10,4 % setzen sich vorwiegend aus Einzelbauern zusammen, die mit der Sollherabsetzung nicht einverstanden sind. Die Sollherabsetzung erfolgte durch Hochwasser und Hagelschaden. Viel Kirchenanhänger. Starke Gruppe der CDU. Sorbisches Gebiet.

- Kreis Calau

- Gemeinde Hindenberg<sup>45</sup> 18,5 %

Verhältnis zwischen der bestehenden LPG und den Einzelbauern ist nicht gut. Ein Teil der Einzelbauern suchte die Wahlkabine auf. Bisher kein Schwerpunkt gewesen.

- Gemeinde Gr[oß] Mehßow<sup>46</sup> 1954 = 15,0 %  
1947 = 11,2 %  
1958 = 12,3 %

Einfluss durch die Kirche und der CDU. Weitere Ursachen sind darin zu sehen, dass 3 Tage vor der Wahl durch den Rat des Kreises, Abt[eilung] Finanzen [von] einem Teil der werktätigen Bauern eine Nachveranlagung über Sozialversicherungsbeiträge des Jahres 1958 zugeschickt wurde<sup>47</sup>.

- Gemeinde Gr[oß] Radden 15,4 %

Die hier ansässigen Großbauern sprachen sich bereits vor der Wahl gegen eine Teilnahme aus, da ein Großbauer wegen Nichtablieferung gerichtlich bestraft wurde. Von den 12 Nichtwählern waren 10 Großbauern.

- Gemeinde Schönfeld 1957 = 13,9 %  
1958 = 14,5 %

Einfluss der Kirche. Bisher kein operativer Schwerpunkt.

- Gemeinde Rutzkau 16,4 %

Fast alle Einzelbauern sind gegen die Bildung einer LPG. Einfluss durch den Gastwirt. 11 Wähler, die stärksten Bauern des Ortes, suchten die Wahlkabinen auf.

---

<sup>45</sup> Im Original: »Hindenburg«.

<sup>46</sup> Im Original: »Mehsow«.

<sup>47</sup> Im Original: »bekamen«.

- Kreis Finsterwalde

- Gemeinde Goßmar 1957 = 14,50 %  
1958 = 14,11 %

Einfluss durch die Kirche. Weiterhin spielt eine negative Rolle der Rechtsberater der Bauern dieses Ortes, der 1953 aus der SED ausgeschlossen wurde.

- Gemeinde Gr[oß] Krausnick<sup>48</sup> 1957 = 15,90 %  
1958 = 10,59 %

Hetze einiger einflussreicher Personen gegen die Bildung einer LPG. Pfarrer und Religionslehrerin blieben der Wahl fern.

- Gemeinde Nexdorf 11,85 %

Strukturmäßig Klein- und Mittelbauern. Noch keine LPG vorhanden. Beeinflussung durch die Kirche. Schwache Parteiorganisation.

- Gemeinde Pießig 1954 = 12,00 %  
1957 = 18,60 %  
1958 = 24,46 %

50 % der Wähler, überwiegend Mittelbauern, suchten die Wahlkabine auf. Ablehnende Haltung gegen die Bildung einer LPG. Einfluss durch den Pfarrer aus Goßmar. Schon vor der Wahl wurden Hetzschriften an den Hoftüren angebracht.

- Kreis Forst

- Gemeinde Kl[ein] Jamno 1957 = 18,3 %  
1958 = 23,0 %

Durch unsachgemäßes Ablassen der Fischteiche traten Wasserschäden auf, die vor der Wahl zu einer Verärgerung unter den Bauern führten. Schlechte Arbeit des DBD.

- Gemeinde Nauendorf 12,6 %

Gemeinde hat 25 % Umsiedler. Starke CDU-Gruppen. Kirchlicher Einfluss vorhanden. Vorhandensein einer Gruppe »Junge Gemeinde«.

- Kreis Guben

- Gemeinde Pinnow 1957 = 12,80 %  
1958 = 19,86 %

Größter Teil der Bauern ist gegen eine sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Starke verwandtschaftliche Beziehungen untereinander. Verärgerung über den schon vor Jahren festgelegten Bau einer zentralen Wasserleitung, welche[r] bis heute noch nicht erfolgte.

- Kreis Herzberg

- Gemeinde Frauenhorst 16,74 %

Hohe Anzahl von Stimmzetteln, die ungültig gemacht wurden, indem

---

<sup>48</sup> Im Original: »Kraussnick«.

alle Kandidaten einzeln gestrichen wurden. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse der Gemeinde sind schon seit längerer Zeit Schwerpunkt im Kreis. Noch keine LPG vorhanden. Schwache Partiarbeit. Sekretär der OPO vertritt Viewegsche Konzeption. Wird operativ bearbeitet.

- Gemeinde Wiederau  
1957 = 20,46 %  
1958 = 11,53 %  
Strukturmäßig Groß- und starke Mittelbauern. Starker Einfluss der Kirche. Einfluss durch die benachbarte Gemeinde Uebigau<sup>49</sup>, wo früher stark die SPD vertreten war.
- Gemeinde Kolpin 10,63 %  
Großbauerngemeinde. Verärgerung wegen der Nichtzulassung von Traktoren. Wahlkabine wurde von 60 Personen aufgesucht.
- Kreis Hoyerswerda
  - Gemeinde Kl[ein] Partwitz 13,33 %  
Größter Teil der Einwohner sorbischer Abstammung. 19 Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe arbeiten nebenbei in der Industrie. Diskussionen über die Bildung einer LPG werden dahingehend geführt, dass es sich nicht lohnt, da in Kürze die Ländereien durch den Tagebau verloren gehen.
- Kreis Jessen
  - Gemeinde Premsenorf 10,04 %  
Vorhandensein der Sekte [»Zeugen] Jehova«. Forderung auf Genehmigung von Westreisen.
- Kreis Lübben
  - Gemeinde Lamsfeld 12,1 %  
Bestehen einer starken Gruppe von Mittelbauern, deren Wortführer der ehemalige Ortsbauernführer<sup>50</sup> ist. Personenkreis lehnte Wahlbeteiligung ab.
- Kreis Luckau
  - Gemeinden Falkenhain 10,73 %
  - Gemeinden Schäcksdorf 14,9 %

---

<sup>49</sup> Im Original: »Uebegau«.

<sup>50</sup> Der Ortsbauernführer war in der Zeit des Nationalsozialismus der Leiter der kleinsten beziehungsweise untersten Einheit des »Reichsnährstandes«. Er vertrat die »Ortsbauernschaft«, in der Regel ein Dorf oder eine Gemeinde, in der er selbst ansässig war. Vgl. Münkler, Daniela: Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag. Frankfurt a. M. 1996.



- Gemeinden Schiebsdorf<sup>51</sup> 10,34 %
- Gemeinden Tröbritz<sup>52</sup> 12,50 %
- Gemeinden Tugam<sup>53</sup> 23,40 %

Strukturmäßig bestehen die oben genannten Gemeinden überwiegend aus Mittel- und Großbauern. Die Nichtwähler setzen sich [zusammen] aus:

- 40 % Einzelbauern
- 20 % Rentnern
- 15 % Pfarrersfamilien
- 6 % Umsiedler[n]

25 % der Jahrgänge zwischen 18–30 Jahren kamen nicht zur Wahl.

- Kreis Senftenberg

- Gemeinde Saalhausen 1957 = 10,00 %  
1958 = 13,31 %

Ein großer Teil der Landwirte arbeitet in den umliegenden Kohlengruben. Keine Bereitschaft zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vorhanden. Operative Bearbeitung von Personen aus dieser Gemeinde.

- Kreis Spremberg

- Gemeinde Graustein 1954 = 15,00 %  
1957 = 23,36 %  
1958 = 10,40 %

Einfluss starker Mittelbauern. Schwerpunkt der KD und Kreisleitung der Partei. Der im Ort vorhandene Lehrer hat sehr großen Einfluss und hetzte gegen die Wahlen.

- Gemeinde Türkendorf 1954 = 19,00 %  
1957 = 14,48 %  
1958 = 11,64 %

Größter Teil der Einwohner gut fundierte Mittelbauern. Keine Grundorganisation der SED und FDJ vorhanden. Bestehen einer GST-Reiter-  
sparte<sup>54</sup> deren Mitglieder früher dem SA-Reitersturm angehörten.

---

<sup>51</sup> Im Original: »Stiebsdorf«.

<sup>52</sup> Im Original: »Stöbritz«.

<sup>53</sup> Im Original: »Tigam«.

<sup>54</sup> Die »Gesellschaft für Sport und Technik« war eine paramilitärische Jugendorganisation und Massenorganisation in der DDR. Sie sollte offiziell vor allem der gemeinschaftlichen Freizeitgestaltung technisch und sportlich interessierter Jugendlicher dienen. Sie trug auch zur Militarisierung der Gesellschaft der DDR bei, indem sie unter anderem die gesetzlich vorgeschriebene vormilitärische Ausbildung zusammen mit der Nationalen Volksarmee an Schulen, Universi-

– Kreis Weißwasser

- Gemeinde Nochten 1957 = 18,40 %  
1958 = 13,49 %

Der Ort war während der Nazizeit ein Stützpunkt der NSDAP und SA. Heute ist die stärkste Partei die NDPD. Einfluss der Kirche, Gemeinde grenzt an einen Truppenübungsplatz der NVA.

*Bezirk Magdeburg*

[...] <sup>55</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkte im Bezirk *Magdeburg*

– Kreis Gardelegen

- Gemeinde Schwiesau 1957 = 15,70 %  
1958 = 10,91 %

Starke Konzentration von Groß- und Mittelbauern. Die CDU ist mit 18 Mitgliedern die stärkste Partei in der Gemeinde.

– Kreis Halberstadt

- Stimmbezirk XXI 11,76 [%]

Im Stimmbezirk befindet sich der Cecilienstift<sup>56</sup>, von wo eine Reihe von Personen die Wahl ablehnten. Starker Mittelstand.

– Kreis Kalbe/Milde

- Gemeinde Vahrholz 1954 = 19,3 %  
1957 = 12,7 %  
1958 = 12,3 %

Starke Mittelbauerngemeinde. Unzureichende politische Arbeit. Noch keine LPG vorhanden. Bürgermeister wurde inhaftiert wegen Wirtschaftsverbrechen.

– Kreis Salzwedel

- Gemeinde Altensalzwedel 1954 = 19,00 %  
1957 = 12,70 %  
1958 = 10,52 %

Starker kirchlicher Einfluss. Besonders »Junge Gemeinde«.

- Gemeinde Saalfeld 1954 = 15,90 %  
1957 = 22,50 %  
1958 = 14,29 %

---

täten und in den Betrieben durchführte. Vgl. Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger: Im Dienste der Partei. Berlin 1998.

<sup>55</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Magdeburg: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 73–77.

<sup>56</sup> Im Original: »Cäzilienstift«.

Besonders starken Einfluss durch die mittelbäuerlichen Betriebe. Weiterhin die »Junge Gemeinde« und Kirche.

- Gemeinde Wüllmersen 17,40 %

Starker Einfluss durch die mittelbäuerlichen Betriebe.

- Kreis Magdeburg-Stadt

- Stimmbezirk 169 11,47 %

Vorhandensein des Pfeifferschen Stiftungskirchlichen Objekts<sup>57</sup>. Strahlt in der Umgebung aus. Vermutlich Ring der »Jungen Gemeinde«.

### *Bezirk Halle*

[...] <sup>58</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk *Halle*

- Kreis Halle-Stadt

- Stimmbezirk 37 21,86 %

56 Nichtwähler. Diese Nichtwähler sind Ordensschwestern, die in einem Krankenhaus des Stimmbezirkes tätig sind.

### *Bezirk Leipzig*

[...] <sup>59</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk *Leipzig*

- Kreis Geithain

- Gemeinde Breitenborn 1954 = 11,8 %  
1957 = 15,6 %  
1958 = 11,4 %

Einfluss der Kirche, besonders unter Bauern und Handwerkern. Der Vorsitzende und einige Vorstandsmitglieder des Ortsvorstandes der VdGB sind ehemalige aktive Nazis, welche ebenfalls dem ehemaligen Schützenverein angehörten. Gegen die Bildung einer LPG.

### *Bezirk Dresden*

[...] <sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> Die Pfeifferschen Stiftungen sind eine kirchliche Stiftung und diakonische Einrichtung, die 1889 gegründet wurde.

<sup>58</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Halle: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 81–84.

<sup>59</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Leipzig: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 87–90.

<sup>60</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Dresden: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 93–100.

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk *Dresden*

– Kreis Dresden-Land

– Gemeinde Schullwitz 1957 = 26,48 %

1958 = 15,93 %

– Gemeinde Zaschendorf 1957 = 22,14 %

1958 = 14,39 %

In beiden Gemeinden vorwiegend Mittelbauern, die stark unter den Einfluss der Kirche stehen

– Kreis Sebnitz

– Gemeinde Hohburkersdorf 14,28 %

Bestehen einer Konzentration von Umsiedlern, auf welche von kirchlicher Seite Einfluss genommen wird.

– Kreis Meißen

– Gemeinde Jessen 1957 = 11,40 %

1958 = 10,79 %

Starker Einfluss der Kirche. OPO leistet sehr ungenügende Arbeit.

– Kreis Löbau

– Gemeinde Wohla 10,35 %

Wohla besteht ausschließlich aus werktätigen Einzel- und Mittelbauern.

– Kreis Kamenz

– Gemeinde Rosenthal 1957 = 47,70 %

1958 = 43,14 %

– Gemeinde Lieske 1957 = 16,10 %

1958 = 23,04 %

– Gemeinde Nucknitz<sup>61</sup> 1958 = 22,00 %

– Gemeinde Piskowitz 1957 = 14,20 %

1958 = 19,26 %

– Gemeinde Ralbitz 1957 = 18,60 %

1958 = 18,60 %

Alle 5 Orte befinden [sich] konzentriert in einer Gegend, wo der negative Einfluss der Kirche (katholisch) äußerst stark ist. 4 der genannten Orte (außer Lieske) befinden sich auf sorbischem Gebiet. Die wörtliche Forderung dieser Bevölkerungskreise wird etwa in den Worten zum Ausdruck gebracht: »Das Kruzifix muß wieder in der Schule angebracht werden.« Zur weiteren Einschätzung der Lage ist zu erwähnen, dass es sich bei der Gemeinde Rosenthal um einen katholischen Wallfahrtsort handelt und in der Gemeinde Lieske ein katholisches Kirchengut mit ca. 160 ha besteht.

---

<sup>61</sup> Im Original: »Nuckwitz«.

- Kreis Großenhain
  - Gemeinde Linz 10,52 %  
Großbauerngemeinde. Darüber hinaus starker Einfluss der Kirche.
- Kreis Dippoldiswalde
  - Gemeinde Friedersdorf 1957 = 20,30 %  
1958 = 16,35 %  
Gemeinde besteht vornehmlich aus Groß- und Mittelbauern. Der größte Teil war unzufrieden, da in diesem Jahr die Verträge seitens der MTS Reichstädt nicht oder nur zum Teil realisiert wurden.

*Bezirk Karl-Marx-Stadt*

[...] <sup>62</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk Karl-Marx-Stadt

- Kreis Brand-Erbisdorf
  - Gemeinde Zethau 1954 = 14,3 %  
1957 = 21,3 %  
1958 = 16,8 %  
Starke Konzentration von Großbauern und aktiven feindlichen Einfluss durch die Kirche.
- Kreis Freiberg
  - Gemeinde Sohra 1954 = 19,1 %  
1957 = 14,5 %  
1958 = 15,5 %  
Groß- und Mittelbauern üben starken Einfluss aus.
- Kreis Hainichen
  - Gemeinde Eulendorf 1954 = 9,80 %  
1957 = 26,90 %  
1958 = 29,87 %
  - Gemeinde Goßberg 1954 = 14,60 %  
1957 = 27,37 %  
1958 = 23,20 %
  - Gemeinde Irbersdorf 1954 = 18,40 %  
1957 = 22,89 %  
1958 = 11,71 %  
Starker Einfluss der Großbauern auf die Kleinbauern. Kleinbauern nehmen offen gegen die Bildung einer LPG Stellung. Irbersdorf aktive Tätigkeit der Sekte »Zeugen Jehovas«.

---

<sup>62</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Karl-Marx-Stadt: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 104-112.

- Kreis Rochlitz

- Gemeinde Sachsendorf 1957 = 16,67 %  
1958 = 13,70 %

In der Gemeinde herrscht besonders eine zielstrebige Politik reaktionärer CDU-Kreise, dieser Einfluss reicht soweit, dass er auf den Bürgermeister des Ortes übergriff und dieser vor der Wahl die Gemeinde aufforderte, vom geheimen Wahlrecht<sup>63</sup> Gebrauch zu machen.

- Kreis Rochlitz

- Gemeinde Schwarzbach 1957 = 18,44 %  
1958 = 17,10 %

Starker Einfluss durch die Großbauern. Diese machen sich die Zwierspaltigkeit in der Parteiorganisation zu[nutze]<sup>64</sup>. Außerdem starker kirchlicher Einfluss.

- Gemeinde Seelitz 10,9 %

Starker kirchlicher Einfluss auf die Einzelbauern, die sich reserviert gegenüber der Bildung einer LPG verhalten.

- Kreis Flöha

- Gemeinde Gahlenz 1954 = 21,10 %  
1957 = 20,05 %  
1958 = 11,60 %
- Gemeinde Hartha 1954 = -  
1957 = -  
1958 = 11,40 %
- Gemeinde Kirchbach 1954 = 10,60 %  
1957 = 14,40 %  
1958 = 13,90 %
- Gemeinde Schönerstadt<sup>65</sup> 1954 = 13,90 %  
1957 = 11,23 %  
1958 = 15,30 %

Ausgesprochene Bauerngemeinde[n]. Ließen Agitatoren nicht auf ihre Höfe.

- Kreis Stollberg

- Gemeinde Meinersdorf 11,2 %

---

<sup>63</sup> Laut den im Paragraph 1 festgelegten »Wahlgrundsätzen« des für diese Wahl erlassenen Gesetzes sollten die Kandidaten »in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl« gewählt werden. Vgl. Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 16. November 1958 vom 24. September 1958, GBL Teil I, S. 677.

<sup>64</sup> Im Original: »zu Gute«.

<sup>65</sup> Im Original: »Schönerstedt«.





Vorwiegend starke Mittelbauern und einige Großbauern, passiver Widerstand gegen die Bildung einer LPG.

– Kreis Schleiz

– Gemeinde Burkersdorf 12,73 %

Ausgesprochene landwirtschaftliche Gemeinde, keine LPG, starke Mittel- und Großbauern. Im Ortsteil Burkersdorf keine Parteiorganisation der SED, keine politische Arbeit. 8 ehem. Faschisten. Davon 7 seit 1933 in der NSDAP.

*Bezirk Erfurt*

[...] <sup>69</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk Erfurt

– Kreis Apolda

– Gemeinde Hermstedt 10,1 %

Die Gemeinde galt bis Mai d[e]s J[ahre]s als eine der besten Gemeinden, was sich jedoch mit der Gründung der LPG grundsätzlich änderte. In dieser Zeit bildete sich eine Gruppe, die mit allen Mitteln gegen die LPG arbeitet. Besonders tritt hier die NDPD in Erscheinung.

– Gemeinde Kösnitz	1954 =	20,50 %
	1957 =	15,59 %
	1958 =	13,60 %

Kleinste Gemeinde im Kreisgebiet. Starkes Mittelbauerntum. Gegen Bildung einer LPG.

– Gemeinde Oberndorf	1954 =	26,20 %
	1957 =	12,64 %
	1958 =	12,60 %

In der Gemeinde bestimmen ein Kreis Großbauern und die LDPD die Politik. Großbauern waren bisher nicht dazu zu überzeugen, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen.

– Gemeinde Wersdorf	1954 =	16,90 %
	1957 =	–
	1958 =	11,60 %

Schlechte Parteiarbeit der OPO. Kreisleitung ist informiert.

– Kreis Erfurt-Stadt

– Wohnbezirk I/54	1954 =	9,30 %
	1957 =	11,10 %
	1958 =	20,50 %

---

<sup>69</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Erfurt: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 123–129.

Zu diesem Wohnbezirk gehört das katholische Priesterseminar<sup>70</sup> mit ca. 200 Studenten und Lehrkräften, die in Trupps zur Wahl gingen und geschlossen die Wahlkabinen aufsuchten.

– Kreis Weimar-Land

- Gemeinde Lohma      1954 = 28,0 %  
                                 1957 = 19,0 %  
                                 1958 = 8,9 %

In der Gemeinde bestimmen einzelne Großbauern die Politik des Dorfes. Durch ihren Traktor machen sie einzelne werktätige Bauern abhängig.

– Kreis Heiligenstadt

- Gemeinde Eichstruth    1957 = 12,5 %  
                                 1958 = 13,9 %
- Gemeinde Krombach    1954 = 17,8 %  
                                 1957 = 12,8 %  
                                 1958 = 11,3 %

In beiden Gemeinden ist die katholische Kirche vorherrschend.

- Gemeinde Lenterode    1954 = 11,0 %  
                                 1957 = 21,9 %  
                                 1958 = 26,3 %

Starke Ortsgruppe der CDU. Aus den Stimmzetteln ist ersichtlich, dass die Ungültigmachung organisiert war.

- Gemeinde Uder            1954 = 27,4 %  
                                 1957 = 15,5 %  
                                 1958 = 10,0 %

Starke CDU-Ortsgruppe unter der Leitung des ehem. Landtagsabgeordneten [Name 2], der 1952 wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen wurde. Uder war die Hochburg des Faschismus nach Dingelstädt und Eichsfeld.

– Kreis Mühlhausen

- Gemeinde Flachheim 14,5 %

Einzelne Bauern der Gemeinde stehen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft negativ gegenüber. Schlechte Politik des Bürgermeisters, SED.

– Kreis Worbis

- Gemeinde Breitenholz    1954 = 42,5 %  
                                 1957 = 21,0 %  
                                 1958 = 11,0 %

---

<sup>70</sup> Das Erfurter Priesterseminar wurde 1952 gegründet, um den Priesternachwuchs für die katholische Kirche in der damaligen DDR ausbilden zu können.

Starke Ortsgruppe der CDU, welche mit der Politik des Zentralvorstandes nicht einverstanden ist. Negativer Einfluss durch die kath[olische] Kirche. Vor 1933 waren 65 Personen in der Zentrumsparlei organisiert.

- Gemeinde Ecklingrode<sup>71</sup> 14,4 %  
Grenzgemeinde<sup>72</sup>, die vor 1945 wirtschaftlich von der westdeutschen Kreisstadt Duderstadt abhängig war und noch starke persönliche Verbindungen nach den gegenüberliegenden Grenzorten hat. Starke Ortsgruppe des DBD, die mit der Politik der SED nicht einverstanden sind.
- Gemeinde Kallmerode 1954 = 24,4 %  
1957 = 24,5 %  
1958 = 22,8 %

Starke CDU-Ortsgruppe unter Leitung des kath[olischen] Pfarrers. Starke Mittelbauern, die sich die Einzelbauern abhängig gemacht haben.

### *Bezirk Suhl*

[...] <sup>73</sup>

Einschätzungen der Gemeinden mit mehr als 10 % Negative als Schwerpunkt im Bezirk *Suhl*

- Kreis Bad Salzungen
  - Gemeinde Kranlucken<sup>74</sup> 1957 = 17,10 %  
1958 = 11,59 %

Bevölkerung steht unter dem Einfluss der katholischen Kirche. Bei einzelnen Personen persönliche Verärgerungen. Kirchengänger suchten nach dem Gottesdienst die Wahlkabinen auf.

- Gemeinde Brunnhardtshausen<sup>75</sup> 14,9 %  
43 Stimmzettel mit Hetzlosungen beschmiert. Fast alle Jugendliche[n] benutzten die Wahlkabine. Schlechte politische Arbeit. OPO-Sekretär und Bürgermeister besitzen unter der Bevölkerung kein Vertrauen.

---

<sup>71</sup> Im Original: »Ecklingsroda«.

<sup>72</sup> In der DDR offiziell gebrauchter Begriff für Gemeinden, die unmittelbar an der Grenzbefestigung der DDR gegenüber der BRD bzw. West-Berlin lagen. Personen die dort wohnten, waren starken Reglementierungen und Kontrollen unterworfen. Wohnten sie im Grenzgebiet (ein bis zu fünf Kilometer breiter Streifen entlang der Grenze), konnten z. B. sie von einem Arzt nur nach vorher erteilter polizeilicher Aufenthaltsgenehmigung aufgesucht werden.

<sup>73</sup> Auslassung der Tabellen des Bezirks Suhl: BStU, MfS, HA XX 6342, Bl. 134–135.

<sup>74</sup> Im Original: »Kranluken«.

<sup>75</sup> Im Original: »Brunnhardtshausen«.

- Gemeinde Steinberg 16,67 %  
Starker kirchlicher Einfluss.
- Kreis Meiningen
  - Gemeinde Melkers 1954 = 10,20 %  
1958 = 16,48%

Wurde schon von der Partei als Schwerpunkt erkannt und zusätzlich Maßnahmen eingeleitet. Schlechtes Wahlergebnis aufgrund der vorhandenen verwandtschaftlichen und persönlichen Verbindungen des Mittelstandes.

*Groß-Berlin – Stadtverordnetenversammlung*

Wahlbezirk	Wahlbe- recht[igte]	Nicht- wähler	%	Un- gült[ige] Stimmen	%	Gegen- stimmen	%	Insge- s[amt] Negative	%
Mitte	81946	2564	3,10	100	0,12	290	0,35	2934	3,60
Prenzlauer Berg	113140	3675	3,20	119	0,11	1073	0,95	4867	4,30
Prenzlauer Berg	65502	1648	2,50	71	0,11	602	0,92	2321	3,54
Friedrichs- h[ain]	58127	1449	2,50	73	0,13	242	0,42	1764	3,03
Friedrichs- h[ain]	74850	1679	2,20	73	0,10	373	0,50	2125	2,84
Treptow	90548	1486	1,60	133	0,15	437	0,48	2056	2,27
Köpenick	87968	1533	1,70	84	0,10	236	0,27	1853	2,11
Lichten- berg	68305	1507	2,20	66	0,10	478	0,70	2051	3,00
Lichten- berg	59847	1485	2,50	69	0,12	468	0,78	2022	3,38
Weißensee	61964	1256	2,00	32	0,05	233	0,38	1521	2,45
Pankow	54863	1281	2,30	78	0,14	320	0,58	1679	3,06
Pankow	54782	1397	2,60	138	0,25	310	0,57	1845	3,37
Insgesamt	873842	20960	2,40	1036	0,12	5062	0,58	27058	3,10

Groß-Berlin Stadtbezirke mit mehr als 5 % Negative

Stadtbezirk	Insgesamt Negative in %
<i>Mitte</i>	
St[adt]-B[ezirk] 8	5,70
St[adt]-B[ezirk] 8 a	7,80
St[adt]-B[ezirk] 11	5,60
St[adt]-B[ezirk] 19	13,20
St[adt]-B[ezirk] 21	8,30
St[adt]-B[ezirk] 30 a	12,20
St[adt]-B[ezirk] 45 a	5,10
St[adt]-B[ezirk] 47 a	5,00
St[adt]-B[ezirk] 48	5,60
St[adt]-B[ezirk] 49	5,40
St[adt]-B[ezirk] 49 a	5,20
St[adt]-B[ezirk] 56	5,10
St[adt]-B[ezirk] 57 a	6,70
<i>Friedrichshain</i>	
St[adt]-B[ezirk] 3	9,80
St[adt]-B[ezirk] 5	5,00
St[adt]-B[ezirk] 35	6,20
St[adt]-B[ezirk] 58	12,30
<i>Köpenick</i>	
St[adt]-B[ezirk] 34	5,50
St[adt]-B[ezirk] 49 a	5,10
<i>Lichtenberg</i>	
St[adt]-B[ezirk] 4	6,00
St[adt]-B[ezirk] 15	5,00
St[adt]-B[ezirk] 15 a	6,00
St[adt]-B[ezirk] 18	7,00
St[adt]-B[ezirk] 25 b	6,00
St[adt]-B[ezirk] 28	5,00
St[adt]-B[ezirk] 29	6,00
St[adt]-B[ezirk] 31 a	5,50

Stadtbezirk	Insgesamt Negative in %
<i>Lichtenberg</i>	
St[adt]-B[ezirk] 33 a*	5,00
St[adt]-B[ezirk] 33 b	5,50
St[adt]-B[ezirk] 34 a	6,00
St[adt]-B[ezirk] 36 a	5,00
St[adt]-B[ezirk] 50 a	5,00
St[adt]-B[ezirk] 58	5,00
St[adt]-B[ezirk] 63	5,00
<i>Weißensee</i>	
St[adt]-B[ezirk] 29	7,30
St[adt]-B[ezirk] 29 a	12,50
<i>Pankow</i>	
St[adt]-B[ezirk] 1 b	5,30
St[adt]-B[ezirk] 2 a	5,00
St[adt]-B[ezirk] 4 b	5,20
St[adt]-B[ezirk] 23 a	5,50
St[adt]-B[ezirk] 30 a	6,00
St[adt]-B[ezirk] 44 b	5,80
St[adt]-B[ezirk] 57 b	6,70
St[adt]-B[ezirk] 61 b	10,20
St[adt]-B[ezirk] 62 b	11,30
St[adt]-B[ezirk] 63 b	7,30
St[adt]-B[ezirk] 65 a	5,00
St[adt]-B[ezirk] 65 e	19,00

\* Im Original: » St[adt]-B[ezirk] 33 2«.

## **Bericht Nr. 145/58 über die Lage und Feindtätigkeit bei der Durchführung der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen am 16. November 1958**

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 31593, Bl. 64–75 (3. Expl.).

Vermerk: Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!

Bemerkung: Dokument wurde vom MfS erstellt.

Verweis: Abschlussbericht zur Wahl 1958 siehe Dokument 31.

Nach bisher vorliegenden Informationen ist der Plan der Feindzentralen und feindlich eingestellten Kräfte in der DDR die Volkskammer- und Bezirkstagswahlen mit den vielfältigsten Mitteln und Methoden zu boykottieren und die Kandidaten der Nationalen Front abzulehnen, völlig gescheitert.

Obwohl noch am 15. und in der Nacht vom 15. zum 16.11.1958 eine Zunahme der Feindtätigkeit festgestellt werden konnte – besonders im Beschädigen und Abreißen von Plakaten, Transparenten und Fahnen, im Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien und in der Durchführung von Provokationen – hat diese Tätigkeit nach der bisherigen Einschätzung keinen wesentlichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung insgesamt und auch territorial genommen.

Dabei ist jedoch offensichtlich, dass örtlich gesehen feindlich eingestellte und auftretende Personen zur Tarnung ihrer wirklichen Haltung an der Wahl teilnahmen und auch offen abstimmten und andererseits eine genaue Analysierung der Wahlergebnisse und der Nichtwähler noch Hinweise auf derartige Zusammenhänge geben wird.

Im Allgemeinen ist aus den bisherigen Einschätzungen ersichtlich, dass die Stadtkreise – besonders in solchen Großstädten wie Berlin, Leipzig, Halle, Potsdam, Stralsund, Jena und die angrenzenden Kreise von Berlin – in der Wahlbeteiligung hinter den kleineren Städten und Landkreisen zurückliegen. Die an sich geringen prozentualen Unterschiede in der Beteiligung geben jedoch ein unvollständiges Bild, da die Bevölkerungszahlen in den genannten Stadtkreisen höher liegen und somit wesentlich größere Personenkreise der Wahl fernblieben, als dies zunächst der prozentuale Stand der Wahlbeteiligung ausdrückt (in Berlin z. B. Nichtbeteiligung von 21 000 Wählern). Trotzdem liegt jedoch auch in diesen Kreisen die Wahlbeteiligung über der der Wahlen im Jahre 1954 und 1957.

In den Landgebieten wurde festgestellt, dass in den Kreisen besonders die Alt- bzw. Großbauerdörfer in der Beteiligung zurückblieben, während dagegen die Dörfer mit einem starken sozialistischen Sektor oder vollgenos-

senschaftliche Dörfer im Allgemeinen über dem Durchschnitt bzw. an der Spitze lagen und besonders die letzteren 100%ige Wahlbeteiligung erreichten.

Zur Wahlbeteiligung der einzelnen Personengruppen ist auf der Grundlage des vorhandenen Materials noch keine konkrete Einschätzung möglich.

Übereinstimmend wurde bisher ersichtlich, dass es den reaktionären Kirchenleitungen im Allgemeinen nicht gelungen ist, ihre Pläne zur Boykottierung der Wahl durchzusetzen. Dies äußert sich darin, dass die konfessionell gebundene und christlich gesinnte Bevölkerung mit großer Mehrheit an der Wahl teilgenommen hat, evangelische und auch katholische Geistliche trotz der in der Vorbereitung der Wahlen vorhandene Ablehnung stärker als in den Vorjahren und oft schon in den Morgenstunden ihrer Wahlpflicht nachkamen, in den Predigten zur Teilnahme an der Wahl aufforderten und nicht selten geschlossen mit der Kirchengemeinde zur Wahl gingen und offen für die Kandidaten der Nationalen Front abstimmten.

Trotz dieser Feststellungen über das Verhalten der katholischen und evangelischen Geistlichen und Kirchenanhänger liegen jedoch bereits eine Reihe von Meldungen vor, die die Schlussfolgerung zulassen, dass der größte Teil der Nichtwähler Geistliche und von der Kirche beeinflusste Personen sind.

Noch am Wahltag sind in verschiedenen Predigten die anwesenden Kirchenanhänger in versteckter Form gegen die DDR und eine Beteiligung an der Wahl aufgehetzt worden. U. a. wurde ein derartiges Auftreten von dem reaktionären Pfarrer Heckel<sup>1</sup> aus Bohnsdorf in der evangelischen Kirche in Malchow, dem katholischen Geistlichen Eismann<sup>2</sup> in der St.-Adalbert-Kirche in Berlin N 4<sup>3</sup> und dem Prediger Hildebrandt<sup>4</sup> in der Versöhnungskirche Bernauer Straße bekannt.

In der katholischen Kirche am Humannplatz<sup>5</sup> in Berlin wurden Flugblätter mit hetzerischem Inhalt verteilt.

---

<sup>1</sup> Konrad Heckel, Jg. 1908, war Pfarrer in Bohnsdorf von 1952 bis 1975. Das MfS hatte 1955 einen Vorgang gegen ihn mit der Begründung angelegt: »In seinen Predigten trete er gegen alles Fortschrittliche auf« und er führe eine ständige Hetze gegen die DDR und die Sowjetunion. Vgl. Anhalt, Markus: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR. Göttingen 2016. S. 154.

<sup>2</sup> Josef Eismann war 1950 bis 1972 Pfarrer der katholischen St.-Adalbert-Kirche. N 4 - Postzustellbezirk im heutigen Berlin-Mitte.

<sup>4</sup> Pfarrer Helmut Hildebrandt hatte die Pfarrstelle seit 1946 bis kurz vor dem Bau der Berliner Mauer inne. Vgl. Halbrock, Christian: Weggesprengt. Die Versöhnungskirche im Todesstreifen der Berliner Mauer 1961–1985. In: Horch und Guck (2008) 17, Sonderheft 2008, S. 17 ff.

<sup>5</sup> Im Original: »Humanplatz«.



Die nicht zur Wahl erschienenen Pfarrer und Anhänger lehnten ihre Teilnahme – soweit sie sich dazu äußerten – mit den bereits in der Vorbereitung der Wahlen genannten Argumenten ab, dass sie nicht für den Atheismus stimmen usw. So erklärten z. B. die Schüler der Kirchenmusikschule Halle, dass sie nicht zur Wahl gehen können, da ihre Zustimmung ein Bekenntnis zum Sozialismus und mit dem Gewissen nicht vereinbar sei. Von 75 Schülern gingen ohne Wissen der Schulleitung – die offensichtlich die Teilnahme untersagt hat – 8 zur Wahl. Ähnliche Erscheinungen zeigten sich auch bei Theologiestudenten und Schwestern von kirchlichen Krankenanstalten und Pflegeheimen.

Der Einfluss der katholischen Kirche zeigte sich z. B. auch besonders in der Wahlbeteiligung der Gemeinden Großwüstenfelde<sup>6</sup> (84 %), Matgendorf (88 %) und Levitzow<sup>7</sup> (Krs. Teterow) (93 %).

Die Anhänger der »Zeugen Jehovas« haben nach bisherigen Feststellungen im Allgemeinen nicht an der Wahl teilgenommen.

Weiterhin wurden auch vereinzelt Beispiele bekannt, dass Pfarrer und Angehörige der Sekte »Zeugen Jehovas« sich der Teilnahme an der Wahl durch die Beschaffung von Wahlscheinen für Sonderwahllokale entzogen.

In Einzelfällen trat nach bisherigen Informationen auch in Erscheinung, dass besonders von Geistlichen abhängige Personen bei der Wahlhandlung selbst provokatorisch auftraten, so u. a. der Theologie-Student [Name 1], der im Wahllokal 21 in Berlin-Mitte vor dem Wahlvorstand seinen Wahlschein zerriss und so mit dem Bemerkten in die Wahlurne steckte, dass er sich am Abend vom demokratischen Verlauf der Auszählung überzeugen werde.

Offensichtlich mit dem Ziel, die Haltung der Kirche zu den Wahlen negativ zu beeinflussen, sind auch 2 Provokationen gegen die Kirche bekannt geworden.

In der Nacht vom 14. bis 15.11.1958 wurden auf dem städtischen Friedhof in Pasewalk von drei Jugendlichen im Alter von 17 und 18 Jahren ca. 30 Grabsteine umgeworfen. Nach der Festnahme derselben ging dann der zuständige Pfarrer zur Wahl und forderte auch seine Gemeinde dazu auf.

Am Wahltag selbst wurde in den Nachmittagsstunden in Magdeburg in die Jakobi-Kirche eingebrochen und im Gebetssaal faschistische Losungen geschmiert, u. a. »Heil Hitler«, »Wählt Hitler«.

In der Gemeinde Töttelstädt<sup>8</sup> (Krs. Erfurt) wurde das Gerücht verbreitet, dass Landesbischof Mitzenheim verhaftet worden sei.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Im Original: »Groß-Wüstenfelde«.

<sup>7</sup> Im Original: »Lewitzow«.

<sup>8</sup> Im Original: »Toettelstadt«.

<sup>9</sup> Dass dies nicht sehr abwegig war, zeigt die Verhaftung seines Bruders Edgar,

Einzelne Informationen deuten darauf hin, dass die unter den Ärzten bestehende Stimmung sich auch negativ auf ihre Wahlbeteiligung und -entscheidung ausgewirkt hat. So mussten sie sehr häufig angesprochen und zur Teilnahme an der Wahl aufgefordert werden, wobei sie oftmals in arroganter Form auf die Wahlzeit bis 20.00 Uhr hinwiesen. Trotz unvollständigen Überblicks zeigt sich auch, dass eine Reihe von Ärzten nicht an der Wahl teilgenommen bzw. teilweise offen und provokatorisch bestimmte Kandidaten von der Wahlliste gestrichen haben oder offensichtlich zu diesem Zweck die Wahlkabinen aufsuchten. In den bekannten Beispielen handelt es sich dabei um die Streichung von Ärzten oder Mitarbeitern des Ministeriums für Gesundheitswesen, u. a. Minister Steidle, der z. B. vom Chefarzt der Poliklinik des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf, [Name 2], öffentlich im Wahllokal gestrichen wurde.

Aus weiteren Hinweisen ist ersichtlich, dass auch noch ein Teil von Nichtwählern und Benutzern der Wahlkabinen in kleinbürgerlichen Kreisen und Groß- und Einzelbauern zu suchen ist, bei denen oftmals die in der Vorbereitung der Wahl gestellten [sic] persönlichen Motive ausschlaggebend waren.

Allgemein ist jedoch festzustellen, dass der größte Teil von den Personen, die die Beteiligung an der Wahl von der Erfüllung bestimmter persönlicher Forderungen durch staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen abhängig machte, an der Wahl teilgenommen hat<sup>10</sup>.

Insgesamt gesehen zeigte sich auch, dass eine größere Anzahl von Bürgern an der Wahl teilgenommen hat, die in den Vorjahren oftmals eine Beteiligung ablehnten. Nicht selten befanden sich derartige Personen, in Berlin u. a. auch eine Reihe von Mitgliedern der SPD, die in den Vorjahren nicht gewählt haben, unter den ersten Wählern und denen, die ihre Stimme offen den Kandidaten der Nationalen Front gaben.

Übereinstimmend wird von sämtlichen Bezirken berichtet, dass im Verhältnis zu den vergangenen Wahlen ein wesentlich geringer Teil der Wähler die Wahlkabinen aufgesucht hat, obwohl anfangs in Einzelfällen noch solche Erscheinungen zu verzeichnen waren, dass Wahlvorstände direkt zu deren Benutzung aufforderten.

Desgleichen wurde auch eine weitaus günstigere Wahlatmosphäre festgestellt, wobei besonders das kollektive Aufsuchen der Wahllokale, die Abgabe

---

der als Pfarrer in Eckolstädt bei Apolda arbeitete. Er wurde im Zuge der Ereignisse des 17. Juni 1953 am 18. Juni verhaftet und einen Tag später zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Erst im Juni 1956 kam er wieder frei. Zu diesem Fall ausführlich: Kowalczyk, 2003, S. 214–219. Zu Bischof Mitzenheim siehe Dokument 31.

<sup>10</sup> Im Original: »haben«.

von Selbstverpflichtungen<sup>11</sup> und die äußerst geringen negativen Diskussionen unmittelbar bei der Wahlhandlung selbst als wichtigste Fortschritte angesehen wurden.

Der Wahlablauf selbst vollzog sich in Ruhe und Ordnung. Feindliche Handlungen bzw. größere organisatorische Schwächen, die zu einer wesentlichen Störung des Wahlablaufes führten, wurden bisher nicht bekannt.

Nur vereinzelt kam es zu Vorkommnissen, die auf organisatorische Mängel zurückzuführen sind, aber örtlich bereits bereinigt werden konnten.

So kam es in einigen Fällen vor, dass Stimmscheine nicht ausreichten, da die Wahlvorstände nicht rechtzeitig für neue sorgten. Der Mehrverbrauch war auf eine größere Anzahl Wähler mit Wahlscheinen zurückzuführen (Halle).

In Freckleben/Halle waren die Wahllisten nicht gründlich überprüft worden, sodass noch Personen verzeichnet waren, die schon gestorben sind oder das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Grimmen/Rostock, wo 99 Personen zu viel erfasst waren. Zum Teil wurden Personen in die Wahllisten aufgenommen, die bei der NVA ihren Dienst versehen.

In Pasewalk/Neubrandenburg wurden 220 Stimmberechtigte zu viel geführt.

In Sassnitz/Rostock standen über 20 Personen nicht in den Listen, trotzdem sie in die Wählerlisten Einsicht genommen hatten. Sie wurden durch den Wahlvorstand gestrichen, da sie in Sassnitz nicht polizeilich gemeldet waren.

In Gnoien/Neubrandenburg sind in einem Wahllokal 48 Stimmzettel abhandengekommen, obwohl sie morgens vollzählig vorhanden waren. (Aufklärung durch KD, VP und UStA [Untersuchungsführende Staatsanwaltschaft]).

Im Kreis Strasburg<sup>12</sup>/Neubrandenburg wies das Kreiswahlbüro alle Stützpunktleiter und Vorsitzenden der Wahlvorstände telefonisch an, über alle Benutzer von Wahlkabinen eine namentliche Übersicht anzufertigen.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Bitterfeld/Halle, wo der eingesetzte Instrukteur [Name 3] die Anweisung dazu gab.

Vereinzelte Störungen durch Angetrunkene erfolgten in solchen Wahllokalen, die sich in Gastwirtschaften befinden.

---

<sup>11</sup> Eine Selbstverpflichtung war meist eine nicht ganz freiwillig erklärte Bereitschaft einer Person oder eines Kollektivs, innerhalb einer bestimmten Zeit eine bestimmte Leistung zu erbringen. Solche Erklärungen wurden vor allem den einfachen Mitgliedern der SED abverlangt, um durch deren vorbildliches Verhalten andere Mitarbeiter zu besonderen Arbeitsleistungen zu veranlassen.

<sup>12</sup> Im Original: »Strassburg«.

Die hauptsächlichsten Erscheinungsformen der unmittelbaren Feindsätigkeit im Zusammenhang mit der Wahl waren die antidemokratischen Delikte und die Hetze.

Wie schon in der Vorbereitungsperiode der Wahlen waren auch am Wahltage selbst das Abreißen und Beschmieren von Wahlplakaten, Abreißen von Fahnen, Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Zeichen die wesentlichsten feindlichen Handlungen, ohne jedoch besonders stark angestiegen zu sein.

Die offene Hetze und die negativen Diskussionen waren im Vergleich zur Vorbereitungsperiode sogar geringer. Allerdings demonstrierten in fast allen Bezirken einzelne Bürger ihre feindliche Einstellung durch zum Teil öffentliches Zerreißen der Wahlzettel.

Nur in wenigen Fällen wurden am Wahltag von gegnerischen Elementen anonyme Anrufe und Briefe zur Beeinflussung und Terrorisierung der Wähler angewandt, während es in der Vorbereitungszeit eine der Hauptmethoden war.

Einige krasse Beispiele liegen besonders bei den Hetzlosungen vor, wo einmal die Bürger gegen die Wahl beeinflusst werden sollten und zum anderen die in letzter Zeit mehrfach festgestellte faschistische Tendenz dieser Schmierereien spürbar ist.

Im Einzelnen hat die Feindsätigkeit am 16.11.58 folgenden Umfang:

An erster Stelle steht das Abreißen und Beschädigen von Plakaten und Fahnen mit insgesamt 660 Delikten (Plakate 595, Fahnen 65), wobei sich besonders die Bezirke Dresden (115), Gera (90), Suhl (75), Rostock (70) und Karl-Marx-Stadt (64) als Schwerpunkte erwiesen.

In vielen Fällen blieben die Täter unbekannt. Bei den ermittelten Tätern handelt es sich auffallend oft um Kinder und Jugendliche, denen aber in den meisten Fällen keine Auftragshandlung nachgewiesen werden konnte.

Einen geringen Anteil haben auch Jugendliche beim Anmalen faschistischer Zeichen, während die Mehrzahl jedoch offensichtlich von erwachsenen feindlichen Personen herrührt, besonders bei den Hetzlosungen.

Insgesamt wurden am 16.11.58 83 Hetzlosungen angeschmiert, davon 43 faschistische Schmierereien, also über die Hälfte. 4 enthalten allgemeine Hetze gegen Partei und Regierung, während 36 speziell auf die Wahlen abgestimmt sind.

Am Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr in Bautzen wurde die Hetzlosung: »Jeder ehrliche Deutsche wählt Nein zu diesem Betrug« und darunter ein durchkreuzter Stimmzettel angedeutet.

In Wittenberg in der Dresdener Str. wurde mit Ölkreide »Geht nicht zur Zettelabgabe« gemalt (Buchstabengröße 30 cm).

In Bürgel (Krs. Eisenberg) wurden in der Nähe des Bahnhofes Bürgel an einer Böschungsmauer (die nur aus vorbeifahrenden Zügen eingesehen werden kann) folgende Hetzlosungen:

- »Deutsche Erwacht«
- »Nieder mit der Russeneinheit«
- »Wir fordern freie Wahlen«
- »Wir wollen Frieden, aber keine SED«
- »Hitler – Ulbricht Diktatoren. Nieder mit Ulbricht.«

mit grauer Ölfarbe, Buchstabengröße 10–20 cm, in einer Länge von 5 m angeschmiert.

In Köthen/Halle wurde an der Schule ein Hitlerbild aufgehängt mit der Unterschrift »Wählt!«

Im Schacht 66/Aue wurde die Hetzlosung »Unser Hitler, wo bleibst Du?« angebracht.

Die Mehrzahl dieser faschistischen Schmierereien sind jedoch Hakenkreuze und SS-Runen.

Die Schwerpunktbezirke sind hier Dresden (24), Gera (17) und Leipzig (13), in denen allein 65 % aller Hetzlosungen festgestellt wurden.

Die gleichen und ähnliche Hetzparolen und Forderungen wurden mittels selbstangefertigter Hetzschriften verbreitet. Z. B.

- »Wählt geheim«
- »Macht die Wahlscheine ungültig«
- »Wahlkabinen aufsuchen«
- »Wählt nicht die Vertreter«
- »Wählt Adenauer«
- »Wir wollen freie Wahlen«

In der Nacht zum 16.11.1958 wurden in Ramis (Krs. Pößneck) handschriftliche Zettel an einer Litfaßsäule bzw. an der Tür des Rates der Stadt befestigt. Inhalt: »Macht aus der Scheinwahl eine Geheimwahl« und »Mensch sei helle, wähl in der Zelle«.

In Doberan und Grimmen/Rostock wurden vor Beginn der Wahl in den Wahlurnen Zettel gefunden: »Wählt Adenauer«. Die Urnen befanden sich in öffentlichen, unverschlossenen Räumen.

In Ribnitz-Damgarten wurden 30 mit Stempelkasten angefertigte Hetzflugblätter in der Größe 15 x 10 cm mit folgendem Text gefunden: »Wenn Ihr Eure Verwandten in Westdeutschland nicht wiedersehen wollt, dann wählt die Kandidaten der Nationalen Front. Fort mit dem Passgesetz!«

Insgesamt wurden 408 solcher selbstgefertigter Hetzschriften verbreitet, allein in Halle in der Zeit vom 14. bis 16.11.58 131 Exemplare, davon 120 kleine mit Schreibmaschine beschriebene Papierstreifen: »Ihr seid nichts,

Euer Tun ist nichts und Euer Wählen ist ein Graus« – also offensichtlich kirchlicher Herkunft.

In Potsdam wurden 103 selbstgefertigte Hetzschriften sichergestellt, von denen 70 Exemplare die festgenommene [Name 4], Arbeiterin in der Gärtnerei Sanssouci, anfertigte und 50 davon auch schon klebte. Die [Name 4] gibt als Motiv an, mit den Zuständen in der DDR nicht einverstanden zu sein.

Weitere Schwerpunkte waren Rostock (88), Cottbus (37) und Karl-Marx-Stadt (36).

Außer den selbstgefertigten wurden auch 74 verschiedene Hetzschriften feindlicher Zentralen, die vorwiegend durch Ballons in die DDR eingeschleust wurden, ausgelegt und zwar in Dresden (44), Berlin (18) – in den anderen Bezirken unbedeutend –. Die Flugblattverbreitung durch Ballons selbst wurde nur in geringem Umfang festgestellt.

Vereinzelt wurden auch Terrorakte und Provokationen bekannt, die sich gegen die Kandidaten der Nationalen Front sowie gegen die Wahlen und deren ordnungsgemäße Durchführung richteten.

Am häufigsten trat in Erscheinung, dass durch feindliche Kräfte die Fenster von Wahllokalen bzw. Wohnungen von Kandidaten u. a. Funktionären eingeworfen wurden. (Lebus/Cottbus, Kirschau/Dresden<sup>13</sup>, Auerbach und Glauchau/Karl-Marx-Stadt, Lauscha/Suhl, Mahlow/Potsdam).

Weitere Provokationen erfolgten auch unmittelbar in Wahllokalen, wo Täter ihre gegnerische Einstellung offen zu demonstrieren und andere Bürger negativ zu beeinflussen versuchten.

Z. B. wurde in der Wahlkabine des Wahllokals Hartenstein/Zwickau ein Druckstempel mit der Aufschrift »Ungültig« und ein Stempelkissen gefunden. Hinweise auf den Täter sind vorhanden, da bereits bei den Wahlen 1957 Stimmzettel auf diese Weise ungültig gemacht wurden.

In mehreren Wahlkreisen wurden auch Stimmberechtigte festgestellt, die ihren Stimmschein in provokatorischer Weise zerrissen und die Papierschnitzel den Wahlhelfern übergaben oder in die Wahlurne warfen. So übergab der [Name 5], wohnhaft Obermylau/Reichenbach, seinen zerrissenen Stimmschein dem Wahlhelfer mit den Worten: »Hier habt Ihr Eure Demokratie!«

Der [Name 6] aus Affalter<sup>14</sup>/Aue verließ gegen 14.00 Uhr demonstrativ das Wahllokal und legte seine Funktion als Schriftführer nieder, da ihm seine Frau mitteilte, dass die Einreise seines Vaters aus der Westzone abgelehnt wurde.

Im demokratischen Sektor von Berlin wurden zahlreiche Journalisten und Reporter der Presse und des Rundfunks aus kapitalistischen Staaten –

---

<sup>13</sup> Im Original: »Kirchau«.

<sup>14</sup> Im Original: »Offalter«.

besonders auch aus Westdeutschland und Westberlin – festgestellt, die Wahllokale aufsuchten und an die Wähler provokatorische Fragen richteten. In den meisten Fällen wurden ihnen von der Bevölkerung die gebührenden Antworten erteilt und sie zum Verlassen der Wahllokale veranlasst.

Eine Reihe von ausländischen Pressevertretern erklärte offen, dass sie über die Korrektheit sowie die Freiheit, die bei der Durchführung der Wahl gewährleistet ist, erstaunt sind.

#### *Besondere Vorkommnisse*

An der Außenfront des Wahllokals in Merseburg/Halle erhängte sich unter der roten Fahne ein Jungwähler. Auf der Brust trug er einen Zettel mit der Aufschrift: »Mir hat keiner geholfen – nur der Pfarrer.«

Am 16.11.58 erhängte sich der [Name 7] an der Fahnenstange des Rathauses Müheln/Halle. Im Rathaus war ein Wahllokal untergebracht.

Zur gleichen Zeit wurden an diesem Ort 4 Flugblätter mit hetzerischem Inhalt gefunden, wovon ein Flugblatt unter der Leiche lag, sodass [Name 7] vermutlich der Flugblattverbreiter ist.

Am 16.11.58 wurde der Mittelbauer [Name 8] aus Hemmstedt/Gardeleben/Magdeburg wegen illegalen Waffenbesitz (Pistole 08<sup>15</sup> und 3 Schuss Munition) festgenommen. [Name 8] wollte in angetrunkenem Zustand Selbstmord verüben.

Am 16.11.58 entstand ein Brand in der LPG »Friedenstaube« in Görne/Rathenow. Als vermutlicher Täter wurde der [Name 9] festgenommen. Schaden 30 000 DM.

In der Nähe des Bahnhofs Freyenstein<sup>16</sup> (Krs. Wittstock) (Strecke Rostock – Neuruppin) waren die Eisenbahngleise mit Steinen blockiert worden, was zu einem Zugunglück hätte führen können. Die Gefahrenstelle wurde rechtzeitig erkannt und konnte vor Passieren eines Zuges beseitigt werden.

#### *Festnahmen:*

Am 16.11.58 wurden nach bisherigen Feststellungen im Zusammenhang mit der Volkswahl durch die Organe der Volkspolizei insgesamt 67 Personen festgenommen, die sich auf die Bezirke wie folgt aufgliedern:

Erfurt (11), Berlin (9), Neubrandenburg (8), Schwerin (8), Frankfurt/O. (8), Rostock (7), Halle (6), Cottbus (4), Leipzig (3) und Potsdam (3).

---

<sup>15</sup> Standardpistole der Wehrmacht.

<sup>16</sup> Im Original: »Freienstein«.



Nach Delikten aufgeschlüsselt ergibt sich folgendes Bild:

Abreißen von Fahnen:	22 Festnahmen
Beschädigen von Wahlplakaten:	20 Festnahmen
Randalieren in bzw. vor Wahl- lokalen und Gaststätten:	12 Festnahmen
Beleidigung von Funktionären:	8 Festnahmen
Friedhofsschändung:	3 Festnahmen
Verbreitung von Hetzschriften:	1 Festnahme
Brandstiftung:	1 Festnahme

## **Bericht Nr. 146/58 – Abschlussbericht über die Lage und Feindtätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen 1958 (16.11.1958)**

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 149, Bl. 78–106 (5. Expl.).

Vermerk: Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!

Bemerkung: Dokument wurde vom MfS erstellt.

In der Wahlvorbereitung wurden trotz überwiegend positiver Stellungnahmen von allen Schichten der Bevölkerung der DDR doch verhältnismäßig zahlreiche direkte und indirekte Äußerungen gegen die Wahl und die damit zusammenhängenden Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR bekannt.

Die dabei benutzten Argumente lassen zwar erkennen, dass ein Teil davon unklaren und oberflächlichen Vorstellungen entsprang, die bei guter Aufklärungsarbeit beseitigt werden können und zunehmend auch beseitigt wurden, aber bei einer ganzen Reihe von Personen sind sie offensichtlich auf eine feindliche Einstellung gegenüber der DDR zurückzuführen und decken sich oft mit den Verleumdungen der Feindzentralen. Am häufigsten waren die Äußerungen,

- dass die »Wahlen undemokratisch« seien, weil man keine Kandidaten streichen könne,
- dass es keine »freien Wahlen« seien, weil man gezwungen sei, für die Einheitsliste zu stimmen,
- dass es keine »geheimen Wahlen« seien, weil die Stimmabgabe offen erfolgt und die Benutzung der Wahlkabinen Folgen nach sich ziehen würde,
- dass die Wahl bedeutungslos und in Wirklichkeit keine Wahl sei, weil die Wahlergebnisse schon vorher feststünden.

Die überwiegende Anzahl der Personen, die diese Argumente verbreiteten, sprachen sich schlussfolgernd offen oder verschleiert für sogenannte freie Wahlen westlicher Prägung aus, einige davon mit der Bemerkung, dass dann der »wahre Volkswillen sichtbar werden würde«.

In der Vorbereitung der Wahl zeigten sich auch verstärkt solche Bestrebungen und Äußerungen, die Beteiligung an der Wahl von der Erfüllung bestimmter Forderungen und Bedingungen abhängig zu machen.

Übereinstimmend mit dem gegnerischen Plan, die Wahl weitgehendst zu boykottieren, zeigte sich neben dem spekulativen Charakter der vertre-

tenen Ansichten, dass negative Kräfte unter Ausnutzung der Situation der Wahlvorbereitung eine Massenbewegung daraus zu machen versuchten, um die Partei und Regierung zu Zugeständnissen zu zwingen und andererseits »Gründe« für eine Boykottierung der Wahl zu schaffen.

Vorherrschend und von einer größeren Anzahl von Bürgern der DDR vertreten waren dabei Bestrebungen, während der Wahlvorbereitungen Forderungen nach Aufhebung der Beschränkungen im Interzonenverkehr und Erteilung von Genehmigungen für Reisen nach Westdeutschland zu stellen – wobei oftmals größere Personengruppen geschlossen mit diesen Forderungen auftraten – und bei Ablehnung mit Boykottierung der Wahl zu drohen. Diese Forderungen, die nach außen als Ausdruck einer bestimmten Misstimmung unter allen Bevölkerungsschichten auftraten, führten teilweise zur Vergebung entsprechender Wähleraufträge, sich für die Aufhebung der Reisebeschränkungen<sup>1</sup> einzusetzen oder, wie bei der Reichsbahn, wieder Freifahrtscheine nach Westdeutschland auszugeben.

Teilweise wurden dabei solche Argumente angeführt, dass es in der DDR in Bezug auf Reisebeschränkungen zwei Klassen gäbe, wobei auf die Unterstützung der medizinischen Intelligenz hingewiesen und eine »Gleichstellung« verlangt wurde.

Verhältnismäßig häufig äußerten sich Bauern in der Wahlvorbereitung dahingehend, nicht zur Wahl zu gehen, weil

- die Wahl unter der Losung »Aufbau des Sozialismus« stehe,
- ihre Wahlbeteiligung einer Zustimmung zur Vergenossenschaftlichung gleichkäme,
- sie angeblich keine oder nur ungenügende Unterstützung durch die MTS erhielten,
- ihre Traktoren nicht zugelassen werden,
- sie keine Baugenehmigungen und Baustoffe erhalten,
- Forderungen nach Herabsetzung des Ablieferungssolls bei Naturschäden oder schlechter Ernte nicht berücksichtigt,
- Streichungen von Rückständen in der Ablieferung nicht vorgenommen wurden,
- keine Gleichstellung mit dem Soll von LPG's erfolgte und
- die Belieferung mit landwirtschaftlichen Geräten und mit Massenbedarfsgütern unzureichend sei.

---

<sup>1</sup> Der interzonale Reiseverkehr war nach dem Erlass des neuen Passgesetzes im Dezember 1957 innerhalb eines Jahres um über 80 % zurückgegangen. Vgl. Der Spiegel 37/1958 v. 10.9.1958, S. 13.

Den größten Umfang nahmen in der Wahlvorbereitung jedoch die Boykottierungsbestrebungen der katholischen und evangelischen Kirche ein. Obwohl von den Kirchenleitungen keine schriftlichen Anweisungen zum Verhalten bei der Wahl ergangen waren, haben mehrere Konferenzen und Zusammenkünfte stattgefunden, auf denen konkrete Verhaltensmaßregeln<sup>2</sup> gegeben wurden.

So hat die »Ostkonzferenz« der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) bereits am 8.10.1958 die Grundhaltung in folgenden Thesen festgelegt:

1. Da die Wahl ein Bekenntnis ist, aus dem der atheistische Staat seine Existenzberechtigung herleitet, ist es einem Geistlichen unmöglich, dieser Wahl zuzustimmen. Durch die Stimmenthaltung der Geistlichen soll allen Gläubigen ein Zeichen für deren Verhalten zur Wahl gegeben werden.
2. In Heimen und Anstalten der Kirche, die geschlossenen Wahlbezirken angehören, haben die verantwortlichen Geistlichen so vorzugehen, dass an der Wahl teilgenommen wird und die Stimmzettel ungültig gemacht werden.
3. Wer aufgrund besonderer Umstände den Wahlen nicht fernbleiben kann, soll in den Wahlkabinen seinen Stimmzettel eindeutig ungültig machen. Bei einer Wahlbeteiligung darf es aber keineswegs zu einer demonstrativen Stimmabgabe kommen wie etwa in den frühen Morgenstunden usw.
4. In den Wahlgesprächen dürfen Geistliche keine bindenden positiven Erklärungen über eine Wahlbeteiligung abgeben, weil sie damit andere Geistliche in Gewissenskonflikte bringen.

Diese Haltung der evangelischen Kirche, die auch im Wesentlichen mit der Stellung der katholischen Kirche zu den Wahlen übereinstimmt, fand ihren Niederschlag besonders in den Pfarrkonventen und in dem Auftreten der Pfarrer für die Boykottierung der Wahl.

Häufig brachten sie diese Ablehnung offen zum Ausdruck und versuchten in diesem Sinne auch auf die konfessionell gebundenen und gläubigen Bürger ihrer Gemeinden einzuwirken.

Übereinstimmend mit den Richtlinien der Kirchenleitung wurde als Begründung angeführt, dass sie nicht für eine atheistische Regierung und damit gegen ihre Existenz entscheiden können und sie wegen der »Bekämpfung der Kirche durch den Staat« in »Gewissenskonflikte« gestürzt würden.

Eine Reihe von Pfarrern versuchte die Wahlvorbereitungen zu spekulativen Zwecken auszunutzen und die Teilnahme an der Wahl von der Erfüllung kirchlicher Forderungen durch die örtlichen Organe der Staatsmacht abhängig zu machen.

---

<sup>2</sup> Im Original: »Verhaltensmaßregeln«.

Diese Forderungen beinhalteten überwiegend die Genehmigung und Bereitstellung von finanziellen Mitteln zum Bau von Kirchen, die Zurverfügungstellung von Räumen zur Durchführung von Gottesdienst und Religionsunterricht sowie die Durchführung desselben unmittelbar nach dem Schulunterricht.

Eine weit verbreitete Methode zur Störung der Wahlvorbereitungen und zur Wahl selbst war die Durchführung kirchlicher Veranstaltungen gleichlaufend zu Wahlveranstaltungen, wodurch es der Kirche gelang, teilweise die Durchführung bestimmter Wahlveranstaltungen völlig zu verhindern bzw. kirchlich gebundene Bürger fernzuhalten.

Bei Ablehnung dieser Forderungen durch die staatlichen Organe drohten sie damit, dies in Predigten ihren Gemeinden mitteilen zu müssen, wobei sie darauf anspielten, dass sich das negativ auf den Ausgang der Wahlen auswirken könnte.

Eine weitere Methode der reaktionären Kirchenkreise zur Störung der Wahl bestand darin, in den Predigten versteckt oder offen die Gläubigen gegen die Wahl aufzuhetzen und sie zum Boykott der Wahlen aufzufordern. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass der Missbrauch der Kanzel zur offenen Hetze nur in Einzelfällen in Erscheinung trat.

Trotz dieser massiven Versuche der evangelischen und katholischen Kirche, die Volkskammer- und Bezirkstagswahlen zu boykottieren, traten mit den zunehmenden Wahlvorbereitungen, besonders durch das offene Auftreten verschiedener Geistlicher und strenger Kirchenanhänger für die Wahl, Meinungsverschiedenheiten unter diesen Kreisen auf.

Das führte offensichtlich zu der Einberufung der Bischofskonferenz am 13.11.1958, auf der über »die Entsendung eines Briefes der Bischöfe an den Ministerpräsidenten Grotewohl über die Nichtbeteiligung der evangelischen Christen an der Wahl« beraten wurde.

Der Entwurf eines solchen Briefes wurde von den Bischöfen Kreyssid, Jänicke, Noth<sup>3</sup> und Hornig vorgelegt, angeblich als Ergebnis von zwei ganz-

---

<sup>3</sup> Lothar Kreyszig (1898–1986) wurde 1945 Konsistorialpräsident der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg, 1947 Präses der Synode der Kirchenprovinz, was er bis 1964 blieb. 1958 wurde die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland unter seiner Mitwirkung gegründet. Vgl. Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL). Nordhausen 2004, Bd. 23, Sp. 872–884.

Johannes Jänicke (1900–1979), 1949 Propst zu Halle, 1955–1968 Bischof der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen. Ein wichtiges Anliegen war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. U. a. diskutierte er im April 1956 auf der Landessynode erstmals die Vereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirma-

tägigen Beratungen der Kirchenleitung Magdeburg, stieß jedoch auf den Widerstand der Bischöfe Mitzenheim<sup>4</sup> und Krummacher,<sup>5</sup> die sich keinen praktischen Erfolg davon versprachen bzw. die darin gegebene Einschätzung der Rolle des Atheismus als überspitzt bezeichneten. Als Ergebnis dieser Beratung wurde empfohlen, den Brief nicht abzuschicken, nach der Wahl dann aber einen neuen Vorstoß beim Staatssekretär Eggerath zu unternehmen und auch einen Brief an den Ministerpräsidenten zu senden.

Bezeichnend für die Einschätzung der Lage durch die Kirchenleitung ist der am 15.11.1958, also am Vortage der Wahl, von Präses Scharf<sup>6</sup> fertiggestellte Entwurf dieses Briefes an den Ministerpräsidenten Grotewohl, der sinngemäß besagt:

Wenn Christen nicht zur Wahl gegangen sind, dann haben sie das nicht aus Feindschaft gegen den Staat getan, sie haben es auch nicht aus einer anarchistischen Auflehnung gegen die Obrigkeit heraus getan, sondern sie sehen in der Regierung der DDR die gesetzte Obrigkeit, aber sie haben es getan, weil sie sich durch die Wahl an einen Sozialismus gebunden fühlen, der nur von atheistischen Voraussetzungen aus verstanden wird.

Dieser Brief soll bis spätestens 21.11.1958 dem Ministerpräsidenten Grotewohl zugesandt werden.

Trotz dieser allseitigen Maßnahmen und der verstärkten Feindtätigkeit in Vorbereitung der Wahlen, worauf im Bericht noch ausführlicher eingegangen wird, ist nach Durchführung der Wahlen offensichtlich, dass der Plan der Feindzentralen und feindlich eingestellten Kräfte in der DDR, die

---

tion. 1957 verantwortlich für die Abfassung eines Rechtsgutachtens zu den Kommunalwahlen. Vor Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR 1962 initiierte er eine Studie mit der Forderung nach einem Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Gottfried Noth (1905–1971), 1953–1971 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen.

<sup>4</sup> Hartmut Moritz Mitzenheim (1891–1977), 1945–1970 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Thüringen. Er war wegen seines Eintretens für eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen der DDR innerhalb der evangelischen Kirche umstritten.

<sup>5</sup> Friedrich-Wilhelm Krummacher (1901–1974), 1955–1972 Bischof der Pommerischen Evangelischen Kirche.

<sup>6</sup> Kurt Scharf (1902–1990) war evangelischer Bischof von Berlin und wurde im Frühjahr 1961 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland. Scharf war damals als Kompromisskandidat zum Zuge gekommen, da die DDR einen profilierten westdeutschen Bischof als (gesamtdeutschen) Ratsvorsitzenden blockierte.

Volkskammer- und Bezirkstagswahlen mit den vielfältigsten Mitteln und Methoden zu boykottieren und die Ziele und Kandidaten der Nationalen Front zu verleumden und abzulehnen, völlig gescheitert ist.

Obwohl die gesamte psychologische Einflussnahme der Feindzentralen und westdeutschen und Westberliner Publikationsorgane auf dieses Ziel abgestimmt war und noch am 15. und in der Nacht vom 15. zum 16.11.58 eine Zunahme der Feindtätigkeit festgestellt werden konnte – besonders im Beschädigen und Abreißen von Plakaten, Transparenten und Fahnen, im Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien und in der Durchführung von Provokationen – hat diese Tätigkeit nach der bisherigen Einschätzung keinen wesentlichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung und -ergebnisse insgesamt und auch territorial genommen.

Offensichtlich ist aber auch, dass örtlich gesehen feindlich eingestellte und auftretende Personen zur Tarnung ihrer wirklichen Haltung an der Wahl teilnahmen und teilweise sogar offen abstimmten, aber trotz ihrer Zustimmung zu den Zielen und Kandidaten der Nationalen Front ihre grundlegende Einstellung nicht veränderten, während sich andererseits bei den Nichtwählern eine ganze Anzahl von Personen befindet, die infolge ungenügender Karteibereinigung durch die VP und mangelhafte Überprüfung der Wählerlisten noch geführt wurden, obwohl sie in Wirklichkeit aber verzogen, republikflüchtig oder verstorben waren.

Trotz dieser einschränkenden Einschätzung zu der Wahlbeteiligung und den -ergebnissen muss jedoch gesagt werden, dass diese an sich geringen Veränderungen keinen Einfluss auf den grundlegenden Ausgang der Wahlen haben, zumal auch kaum bzw. nur in ganz vereinzelt Fällen Schwerpunkte in schlechter Wahlbeteiligung oder schlechten Ergebnissen aufgetreten sind.

Aus der Wahlbeteiligung, die im allgemeinen noch am günstigsten Abschluss über die Personenkreise gibt, die der Wahl ablehnend gegenüberstanden, ist ersichtlich, dass die Stadtkreise – besonders in solchen Großstädten wie Berlin, Leipzig, Magdeburg, Halle, Dresden, Potsdam, Erfurt, Jena, Suhl, Stralsund und die angrenzenden Kreise von Berlin – in der Wahlbeteiligung hinter den kleineren Städten und Landkreisen zurückliegen.

Die an sich geringen prozentualen Unterschiede in der Beteiligung geben jedoch ein unvollständiges Bild, da aufgrund der höheren Bevölkerungszahlen in den Stadtkreisen wesentlich größere Personenkreise der Wahl fernblieben, als dies zunächst der prozentuale Stand der Wahlbeteiligung ausdrückt. So entfallen allein von den insgesamt 151 863 Nichtwählern (nach dem vorläufigen Ergebnis) auf die drei Städte Berlin (19 430), Karl-Marx-Stadt (26 088) und Dresden (13 688) 59 206 Nichtwähler. Trotz dieser Feststellungen über gewisse Schwerpunkte, die aber aufgrund des prozentualen Anteils dieser Nichtwähler an den Wahlberechtigten ebenfalls nur relativ zu sehen



sind, hat sich auch in diesen Kreisen die Wahlbeteiligung gegenüber den Wahlen von 1954 und 1957 erhöht.

In den Landgebieten wurde festgestellt, dass in den Kreisen besonders die Alt- bzw. Großbauerdörfer in der Beteiligung zurückblieben, natürlich im Verhältnis zum Ausgang der Wahlen auch nur gering, während dagegen die Dörfer mit einem starken sozialistischen Sektor oder vollgenossenschaftliche Dörfer im allgemeinen über dem Durchschnitt bzw. an der Spitze lagen und besonders die letzteren 100%ige Wahlbeteiligung erreichten.

Zur Wahlbeteiligung der einzelnen Personengruppen ist auf der Grundlage des vorhandenen Materials nur eine vorläufige Einschätzung möglich, die sich aber in den Grundzügen – abgesehen von örtlichen Verschiebungen – kaum wesentlich verändern dürfte.

Übereinstimmend wurde bisher ersichtlich, dass es den reaktionären Kirchenleitungen im Allgemeinen nicht gelungen ist, ihre Pläne zur Boykottierung der Wahl durchzusetzen. Dies äußert sich darin, dass die konfessionell gebundene und christlich gesinnte Bevölkerung mit großer Mehrheit an der Wahl teilgenommen hat, evangelische und katholische Geistliche trotz der in der Vorbereitung der Wahlen vorhandenen Ablehnung stärker als in den Vorjahren und oft schon in den Morgenstunden ihrer Wahlpflicht nachkamen, in den Predigten zur Teilnahme an der Wahl aufforderten und nicht selten geschlossen mit der Kirchengemeinde zur Wahl gingen und offen für die Kandidaten der Nationalen Front abstimmten.

Trotz dieser Feststellungen über das Verhalten der katholischen und evangelischen Geistlichen und Kirchenanhänger lassen jedoch die vorliegenden Informationen die Schlussfolgerung zu, dass der größte Anteil der Nichtwähler und auch der Gegenstimmen auf die Einflussnahme reaktionärer Kirchenkreise zurückzuführen ist und sich vorwiegend aus Geistlichen und unter dem Einfluss der Kirche stehenden Personen zusammensetzt.

Noch am Wahltag sind in verschiedenen Predigten die anwesenden Kirchenanhänger gegen die DDR und eine Beteiligung an der Wahl aufgehetzt worden, so u. a. von dem reaktionären Pfarrer Heckel<sup>7</sup> aus Bohnsdorf in der evangelischen Kirche in Malchow, dem Prediger Hildebrandt in der Versöhnungskirche Bernauer Straße und dem katholischen Geistlichen Eismann

---

<sup>7</sup> Daraufhin wurde, wie auch schon bei anderen missliebigen Pfarrern, ein staatliches kampagnengestütztes Abberufungsbestreben in Gang gesetzt, um den angeblich reaktionären Pfarrer zu disziplinieren. Konrad Heckel (im Original: »Haeckel«) wurde im Versammlungssaal der Gemeinde am 22.11.1957 eine Resolution zur Abberufung durch den CDU-Bezirksrat vorgelegt. Zur Begründung wurde der Vorwurf des Kanzelmissbrauchs bemüht. Vgl. Halbrock, 2004, S. 176 u. 371.

in der St.-Adalbert-Kirche in Berlin N 4. Für den Inhalt dieser Predigten am Wahltag einige Beispiele: Der evangelische Pastor Rathke<sup>8</sup> aus Wismar erklärte z. B. in seiner Predigt:

Gottes Rache wird über die Menschen kommen, die nicht auf seine Gebote hören und nicht nach seinen Geboten handeln. Gerade in der letzten Zeit, wo der Materialismus den Gottesglauben anfechtet, müssen die Christen mehr mit Gott gehen. Zum Aufbau des Sozialismus ist ihnen alles recht. Viele Menschen bekamen schon einen Orden und in den nächsten Tagen einen Strick um den Hals.

In Potsdam sagte u. a. der Pfarrer Trebeljar in der Pfingstkirche,<sup>9</sup> dass in der DDR bereits 34 Vertreter der Kirche eingesperrt wären, davon allein in der letzten Zeit 6 Pfarrer. Er nannte die Namen der Personen, die Stätte, wo sie tätig waren und die Höhe der Strafe. Er forderte die Gemeinde auf, die »Eingekerkerten mit im Gebet aufzunehmen«.

In der katholischen Kirche am Humannplatz<sup>10</sup> in Berlin wurden sogar Flugblätter mit hetzerischem Inhalt verteilt.

[...]<sup>11</sup>

Der Einfluss der katholischen Kirche ist auch als wichtigste Ursache für den Wahlausgang in den 5 schlechtesten Gemeinden des Kreises Kamenz und mit der Republik (Rosenthal, Lieske, Nucknitz<sup>12</sup>, Pließkowitz<sup>13</sup> und Ralbitz) anzusehen, wo von 864 Wahlberechtigten 50 nicht an der Wahl teilnahmen und 138 Gegenstimmen abgegeben wurden, wobei der prozentuale Anteil der Gegenstimmen in den einzelnen Gemeinden zwischen 7,7 und 35,9 % liegt. Weitere Beispiele dieser Art liegen vor, wo durch den Einfluss reaktionärer Kirchenkreise gegen die Kandidaten der Nationalen Front gestimmt wurde.

---

<sup>8</sup> Im Original: »Radtke«. Paul Rathke (1899–1974) war Pfarrer in St. Marien in Wismar von 1946–1969. Vgl. Kirchliches Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs Nr. 4/5, 1975, S. 1.

<sup>9</sup> Die Besetzung vieler Häuser um die Pfingstkirche herum durch die sowjetische Armee nach dem Ende des 2. Weltkrieges hatte gravierende Auswirkungen auf das Gemeindeleben. Das Pfingstgelände war nur stark eingeschränkt erreichbar. Das Witwenhaus mit dem Gemeindegelände wurde ebenfalls besetzt und von dem Gemeindegebiet durch eine stark bewachte Grenze abgetrennt und dem Hochsicherheitsgebiet des »KGB-Städtchens« zugeschlagen.

<sup>10</sup> Im Original: »Humanplatz«.

<sup>11</sup> Auslassung ist textidentisch mit einem im Dokument 30 wiedergegebenen, einen Absatz umfassenden Passus von »Die nicht zur Wahl erschienenen Pfarrer ...« bis »... und Pflegeheimen«.

<sup>12</sup> Im Original: »Nuckwitz«.

<sup>13</sup> Im Original: »Brieskowitz«.

Im Stimmbezirk 54 der Stadt Erfurt z. B., dem das katholische Priesterseminar und andere katholische Einrichtungen angehörten, wurden ca. 14 % Gegen- und ungültige Stimmen gezählt, wobei fast ausschließlich nur die zu diesen kirchlichen Einrichtungen gehörenden Personen die Wahlkabinen aufgesucht hatten. Es gab aber auch eine Reihe Pfarrer, die an der Wahl teilnahmen und dem Stimmzettel Schreiben beifügten, in denen sie ihre Stimmenabgabe einzuschränken versuchten. Darin begrüßten sie den Kampf für Frieden und Sozialismus, lehnten aber den Atheismus entschieden ab. Der Katechet [Name 1] aus Drebkau/Cottbus hatte seinem Stimmzettel eine Karte mit folgendem Text beigefügt: »Ich gebe meine Stimme von ganzem Herzen für Frieden, Aufbau und Sozialismus, gegen Atombomben, aber nicht dem Atheismus in der jetzt propagierten Form.« Der ev[angelische] Pastor Peiter aus Thale/Halle schrieb auf seinem Stimmzettel: »Ich bin für Frieden und Sozialismus, aber gegen Atheismus.«

Die Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas« haben nach bisherigen Feststellungen im Allgemeinen nicht an der Wahl teilgenommen. Im Wahlbezirk Steinach-Hallenberg<sup>14</sup> (Krs. Schmalkalden) sind z. B. von 101 Nichtwählern 53 Angehörige der Sekte »Zeugen Jehovas«, im Wahlbezirk Schneidenbach (Krs. Reichenbach/Vogtl[and]) 44 »Zeugen Jehovas«. Weiterhin wurden auch vereinzelt Beispiele bekannt, dass Pfarrer und Angehörige der Sekte »Zeugen Jehovas« sich der Teilnahme an der Wahl durch die Beschaffung von Wahlscheinen für Sonderwahllokale entzogen.

[...]<sup>15</sup>

Im Zusammenhang mit der Analysierung von Gemeinden mit schlechter Wahlbeteiligung und schlechten Wahlergebnissen, wobei »schlecht« nur relativ zu sehen ist, da es sich auch in diesen Fällen nur um einzelne Personen handelt, konnte weiterhin festgestellt werden, dass bestimmte Konzentrationen von Umsiedlern und ehemaligen Faschisten auf dieses Ergebnis Einfluss hatten und als Ursache anzusehen sind. Das trifft besonders für einige Landgemeinden zu, die ehemals faschistische Hochburgen waren und die Konzentrationen dieser ehemaligen Mitglieder noch heute vorhanden sind. Ähnliche Erscheinungen zeigten sich auch in Gemeinden, die noch unter dem Einfluss großbäuerlicher reaktionärer Elemente stehen. So ist z. B. in der Gemeinde Zethau (Krs. Brand-Erbisdorf/K[arl-]M[arx-]S[ta]d[t]) eine starke Konzentration von Großbauern vorhanden, durch deren hauptsächlich Einfluss von 964 Wahlberechtigten 133 (10,2 %) nicht zur Wahl erschienen

---

<sup>14</sup> Im Original: »Steinberg-Hallenberg«.

<sup>15</sup> Auslassung ist textidentisch mit einem in Dokument 30 wiedergegeben, fünf Absätze umfassenden Passus von »In Einzelfällen trat ...« bis »... Mitzenheim verhaftet worden sei«.

und 26 ungültige Stimmen (3 %) und 29 (3,4 %) Gegenstimmen abgegeben wurden. In der Gemeinde Herzberg (Krs. Beeskow/Frankfurt/O.) sind allein von 29 Nichtwählern 16 Groß- bzw. starke Mittelbauern. Weitere Beispiele dieser Art liegen vor.

In den Grenzkreisen und -orten um Berlin sind die Ursachen vorwiegend in der negativen Einflussnahme von Westberlin aus zu suchen, wobei jedoch bisher noch nicht festgestellt werden konnte, dass »Grenzgänger«<sup>16</sup> in dieser Form in Erscheinung getreten sind.

Aus weiteren Hinweisen ist ersichtlich, dass eine Reihe von Personen auch nicht an der Wahl teilgenommen hat, die bereits in der Wahlvorbereitung ihre Teilnahme von der Erfüllung bestimmter persönlicher Forderungen durch staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen abhängig gemacht hatten. So sind z. B. in der Gemeinde Neumark (Krs. Weimar/Erfurt) 23 Nichtwähler (5,6 %) hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass diesen Personen keine Reisegenehmigungen nach Westdeutschland gegeben wurden. In der Gemeinde Hermsdorf (Krs. Hoyerswerda/Cottbus) ist die Nichtteilnahme von 30 Personen (8,7 %) an der Wahl vorwiegend darauf zurückzuführen, dass von den staatlichen Organen keine Maßnahmen im Zusammenhang mit den dort aufgetretenen Wild- und Hochwasserschäden unternommen wurden. Allgemein ist jedoch festzustellen, dass auch der größte Teil der Personen, der in der Wahlvorbereitung mit solchen und ähnlichen Forderungen aufgetreten ist, an der Wahl teilgenommen hat.

Vereinzelt wurden auch Beispiele bekannt, wo ein relativ schlechtes Wahlergebnis durch negatives Auftreten von Mitgliedern kleinbürgerlich-demokratischer Parteien bzw. Einfluss von ehemaligen SPD-Mitgliedern hervorgerufen wurde. Insgesamt gesehen zeigt sich jedoch, dass größere negative bzw. feindliche Schwerpunkte nicht aufgetreten sind. Ein großer Teil von diesen Personen, die in den Vorjahren oftmals eine Beteiligung ablehnten, hat in diesem Jahr an der Wahl teilgenommen. Nicht selten befanden sich [unter] derartigen Personen in Berlin u. a. auch eine Reihe von Mitgliedern der SPD, die in den Vorjahren nicht gewählt haben, unter den ersten Wählern und denen, die ihre Stimme offen den Kandidaten der Nationalen Front gaben.

---

<sup>16</sup> Im allgemeinen Sprachgebrauch der DDR Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiteten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnten oder dort arbeiteten und in West-Berlin wohnten. Vor dem Mauerbau 13.8.1961 arbeiteten noch annähernd 60 000 Ost-Berliner oder Bewohner der Randgebiete in West-Berlin. Diese Personengruppe war seit 1952 ständiger Kritik und Schikanen ausgesetzt, durch die sie zur »freiwilligen« Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlasst werden sollten.

Übereinstimmend wird von sämtlichen Bezirken berichtet, dass im Verhältnis zu den vergangenen Wahlen ein wesentlich geringerer Teil der Wähler die Wahlkabinen aufgesucht hat, obwohl anfangs in Einzelfällen noch solche Erscheinungen zu verzeichnen waren, dass Wahlvorstände direkt zu deren Benutzung aufforderten. Desgleichen wurde auch eine weitaus günstigere Wahlatmosphäre festgestellt, wobei besonders das kollektive Aufsuchen der Wahllokale, die Abgabe von Selbstverpflichtungen und die äußerst geringen negativen Diskussionen unmittelbar bei der Wahlhandlung selbst als wichtigste Fortschritte angesehen wurden. Trotz dieses Ausgangs der Wahlen und der guten Wahlatmosphäre muss festgestellt werden, dass die gegen die Wahlen gerichtete Feindseligkeit der Agentenzentralen und der feindlichen Elemente in der DDR einen beträchtlichen Umfang angenommen hatte und zum Teil – besonders bei verschiedenen antidemokratischen Handlungen – höher lag, als es zu den bisherigen Wahlen oder ähnlichen Erscheinungen der Fall war, ohne aber eine größere Wirksamkeit zu zeigen.

Besonders das Hauptziel und die Hauptmethode des Gegners, vor allem eine gegen die Partei und Regierung der DDR politisch-propagandistisch auswertbare allgemeine Boykottierung der Wahlen zu erreichen, was aus den verschiedensten von feindlichen Quellen stammenden Hinweisen klar ersichtlich war, blieben äußerlich ohne nennenswerte Wirkung. Für ihre Boykottabsichten bedienten sich die feindlichen Zentralen der üblichen Hetze und Verleumdung gegen die Partei, Regierung und Kandidaten der Nationalen Front, mit der »Beweisführung«, es seien Scheinwahlen und undemokratische Wahlen. Die Bevölkerung der DDR sollte »sinnlose Opfer vermeiden«, dafür aber »die Verstärkung des Widerstandes mit anderen, politischen und sozialen Mitteln, gegen die das Regime machtlos ist«, erstreben, wie es in einem Hetzflugblatt des SPD-Ostbüros sehr eindeutig unter dem Titel »Gebot der Stunde: *Widerstand*« provoziert [sic] wird. Es heißt dort weiter: »Der Kampf mit politischen, wirtschaftlichen und *passiven* Mitteln bringt das SED-Regime nicht nur in innerpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten, sondern unterhöhlt auch eine andere Stütze der Ulbricht-Diktatur (>die Sowjets<).«

In einem zweiten Hetzflugblatt, ebenfalls vom SPD-Ostbüro herausgegeben, werden die feindlichen Pläne noch aggressiver zum Ausdruck gebracht: »Der Angriff gegen das Ulbricht-Regime wird auf der politischen Ebene in einem Umfang beginnen, wie man ihn noch nicht erlebt hat. Jeder auf seinem Platz, jeder mit seinen Mitteln kann etwas dazu tun.« Wobei darauf hingewiesen wird, dafür bereits die Wahlen am 16.11.1958 auszunutzen.

Ähnlichen Inhalt hatten auch die von der Agentenzentrale »Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen« eingeschleusten Flugblätter und sogenannte Bezirkszeitungen, die unter dem Titel »Das ist keine Wahl« unter

Hinweis auf den Artikel 51 der Verfassung der DDR nachweisen sollten, dass die Wahl weder demokratisch noch geheim und damit praktisch überhaupt keine Wahl sei. Zu diesem Zweck wurden Abbildungen von Stimmzetteln für »freie Wahlen« gezeigt, »um eine wirkliche Entscheidung zu gewährleisten und Fälschungen des Wahlergebnisses unmöglich zu machen«.

Vom Lemmer<sup>17</sup>-Ministerium wurde ein Hetzfilm »Wahlen gegen Recht und Gesetz« hergestellt, der die Wahlen in der DDR verleumdete und die Bevölkerung in der DDR von der Wahl abhalten sollte. Für den 16.11.1958 wurde in Westdeutschland ein »Volksfeiertag« für die Helden des 2. Weltkrieges organisiert, wozu Frauen aus der DDR, deren Männer gefallen sind, eingeladen wurden.

Neben den in der Wahlvorbereitung in der DDR ziemlich zahlreich festzustellenden Boykottandrohungen – auf die schon ausführlich eingegangen wurde – waren die verschiedenen antidemokratischen Handlungen, besonders das Abreißen und Beschädigen von Wahlplakaten und Fahnen, das Anschmieren von faschistischen und anderen gegen die Wahl gerichteten Hetzlosungen, das Verbreiten selbstangefertigter Hetzschriften und eine merklich zunehmende anonyme Hetze und Drohung die hauptsächlichsten Erscheinungsformen der Feindsätigkeit. Auch die verstärkte Gerüchteverbreitung ist als ein Teil der Feindsätigkeit zu werten, um Unsicherheit, Unzufriedenheit und unberechtigte Spekulationen hervorzurufen. In einigen Fällen wurde auch versucht, durch Provokationen und terroristische Handlungen die Wahlen zu stören, doch hatte diese Form der Feindsätigkeit ebenso wie die offene Hetze und die Verbreitung von Hetzschriften der Agentenzentralen keinen allzu großen Umfang. Alle diese Delikte traten schon mit Beginn der Wahlvorbereitungen auf und hatten ihren größten Umfang in den 3 letzten Tagen vor der Wahl, während am Wahltag selbst kein Anwachsen der Feindsätigkeit mehr festzustellen war.

Im Einzelnen hatte die Feindsätigkeit folgenden Umfang: An erster Stelle steht das Abreißen und Beschädigen von Plakaten (7 000 Stück) und Fahnen (285 Stück), wobei sich besonders die Bezirke Berlin (1 083), Erfurt (1 035), Dresden (890), Magdeburg (850), Halle (780) und Karl-Marx-Stadt (548) als Schwerpunkte erweisen, in denen fast drei Viertel dieser Delikte festgestellt

---

<sup>17</sup> Ernst Lemmer (1898–1970) gehörte 1946 zu den Mitbegründern der CDU in der Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und wurde 1947 deren 2. Vorsitzender, nachdem der 1. Vorsitzende Jakob Kaiser von der Sowjetischen Militäradministration wegen seines Widerstands gegen die »Volkskongressbewegung« abgesetzt worden war. Mai 1949 Flucht nach West-Berlin, 1950–1961 Stellvertretender Vorsitzender der Exil-CDU; 1957–1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. Luckemeyer, Ludwig: Lemmer, Ernst. In: NDB 1985, Bd. 14, S. 187 f.

wurden. In vielen Fällen blieben die Täter unbekannt. Bei den ermittelten Tätern handelt es sich auffallend oft um Kinder, denen aber meistens keine Auftragshandlung nachgewiesen werden konnte. In der Gemeinde Weißenborn<sup>18</sup>/Freiberg z. B. wurden innerhalb von 4 Tagen ca. 80 Wahlplakate abgerissen, davon 50 von Kindern. In der Nacht vom 9. zum 10.11.1958 rissen 5 Schulkinder in 3 Straßen in Leipzig S 3 ca. 90 Wahlplakate ab. In Grabow/Ludwigslust wurden in der Nacht vom 15. zum 16.11.58 mehrere Wahlplakate abgerissen. Als Täter wurde [Name 3], wohnhaft Ludwigslust, ermittelt, der 1955 aus der S[owjet] U[nion] zurückkehrte, wo er wegen [der] Massenerschießung von Partisanen zu 25 Jahren verurteilt war. Besonders bei den Schmierereien und Hetzlosungen sind zu einem großen Teil faschistische Elemente als Täter anzunehmen. Das wird durch die Tatsache unterstrichen, dass von 629 in der Zeit der Wahlvorbereitung und am Wahltage selbst festgestellten Schmierereien und Hetzlosungen 306 – also ziemlich die Hälfte – faschistischen Charakter tragen. Z. B. wurden »Heil Hitler«, »Hitler kommt wieder«, »NSDAP ist noch da« und zahlreiche Hakenkreuze und SS-Runen angeschmiert.

Ca. ein Drittel aller Hetzlosungen (205) richtete[n] sich direkt gegen die Wahl und enthielten im Wesentlichen folgende Forderungen und Aufforderungen:

- »Bleibt am 16.11.58 zu Hause«
- »Wir wollen freie Wahlen«
- »Die Wahl ist Betrug – wo bleibt SPD«
- »Kollegen wählt Adenauer«
- »Wählt die CDU«
- »Nieder mit der SED«
- »Wir gehen sachte, wählen bis um achte«
- »Am 16.11.58 Viehzählung«
- »Ulbricht muss weg«
- »Deutschland erwache«
- »Die dummsten Kälber wählen ihre Schlächter selber«,

während der Rest andere Hetze gegen Partei und Regierung beinhaltete.

Absoluter Schwerpunkt ist hier der Bezirk Halle, wo 24 % – also fast ein Viertel – aller Hetzlosungen angebracht und davon wiederum über 55 % faschistischen Charakters waren.

An nächster Stelle, aber mit deutlichem Abstand zu Halle, folgen die Bezirke: Dresden (76 Hetzlosungen = 12 %), Erfurt (65 Hetzlosungen = 10,3 %) und Leipzig (58 Hetzlosungen = 9,2 %) in denen aber ebenfalls ein hoher Anteil

---

<sup>18</sup> Im Original: »Weissenbron«.



faschistischer Schmierereien und Hetzlosungen jeweils schwankend zwischen 34 und 46 % festzustellen waren. Dies trifft auch für alle übrigen nicht besonders angeführten Bezirke zu, bei denen die faschistischen Schmierereien mitunter einen noch größeren Anteil ausmachten, wie beispielsweise in Potsdam, wo von 36 Hetzlosungen und Schmierereien 27 = 75 % und in Magdeburg wo von 51 Schmierereien 36 = 70 % faschistischer Art waren. In Schwerin waren 8 von insgesamt 9 und in Neubrandenburg 6 von insgesamt 7 faschistische Schmierereien. Diese Beispiele zeigen deutlich, dass sich die schon seit einiger Zeit ansteigende Tendenz der faschistischen Schmierereien weiter fortsetzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass in einzelnen Fällen – wie schon beim Abreißen von Plakaten – Kinder und Jugendliche als Täter infrage kommen, besonders beim Anmalen von Hakenkreuzen und SS-Runen. Das lässt vielmehr auf eine faschistische Beeinflussung seitens des Elternhauses schließen. Wie stark faschistische Kräfte noch Einfluss besitzen, zeigt sich an einem Beispiel in der Gemeinde Badra (Kreis Sondershausen)<sup>19</sup>, wo vor einigen Wochen durch das MfS 4 Faschisten festgenommen wurden. Während bei allen bisher durchgeführten Wahlen in dieser Gemeinde ständig etwa 25 Nichtwähler, Gegenstimmen und ungültige Stimmen zu verzeichnen waren, ergab sich in diesem Jahr, dass nur eine Person nicht zur Wahl ging, und das ist eine Angehörige der verbotenen Sekte »Zeugen Jehovas«. Von den abgegebenen Stimmen wurde nur 1 als ungültig gewertet.

Einige typische und besonders krasse Beispiele für das Anschmieren von faschistischen und gegen die Wahlen gerichteten Hetzlosungen: Im Bezirk Karl-Marx-Stadt wurden an der Autobahn Gera-Karl-Marx-Stadt im Raum von Glauchau, an gut sichtbaren Stellen, 15 Transparente mit der Hetzlosung: »Bürger der DDR, geht am 16.11.58 nicht zur Wahl – weg mit Ulbricht – Deutschland über alles. – Deutschland erwache, fort mit den Russen. – Wir wollen frei sein, weg mit der SED« angebracht, die eine Länge von 2,30 m hatten.

[...] <sup>20</sup>

In mehreren Fällen wurden auch Stimmzettel mit Hetzlosungen beschmiert und in die Wahlurne geworfen. So wurden allein im Bezirk Dresden 134 derartige mit Hetzlosungen versehene Stimmzettel und 12 Hetzschriften in Wahlurnen festgestellt.

[...] <sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Im Original: »Sonderhausen«.

<sup>20</sup> Auslassung ist textidentisch mit einem im Dokument 30 wiedergegebenen, zwei Absätze umfassenden Passus, beginnend mit »Am Gerätehaus ...« bis »... angebracht.«

<sup>21</sup> Auslassung ist textidentisch mit einem im Dokument 30 wiedergegebenen,

Insgesamt konnten 1 547 solcher selbstgefertigter Hetzzettel sichergestellt werden, von denen allein im Bezirk Karl-Marx-Stadt 618 = 40 % verbreitet worden waren.

In den Bezirken Berlin waren es 282, Halle 194 und Potsdam 146. Im Bezirk Halle wurden beispielsweise innerhalb von 3 Tagen 131 selbstgefertigte Hetzschriften, davon 120 kleine, mit Schreibmaschine beschriebene Papierstreifen: »Ihr seid nichts, Euer Tun ist nichts und Euer Wählen ist ein Graus« – also offensichtlich kirchlicher Herkunft – verbreitet.

[...] <sup>22</sup>

Noch einige konkrete Beispiele, die den Umfang dieser Art der Feindsätigkeit zeigen.

In Karl-Marx-Stadt wurden die meisten selbstgefertigten Hetzschriften mit Handdruckkasten gedruckt. 201 dieser Hetzschriften beinhalteten die Forderung: »Raus mit den Russen und dem Spitzbart aus Deutschland, wir fordern freie Wahlen.« – SPD –

- Von den 282 in Berlin gefundenen Hetzschriften wurden in Berlin-Treptow 250 gefunden:
  - 170 Stück: »Ich bin ein Schwein. Ich wähle am 16.11.58 und Du?«
  - 80 Stück: »Arbeiter – bildet Widerstandsgruppen – rettet Deutschland vor dem Bolschewismus.«
- In der Stadt Plauen/Karl-Marx-Stadt wurden 40 mit Handdruckkasten hergestellte Hetzschriften mit der Hetzlosung »Freie Wahlen – Pressefreiheit« gefunden.
- In Sebnitz/Dresden wurden 25 handschriftlich gefertigte Hetzschriften »Wählt nicht« gefunden.
- Im Stadtgebiet von Neuruppin/Potsdam wurden 40 weiße Pappzettel (9 auf der Straße und 31 in Briefkästen) mit der Aufschrift: »Wählt nicht, erst Russen raus« gefunden. Auf einigen Zetteln stand noch: »Denkt an den 17. Juni.«
- In Ribnitz-Damgarten/Rostock wurden 30 mit Stempelkasten angefertigte Hetzflugblätter in der Größe 15 x 10 cm mit folgendem Text gefunden: »Wenn ihr eure Verwandten in Westdeutschland nicht wiedersehen wollt, dann wählt die Kandidaten der Nationalen Front. Fort mit dem Passgesetz«.

Ähnliche Beispiele ließen sich noch zahlreich anführen.

---

einen Absatz umfassenden Passus, beginnend mit »In Potsdam wurden ...« bis »... nicht einverstanden zu sein.«

<sup>22</sup> Auslassung ist textidentisch mit einem im Dokument 30 wiedergegebenen, einen Absatz umfassenden Passus, beginnend mit »Die gleichen ...« bis »... Wir wollen freie Wahlen«.

Außer den selbstgefertigten wurden auch 282 verschiedene Hetzschriften feindlicher Zentralen, die vorwiegend durch Ballons in die DDR eingeschleust wurden, ausgelegt, und zwar besonders in Dresden (52), Magdeburg (43), Berlin (26) und Suhl, wo in 2 Fällen 102 solcher Exemplare verbreitet wurden – in den anderen Bezirken unbedeutend –.

Die Flugblattverbreitung durch Ballons selbst hat keine wesentliche Steigerung erfahren, wobei die sich direkt auf die Wahl beziehenden Exemplare im Vergleich zu anderen Anlässen ähnlicher Art bedeutend unter dem Durchschnitt liegen.

Eine starke Zunahme konnte jedoch bei anonymen Anrufen und Briefen festgestellt werden, was zeigt, dass dies zu einer wichtigen Methode der gegnerischen Kräfte zur Störung der Wahlen gemacht wurde. Insgesamt wurden anonyme Anrufe und Briefe in 134 Fällen benutzt, besonders in den Bezirken Halle, Dresden, Leipzig und Berlin. Dabei ist aber zu beachten, dass wahrscheinlich ein weiterer großer Teil gar nicht bekannt wurde. Alle anonymen Briefe und Anrufe zielten in 3 Richtungen:

- durch Desorganisation die Wahlvorbereitungen zu stören, (vorbereitete Versammlungen mit nicht existierenden Kandidaten einzuberufen, Versammlungen kurz vor Beginn abzusagen usw.);
- durch direkte Hetze gegen die Wahl die Personen derart zu beeinflussen, dass sie nicht zur Wahl gehen bzw. die Stimmzettel ungültig machen;
- durch Drohungen Funktionäre und Angehörige der Intelligenz unsicher zu machen und gegen unsere Staatsorgane aufzuhetzen, (sich bei der VP zu melden, drohende Verhaftung, Morddrohungen). [Name 5], Mitglied der CDU, Arzt in Auerbach – am 16.11.58 in die Volkskammer gewählt – erhielt in 4 Fällen anonyme Hetzbriefe durch die Post zugestellt. In diesen Briefen wurde [Name 5] angeraten, seine Kandidatur abzugeben, andernfalls wurde mit Berichterstattung an den Ärzteverband in Westdeutschland gedroht.

Außer den bisher angeführten feindlichen Delikten kam es in fast allen Bezirken zu offenen Provokationen und terroristischen Handlungen, die aber in keinem Falle große Ausmaße annahmen.

[...] <sup>23</sup>

Vereinzelt wurden auch Wählerversammlungen gestört, Fahrzeuge der Kandidaten und Referenten beschädigt und Versammlungsteilnehmer terrorisiert. U. a. wurden während der Rede des Volkskammerpräsidenten

---

<sup>23</sup> Auslassung ist textidentisch mit einem im Dokument 30 wiedergegebenen, einen Absatz umfassenden Passus, beginnend mit »Am häufigsten trat ...« bis »... Mahlow/Potsdam«.

Dr. *Dieckmann*<sup>24</sup> in Eckartsberga<sup>25</sup> (Naumburg/Halle) mit Luftgewehr gegen die Scheiben des Versammlungsraumes geschossen, in den Versammlungsraum des Wohnbezirkes 20 der Nationalen Front in Berlin-Pankow brennende Filmstreifen geworfen, nach Abschluss einer Wählerversammlung in Dresden Mittelschule Bernhardstr. die Teilnehmer mit Steinen beworfen.

Weitere Provokationen erfolgten auch unmittelbar in Wahllokalen, wo Täter ihre gegnerische Einstellung offen zu demonstrieren und andere Bürger negativ zu beeinflussen versuchten.

[...]<sup>26</sup>

Andererseits gibt es aber auch Beispiele, wo durch ungenügende Kontrolle Materialien herausgegeben wurden, die provokatorischen Inhalt hatten. Das beweisen folgende Beispiele:

- Durch den Kreisausschuss der Nationalen Front Waren/Neubrandenburg wurden in Vorbereitung der Wahl 2000 Flugblätter herausgegeben. In einem Absatz dieser Flugblätter heißt es: »Unsere Preiserhöhungen sind keine willkürlichen Maßnahmen unserer Regierung, sondern wir können nur das verteilen, was wir erarbeiten.« Von diesen Flugblättern sind 1000 Exemplare verteilt worden.
- Vom Dimitroff-Werk in Magdeburg wurden 5000 Handzettel verteilt, die die Aufforderung enthielten, bis zum 28.11.58 Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Sie konnten zwar fast vollständig wieder eingezogen werden, haben aber doch negative Auswirkungen gehabt.

Nach vorliegenden Meldungen wurden im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahl durch die VP und das MfS insgesamt 211 Personen festgenommen, davon durch das MfS 37 [und] durch die VP 174. Besonders zu erwähnen sind dabei die Bezirke Dresden mit insgesamt 55, Berlin mit 40 und Karl-Marx-Stadt mit 21 Festnahmen. Demgegenüber stehen die Bezirke Gera mit 1, Suhl mit 3 und Magdeburg und Cottbus mit jeweils 4 Festnahmen.

---

<sup>24</sup> Johannes Dieckmann (1893–1969), Mitbegründer der späteren LDPD und von 1948 bis 1950 Minister für Justiz sowie stellvertretender Präsident des Landes Sachsen. Seit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 Präsident der (zunächst provisorischen) Volkskammer.

<sup>25</sup> Im Original: »Eckertsberga«.

<sup>26</sup> Auslassung ist textidentisch mit den im Dokument 30 wiedergegebenen Absätzen beginnend mit »Z. B. wurde ...« bis »... veranlasst.«.

Die Aufschlüsselung nach Bezirken ergibt:

Bezirk	MfS	VP
Dresden	12	43
Berlin	–	40
Karl-Marx-Stadt	6	15
Potsdam	2	13
Frankfurt/O.	1	14
Neubrandenburg		14
Halle	3	7
Rostock		10
Erfurt	3	6
Leipzig	–	6
Cottbus	4	–
Schwerin	4	–
Magdeburg	2	2
Suhl	–	3
Gera	–	1

Bei der Aufgliederung der von den festgenommenen Personen begangenen feindlichen Handlungen ist besonders das Beschädigen und Abreißen von Plakaten vorherrschend. Danach folgen Festnahmen, die aufgrund von Tötlichkeiten oder Beleidigungen gegen Funktionäre oder Hetze gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht erfolgten. Weitere zahlreiche Festnahmen wurden wegen Abreißen von Fahnen vorgenommen. Festnahmen wegen Ansmieren von Hetzlosungen bzw. Verbreiten von Hetzschriften wurden nur vereinzelt bekannt. Bei den festgenommenen Tätern handelt es sich bei der großen Mehrheit um Jugendliche und Personen bürgerlicher Herkunft. Ein anderer Teil der Festgenommenen sind ehem. Faschisten oder bereits wegen krimineller Delikte verurteilte Personen. Dazu folgende typische Beispiele:

- Am 11.11.58 wurden die Jugendlichen [Name 7], geb. [Tag] 1942 und [Name 8], geb. [Tag] 1942, beide wohnhaft in Plauen/V[ogtland] festgenommen, die einer Gruppe von Jugendlichen angehörten und diese beim Abreißen von Plakaten anführten.
- Der am 13.11.58 wegen Hetze festgenommene [Name 9], selbstständiger Schlossermeister in Karl-Marx-Stadt, war seit 1931 Mitglied der NSDAP und Scharführer in der SA.

- Ein 16-jähriger Arbeiter aus Magdeborn/Leipzig wurde am 12.11.58 wegen Abreißen einer roten Fahne festgenommen. Der Täter ist bereits wegen mehrfachen Diebstahls vorbestraft und steht noch unter Bewährungsfrist.
- Besonders beachtlich ist die erhöhte Anzahl der Festnahmen von VP-Angehörigen, die im Zusammenhang mit der Wahl Feindschaft durchgeföhrt haben. Z. B. wurden in der Zeit vom 2. bis 5.11.58 im RAW [Reichsbahnausbesserungswerk] Cottbus mehrere Hetzlosungen angeschmiert. Als Täter wurde der VP-Oberwachtmeister [Name 10], Trapo<sup>27</sup> Cottbus, festgenommen. Als Motiv führt er an, dass er feststellen wollte, wie schnell die Kriminalpolizei arbeitet. VP-Oberwachtmeister [Name 11], Trapo Magdeburg, wurde am 15.11.58 wegen Anschmieren von Losungen festgenommen. [Name 11] hatte das Anschmieren der Losungen selbst gemeldet, um für gute Wachsamkeit eine Prämie zu erhalten. VP-Oberwachtmeister [Name 12], Magdeburg, hatte während seiner Dienstzeit Hetzschriften hergestellt und innerhalb seines Dienstbereiches ausgelegt. Da er eine Hetzschrift selbst seinem Vorgesetzten übergab, glaubte er für gute Wachsamkeit eine Prämie zu erhalten.

Trotz der übereinstimmend aus allen Bezirken als gut eingeschätzten Wahlvorbereitung, die dann auch ihren sichtbaren Ausdruck in der überwiegend positiven Stimmung, der ständig anwachsenden Verpflichtungsbewegung und schließlich in der Wahlbeteiligung und im Wahlergebnis selbst fand, gab es eine Reihe organisatorischer Schwächen, die vermeidbar gewesen wären. Wenn diese Mängel auch nicht ernsthaft den Wahlablauf oder gar das Wahlergebnis beeinflussen konnten, führten sie doch örtlich zu mehr oder weniger schädlichen Auswirkungen, die bei zukünftigen Wahlen verhindert werden können. In den meisten Fällen waren es jedoch nicht organisatorische Schwächen schlechthin, sondern die wirklichen Ursachen sind in einer politischen Unterschätzung der Wahlen und der damit verbundenen notwendigen Überzeugungstätigkeit seitens der dafür Verantwortlichen auf örtlicher Ebene zu suchen, selbst wenn dies auf den ersten Blick nicht immer offensichtlich ist. Derartige Schwächen und Mängel äußerten sich im Wesentlichen in folgenden Erscheinungen bzw. waren sie deren Auswirkungen:

1. *Aufstellen von Kandidaten*, ohne vorher sorgfältig genug deren Leumund, politische Aktivität im Wohngebiet bzw. in der Arbeitsstelle oder andere, die

---

<sup>27</sup> Trapo war die Kurzform von Transportpolizei, einem Dienstzweig der Volkspolizei, der für die Sicherheit auf Bahnhöfen und Anlagen der Deutschen Reichsbahn zuständig war. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Kontrolle der Reisenden, besonders im grenzüberschreitenden Verkehr.

Eignung des Kandidaten infrage stellende Einzelheiten zu prüfen, sodass ein Teil dieser Kandidaten in den Wahlversammlungen von der Bevölkerung abgelehnt wurde. Dafür einige typische Beispiele:

- Auf einer Wählerversammlung in Helbra/Eisleben erklärte ein Wähler, dass er den Kandidaten der NDPD [Name 13] ablehne, weil dieser in seiner Gastwirtschaft militaristische Diskussionen führt, die nicht im Interesse unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates liegen. Daraufhin wurde der Kandidat auch von der Versammlung abgelehnt.
- In Groß Glienicke<sup>28</sup>/Potsdam-Land wenden sich mehrere Bürger gegen die Kandidatur der [Name 14] (SED), weil sie wegen unmoralischem Lebenswandel keinen guten Leumund besitzt. Außerdem war sie an einer Unterschlagung bei der Post beteiligt.
- Ein Kandidat für den Bezirkstag vom VEB Kraftverkehr Pirna wurde von fast allen Belegschaftsmitgliedern abgelehnt. Die Kaderleiterin schätzt ein, dass er überhaupt nicht in der Lage sei, als Abgeordneter zu fungieren. Vom Betrieb sei aber vor seiner Aufstellung als Kandidat keine Beurteilung eingeholt worden.
- Die vom DFD aufgestellte Kandidatin [Name 15] erklärte auf einer Wählervertreterkonferenz am 10.10.58 in Malchin, dass sie angenommen hätte, in den Bezirksvorstand des DFD gewählt zu werden. Als Kandidatin für den Bezirkstag könne sie jedoch nicht kandidieren, weil sie dieser Aufgabe nicht gewachsen sei.

Diese praktizierte Art und Weise der Kandidatenauswahl und die sich daraus ergebende Ablehnung der Kandidaten unterstützt indirekt die gegnerischen Kräfte, die diese Situation für eine allgemeine Bewegung zur Ablehnung der Kandidaten ausnutzen können. So gab es auch vereinzelt Hinweise über solche Versuche des Gegners, ohne stichhaltige Gründe eine Ablehnung der Kandidaten zu erreichen und die Kandidaten selbst zu bewegen, ihre Kandidatur abzulehnen.

- Im MTS-Bereich Liebenwalde/Oranienburg traten unter den Genossenschaftsbauern und anderen Teilen der Bevölkerung Diskussionen auf, dass es nicht richtig wäre, den Genossen [Name 16] wieder als Kandidaten für den Bezirkstag aufzustellen, weil er schon zu alt und nicht bei bester Gesundheit wäre. Deshalb könne er die Aufgaben als Volksvertreter nicht mehr richtig erfüllen.
- Die Kandidatin für den Bezirkstag, [Name 17], aus Fürstenberg wollte ihre Kandidatur niederlegen, da sie sich die Arbeit nicht zutraue. Es wurde jedoch festgestellt, dass negative Kräfte sie zu diesem Schritt veranlasst hatten.

---

<sup>28</sup> Im Original: »Groß-Glienicke«.



- Bei einer Einwohnerversammlung in Schneeberg (Krs. Aue) hat der Kandidat [Name 18] (SED) vor der Einwohnerschaft aus unbestimmten Gründen seine Kandidatur abgelehnt. [Name 18] versuchte schon in mehreren Einwohnerversammlungen, Unruhe hineinzutragen, indem er verschiedene Funktionäre unberechtigtweise kritisierte.

2. *Nichterscheinen der Kandidaten und Referenten* auf Wählerversammlungen, was in jedem Falle große Unzufriedenheit und negative Diskussionen unter den Versammlungsteilnehmern hervorrief und in zahlreichen Fällen auch zur Ablehnung des Kandidaten führte. Beispiele dafür gab es in allen Bezirken und sie wirkten besonders schlecht, wenn es sich um Spitzenkandidaten handelte.

- In Sanitz/Rostock sollte sich auf einer Wählerversammlung – die von ca. 500 Personen besucht war – der Minister der Finanzen, *Rumpf*,<sup>29</sup> der Bevölkerung als Spitzenkandidat für die Volkskammer vorstellen. Da der Minister nicht erschien, wollte ein Vertreter der SED-Bezirksleitung die Versammlung durchführen und teilte mit, dass der Gen[osse] Rumpf aus dienstlichen Gründen verhindert wäre. Daraufhin verließ ein Teil der Anwesenden demonstrativ den Versammlungsraum. Dabei ist zu bemerken, dass ein Teil der Einwohnerschaft, der sich sonst nie an Versammlungen beteiligt, gekommen war. Aber auch bei SED-Mitgliedern und Funktionären, die nicht Kandidaten oder Referenten waren, zeigten sich derartige Erscheinungen und Unterschätzung der Wahlvorbereitungen.

3. *Ungenügende Vorbereitung der Wählervertreter- und anderer Versammlungen*, was zumindest in der ersten Zeit der Wahlvorbereitungen eine *mangelhafte Beteiligung der Bevölkerung* zur Folge hatte und oftmals nur zu einer Beteiligung unter 5 % der Wahlberechtigten führte. Viele Versammlungen mussten deshalb ausfallen. Offensichtlich ist aber der schlechte Besuch nicht in allen Fällen auf eine mangelhafte Vorbereitungsarbeit zurückzuführen, sondern es gibt auch verschiedene Beispiele – besonders aus Kreisen der Bauern und Gewerbetreibenden – wo eine absichtliche Boykottierung der Versammlungen und feindlicher Einfluss offen erkennbar ist und trotz persönlicher Einladungen diese Kreise nicht erschienen.

4. Diese in Punkt 3 getroffenen Feststellungen treffen sinngemäß auch auf die *schleppende Einsichtnahme in die Wählerlisten* zu, die keineswegs nur auf

---

<sup>29</sup> Willy Rumpf (1903–1982) war von 1955 bis 1966 Minister der Finanzen der DDR. Er war 1949 bis 1967 SED-Abgeordneter der Volkskammer und ab 1963 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

die »Bequemlichkeit der Bevölkerung« zurückzuführen war. So waren teilweise die Auslegestellen nicht besetzt oder in Gaststätten so untergebracht, dass die Wahlberechtigten Anpöbeleien durch Betrunkene und andere negative Personen ausgesetzt waren. In einigen anderen Fällen lagen die Wählerlisten bei irgendwelchen Funktionären unter Verschluss. Anstelle von Überzeugungsarbeit ging man teilweise dazu über, den Wahlberechtigten die Benachrichtigungskarten zuzuschicken, dass sie in die Wählerlisten erfasst sind [sic] und wertete dies dann als Einsichtnahme.

5. Ein weiterer Mangel waren die in fast allen Bezirken festgestellten *Unstimmigkeiten in den Wählerlisten* selbst, die oft erst am Wahltage festgestellt wurden. Z. B. wurden Verzogene, Verstorbene, Republikflüchtige u. a. nicht wahlberechtigte Personen aufgeführt oder, wie im Bezirk Neubrandenburg, in über 100 Fällen Personen als Nichtwähler geführt, die gar nicht im jeweiligen Kreis wohnhaft sind bzw. die sich Wahlscheine geholt hatten. Als typische Beispiele sollen hier einige der im Bezirk Rostock aufgetretenen Unstimmigkeiten angeführt werden:

- 20 Fischer aus Sassnitz/Rügen wurden nach Einsichtnahme in die Wählerliste, ohne sie zu benachrichtigen, gestrichen, da man feststellte, dass diese nicht im Ort polizeilich gemeldet waren.
- In Wieck/Darß (Krs. Ribnitz) waren 30 Personen in der Wahlliste enthalten, die bereits Wahlscheine erhielten.
- In Grimmen waren 99 Personen zu viel in die Wahllisten aufgenommen, während in Greifswald im Wahllokal 8 eine Person in der Wählerliste aufgeführt war, die bereits vor 6 Jahren verstorben ist.
- Im Kreis Wolgast waren insgesamt 302 Personen zu viel in den Wählerlisten registriert.
- Im Stimmbezirk 23 im Kreis Wismar wurden verschiedene Personen doppelt geführt sowie drei Geistesgestörte und ein Verstorbener erfasst.

Darüber hinaus gibt es noch weitere verschiedenartige Beispiele schlechter Arbeit, die man aber nicht verallgemeinern kann und die auch nicht annähernd diese Bedeutung haben. Auch muss betont werden, dass die bisher dargelegten Schwächen und Mängel zwar fast in allen Bezirken vorhanden waren, aber insgesamt gesehen natürlich die Minderheit ausmachen. So wurden von mehreren Wahlvorständen die Wahlurnen in unbeaufsichtigten Räumen aufbewahrt oder an Orten, zu denen jedermann Zutritt hatte. Das führte z. B. in Retschow und Schmadebeck<sup>30</sup> (Krs. Doberan) und Gransebieth/Grimmen dazu, dass am Wahltag vor dem Versiegeln der Wahlurnen

---

<sup>30</sup> Im Original durchgehend: »Schmadenbeck«.

Hetzettel in diesen gefunden wurden; in:

- Retschow »Wählt Adenauer«,
- Schmadebeck: 1 Flugblatt der KgU
- Gransebieth: »DDR-Wahlen – alles Schwindel – Ergebnis 100 %.«

Insgesamt gesehen sind aber keine größeren Schwächen aufgetreten, die zu einer wesentlichen Störung der Wahl hätten führen können.

**1961**



## Abschlussanalyse über die Volkswahlen am 17. September 1961

Quelle: BStU, MfS, HA XX 6521, Teil 2, Bl. 41–183.

Vermerk: Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!

Bemerkung: Dokument wurde vom MfS erstellt.

2. Bemerkung: Auszug umfasst die »Einleitung« und die Punkte I d–I f und III–IV.

Auf den Abdruck der zahlreichen Tabellen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit weitgehend verzichtet. Auslassungen wurden kenntlich gemacht.

### *Aufbau der Analyse*

Einleitung: Einschätzung des Wahlergebnisses und Vergleiche zu Wahlen im Jahre 1958 und 1957 sowie die Reaktion feindlicher politischer Kreise in Westdeutschland und Westberlin.

Tabellen über Gesamteinschätzung DDR und Bezirke (Nichtwähler, ungültige Stimmen, Gegenstimmen und insgesamt negativ)

Übersichtskarte DDR mit Kreiseintragungen.

### *Schwerpunkte der Analyse:*

I. Die feindliche Tätigkeit in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen

a. Die Wirkung der westlichen Rundfunk- und Fernsehstationen sowie der Zentren der ideologischen Diversion

b. Das Verhalten der reaktionären Kirchenkreise und Sekten während der Vorbereitung u[nd] Durchführung der Wahlen

c. Haltung der ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere, Umsiedler, Rückkehrer, Grenzgänger, Rowdygruppen u. ä.

d. Bestrebungen, die Wahlen durch Forderungen, Diskriminierung der Kandidaten u. a. zu beeinflussen

e. Übersicht über die aufgetretene Feindtätigkeit

f. Hetzlosungen, Verschmierungen und Streichungen auf Stimmzettel und dergleichen (einschließlich statistischer DDR-Übersicht)

Bezirkseinschätzungen – bezirksweise im Anhang

## II. Einschätzung der Arbeit der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen

a. Die Arbeit der staatlichen Organe zur Durchsetzung der Weisungen der Partei und der Regierung

b. Aufgetretene Mängel und Schwächen in der staatlichen Leitungstätigkeit bzw. Überspitzungen und Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit

c. Die Arbeit der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands

## III. Einschätzung und Analysierung der Wahlergebnisse in den »relativ« schlechtesten Kreisen und Gemeinden (mit Tabellen und Übersichtskarte)

## IV. Einschätzung und Analysierung der Nichtwähler (mit Tabelle und Übersichtskarte)

Anhang: Einschätzung der Hetzlosungen und Verschmierung von Stimmzetteln sowie Streichung von Kandidaten (bezirksweise)<sup>1</sup> mit Tabelle der Hetzlosungen u. Tabelle der Streichung der Kandidaten

---

<sup>1</sup> Hier sind im Dokument die Bezirke der DDR einschließlich Groß-Berlin aufgezählt.



*Abschlussanalyse über die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen in den Kreisen, Städten und Gemeinden am 17. September 1961*

Auf der Grundlage der offiziellen Niederschriften der Wahlvorstände und der Arbeit der Wahlausschüsse der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden wurde bei der Erarbeitung des endgültigen Wahlergebnisses für die Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen folgendes festgestellt:

12 529 124	Wahlberechtigte (einschl. Groß-Berlin)	
davon 145 394	Nichtwähler =	1,16 %
	5 361 =	0,04 % ungültig
und	4 798 =	0,04 % Gegenstimmen.
Somit ergibt sich »relativ« negativ insgesamt:		
	155 553 =	1,23 %

Im Vergleich zu den Volkskammerwahlen 1958, speziell den Bezirkstagswahlen 1958 bei insgesamt negativ von

211 006 = 1,62 %

und noch klarer zu den letzten Kreistagswahlen 1957 bei

12 252 547 Wahlberechtigten

365 956 = 2,98 % Nichtwähler

24 872 = 0,20 % ungültigen Stimmen

129 405 = 1,06 % Gegenstimmen

519 441 = 4,24 insgesamt negativ

ergibt sich ein noch eindrucksvolleres Bild vom Sieg der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Der gesamte Wahlkampf und Wahlverlauf zeigte, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aktiv die Friedenspolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates unterstützt und die Beschlüsse der Partei und Regierung verwirklicht.

Besonders nach den Maßnahmen vom 13. August 1961<sup>2</sup> zeigten alle fortschrittlichen Kräfte, insbesondere die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den Genossenschaftsbauern einen aktiven Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens und weitere Festigung unseres sozialistischen Staates, sodass Versuche der feindlichen Beeinflussung scheiterten.

Westdeutsche und Westberliner Politiker, Presseorgane und der Rundfunk hetzten in der von früheren Wahlen her bekannten üblichen Art gegen die Volkswahlen. Die Hetze speziell zu den Volkswahlen erreichte aber nicht den Umfang wie bei früheren ähnlichen Aktionen. Die dabei verbreiteten

---

<sup>2</sup> Hier wird Bezug auf den erfolgten Bau der Berliner Mauer genommen.

Hetzparolen wie »Steigerung des Terrors« in der DDR, »Krisensituation«, »Hilfslosigkeit und Auswegslosigkeit in der Planung aufgrund der Sicherungsmaßnahmen und aufgrund von Überspitzungen in der Unabhängigmachung« usw. waren gleichzeitig aber auch Parolen gegen die Volkswahlen. Einige Wochen vor der Wahl – offensichtlich im Zusammenhang mit den stattfindenden Wahlversammlungen – wurde die Bevölkerung der DDR über die westlichen Hetzsender aufgefordert, mehr auf ihre Rechte zu pochen und besonders vom Recht der Kritik mehr Gebrauch zu machen. Vor den Maßnahmen vom 13. August stand bekanntlich die Verbreitung solcher Parolen im Vordergrund, mit denen der Eindruck erweckt werden sollte, als ob die Deutsche Demokratische Republik kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Während bei früheren Wahlen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik über westliche Rundfunksender aufgefordert wurde, die Wahlen zu boykottieren und »ins Grüne zu fahren«, war man sich dieses Jahr offensichtlich bewusst, dass derartige Aufforderungen erfolglos bleiben. In Anknüpfung an die frühere »Argumentation«, dass die Volkswahlen sowieso nicht als Wahlen gewertet würden, wurde die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik über den RIAS aufgefordert, sich »nicht zu gefährden und formal die Stimme abzugeben«. Entsprechend der neuen Bonner Sprachregelung wurde unsere Volkswahl als »Volkszählung« bezeichnet. In Verfolgung dieser Bonner Konzeption wurde unmittelbar nach der Wahl erklärt, dass die Wähler in der DDR alles getan hätten, um die Stimmenabgabe und »Wahlkomödie« so schnell wie möglich hinter sich zu bringen, womit auch die bereits in den Mittagsstunden erreichte hohe Wahlbeteiligung zu begründen wäre. Neben einer Reihe weiterer ähnlicher von früher her bekannter »Kommentierungen« wurde vom SPD-»Ostspiegel«<sup>3</sup> außerdem versucht, die zahlenmäßigen Ergebnisse der Volkswahlen als unwahr hinzustellen (Wahlbeteiligung angeblich weit unter 90 % usw.).

Bei der Analysierung und Einschätzung der Wahlergebnisse durch die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen wurde in vielen Fällen festgestellt, dass zwischen den offiziellen Ergebnissen und den durchgeführten

---

<sup>3</sup> Der »Ostspiegel« des SPD-Pressedienstes erschien von 1955 bis 1966 als Beilage. Das in Artikeln, Berichten und Nachrichten verarbeitete Material stammte aus zuverlässigen Quellen des Ostbüros der SPD. Seit dem Bau der Berliner Mauer war der »Ostspiegel« von seinen ursprünglichen Informationsquellen abgeschnitten, sodass er immer mehr auf eine Literaturlauswertung angewiesen war. Vgl. Sommer, Antje: Vom Pressedienst zur Pressemitteilung. Der Wandel in der politischen Kommunikation von Partei und Bundestagsfraktion der SPD 1 (1946–1995). In: v. Mengersen, Oliver u. a. (Hg.): Personen, soziale Bewegungen, Parteien. Heidelberg 2004, S. 396 f.

Überprüfungen (inoffiziellen Ergebnissen) keinerlei Differenzen auftraten. Dies ist zugleich ein Ausdruck einer sorgfältigen und exakten Arbeit vieler Wahlvorstände und Wahlausschüsse.

[...]⁴

[I d)] *Bestrebungen, die Wahlen durch Forderungen, Diskriminierung der Kandidaten u. a. zu beeinflussen*

Bei der Vorbereitung der Wahlen kam es im Verlaufe der durchgeführten Einwohnerversammlungen zu den verschiedensten Forderungen: Am weitesten verbreitet waren

- Genehmigung von Westreisen und Reisen ins kapitalistische Ausland (vor allem vertreten von Vertretern der Intelligenz und der Ärzteschaft)
- Bereitstellung von Pkw, Kühlschränken, Fernsehgeräten (insbesondere bei LPG-Bauern aufgetreten)
- Verbesserung der Versorgungslage (Hausfrauen)
- Wohnraumforderungen (insbes. Bezirke Rostock, Gera, Neubrandenburg)

Diese Forderungen waren im gesamten Gebiet der DDR festzustellen. Teilweise verbanden die Personen, die mit derartigen Auffassungen auftraten, damit die Drohung, sie würden nicht an den Wahlen teilnehmen, wenn man ihre Wünsche nicht erfülle. Der Verlauf der Wahlen zeigte aber, dass die meisten von ihnen doch an der Wahlhandlung teilnahmen. Zum Teil traten [auf] einzelne Personen offen provokatorisch bei derartigen Versammlungen oder während der Wahl in Erscheinung:

- In der Gemeinde Walbeck<sup>5</sup> zerriss ein Jugendlicher bei einer Jugendwählerversammlung<sup>6</sup> demonstrativ die Verfassung der DDR;
- Bei einer Jungwählerkonferenz in Jamlitz<sup>7</sup> im Kreis Beeskow brachte eine Gruppe von Jugendlichen provokatorische Zwischenrufe: »Wir wollen freie Wahlen!«, »Gebt uns mehr Butter!« usw.

---

<sup>4</sup> Auslassung umfasst von Bl. 47–82 Tabellen zum Gesamtergebnis unterteilt nach Bezirken und Punkt I. a)–c) »Die feindliche Tätigkeit in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen«. BStU, MfS, HA XX 6521, Teil 2.

<sup>5</sup> Im Original: »Wahlbeck«.

<sup>6</sup> In jedem Wahlkreis mit Jungwählern vor einer Wahl durchgeführte Veranstaltung, die das Ziel hatte, diese Personengruppe für eine Beteiligung an der Wahl zu gewinnen und sie darüber hinaus politisch zu aktivieren.

<sup>7</sup> Im Original: »Janlitz«.

- Bei einer FDJ-Versammlung der Universität Greifswald trat die Forderung nach einem Protestschreiben auf, das sich gegen die NVA-Werbung, die Ochsenkopffaktion<sup>8</sup> und die Maßnahmen vom 13.8.61 richten sollte. Zwei Initiatoren wurden inhaftiert; ein weiterer Student wurde inhaftiert, als er bei der Wahl provokatorisch auftrat.
- Die LDPD-Ortsgruppe in Langburkersdorf (Krs. Sebnitz) stellte die Forderung, den Bürgermeisterposten mit einem Mitglied ihrer Partei zu besetzen, sonst würden die 8 Abgeordneten der LDPD in der Gemeinde demonstrativ zurücktreten.
- Die Berufsgruppe der Bäcker in Zwickau stellte bei einer Versammlung, an der ca. 120 Personen teilnahmen, die Forderung auf Einführung eines freien Tages pro Woche.

Eine andere Form der Feindtätigkeit war die Verbreitung von Gerüchten, die das Ziel hatten, Teile der Bevölkerung in Angst und Unruhe zu versetzen und in eine Opposition zur Regierung zu bringen.

- In Kreisen der Handwerker kursierte die Parole, nach den Wahlen würden alle in [die] PGH<sup>9</sup> gezwungen (Krs. Königs Wusterhausen),
- Im Kreis Großenhain ging das Gerücht um, die Einwohner verschiedener Gemeinden würden wegen Erweiterung des Truppenübungsplatzes evakuiert und in anderen Gebieten der DDR angesiedelt.

Andere Gerüchte hatten zum Inhalt, nach den Wahlen käme es zu Lohnsenkungen/Normerhöhungen, das Geld werde nach dem 17.9.61 umgetauscht u. ä.

---

<sup>8</sup> Anfang der 1960er-Jahre wurde in der »Aktion Ochsenkopf« die Bevölkerung aufgefordert, Vorrichtungen in den Fernsehgeräten, die Westempfang ermöglichten, zu entfernen und Antennen, die nach Westen gerichtet waren, zu beseitigen. FDJ-Trupps entfernten mitunter eigenmächtig Antennen von Häuserdächern, vereinzelt kam es zu Rangeleien. Die Aktion war nach der westdeutschen Sendeanlage Ochsenkopf nahe der innerdeutschen Grenze benannt, die gezielt in die DDR sendete. Vgl. Aktion Ochsenkopf. In: Der Spiegel, Nr. 37, 1961, S. 23.

<sup>9</sup> Die »Produktionsgenossenschaft des Handwerks« war in der DDR eine sozialistische Genossenschaft, deren Mitglieder Handwerker oder Gewerbetreibende waren. Der Zusammenschluss beruhte auf einer freiwilligen, gemeinschaftlichen Arbeit innerhalb einer Produktionsgenossenschaft, die effizienter sein sollte als eine individuelle Produktion. Dieses Ziel wurde allenfalls teilweise erreicht. Viele Mitglieder wurden zu einem Beitritt gezwungen oder genötigt und waren deshalb unmotiviert; die Arbeitsziele wurden zentral diktiert.

- In Kiewe<sup>10</sup> (Krs. Röbel) gab es Versuche, die Kandidaten zu verleumden. Ein Genossenschaftsbauer erklärte, auf den Stimmzetteln stünden die gleichen Faschisten wie früher.
- Ähnliche Diskussionen gab es auch in Teutschenthal<sup>11</sup> (Saalkreis), dass man am 17.9.61 mit den Kandidaten der Nationalen Front Faschisten wählen werde. Ein Bergmann erklärte gegenüber Funktionären, er werde die Freiheit wählen.

[I e)] *Übersicht über die aufgetretene Feindtätigkeit*

Die Hauptformen der aufgetretenen Feindarbeit zu den Wahlen waren entsprechend ihrer Häufigkeit:

- Staatsfeindliche Hetze und Propaganda (vor allem gegen die Partei und Regierung), Staatsverleumdungen, Diskriminierungen von Volksvertretern und andere Formen der mündlichen Hetze,
- Abreißen bzw. Zerstören von Fahnen, Plakaten, Transparenten,
- Schmierereien, die gegen die Volkswahlen gerichtet waren (siehe Einschätzung schriftl[iche] Hetze),
- selbstgefertigte Hetzzettel, die zum Wahlboykott aufriefen, die Gesellschaftsordnung der DDR verächtlich machten und Hetze gegen Partei und Regierung enthielten (siehe Einschätzung schriftl[iche] Hetze),
- anonyme Telefonanrufe und Briefe mit Drohungen gegen fortschrittliche Bürger bzw. der Zielstellung, administrative Störungen im Wahlverlauf hervorzurufen.

Im Gebiet der DDR wurden insgesamt 677 Vorkommnisse bekannt, die gegen die Wahlen gerichtet waren. Festgenommen wurden dabei 285 Personen. Diese Zahlen zeigen, dass die Feindtätigkeit zu den Wahlen nicht mehr den maximalen Stand erreichte, den sie in den ersten Tagen nach dem 13. August angenommen hatte, als der Hauptstoß des Gegners gegen die Sicherungsmaßnahmen der DDR ging. Der wichtigste und geschlossenste gegnerische Angriff gegen die Wahlen ging von den reaktionären Kreisen der evangelischen und katholischen Kirche und der illegalen Sekte »Zeugen Jehovas« aus (siehe Einschätzung der kirchlichen Aktivität). Die anderen Vorkommnisse der Feindtätigkeit blieben mehr oder weniger nur von örtlicher Bedeutung und stellten Aktionen einzelner Feinde unseres Staates oder kleinerer Gruppen dar – häufig hervorgerufen durch den Einfluss von Hetzsendungen des Westfernsehens und -rundfunks.

---

<sup>10</sup> Im Original: »Kiewe«.

<sup>11</sup> Im Original: »Teutschenthal«.

Schwerpunktmäßig traten diese Delikte der Feindschuld, die sich unmittelbar gegen die Wahlen richteten, in folgenden Bezirken auf:

	Vorkommnisse	Festnahmen
Halle	84	26
Erfurt	75	22
Berlin	65	33
Leipzig	63	33
Karl-Marx-Stadt	49	16
Magdeburg	45	24
Suhl	41	22
Neubrandenburg	39	21
Gera	38	12
Potsdam	37	13
Rostock	36	13
Frankfurt/O.	34	20
Schwerin	26	8
Cottbus	24	11

Bei einzelnen Bezirken, z. B. Karl-Marx-Stadt, Gera, Neubrandenburg, liegen Meldungen über mehr Festnahmen vor, jedoch beziehen diese sich z. T. auf die gesamte Periode nach dem 13.8.1961 und auf Feindschuld mit anderer Zielrichtung. Bei der Einschätzung wurden nur Vorkommnisse berücksichtigt, die sich unmittelbar gegen die Wahlen richten.

Während bei den Formen der mündlichen Hetze die Täter fast ausnahmslos bekannt sind und zum großen Teil inhaftiert wurden, konnte bei den Delikten der Fahnen- und Plakatabrisse, der anonymen Telefonanrufe und der schriftlichen Hetze die Mehrzahl der Täter nicht ermittelt werden. Bei den Delikten der Hetze ergibt sich ein relativ starker Anfall von Mordhetze und Bedrohungen der Bürger, die politisch aktiv sind. Der Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit hat sich bei diesen Formen der Feindschuld verschärft.

Die Analyse der Täterkreise ergab, dass die Hauptmasse der feindschuldig aufgetretenen Personen Jugendliche bis zu 25 Jahren sind, eine zweite starke Altersgruppe sind Personen über 50 Jahre. Ein großer Teil der Täter (vor allem bei Fahnenabrissen und Hetze) handelte unter Einwirkung von Alkohol. Die Inhaftierten setzten sich wie folgt zusammen:

Arbeiter	41,5 %
in der Landw[irtschaft] Beschäftigte	18,2 %
Handwerker, Gewerbetreibende	8,8 %
Schüler und Studenten	7,5 %
Angestellte	7,0 %
Intelligenz	7,0 %
Rentner	3,3 %
Angehörige der bewaffn[eten] Organe	2,5 %
Kapitalisten	1,9 %
Hausfrauen	1,3 %
Sonstige	1,0 %

Die altersmäßige Gliederung war:

Personen	bis 20 Jahre	44,5 %
	20 bis 30 Jahre	22,8 %
	30 bis 40 Jahre	15,7 %
	40 bis 50 Jahre	5,7 %
Personen ü[ber]	50 Jahre	11,3 %

[I f)] *Hetzlosungen, Verschmierungen und Streichungen auf Stimmzettel und dergleichen in der Deutschen Demokratischen Republik*

Bei den Volkswahlen 1961 wurden im Gebiet der DDR nach den vorliegenden Angaben der Bezirksverwaltungen insgesamt

6 676 Stimmzettel verschmiert davon jedoch nur  
636 mit feindlichen Losungen versehen.

Außerdem wurden

84 handgeschriebene Hetzzettel und  
56 gedruckte Hetzschriften gefunden.

An der Spitze der Verschmierungen mit feindlichen Losungen stehen die Bezirke

Karl-Marx-Stadt	108 Fälle
Dresden	104 Fälle
Leipzig	75 Fälle
Groß-Berlin	81 Fälle

In den Bezirken

Neubrandenburg	8 Fälle
Rostock	16 Fälle
Frankfurt	20 Fälle

wurden die wenigsten feindlichen Losungen festgestellt.



Die große Summe verschmierter Stimmzettel wurde meistens »ungültig« gemacht und mit »nein« versehen. Die von den Bezirksverwaltungen angeführten Zahlen sind ungefähr mit den Zahlen des Wahlergebnisses in Bezug der »ungültigen« und »Gegenstimmen« identisch. Es haben jedoch nicht alle Bezirksverwaltungen die festgestellten verschmierten Stimmzettel in ihren Statistiken angeführt.

**DDR**

Bezirk	Kirch[en], Sekt[en]	SPD	Geg[en] Part[ei] Regierung]	Rev[an-]chisten	Ungült[ig]Nein	Anderes	Hetzschriften			Gesamt	Zahl der Wahlberechtigten
							Verschm[utzung] Stimmz[ettel]	Handgesch[rieben]	Gedruckte		
Rostock	3	3	10	-	-	6	19	3	-	22	585 641
Schwerin	11	5	7	-	62	229	309	1	4	314	414 639
Neubrandenb[ur]g	2	1	4	1	2	-	10	-	-	10	433 885
Potsdam	16	7	9	-	-	-	28	4	-	32	830 807
Frankfurt	11	8	1	-	9	-	29	-	-	29	467 764
Cottbus	6	6	24	-	561	73	668	2	-	670	585 834
Magdeburg	12	8	9	-	434	67	520	7	3	530	967 203
Halle	12	2	5	1	74	5	94	4	1	99	1 397 324
Erfurt	9	7	22	-	823	51	880	13	19	912	900 415
Gera	8	3	15	1	216	13	239	7	10	256	540 170
Suhl	6	-	13	-	292	8	317	2	-	319	400 647
Dresden	64	13	23	4	507	130	724	12	5	741	1 425 492
Leipzig	57	1	17	-	205	29	287	11	11	309	1 134 200
K[arl]-M[arx]-Stadt	69	23	13	3	1 328	38	1 456	15	3	1 474	1 595 500
Groß-Berlin	9	38	32	2	776	42	896	3	-	899	849 603
Insge-samt	295	125	204	12	5 289	691	6 476	84	56	6 616	12 529 124

In der Auswertung ist deshalb lediglich von Bedeutung, die Zahlen der geschmierten Hetzlosungen und die Zahlen der verschmierten Stimmzettel mit anderen Forderungen zu berücksichtigen.

Von den 636 feindlichen Losungen wurden allein in der gesamten Republik 286 mit reaktionären Kirchenlosungen versehen, 9 mit Sektencharakter, 36-mal wurde die Losung »Freiheit« und 89-mal die Losung »Freie Wahlen« geschmiert. 204 feindliche Losungen richteten sich eindeutig gegen die Partei und Regierung. Hervorzuheben ist, dass im Bezirk Karl-Marx-Stadt allein 69 kirchliche Losungen, in Dresden 64 und Leipzig 57 in Erscheinung traten. Hetzlosungen im Sinne des »Ostbüro der SPD« und gegen die Partei und Regierung wurden vor allem in Groß-Berlin (70), Dresden (36), Erfurt (29), Karl-Marx-Stadt (36) und Cottbus (30) festgestellt. In 691 Fällen wurden die Stimmzettel mit Forderungen beschmiert. U. a. gegen das Passgesetz 8, Rentenerhöhung 9, gegen die Maßnahmen vom 13.8.1961 28 (davon allein 17 in Groß-Berlin), Versorgungsfragen 51 und andere Probleme wie persönliche Differenzen mit Bürgermeister, LPG-Frage, Wohnungsprobleme. Im Bezirk Schwerin gab es allein in der letzten Art 288 Fälle.

Die Anzahl der insgesamt festgestellten feindlichen Losungen in den einzelnen Bezirken und Kreisen liegt im Vergleich zu gleichen oder ähnlichen Delikten in der Vergangenheit wesentlich niedriger. Diese Feststellung lässt den Schluss zu, dass die aus der Vergangenheit noch unbekannt gebliebenen Täter wiederum als Hetzer infrage kommen.

Streichungen der Kandidaten wurden in  
5 338 Fällen für den Kreistag bzw. Stadtverord[neten-]Vers[ammlung] und  
11 594 Fällen für Gemeindevertretungen u. a. vorgenommen.

*Gründe der Streichung*

Bezirk	Kreisstag bzw. Stadtverordn[neten]Versammlung[en]				Gemeindevertretung u. a.			
	gegen akti- vel Kandida- ten]	Verschlie- denel Gründe	persönl- chel Differe- renzen]	Anzahl	gegen akti- vel Kandida- ten]	Verschlie- denel Gründe	persönl- chel Differe- renzen]	Anzahl
Rostock	321	134	183	638	476	362	320	1 158
Schwerin	472	19	2	493	978	38	10	1 026
Neubrandenb[ur]g	69	37	13	119	186	91	35	312
Potsdam	17	52	4	73	24	98	17	139
Frankfurt	10	-	-	10	133	38	5	176
Cottbus	410	53	30	493	1 719	157	168	2 044
Magdeburg	350	12	1	361	582	64	24	670
Halle	38	24	4	66	161	87	24	272
Erfurt	777	31	1	809	314	53	-	367
Gera	343	56	9	408	678	112	2	792
Suhl	75	2	-	77	289	7	-	296
Dresden	386	11	27	424	1 446	14	102	1 562
Leipzig	214	2	10	226	508	62	15	585
Karl-Marx-Stadt	801	75	22	898	1 969	173	53	2 195
Groß-Berlin	212	18	11	241	-	-	-	-
Insgesamt	4 495	526	917	5 338	9 463	1 356	775	11 594

Hier liegen die Bezirke Karl-Marx-Stadt mit 898 (Kreistag) und 2 195 (Gemeinden); Dresden mit 424 zu 1 562, Cottbus 493 zu 2 044, Rostock 638 zu 1 158 an der Spitze.

Als Gründe für die Streichungen wurden von den Bezirksverwaltungen gegen aktive Kandidaten 4 495 (Kreistag) und 9 463 (Gemeinden), aus verschiedenen Gründen 526 zu 1 356 und aus persönlichen Differenzen 317 zu 775 angegeben.

In fast allen Bezirken wurden die Streichungen der Kandidaten in der überwiegenden Mehrheit nur einmalig vorgenommen. In wenigen Fällen gab es Streichungen zwischen 8- bis 18-mal.

Diese Tatsache lässt die Schlussfolgerung zu, dass die überwiegende Mehrzahl der Streichungen aus persönlichen Motiven von den Wählern erfolgten, während in den wenigen Fällen der öfteren Streichungen aus verschiedenen Gründen, wie z. B. sektiererisches Verhalten, Überheblichkeit, Inaktivität, unmoralischer Lebenswandel und ehem[alige] aktive Tätigkeit in nazist[ischen] Organisationen als eine bestimmte Kritik gewertet werden kann.

Besonders trifft dies für die Bezirke Rostock, Cottbus, Dresden und Potsdam in einigen Fällen zu, wobei man den Eindruck gewinnen muss, dass verschiedene Kandidaten nicht sorgfältig genug ausgewählt wurden.

Insgesamt muss somit eingeschätzt werden, dass Streichungen von Kandidaten sehr unterschiedlich in den Bezirken vorgenommen wurden und im Prinzip keinerlei Tendenzen erkennen lassen. (Beispiele sind aus den Bezirkseinschätzungen zu ersehen.)

[...]<sup>12</sup>

### III. *Einschätzung und Analysierung der Wahlergebnisse in den »relativ« schlechtesten Kreisen und Gemeinden*

Aus dem Wahlergebnis bzw. Einschätzung der relativ schlechtesten Gemeinden oder Wahlbezirke ist zu erkennen, dass prinzipiell höhere Prozentzahlen als im Durchschnitt nur dort zu verzeichnen sind, wo es zu einer größeren Anzahl von Wahlverweigerern kam. Aus diesem Grunde kann fast für die gesamte Republik eingeschätzt werden, dass die somit entstandenen Schwerpunkte in Wirklichkeit nicht die politisch-operativen Schwerpunkte der Feindtätigkeit darstellen. Dies trifft besonders dann zu, wenn durch organisatorische Mängel eine viel höhere Zahl von Nichtwählern registriert wurde,

---

<sup>12</sup> Auslassung umfasst den Punkt II. der Analyse: »Einschätzung der Arbeit der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen«. BStU, MfS, HA XX 6521, Teil 2, Bl. 94–113.

als sie tatsächlich in den betreffenden Wahlbereichen vorhanden waren. Z. B. zeigt sich das in Brandenburg, auf der Insel Rügen, in vielen Städten des Bezirkes Gera, Frankfurt, Dresden, Karl-Marx-Stadt u. a.

Dennoch kann aus den Analysen der Bezirksverwaltungen geschlussfolgert werden, dass die hauptsächliche Richtung der feindlichen Beeinflussung bei den ungültigen Stimmen und Gegenstimmen auf das Konto der reaktionären Kirche fällt. Dies geht aus charakteristischen Beispielen aus allen Bezirken hervor wie z. B. im Bezirk Halle, in Wittenberg 5,26 % Gegenstimmen in einem ausgesprochen[en] kirchlichen Sektor festgestellt wurden. Ähnliche Erscheinungen gab es in der Stadt Halle im Wahlbezirk 34, 37, 74, 73 und 6, die alle wesentlich über 5 % Gegenstimmen aufweisen und ausgesprochen innerhalb kirchlicher Einrichtungen liegen. In Naumburg im Wahlbezirk 21 ist die gleiche Tendenz mit 33,6 % negativem Abstimmungsresultat festzustellen. Der Bezirk Frankfurt schätzt ein, dass alle relativ schlechten Wahlergebnisse, außer den Randgebieten von Groß-Berlin, ihre Ursache in kirchlich reaktionären Einfluss haben. Auch die übrigen Bezirke berichten über Erscheinungen, dass relativ schlechte Wahlergebnisse bei ungültige und Gegenstimmen durch reaktionär kirchlichen Einfluss verursacht wurden.

Für die Randgebiete um Groß-Berlin und in Groß-Berlin selbst sind verschiedene Ursachen der feindlichen Beeinflussung festgestellt worden. So wird von Potsdam eingeschätzt, dass sich der Einfluss des RIAS und West-Fernsehen bei einigen Bevölkerungsschichten bemerkbar machte. Als Schwerpunkt zeigte sich Hennigsdorf, was zugleich auch ein politisch-operativer Schwerpunkt in der Bekämpfung der Feindarbeit ist. Der Bezirk Frankfurt berichtete über die feindliche Beeinflussung in den Randgebieten, dass sich hier das Grenzgängerproblem<sup>13</sup> und die Maßnahmen des 13.8. widerspiegelten.

---

<sup>13</sup> Die Grenzgänger waren seit 1952 ständiger Kritik und Schikanen ausgesetzt, durch die sie zur Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlasst werden sollten. Im Sommer 1961 begann gegen sie ein förmliches Kesseltreiben und sie wurden in Zeitungen und Versammlungen als Verräter und Spekulanten angeprangert. Der Mauerbau 1961 machte es den Grenzgängern unmöglich, weiter in West-Berlin zu arbeiten. Sie mussten sich bei ihren früheren Betrieben in Ost-Berlin melden oder bei den Arbeitsämtern zum Nachweis einer »geeigneten Tätigkeit« registrieren lassen. Viele ehemalige Grenzgänger erhielten jedoch zunächst keine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung, sondern mussten »zur Bewährung« eine schlecht bezahlte, schwere körperliche Arbeit aufnehmen. Bei Weigerung wurden sie als »arbeitsscheue Personen« zur Arbeitserziehung verurteilt und auf unbestimmte Zeit in ein Haftarbeitslager eingewiesen. Vgl. Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem: Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau. Berlin 2008.

In Groß-Berlin wird besonders aus dem Stadtbezirk Mitte in den Wahlbezirken 3 mit 11,4 %, 21 mit 10,6 %, 23 mit 8,2 %, 22 mit 8,1 %, 55 mit 8,7 % und 19 mit 8,1 % negativen Ergebnissen berichtet, dass hier ehemalige Grenzgänger, kriminelle Elemente, Prostituierte, Gastwirte u[nd] d[er]gl[eichen] als feindlich[e] beeinflusst in Erscheinung traten.

Hervorzuheben ist, dass fast in allen Städten, wo sich Universitäten, Hoch- und Fachschulen befinden, solche Wahlbezirke als Schwerpunkte auftraten, wo Studenten wohnhaft sind. Dies zeigt sich in Greifswald, im Bereich des Studentenwohnheimes Fleischerwiese, wo insgesamt 5,4 % negative Ergebnisse zu verzeichnen sind (dabei haben sich 54 Studenten der Wahlpflicht entzogen). Noch stärker zeigt sich dies in Jena im Bereich der Universität, wo 12,94 % gegen die Wahlen waren. Darunter 152 Nichtwähler aus den Kreisen der Studenten. Solche Beispiele gibt es auch in Halle, Leipzig, Dresden und selbst an der Fachschule in Ilmenau.

Nur vereinzelt traten Konzentrationen auf dem Lande durch ehemalige Faschisten, ehemalige Umsiedler und unzufriedene Genossenschaftsbauern in Erscheinung. In vielen Gemeinden und Wahlbezirken der Republik wurden die Ursachen der relativ schlechten Ergebnisse, die jedoch kaum über 4 % insgesamt negativ liegen, festgestellt. Zusammenfassend kann deswegen festgestellt werden, dass es außer den genannten Tendenzen der reaktionären Kirche, Studenten und unzufriedenen Rentnern durch die Wahlverweigerung keine weiteren Haupttrichtungen gibt.

Als positiv ist auch zu bewerten, dass im Bezirk Dresden in dem zweisprachigen Gebiet<sup>14</sup>, besonders in Bautzen und Kamenz, (die bisher immer als Schwerpunkte hervortraten,) keinerlei bedeutende Erscheinungen gab.

Außer in einigen Wahlbezirken der größeren Städte traten in den Bezirken kaum noch Gemeinden mit mehr als 5 % negative Ergebnisse in Erscheinung. In Suhl und Erfurt gab es trotz der Grenzkreise ebenfalls keine Gemeinden, die mehr als 5 % negative insgesamt aufwiesen. Im Bezirk Magdeburg gab es lediglich in der Gemeinde Saalfeld/Salzwedel 6,3 % negative Meinungen aus noch unbekanntem Ursachen.

In Cottbus gab es überhaupt keine Gebiete als Schwerpunkte mit mehr als 5 %.

Das gleiche trifft zu für die nördlichen Bezirke, außer den Städten im Bezirk Rostock, wo es besonders in den Wohnlagern in Wismar, Stralsund und Rostock Wahlbezirke mit mehr als 5 % bis 9 % negativen insgesamt gab.

---

<sup>14</sup> Gemeint ist das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben im Osten Sachsens und im Süden Brandenburgs. Die Sorben waren meist kirchlich gebunden.

Aus dieser Einschätzung ist insgesamt zu ersehen, dass der Schwerpunkt der relativ negativen Ergebnisse in erster Linie unter der Kategorie der Nichtwähler zu suchen ist.

*Statistische Übersicht DDR-Durchschnitt zu den Kreistagen – 1961*

Bezirk	Wahl- ber[echtigi- te] Bürger	ungültige Stimmen		Gegenstimmen		Insge- s[amt] Zahl	Differenz %
		Zahl	%	Zahl	%		
Rostock	585 641	262	0,05	265	0,05	527	0,10
Schwerin	414 639	142	0,03	138	0,03	280	0,06
Neubran- denburg	433 885	105	0,02	107	0,02	212	0,04
Potsdam	830 807	216	0,03	184	0,02	400	0,05
Frankfurt/O.	467 764	127	0,03	87	0,02	214	0,05
Cottbus	585 834	325	0,06	230	0,04	555	0,10
Magdeburg	967 203	332	0,03	381	0,04	713	0,07
Halle	1 397 324	421	0,03	347	0,02	768	0,05
Erfurt	900 415	340	0,04	346	0,04	686	0,08
Gera	540 170	254	0,05	230	0,04	484	0,09
Suhl	400 647	101	0,03	158	0,04	259	0,07
Dresden	1 335 647	475	0,03	341	0,02	816	0,05
Leipzig	1 134 200	348	0,03	292	0,03	740	0,06
Karl-Marx- Stadt	1 595 500	764	0,05	602	0,04	1 306	0,09
Berlin	849 603	1 149	0,14	1 090	0,13	2 239	0,27
Insgesamt	12 529 124	5 361	0,04	4 798	0,04	10 159	0,08



Statistische Übersicht DDR-Durchschnitt zu den Gemeinden – 1961

Bezirk	Wahl- ber[echtigi- te] Bürger	ungültige Stim- men		Gegenstimmen		Insges- [amt] Zahl	Differenz
		Zahl	%	Zahl	%		
Rostock	357 153	143	0,04	164	0,05	307	0,09
Schwerin	341 868	102	0,03	104	0,03	206	0,06
Neubran- denburg	417 612	98	0,02	98	0,02	196	0,04
Potsdam	659 752	152	0,02	135	0,02	287	0,04
Frankfurt/O.	389 529	128	0,03	83	0,02	211	0,05
Cottbus	521 377	272	0,05	194	0,04	466	0,09
Magdeburg	950 251	325	0,03	394	0,04	719	0,07
Halle	1 303 787	416	0,03	326	0,03	742	0,06
Erfurt	838 987	331	0,04	305	0,04	636	0,08
Gera	389 385	164	0,04	135	0,04	299	0,08
Suhl	390 582	91	0,02	174	0,05	265	0,07
Dresden	1 330 818	432	0,03	297	0,02	729	0,05
Leipzig	1 118 488	307	0,03	277	0,03	584	0,06
Karl-Marx- Stadt	1 405 643	694	0,03	530	0,04	1 224	0,07
Insgesamt	10 415 232	3 655	0,04	3 216	0,03	6 871	0,07

[...]¹⁵

#### IV. Einschätzung und Analyse der Nichtwähler

Durch Teilüberprüfungen in den Bezirken und Kreisen wurde eindeutig nachgewiesen, dass die tatsächliche Zahl der Nichtwähler wesentlich niedriger ist als die im offiziellen Ergebnis festgestellte Zahl von 145 394 = 1,16 % Nichtwähler in der DDR einschließlich Groß-Berlin.

Aus den Berichten der Bezirksverwaltungen geht dazu eindeutig hervor, dass z. B. im Bezirk Rostock bis ca. 50 %, Schwerin bis ca. 30 %, Neubrandenburg bis ca. 50 %, Potsdam bis ca. 60 %, Frankfurt bis ca. 30 %, Cottbus bis ca.

¹⁵ Auslassung enthält eine DDR-Karte auf der die Gegenstimmen farbig markiert wurden: BStU, MfS, HA XX 6521, Teil 2, Bl. 119 f.

15 %, Magdeburg bis ca. 30 %, Halle ca. 40 %, Erfurt bis ca. 15 %, Gera ca. 50 %, Suhl bis 60 %, Dresden ca. 30 %, Karl-Marx-Stadt ca. 25 %, Leipzig ca. 50 % und Groß-Berlin bis zu ca. 15 % Nichtwähler auf Kosten der Unstimmigkeit in den Wählerlisten verursacht wurden.

Dazu einige Beispiele: Im Kreis Rügen haben von 622 Bürger aus folgenden Gründen nicht gewählt:

- 165 längeren Urlaub und längere Reisen
- 114 verzogen
- 101 im Krankenhaus
- 54 mit Wahrschein gewählt, jedoch in Listen nicht gestrichen
- 37 doppelt in Wählerlisten enthalten
- 33 Dienst bei der NVA aufgenommen
- 13 am Wahltag auf hoher See
- 7 polizeilich abgemeldet
- 5 in Haft
- 7 republikflüchtig
- 3 verstorben

Verbleibt ein Rest von 83 tatsächlichen Nichtwählern, wobei 20 Mitglieder der Sekte »Zeugen Jehovas« und 10 Pfarrer waren.

Im Bezirk Neubrandenburg wurden in den Kreisen Demmin 226, Strasburg 148, Neustrelitz 250, Anklam 220 und Ueckermünde 120 – insgesamt 964 Personen zu viel erfasst. Somit wurden allein in 5 Kreisen fast 1/3 von den insgesamt 3 596 Nichtwählern des Bezirkes als organisatorische Fehler festgestellt.

Im Bezirk Potsdam wurden im Kreis Brandenburg von 991 angegebenen Nichtwählern in Wirklichkeit nur 200 Personen als Nichtwähler festgestellt.

Im Bezirk Magdeburg, Stadt Genthin, wurden in den Wählerlisten 29 Personen doppelt geführt, 7 zur NVA delegierte Personen, 2 flüchtige, 24 verzogene, 39 kranke, 9 Reisende (Schausteller), 3 in Haft, 27 Urlauber und 7 andere Personen aus den Wählerlisten nicht gestrichen und traten somit als Nichtwähler in Erscheinung.

Tatsächlich traten hier jedoch nur 23 Ordensschwwestern des Johanniterkrankenhauses und 18 Pfarrer mit Anhang als Nichtwähler in Erscheinung.

Im Bezirk Suhl, Kreis Sonneberg wurden bei 271 angeblichen Nichtwählern 266 Fehler der Wahllisten entdeckt.

Solche Beispiele könnten noch zahlreicher gebracht werden. Aus ihnen ist jedoch ersichtlich, dass durch organisatorische Mängel viele Personen als Nichtwähler in Erscheinung traten.

Neben den Mängeln in den Wählerlisten gab es auch in vielen Gemeinden bei der Zusammenzählung bzw. Auszählung Rechenfehler wie z. B. im

Bezirk Frankfurt/Stalinstadt<sup>16</sup> 100 Personen zu viel gezählt wurden, die dann als Nichtwähler vermerkt wurden. Oder ein anderes Beispiel aus dem Bezirk Halle/Querfurt aus der Gemeinde Osterhausen besagt, dass durch einen Rechenfehler eine Differenz von 100 Wählern erfolgte, die zu den Nichtwählern gezählt wurden, obwohl diese 100 Personen überhaupt nicht existieren. Die Ursachen solcher Fehler liegen eindeutig auf Seiten des Staatsapparates, die ungenaue Karteiführung in den Meldeämtern. Diese Fehlerquelle wurde jedoch verschlimmert durch diesen Umstand, dass in vielen Bezirken die Einsichtnahme in die Wählerlisten durch die wahlberechtigten Bürger nicht persönlich erfolgte, sondern die Benachrichtigungskarten zur Einsichtnahme formal an die Bürger durch Helfer der Nationalen Front verschickt wurden. Dadurch wurden die Wähler nicht durch persönliche Aussprachen dazu angehalten, sich von der Richtigkeit der Eintragungen in den Wählerlisten zu überzeugen. Diese Tendenz trifft besonders für die Bezirke Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Berlin, Dresden, Magdeburg und Gera zu, wo auch erst in den letzten Tagen eine annähernde 100%ige Einsichtnahme in die Wählerlisten erfolgte durch die oben aufgezeigten Maßnahmen.

Die Tendenz der relativ hohen Zahl der Nichtwähler im Verhältnis zu den ungültigen und Gegenstimmen wird auch wesentlich dadurch beeinflusst, dass eine erhebliche Zahl von Bürgern der DDR bei den letzten Wahlen von ihrem Wahlrecht kein Gebrauch machen konnten, weil sie sich für eine längere Periode im Ausland bzw. Kuren, Urlaub, Montagen u. ä. außerhalb ihres Heimatkreises aufhielten. Aus diesem Grunde konnten sie auch nicht mittels eines Wahlscheines ihr Wahlrecht beanspruchen. Aus diesen Gründen ist insgesamt ersichtlich, dass die tatsächliche Zahl der Nichtwähler wesentlich niedriger liegt als es im Wahlergebnis zum Ausdruck kommt. Eine genaue Differenz für jeden Bezirk lässt sich jedoch aus dem vorliegenden Material nicht erarbeiten. Trotz der scheinbar relativ hohen Zahl von Nichtwählern aus dem offiziellen Ergebnis kann festgestellt werden, dass im Verhältnis zu den Bezirkstagswahlen 1958 und besonders den letzten Kreistagswahlen 1957 ein erhebliches Absinken (somit positive Entwicklung) zu verzeichnen ist.

---

<sup>16</sup> Stalinstadt wurde als Wohnstadt 1950 gemeinsam mit dem Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) nahe Fürstenberg (Oder) neu errichtet und zu Ehren Stalins 1953 »Stalinstadt« getauft. Im Zuge der Entstalinisierung wurde der Name getilgt und Stalinstadt, Fürstenberg (Oder) und Schönfließ 1961 zu Eisenhüttenstadt vereint.

*Nichtwähler zu den Wahlen für die Kreistag bzw. Stadtverordnetenversammlung 1961*

Bezirk	Wahlberechtigte	Nichtwähler	%	Vergleiche zu:			
				Volkskammer 1958 Nichtwähler	%	Bezirkstag 1958 Nichtwähler	%
Rostock	585 641	6 007	1,03	7 398	1,26	7 403	1,2
Schwerin	414 639	3 131	0,76	3,485	0,80	3 475	0,8
Neubranden- b[ur]g	433 885	3 596	0,83	3 435	0,79	3 400	0,8
Potsdam	830 807	9 252	1,11	8 857	1,05	8 793	1,5
Frankfurt	467 764	5 078	1,09	4 348	0,91	4 358	0,92
Cottbus	585 834	3 226	0,55	7 414	1,28	7 477	1,3
Magdeburg	967 203	13 387	1,38	11 494	1,19	11 500	1,19
Halle	1 397 324	13 039	0,93	12 202	0,82	12 176	0,86
Erfurt	900 415	8 458	0,94	10 650	1,16	10 646	1,2
Gera	540 170	7 198	1,33	5 107	0,94	5 122	0,95
Suhl	400 647	4 027	1,01	3 379	0,85	3 377	0,85
Dresden	1 425 492	18 308	1,28	21 200	1,52	21 130	1,28
Leipzig	1 134 200	14 527	1,28	14 015	1,22	14 379	1,25
Karl-M[arx]- Stadt	1 595 500	25 166	1,58	25 631	1,58	25 634	1,6
DDR o[hne] Berlin	11 679 521	134 400	1,15	138 605	1,18		
Gr[öß-]Berlin	849 603	10 994	1,29	20 960	2,40	20 960	2,4
DDR Insges[amt]	12 529 124	145 394	1,16	159 575	1,26	159 830	1,28

Die Ebene Kreistag 1961 und Bezirkstag 1958 sind günstiger zum Vergleich, weil hier annähernd die gleiche Zahl der Wahlberechtigten und ähnliche Bedingungen für die gesamte DDR, einschließlich Groß-Berlin, vorlagen.

- 1961 – 12 529 124 Wahlberechtigte davon  
145 394 Nichtwähler = 1,16 %  
1958 – 12 578 442 Wahlberechtigte davon  
159 830 Nichtwähler = 1,28 %.

Bei der Betrachtung der beigefügten Statistik über Nichtwähler ist zu erkennen, dass in den Bezirken Neubrandenburg, Frankfurt, Magdeburg, Halle, Suhle, Leipzig und besonders Gera die Zahlen und auch Prozent-Verhältnisse höher sind als im Jahre 1958. Im Gegensatz dazu ist eine sichtbare Verbesserung in Groß-Berlin, um fast 10 000 Nichtwähler, zu erkennen.

Ansonsten sind die Differenzen nicht wesentlich, sodass insgesamt die Schlussfolgerung gezogen werden kann, dass neben den organisatorischen Mängeln (die auch bereits 1958 in ähnlicher Weise zu verzeichnen waren), im Wesentlichen die gleichen Kräfte bzw. Personengruppen und bestimmte Bevölkerungsschichten als Nichtwähler wiederum in Erscheinung traten.

### *Festgestellte Ursachen bei Nichtwählern*

Aus den Analysen der Bezirke ist ersichtlich, dass in erster Linie wiederum kirchlich reaktionäre, gebundene und beeinflusste Personen vorwiegend unter den kirchlichen Würdenträgern und Pfarrern, weiterhin Anhänger von Sekten besonders der »Zeugen Jehovas«; in weit größerem Maße als bei den vergangenen Wahlen jetzt Rentner und Studenten als Nichtwähler in Erscheinung traten.

- So wird z. B. im Bezirk Rostock eingeschätzt: Vorwiegend reaktionäre Kirche, »Zeugen Jehovas«, Studenten in Greifswald und Monteure der Schiffswerften.
- Schwerin: Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas« u. a. kirchliche Sekten, Rentner ca. 25 % und reaktionäre Kirche.
- Neubrandenburg: Vorwiegend reaktionäre Kirche und LPG-Bauern.
- Potsdam: Nichtwähler in Grenzgemeinden, negativer Einfluss durch Westberlin besonders in Hennigsdorf (280 Nichtwähler), weiterhin vorwiegend reaktionäre Kirche und »Zeugen Jehovas«, teilweise LPG-Bauern und Rentner.
- Frankfurt: Schwerpunkt durch Einfluss der reaktionären evangelischen Kirche, Pfarrer, Schwestern von kirchlichen Krankenhäusern und Institutionen und ca. 20 % Rentner.
- Cottbus: Vorwiegend kirchlich gebundene Personen und »Zeugen Jehovas«, z. B. Gemeinde Präsen/Cottbus-Land; alle 23 Nichtwähler »Zeugen Jehovas«.
- Magdeburg: Schwerpunkt liegt bei der reaktionären Kirche, in wenigen Fällen ehemalige Faschisten und Rückkehrer, stärker als bei vorangegangenen Wahlen traten Rentner in Erscheinung.
- Halle: Hauptsächlich kirchlich gebundene Personen und Rentner. In geringerem Maße LPG-Bauern. Verhältnismäßig hohe Zahl von Jugendlichen aus kirchlich gebundenen Kreisen.

- Erfurt: Keine Tendenzen festgestellt, sehr unterschiedlich aus allen Bevölkerungsschichten.
- Gera: Zu 75 % »Zeugen Jehovas« weiterhin Rückkehrer, Zuwanderer. Vereinzelt Pfarrer, insgesamt hoher Anteil von Jugendlichen, z. B. Pößneck 135, Rudolstadt 169. Jedoch vorwiegend Arbeiter und Studenten.
- Suhl: Verschiedene Bevölkerungsschichten. Vorwiegend Anhänger »Zeugen Jehovas«, kirchlich gebundene Kreise, Rentner und Studenten. Letztere besonders in Ilmenau.
- Karl-Marx-Stadt: Ca. 50 % Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas«, 20 % aus verschiedenen Bevölkerungsschichten, wegen feindlicher Einstellung, Rest persönliche Verärgerung.
- Dresden: Hier traten in fast allen Gemeinden als Nichtwähler Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas« in Erscheinung. Weiterhin großer Einfluss durch reaktionäre Kirche und in einigen Schwerpunkten, besonders der Stadt Dresden, Studenten. Darüber hinaus eine relativ hohe Zahl von Rentnern. So z. B. in Radebeul 124 Rentner, in Görlitz hauptsächlich Rentner u. a. Städten wie Löbau und Niesky<sup>1</sup>.
- Leipzig: Besonders in der Stadt Leipzig vorwiegend kirchlich reaktionärer Einfluss. Im Bezirk insgesamt unterschiedliche Bevölkerungskreise wie Rückkehrer, bürgerliche Kreise, Handwerker, Gewerbetreibende, ehemalige faschistische Offiziere, »Zeugen Jehovas« und in der Stadt Leipzig Studenten der Theologie sowie anderer kirchlicher Institutionen. Es wurde sehr oft festgestellt, dass als Nichtwähler der gleiche Personenkreis wie 1958 in Erscheinung trat.
- Groß-Berlin: Unterschiedlich in den einzelnen Stadtbezirken.
  - Berlin-Mitte: hauptsächlich kriminelle Elemente, ehemalige Grenzgänger, Prostituierte, Gaststättenbesitzer, Zimmervermieter und religiöse Verbindungen.
  - Weißensee: vorwiegend kleinbürgerliche Elemente.
  - Treptow: häufig sympathisierende bzw. unter SPD-Einfluss Stehende.
  - Pankow: LPG-Bauern und Kleingärtner, besonders der Kolonie Schildow<sup>2</sup> sowie einige Grenzgänger.

Allgemein traten häufiger Rentner in Erscheinung.

Aus diesen Bezirkseinschätzungen ist in der Tendenz festzustellen, dass nach wie vor an erster Stelle der reaktionäre Kircheneinfluss zu erkennen ist. Weiterhin und gegenüber den vergangenen Wahlen ist jedoch auch ein Anwachsen

---

<sup>1</sup> Im Original: »Nieski«.

<sup>2</sup> Die Kolonie Schildow gehört zum Ortsteil Blankenfelde und ist ein Gebiet, auf dem sich Schrebergärten befinden.

und Ausbreiten der Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas« zu verzeichnen. Neu ist bei den Wahlen 1961 der hohe Anteil von Rentnern in fast allen Bezirken und besonders stark in den dicht besiedelsten [!] Gebieten.

Als weiterer Schwerpunkt sind die Nichtwähler unter den Studenten zu betrachten, wobei diese Tendenzen überall dort auftreten, wo Universitäten und Hochschulen sind, bzw. bereits in einigen Fachschulen, wie Ilmenau u. a. Orten.

#### *Soziale Zusammensetzung und Altersstufen der Nichtwähler:*

Eine genaue Differenzierung und Einstufung ist nicht möglich. Insgesamt ist die soziale Struktur der Nichtwähler in den einzelnen Bezirken und Kreisen unterschiedlich sowie es auch in den Altersstufen Differenzen gibt. Nach einer groben Einschätzung beträgt der Anteil der Nichtwähler im Alter von 18–25 Jahren ca. 15 %, von 25–60 Jahren ca. 60 % und über 60 Jahre ca. 25 %.

Allgemein typisch ist, dass in den Gebieten, wo die reaktionäre Kirche über großen Einfluss verfügt, die Mehrheit der Nichtwähler religiös gebundene Menschen sind. Dies trifft besonders für die Bezirke Frankfurt, Dresden, Leipzig und Magdeburg zu. Im Prinzip haben fast alle Anhänger der verbotenen Sekte »Zeugen Jehovas« nicht an der Wahl teilgenommen. Studenten traten besonders in Jena, Greifswald, Leipzig, Ilmenau, Halle und Rostock in Erscheinung. Dann gibt es in allen Bezirken zahlreiche Beispiele, wo Hausfrauen, Arbeiter, Angestellte, Intelligenzler, kleinbürgerliche Elemente in mehr oder weniger kleineren Zahlen die Wahl verweigerten. Außer den genannten Schwerpunkten, reaktionäre Kirche, »Zeugen Jehovas«, Rentner und Studenten sind somit keine anderen Tendenzen aus der sozialen Struktur zu erkennen.

#### *Methoden, um sich der Wahlpflicht zu entziehen*

Bei den Wahlen 1961 trat im Wesentlichen nur eine Methode in Erscheinung, indem sich die Wahlverweigerer frühzeitig von ihrem Heimatort entfernten und erst nach Abschluss der Wahlhandlung wieder zurückkehrten. Lediglich Anhänger der Sekte »Zeugen Jehovas« schlossen sich in ihrer Wohnung ein und gewährten Wahlhelfern keinen Zutritt zu ihren Wohnungen. Reaktionäre Kirchenkreise lehnten offen den Wahlgang ab, trotz mehrmaligem Aufsuchen der Wahlhelfer.

[...]<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Die Auslassung enthält eine DDR-Karte, auf der die Nichtwähler farbig markiert wurden und eine Auflistung der Hetzlosungen und Streichungen auf Stimmzetteln in Text- und Tabellenform geordnet nach Bezirken: BStU, MfS, HA XX 6521, Teil 2, Bl.130–183.



## **Bericht Nr. 572/61 über die bei der Volkswahl 1961 aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte**

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 474 , Bl. 8–17 (5. Expl.).

Verteiler: MfS: 1. Minister; 2. Beater; 3. HA V Gen. John zurück (durchgestrichen); 4. HA V; 5. Ablage.

In der DDR wurden nach den vorläufigen Wahlergebnissen 239 229 Nichtwähler (= 0,01 % aller Wahlberechtigten) festgestellt.

Die vorliegenden Einschätzungen weisen nach, dass zwischen 70 und 50 % der Nichtwähler auf Unstimmigkeiten in den Wählerlisten, die auf erhebliche Versäumnisse bei der Wahlvorbereitung zurückzuführen sind, beruhen. Allgemein wurde verabsäumt, rechtzeitig die ausgelegten Wählerlisten aufgrund von Angaben der Bevölkerung und Hinweise an die VP zu korrigieren. Eine gründliche Überprüfung des Personenkreises, der nicht Einsicht in die Wählerlisten genommen hatte, wurde in den meisten Fällen unterlassen. Unbeachtet blieb nach Abschluss der Einsichtnahme der Bevölkerung vielfach die Registrierung der Ausgabe von Wahlscheinen und deren Übertragung in die Wählerlisten, das Verziehen von Personen, der Eintritt einer Reihe Jugendlicher in die NVA, Krankenhaus- und Kuraufenthalte. Vereinzelt wurden auch Doppelzählungen durch Namensänderungen (Heirat) in den Wählerlisten festgestellt.

Als besonders kompliziert und für eine Reihe von Wahlvorständen erwies es sich als unmöglich, eine komplexe Einschätzung der Wahlbeteiligung zu erarbeiten, da die mithilfe ausgegebener Wahlscheine zu verzeichnende vorzeitige Stimmenabgabe in den Wählerlisten nicht oder nur unzureichend registriert wurde. Dazu sollen im Einzelnen einige Beispiele veranschaulichen, welche Unkorrektheiten die Wählerlisten enthielten.

- Im Kreis Neustrelitz/Neubrandenburg verursachte die mangelhafte Führung und Überprüfung der Wählerlisten eine Differenz von ca. 300 Personen zwischen den ausgewiesenen Wahlberechtigten und den effektiv vorhandenen Wählern.
- In Mühlhausen/Erfurt waren durch die schlechte Abstimmung der Wählerlisten 100 Wähler in den Listen zu viel bzw. doppelt erfasst.
- In Nordhausen stellte der Wahlausschuss fest, dass von 274 Nichtwählern u. a. 81 Personen verreist waren, 38 Personen unauffindbar (vermutlich [e]publik]-flüchtig und noch nicht berichtet), 16 Personen offiziell verzogen waren, 48 Personen sich in Krankenhäusern oder zu einem Kuraufenthalt auswärts befanden und 7 Jugendliche bereits der NVA beigetreten waren.

- Im Kreis Stendal war ca. 1 % aller wahlberechtigten Bürger (399) durch die fehlerhafte Arbeit nicht mehr in ihrem ehemaligen Wohnsitz anzutreffen (verstorben, verzogen und Beitritt zur NVA).
- In der Stadt Wernigerode waren 22 Personen doppelt eingetragen, 62 geisteskrank und unzurechnungsfähige Personen und 59 bereits verstorbene Personen in den Wählerlisten noch enthalten.

Versäumnisse anderer Art charakterisiert ein Beispiel aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt. In den Bergarbeiterkrankenhäusern Erlabrunn/Schwarzenberg und Obergöltzsch/Auerbach<sup>4</sup> konnten Patienten nicht ihrer Wahlpflicht genügen, da sie von ihren Wahlbezirken nicht mit fliegenden Wahlurnen am Krankenbett aufgesucht wurden. Die Leitungen der Krankenhäuser hatten die zuständigen Wahlbezirke rechtzeitig verständigt. Trotzdem wurden 26 Patienten nicht von den Wahlbezirken aufgesucht, welches zu einer Verärgerung über die Nachlässigkeit unter den Patienten führte.

Der entscheidende Personenkreis, der die Teilnahme an den Wahlen verweigerte, setzt sich aus den Kreisen der ev[angelischen] Geistlichen und fast ausnahmslos aus den Angehörigen der Sekte »Zeugen Jehovas« zusammen. Die Einstellung der kath[olischen] Kirche und ihrer Geistlichen war verhalten[d], wobei der größere Teil der kath[olischen] Pfarrer sich an der Wahl beteiligte. Die überwiegende Zahl der Christen in der DDR erlag nicht den Einflüssen der reaktionären Kirchenkreise und beteiligte sich aktiv an der Wahlvorbereitung und Durchführung.

Als hauptsächliche Argumente bei der Verweigerung der Wahl wurde von ev[angelischen] Geistlichen angegeben:

1. In der Landeskirche Berlin-Brandenburg lehnten die Pfarrer wegen der angeblichen Ausweisung von Präses Scharf<sup>5</sup> ab, zu wählen.  
Unter anderem lehnten auch 54 Frauen aus dem Burckhardt-Haus<sup>6</sup> Berlin

---

<sup>4</sup> Im Original: »Auersbach«.

<sup>5</sup> Präses Scharf fiel bei den DDR-Machhabern schon unmittelbar nach dem Mauerbau im August 1961 in Ungnade, obwohl er ein sehr bedächtiger Charakter war und jede Provokation vermied. Am 31. August 1961 wurde Scharf, aus West-Berlin kommend, die Einreise zu seinem Wohnsitz im Ostteil Berlins verweigert und ihm sein DDR-Pass abgenommen. Seitdem blieb er in seinem Aufgaben- und Einflussbereich auf West-Berlin beschränkt.

<sup>6</sup> Das »Burckhardt-Haus« wurde 1914 in Berlin als Verein für die weibliche Jugend gegründet. Gemeinsam mit anderen kirchlichen Lehrkräften wurden hier in den Jahren 1945 bis 1961 junge Frauen zur Arbeit in den Kirchgemeinden als Gemeindehelferinnen und Katechetinnen ausgebildet. Das Haus stand auf der Demarkationslinie in der Bernauer Straße Nr. 4 und wurde im Zuge des Baues

die Teilnahme an der Wahl ab, weil im ND entstellende Veröffentlichungen über Präses Scharf enthalten gewesen wären.

2. In mehreren Fällen wirkte sich die Ablehnung der Ausdehnung des ev[angelischen] Kirchentages<sup>7</sup> auf das demokratische Berlin durch die Regierung der DDR nachteilig auf die Wahlbeteiligung aus.

Vereinzelt traten nachfolgende Argumente zur Ablehnung der Wahl durch ev[angelische] Geistliche auf:

- Alle Kandidaten der Nationalen Front seien Atheisten und deshalb nicht wählbar.
- Die Aufnahme der Kernwaffenversuche durch die S[owjet] U[nion]<sup>8</sup> bedrohe den Frieden.
- Man kann sich zwar mit dem Frieden, aber nicht mit dem Sozialismus einverstanden erklären, der sich gegen die kirchliche Ideologie richte.

Von den Kirchenleitungen der einzelnen Landeskirchen der DDR wurden in Vorbereitung der Wahlen keine einheitlichen Richtlinien für das Verhalten der ev[angelischen] Geistlichen erlassen. Dies führte u. a. dazu, dass der vorhandene Differenzierungsprozess innerhalb der ev[angelischen] Kirche an der Wahlbeteiligung zum Teil sichtbar wurde. Es gibt eine differenzierte Wahlbeteiligung nach Landeskirchenleitungen bzw. Kirchenkreisen, die sich wesentlich nach der Stellungnahme der Kirchenleitungen bzw. Superintendenten richtete.

- In der Landeskirche Thüringen wählte der Bischof Mitzenheim bereits am 13.9., der überwiegende Teil der Pfarrer beteiligte sich ebenfalls an der Wahl.
- Bischof Krummacher<sup>9</sup>/Greifswald wählte am 17.9., gegen 13.30 Uhr, um

---

der Berliner Mauer durch die DDR beräumt.

<sup>7</sup> Hier wird Bezug auf den 8. Deutschen Evangelischen Kirchentag genommen. Statt des geplanten Kirchentages in Erfurt und Umgebung fanden 17 Landeskirchentage und zum Abschluss vom 25. bis 27. Oktober 1957 ein Herbsttreffen in Berlin statt.

<sup>8</sup> Das Zentralkomitee der KPdSU veröffentlicht am 29. August den Entschluss, »schweren Herzens, mit größtem Bedauern und nach allseitiger Prüfung, Kernexplosionen durchzuführen«, um damit angeblich den Frieden in der Welt zu erhalten und das Kräfteverhältnis in der Welt klarzustellen. Am 30. Oktober 1961 zündet die Sowjetunion schließlich die gewaltigste Bombe in der Geschichte der Menschheit. Die Sprengkraft der neuen Superwaffe übertrifft die Hiroshimabombe um das 2500-fache. Vgl. Neues Deutschland v. 3.9.1961, S. 3.

<sup>9</sup> Im Gegensatz zu Bischof Mitzenheim setzte sich Krummacher in den Gesprä-

- nach außen die Aufgabe seiner einstigen Haltung zu dokumentieren. Die Wahlbeteiligung der ihm gegenüber verantwortlichen Pfarrer war gut.
- Bischof Beste<sup>10</sup>/Schwerin und die Kirchenleitung sowie ihre Angestellten, an der Spitze der Präsident des Konsistoriums, Dr. Müller<sup>11</sup>, beteiligten sich an der Wahl. Im Bezirk Schwerin wählten von 214 Pfarrern 177.
  - Das schlechteste Ergebnis im Rahmen der ev[angelischen] Kirche liegt aus der Landeskirche Berlin-Brandenburg vor. Die Generalsuperintendenten Braun<sup>12</sup>/Potsdam, Jacob<sup>13</sup>/Cottbus, Führ<sup>14</sup>/Berlin und Präses Figur<sup>15</sup>/Berlin lehnten die Beteiligung an der Wahl ab.

---

chen mit der DDR-Führung vehement für die Unabhängigkeit der DDR-Kirchen und die ungehinderte Religionsausübung ein. Im Juni 1960 wählten die ostdeutschen Bischöfe Krummacher einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Kirchlichen Ostkonferenz. Die DDR-Regierung sah dies als Affront gegen ihren Favoriten Mitzenheim an und weigerte sich lange Zeit, Krummacher als Verhandlungsführer der Kirchen anzuerkennen. Erst als zu erkennen war, dass Mitzenheims Anbiederungskurs und die damit verbundenen Alleingänge zu seiner Isolierung innerhalb der Kirche führten, wurde Krummacher akzeptiert. Vgl. Mäkinen, Aulikki: Friedrich Wilhelm Krummacher – der Mann der Einheit. In: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 6 (2002) 2, S. 39–44.

- <sup>10</sup> Niklot Beste (1901–1987), 1946–1971 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs. Vgl. Seidel, Jürgen: Beste, Niklot. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL). Herzberg 1999, Bd. 15, Sp. 128–130.
- <sup>11</sup> Konrad Müller (1900–1977), 1959–1970 Oberkirchenratspräsident. Unter dem Decknamen »Konrad« arbeitete er seit 1956 als inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Zunächst berichtete er aus dem Landeskirchenamt in Dresden, ab 1959 aus seinem Schweriner Amt über innerkirchliche Vorgänge der beiden Landeskirchen. Vgl. Stier, Christoph: »Um der Kirche Willen« – Regelüberprüfung und kirchenleitendes Handeln in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs. In: Vollnhals, Clemens: Die Kirchenpolitik von SED und Staatsicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1997, S. 423.
- <sup>12</sup> Walter Braun (1892–1973) war Generalsuperintendent der Kurmark bis 1963.
- <sup>13</sup> Günter Jacob (1906–1993) wurde 1946 zum Generalsuperintendenten der Neumark und der Niederlausitz berufen.
- <sup>14</sup> Fritz Führ (1904–1963), 1956–1963 Generalsuperintendent für Ost-Berlin. Vgl. Der Spiegel 31/1963 v. 29.9.1963, S. 62.
- <sup>15</sup> Fritz Figur (1904–1991) wurde 1947 Superintendent des Berliner Kirchenkreises Oberspree und Pfarrer an der Stadtkirche Berlin-Köpenick. Nachdem er bereits stellvertretender Präses der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg war, wählte die Synode ihn 1959 zu ihrem Präses. Vgl. <http://www.munzinger.de/document/00000011023> (letzter Abruf: 26.3.2019).

- In Auswirkung der ablehnenden Haltung leitender Kirchenführer war im Bezirk Cottbus zu verzeichnen, dass alle Superintendenten nicht wählten und 221 Pfarrer die Wahlbeteiligung verweigerten. Im Bezirk Potsdam haben nur 3 Superintendenten an der Wahl teilgenommen.
- Im Bezirk Neubrandenburg wählten 213 ev[angelische] Pfarrer, jedoch in den Kreisen, die der Landeskirche Berlin-Brandenburg angehören (Templin, Prenzlau), lehnte die Mehrzahl die Beteiligung an der Wahl ab.
- Im Bezirk Magdeburg ist die relativ schlechte Beteiligung der Pfarrer auf die negative Haltung des Propstes Fleischhack<sup>16</sup> zurückzuführen, der bis zum Wahltag alle Superintendenten anhielt, nicht zur Wahl zu gehen.
- Von der Landeskirche Dresden beteiligten sich ca. 60 % aller Pfarrer an der Wahl, obwohl der Bischof Noth und die Landes-Kirchenräte die Wahl ablehnten und Bischof Hornig/Görlitz seine Pfarrer zwang, sich nicht an der Wahl zu beteiligen.
- Eine Orientierung der kath[olischen] Hierarchie in der DDR zum Verhalten der Geistlichen und Anhänger gegenüber der Wahl am 17.9. ist nicht bekannt geworden. Die nach dem 13.8.1961 erfolgten Versuche führender Persönlichkeiten der kath[olischen] Kirche mit den staatlichen Organen verstärkten Kontakt zu erlangen, haben offensichtlich bestimmte Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis der kath[olischen] Geistlichen und Ordensmitglieder in der DDR gehabt.
- Zwei der kath[olischen] Bischöfe (Freusberg/Erfurt<sup>17</sup> und Schräder/Schwerin<sup>18</sup>) beteiligten sich an der Wahl, während die Bischöfe Rintelen/Magdeburg<sup>19</sup> und Bengsch/Berlin<sup>20</sup> der Wahl fernblieben und verbreiten ließen, dass sie verreist seien.

---

<sup>16</sup> Heinz Fleischhack (1913–1988) war seit 1958 Pfarrer der St.-Johannis-Gemeinde und Propst des Sprengels Magdeburg. Vgl. [www.uni-magdeburg.de/mbl/Biografien/0869.htm](http://www.uni-magdeburg.de/mbl/Biografien/0869.htm) (letzter Abruf: 26.3.2019).

<sup>17</sup> Im Original: »Freisberg«. Joseph Freusberg (1881–1964) seit 1953 Dompropst und Weihbischof in Fulda mit Sitz in Erfurt.

<sup>18</sup> Bernhard Schräder (1900–1971), 1959–1971 Weihbischof des Bistums Osnabrück in Schwerin. Er machte sich bei den kommunistischen Machthabern durch öffentliche regimekritische und antikommunistische Äußerungen u. a. gegen die Jugendweihe unbeliebt. Vgl. Diederich, Georg M.; Biskup, Uta: »Servus fidelis – getreuer Diener«. Dr. Bernhard Schräder – katholischer Pfarrer, Bischöflicher Kommissar und Weihbischof in Mecklenburg. Eine biographische Skizze, in: *Zeitgeschichte regional* 5 (2001) 2, S. 74–87.

<sup>19</sup> Friedrich Rintelen (1899–1988), 1952–1970 Bischof von Magdeburg.

<sup>20</sup> Alfred Bengsch (1921–1979), 1959 zum Weihbischof in Berlin mit Sitz in Ost-Berlin ernannt, war ein Verfechter des Kurses der politischen Abstinenz der katholischen Kirche in der DDR.

- Die Angestellten der Ordinariate jedoch nahmen zum größten Teil an der Wahl teil. Die Wahlbeteiligung der kath[olischen] Pfarrer liegt zwischen 60 und 80 %.
- Bemerkenswert war die Bereitschaft und Aufgeschlossenheit zur Wahl seitens der kath[olischen] Krankenhäuser und Ordensniederlassungen. Die Teilnahme der Ordensangehörigen an der Wahl in einem großen Umfang war erstmalig zu verzeichnen.
- Die Berichte weisen eindeutig darauf hin, dass die Religionsgemeinschaften der Neuapostolischen Kirche sowie der Lorentianer im Süden der DDR fast vollständig zur Wahl gingen. Zum größten Teil wurde unmittelbar vor oder nach den Gottesdiensten der Wahlakt vollzogen.
- Die Mitglieder der Sekte »Zeugen Jehovas« haben fast vollzählig die Teilnahme an der Wahl abgelehnt. Es waren nur ganz vereinzelt Mitglieder dieser Sekte, die sich entgegen den Anweisungen der Wachturm<sup>21</sup>-Organisation an der Wahl beteiligten. Ein großer Teil der Anhänger der »Zeugen Jehovas« verließ am 17.9. frühzeitig die Wohnungen und kehrte vor 20.00 Uhr nicht mehr zurück.

Allgemein muss festgestellt werden, dass die Wahl in aufgeschlossener Art und Weise verlief. Operative Schwerpunkte, nach der Nichtbeteiligung analysiert, die ein organisiertes Fernbleiben territorial erkennen lassen, sind nur vereinzelt aufgetreten, wobei zu beachten ist, dass es sich hierbei um Personen bzw. Personengruppen handelt, welche keinen entscheidenden Einfluss auf die Durchführung und den Ausgang der Wahlen gewinnen konnten. Regionale Schwerpunkte sind nur vereinzelt erkennbar, ihrer Bedeutung nach werden sie im Nachfolgenden dargelegt.

- Als operativer Schwerpunkt erwies sich die Studentenschaft der Universitäten Greifswald und Jena sowie der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau.
- Während in Greifswald vorwiegend Theologie-Studenten und Mediziner der Wahl fernblieben (99 Nichtwähler aus dem Studentenwohnheim Fleischerwiese), können die Struktur und die Ursachen des Fernbleibens von der Wahl bei den Nichtwählern aus dem Kreis der Studenten der Universität Jena noch nicht eingeschätzt werden. Es konnte bisher so viel ermittelt werden, dass in Jena-Stadt (2 Wahlbezirke) von ca. 2 500 Wahlberechtigten etwa 155 Nichtwähler zu verzeichnen waren. Der Anteil der Studenten an den Nichtwählern beträgt ca. 70–80 %.
- An der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau haben etwa 100 Studenten nicht gewählt. Die Leitung der Hochschule verweigerte die Ausgabe von

---

<sup>21</sup> Im Original: »Wachturm«.

Wahlscheinen und verlangte von den Studenten, dass sie ihrer Wahlpflicht am Hochschulort, welcher gleichzeitig ihr gegenwärtiger Wohnort ist, nachkommen sollen. Eine Reihe dieser Studenten beabsichtigte, durch die Semesterferien bedingt, an seinem Heimatort zu wählen und forderte von der Hochschulleitung einen Wahlschein an. Gleichzeitig wurde in einigen Anschreiben der Studenten angedroht, falls sie den Wahlschein nicht zugestellt bekommen würden, wollten sie sich nicht an der Wahl beteiligen. Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit diesen Studenten wurden bereits eingeleitet.

- Vereinzelt wurden, verstreut über die Republik, Schwerpunkte bekannt, in denen faschistische Elemente den Wahlausgang negativ beeinflussten.
- In Steinbach-Hallenberg/Schmalkalden wählten ehem. aktive faschistische Elemente nicht. Ebenso waren die Auswirkungen in der Stadt Greußen/Sömmerda zu erkennen.
- Nach den vorliegenden Einschätzungen haben ehem. faschistische Kräfte im Stadtbezirk Berlin-Köpenick, Wahlkreis V (Köpenick Süd), nach den Beteiligungsprozenten zu urteilen, das Wahlergebnis gemindert. Bereits in der Vorbereitung der Wahl wurden Schwierigkeiten mit diesem Personenkreis im Wahlbezirk festgestellt. Die Anteilnahme der Bevölkerung an der Wahlvorbereitung war sehr gering, welches auf den noch vorhandenen Einfluss ehem. NSDAP-Mitglieder zurückzuführen sein soll (in Müggelheim-Köpenick wurden faschistische Losungen geschmiert).

Erste Einschätzungen über die Konzentrationspunkte der Sozialdemokratie weisen darauf hin, dass von einer direkten organisierten Einflussnahme auf den Wahlausgang nicht gesprochen werden kann. Unter den Mitgliedern der SPD-Organisationen im demokratischen Berlin hat sich anlässlich der Wahl der Differenzierungsprozess weiter verstärkt. Im Ergebnis haben eine Vielzahl von SPD-Anhängern offen gewählt, obwohl zu verzeichnen ist, dass unter dem Motto »nicht anecken bzw. nicht auffallen« die Stimmabgabe erfolgte.

- In Treptow ließ sich ein Teil der Sozialdemokraten verleugnen und blieb der Wahl fern, so u. a. auch der 1. Vorsitzende [Name 1] und das Mitglied des Kreisvorstandes [Name 2].
- Im Stadtbezirk Prenzlauer Berg war festzustellen, dass in den bekannten Zentren der SPD eine verstärkte Flüsterpropaganda betrieben wurde, die teilweise durch selbstgefertigte Flugblätter (Mendelssohn<sup>22</sup> und Greifenhagener Str.) unterstützt wurde.
- Die 799 Nichtwähler (= 2,2 %), 13 Gegenstimmen und 19 ungültige Stimmen in Radebeul bei Dresden werden im Wesentlichen auf den Einfluss

---

<sup>22</sup> Im Original: »Mendelssohn«.



der Sozialdemokratie, ausgeschlossener ehem. SED-Mitglieder und einiger ehem. aktiver Faschisten zurückgeführt.

- Als Einzelperscheinung muss an Konzentrationspunkten ehem. Umsiedler die geringe Wahlbeteiligung eingeschätzt werden. In Beeskow/Frankfurt/O. waren 50 % der Nichtwähler (64) ehem. Umsiedler.
- Im Wahlkreis 21 des Wahlbezirkes 28 in der Stadt Magdeburg, einem Ortsteil mit großem Anteil ehem. Umsiedler an der Wohnbevölkerung, war eine relativ größere Ablehnung zu verzeichnen. Dieser Ortsteil führt inoffiziell die Bezeichnung eines »Danziger Dorfes«.
- Der einzige bisher bekannt gewordene operative Schwerpunkt von Rückkehrern und Erstzuziehenden aus Westdeutschland ist die Gemeinde Friedrichroda/Erfurt. Mit 77 Nichtwählern und 33 Gegenstimmen ist diese Gemeinde zugleich als neuer operativer Schwerpunkt des Bezirkes Erfurt aufgetreten.
- Negative Einstellung zu den Volkswahlen unter den Angehörigen der med[izinischen] Intelligenz, dem mittleren med[izinischen] Personal und dem staatlichen Gesundheitswesen traten nur vereinzelt auf, sodass keinesfalls von einem operativen Schwerpunkt gesprochen werden kann.
- Einzelperscheinungen blieben das direkte Verweigern der Stimmenabgabe, indem Ärzte während der Wahlzeit sich von ihrem Wohnsitz entfernten bzw. bei Aufsuchen durch Agitatoren der Nationalen Front die Stimmenabgabe direkt ablehnten (Leipzig-Bezirkskrankenhaus St. Georg; Bezirkskrankenhaus Potsdam – Chefarzt [Name 3], war gegen die Maßnahmen des 13.8. eingenommen; Oberärztin am Städtischen Krankenhaus Berlin-Buch verweigerte die Stimmenabgabe). In geringfügigem Umfang gingen frei praktizierende Ärzte mit dem Bemerkten zur Wahl, dass sie nach der Wahl erneut Maßnahmen durch die Regierung der DDR erwarten, die sie in ihrem Arbeitsbereich einschränken könnten.
- In den Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und besonders im demokratischen Berlin wurde eingeschätzt, dass etwa 50–60 % aller Grenzgänger ihre Stimmenabgabe nur nach außen hin mit positiven Stellungnahmen verbanden. Diese Hinweise zeigen, dass die Mehrzahl der Grenzgänger nur der Wahlpflicht nachkam, um keine Beschränkungen durch die staatlichen Organe auferlegt zu bekommen. Das Grenzgängertum hat in gewissem Umfang Einfluss auf den Wahlausgang in diesen Bezirken gehabt (z. B. Nauen, Staaken und Falkensee hatten zusammen 476 Nichtwähler).
- An der Staatsgrenze im demokratischen Berlin, Bernauer Str., Harzer Str.<sup>1</sup> usw. bewirkten die Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze

---

<sup>1</sup> Nach Errichtung der Berliner Mauer wurden die zur Bernauer und auch zur Harzer Straße gelegenen Eingänge und Fenster der Häuser der südlichen (Ost-

in einem bestimmten Umfang eine unter dem Durchschnitt liegende Wahlbeteiligung.

Die Aufklärungstätigkeit und Arbeit mit den Jungwählern<sup>2</sup> war in der Periode der Wahlvorbereitung unzureichend entwickelt, sodass am Wahltag selbst besonders die Jugendlichen Wähler teilweise sehr schleppend von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Schwerpunktmäßig traten hierbei einige Wahlbezirke des demokratischen Berlin, Grenzgemeinden am Ring von Berlin<sup>3</sup> sowie vereinzelt auch einige größere Städte der DDR in Erscheinung.

Die Ablehnung der Wahlbeteiligung und negative Argumente zur Kommentierung der Wahl beinhalten im Einzelnen:

- Das sind keine freien Wahlen, zu so einem derartigen »Theater« brauchen wir nicht gehen (besonders unter Zuzüglern und Rückkehrern verbreitet);
- solange nicht die Möglichkeit gegeben ist, Verwandte in Westdeutschland zu besuchen (PM 12 a) werden wir nicht wählen (relativ weit verbreitetes Argument);
- da uns die Westantennen abgebaut wurden, werden wir nicht wählen;
- ungeklärte örtliche Gegebenheiten, insbesondere ungeklärte Wohnraumangelegenheiten, waren vorgeschobene Begründungen für das Ablehnen der Wahlbeteiligung;
- in einigen LPG wurde die Wahlbeteiligung unter Hinweis auf »Ungerechtigkeiten« und Verletzung der innergenossenschaftlichen Demokratie abgelehnt;
- unter einem Teil der Ärzteschaft war die Ablehnung der Wahlbeteiligung mit dem Argument verbunden, dass nach der Wahl wieder neue Maßnahmen gegen die Tätigkeit der frei praktizierenden Ärzte eingeleitet werden würden.

---

Berliner) Straßenseite sukzessive zugemauert und die Dächer mit Sperren versehen. Die Straßen durfte von Ost-Berlinern nicht betreten werden.

<sup>2</sup> Waren erstmals nach dem Erreichen des aktiven Wahlrechtsalters an einer Wahl teilnehmende Bürger. Sie wurden bei der Wahlvorbereitung besonders angesprochen, um sie politisch zu aktivieren und ihnen die Überzeugung zu vermitteln, dass das Einheitslistenwahlrecht tatsächlich demokratischen Charakter hätte.

<sup>3</sup> Am »Ring um Berlin« kontrollierte die »Deutsche Volkspolizei« die Fluchtbewegung zwischen der Sowjetzone und Berlin-West, aber auch zwischen der Sowjetzone und dem sowjetischen Besatzungssektor von Groß-Berlin.

## Bericht über im Zusammenhang mit der Wahl 1961 vom MfS Inhaftierte

Quelle: BStU, MfS, HA IX/MF/11844, Bl. 1-2.

Bemerkung: Dokument wurde von der Hauptabteilung IX des MfS erstellt.

In der Zeit vom 1.8.1961 bis 20.9.1961 wurden von den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit insgesamt 130 Personen inhaftiert, deren strafbare Handlungen sich gegen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 17.9.1961 richteten.

Dabei waren im Einzelnen nachstehend aufgeführte Begehungsformen festzustellen:

- Tötlichkeiten gegen Kandidaten und Wahlhelfer	9
- Hetze gegen Kandidaten	12
- Hetze im Verlauf von Wahlversammlungen	6
- Anschmieren von gegen die Wahlen gerichteten Hetzlosungen	11
- Verbreiten von gegen die Wahlen gerichteten Hetzflugblättern	4
- Abreißen von Fahnen an Wahllokalen	2
- Beschädigung von Wahlplakaten	11
- Aufforderung zur Nichtbeteiligung an der Wahl	2
- Forderung nach sogenannten freien Wahlen	17
- Hetze gegen den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR im Zusammenhang mit den Wahlen	22
- Hetze gegen die Wahlen im Verlauf von Betriebsversammlungen und gegenüber Arbeitskollegen	14
- Vorbereitung von Hetzmeldungen westlicher Rundfunkstationen gegen die Wahlen	8
- Hetze gegen die Wahlen in Gaststätten	12

Den größten Anteil an den Festnahmen hatten die Bezirksverwaltungen Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Halle. Die Zahlen im Einzelnen sind in der als Anlage beigefügten Aufstellung ersichtlich.

Bei der Mehrzahl der inhaftierten Personen handelt es sich ihrer sozialen Stellung nach um Arbeiter, während sich der geringere Teil aus Genossenschaftsbauern, Angestellten und selbstständigen Gewerbetreibenden zusammensetzt.

Jugendliche bis zu 18 Jahren wurden lediglich drei inhaftiert. Bei etwa 40 % der Täter handelt es sich um Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Zirka

17 % der Festgenommenen sind 25 bis 35 Jahre alt, während sich die restlichen mit abnehmendem Anteil auf die Altersgruppen darüber aufschlüsseln.

Gruppen, die gemeinsam Handlungen gegen die Wahl begingen, wurden nicht festgenommen.

In der Hauptsache handelten die Beschuldigten aus einer feindlichen Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik, die im Wesentlichen auf das ständige Abhören von Hetzsendungen westlicher Rundfunkstationen zurückzuführen ist. Ein großer Teil der Täter wurde durch den Empfang derartiger Sendungen, die sich insbesondere gegen die Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen richteten, zu ihren feindlichen Handlungen inspiriert.

Ein kleiner Kreis von Tätern setzt sich aus alten Faschisten zusammen, die aufgrund dieser noch vorhandenen Ideologie ihre Straftaten begingen.

## 4. Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
ABV	Abschnittsbevollmächtigter
Art.	Artikel
AS	Allgemeine Sachablage
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BL	Bezirksleitung
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBP	Deutsche Bauernpartei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DERUTRA	Deutsch-Russische Transport – Aktiengesellschaft
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DJV	Deutsche Justizverwaltung
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVP	Deutsche Volkspolizei
ehem.	ehemalige/n/r, ehemals
EKiD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKM	Energie- und Kraftmaschinenbau
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GBL	Gesetzblatt
GHK	Großhandelskontor
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
ha	Hektar
HA	Hauptabteilung
HO	(staatliche) Handelsorganisation
HSG	Hochschulsportgemeinschaft
HV DVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
KB	Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands
KD	Kreisdienststelle
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
Krs.	Kreis
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberal-Demokratische Partei

LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKPA	Landeskriminalpolizeiamt
Lkw	Lastkraftwagen
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MAS	Maschinen-Ausleih-Stationen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NAW	Nationales Aufbauwerk
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
NDP	National-Demokratische Partei
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NTS	Naradno-Trudowoj Sojus (Volksarbeitsbund)
NVA	Nationale Volksarmee
ÖLB	Örtlicher Landwirtschaftsbetrieb
OPO	Ortsparteiorganisation der SED
PA	Personalausweis
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
Pkw	Personenkraftwagen
PM 12	Formular des Pass- und Meldewesens
RAW	Reichsbahnausbesserungswerk
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SVK	Sozialversicherungskasse
TBC	Tuberkulose
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
US	United States
USA	United States of America
UStA	Untersuchungsführender Staatsanwalt ?
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VESchG	Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums



V-L	Verbindungs- oder Vertrauensperson bzw. Leute
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WB	Wohnbezirk
WD	Westdeutschland
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZJ	Zeugen Jehovas
ZK	Zentralkomitee
ZOPE	Zentrale Organisation politischer Emigranten aus der UdSSR

## Literaturauswahl

- Amos, Heike: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946–1949. Darstellung und Dokumentation. Münster 2006.
- Bienert, Michael: Wie demokratisch muss es aussehen? Die SED und die Inszenierung der »Volkswahlen« 1950. In: Muhle, Susanne (Hg.): Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch. Berlin 2008, S. 19–28.
- Bienert, Michael C.: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die »bürgerlichen« Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952). Düsseldorf 2016.
- Breunig, Werner; Herbst, Andreas: Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946–1963. Landesarchiv Berlin 2011.
- Broszat, Martin u. a. (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Oldenbourg 1993.
- Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.
- Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden 1995.
- Erlar, Peter: Politische Justiz in der DDR. Eine Übersicht über politische Prozesse 1949–1989. Berlin 1999.
- Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente. Berlin u. a. 2014.
- Fricke, Karl Wilhelm: Zur Geschichte der Kommunalwahlen in der DDR. In: Deutschland Archiv (1979) 5, S. 454–459.
- Fricke, Karl Wilhelm: Strafjustiz im Namen des Volkes? Die Prozesse gegen Hermann Flade, Hans-Joachim Schiebel, Elli Barczatis und Karl Laurenz. In: Haase, Norbert; Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz, Dresden: die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort/Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Leipzig 2001.
- Fricke, Karl Wilhelm: Der Geburtsmakel der DDR. In: Deutschland Archiv 42 (2009) 3, S. 406–413.
- Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Oktober 1950 vom 9. August 1950, Gesetzblatt (GBl.) I, S. 743–773.
- Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 17. Oktober 1954 vom 4. August 1954, GBl. I, S. 667.
- Gesetz über die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen und zur Volkskammer vom 3. April 1957, GBl. I, S. 221.
- Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 16. November 1958 vom 24. September 1958, GBl. I, S. 677.
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik, vom 6. Juli 1961, GBl. I, S. 51.

- Hajna, Karl-Heinz: Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl. Mit dem Kapitel »Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts« von Britta Oltmer. Frankfurt am Main 2000.
- Halbrock, Christian: Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945–1961. Amtsautonomie im vormundschaftlichen Staat? Berlin 2004.
- Handbuch der Sowjetzonen-Volkskammer. Legislaturperiode 2 (1954–1958). Informationsbüro West. Berlin-Schlachtensee 1955.
- Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Wahlperiode. Berlin 1957.
- Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Wahlperiode. Berlin 1959.
- Herbst, Andreas; Stephan, Gerd-Rüdiger; Winkler, Jürgen (Hg): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997.
- Humm, Antonia Maria: Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR von 1952 bis 1969 mit vergleichenden Aspekten zur Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1999.
- Jander, Martin: Vorläufige Chronologie, Verfolgung, Opposition, Dissidenz und Verweigerung in der DDR 1945–1990. Berlin 1997.
- Judt, Matthias: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998.
- Jung, Mathias: Parteiensystem und Wahlen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1990) 27.
- Kloth, Hans-Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Opfer der eigenen Politik? Zu den Hintergründen der Verurteilung von Minister Karl Hamann (LDPD). In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 2004. Baden-Baden 2004.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2015.
- Lapp, Peter Jochim: Wahlen in der DDR. Wählt die Kandidaten der Nationalen Front! Berlin 1982.
- Lapp, Peter Jochim: Wahlen und Wahlfälschungen in der DDR. In: Deutschland Archiv 29 (1996) 1, S. 92–99.
- Laufer, Jochen: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1991) 5, S. 17–30.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997.
- Niemann, Mario; Herbst, Andreas (Hg.): SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989. Paderborn 2010.
- Poppe, Ulrike; Eckert, Rainer; Kowalczuk, Ilko-Sascha: Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995.

- Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952 zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf 1990.
- Ritter, Gerhard A.: Wahlen in Deutschland 1946–1991: ein Handbuch. München 1991.
- Schmeitzner, Mike, Donth, Stefan: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952. Köln 2002.
- Stephan, Gerd-Rüdiger u. a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002.
- Suckut, Siegfried: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952. Bonn 2000.
- »Volkswahlen«: Wahlterror, Wahlbeeinflussung und Wahlbehinderung bei den Wahlen zur Volkskammer am 17. Oktober 1954 in der Sowjetzone. Dokumente und Materialien. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1954.
- Wahlen gegen Recht und Gesetz: die Gemeinde- und Kreistagswahlen in der Sowjetzone vom 23. Juni 1957. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1957.
- Die Wahlen in der Sowjetzone : Dokumente und Materialien/Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Berlin 1956 und Bonn 1964.
- Wahlen ohne Wahl: eine Chronologie der Wahlen in Mitteldeutschland. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1966.
- Weber, Hermann (Hg): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950. Köln 1982.
- Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2008.
- Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. 2 Bde., Berlin 2006.
- Wunnicke, Christoph: Die Blockparteien der DDR. Kontinuitäten und Transformation 1945–1990. Berlin 2014.
- Zieger, Andrea u. Gottfried: Die Verfassungsentwicklung in der SBZ/DDR von 1945 bis zum Sommer 1952. Köln u. a. 1990.

## Ortsverzeichnis

- Adelshausen 48  
Aderstädt 99  
Affalter 305  
Ahlbeck 128  
Ahrenshagen 161  
Altenbach 26, 221, 240, 244  
Altenburg 44, 47, 109, 207, 219, 224 f.,  
232  
Altensalzwedel 242, 287  
Alt Jabel 279  
Alt Landsberg 45  
Altmittweida 209  
Alt-Wriezen 217  
Ammendorf 195  
Angermünde 72, 215, 277  
Anklam 45, 60, 127, 217, 271, 350  
Annaberg 88, 196, 271 f., 276  
Apolda 196, 218, 222, 293, 301  
Arnsdorf 138  
Arnsfeld 272  
Arnstadt 107, 218  
Artern 247 f.  
Aschersleben 247 f.  
Aue 44, 51, 88, 116, 132, 209, 224, 229,  
304 f., 328  
Auerbach 44, 49, 89, 133, 208, 305,  
323, 357  
Authausen 220, 235  
Ave 217  
Babelsberg 193, 225  
Bad Doberan 156, 161 f., 191  
Bad Dübren 54  
Bad Köstritz 44, 48  
Badra 321  
Bad Salungen 44, 109 f., 229, 264, 274,  
295  
Bad Sulza 109  
Baek 281  
Ballenstedt 55  
Ballstedt 209, 213  
Bannewitz 92  
Banzin 46  
Barendorf 165  
Barnekow 158  
Bartensleben 245  
Barth 156  
Bautzen 52, 71, 89, 136, 222, 258, 303,  
347  
Bebitz 99  
Beelitz 54  
Beeskow 216, 271, 282, 317, 337, 363  
Behrenhoff 161  
Beierfeld 272  
Belzig 193, 204 f., 215  
Benz 279  
Bergen 120 f., 155, 157, 159 f., 179, 181  
(Groß-)Berlin (s. a. West-Berlin) 2,  
8, 15, 17 f., 21, 24, 27–29, 32, 43,  
45 f., 48, 51, 53, 55–60, 70, 80 f.,  
84 f., 92, 95 f., 103, 106, 114, 118,  
134, 141, 143 f., 147, 163, 165, 191,  
196, 198, 201, 203, 210, 214, 216,  
222, 225–227, 229, 232, 249, 252,  
255, 262 f., 274, 296–301, 305 f.,  
312 f., 315, 317, 319, 322–325,  
335, 340–344, 346–354, 357–360,  
362–364  
Berlin-Buch 363  
Berlin-Friedrichshain 32, 198, 203 f.,  
251, 297  
Berlin-Gesundbrunnen 57  
Berlin-Köpenick 203 f., 249, 271,  
296 f., 359, 362  
Berlin-Lichtenberg 136, 210 f., 251,  
276, 296 f.  
Berlin-Mitte 74, 191, 204, 249, 271,  
296 f., 300, 347, 354  
Berlin-Pankow 60, 144, 155, 203, 249,  
251, 296 f., 324, 354  
Berlin-Prenzlauer Berg 198, 211, 222,  
250 f., 296, 362  
Berlin-Schöneberg 59  
Berlin-Treptow 203 f., 251, 296, 322,  
354, 362  
Berlin-Weißensee 29, 249, 251, 296 f.,  
354

Berlin-Wilmersdorf 58  
 Berstedt 209  
 Bernau 45, 57, 191, 206, 215  
 Bernbach 89  
 Bernburg 44, 68, 99 f., 103, 105, 114,  
 247 f.  
 Bernstadt 53  
 Biendorf 161  
 Biesenthal 45  
 Biesnitz 52  
 Biestow 161  
 Binz 164  
 Birkenwerder 192  
 Bistow 161  
 Bitterfeld 44, 103, 114, 247 f., 302  
 Bittkau 224  
 Blankenfelde 354  
 Blankensee 60  
 Bleicherode 44, 48  
 Bockau 89  
 Bockwitz 93  
 Böhlen 90  
 Böhlitz-Ehrenberg 224  
 Bohnsdorf 211, 299, 314  
 Boizenburg 77  
 Bölkendorf 215  
 Boltenhagen 205  
 Bonn 228  
 Borna 90, 97, 132, 199, 207, 219, 233,  
 244  
 Bösleben 218  
 Bössow 278  
 Brandenburg (Land bzw. Provinz) 20,  
 22, 43, 45, 56, 62, 71, 81–84, 96,  
 100, 124, 227, 350  
 Brandenburg (Stadt bzw. Kreis) 58,  
 193, 204, 211, 215, 346  
 Brand-Erbisdorf 316  
 Breitenborn 288  
 Breitenbrunn 212  
 Breitenholz 294  
 Breitung 197  
 Bresegard 205  
 Brewitz 55  
 Briesen 229  
 Brieskowitz 315  
 Briest 279  
 Brohm 125  
 Brünlos 292  
 Brunnhartshausen 264, 295  
 Brüssow 59  
 Bucha 292  
 Buchenwald 25  
 Buchholz 155, 161  
 Buchwald 292  
 Bühlau 92  
 Burg 55, 114, 207, 227  
 Burg-Dorf 58  
 Bürgel 304  
 Burgstädt 44, 52  
 Burkensdorf 293  
 Burkhardtroda 48  
 Buschbach 101  
 Bützow 279  
 Calau 199, 212, 283  
 Calbe 56  
 Camburg 107  
 Catterfeld 209  
 Chemnitz 44, 90, 116  
 Chorin 215  
 Coburg 49  
 Coschütz 91  
 Cottbus 30, 58, 192, 199, 201 f., 206,  
 212, 214, 217, 222, 229 f., 255,  
 258–261, 263, 270–272, 274,  
 282, 305 f., 316 f., 324–326, 340,  
 342–345, 347–349, 352 f., 359 f.  
 Cramonshagen 60  
 Cranzahl 271  
 Cunnersdorf 136, 212  
 Dabendorf 211  
 Dahme/Mark 58  
 Damm 154  
 Damshagen 160  
 Dargardt 280  
 Dargelütz 266  
 Delitzsch 44, 55, 103, 114, 195, 220,  
 234  
 Demmin 118, 120, 123, 211, 350  
 Dessau 44, 115, 247

Deutsch 245  
 Deutsenthal/Saalkreis 339  
 Deven 218  
 Dienstedt 107  
 Dingelstädt 294  
 Dippoldiswalde 44, 91, 222, 290  
 Dissen 282  
 Distelow 205  
 Divitz 156  
 Döbeln 26 f., 91, 195, 220, 234  
 Doberan 154, 156, 160–162, 164 f.,  
 174 f., 191, 269, 304, 329  
 Doberlug 45, 57, 217  
 Dobia 108  
 Dolle 243  
 Dönkendorf 278  
 Dorf Mecklenburg 173  
 Dörna 218  
 Dornburg 227  
 Drebkau 316  
 Dresden 30, 44, 50, 85, 87 f., 91, 98,  
 103, 111, 116, 134, 141 f., 148, 190,  
 196, 200 f., 207, 212–214, 222, 225,  
 228–230, 255, 258 f., 261, 263, 265,  
 269 f., 272–274, 288 f., 303–305,  
 313, 319–325, 341–352, 354 f.,  
 359 f., 362, 365  
 Drewitz 271  
 Drüsedau 194  
 Ducherow 60  
 Duderstadt 295  
 Düsterrörde 126  
 Eberswalde 193, 206, 212, 215  
 Ebmath 196  
 Eckertsberga 324  
 Ecklingsroda 295  
 Eckolstädt 301  
 Ehmendorf 155  
 Eichsfeld 294  
 Eichstruth 294  
 Eichwalde 204  
 Eilenburg 54, 220, 225 f., 235  
 Eisenach 70, 99, 108, 142, 218  
 Eisenberg 210, 218, 304  
 Eisleben 114, 143, 247 f., 270, 274, 327  
 Elbing 157  
 Elend 91  
 Ellichleben 107  
 Elsterberg 219  
 Emsdorf 48  
 Erfurt 27, 30, 44, 47, 69, 83, 106, 196 f.,  
 201 f., 209, 213 f., 218, 222, 225 f.,  
 230–232, 249, 255, 258 f., 261–263,  
 269 f., 274, 293 f., 300, 306, 313,  
 316 f., 319 f., 325, 340, 342–344,  
 347–350, 352, 354, 356, 358, 360,  
 363  
 Erlabrunn 357  
 Erxleben 103  
 Espenhain 90, 207  
 Etzoldshain 94  
 Euba 90  
 Eulendorf 263, 290  
 Falka 99  
 Falkenberg 44  
 Falkenhain 285  
 Falkensee 45, 204, 225, 363  
 Falkenstein 44, 49, 89, 133  
 Feldberg 125  
 Fincken 217  
 Finow 215  
 Finsterwalde 217, 284  
 Flachheim 294  
 Flatow 45  
 Fleetmark 246  
 Fleißdorf 212  
 Flöha 92 f., 208, 222, 272, 291  
 Forst 206, 222  
 Frankfurt a. M. 80  
 Frankfurt/O. 80, 82, 190 f., 198, 201 f.,  
 206, 212, 215 f., 225 f., 229 f., 255,  
 258 f., 261, 263–265, 270 f., 277,  
 282, 306, 317, 325, 340–342, 344,  
 346, 348 f., 351–353, 355, 363  
 Frauendorf 94, 156  
 Frauenhorst 284  
 Frauwalde 26  
 Freckleben 302  
 Fredersdorf 59, 216



Freiberg 19, 25 f., 93, 135, 137, 209,  
 272, 290, 320  
 Freienstein 306  
 Freienwalde 198, 206, 212, 217  
 Freital 44, 92, 116, 207, 258  
 Friedersdorf 52 f., 290  
 Friedrichroda 210, 363  
 Frohburg 100, 195  
 Frössen 210  
 Fürstenberg 191, 206, 327  
 Fürstenwalde 81 f., 206, 229  
 Gablenz 101  
 Gahlenz 291  
 Gaithein 220  
 Gardeleben 306  
 Gardelegen 44, 68, 103, 114, 287  
 Garz 215  
 Geeck 224  
 Geierswalde 138  
 Geisenhöhn 276  
 Geithain 195, 199, 207, 225, 236, 288  
 Genthin 103, 114, 350  
 Gera 30, 44, 80, 99, 107, 201 f., 210,  
 218 f., 222, 225 f., 230, 255, 258 f.,  
 261, 263, 269 f., 277, 292, 303 f.,  
 321, 324 f., 337, 340, 342, 344, 346,  
 348–354  
 Geringswalde 44  
 Gernrode 55  
 Gersdorf 198, 212  
 Gevesmühlen 170  
 Gevezin 199  
 Geyer 276  
 Gingst 160  
 Glauchau 44, 52, 93, 133, 196, 272, 305,  
 321  
 Glienicke 129  
 Gnoien 302  
 Göhren 219, 232  
 Göhrendorf 213  
 Goldberg 45, 60  
 Göldenitz 279  
 Görlitz 44, 52 f., 71, 93, 212, 222, 360  
 Gorlosen 224  
 Görne 306  
 Görzig 216  
 Görzke 205  
 Goseck 208, 225  
 Goßberg 290  
 Goßmar 284  
 Gotha 44, 108, 209 f.  
 Gottfriedsberg 276  
 Grabow 320  
 Gräfenhainichen 247 f.  
 Gräfenwarth 210  
 Gransebieth 329 f.  
 Graustein 286  
 Grebbin 22  
 Greifswald 127, 154 f., 157, 160 f., 183,  
 191, 205, 268, 278, 329, 338, 347,  
 353, 355, 358, 361  
 Greineburg 229  
 Greiz 108, 219  
 Gremersdorf 178 f.  
 Gresenhorst 176  
 Greußen 362  
 Grevesmühlen 78, 121, 127, 129, 155,  
 160 f., 163 f., 170, 268, 278  
 Grimma 44, 93, 101, 220, 236  
 Grimmen 162, 165, 185 f., 205, 268,  
 302, 304, 329  
 Grischow 186  
 Gröppendorf 195  
 Groß Buchholz 279  
 Großdalzig 221, 240  
 Großenhain 94, 207, 290, 338  
 Groß Glienicke 327  
 Großhettstedt 107  
 Groß Klein 158  
 Groß Kordshagen 165  
 Groß-Schönfeld 60  
 Großstorkwitz 219, 233, 244  
 Großwüstenfelde 300  
 Grumbach 196  
 Grünhain 88, 272  
 Guben 199, 271, 284  
 Güstrow 122 f., 128 f., 205, 266, 279  
 Gützkow 160  
 Hagenow 46, 129, 205, 279  
 Hainichen 196, 209, 222, 263, 290

Halberstadt 44, 56, 115, 287  
Haldensleben 103, 114, 194, 245  
Halle 9, 17, 30, 44, 53, 55, 98, 102, 104,  
115, 143, 145, 148, 155, 195, 201 f.,  
208, 213, 225, 230 f., 244, 247 f.,  
255, 258 f., 261, 263 f., 270–272,  
274, 288, 298, 300, 302, 304, 306,  
311, 313, 316, 319 f., 322–325, 340,  
342, 344, 346–353, 355, 365  
Hallenberg 316, 362  
Hanshagen 170  
Harst 279  
Hartenstein 305  
Hartha 291  
Hausen 107  
Havelberg 45, 56  
Heiligenstadt 44, 47, 100, 262 f., 294  
Helbra 327  
Heldburg 99  
Hemmstedt 306  
Hennigsdorf 45, 60, 301, 346, 353  
Hermsdorf 44, 138, 317  
Hermstedt 293  
Herrnhut 227  
Herschdorf 210  
Herzberg 103, 114, 192, 206, 222, 229,  
271, 284, 317  
Herzfelde 216  
Hettstedt 195, 247 f.  
Heukewalde 221, 238 f.  
Hildburghausen 48 f., 99, 109, 198,  
210, 276  
Hindenberg 283  
Hof 51  
Hohburkersdorf 289  
Hohenlepte 227  
Hohenmölsen 247 f.  
Hohenseefeld 204  
Hohenstein 208  
Hohen Viecheln 173  
Hönow 216  
Hopfgarten 220, 236  
Hornkaten 279  
Hornow 199  
Hoyerswerda 25, 71, 94, 132, 135 f.,  
138, 285, 317  
Hoym 55  
Ichtershausen 225  
Idstein 196  
Ilmenau 44, 198, 210, 347, 354 f., 361  
Ilmersdorf 228  
Impfershausen 69  
Irbersdorf 290  
Jamlitz 337  
Jannowitz 212  
Jauernik 101  
Jena 33, 48, 83, 107, 219, 222, 269, 292,  
298, 313, 347, 355, 361  
Jessen 285, 289  
Johanngeorgenstadt 212  
Jüterbog 193  
Kaisa-Lausa 240  
Kalbe/Milde 287  
Kalkhorst 278  
Kallmerode 295  
Kamenz 44, 94, 132, 136, 207, 263, 289,  
315, 347  
Karl-Marx-Stadt 196, 200 f., 208, 212,  
214, 222, 225 f., 228, 242 f., 245,  
255, 258 f., 261, 263, 270–272, 274,  
276, 290, 303, 305, 313, 319, 321 f.,  
324 f., 340–346, 348–352, 354, 357,  
365  
Karnin 154  
Karow 179 f.  
Kartzitz 154  
Kavelsdorf 154  
Kehrberg 225  
Kemberg 56, 69  
Kieve 339  
Kirchbach 291  
Kirchengel 109  
Kirchhain 45, 57, 217  
Kirschau 305  
Kladrum 22, 130  
Kleinbardau 93  
Klein-Gießhübel 229  
Klein Jamno 284  
Klein Lüben 281  
Kleinmachnow 58

Klein Partwitz 285  
 Kleinrömstedt 218  
 Kleinschepa 26  
 Klein Voigtshagen 170  
 Klein-Zastrow 278  
 Klein-Zschachwitz 100  
 Klingenthal 208  
 Klittern 229  
 Klötze 194, 199, 245  
 Klotzsche 100, 196  
 Klütz 155  
 Kochsdorf 206  
 Kölleda 114  
 Köln 26  
 Kolpin 285  
 Kölpin 125  
 Kölsa 192  
 Königsbrück 44, 200  
 Königshütte 44  
 Königs Wusterhausen 193, 204, 338  
 Koppinbrück 193  
 Körbiskrug 204  
 Kösnitz 293  
 Köthen 55, 114, 247 f., 304  
 Kottmannsdorf 212  
 Kotzen 57  
 Krakendorf 209  
 Krakow 192  
 Krampenburg 198  
 Krangen 193  
 Kranlucken 295  
 Kribbe 280  
 Krippendorf 292  
 Krombach 294  
 Kröpelin 154, 156  
 Krostitz 220, 234  
 Krugau 217  
 Krummin 185  
 Kühlungsborn 154, 156, 160, 174  
 Kunnersdorf 92  
 Kuschkow 217  
 Kyritz 193, 211, 225  
 Laaß 220, 237 f.  
 Lampertswalde 44, 220, 237  
 Lamprechtshagen 155  
 Lamsfeld 285  
 Langburkersdorf 338  
 Lassan 155  
 Lauscha 44, 305  
 Lebus 59, 305  
 Lehnitz 194  
 Leina 108  
 Leipzig 30, 44, 49 f., 84, 88, 97, 116,  
 195, 199, 201 f., 207, 219, 221,  
 224–226, 230, 232, 241–243, 255,  
 258 f., 261, 263–265, 269 f., 288,  
 298, 304, 306, 313, 320, 323, 325 f.,  
 340–344, 347–355, 363, 365  
 Lengenfeld 208  
 Lenterode 262 f., 294  
 Leuna 145  
 Levitzow 300  
 Lichtenberg 136  
 Lichterfelde 215  
 Liebengrün 219  
 Liebenwalde 327  
 Liebenwerda 98, 100, 103, 114, 206,  
 222  
 Lieblingshof 278  
 Liebe 184  
 Lieske 289, 315  
 Limbach 90  
 Limmritz 195, 220, 235  
 Lindau 218  
 Lindenberg 226  
 Linz 290  
 Löbau 44, 52 f., 94, 196, 212, 222, 227,  
 289, 354  
 Lobenstein 219, 277  
 Loburg 225  
 Lohm 211  
 Lohma 294  
 Lohme 58  
 Lohmen 196  
 Lübars 225  
 Lübben 58, 206, 217, 222, 272, 285  
 Lübbenau 45  
 Lübz 129, 205, 228  
 Luckau 45, 285  
 Luckenwalde 58, 199, 274

Luckwitz 205  
 Ludwigsfelde 57  
 Ludwigslust 22, 118, 129, 205, 224 f.,  
 271, 279, 320  
 Maasdorf 206  
 Magdeborn 326  
 Magdeburg 20, 25, 30, 44, 53, 82, 103,  
 115, 143, 194, 199, 201, 207, 225,  
 227 f., 231, 242 f., 245, 255, 258 f.,  
 261, 263–265, 270, 287 f., 300, 306,  
 311–313, 319, 321, 323–326, 340,  
 342, 344, 347–353, 355, 360, 363  
 Mahitzschen 221, 239  
 Mahlow 45, 57, 305  
 Malchin 96, 129 f., 327  
 Malchow 155, 299, 314  
 Mallentin 278  
 Marienberg 86  
 Marienfels 103  
 Markkleeberg 44, 49  
 Marksuhl 48  
 Matgendorf 282, 300  
 Mattchow 157  
 Mecklenburg 16, 20 f., 25, 43, 45, 60,  
 62, 67, 77 f., 80, 96, 117–119, 130,  
 360  
 Mehlhorn 100  
 Meina 218  
 Meinersdorf 291  
 Meiningen 34, 44, 47, 69, 108, 296  
 Meißen 52, 111 f., 136, 142, 207, 212  
 Meißen-Niederfähre 52  
 Melborn 108  
 Melkers 296  
 Merseburg 44, 82, 103, 114, 195, 247 f.,  
 306  
 Meuselbach 210  
 Meuselwitz 207, 224  
 Meyenburg 204  
 Middelhagen 182  
 Milda 219  
 Milow 280  
 Mittweida 196  
 Mochau 220, 235  
 Moers 200  
 Mölschow 185  
 Mörz 215  
 Mosel 225  
 Moskau 8, 11, 16, 23  
 Mücheln 306  
 Müggelheim 362  
 Mühlhausen 44, 107, 218, 294, 356  
 Mulkwitz 81  
 Mülsen 209  
 Nahstedt 54  
 Nauen 45, 57, 72, 204, 225, 363  
 Nauendorf 212, 284  
 Naumburg 244, 247 f., 324  
 Naundorf 199  
 Nebra 247 f.  
 Nedlitz 194  
 Neeberg 185  
 Negast 154, 157  
 Neppermin 60  
 Neubrandenburg 124 f., 192, 199,  
 201, 211, 217, 226, 255, 258, 259,  
 261, 263–265, 269–271, 281, 302,  
 306, 321, 324 f., 329, 337, 340 f.,  
 348–350, 352 f., 356, 360  
 Neubrück 216  
 Neubukow 154  
 Neuendorf 57, 213, 245  
 Neuenhagen 45, 216  
 Neuhaus 210  
 Neu-Käbelich 281  
 Neukalen 129  
 Neumark 317, 359  
 Neunkirchen 33  
 Neuruppin 193, 205, 225, 258, 271,  
 306, 322  
 Neustadt/Auerbach 208  
 Neustadt/Glewe 205  
 Neustadt/Ilmenau 210  
 Neustadt/Orla 44, 107  
 Neustadt/Ruppin 100  
 Neustrelitz 46, 60, 96, 125, 350, 356  
 Nexdorf 284  
 Niepars 34, 129  
 Niesky 44, 84, 94, 207, 229, 354  
 Nipmerow 180

Nochten 287  
 Nordhausen 44, 108, 356  
 Nucknitz 315  
 Oberbarnim 81  
 Oberbohnitzsch 272  
 Obergöltzsch 357  
 Obermylau 305  
 Oberndorf 293  
 Oberwiesenthal-Waltersdorf 88  
 Oebisfelde 194  
 Oederan 93  
 Oelsnitz 44, 84, 133, 196, 209, 225, 232  
 Olbernhau 29  
 Oldenburg 183  
 Oranienburg 45, 56, 192–194, 225, 327  
 Oschatz 94, 195, 220, 237  
 Oschersleben 55, 114  
 Osterburg 103, 114  
 Osterhausen 351  
 Osterweddingen 56  
 Ostrau 91  
 Ostritz 136  
 Ottenhain 196  
 Parchau 55  
 Parchim 22, 60, 130, 205  
 Pasewalk 118, 124, 129, 192, 218, 269,  
 300, 302  
 Perdöhl 129  
 Perleberg 45, 271, 279  
 Perniek 173  
 Petershagen 216  
 Pießig 284  
 Pinnow 284  
 Pirna 25, 94, 135, 137, 207, 229, 327  
 Piskowitz 289  
 Plattkow 282  
 Plaue 50  
 Plauen 51, 84, 133, 322, 325  
 Pließkowitz 315  
 Pöhla 44, 50  
 Pölitz 279  
 Ponitz 220, 238  
 Pößneck 304  
 Potenitz 129  
 Potsdam 30, 32, 56, 96, 193 f., 199, 201,  
 204, 211, 214 f., 222, 225 f., 230,  
 255, 258 f., 261, 263 f., 270–274,  
 298, 305 f., 313, 315, 321–323, 325,  
 327, 340, 342, 344–346, 348–350,  
 352 f., 359 f., 363  
 Pötzschau 220, 233 f.  
 Prensendorf 285  
 Prenzlau 59, 71, 192, 360  
 Prießnitz 207  
 Priort 57  
 Pritzwalk 34, 45, 204, 225  
 Präsen 353  
 Pulow 156  
 Pustohl 175  
 Putbus 155, 163–165, 181 f.  
 Quedlinburg 44, 55, 103, 114, 247 f.  
 Querfurt 82, 114, 213, 247 f., 271, 351  
 Rachlau 71  
 Radebeul 362  
 Rakow 186  
 Ralbitz 100, 289, 315  
 Ramis 304  
 Rathenow 32, 57, 193 f., 225, 273, 306  
 Rattey 125  
 Raum 292  
 Rechlin 125  
 Redentin 172  
 Redliner Heide 229  
 Reetz 280  
 Reichenbach 44, 51, 200, 208, 228, 272,  
 274, 292, 305, 316  
 Reichstädt 290  
 Reimersgrün 292  
 Reisdorf 109  
 Remptendorf 99  
 Retschow 329, 330  
 Reudnitz 282  
 Ribnitz 154, 156, 160 f., 175, 268  
 Ribnitz-Damgarten 304, 322, 329  
 Riesa 70  
 Röbel 130, 217, 339  
 Robertsdorf 173  
 Rochlitz 44, 94, 138, 232, 291  
 Rockhausen 107  
 Roda 107

Rohrbach 109  
 Rosenfeld 240  
 Rosenthal 100, 263, 289, 315  
 Rosow 215  
 Roßlau 247 f., 274  
 Roßwein 234  
 Rostock 21, 34, 45, 60 f., 77, 119, 129,  
 151–155, 157–161, 163–169, 186,  
 191, 201, 205, 215, 226, 229 f., 255,  
 258 f., 261, 263 f., 268, 273, 275,  
 277 f., 302–306, 322, 325, 328 f.,  
 337, 340–342, 344 f., 347–349,  
 352 f., 355  
 Rostock-Gehlsdorf 161  
 Roxin 278  
 Rüdersdorf 45, 58  
 Rudolstadt 44, 110, 210, 354  
 Rügen 79, 119, 175, 215, 268, 329, 346,  
 350  
 Saalfeld 44, 110, 218, 287, 347  
 Saalhausen 286  
 Saalkreis 247 f.  
 Saatel 176  
 Sachsen 11, 16, 20 f., 28, 43 f., 49,  
 62, 70, 81, 83, 85 f., 97, 100, 116,  
 132–135, 141, 190, 227, 249, 311  
 Sachsen-Anhalt 16, 20, 25, 31, 43 f., 53,  
 62, 68, 81 f., 98, 100, 103, 114 f.,  
 143  
 Sachsendorf 291  
 Salzwedel 103, 114, 194, 242, 246, 287,  
 347  
 Samtens 163  
 Sangerhausen 103, 114, 247 f., 273  
 Sanitz 328  
 Saspow 206  
 Sassnitz 302, 329  
 Sauen 216  
 Schäcksdorf 285  
 Schaprade 119  
 Schiebsdorf 286  
 Schiefenberg 205  
 Schildow 354  
 Schimm 173  
 Schlagtow 183  
 Schlegel 219  
 Schleife 274  
 Schleiz 99, 110, 210, 293  
 Schmachtenhagen 193  
 Schmadebeck 329  
 Schmalkalden 197, 213, 316, 362  
 Schmiedeberg 91  
 Schmiedefeld 198  
 Schmölln 26 f., 220, 238  
 Schneeberg 212, 328  
 Schneidenbach 272, 292, 316  
 Schönbach 196, 220, 236 f.  
 Schönbeck 125  
 Schönberg 45, 60, 161  
 Schönebeck 103, 115, 194  
 Schöneck 44  
 Schönerstadt 272, 291  
 Schönfeld 280, 283  
 Schullwitz 92, 289  
 Schulzendorf 45  
 Schwadebeck 330  
 Schwarzbach 291  
 Schwarzenberg 89, 97, 132, 357  
 Schwerin 16, 27 f., 45, 60 f., 77, 80, 96,  
 118, 127, 129 f., 160, 186, 201, 205,  
 224 f., 228, 230, 242, 255, 258 f.,  
 261, 263 f., 266, 271, 279, 306, 321,  
 325, 340, 342–344, 348 f., 352 f.,  
 359 f.  
 Schwidobach 272  
 Schwiesau 287  
 Schwiessel 211  
 Sebnitz 196, 212, 289, 322, 338  
 Seehausen 194, 207, 245  
 Seelitz 291  
 Seelow 225  
 Sellin 121, 165  
 Semlin 194  
 Senftenberg 81, 212, 286  
 Senitz 212  
 Siedenbrünzow 120  
 Sielow 283  
 Silstedt 225  
 Sitzendorf 210  
 Skäßchen 207

Sohra 290  
 Sömmerda 106, 213, 222, 362  
 Sondershausen 109, 213, 321  
 Sonneberg 44, 110, 197, 350  
 Spahl 226  
 Spora 208  
 Spremberg 45, 82, 206, 271, 286  
 Springstille 213  
 Staaken 363  
 Stadtroda 210  
 Stalinstadt 351  
 Stapel 46  
 Staßfurt 53 f., 225  
 Steinach 316  
 Steinbach 362  
 Stendal 44, 54, 69, 103, 115, 357  
 Sternberg 60  
 Stettin 120  
 St. Nicklas 209  
 Stollberg 291  
 Stollsdorf 210  
 Stradow 271  
 Stralsund 77, 119, 126 f., 129, 154,  
 156 f., 161, 176 f., 268, 298, 313,  
 347  
 Strasburg 302, 350  
 Strausberg 216  
 Suckow-Mariendorf 130  
 Suhl 110, 197, 201, 210, 213, 224, 226,  
 229 f., 255, 258 f., 261, 263 f., 274,  
 276, 295, 303, 305, 313, 323–325,  
 340, 342, 344, 347–350, 352–354  
 Swantow 182  
 Swinemünde 155  
 Tangerhütte 224, 243  
 Tarnewitz 127  
 Tautenhain 220, 236  
 Teltow 57, 81, 82  
 Templin 82, 360  
 Tessin 169  
 Teterow 211, 281, 300  
 Teutschenthal (Saalkreis) 339  
 Thale 316  
 Thiessow 121  
 Thüringen 20, 27, 43 f., 47, 62, 69, 81,  
 83, 99 f., 106, 190, 312, 358  
 Toettelstadt 300  
 Torgau 103, 115, 208, 221, 239  
 Torgelow 124  
 Trages 199  
 Tramm 205  
 Trebsen 93  
 Treuenbrietzen 193  
 Tribbevitz 155  
 Tribsees 156  
 Trips 180  
 Tröbritz 286  
 Tugam 286  
 Türkendorf 286  
 Uder 294  
 Uebigau 285  
 Ueckermünde 118, 350  
 Ummanz 160  
 Unkeroda 218  
 Usedom 60, 128, 159 f.  
 Vahrholz 287  
 Vehlefan 192  
 Velgast 154  
 Velten 45  
 Vetschau 199  
 Vieselbach 218  
 Vockfey 129  
 Wahrenberg 194  
 Waidmannslust 56  
 Walbeck 337  
 Waldenburg 44  
 Waldheim 234  
 Waldsiedersdorf 59  
 Walpernhain 210  
 Wanska 60  
 Wansleben 56  
 Wanzeritz 100  
 Wanzleben 103, 115  
 Waren 51, 118, 127, 129 f., 192, 217 f.,  
 265, 324  
 Warnemünde 158  
 Weddendorf 68  
 Wegenstedt 194  
 Weggun 192  
 Weimar 44, 47, 83, 99, 109, 148, 209,



213, 218, 222, 231, 294, 317  
 Weißbach 200  
 Weißenborn 320  
 Weißenfels 44, 69, 82, 115, 208, 225,  
 247 f., 273 f.  
 Weißwasser 274, 287  
 Weitenhagen 161  
 Wendemark 245  
 Wendfeld 157 f.  
 Wendorf 265  
 Werdau 29  
 Werder 226, 282  
 Werneuchen 215  
 Wernigerode 54, 103, 115, 225, 357  
 Wernsdorf 272  
 Wersdorf 293  
 Wesenberg 96  
 Weseram 204  
 West-Berlin 80 f., 123, 129, 134,  
 142–144, 146 f., 193, 196, 203 f.,  
 206, 211, 227 f., 292, 295, 306, 313,  
 317, 333, 335, 346, 353, 357  
 Wieck/Darß 329  
 Wiederau 285  
 Wien 208  
 Wildberg 193  
 Wilmersdorf 216  
 Wingerode 100  
 Wipfra 107  
 Wismar 67, 77, 119, 124, 126, 154, 158,  
 163, 166, 171 f., 205, 229, 269, 273,  
 277, 315, 329, 347  
 Wittenberg 55, 103, 115, 145, 244,  
 247 f., 273 f., 303, 346  
 Wittstock 45, 204, 215, 306  
 Wohla 289  
 Wolferschwenda 213  
 Wolfnitz 90  
 Wolgast 154–156, 159 f., 165, 184, 269,  
 329  
 Wolmirstedt 103, 115, 227  
 Worbis 27, 196, 213  
 Wüllmersen 288  
 Wümbach 107  
 Wünsdorf 193  
 Wuppertal 197  
 Wurzen 26, 195, 207, 221, 225, 240,  
 244  
 Zaschendorf 289  
 Zedlitz 219  
 Zeesen 204  
 Zeitz 115, 208, 247 f., 273  
 Zella-Mehlis 44, 197  
 Zerbst 115, 194, 227  
 Zerrenthin 218  
 Zethau 290, 316  
 Ziegelheim 233  
 Ziesar 204, 215  
 Zinna 208  
 Zinnowitz 165  
 Zirmoisel 155  
 Zittau 84  
 Zossen 193, 274  
 Zschopau 208, 243, 271 f.  
 Zschoppach 220, 236 f.  
 Zschorlau 212  
 Zwickau 34, 44, 51, 94, 136, 209, 225,  
 272, 305, 338

## Personenverzeichnis

- Adam, Wilhelm 265  
Adenauer, Konrad 26, 49, 130, 155 f.,  
172, 179, 208, 217, 224 f., 233, 264,  
267, 304, 320, 330  
Agsten, Rudolf 148  
Anclam, Kurt 266  
Bach, August 148  
Badke, Walter 266  
Barnstorf 164  
Beater, Bruno 356  
Becher, Johannes R. 79  
Bensch, Alfred 360  
Bengs, Johannes 161  
Benjamin, Hilde 16  
Berg, Rolf 161  
Beste, Niklot 359  
Bolz, Lothar 67, 146  
Braun, Walter 359  
Braun, Werner 161  
Brundert, Willi 16  
Brunnemann, Franz 59  
Busch, Superintendent 52  
Dedek, Magnus 134, 136  
Dertinger, Georg 12, 143–146  
Dieckmann, Johannes 28, 324  
Drefers, Hermann 160  
Dulles, John Foster 147  
Dyck, Margarete 141, 148  
Eggerath, Werner 100, 312  
Einstein, Albert 250  
Eisler, Gerhart 18  
Eismann, Josef 299, 314  
Esch, Arno 16  
Fabisch, Ruth 142, 148  
Fechner, Max 16  
Figur, Fritz 359  
Filin, Hans 223  
Fischer, Kurt 43  
Flade, Hermann Josef 29, 86  
Fleischhack, Heinz 360  
Freusberg, Joseph 360  
Fröhlich, Paul 265  
Frölich, August 100  
Führ, Fritz 359  
Gaida, Wilhelm 27  
Geipel, MdI 26  
Glaser, Heinz 85 f., 88  
Goldenbaum, Ernst 67, 266  
Gorzynski, Hans 148  
Götting, Gerald 12, 145 f., 148  
Grenz, Ernst 81  
Grotewohl, Otto 17, 31, 147, 209, 262,  
311 f.  
Grünler, Kurt 25, 102, 114  
Gutsche, Joseph 85, 88, 116  
Hagedorn, Wilhelm 193 f.  
Hamann, Karl Otto 12, 16, 113  
Heckel, Konrad 299, 314  
Hegen, Josef 103 f.  
Helwig, Friedrich 159  
Hennecke, Adolf 70  
Herwegen, Leo 16  
Hickmann, Hugo 11, 16  
Hildebrandt, Helmut 299, 314  
Hildebrandt, Rainer 80  
Hitler, Adolf 50, 58, 91, 197, 207, 224,  
300, 304, 320  
Honecker, Erich 23, 33, 201 f., 214, 252  
Hornig, Ernst 53, 311, 360  
Hoske, Heinz 104  
Hugenberg, Alfred 130  
Jacob, Günter 359  
Jamin, Erich 43, 62  
Jänicke, Johannes 311  
Jetter, Wilhelm 160  
Kaiser, Jakob 12, 15, 46–48, 52, 60, 319  
Kastner, Hermann 12 f., 71  
Kiering (Pastor) 161  
Kluth, Anselm 80, 118  
Knop, Willy 160  
Koch, Waldemar 15  
Kohrt, Oberstleutnant 249  
Krenkel, MfS 111  
Kreyssig, Lothar 311  
Krummacher, Friedrich-Wilhelm 312,  
358 f.

Lange, Erwin 161  
 Last, Otto 77, 117 f.  
 Laux, Karl 142, 148  
 Legge, Petrus 136  
 Lehmann, Helmut 11  
 Lemmer, Ernst 15, 319  
 Lenin 205  
 Liermann, Kurt 160  
 Loch, Hans 70  
 Löhr, Jonny 266  
 Lorenz, Ernst 143, 148  
 Lucas, Pastor 159 f.  
 Markert, Rolf 103  
 Marx, Walter 58 f.  
 Matern, Hermann 141  
 Mehnert, Helmut 134 f.  
 Meier-Buchtin, Hans 161  
 Meier, Pfarrer 217  
 Melsheimer, Ernst 83  
 Menzel, Rudolf 106, 110  
 Mewis, Karl 21 f., 119, 128, 130  
 Mielke, Erich 106, 116 f., 141, 149–151,  
 201, 252  
 Mielke, Roland 161  
 Mitzenheim, Edgar 300  
 Mitzenheim, Hartmut Moritz 300, 312,  
 358 f.  
 Modell, Bischof 227  
 Möller, Otto 148  
 Mückenberger, Erich 266  
 Müller, Konrad 359  
 Müller, Rudi 210  
 Müller, Wilhelm 186  
 Naß, Hans 161  
 Neumann, Alfred 252  
 Neumann, Pastor 165  
 Noth, Gottfried 311 f., 360  
 Nuschke, Otto 12, 146–148  
 Ollenhauer, Erich 26, 267  
 Paulus, Friedrich 265  
 Peiter, Pastor 316  
 Pieck, Wilhelm 11, 17 f., 60, 93, 131,  
 203  
 Pingel, Erwin 266  
 Quandt, Bernhard 266  
 Radtke, Pastor 161  
 Rambo, Josef 134  
 Rathke, Paul 315  
 Rettig, Pastor 160  
 Reuscher, Richard 24, 67, 84  
 Reuter, Ernst 53  
 Richthofen, Hartmann  
 Freiherr von 147  
 Riege, Heinz 22  
 Riegg, Werner 148  
 Rintelen, Friedrich 360  
 Rümmler, Kurt 232, 241  
 Rumpf, Willy 328  
 Scharf, Kurt 312, 357 f.  
 Scharnweber, Gustav 159  
 Schleehahn, SED 221, 241  
 Schlegel, Heinz 216  
 Schmidt, Otto 22, 129 f.  
 Schräder, Bernhard 360  
 Schulze, Paul 265  
 Schulz, Pastor 160  
 Schumacher, Kurt 122  
 Schumann, MfS 132  
 Shukow, Marschall 7  
 Sieg, Ewald 265  
 Springer, Günter 265  
 Stachanow, Alexei 70  
 Steffen, Hans Albrecht 161  
 Steidle, Luitpold 144, 148, 301  
 Steinhoff, Karl 22, 83  
 Stempel, Günther 15  
 Stoph, Willi 29, 149  
 Switalla, Eduard 60  
 Thälmann, Ernst 207  
 Toeplitz, Heinrich 144, 148  
 Trebeljar, Pfarrer 315  
 Truman, Harry S. 51  
 Tucholsky, Kurt 7  
 Türk, Otto 161  
 Ulbricht, Walter 18, 23, 26 f., 34, 58,  
 145–147, 155, 180, 195 f., 209, 262,  
 265, 267, 280, 304, 318, 320 f.  
 Vieweg, Kurt 24  
 Vogt, Johannes 227  
 Wachholz, Richard 216

Warnke, Hans 24, 73, 76, 96  
Weikert, Martin 249  
Wenzlaff, Johannes 160  
Wessel, Horst 206  
Wicklert, Johannes 159 f.  
Wienken, Heinrich 142  
Wilhelm, Bischof 262

Wilkan, Ernest 58 f.  
Winkelmann, Heinrich 279  
Wollweber, Ernst 27, 29, 33, 106  
Wujciak, Josef 143, 148  
Zaisser, Wilhelm 27  
Zurow, Agronom der MTS 165